

Jürgen Klöckler
Abendland – Alpenland – Alemannien

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 55

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Jürgen Klöckler

Abendland – Alpenland – Alemannien

Frankreich und die Neugliederungsdiskussion
in Südwestdeutschland 1945–1947

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Klöckler, Jürgen:

Abendland – Alpenland – Alemannien : Frankreich und die
Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947 / Jürgen

Klöckler. – München : Oldenbourg, 1998

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 55)

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-486-56345-9

© 1998 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56345-9

Inhalt

Vorwort	VII
Einführung	1
I. Frankreich und die Besatzung in Südwestdeutschland	27
1. Die Herrschaft der Militärverwaltung	27
Die militärischen Aktionen in Südwestdeutschland (27) – Die französischen Besatzungstruppen in Südwestdeutschland 1945/46 (28) – Jean de Lattre de Tassigny (30)	
2. Aufbau und Organisation der Militärregierung und der Pariser Dienststellen	33
Ausbildung des Personals der Militärregierung (33) – Die Kreisdelegierten der französischen Südzone 1945/47 (35) – Die Oberdelegationen (<i>Délégations Supérieures</i>) (40) – Die Dienststellen in Baden-Baden (43) – Die Verbindungsstellen in Paris (51) – Das Außenministerium (52) – Die Provisorische Regierung (55)	
3. De Gaulle und die französische Deutschlandpolitik	56
Der Einfluß französischer Germanisten (61) – Frankreichs Wunsch nach Änderung der Zonengrenzen (64)	
4. Die Neugliederungspläne der Militärregierung für Südwestdeutschland ...	65
Die Reform der Strukturen der Südzone (67) – Eingeforderte und freiwillige deutsche Stellungnahmen (75) – Französische Meinungsumfragen (78)	
II. Abendland – Die abendländisch-föderalistischen Neugliederungskonzepte ...	81
1. Abendland als Metapher für ein konföderiertes Europa	81
Die „Vereinigung Abendland“ in Freiburg (82) – <i>Das Neue Abendland</i> (90) – <i>Die Föderalistischen Hefte</i> (95) – Die „Union der Aktiv-Kräfte gegen den Nazismus für ein lebendiges Abendland“ (98) – Der „Augsburger Plan“ und die schwäbischen Föderalisten in der Amerikanischen Besatzungszone (99) – Die „Gesellschaft Oberschwaben“ (105)	
2. Der oberdeutsche Adel	107
Waldburg-Zeil (108) – Waldburg-Wolfegg (113) – Hohenzollern-Sigmaringen (115) – Douglas (119)	
III. Alpenland – Die stammesföderalistischen Neugliederungskonzepte	123
1. Die Alpenlandbewegung	123
Der Föderalist und Katholik Bernhard Dietrich (123) – Das „Aktionskomitee des Alpenländischen demokratischen Bundes“ (129) – Die Voralberger Kreise (132) – Die französischen Reaktionen auf die Alpenlandpläne (135)	
2. Die „Alemannische Freiheitsbewegung“	139
3. Die Alpenlandpläne in der Schweiz	143
4. Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“	144
Die Orts- und Landschaftsverbände des Heimatbundes (150) – Die Furcht der Militärregierung vor den elsässischen Autonomisten (156) – Die Singener Föderalistenkongresse (160) – Die Verbindungen zur Bayernpartei (164) – Die Pläne für eine föderalistische Zeitung (167) – Französische Presse kontra Heimatbund (168)	

IV. Alemannien – Die historisch motivierten Neugliederungskonzepte	171
1. Der Historiker und Archivar Otto Feger	171
Die <i>Schwäbisch-Alemannische Demokratie</i> (175) – Der Verlag Curt Weller (183) – Das Erscheinen und die Auflagenhöhe der <i>Schwäbisch-Alemannischen Demokratie</i> (186) – Die Resonanz der <i>Schwäbisch-Alemannischen Demokratie</i> (190)	
2. Vorbereitung geschichtsrevisionistischer Publikationen	198
Die Zeitschrift <i>Oberland</i> (198) – Der Schriftleiter der Zeitschrift <i>Oberland</i> (200) – Die Südwestdeutschen Archivtage (201) – Die <i>Zeitschrift für Schwäbische Geschichte</i> (205) – <i>Rheinschwaben</i> (209)	
V. Die Neugliederungsdiskussion in den politischen Parteien	215
1. Das lizenzierte Parteienspektrum	215
Die BCSV/CDU in Baden (215) – Die CDU in Württemberg-Hohenzollern (225) – Die SPB in Baden und die SPD in Württemberg-Hohenzollern (233) – Die DP in Baden und die DVP in Württemberg-Hohenzollern (238) – Die KP in Baden und Württemberg-Hohenzollern (241)	
2. Gründungsversuche von Parteien und politischen Sammelbewegungen ...	244
Die „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“ (244) – Die „Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ (249) – Die „Christlich-Soziale Sammlung“ (254) – Der „Christlich-Soziale Volksbund Südbadens“ (254) – Die „Demokratisch Soziale Volksgemeinschaft“ (255) – Das „Freie Südwestdeutschland“ (256) – Die „Europäische föderative Union“ – der südwestdeutsche Ableger der Paneuropabewegung (257)	
Zusammenfassung	259
Anhang	267
Abkürzungsverzeichnis	273
Quellen- und Literaturverzeichnis	277
Personenregister	305
Karten	312

Vorwort

Angeregt durch die Thematik meiner Magisterarbeit zur französischen Besatzungspolitik in der Stadt Konstanz, entstand die vorliegende Untersuchung in den Jahren 1993 bis 1995. Im Forschungskolloquium zur Nachkriegsgeschichte der Bodenseemetropole unter Leitung meines Lehrers, Herrn Professor Dr. Lothar Burchardt, erhielt ich die entscheidenden Impulse, mich intensiv mit der Neugliederungsdiskussion zu beschäftigen. Die Arbeit selbst wurde im Wintersemester 1995/96 von der Philosophischen Fakultät der Universität Konstanz als Dissertation angenommen und ist mittlerweile mit dem Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Universität Konstanz ausgezeichnet worden.

Meine Forschungen wurden über weite Strecken durch ein Stipendium des Landes Baden-Württemberg zur Graduiertenförderung (LGFG) finanziert, wofür ich an dieser Stelle meinen Dank ausspreche. Des weiteren habe ich viel Unterstützung und Ermutigung zu meiner Arbeit in Archiven und Bibliotheken gefunden; namentlich erwähnen möchte ich insbesondere Frau Sandrine Einhorn-Heiser im Archiv der Besatzung in Colmar und ihren Mitarbeitern sowie Herrn Professor Dr. Helmut Maurer und Herrn Dr. Winfried Hecht, die Leiter der Stadtarchive in Konstanz und Rottweil. Besonderen Dank schulde ich dem Archivar des Landtages von Baden-Württemberg in Stuttgart, Herrn Dr. Günther Bradler, der mir Kontakte vermittelte und wertvolle Hinweise gab. Den befragten Zeitzeugen diesseits und jenseits des Rheins spreche ich hier ein gezwungen-ermaßen kollektives Dankeschön aus, jede Hervorhebung einzelner zöge automatisch die Zurücksetzung anderer nach sich. Für die Auswertung der Nachlässe von Bernhard Dietrich und Otto Feger bin ich ganz besonders Frau Dr. Cordula Oexle und Frau Adeline Feger verbunden.

Zu danken habe ich schließlich auch meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Lothar Burchardt, der den Fortgang der Untersuchung konstruktiv verfolgt und manches Hindernis aus dem Weg geräumt hat. In seinem Forschungskolloquium wurden meine Ergebnisse in unregelmäßigen Abständen vorgetragen und diskutiert. Für zahlreiche Anregungen zur Überarbeitung des Manuskripts bin ich Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey (Speyer) und Herrn Professor Dr. Hans-Peter Schwarz (Bonn) verpflichtet. Dem Institut für Zeitgeschichte gebührt mein Dank für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der „Studien zur Zeitgeschichte“, Frau Veronika Stroh und Herrn Dr. Christian Hartmann für die sorgfältige Lektorierung. Für die akribische Prüfung des Manuskripts danke ich neben Herrn Dipl.-Ing. Max Weidele vor allem meiner Frau Bettina. Ihr sei diese Arbeit in Liebe gewidmet.

Bonn, im März 1997

Jürgen Klöckler

Einführung

„1912 habe ich mich aus Gründen der Geschichtserkenntnis vollkommen vom preussisch-deutschen Staatsgedanken ab- und der österreichisch-deutschen Geschichtsauffassung zugewandt“¹, bemerkte Bernhard Dietrich, kommissarischer Bürgermeister von Singen am Hohentwiel, im Sommer 1945 in einer von ihm großzügig verbreiteten Denkschrift. Diese Äußerung ist symptomatisch für die zumeist konservativ-katholischen, in ihrem Handeln vom Föderalismus als gesellschaftlichem Prinzip geprägten Kreise, welche die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 entfachten. Der Wille zur Revision des kleindeutsch-preußischen Geschichtsbildes ging in diesen losen Honoratiorenzirkeln Hand in Hand mit dem Willen zur staatlichen Neugliederung. Zu der geschichtsrevisionistischen Position gesellte sich überdies die Vorstellung, von einer norddeutsch-protestantischen Mehrheit 1933 „vergewaltigt“ worden zu sein, was angesichts der Tatsache, daß es der Hitlerbewegung in den südwestdeutschen Zentrumshochburgen nicht gelungen war, „die relative oder gar absolute Mehrheit der Wähler zu gewinnen“², nicht völlig abwegig war. Drei Elemente sind damit stereotyp bei diesen Vertretern einer Neugestaltung der südwestdeutschen Landkarte als *Opinio communis* zu veranschlagen: An erster Stelle die Forderung nach Autonomie der Heimat, der Region und Südwestdeutschlands insgesamt bei gleichzeitiger Akzeptanz eines losen staatenbündlichen Zusammenschlusses auf deutscher oder europäischer Ebene („Abendland“) und weitgehender Vernachlässigung der wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Realitäten. Sodann ein Antiborussianismus, der in der geflügelten Sentenz „Los von Berlin“ seinen Ausdruck fand und als Reflex auf den Zentralismus des „Dritten Reiches“ zu werten ist. Schließlich der geschichtsrevisionistische Ansatz, die Vorstellung, eine seit 1866³ eingetretene historische Fehlentwicklung korrigieren zu müssen. Aus diesen Axiomen entwickelten sich zwei Neugliederungspläne der unmittelbaren Nachkriegsjahre, das Projekt einer das katholische Süddeutschland und Österreich umfassenden alpinen Konföderation (Alpenland – union alpine) und die Idee des politischen Zusammenschlusses aller im ehemaligen Reichsgebiet lebenden Alemanen und Schwaben in einem weitgehend autonomen Staat, so wie es der Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger 1946 in seinem Buch *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* vorgeschlagen hat.

Neben den auf stammesföderalistischen Erwägungen beruhenden Neugliederungsvorschlägen traten in den Folgejahren die beiden auf historischen Realitäten fußenden Modelle der Restauration der alten Länder Baden, Hohenzollern und Württemberg so-

¹ Bernhard Dietrich: Gedanken und Vorschläge zur politischen Entwicklung Deutschlands in Vergangenheit und Zukunft (masch. 12 S.) [Sommer 1945]; PA Victor Hell.

² Morsey, Untergang, S. 16. Auch Wolfgang Weber (Ders., Geschichte, S. 17) konstatiert eine gewisse Resistenz katholischer Gebiete gegenüber radikalen Parteien; allerdings weist er auch auf die mehrheitlich katholische Prägung der Führungsriege der NSDAP hin.

³ Zum Beispiel unterschied der katholische Publizist Walter Ferber (vgl. Kapitel II/1) vier Stufen der „Verpreußung“ des Reiches: den Frieden von Hubertusburg 1763, die Bismarcksche Reichsgründung 1866/71, die Verfassung von Weimar 1919 und die „Machtergreifung“ Hitlers 1933; vgl. Huhn, Lernen, S. 49.

wie deren Zusammenschluß zum Südweststaat. Der Restaurationswunsch war im südlichen, französisch besetzten Teil des Landes Baden ausgeprägt, wenngleich regional unterschiedlich stark. Der dortige Staatspräsident Leo Wohleb trat in der Öffentlichkeit vehement für die Wiederherstellung Badens ein. Organisatorisch in der „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ zusammengeschlossen, beriefen sich die „Altbadener“ im Bunde mit Paul Zürcher, dem als graue Eminenz geltenden Freiburger Oberlandesgerichtspräsidenten, auf eine ungebrochene historische Tradition und ein eigenes Staatsbewußtsein der badischen Bevölkerung; Staat und Heimat waren für sie identisch. In der badischen Verfassung vom Mai 1947 spiegelt sich der Restaurationswunsch im Begriff der Treuhänderschaft⁴ wider. Aber auch in Nordbaden, das am 19. September 1945 im Land Württemberg-Baden aufgegangen war, gab es in wahrnehmbarem Umfang Kräfte für die Restauration des badischen Staates, obwohl die Verbindungen zwischen Freiburg und Karlsruhe schon 1945 restlos abgerissen waren. Selbst der stellvertretende Ministerpräsident von Württemberg-Baden und Landesbezirkspräsident in Karlsruhe, Heinrich Köhler, verstand sich bis zu seinem „Umfall“⁵ im August 1948 als Platzhalter der alten badischen Landesregierung. Viele Nordbadener schreckte indes der Gedanke, bei einer Wiedervereinigung unter französische Besatzung zu geraten. Die strukturellen Bedingungen für eine Wiederherstellung Badens waren somit von Anbeginn an erheblich ungünstiger als in Württemberg.

Die auf amerikanisches Betreiben im Herbst 1945 proklamierte Zwangsvereinigung von Nordbaden mit Nordwürttemberg war die erste regionale Neugliederung im Südwesten. Durch Einbringen des Paragraphen 107⁶ in die Stuttgarter Verfassungsberatungen unternahm der Präsident der Landesversammlung, der Sozialdemokrat Wilhelm Keil, im Herbst 1946 einen konkreten Schritt für eine mögliche Vereinigung mit den restlichen südwestdeutschen Ländern. Die frühzeitige Gründung Württemberg-Badens und der Verfassungsparagraph 107 sollten sich als entscheidende Weichenstellungen zugunsten des Südweststaates erweisen. Doch der Stuttgarter Regierung ging es in den beiden ersten Nachkriegsjahren primär um den Zusammenhalt der durch die Besatzungszonen getrennten Teile Württembergs. Dazu dienten letztlich die in beiden Landesteilen ins Leben gerufenen Landrätetagungen, deren Aufgabe die Beratung aktueller Probleme war; zugleich sollten sie jedoch das Zusammengehörigkeitsgefühl des württembergischen Ober- und Unterlandes stärken. Mit den im Juli 1948 den deutschen Regierungschefs übergebenen „Frankfurter Dokumenten“⁷ brachten die westlichen Besat-

⁴ Die Präambel der badischen Verfassung vom Mai 1947 lautete: „Im Vertrauen auf Gott hat sich das badische Volk, als Treuhänder der alten badischen Überlieferung, [...] folgende Verfassung gegeben.“ Für den vollständigen Wortlaut vgl.: Weinacht/Mayer, Ursprung, S. 370–390.

⁵ Köhler rechtfertigte sein Einschwenken auf den Südweststaat mit der Furcht vor einer gänzlichen Abhängigkeit Badens von Frankreich: „Ich möchte in die Geschichte nicht eingehen als Förderer der Rheinbundbestrebungen der Franzosen“, schrieb er am 9. 8. 1948 an Carl Diez in Radolfzell; Köhler, Lebenserinnerungen, S. 388.

⁶ Paragraph 107 besagte, daß Verfassungsänderungen bei einer Vereinigung mit Württemberg-Hohenzollern und Baden nicht mit Zweidrittel-, sondern mit einfacher Mehrheit beschlossen werden konnten. Hingegen wäre für die Restauration der alten Länder und damit für die Auflösung von Württemberg-Baden wiederum eine Zweidrittelmehrheit im Stuttgarter Landtag erforderlich gewesen.

⁷ Das Dokument Nr. II regte die Länderneugliederung an: „Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen“; Der Parlamentarische Rat, S. 32.

zungsmächte, allen voran die Amerikaner, in ihren Bemühungen um eine politische Organisation der drei Zonen die Frage des Südweststaates endgültig in Fluß. Der württembergisch-badische Ministerpräsident Reinhold Maier exponierte sich gleichermaßen erst ab Sommer 1948 als Verfechter eines Zusammenschlusses, zuvor hatte er „mit jeder Faser seines Herzens“ die Wiederherstellung des „vielgeliebten“ Staates Württemberg angestrebt⁸. Auch Carlo Schmid, Staatsrat im französisch besetzten Landesteil, appellierte unablässig an die mehrheitlich katholischen Oberschwaben, dabei mitzuhelfen, die Einheit des württembergischen, protestantisch geprägten Staates zu erneuern. Die Bildung einer als Staatssekretariat bezeichneten Regierung in Tübingen („Abwesenheitspflegerin“) ist Ausdruck der symbolischen Anbindung, Unterordnung und Anerkennung des Stuttgarter Kabinetts, dem Carlo Schmid noch lange als beratendes Mitglied angehörte. Angeregt durch die „Frankfurter Dokumente“, planten der Stellvertreter des Innenministers von Württemberg-Hohenzollern, Ministerialrat Theodor Eschenburg, und der Stuttgarter Staatsrat und Intimus des dortigen Ministerpräsidenten, Konrad Wittwer, ab Oktober 1948 von der Tübinger Staatskanzlei aus den Aufbau einer überparteilichen Organisation, die den Südweststaatsgedanken propagieren sollte. Die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“, geführt vom Freiburger CDU-Stadtrat Albert Maria Lehr und finanziert mit öffentlichen Geldern, entfaltete daraufhin mit stark ökonomisch ausgerichteten Argumenten einen intensiven Werbefeldzug.

Innerhalb der Parteienlandschaft stellten sich Ende der vierziger Jahre die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten auf die Seite der Südweststaatsbewegung, während die Christdemokraten im nordbadischen Landesverband – im Gegensatz zu ihren Parteifreunden aus Württemberg-Hohenzollern – in der Neugliederungsfrage gespalten blieben. Einzig die südbadische CDU votierte für die Wiederherstellung Badens, offiziell allerdings erst seit August 1951. Die Klärung der Frage, inwieweit Neugliederungskonzepte unmittelbar nach 1945 in den frisch aus der Taufe gehobenen politischen Parteien im Südwesten aufgegriffen wurden, ist ein wesentliches Moment der vorliegenden Untersuchung.

Die Länderehe nahm nach der Konferenz der südwestdeutschen Regierungschefs auf dem Hohenneuffen vom 4. August 1948, auf der eine Kommission zur Ausarbeitung eines Staatsvertrages eingesetzt wurde, durch die in Württemberg-Baden geschaffenen Präjudizien und die von den Amerikanern betriebene westdeutsche Staatsbildung zögerlich Gestalt an; die baldige Unterzeichnung eines Staatsvertrages kam allerdings nicht zustande. Es folgten weitere Konferenzen und Treffen in Karlsruhe, Bühl, Bebenhausen und Freudenstadt, die jedoch ergebnislos verliefen. Erst die informatorische Volksbefragung vom 24. September 1950, deren Durchführung auf Artikel 118 des Grundgesetzes⁹ beruhte, brachte Klarheit. Die Modalitäten der Volksabstimmung (Fragestellung, Abstimmungsberechtigung, Stimmbezirke) würden den Ausschlag für oder gegen den Südweststaat bringen. Der Ausgang der Wahl vom 19. Dezember 1951 ergab in drei von vier Abstimmungsbezirken eine klare Mehrheit für die Vereinigung. Dennoch blieb ein scha-

⁸ Matz, Maier, 1988, S. 345.

⁹ Artikel 118 Grundgesetz: „Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann [...] durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.“

ler Nachgeschmack, da sich – addiert man die Ergebnisse in den beiden badischen Wahlbezirken zusammen – eine knappe Mehrheit für die Restauration des alten Landes ausgesprochen hatte. Fortan argumentierte die „altbadische“ Seite in Rückgriff auf das von Wohleb angerufene, just neukonstituierte Bundesverfassungsgericht mit dem Terminus des „überspielten Volkswillens“.

Forschungsstand

Die Literatur zur Nachkriegsgeschichte Südwestdeutschlands konzentrierte sich bislang auf die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg und trug zuweilen apologetische Züge. Die Neugliederungsdiskussion der Jahre 1945 bis 1947, die ohne konkrete Ergebnisse geblieben war, wurde deshalb in der Forschung nur am Rande behandelt und als ephemere bewertet¹⁰. Orientiert an leicht zugänglichem Quellenmaterial, richtete die Wissenschaft ihr Hauptaugenmerk auf die Darstellung der politischen Geschichte der drei Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Die Entwicklung in diesen Ländern wurde wiederum als Vorgeschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg interpretiert¹¹, so daß man von einer „südwestdeutschen Geschichtslegende“ sprechen könnte, die nicht bereit war, die unterlegenen Konzepte zur Kenntnis zu nehmen. Maßgeblich prägten zwei Südweststaatsbefürworter, Theodor Eschenburg und Gebhard Müller, durch Veröffentlichungen die Literatur zur Nachkriegsgeschichte¹². Für das am besten erforschte Württemberg-Hohenzollern liegen die quellengesättigte, freilich die Alternativlosigkeit des Südweststaates postulierende Arbeit von Eberhard Konstanzer sowie ein umfangreicher, zweiteiliger Aufsatz von Gerd Friedrich Nüske vor¹³. Der von Max Gögler und Gregor Richter in Verbindung mit Gebhard Müller herausgegebene Sammelband zur Geschichte Württemberg-Hohenzollerns von 1945 bis 1952 gewährt einen umfassenden Überblick auf der Grundlage von wissenschaftlichen Darstellungen und Zeitzeugenerinnerungen. Als jüngste Publikation ist die Dissertation von Heinz Pfefferle hervorzuheben, der die Landesidentität dieses kurzlebigen Staates untersucht hat¹⁴.

Hingegen ist die Geschichte Württemberg-Badens weniger erforscht. Die eigentliche Gründungsphase dieses Landes hat Günther Haselier detailliert dargestellt, wenngleich die mit Quellenmaterial reich fundierte Arbeit von Paul Sauer die wesentliche Grundlage für weitere Forschungen bildet¹⁵. Das französisch besetzte Land Baden blieb indes lange Zeit Terra incognita, da einerseits eine badische Staatlichkeit nur noch wenig Interesse erweckte und andererseits die Archive Frankreichs über Jahrzehnte unzugänglich waren. Paul-Ludwig Weinacht hat sich bisher mit Problemen der badischen Nachkriegsgeschichte beschäftigt, immer bemüht, ein differenziertes Bild des oftmals verunglimpft-

¹⁰ In die Thematik einführend, die Akteure und deren Konzepte dagegen nur schemenhaft beleuchtend: Haumann, Demokratie; Krautkrämer, Ringen; Weinacht, Neugliederungsbestrebungen; Wolfrum, Neugliederungspläne.

¹¹ Feuchte, Verfassungsgeschichte; Blickle (Hrsg.), Ständerversammlung; Sauer (Bearb.), Entstehung.

¹² Eschenburg, Anfänge; Ders., Entstehung; Müller, Entstehung; Ders., Südweststaat.

¹³ Konstanzer, Entstehung; Nüske, Württemberg-Hohenzollern.

¹⁴ Pfefferle, Landesgeschichte.

¹⁵ Sauer, Neubeginn; Haselier, Bildung; Ders., (Nord-)Württemberg-Baden.

ten Leo Wohleb zu zeichnen. Ausgehend von einem Projekt der Universität Freiburg sind seit Mitte der achtziger Jahre neue Ansätze zu erkennen¹⁶, die konstruktive Aspekte der französischen Besatzungspolitik und Spielräume der deutschen Akteure aufzuzeigen suchen. Auch die von Joseph Jurt am Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg herausgegebenen Sammelbände zur „Franzosenzeit“ verdienen zweifelsohne Beachtung¹⁷.

Dem Spannungsverhältnis von Länderaufbau, föderalistischer Politik und Nationalstaat, das sich im Widerstreit der Länderregierungschefs und den deutschen Parteiführern zeigte, hat sich kenntnisreich Marie Elise Foelz-Schroeter angenommen¹⁸, Sammelbände behandeln zudem die Rolle des Südwestens beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland¹⁹. Der Auseinandersetzung mit den „Frankfurter Dokumenten“ aus der Perspektive der Länder und deren Beitrag zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland gilt die umfassende, den Südwesten ständig im Blick haltende Arbeit von Bettina Blank²⁰. Die Vorgeschichte der Gründung des Weststaates wird also zunehmend besser ausgeleuchtet. Dies gilt auch für die Erforschung des französisch besetzten Teils von Deutschland, die mit großen Schritten den Rückstand zu den beiden anderen westlichen Zonen aufholt. Die Forschung zur Französischen Besatzungszone²¹ (FBZ) ist seit Jahren in zwei Lager gespalten: hier die „Traditionalisten“ wie etwa Klaus-Dietmar Henke²², dort die „Revisionisten“ um Rainer Hudemann²³. Die ältere, „traditionalistische“ Schule verurteilt, gestützt auf amerikanische und deutsche Quellen, die französische Okkupationspraxis als hart, eigennützig und revanchistisch. Dagegen arbeiten die „Revisionisten“ mittels französischer Primärquellen die konstruktiven Neuordnungsansätze im sozialen und gesellschaftlichen Bereich und die Handlungsspielräume deutscher Beamter und Politiker deutlich heraus und sehen die Notlage der „düsteren Franzosenzeit“ als zu Unrecht ausschließlich der Besatzungsmacht angelastet an. Jedoch ist es keiner der beiden Richtungen bisher gelungen, detailliert die Strukturen der französischen Besatzungsmacht bis auf Kreisebene zu klären und vor allem die heterogene Zusammensetzung der Militärregierung darzustellen. Eine umfassende Untersuchung der Strukturen

¹⁶ Aus dem von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsvorhaben „Das Land Baden unter französischer Besatzung 1945–1952“ (vgl. Fäßler, Land, 1987) sind drei Dissertationen (Fäßler, Geschichte; Grohnert, Entnazifizierung; Wolfrum, Besatzungspolitik, 1991) sowie weitere Publikationen hervorgegangen. Das Projekt abschließend: Wolfrum/Fäßler/Grohnert, Krisenjahre.

¹⁷ Jurt, Franzosenzeit; Ders., Besatzungszeit.

¹⁸ Foelz-Schroeter, Politik.

¹⁹ Kube/Schnabel, Südwestdeutschland; Schaab/Richter (Hrsg.), Baden-Württemberg.

²⁰ Blank, Länder.

²¹ Der ältere Forschungsstand ist nachgezeichnet bei Hudemann, Besatzungszone; außerdem: Houll-Commun, politique. Besprechungen von Literatur bei Wolfrum, Besatzungspolitik, 1990 und bei Nüske, Literatur. Als Einführung in die Thematik geeignet: Scharf/Schröder (Hrsg.), Deutschlandpolitik. An neueren Arbeiten sind zu nennen: Defrance, politique; Friedrich, Rundfunk; Grange, Laffon; Mombert, jeunesse und Zauner, Erziehung.

²² Einschlägige Veröffentlichungen: Henke, Säuberung; Ders., Aspekte; Ders., Politik und Ders., Grenzen.

²³ Aus der Publikationsliste Rainer Hudemanns sei neben seiner Habilitationsschrift (Ders., Sozialpolitik) insbesondere auf folgende Aufsätze verwiesen: Ders., Frankreich; Ders., Grundprobleme; Ders., Kulturpolitik; Ders., Zentralismus; Ders., Besatzungsmächte.

der französischen Militärregierung steht noch immer aus, das erste Kapitel dieser Studie könnte hier als Substrat dienen; ferner fehlt ein biographisches Lexikon der französischen Besatzungsoffiziere. Von einer stringenten französischen Politik kann nämlich in den beiden ersten Jahren der Besatzung nicht gesprochen werden. Ohne Direktiven und ohne tragfähige Verwaltungsstrukturen blieb den französischen Offizieren vor Ort oft nichts anderes übrig als ihre eigenen politischen Prämissen umzusetzen. Von einer Besatzungspolitik, die zentral und nuanciert von Baden-Baden aus betrieben worden wäre, kann in den Jahren 1945/46 in vielerlei Hinsicht keine Rede sein. Erst ab Sommer 1946 waren nach und nach – zumindest was den Südtteil der Zone betrifft – die Kreisdelegierten durch qualifizierteres Personal ausgetauscht worden, das auf die Baden-Badener Linie eingeschworen war. Trotzdem blieb noch auf allen Ebenen ein großes Maß an freier Entscheidungskompetenz.

Quellenlage

Sämtliche von der französischen Militärregierung im besetzten Deutschland und Österreich überlieferten Akten sind heute im Archiv der Besatzung²⁴, einem Ableger des Archivs des Quai d'Orsay, im elsässischen Colmar deponiert. Die unmittelbaren Nachkriegsjahre im französisch besetzten Südwestdeutschland können mit Hilfe der dortigen, umfangreichen Bestände, deren Benutzung mittlerweile unkompliziert ist, minutiös rekonstruiert werden. Bedingt durch die strikte direkte Kontrolle der deutschen Verwaltung bis auf die lokale Ebene, hinterließen die personell großzügig ausgestatteten Dienststellen schriftliches Material in Form von Analysen, Ausarbeitungen, Berichten, Exposés und Kommentaren zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. In der sowohl territorial als auch bevölkerungsmäßig kleinen FBZ entstand unter diesen Voraussetzungen im Vergleich zur amerikanischen Zone das Dreifache an Aktenmaterial. Neben den in Deutschland angefertigten Papieren sind in Colmar darüber hinaus auch die Dossiers der Verbindungsstelle zwischen Baden-Baden und Paris archiviert: das *Secrétariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* (SGAAA) war dem Quai d'Orsay unterstellt und hatte seinen Sitz in der französischen Hauptstadt.

Das ausschlaggebende deutschlandpolitische Quellenmaterial ist allerdings nicht in der Colmarer Dependance, sondern in der Zentrale, im Archiv des französischen Außenministeriums (MAE)²⁵, aufbewahrt und wurde für die Landesgeschichte Südwestdeutschlands bisher kaum zu Rate gezogen. Zwei Bestände sind für die Deutschlandpolitik von zentraler Bedeutung: *Z-Europe Allemagne 1944–1960* und *Z-Europe Généralités 1944–1960*. Sie enthalten nicht nur Studien zur politischen Situation in Deutschland, sondern auch Papiere zu wichtigen internen Diskussionen. Auch war in Deutschland bisher unbekannt, daß sich neben anderen gewichtigen Nachlässen²⁶ der politische Teil

²⁴ Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche/Colmar (AdO).

An Literatur ist erschienen: Eisterer, Archivalien; Hamon, Archives; Hudemann, Geschichte; Klöckler, Benutzungsmodalitäten; Klöckler, Quellen; Wolfrum, Besatzungsarchiv.

²⁵ Archives du Ministère des Affaires Étrangères (MAE).

²⁶ MAE PA AP-270 Hoppenot [der damalige französische Botschafter in Bern]; MAE PA AP-288 Dejean [der damalige Leiter der Abteilung Mitteleuropa im MAE].

der schriftlichen Hinterlassenschaften des Generalverwalters Emile Laffon²⁷ im Archiv des Außenministeriums in Paris befindet.

Für die Rekonstruktion der Ereignisse der Monate April bis September 1945 ist es notwendig, die Bestände des französischen Heeresarchivs²⁸ in Schloß Vincennes zu konsultieren. Die entsprechenden Abteilungen der Stäbe, die sogenannten 5° *Bureaux*, waren in jenen Monaten für die zivilen Angelegenheiten im besetzten Teil Deutschlands zuständig. Die Errichtung der Besatzungsstrukturen vollzog sich für französische Verhältnisse in der Tat atypisch. Zuerst wurden im Rahmen der militärischen Besetzung ab April 1945 die „zivilen“ Militärregierungen vor Ort eingerichtet, und erst nach Monaten entstanden als Mittelinstanzen die Oberdelegationen²⁹ und schließlich die hypertrophe Zentrale in Baden-Baden. Erst Anfang August 1945 trafen die beiden Verwaltungsspitzen Pierre Koenig und Emile Laffon in der Bäderstadt ein. So war es wenig verwunderlich, daß die 5° *Bureaux* der Divisionen³⁰ politische Entscheidungen trafen und treffen mußten, damit aber gleichzeitig die Kompetenzen der örtlichen Militärregierungen an sich zogen.

Die Überlieferungslage der politischen Vorgänge in den ersten beiden Nachkriegsjahren ist in deutschen Archiven mangelhaft. Die französische Besatzungsmacht erlaubte nämlich erst nach und nach die Einrichtung höherer deutscher Dienststellen; deshalb ist in den Beständen der Badischen oder Württembergisch-Hohenzollerischen Staatskanzleien³¹ nur wenig Material vorhanden. Die maßgebliche Überlieferung liegt in den deutschen Archiven hingegen in Form von Nachlässen³² vor; die Korrespondenzen von Geistlichen, Künstlern, Politikern und Wissenschaftlern enthalten Material zur Neugliederungsdiskussion. Die einschlägigen Nachlässe sind verteilt auf eine Vielzahl kommunaler, gebietskörperschaftlicher, kirchlicher und staatlicher Archive. Lebenserinnerungen und Aufzeichnungen prominenter Politiker wie Theodor Heuss, Wilhelm Keil, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich Köhler, Reinhold Maier und Carlo Schmid bilden eine weitere, freilich kritisch zu prüfende Fundgrube³³. Die Auswertung dieser Quellen ist zeit- und arbeitsintensiv und oft auch ergebnislos („Zufallsfunde“), andererseits stellt sie die einzige Möglichkeit dar, öffentlich zugängliches deutsches Quellenmaterial zur The-

²⁷ MAE PA AP-338 Laffon.

²⁸ Service Historique de l'Armée de Terre/Vincennes (SHAT).

²⁹ Um eine bessere Lesbarkeit des Textes zu erreichen, wurden alle französischen Dienstgrade sowie einige der Dienststellenbezeichnungen wie folgt ins Deutsche übersetzt: aspirant: Fähnrich; sous-lieutenant: Leutnant; lieutenant: Oberleutnant; capitaine: Hauptmann; commandant: Major; colonel-lieutenant: Oberstleutnant; colonel: Oberst; général: General; capitaine de corvette: Korvettenkapitän (Major); capitaine de fregatte: Fregattenkapitän (Oberstleutnant); délégué de cercle: Kreisdelegierter; délégué de district: Bezirksdelegierter; délégué supérieur: Oberdelegierter; administrateur général: Generalverwalter; délégation de cercle: Kreisdelegation; délégation de district: Bezirksdelegation; délégation supérieure: Oberdelegation. Die Bezeichnungen der Dienststellen in Baden-Baden und Paris wurden in der französischen Begrifflichkeit belassen.

³⁰ Hierzu sind vor allem folgende Bestände heranzuziehen: 3 U Forces françaises d'occupation Aulhérie et Allemagne; 10 P Armées et corps d'armées; 11 P Divisions et brigades.

³¹ StA FR C 5/1 Badische Staatskanzlei; StA SIG Wü 2 Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern.

³² Vgl. die Auflistung der ausgewerteten Nachlässe im bibliographischen Teil.

³³ Heuss, Aufzeichnungen; Keil, Erlebnisse; Kiesinger, Jahre; Köhler, Lebenserinnerungen; Maier, Ende; Ders., Erinnerungen; Ders., Grundstein; Schmid, Erinnerungen. Zur Biographie von Carlo Schmid: Weber, Schmid. Zur Biographie von Reinhold Maier: Matz, Maier, 1989.

menstellung heranziehen zu können. Die Neugliederungsdiskussion beschränkte sich nicht nur auf den südwestdeutschen Raum, vielmehr war das österreichische Bundesland Vorarlberg mit in die Debatte eingeschlossen. Die Vorarlberger Protagonisten hinterließen aufgrund ihrer politischen und gesellschaftlichen Stellung ebenfalls Neugliederungsbeiträge, die sich mitunter in österreichischen Archiven befinden. Auch die „alemannische“ Schweiz mußte angesichts der politischen Forderungen in Südwestdeutschland interessiert nach Norden blicken. Die schweizerischen Konsulatsberichte³⁴ im Bundesarchiv in Bern bilden deshalb – neben den Protokollen der Regierung des Grenzkantons Schaffhausen – einen ganz besonderen Quellenbestand.

Die bis zu diesem Punkt aufgeführten Quellen sind problemlos zu benutzen. Die Archivgesetze der einzelnen Staaten sind zwar teilweise unterschiedlich, doch waren dem Verfasser nur wenige, personenbezogene Akten nicht zugänglich. Die Nutzungspraxis ändert sich bei der Auswertung privater Nachlässe oder Materialien aus Privat- und Adelsarchiven. Die Forschung ist hier auf den guten Willen, das Interesse und die Hilfsbereitschaft der jeweiligen Besitzer, Verwalter oder Betreuer angewiesen. Die Archive des oberdeutschen Adels blieben dem Verfasser in einigen Fällen verschlossen. Dankenswerterweise öffneten die Familien Douglas, Waldburg-Wolfegg und Waldburg-Zeil die Pforten zu ihren Sammlungen. Gleichermäßen befinden sich die beiden überaus wichtigen Nachlaßsplitter von Bernhard Dietrich und Otto Feger in privater Hand. Beide Akteure sind jedoch nur die „Spitze eines Eisberges“, die Hauptexponenten; die Verbindungen hingegen sind komplizierter und weiter geknüpft, als die historische Forschung bisher auch nur entfernt vermutete. An diesem Punkt hat sich eine berechtigte Frage gestellt: Sollte derselbe Aufwand betrieben werden, um Zugang zu privat lagernden Nachlässen weniger im Rampenlicht stehender Zeitgenossen zu bekommen? Die Frage weitete sich dahingehend aus, ob überhaupt bei einer solchen Thematik Vollständigkeit erreicht werden kann. Sollte und konnte jedem vagen Hinweis und jeder Mutmaßung über die Beteiligung und den Standpunkt einzelner Persönlichkeiten zur Frage der Neugliederung nachgegangen werden? Da der Nutzen nach einiger Zeit in keinem Verhältnis zum Arbeitsaufwand steht, muß die Antwort zweifellos negativ ausfallen. Daß jedoch in den nächsten Jahren noch erhellendes Material nicht nur aus privater Hand für die Forschung zugänglich gemacht werden wird, steht außer Frage.

Dennoch muß die vorliegende Arbeit nicht auf einer schmalen Quellenbasis aufbauen. Die Neugliederungsdiskussion fand einen deutlichen Widerhall in Südwestdeutschland, wenngleich unmittelbar nach 1945 eine nicht schwer zu durchschauende Zurückhaltung bei der schriftlichen Fixierung politischer und territorialer Vorstellungen vorhanden war. Trotzdem sind an vielen Stellen Beiträge zu dieser Diskussion erhalten, Traktate oft, die singular betrachtet sinnlos oder abstrus erscheinen müssen. Der Mangel an zentral lagernden Quellen hat in der Forschung die Haltung verstärkt, aus vermeintlicher Inexistenz von Quellenmaterial zu schließen, die Problematik der frühen Neugliederungsdiskussion könne nicht wissenschaftlich untersucht werden.

Die Methoden der „oral history“ wurden für die vorliegende Fragestellung ebenfalls angewandt. Es wurde sehr schnell deutlich, daß sich viele Zeitzeugen, Männer wie

³⁴ Politische Berichte ab 1848 befinden sich im BA Bern im Bestand E 2300. Es handelt sich um Konsulatsberichte aus Baden-Baden, Bregenz, Freiburg i. Br., Innsbruck und Stuttgart.

Frauen, nach fünfzig Jahren nicht mehr bestimmte Versammlungen, Inhalte von Reden und ähnliches ins Gedächtnis zurückrufen konnten. Aber sie besaßen zumeist exakte und klare Erinnerungen³⁵ an Stimmungen, Anekdoten und persönliche Beziehungen. Den Hinweisen dieser Interviewpartner verdankt die vorliegende Arbeit manchen entscheidenden Impuls. Viele Querverbindungen und Freundschaften konnten nur dank der Aussagen von Zeitzeugen rekonstruiert werden. Insbesondere jenseits des Rheins ist noch mancher ehemalige Besatzungsoffizier am Leben; als junge Männer nach Deutschland gekommen, waren sie 1945 oftmals kaum dreißig Jahre alt und bilden daher heute eine wichtige Zeitzeugengruppe. Die damaligen deutschen Protagonisten sind allerdings fast alle gestorben, nur eine Handvoll Beteiligter – mittlerweile hochbetagt – konnte vom Verfasser befragt werden. Doch erwies sich auf deutscher Seite die nachfolgende Generation als ausgesprochen kompetenter Gesprächspartner. Auf dem Weg ins Erwachsenenalter erlebte sie die Diskussionen und die Problematik hautnah im Elternhaus mit. Gerade die Erlebnisse der Jugend graben sich bekanntlich tief in die Erinnerung ein.

Methodik

Das fast gänzliche Fehlen von Sekundärliteratur zur eigentlichen Fragestellung zwang den Verfasser, sich auf die Erschließung neuer Quellen zu konzentrieren. Ausgehend von den in großem Umfang unbearbeiteten französischen Quellen in Colmar und Paris, mußte ein Geflecht der Verbindungen und Beziehungen der Beteiligten rekonstruiert und die Grundzüge der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik nachgezeichnet werden. In der zweiten Phase wurden die Bestände der öffentlichen deutschen Archive ausgewertet, wobei die vorhandenen Nachlässe im Zentrum standen. Im folgenden füllten deutsche und französische Zeitzeugen beiderlei Geschlechts das Bild jener Jahre mit Leben und bestätigten oder verwarfen viele in den Quellen auftauchende Mutmaßungen und Spekulationen. Nachlässe und Material aus privaten Sammlungen und Archiven ergänzten und erweiterten zudem die Quellenbasis noch einmal entscheidend. Die Bildung von Thesen und die Analyse der Phänomene begann erst nach Abschluß der Archivrecherchen und stand nicht – wie so oft in wissenschaftlichen Arbeiten – an ihrem Anfang.

Die Subsumption der Neugliederungspläne unter dem polemischen Schlagwort „Separatismus“ verbietet sich angesichts der historischen Problematik von selbst³⁶. Die Begriffe „Abendland“, „Alpenland“ und „Alemannien“³⁷, die inhaltlich eher unter die Ter-

³⁵ Der Verfasser hat sämtliche Interviews schriftlich festgehalten. Kopien der Protokolle befinden sich im Archiv der Stadt Konstanz (StadtA KN Cc 775 a).

³⁶ Als „séparatistes“ bezeichnete die französische Besatzungsmacht nach dem Ersten Weltkrieg die Anhänger der rheinischen Separationsbestrebungen. Die neutrale Konnotation des Begriffs „Separatismus“ unterlag einer raschen Pejoration im deutschen Sprachgebrauch in Richtung Vaterlandsverrat, Absonderung von der „Volksgemeinschaft“ und gewaltsamer Abspaltung. Nach 1945 wurde der Begriff in national denkenden Kreisen dazu gebraucht, um föderalistische Neugliederungspläne a priori in der Bevölkerung zu diffamieren und zu diskreditieren. Zur Genese des Separatismusbegriffs vgl. Wünschel, Begriff.

³⁷ Diese Termini waren feste Bestandteile der Begrifflichkeit nach 1945, weshalb im folgenden auf die Verwendung von Anführungszeichen verzichtet wird.

mini Föderalismus³⁸ und Autonomismus³⁹ fallen, treten an die Stelle des vielgeschmähten „Separatismus“. Die Strukturierung in drei Kategorien vergegenwärtigt zudem die Heterogenität der informellen Kreise, politischen Zirkel und Honoratiorengruppierungen, die nach 1945 agierten und die der Diskussion den Stoff lieferten. Es sind drei Grundströmungen, die in dieser Arbeit beschrieben werden sollen. Diese verschmelzen und amalgamieren nicht, und deshalb hat die, wenngleich artifizielle und wissenschaftlich-analytische Kategorisierung ihre Berechtigung. Gegenstände der Untersuchung bilden die katholischen-abendländischen, die stammesföderalistischen und die historisch motivierten Pläne, die unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 ans Tageslicht kamen. Diese Vorstellungen entstammen klar umrissenen Personengruppen: Abendland den abendländisch-katholischen, publizistisch tätigen Kreisen einerseits und dem oberdeutschen, nicht minder katholischen Adel andererseits. Alpenland ist eine Idee der föderalistischen, ebenfalls entscheidend vom Katholizismus geprägten Zirkel, die einen Bund der süddeutschen Stämme ihren Planungen zugrunde legten. Alemannien entspricht dagegen den Vorstellungen von Historikern und Archivaren; der Plan ist ein Rekurs auf die politischen Zustände des Hohen Mittelalters (Herzogtum Schwaben).

Die Gliederung der Studie orientiert sich an diesen drei Zentralbegriffen. Einleitend – und für das Verständnis unumgänglich – sind im ersten Kapitel die Strukturen der französischen Besatzungsmacht nachgezeichnet. Die Heterogenität des französischen Offizierskorps und die Konzeptionslosigkeit insgesamt sind für alle Ebenen der Militärregierung charakteristisch. Eine deutliche chronologische Einteilung in zwei Phasen ist evident. Die erste Phase umschließt den Einmarsch mit anschließender Herrschaft der Besatzungstruppen, die in der Sekundärliteratur als Militärverwaltung⁴⁰ begrifflich gefaßt wurde. Ein halbes Jahr blieben die Stäbe der Divisionen für die sich geographisch ab Juli 1945 wandelnde französische Zone verantwortlich. Der Aufbau der Militärregierung, vermutlich frühestens im Herbst 1945 abgeschlossen, stellt die zweite und bei weitem längere Phase dar. Der Südteil der FBZ wird dabei bis auf die unterste verwaltungstechnische Ebene, die Kreisdelegationen (*délégations de cercle*), untersucht. Die Kreisdelegierten haben in der Anfangszeit der Besatzung wegen eingeschränkter Kommunikations- und ineffizienter Kontrollmöglichkeiten eine maßgebliche politische Rolle gespielt. Es folgt eine detaillierte Darstellung des Aufbaus der Besatzung im Südteil der FBZ bis auf die Baden-Badener Ebene. Die übergeordneten Stellen mitsamt dem Regierungsapparat in der französischen Hauptstadt runden das Bild ab. Deutschland- und Besatzungspolitik werden im ersten Kapitel deutlich getrennt; die unterschiedlichen Kon-

³⁸ Als föderalistisch werden in dieser Studie alle Konzeptionen bezeichnet, die kein Übergewicht einer Zentralgewalt in einem wie auch immer gebildeten, umfassenden Staatswesen vorsahen und die den Föderalismus als gesamtgesellschaftliches Prinzip verstanden. Es sei an dieser Stelle auf den Unterschied von föderativ und föderalistisch verwiesen. Einschlägig: Deuerlein, Föderalismus und Huhn, Lernen. Zur Genese des Föderalismusbegriffs: Heil, Föderalismus.

³⁹ Autonomismus stellt den Versuch dar, den Wunsch nach größerer Selbständigkeit und einer Sonderstellung innerhalb eines staatenbündlich organisierten, großen Gemeinwesens umzusetzen. Wirtschaftliche und kulturelle Bande sind im allgemeinen von autonomistischen Planungen nicht betroffen. Vgl. auch die Herkunft des Wortes aus dem Altgriechischen: *autonomos* = „nach eigenen Gesetzen lebend“.

⁴⁰ Lutz Niethammer hat die Unterscheidung zwischen G-5 gebundener Militärverwaltung und der eigentlichen „zivilen“ Militärregierung eingeführt. Sie fand in der Forschung allgemein Eingang; Niethammer, Besatzungsmacht, S. 153.

zepte der Provisorischen Regierung de Gaulles und des Zivilkabinetts von General Koenig in Baden-Baden für die territoriale Gestaltung Südwestdeutschlands werden dazu als Untersuchungsgegenstand dienen. Als Überleitung zum nächsten Kapitel sind die französischen Umstrukturierungspläne für den Südtteil der Zone aufgerollt und bewertet. Eine Interessenkonvergenz bestimmter französischer und deutscher Kreise bei konzeptionell beträchtlichen Unterschieden ist nicht zu übersehen. Tatsächlich gab es in Baden-Baden im Kabinett von General Koenig Pläne zur politischen und verwaltungstechnischen Umgestaltung Südwestdeutschlands (Südstaat, Konföderation „Südschwaben“), die zur Jahreswende 1945/46 weit gediehen waren.

Das zweite Kapitel widmet sich dem Begriff „Abendland“. Da sind zum einen das Umfeld und die Aktivitäten der im Herbst 1945 in Freiburg vom Versicherungskaufmann Josef Ruby gegründeten „Vereinigung Abendland“ zu rekonstruieren, ferner das Milieu der Zeitschriften *Das Neue Abendland* und *Die Föderalistischen Hefte* und weiterer „abendländischer Kreise“ in Südwestdeutschland darzustellen. Unisono schallte aus dieser Ecke die Forderung nach einer Rückbesinnung auf das katholische Abendland und nach einem föderalistischen Aufbau Europas. Für Südwestdeutschland beanspruchten Teile der „Abendländer“ – zumeist hinter vorgehaltener Hand – eine Lösung im „alemannischen Sinne“, an einem künftigen deutschen und europäischen Staatenbund führte in deren Ideenwelt letztlich aber kein Weg vorbei. Obwohl in der Amerikanischen Besatzungszone beheimatet, sind die Publizisten im Umkreis des katholischen Föderalisten und Herausgebers der *Stuttgarter Nachrichten*, Otto Färber, und deren „Augsburger Plan“ Teilnehmer der Neugliederungsdiskussion; die Protagonisten werden im zweiten Kapitel dargestellt. Primär ist auch der „geistige Tauschplatz“ in Südwürttemberg, die vom Aulendorfer Verlagsbuchhändler Josef Rieck ins Leben gerufene „Gesellschaft Oberschwaben“, eine „abendländische“ Angelegenheit. Hierunter fallen ebenfalls die katholisch-oberdeutschen, ehemaligen Standesherrn, insbesondere die Familien Hohenzollern-Sigmaringen, Waldburg-Wolfegg und Waldburg-Zeil. Die Restaurierung der Hausmacht sollte einhergehen mit der Errichtung eines schwäbisch-alemannischen Stammesstaates oder eines „Königreiches Schwaben“, im Falle des Fürsten Erich von Waldburg-Zeil mit der Schaffung einer Donaukonföderation unter österreichischer Führung.

Das dritte Kapitel befaßt sich mit den föderalistischen Neugliederungsbeiträgen unter der Bezeichnung „Alpenland“. Die Alpenlandpläne wurden spätestens im Sommer 1945 erarbeitet und fanden auch im österreichischen Bundesland Vorarlberg ihre Verbreitung. Spiritus rector der Idee war der Singener Bürgermeister und Arzt Bernhard Dietrich. Da die Alpenlandbewegung in Vorarlberg verboten wurde, mußte Dietrich Anfang 1946 die Konzeption der propagierten süddeutsch-katholischen Konföderation auf den schwäbisch-alemannischen Stamm reduzieren. Im August 1946 konnte auf Dietrichs Betreiben hin der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ gegründet werden, in dem neben dem Rottweiler Bürgermeister und Oberstaatsanwalt Franz Mederle auch kurzzeitig der Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger mitarbeitete. Der Heimatbund strahlte auf den gesamten französisch besetzten Südwesten aus, personelle Querverbindungen und Grundstrukturen einer organisierten Propaganda wurden geschaffen. Als Publikation spielte Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* nicht nur in diesem Umfeld eine herausragende und integrierende Rolle.

Otto Fegers politische Vorstellungen stehen im Zentrum des vierten Kapitels. Das schwäbische Herzogtum des 12. Jahrhunderts war das historische Vorbild für die umstrit-

tene und weitverbreitete Schrift *Schwäbisch-Alemannische Demokratie*, dem auflagenstärksten Buch des Jahres 1946. Weitere ausgewiesene Historiker und Archivare hingen ebenfalls diesen Neugliederungsvorstellungen an; die Scharnierfunktion; die dabei den ersten, ab Oktober 1946 im oberschwäbischen Aulendorf abgehaltenen Südwestdeutschen Archivtagen zukommt, wird aufgezeigt werden. Spätere publizistische Versuche Fegers, die er in Zusammenarbeit mit dem Konstanzer Verleger Curt Weller umzusetzen gedachte (*Zeitschrift für Schwäbische Geschichte, Oberland und Rosgarten-Verlag*) und die allesamt von der französischen Besatzungsmacht abgelehnt wurden, werden ebenfalls analysiert. Aber auch Fegers permanenter Gegenspieler, der sich frühzeitig für eine „rheinschwäbische“ Lösung einsetzende Freiburger Geograph und Leiter des Alemannischen Instituts, Friedrich Metz, soll in diesem Teil der Untersuchung Erwähnung finden.

Im fünften Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie die Neugliederungspläne auf die im Entstehen befindlichen oder bereits gegründeten politischen Parteien in Südwestdeutschland gewirkt haben. Außer bei den Kommunisten gab es nämlich in sämtlichen Parteien bisher weitgehend unbekannte, ausgeprägt föderalistische Flügel, die mit autonomistischen oder stammesföderalistischen Konzepten liebäugelten. Auch der einzige parteipolitische Versuch der Autonomisten wird an dieser Stelle behandelt werden: die „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“. Weitere Parteigründungsversuche zeugen von dem Willen, nach 1945 auf staatlich und gesellschaftlich neuer Grundlage das politische Leben zu reorganisieren. Daneben gab es in beträchtlicher Zahl politische Kreise und Sammelbewegungen, die aber über das programmatische Stadium nicht hinaus kamen. Die paradigmatische Darstellung dieser politischen Tendenzen erweitert allerdings das gesamtgesellschaftliche Bild des Jahres 1945 und belegt zugleich den Stellenwert der Neugliederungsdiskussion.

Die zeitliche Eingrenzung der Thematik ergibt sich aus folgenden Überlegungen: Erst nach der alliierten Besetzung Südwestdeutschlands konnte sich die Frage der Neugliederung entfalten, zuvor war diese Diskussion stets mit dem Vorwurf des Hochverrats belastet. Die undurchsichtige politische Situation der Jahre 1945 und 1946 ließ die Neugliederungsdiskussion trotz sehr beschränkter materieller Mittel nachgerade aufblühen. Erst mit dem notgedrungenen Einschwenken der französischen Politik auf die Linie der USA nach der gescheiterten Außenministerkonferenz in Moskau im Frühjahr 1947 flaute die Diskussion ab und fand im Juli 1948 ihre letzte Plattform in den durch die „Frankfurter Dokumente“ initiierten Gesprächen der Ministerpräsidenten. Auf der Konferenz auf dem Rittersturz bei Koblenz setzten die Länderregierungschefs bekanntlich den „Ausschuß zur Überprüfung der Ländergrenzen“ ein, auf dessen Tagesordnung auch das Projekt des schwäbisch-alemannischen Staates stand. Doch war der bundesstaatliche Weg für Westdeutschland zu jenem Zeitpunkt bereits unumkehrbar vorgezeichnet. Die Diskussion der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte damit ihren Abschluß gefunden und wich dem zähen Kampf um die Errichtung des Südweststaates – eine Problematik, die in der vorliegenden Darstellung nicht weiter verfolgt werden soll.

Unter Südwestdeutschland wird in dieser Studie das Territorium des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg verstanden, wobei der Schwerpunkt der Recherchen auf dem damals unter französischer Besatzung stehenden südlichen Landesteil liegt. Die Pfalz und der bayerische Regierungsbezirk „Schwaben“ sind zwar im Begriff eingeschlossen, werden aber nur am Rande untersucht. Auch die nördlichen Teile von Baden und Württemberg spielen bei der hier beleuchteten Neugliederungsdiskussion einen we-

niger gewichtigen Part. Deshalb verengt sich der Untersuchungsgegenstand mehr oder minder in seiner territorialen Ausdehnung auf die französisch besetzten Teile von Baden, Württemberg, Hohenzollern und Bayern. Mit in die Betrachtung einbezogen ist das damals ebenfalls französisch besetzte österreichische Bundesland Vorarlberg. Die französischen Planungen zur verwaltungsmäßigen Vereinigung von Südbaden, Südwürttemberg, Hohenzollern und des Kreises Lindau wurden schon von den Zeitgenossen aufgegriffen und unter dem Begriff „Südstaat“ diskutiert. In der so definierten räumlichen Ausdehnung erscheint der Terminus – der leichten Lesbarkeit willen – ohne Anführungszeichen in den nachfolgenden Kapiteln⁴¹.

Vorgeschichte der Neugliederungsdiskussion im Südwesten

Schon vor der napoleonischen „Flurbereinigung“ wurden immer wieder Neugliederungspläne für den politisch zersplitterten südwestdeutschen Raum erörtert. Erste Einigungsversuche gehen bereits auf das ausgehende 18. Jahrhundert zurück, als der Schwäbische Kreis zur theoretischen Grundlage einer erhofften großschwäbischen Republik wurde. Zu diesen republikanischen Vorstellungen, die selbst eine Einbeziehung der helvetischen Republik vorsahen, gesellten sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch dynastisch-feudalistische Neugliederungspläne. Der württembergische König Wilhelm I. regte die Zusammenfassung aller Gebiete vom Elsaß bis zum Lech zu einem „Königreich Alemannien“ an, genauso wie schon sein Vater Friedrich ein „Großwürtemberg“ anvisiert hatte⁴²; der königlich württembergische Generalleutnant Josef Konrad von Bangold propagierte 1848 ein aus Baden, Württemberg und den beiden Hohenzollern gebildetes „Königreich Schwaben“. Besonders produktiv für Fragen der Neugliederung war die Zeit der Revolution von 1848/49⁴³. Hohenzollern bildete den weiteren Ausgangspunkt für Pläne einer zweiten „Flurbereinigung“ in Südwestdeutschland: so 1849 beim Übergang der Hohenzollernschen Lande an Preußen, dann wieder beim Einmarsch württembergischer Truppen in Hohenzollern im Gefolge des preußisch-österreichischen Krieges 1866 und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Im tristen November des Jahres 1918 griff man diese Gedankenspiele erneut auf. Die heftig diskutierte Frage, was aus der preußischen Exklave Hohenzollern werden sollte, entzündete damit die Neugliederungsdiskussion im 20. Jahrhundert.

Nach der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Hechingen und auf dem badi-schen Heuberg im November 1918 erhoben diese schon bald die Forderung, Hohenzollern von Preußen zu trennen und eine hohenzollerische Republik auszurufen⁴⁴. Die Forderung traf allerdings im Hohenzollernschen Kommunallandtag, der vom Zentrums-politiker Emil Belzer⁴⁵ geleitet wurde, auf Ablehnung. Von den Vorgängen aufgeschreckt,

⁴¹ Zitate aus französischen Quellen wurden mit Ausnahme des Anmerkungsapparats ins Deutsche übersetzt. In zweifelhaften, zu unterschiedlichen Übersetzungen und damit Interpretationen Anlaß bietenden Fällen steht der französische Begriff oder Satzteil in eckiger Klammer im Text.

⁴² Weiterführend: Borst, Vorstufen, S. 12 f.

⁴³ Ausführungen zu den Vorstellungen im 19. Jahrhundert in: Schreiner/Hofacker, Staufer-Überlieferung, S. 322 f.

⁴⁴ Untersuchungen zur Neugliederungsdiskussion in der Weimarer Republik hat Günther Bradler vorgelegt. Die folgenden Ausführungen zu Emil Belzer stützen sich – soweit nicht anders vermerkt – auf Bradler, „Großschwaben-Plan“ und Ders., Vorstufe.

⁴⁵ Emil Belzer (1860–1930), seit 1899 Mitglied des Hohenzollernschen Kommunallandtages;

entsandte die preußische Staatsregierung den im Innenministerium tätigen Ministerialdirektor Friedrich Meister nach Sigmaringen. Im dortigen Landhaus berieten auf der sogenannten „Gründonnerstagsitzung“ vom 17. April 1919 die Vertreter des Innenministeriums mit dem Hohenzollerischen Landesausschuß⁴⁶. Belzer sagte Meister zu, „daß keine Veranlassung bestehe, sich von Preußen loszusagen; [...] für den Fall des Zustandekommens einer Republik ‚Großschwaben‘ könne sich Hohenzollern aber nicht dem Beitritt entziehen“⁴⁷. Tatsächlich sahen die Verfassungsentwürfe von Max Weber und Hugo Preuß eine Angliederung Hohenzollerns an Württemberg und somit eine „klein-schwäbische Lösung“ vor. In der Weimarer Verfassung von 1919 war mit Artikel 18 durchaus die Möglichkeit zur Neugliederung vorhanden; im wesentlichen aber ließ sie den Aufbau des Reiches von 1871 bestehen.

Ein erster Versuch des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg wurde dann anlässlich der Beratungen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater unternommen. Am 28. März 1919 versammelten sich auf Einladung des Abgeordneten Wilhelm Keil⁴⁸ 18 badische und württembergische Abgeordnete, um über eine Vereinigung der beiden Länder zu beraten⁴⁹. Ein handschriftliches, im Telegrammstil abgefaßtes Protokoll des Stuttgarter Demokraten Conrad Haußmann⁵⁰ hielt dazu folgendes fest: „Alles spreche für die Vereinigung, geographisch, wirtschaftlich und politisch [...]. Wenn Reich aufgebaut werde, sei ein starkes Süddeutschland ein Vorteil [...]. Name Süddeutsche Republik. Landeshauptstadt [...] Stuttgart-Karlsruhe.“⁵¹ Reichsinnenminister Erich Koch-Weser schätzte 1920 rückblickend auf die beiden Jahre zuvor die Stimmung in Süddeutschland zugunsten eines schwäbischen Staates in einer Denkschrift als gut ein: „Zeitweise beanspruchte der Plan ‚Groß-Schwaben‘, d. h. die Vereinigung von Württemberg, Baden, Hohenzollern-Sigmaringen, dem bayerischen Schwaben und allenfalls auch der Rheinpfalz zu einem südwestdeutschen Einheitsstaat

1905–13 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des preußischen Landtages; 1906–18 MdR (Zentrum); 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung; 1922 Mitglied des preußischen Staatsrates; 1919–26 Regierungspräsident der Hohenzollernschen Lande.

⁴⁶ Für Hohenzollern waren an den Verhandlungen beteiligt: Regierungspräsident Franz Graf Brühl, Geheimer Regierungsrat Carl Sauerland und Amtsgerichtsrat Emil Belzer.

⁴⁷ Bradler, „Großschwaben-Plan“, S. 15.

⁴⁸ Wilhelm Keil (1870–1968), Lehre im Drechslerhandwerk; 1888 Beginn seiner Wanderjahre; 1890 Mitglied der SPD; 1896–1933 Redakteur der Schwäbischen Tagwacht; 1900–33 MdL Württemberg (SPD); 1910–32 MdR; 1919 Präsident der Verfassungsgebenden Württembergischen Landesversammlung; 1921–23 württembergischer Arbeits- und Ernährungsminister; 1933–45 politische Verfolgung; 1946–52 Präsident des Landtags von Württemberg-Baden. Vgl. Achenbach, Keil; inhaltlich außerdem die Memoiren: Keil, Erlebnisse. Im zweiten Band seiner Erlebnisse berichtet Keil (S. 178 f.) von den gescheiterten Versuchen eines Länderzusammenschlusses: „Bevor ich den Weimarer Verfassungsausschuß verlasse, sei noch ein Versuch erwähnt, den ich unternahm, und der darauf abzielte, die Länder Württemberg und Baden zu vereinigen. Unser großes Ziel war eine Neugliederung [...]. Stammeshindernisse bestanden nicht; die württembergisch-badische Grenze zerschneidet das zusammengehörige, von Alemannen besiedelte Gebiet.“

⁴⁹ Keil, Erlebnisse, II, S. 178 f.

⁵⁰ Conrad Haußmann (1857–1922), Schulbesuch in Stuttgart; rechtswissenschaftliches Studium in Zürich, München, Berlin und Tübingen; 1883 Rechtsanwalt in Stuttgart; 1889 MdL Württemberg (Württembergische Volkspartei); 1890–1918 MdR; 1918 Staatssekretär unter Max von Baden; 1919–22 MdR (Deutsche Demokratische Partei), Vorsitzender des Verfassungsausschusses und Parlamentsvizepräsident. Vgl. Henning, Haußmann.

⁵¹ HStAS NL Haußmann Q 1/2 Bü 48.

in der Öffentlichkeit lebhaftes Aufmerksamkeitsinteresse.⁵² Die Denkschrift des Reichsinnenministers stand wiederum in Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Schaffung der „Zentralstelle zur Gliederung des Deutschen Reiches“, die sich in der ersten Sitzung vom 3. November 1920 konstituiert hatte und die Reichsreform vorbereiten sollte. Mit der Leitung der Zentralstelle war Siegfried Graf von Roedern beauftragt, der neun Kommissionen samt Vorsitzenden wählen ließ. Für Württemberg und Hohenzollern wurde als Vorsitzender der preußische Staatsminister a. D. Bill Drews bestätigt. Auf Drängen der badischen Seite bestimmte man den preußischen Regierungspräsidenten für die Hohenzollernschen Lande, Emil Belzer, zum Gutachter.

Auf Ersuchen der für Württemberg und Hohenzollern zuständigen Kommission reichte Belzer am 15. Dezember 1920 ein Gutachten ein⁵³, das sich mit der Neugliederung Südwestdeutschlands befaßte. Er negierte darin eine gefestigte und enge Bindung Hohenzollerns an Preußen und arbeitete präzise die verschiedenen Interessengruppen heraus. „Der Wunsch nach einem Großschwaben ist in Hohenzollern durchaus populär; nur wenige, vor allem altpreußische Elemente, verkennen, daß bei einem Zusammenschluß Württembergs und Badens die Miteinbeziehung Hohenzollerns eine Selbstverständlichkeit ist.“⁵⁴ Die Bildung eines Großschwaben war nach Belzers Auffassung die geeignetste Lösung der Hohenzollernfrage; Großschwaben war für ihn vorerst der Zusammenschluß von Baden, Hohenzollern und Württemberg. Die Einbeziehung Bayerisch-Schwabens forderte Belzer nicht explizit, die gewählte Bezeichnung legt dies aber nahe.

Auf der Grundlage des Belzerschen Gutachtens wurde die Hohenzollernfrage in der Kommission abschließend am 5. März 1921 behandelt. Der Vertreter Preußens, Staatssekretär Friedrich Theodor Freund, machte deutlich, daß seine Regierung nur einer Lösung zustimmen werde, die das gesamte Hohenzollern in einen schwäbisch-württembergischen Staat aufgehen lasse. Eine Aufteilung und Zerstückelung an Baden und Württemberg lehnte er entschieden ab. So kam denn auch die Kommission zu dem Ergebnis, daß die zukünftige Entwicklung abgewartet werden müsse, zuvor sei kein abschließendes Urteil über Hohenzollern zu fällen. Diese Empfehlung wurde in die Plenarsitzung der „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches“ vom 24. Januar 1922 eingebracht und zum Beschluß erhoben⁵⁵. Die Initiative von staatlicher Seite war damit auf Jahrzehnte blockiert, der territoriale Status quo konserviert. Daran hatte auch der Versuch des Schramberger Gemeinderates vom Frühjahr 1921 nichts ändern können, durch eine Resolution der badischen und württembergischen Grenzgemeinden Einfluß auf das württembergische Staatsministerium und damit auf die „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches“ zu nehmen. Am 8. April 1921 hatten nämlich die Bürgermeister der Grenzgemeinden⁵⁶ durch Initiative Schrambergs in Donaueschingen

⁵² Denkschrift Koch-Wesers vom 22. 1. 1920; GLA Bestand Badisches Staatsministerium, Abt. 233 Nr. 25699; zitiert nach Bradler, „Großschwaben-Plan“, S. 20.

⁵³ Das sogenannte „Belzer-Gutachten“ vom 15. 12. 1920 wurde im Januar 1921 hektographiert an die zuständige Kommission der Zentralstelle übersandt; Emil Belzer: „Gutachtliche Äußerung“ (masch. 27 S.); HSTAS NL Haußmann Q 1/2 Bü 48.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Vgl. auch: Benz, Süddeutschland, S. 260–270.

⁵⁶ Anwesend waren die Vertreter von Schramberg, Schwenningen, Sigmaringen, Hechingen, Tuttlingen, St. Georgen, Villingen, Ebingen, Alpirsbach und Trossingen.

gen den Zusammenschluß von Baden, Hohenzollern und Württemberg gefordert. Man beschloß darüber hinaus, in Mannheim und Donaueschingen Werbestellen zur Propagierung des Gedankens einzurichten⁵⁷. Doch die Resolution hatte keinen Einfluß auf den Gang der Dinge.

Die Reichsreform war alles in allem für Südwestdeutschland ergebnislos verlaufen. Auch im übrigen Deutschen Reich präsentierten sich die Ergebnisse als dürftig: Coburg wurde 1920 an Bayern angeschlossen, im selben Jahr vereinigten sich die thüringischen Staaten zum Land Thüringen, und 1922 wurde Pymont an Preußen angegliedert. Die letzte Reformmaßnahme wurde 1929 durchgeführt: Waldeck schloß sich ebenfalls an Preußen an. Die Hegemonie Preußens war durch diese kosmetischen Maßnahmen weder gebrochen noch vermindert, im Gegenteil, das Land Preußen ging durch den Anschluß von Pymont und Waldeck sogar leicht gestärkt aus der mißglückten Reichsreform hervor. Trotz der politischen Bewegungslosigkeit, in der das Deutsche Reich offiziell in der Frage einer innerstaatlichen Neugliederung verharnte, griff eine Vielzahl Intellektueller in die Reichsreformdiskussion ein.

Die bekanntesten und populärsten Vorschläge lagen in gedruckter Form vor, für die Jahre der Weimarer Republik können mindestens sieben Reformwerke nachgewiesen werden⁵⁸. Die Analyse der Diskussionsbeiträge beschränkt sich hier allerdings auf die für die Neugliederung Südwestdeutschlands interessanten Reichsreformpläne. Der Geograph Walter Tuckermann legte 1920 in einer nur vierseitigen Ausarbeitung, die in einer Veröffentlichung des Kölner Föderalisten Benedikt Schmittmann⁵⁹ erscheinen konnte, einen für Südwestdeutschland bisher nicht geäußerten Plan vor. Dargestellt anhand einer großen Kartenskizze, machte er sich für eine „kleinschwäbische“ Lösung stark. Hohenzollern und „Bayrisch-Schwaben ohne Neuburg und den östlichen Teil des Amtes Donauwörth“⁶⁰ gedachte er mit Württemberg zum Land „Schwaben“ zu vereinen, den badischen Staat sah er vor seinem geistigen Auge mit der bayerischen Pfalz zum separaten Land „Baden“ zusammenwachsen. Baden und Schwaben wären zwei der projektierten vierzehn deutschen Länder gewesen. Dagegen schlug Hans Baumann in seiner Hallensischen Dissertation aus dem Jahr 1922 einen anderen Weg vor. Die Vereinigung von Baden, Württemberg, Hohenzollern und der Pfalz hätte eines der 12 geplanten Wirtschaftsgebiete des Deutschen Reiches ergeben. Der Name des südwestdeutschen Gebietes sollte „Württemberg-Baden“ lauten⁶¹. Den gleichen Gedanken verfolgte Erwin Scheu 1928, er nannte die Vereinigung allerdings „Südwestdeutsche Wirtschaftsprovinz“⁶². Eine Gliederung Deutschlands weitestgehend auf Grundlage der Stämme hatte August Weitzel bereits 1926 vorgelegt⁶³. Das konzipierte Reichsland „Rheinschwaben“ fügte Weitzel aus Baden, Württemberg und Hohenzollern zusammen, wobei er im Norden die badischen Kreise Mannheim, Ludwigshafen, Sinsheim, Mosbach, Buchen und

⁵⁷ Benz, *Süddeutschland*, S. 268.

⁵⁸ Tuckermann, *Vorschläge*; Baumann, *Energiewirtschaft*; Deutschlands Neugliederung; Obst, *Neugliederung*; Preuß, *Reich*; Scheu, *Wirtschaftsprovinzen*; Luther, *Reich*.

⁵⁹ Zu Benedikt Schmittmann vgl. Kapitel II/1.

⁶⁰ Tuckermann, *Vorschläge*, S. 79.

⁶¹ Baumann, *Energiewirtschaft*; Kartenskizze des Plans bei Münchheimer, *Neugliederung*, im Anhang.

⁶² Scheu, *Wirtschaftsprovinzen*, passim.

⁶³ Deutschlands Neugliederung.

Tauberbischofsheim an das Reichsland „Rheinfranken“ abtreten wollte. Dafür gliederte er die schwäbischen Kreise Günzburg, Neu-Ulm, Krumbach, Illertissen und Memmingen dem Reichsland „Rheinschwaben“ ein. Trotzdem kann Weitzels Reichsreformprojekt nicht als stammesföderalistische Lösung angesehen werden: der Großteil von Bayerisch-Schwaben blieb beim Reichsland „Bayern“, die fränkischen Kreise im nördlichen Württemberg waren Bestandteil des Reichslandes „Rheinschwaben“.

Aber nicht nur auf der Ebene des Deutschen Reiches machten sich Wissenschaftler und Politiker in den Jahren der Weimarer Republik Gedanken über die zukünftige Gliederung Südwestdeutschlands. Auch der Südwesten selbst hat Planspiele hervorgebracht, die entweder den Zusammenschluß Badens, Württembergs und Hohenzollerns nahelegten oder auf stammesföderalistischer Grundlage eine „großschwäbische“ Lösung postulierten. Der junge Demokrat Theodor Heuss sah in der Vereinigung von Baden, Württemberg, Hohenzollern und der bayerischen Pfalz im Januar 1919 die mögliche Lösung der südwestdeutschen Problematik⁶⁴. Sein Parteifreund Wilhelm Schall sinnierte 1919 in der Schrift *Das bundesstaatliche Problem* des weiteren über einen politischen Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder⁶⁵. Zu Beginn der zwanziger Jahre hatte auch der spätere Badische Staatspräsident Willy Hellpach⁶⁶ ein Konzept und einen Namen für einen zukünftigen Staat im Südwesten gefunden, der nach 1945 wieder aufgegriffen werden sollte: „Rheinschwaben“. Überhaupt regte sich außer in Württemberg gerade in Nordbaden in jenen Jahren eine beträchtliche Anzahl von Stimmen, die den Zusammenschluß von Baden und Württemberg und eine eventuelle Einbeziehung der Pfalz forderten. Der aus Straßburg ausgewiesene Studienrat Manfred Eimer schlug im ersten Nachkriegsjahr in Heidelberg die „Vereinigung von Württemberg, Baden und Hohenzollern nebst dem bayrischen Schwaben“ vor⁶⁷. Das propagierte Staatsgebilde wollte er ausdrücklich nicht als einen Vorschlag zur politischen Einigung des schwäbischen Stammes verstanden wissen, sondern als eine aus wirtschaftlichen, geographischen und politischen Überlegungen heraus erdachte Ideallösung. Zu dem Heidelberger Umfeld ist auch der aus Karlsruhe stammende Geograph und Freund Hellpachs, Friedrich Metz⁶⁸, zu rechnen. Im Winter 1919 hielt er in Heidelberg einen Vortrag mit dem Titel „Der südwestdeutsche Staat und die Vereinigung von Baden und Württemberg“, der an der dortigen Universität lange Debatten auslöste. Der Vortrag wurde zu seiner persönlichen Genugtuung in der in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift *Der Schwäbische Bund* abgedruckt⁶⁹.

Von den Plänen Manfred Eimers und August Weitzels abgesehen, zielten die vorgenannten Neugliederungspläne auf die Zusammenfassung historisch gewachsener Staaten

⁶⁴ „In einer großen Rede in Stuttgart [...] hatte ich Württemberg und Baden vereinheitlicht und die Rheinpfalz [...] gleich hinzugefügt“; Heuss, *Erinnerungen*, S. 243.

⁶⁵ Biewer, *Reichsreformbestrebungen*, S. 172.

⁶⁶ Willy Hellpach (1877–1955), 1895–1905 Studium der Medizin und Psychologie in Greifswald und Leipzig; seit 1904 praktizierender Nervenarzt in Karlsruhe; 1911 Professor an der TH Karlsruhe; 1922–25 Badischer Kultus- und Unterrichtsminister; 1924–25 Badischer Staatspräsident; 1925 Reichspräsidentenskandidat der DDP; 1926 Professor für Sozial- und Völkerpsychologie in Heidelberg; 1928–30 MdB (DDP).

⁶⁷ Eimer, *Neugestaltung*, S. 26.

⁶⁸ Zur Biographie vgl. Kapitel IV/2. Dort auch zu seiner Rolle als Gegenspieler von Otto Feger.

⁶⁹ Metz, *Staat*.

oder Verwaltungseinheiten zu einem, im Kern aus Baden und Württemberg zu bilden, südwestdeutschen Staat. Den Vertretern einer stammesföderalistischen Lösung schwebte hingegen die Zerschneidung der historisch gewachsenen Staaten entlang der Stammesgrenzen vor. Die im ostschwäbischen Raum nach 1918 entfachte Debatte über die staatliche Zukunft Südwestdeutschlands wurde über weite Strecken auf stammesföderalistischer Grundlage geführt. In Neu-Ulm vertrat Baron von Hermann, ein in Bayerisch-Schwaben ansässiger Geheimer Legationsrat, im März 1919 in zwei Vorträgen die Zerschlagung Preußens und die Gliederung Deutschlands nach Stämmen; daher trat der Baron für den sofortigen Anschluß Bayerisch-Schwabens an Württemberg ein⁷⁰. Im bayerischen Kreis „Schwaben und Neuburg“, das dem heutigen Regierungsbezirk Schwaben⁷¹ mit dem Zentrum Augsburg entspricht, und in der Ulmer Gegend wurden darüber hinaus eindringlich Forderungen nach einem in Anlehnung an das staufische Herzogtum zwischen Rhein und Lech aus den altschwäbischen Stammesgebieten zu bildenden „Reichsland Schwaben“ laut⁷². Protagonist war der Ulmer Studiendirektor Dr. Karl Magirus⁷³, der mit seinem „Schwabenkapitel“ genannten Sympathisantenkreis Ende 1918 eine in vierfacher Auflage nachgedruckte Flugschrift *Zeitblatt Schwaben*⁷⁴ verbreitete und mit Rechtsanwalt Max Oßwald⁷⁵ einen kompetenten und erfahrenen Schriftführer und Stellvertreter gefunden hatte. Außer in Ulm entstanden in Kaufbeuren, Überlingen, Ravensburg und Rottweil weitere „Schwabenkapitel“⁷⁶. Dem „Schwabenkapitel“ traten noch im ersten Halbjahr 1919 neben Einzelpersonen auch eine Vielzahl von oberdeutschen Städten bei⁷⁷. Auch Schriftsteller und Dichter wie Dr. Ludwig Finkh in Gaienhofen, Wilhelm Schussen in Stuttgart oder Hans Reyhing⁷⁸ in Ulm verpflichteten sich den Forderungen des „Schwabenkapitels“.

Am 30. Dezember 1918 war die erste Auflage des Flugblattes in Württemberg in Umlauf gekommen; „Schwaben – jetzt oder nie“⁷⁹ lautete die provozierende Überschrift. Die Revision des geschichtlichen Verlaufes der Zersplitterung Schwabens wurde angekündigt, die Schaffung eines schwäbischen Staates in Aussicht gestellt. Das propagierte

⁷⁰ „Die Schwabenkapitel-Korrespondenzen“, S. 2; HStAS NL Haußmann Q 1/2 Bü 48.

⁷¹ Die Bezeichnung „Schwaben“ erhielt der heutige bayerische Regierungsbezirk durch Verordnung vom 2. 3. 1939 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Bayern, 1939, S. 41); vgl. Schmitt, Gebietsreform, S. 91.

⁷² Bradler, Vorstufe, S. 96.

⁷³ Karl Magirus (1856–1939), Studiendirektor und Direktor einer Mädchenschule in Ulm.

⁷⁴ „Zeitblatt Schwaben“; HSTAS NL Haußmann Q 1/2 Bü 48. Es existieren vier Auflagen: „Schwaben. Jetzt oder nie mehr“, Ulm 1918/19; 2. Auflage: „Schwaben. Jetzt oder nie mehr. Zeitblatt ‚Schwaben‘“, Ulm 1918/19; 3. Auflage: „Zeitblatt ‚Schwaben‘“, Ulm 1918/19; 4. Auflage: „Zeitblatt ‚Schwaben‘“, Ulm 1918/19. Nachgewiesen bei: Schreiner/Hofacker, Staufer-Überlieferungen, S. 325.

⁷⁵ In Personalunion bekleidete Max Oßwald den stellvertretenden Vorsitz und die Stelle des Schriftführers des „Schwabenkapitels“.

⁷⁶ Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 173.

⁷⁷ Es traten bei: Ulm, Leupolz, Neuravensburg, Ravensburg, Rottweil, Heidenheim, Tuttlingen, Calw, Ellwangen, Bad Waldsee. Eine Übersicht sämtlicher Aktivitäten und Pressenotizen ist vom „Schwabenkapitel“ im Juni 1919 gedruckt verbreitet worden: „Die Schwabenkapitel-Korrespondenzen“ (8 S.); HStAS NL Haußmann Q 1/2 Bü 48.

⁷⁸ Vgl. den Artikel Reyhings: „Das Schwabenkapitel“, in: Stuttgarter Neue Nachrichten vom 25. 4. 1919.

⁷⁹ Dobras, Bestrebungen, S. 191.

„Reichsland Schwaben“ mit dem Regierungssitz „in Donaueschingen oder in einem kleineren Orte am Donau- oder Neckaroberlauf“ war erklärtes Ziel des „Schwabenskapitels“. Ein festgefügt, einheitlicher Nationalstaat, der vom deutschen Volk im wesentlichen selbst zu schaffen sei, war nach den Vorstellungen von Magirus auch die Voraussetzung für die Neugliederung in Südwestdeutschland, die er in der zweiten, neugestalteten Auflage des Flugblattes niederlegte. Weitgehende Autonomie für den Südwesten ist in seinem Forderungskatalog allerdings nicht verzeichnet. Inspiriert durch das historische Vorbild des Herzogtums Schwaben und des späteren Schwäbischen Kreises, suchte der Ulmer Studiendirektor das schwäbische – oder von ihm synonym gebraucht: das alemannische – Stammesgebiet zu umreißen. Das Elsaß mitsamt dem südlichen Teil der bayerischen Pfalz, den deutschsprachigen Teil der Schweiz, Vorarlberg mit Liechtenstein, den bayerischen Kreis „Schwaben und Neuburg“, Württemberg, Hohenzollern und Baden rechnete er zum schwäbischen Siedlungsgebiet. Das Schicksal des Elsasses schien Magirus noch fraglich, bezüglich der Schweiz hatte er klare Vorstellungen. Deren Demokratie sollte Vorbildfunktion für das zukünftige „Reichsland Schwaben“ haben⁸⁰. Magirus war in den Wirren der Jahre 1918/19 nicht an einer Schwächung Bayerns gelegen, dennoch ließ er keinen Zweifel daran, daß sich die bayerischen Schwaben an das „Reichsland Schwaben“ anschließen würden. In der verfahrenen Situation beim Auseinanderbrechen der Donaumonarchie konnte sich nach den Plänen des „Schwabenskapitels“ das alemannisch besiedelte Vorarlberg nur an das „Reichsland Schwaben“ anschließen. Die nichtschwäbischen Teile Nordbadens und Nordwürttembergs galten Magirus als historisch und kulturell prädestiniert, Teil des schwäbischen Staates zu werden. Nicht Stuttgart oder Karlsruhe sollten die Zentren der Macht sein, nach dem Vorbild der USA dachte Magirus erneut an einen „kleineren ruhigen“ Ort in der Mitte des Landes. Rottweil, Sigmaringen oder Donaueschingen hätte Magirus zweifellos als mögliche Hauptstadt des „Reichslandes Schwaben“ akzeptiert⁸¹.

Um den immer lauter werdenden Vorarlberger Wünschen nach einer Angliederung an die Schweiz gegenzusteuern, wurde am 4. April 1919 in Bregenz das Vorarlberger „Schwabenskapitel“ als eine überparteiliche Vereinigung gegründet. Der Drahtzieher und Obmann des Ulmer Vorbilds war der Schriftsteller Dr. Albert Ritter aus Weiler nahe Feldkirch, ein vehementer Gegner des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz. Am 30. April fand die erste Versammlung statt, Ritter hielt das Hauptreferat über die Ziele der Vereinigung⁸². Als publizistisches Organ stand dem „Schwabenskapitel“ das konservative *Vorarlberger Tagblatt* zur Verfügung⁸³, ein Organ, das wohl nicht mit deutschen Geldern finanziert worden ist. Am 1. Mai 1919 hatte Ritter dem Vorarlberger Landesrat die Gründung des „Schwabenskapitels“ angezeigt und als politisches Ziel den Anschluß

⁸⁰ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften Politiker an das Vorbild der Schweiz für den Südwesten an, so forderte etwa Carlo Schmid im Februar 1946 die „Verschweizerung“ der Verhältnisse; vgl. Kapitel V/1.

⁸¹ Die Parallelen zu den Neugliederungsvorstellungen nach 1945 im allgemeinen und zu den territorialen Vorstellungen Otto Fegers im besonderen sind augenfällig.

⁸² Anzeige: „Einladung zur gründenden Versammlung des Vorarlb. Schwabenskapitels“, in: *Vorarlberger Tagblatt* vom 30. 4. 1919.

⁸³ Rohrer, „Schwabenskapitel“, S. 182. Magirus konnte im *Vorarlberger Tagblatt* vom 29. 3. 1919 einen ausführlichen Artikel zu seinen Großschwaben-Plänen publizieren; zitiert nach Pichler, Lumpen, S. 68 Anmerkung 4.

Vorarlbergs an Württemberg genannt. Nach Ritters Auffassung handelte es sich nicht um die Errichtung eines neuen Staates, sondern um einen Anschluß Badens und Südwestbayerns an Württemberg, das sodann den Namen „Schwaben“ annehmen sollte. Finanzielle Unterstützung erhielt das Vorarlberger „Schwabenkapitel“ aus dem Umfeld von Magirus⁸⁴. Selbst Staatskanzler Karl Renner, der erste österreichische Bundeskanzler nach 1945, finanzierte das „Schwabenkapitel“ mit; seinen großdeutschen Standpunkt tat er in einer später unterschlagenen Schrift⁸⁵ kund, die seinen Äußerungen nach 1945 diametral entgegengesetzt war.

Das „Schwabenkapitel“ selbst war der eigentliche und organisierte Träger in Vorarlberg, der den Anschluß an die Schweiz hintertrieb und für den Eintritt in ein noch zu gründendes Großschwaben und damit nach Deutschland warb⁸⁶. Das Hauptaugenmerk der Vereinigung lag auf der Verhinderung eines möglichen Anschlusses an die Schweiz, was man mittels einer gezielten Propaganda gegen das für den 11. Mai 1919 festgesetzte Plebiszit zu erreichen suchte. Nahezu die gesamten Eliten Vorarlbergs standen überdies einem Anschluß an die Eidgenossenschaft „reserviert bis ablehnend gegenüber“⁸⁷. Am 11. Mai 1919 sprach sich dennoch die überwiegende Mehrheit von 71 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung in einer inoffiziellen Volksabstimmung für den Anschluß an die Schweiz aus⁸⁸.

Das Vorarlberger „Schwabenkapitel“ entfaltete noch einige Monate eine reiche Propaganda, die mit Veranstaltungen, Vorträgen und „milden Gaben“ die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen suchte. Die Konsolidierung der politischen Verhältnisse machte allerdings um 1921 das Bestehen des „Schwabenkapitels“ obsolet. Nach der Übersiedlung Ritters ins Deutsche Reich im Jahr 1922 sind jedenfalls keine Aktivitäten mehr zu verzeichnen. Aber damit war die Idee eines großschwäbischen Staates auch in Vorarlberg keineswegs gestorben. Der Wandel und die Stabilisierung der politischen Verhältnisse ließen indes eine andere Vorgehensweise geraten erscheinen. Die wirtschaftliche Hilfe für Vorarlberg wies in die richtige Richtung. Kartoffeln von der Stuttgarter Regierung und weihnachtliche Lebensmittelspenden aus dem benachbarten Lindau blieben nicht ohne Wirkung. Am 7. Juli 1920 hatte zwischenzeitlich die konstituierende Sitzung des Wirtschaftsverbandes Schwaben-Vorarlberg mit 25 Teilnehmern der Handelskammern und Vertretern der Gemeinden aus dem schwäbischen Raum stattgefunden⁸⁹. Das erklärte Ziel war die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ein Arbeitsausschuß wurde aus Vertretern von Körperschaften, Verbänden und Vereinen gebildet, darunter Sektionen des Alpenvereins, die Bürgermeister von Lindau, Lindenberg, Kempten, Memmingen, Ulm, Stuttgart, Konstanz und Sigmaringen⁹⁰. Auch Karl Magirus be-

⁸⁴ Rohrer, „Schwabenkapitel“, S. 186.

⁸⁵ Karl Renner: Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudetendeutschen – Dokumente eines Kampfes ums Recht, Wien 1938; die Schrift blieb unveröffentlicht und wurde nach 1945 unterschlagen. Zitiert nach: Rohrer, „Schwabenkapitel“, S. 190 Anmerkung 53.

⁸⁶ Rohrer, „Schwabenkapitel“, S. 183.

⁸⁷ Pichler, Lumpen, S. 63.

⁸⁸ Einzeldarstellungen zur Schweiz-Anschluß-Problematik in Vorarlberg: Witzig, Frage und Bilgeri, Geschichte, S. 34–88.

⁸⁹ Dobras, Vorarlberg, S. 252.

⁹⁰ Ein undatiertes Mitgliederverzeichnis [um 1925] weist Privatpersonen, Körperschaften und Ver-

fand sich unter den Mitgliedern des Wirtschaftsverbandes Schwaben-Vorarlberg. Der Verband hatte seinen Sitz in Biberach, dort ließ er sich ins Vereinsregister eintragen; schon dadurch erhielt das Ganze eine stark württembergische Note⁹¹. Der Biberacher Studienrat Martin Maurer darf als Motor der Bestrebungen angesehen werden.

Die erste Tagung des Wirtschaftsverbandes Schwaben-Vorarlberg wurde am 12. März 1921 im oberschwäbischen Aulendorf abgehalten; im Herbst traf man sich im österreichischen Bregenz. Auch in den folgenden Jahren fand in der Regel mindestens eine Herbsttagung statt⁹². Aber der Verband hatte nicht nur wirtschaftliche Interessen: „Der Wirtschaftsverband Schwaben-Vorarlberg hat den Zweck, durch Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den deutschen Bodenseeuferstaaten und Vorarlberg den seinerzeitigen politischen Anschluß Vorarlbergs an das Deutsche Reich vorzubereiten.“⁹³ Die Umbenennung des Wirtschaftsverbandes in „Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg e. V.“ wurde auf der Dornbirner Mitgliederversammlung vom 9. Oktober 1927 beschlossen. Mit der Umbenennung einher ging eine Satzungsänderung; der erste Paragraph beschrieb deutlich die Ziele: „Die Arbeitsgemeinschaft stellt sich die *Aufgabe*, die alten Beziehungen zwischen den schwäbisch-alemannischen Gebietsteilen von Baden, Bayern, Preußen und Württemberg einerseits und Vorarlberg andererseits in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht zu pflegen.“⁹⁴ Damit wurde die längst sichtbar gewordene Verlagerung der Aktivitäten vom wirtschaftlichen auf den kulturellen Bereich auch nach außen dokumentiert. Die Zusammengehörigkeit aller Schwaben wurde auf jeder nun folgenden Tagung eindringlich ins Gedächtnis gerufen, das Übergewicht der württembergischen Teilnehmer war nicht zu übersehen. Im Herbst 1928 vernahmen die interessierten Teilnehmer das Referat des Bregenzer Professors Bilgeri „Zweitausend Jahre Schwaben am linken Rheinufer“, der aus Wien angereiste österreichische Nationalrat Dr. Drexel sprach über „Anschlußfragen“⁹⁵. Die Arbeitsgemeinschaft empfahl den Mitgliedern die Lektüre der im Umfeld der elsässischen Autonomiebewegung in Frankreich gedruckten Zeitschrift *Die Heimat*⁹⁶, man bedauerte außerdem ausdrücklich die Einstellung des Blattes *Der Schwäbische Bund*, das schon Friedrich Metz als Plattform für seine Vereinigungspläne gedient hatte. Die letzte Tagung der Arbeitsgemeinschaft wurde für den 29. Mai 1932 nach Bregenz einberufen.

bände aus 61 Städten des gesamten süddeutschen Raumes von Freiburg bis München und Heilbronn bis Konstanz auf; StadtA RV A I Bü 24.

⁹¹ Dobras, Bestrebungen, S. 198.

⁹² Lindau (März 1923); Schruns (Oktober 1924); Egg/Bregenzer Wald (September 1925); Ravensburg (September 1926); Feldkirch (August 1927); Dornbirn (Oktober 1927); Konstanz (Oktober 1928); Feldkirch (September 1929); Augsburg (September 1930); Bregenz (Mai 1932).

⁹³ Otto Merckt, Bürgermeister von Kempten, an Ludwig Siebert, Bürgermeister von Lindau vom 28. 9. 1921; StadtA Lindau Bayerische Akten B II/11; zitiert nach Dobras, Bestrebungen, S. 199.

⁹⁴ „Satzungen der Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg e. V.“ [1927]; StadtA RV A I Bü 24.

⁹⁵ Gedruckte Tagesordnung der Herbsttagung in Konstanz vom 6./7. 10. 1928; StadtA RV A I Bü 24.

⁹⁶ „Die Heimat. Revue Régionale d'Alsace et de Lorraine. Monatsschrift für christliche Kultur und Politik“. Die Zeitschrift erschien zwischen 1923 und 1939 und wurde vom Colmarer Alsatia-Verlag vertrieben. Der Begründer der Zeitschrift, Dr. X. Haegy, und der verantwortliche Leiter, Marcel Stürmel, sind beide der elsässischen Autonomiebewegung der Zwischenkriegszeit zuzurechnen (vgl. Kapitel III/4). Auch Friedrich Metz (vgl. Kapitel IV/2) bezog die Zeitschrift regelmäßig, über ihn gelangten Exemplare in die Bibliothek des Alemannischen Instituts nach Freiburg.

Der Bregenzer Bürgermeister Matthias Wachter, der Vater des nach 1945 ebenfalls zum dortigen Bürgermeister bestellten Alpenlandpropagandisten Julius Wachter⁹⁷, gab in seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeitsgemeinschaft „den Gedanken der Gemeinsamkeit und Schicksalsverbundenheit der Schwaben diesseits und jenseits der Grenzfähle aufrechterhalte“⁹⁸.

Die Idee der Vereinigung aller Schwaben fand auch anderenorts Befürworter. 1930 legte Dr. Konstantin Bertele in einer Veröffentlichung, die starke antibayerische Akzente trug, seine Vision für die staatliche Gestalt des Südwestens vor: *Reichsland Groß-Schwaben mit Stuttgart und Augsburg* hieß der programmatische Titel⁹⁹. Selbstredend stützte sich der Autor auf die Ideen des Föderalisten Constantin Frantz¹⁰⁰, insbesondere auf die Überlegung, ein „deutsches Deutschland“ im Gegensatz zum „preußischen Deutschland“ verwirklichen zu wollen. Ausdrücklich empfand Bertele seine Ausführungen als einen Beitrag zur Reichsreformdiskussion, die er im Sinne der Reichsverfassung¹⁰¹ auf „Grundlage der Stammesgliederung“ vornehmen wollte. Besonders ausführlich ging Bertele auf die Lage der Schwaben in Bayern ein, wobei er keine Möglichkeit ausließ, den bayerischen Zentralismus anzuprangern. Mit historischen und kulturellen Argumenten suchte Bertele ein „Groß-Schwaben“¹⁰² zu untermauern, das als Teil eines „stammesföderalistischen Einheitsstaates auf dezentraler Grundlage“¹⁰³ konzipiert war und das weitestgehend selbstverwaltet werden sollte. Die Führung des „Reichslandes Groß-Schwaben“ müsse in Stuttgart liegen, von wo aus die beiden Regierungsbezirke West-Schwaben mit Stuttgart selbst und Ost-Schwaben mit Augsburg verwaltet würden. Dezentralisation und greifbare Autonomie in einem föderativen deutschen Nationalstaat lauteten die Postulate. Die Verbindungen Berteles, der, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit dem Schwabenkapitel um Magirus Kontakte pflegte und in Rottweil selbst ein „Schwabenkapitel“ ins Leben rief, reichten in den Wirtschaftsverband Schwaben-Vorarlberg. Außerdem war Bertele in den Jahren nach 1920 in Rottweil als Landgerichtsrat bei der ersten Zivilkammer tätig gewesen. Als junger Referendar wurde ihm im Winter 1920/21 der frisch promovierte Franz Mederle¹⁰⁴ zugeteilt, der sich nach 1945 als Bürgermeister der ehemals freien Reichsstadt für die Autonomie des schwäbisch-alemannischen Raumes stark machen sollte. Überhaupt wurde die Idee einer politischen Umgestaltung Südwestdeutschlands zu einem schwäbischen Staat unter Einschluß Vor-

⁹⁷ Zur Rolle Julius Wachers im Umfeld von Bernhard Dietrich vgl. Kapitel III/1.

⁹⁸ Vorarlberger Volksblatt vom 30. 5. 1932.

⁹⁹ Bertele, Reichsland. Erstmals in der Sekundärliteratur erwähnt bei: Bradler, Vorstufe, S. 96 Anmerkung 10. Außerdem: Borst, Vorstufen, S. 16.

¹⁰⁰ Zur Biographie und zur Ideenwelt von Constantin Frantz vgl. Kapitel II/1.

¹⁰¹ Die einleitenden Worte der Weimarer Verfassung lauteten: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen...“

¹⁰² Die räumliche Ausdehnung „Groß-Schwabens“ ist sowohl einer beigelegten Karte als auch einer geopolitischen Umschreibung zu entnehmen: Baden südlich der Murg, Hohenzollern, Württemberg, Bayerisch-Schwaben und „die schwäbischen Teile des Kreises Oberbayern, nämlich die Gebietsfläche zwischen Lech und Ammersee“; Bertele, Reichsland, S. 9.

¹⁰³ Ebenda, S. 5.

¹⁰⁴ Zu Mederle vgl. Kapitel III/4 und insbesondere Kapitel V/2.

Der Landgerichtsrat Dr. Bertele stellte Mederle am 11. 2. 1921 ein Zeugnis aus, das sich in dessen Personalakte befindet; Personalakte Dr. Franz Mederle, LG RW II AR 10/95. Über Dr. Bertele ist kein weiteres Material in Rottweil vorhanden, so daß ein Rest Unsicherheit bezüglich der Identität bestehenbleiben muß.

arlbergs in den Jahren der Weimarer Republik nie aufgegeben, die politische Lage war aber dem Begehren wenig günstig. Im Mai 1932, auf der letzten ordentlichen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg, brachte Martin Maurer in Bregenz die Idee einer Donauföderation zur Sprache, die er als neuaufgeworfene Frage bezeichnete¹⁰⁵. Um die Arbeitsgemeinschaft war es jedenfalls seit Beginn der dreißiger Jahre merklich stiller geworden, weitere Tagungen fanden nicht mehr statt.

Die Gaueinteilung der Nationalsozialisten brachte kein einheitliches „Großschwaben“ oder „Großalemannien“, das schwäbisch-alemannische Siedlungsgebiet zerfiel in vier Gaue: Baden, Württemberg-Hohenzollern, Schwaben und Tirol-Vorarlberg. Aber die Nationalsozialisten besetzten den Alemannenbegriff auf ihre Weise. Allen voran propagierte der Freiburger Oberbürgermeister und bis 1936 NSDAP-Kreisleiter Franz Kerber die Stammeseigenarten „des alemannischen Menschenschlages“¹⁰⁶, der sich jedoch der deutschen „Volksgemeinschaft“ unterzuordnen hatte. Die „Volksgemeinschaft“ als „Kulturgemeinschaft“ glaubte Kerber durch Identifikation der Bevölkerung mit der regionalen Kultur erreichen zu können¹⁰⁷. Die erzwungene „Gleichschaltung“ des deutschen Volkes ließ Raum für die Betonung des Alemannentums als Teil des deutschen Führerstaates. Das *Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens*, dessen Schriftleiter Kerber am Ende der Weimarer Republik gewesen war, nannte sich bezeichnenderweise *Der Alemanne*.

Nach der „Machtergreifung“ durch den Nationalsozialismus und dem späteren „Anschluß“ Österreichs konnten föderalistische Neugliederungspläne, die mit einer Systemumgestaltung einhergehen mußten, nur in geheimen Zirkeln diskutiert werden. Entsprechend dünn ist das Quellenmaterial daher aus den Jahren 1933 bis 1945. Der Kreisauer Kreis etwa hatte eine umfassende Reichsreform nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus geplant. Vordenker der territorialen Neugliederung Deutschlands war Graf Fritz-Dietlof von der Schulenburg, der einen Kartenentwurf mit Ländereinteilung in die Diskussion einbrachte¹⁰⁸. Die Länder – von der Schulenburg sprach von Reichsländern – sollten aus Gründen der Überschaubarkeit nicht zu groß sein und gleichzeitig die historischen, stämmischen und kulturellen Gegebenheiten berücksichtigen. Deshalb plä-

¹⁰⁵ Maurer an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Schwaben-Vorarlberg [1931]; StadtA RV A I Bü 24. Dort heißt es: „Und neue Fragen (Donauföderation!) sind aufgeworfen worden, die unsere Aufgaben und Ziele auf's engste berühren und unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.“ Inwieweit hier ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluß im Sinne der Definition nach 1945 gemeint war, konnte anhand des Quellenmaterials nicht geklärt werden.

¹⁰⁶ Kerber (Hrsg.), *Alemannenland*, S. 13. Der 1937 erschienene Sammelband enthält einschlägige Publikationen, unter anderem von Friedrich Metz.

¹⁰⁷ Haumann/Schadek (Hrsg.), *Geschichte*, S. 319.

¹⁰⁸ Hoffmann, *Widerstand*, S. 730 Anmerkung 33. Anhand dieses Kartenentwurfs erstellte Walter Münchheimer eine Skizze, die er 1949 veröffentlichte: Ders., *Neugliederung*, im Anhang. Gerstenmaier, *Kreis*, S. 228, bestätigt die Autorenschaft von der Schulenburgs. Eine andere Version der Neugliederungspläne gibt Krebs (Ders., *Schulenburg*) im Kapitel „Neugliederung des Reiches“ (S. 269–285), die durch eine Karte im Anhang dargestellt wird, wieder: Von der Schulenburg habe eine Gliederung Südwestdeutschlands in ein Reichsland „Oberrhein“ (Baden und Elsaß) mit Hauptstadt Straßburg und ein Reichsland „Schwaben“ (Württemberg, Hohenzollern und Bayerisch-Schwaben) mit Hauptstadt Stuttgart empfohlen. Tatsächlich handelt es sich bei diesem Plan um eine Neueinteilung der landwirtschaftlichen Marktbezirke im Auftrag der Reichsstelle für Raumordnung; er ist nicht identisch mit dem Kartenentwurf der zehn Reichsländer, der im Kreisauer Kreis besprochen wurde.

dierte er für die Schaffung von zehn Reichsländern, die einerseits von ihrer territorialen Ausdehnung her große Gebietskörper gewesen wären, andererseits das stämmische Prinzip zur Grundlage gehabt hätten¹⁰⁹. Durch den Zusammenschluß von Baden, Württemberg und Hohenzollern sollte das Reichsland „Schwaben“ entstehen. Doch von Baden sollten die „fränkischen“ Kreise Buchen, Mosbach, Sinsheim, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe und Rastatt an das Reichsland „Rhein-Main“ fallen, der ebenfalls badische Kreis Tauberbischofsheim und der württembergische Kreis Mergentheim sollten dann dem Reichsland „Bayern“ angegliedert werden. Als Kompensation hätte Schwaben die bayerischen Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, Krumbach und Illertissen zugesprochen bekommen. Zumindest für Südwestdeutschland kam von der Schulenburg einer nach 1945 geforderten Stammeslösung nahe, wenngleich der größte Teil von Bayerisch-Schwaben bei Bayern verblieben wäre. Mit dem Reichsländerplan des Grafen zeigten sich auch Gerhard Isenberg, Oberregierungsrat an der Reichsstelle für Raumordnung, Rechtsanwalt Otto Wirmer und Professor Albrecht Haushofer einverstanden.

Ausgehend von diesen Überlegungen entwickelte der Berliner Professor für Geographie und Geopolitik, Albrecht Haushofer, die Pläne für eine völlige Neuordnung Deutschlands unter strenger Verwirklichung des stammesföderalistischen Prinzips weiter¹¹⁰. Er vermehrte gegenüber dem Schulenburgschen Vorschlag die Zahl der Reichsländer auf 18, das Reichsland „Schwaben“ lehnte sich nun in einer bisher für den Kreisauer Kreis unbekannten Strenge an die Stammesgrenzen im Norden und Osten an. Die Hauptstadt des südwestdeutschen Reichslandes sollte nicht Stuttgart, sondern die alte Reichsstadt Ulm sein. Das in vier Regierungsbezirke¹¹¹ gegliederte Schwaben wäre im Süden und Westen durch den Rhein, im Norden und Osten jedoch durch die tatsächliche Stammesgrenze zu Franken und Bayern abgegrenzt gewesen. Ludwigsburg wäre zur nördlichsten Stadt Schwabens geworden, die Grenze zu Franken hätte nach dem Willen Haushofers am Stadtrand von Stuttgart-Bad Cannstatt entlanggeführt. Insgesamt fällt Stuttgart in den Plänen Haushofers keine gewichtige Rolle zu; die Vorstellung, Stuttgart sei eine randschwäbische Stadt, hatte sich hier schon vor 1945 Bahn gebrochen. Die Grenze zum wesentlich geschrumpften Reichsland „Bayern“ sollte durch den Lech gebildet werden. Der Plan Haushofers mißachtete bewußt die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und zerschnitt in Süddeutschland die seit der napoleonischen Neuordnung bestehenden Länder Baden, Württemberg und Bayern ohne Rücksicht auf gewachsene Staatstraditionen. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 fielen die Karten und Ausarbeitungen zum Teil in die Hände der Gestapo, vieles ist infolge der Wirren der letzten Kriegsmonate unwiederbringlich verlorengegangen.

In Südwestdeutschland selbst hatten sich schon vor dem Kriegsende Stimmen gemehrt, die eine „alemannische Republik“¹¹² und eine Loslösung von Preußen und Berlin forderten. In diesem Zusammenhang stehen auch zwei Kettenbriefe, die zu Beginn des

¹⁰⁹ Walter Münchheimer hat die Reichsländer von der Schulenburgs als „große stammestümliche Einheiten“ analysiert; Ders., Verwaltungsreformpläne, S. 3190.

¹¹⁰ Münchheimer, Verwaltungsreformpläne, S. 3193 f.

¹¹¹ Regierungsbezirke mit den Zentren Konstanz, Freiburg, Reutlingen und Ludwigsburg.

¹¹² „Baden [...] In the Oberland, plans of an Alemannic Republic were discussed. [...] Many Badenians apparently hope for a separation from Berlin to take the form of an independent Baden or of a South German Republic“, in: Zone Handbook South-West, Stand August 1944; OM-GUS RG 260 12/229 – 3/4.

Krieges in Baden und Württemberg in Umlauf und von einer „Alemannischen autonomistischen Bewegung P. G. S.“ gezeichnet waren¹¹³. Der Wunsch nach Umgestaltung der politischen Landkarte im Südwesten war folglich in Teilen der Bevölkerung latent vorhanden. Schon kurz nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ zeigte sich, daß die Ländergrenzen gerade im Südwesten einer umfassenden Lösung bedurften. Es ist unschwer zu erkennen, daß die stammesföderalistischen Neugliederungspläne der unmittelbaren Nachkriegszeit auf den verstärkt nach 1918 diskutierten Konzepten fußten. Die formale Ausgangslage in der südwestlichen Ecke Deutschlands war durch die französische und amerikanische Besetzung vordergründig erheblich erschwert worden; doch die Aufteilung Südwestdeutschlands in zwei verschiedene Besatzungszonen bildete darüber hinaus ein zusätzliches Moment der Beschleunigung und Intensivierung der Neugliederungsdiskussion.

¹¹³ Zu den Kettenbriefen vgl. Kapitel III/2.

I. Frankreich und die Besatzung in Südwestdeutschland

1. Die Herrschaft der Militärverwaltung

Die militärischen Aktionen in Südwestdeutschland

„Karlsruhe und Stuttgart erwarten Sie“¹, ließ der Chef der Provisorischen Regierung, de Gaulle, den kommandierenden General der Ersten Französischen Armee, Jean de Lattre de Tassigny, am 28. März 1945 wissen, „auch wenn Sie dort nicht erwünscht sind.“ De Lattre hatte tags zuvor von General Devers, seinem militärischen Vorgesetzten, Befehl zum Vorrücken auf beide Städte erhalten². Bei Speyer, Germersheim und Leimersheim begann der Vormarsch der beiden französischen Armeekorps³ in den rechtsrheinischen Raum, der nach 38 Tagen beendet sein sollte⁴. Die Überquerung des Rheins mit amerikanischen Pontonbrücken und Booten zeigte anschaulich die Abhängigkeit der Ersten Französischen Armee von der Logistik des westlichen Alliierten. Fast die komplette Ausrüstung⁵ der Franzosen war in den USA produziert worden, finanziert mit Geldern aus dem Lend-Lease-Programm. Die logistische und materielle Bindung an die Amerikaner sollte alle späteren Forderungen hinsichtlich der Ausdehnung der künftigen französischen Besatzungszone blockieren. Schnell stießen die Verbände der 9. kolonialen Infanteriedivision (9.D.I.C.) nach Karlsruhe vor und besetzten die badische Residenzstadt am 4. April. Die Einheiten der 5. französischen Panzerdivision (5.D.B.), der 3. algerischen (3.D.I.A.) und der 2. marokkanischen Infanteriedivision (2.D.I.M.) gelangten zudem zügig an das Ufer der Enz. Kehl fiel in der folgenden Woche, so daß es der Ersten Französischen Armee möglich wurde, von Straßburg aus über den linksrheinischen Brückenkopf zwei weitere Divisionen – die 1. Panzerdivision (1.D.B.) und die 4. marokkanische Gebirgsdivision (4.D.M.M.) – auf dem südwestdeutschen Kriegsschauplatz einzusetzen. Das zerstörte und geplünderte Freudenstadt wurde für die südwestdeutsche Bevölkerung zum Symbol für den sinnlosen deutschen Widerstand und das rigorose Vorgehen der französischen Angreifer⁶. Die Schwarzwaldstadt bildete die Basis für

¹ De Gaulle, salut, S. 490.

² Krautkrämer, Kriegsende, S. 18.

³ Das 1. Corps d'Armée (CA) unter dem Kommandierenden General Béthouart, dem späteren Commandant en Chef Français en Autriche, und das 2. CA, befehligt vom Kommandierenden General de Goisard de Monsabert, der ab August 1945 für die gesamten französischen Besatzungstruppen in Deutschland unter General Koenig verantwortlich wurde.

⁴ Eine kartographische Darstellung des Vormarsches ist im Historischen Atlas von Baden-Württemberg (VII, 10) zu finden. Zu den Erläuterungen vgl. Cordes, Besetzung; dort auch ein Organigramm zur Gliederung der Ersten Französischen Armee.

⁵ Zur Auflistung der amerikanischen Ausrüstung für die Erste Französische Armee vgl. Vigneras, Rearming.

⁶ Zu Unrecht wurde der Sammelband von Hertel, Zerstörung bisher wenig beachtet; obwohl es sich um eine Rekonstruktion der Geschehnisse aus deutscher Sicht handelt, die nicht auf das einschlägige französische Quellenmaterial zurückgreift, sind die Ereignisse bei der Einnahme von Freudenstadt am 16./17. 4. 1945 in extenso dargestellt.

den weiteren Vormarsch. Stuttgart, Tübingen, Rottweil und Freiburg wurden noch bis zum 21. April 1945 erobert. Die Besetzung der württembergischen Landeshauptstadt führte zu schweren Auseinandersetzungen mit den Amerikanern, doch de Lattre hielt sich an die Anweisung de Gaulles vom 23. April, „eine französische Garnison in Stuttgart aufrechtzuerhalten und dort sofort eine Militärregierung einzusetzen“⁷. Die Pariser Befehle ausführend, gab de Lattre dem Druck des Generals der 6. US-Armeegruppe, Jacob L. Devers, nicht nach⁸. Auf dem Höhepunkt der Krise, am 26. April 1945, drohte Devers angesichts der ihm gemeldeten unzähligen Vergewaltigungen, Plünderungen und der allgemeinen Disziplinosigkeit der französischen Truppen mit der Übernahme der Stadt durch amerikanische Einheiten. Aber de Lattre wich keinen Schritt zurück und konnte sich durch sein *Fait accompli* für die nächsten Monate durchsetzen. Am 28. April 1945 entschied Devers zähneknirschend, Stuttgart vorläufig den Franzosen zu überlassen.

Die französischen Verbände hatten mittlerweile am Randen bei Schaffhausen erstmals die Grenze zur neutralen Schweiz erreicht. Grenzverletzungen und damit die Verwicklung der Schweiz in die kriegesischen Geschehnisse konnten dank guter Zusammenarbeit mit den Eidgenossen vermieden werden⁹. Problemlos kam der gesamte südliche Schwarzwald in französische Hand. Die alte Reichsstadt Ulm wurde am 24. April, Konstanz ohne Kampf und Zerstörungen zwei Tage später besetzt. De Lattre hatte nur noch ein militärisches Ziel zu erfüllen: er wollte als erster den Angriff auf die sagenumwobene Alpenfestung beginnen. Die Einheiten der 5.D.B. und der 4.D.M.M. drangen, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, am nördlichen Bodenseeufers nach Osten vor¹⁰. Die 2.D.I.M. war auf direktem Weg nach der Eroberung von Ulm in Richtung Süden vorgerückt. Am 29. April betraten französische Truppen erstmals österreichischen Boden; einzelne deutsche Rückzugsgefechte fanden statt, von einer systematischen Verteidigung der Alpenfestung konnte aber nicht die Rede sein. Die Spitzen dreier französischer Divisionen trafen am 7. Mai bei St. Anton in Tirol zusammen. Damit war der Krieg auch in den österreichischen Alpen beendet.

Die französischen Besatzungstruppen in Südwestdeutschland 1945/46

Den Kampftruppen waren sofort neugebildete oder wiederaufgestellte Divisionen, die aus Résistancekämpfern und Teilen der FFI bestanden, nachgerückt. Jahrelanges Leben im Untergrund und Revanchegefühle hatten das Auftreten dieser Soldaten, die jenen oftmals undisziplinierten Sicherungsverbänden unterstellt waren, geprägt. Die 14.I.D., die *division d'Alsace*, sicherte als Reserve der Ersten Französischen Armee den Hochrhein und die Bodenseeregion, die 1.I.D. löste ab 28. April 1945 die 2.D.I.M. in Stuttgart ab¹¹. Die Integration der zusammengewürfelten Verbände in die Erste Französische Armee gehörte mit zu den schwierigsten militärischen Aufgaben de Lattres. Die Ableh-

⁷ De Gaulle an de Lattre vom 23. 4. 1945; abgedruckt in: De Lattre, *Reconquérir*, S. 245 f.

⁸ Die maßgeblichen Dokumente zum Streit um Stuttgart sind abgedruckt bei: De Lattre, *Reconquérir*, S. 243–263 und de Gaulle, *Mémoires*, S. 491–496.

⁹ Zu den Ereignissen zwischen Hochrhein und Bodensee vgl. die Veröffentlichung des damaligen Kreuzlinger Bezirksstatthalters Otto Raggenbass (Ders., Stacheldraht).

¹⁰ Einführend: Klöckler, *Zivilbevölkerung*.

¹¹ Grohnert, *Entnazifizierung*, S. 19 Anmerkung 16.

nung des Rassismus in Frankreich sollte durch den Einsatz von Kolonialtruppen demonstriert werden. Diese Zielsetzung schlug gründlich fehl. Die nordafrikanischen Truppen wurden nach Beendigung der Kampfhandlungen rasch aus Deutschland abgezogen.

Für die gesamte Französische Besatzungszone (FBZ) gehen realistische Schätzungen von folgenden Truppenstärken aus: Zum Zeitpunkt der Kapitulation zählten die in Deutschland eingesetzten 12 Divisionen fast eine Million Mann¹², von denen 9 Divisionen die Erste Französische Armee gebildet hatten. Der Oberbefehlshaber de Lattre verließ seiner Armee am 24. April 1945, nach dem Überschreiten der Flüsse Rhein und Donau, den Ehrentitel „Rhin et Danube“¹³. Nach der endgültigen Zoneneinteilung vom Juli 1945 wurde der Südteil der FBZ nur noch von drei französischen Divisionen militärisch kontrolliert, viele – vor allem nordafrikanische – Einheiten waren umgehend aus Deutschland abgezogen worden. Der Landeskommisariatsbezirk Freiburg einschließlich der Landkreise Bühl, Baden-Baden und Rastatt war mit Verbänden der 2.D.I.M. belegt, deren Divisionsstab sich in Waldkirch befand. Der östlich gelegene Landeskommisariatsbezirk Konstanz oblag der Kontrolle der 14.D.I., unter dem Befehl von General Raoul Salan¹⁴ mit Divisionsstab in der Bodenseemetropole. Der Stab der 5.D.B. residierte in der Hohenzollernstadt Sigmaringen, die Division war verteilt auf die südwürttembergischen und hohenzollerischen Landkreise, einschließlich Lindau¹⁵. Im Herbst 1945 hielten sich etwa 300 000 französische Soldaten in Südwestdeutschland auf. Bis Januar 1946 reduzierte sich die Truppenstärke auf etwa 200 000 Mann und sank bis Mai 1947 auf rund 75 000; ein Jahr später dürfte die Truppenstärke bei 53 000 Soldaten¹⁶ gelegen haben. Die Reorganisation der französischen Armee zum 1. April 1946 führte ferner zur Auflösung vieler Kriegs- und Résistanceverbände¹⁷ und zu deren Abzug aus Deutschland. Bezüglich der Überbelegung der Zone mit französischem Militär machte man sich im Herbst 1945 auch in Paris Gedanken. In einem vertraulichen Bericht vom 10. September 1945¹⁸ wurde die damalige Truppenstärke von 300 000 Mann als zu hoch

¹² Eingesetzt waren die französischen Divisionen (mit den jeweiligen Generalen in chronologischer Reihenfolge): 1.D.B. (Touzot du Vigier/Sudré); 5.D.B. (de Vernejoul/Schlesser); 2.D.I.M. (Carpentier/de Linarès); 3.D.I.A. (Guillaume); 4.D.M.M. (Sevez/de Hesdin); 9.D.I.C. (Valluy/Magnan/Morlière); 14.D.I. (Salan); außerdem stießen die neugebildete 1.D.I. (Callies) und 10.D.I. hinzu, die 1.D.F.L. (Division Française Libre), 27.D.I.A. und 2.D.B. (Leclerc) zählte de Lattre ebenfalls zur Ersten Französischen Armee; de Lattre, *Histoire*, S. 619 Anmerkung 1.

Das in den Divisionsstäben produzierte Aktenmaterial befindet sich heute im Archiv des französischen Heeres in Schloß Vincennes. Zur Erforschung der Frühzeit der französischen Besatzung in Deutschland wurde es bisher kaum herangezogen, obwohl die Bestände umfangreich sind. Die einschlägigen Bestände sind: 10 P (Armées et corps d'armée), 11 P (Divisions et brigades) und 12 P (Petits unités); SHAT Findbücher 10 P, 11 P und 12 P. Vgl. Klöckler, *Quellen*.

¹³ „Ordre du Jour N° 8“ vom 24. 4. 1945; abgedruckt in: de Lattre, *Histoire*, S. 564.

¹⁴ Eine knappe Darstellung der persönlichen Erlebnisse des Generals in Südwestdeutschland in: Salan, *Mémoires*, insbesondere S. 148–162.

¹⁵ Eine Auflistung der Divisionen und deren Untergliederungen enthält eine tabellarische Ausarbeitung vom 27. 7. 1945, die von Oberst Eberle, dem „provisorischen Militärgouverneur von Baden“, erstellt worden ist; AdO Bade H 1101.

¹⁶ Die Angaben stützen sich auf amtliches französisches Material; vgl. Willis, French, S. 88.

¹⁷ Hudemann, Sozialpolitik, S. 4. Zu den einzelnen Verbänden: *Revue d'information des troupes françaises d'occupation en Allemagne* Nr. 1 ff., Oktober 1945 ff.

¹⁸ „Note – Sur la situation à Baden-Baden“, SGAAA/Division Politique et Economique vom 10. 9. 1945; MAE PA-AP 338-Laffon 15.

erachtet, eine Reduzierung auf 30 000 Soldaten werde vollkommen genügen, zumal Versorgungsprobleme bestünden. „Unsere Truppen sind schlecht ernährt und sind folglich darauf angewiesen, zu stehlen und zu plündern“¹⁹ – angesichts der gravierenden Langlei- weile war dies nicht verwunderlich; „sie beschäftigen sich, so gut sie können, zumeist, indem sie den Mädchen nachrennen“, lautete das Resümee. Die Ereignisse beim Einmarsch der französischen Truppen – Vergewaltigungen, Plünderungen, Diebstähle und Geiselnahmen – trübten das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Besatzungs- macht.

Jean de Lattre de Tassigny

General Jean de Lattre de Tassigny²⁰ belegte mit dem Stab der Ersten Französischen Ar- mee die im Bodensee gelegene Inselstadt Lindau. Die französischen Einheiten, die elf Wochen lang sämtliche Befehle aus Lindau entgegenzunehmen hatten, verteilten sich im Frühjahr 1945 in der noch nicht definitiv abgegrenzten französischen Zone vom Hoch- rhein über Karlsruhe bis Stuttgart. Ohne politische Direktiven ausgestattet, konnte de Lattre seinen Vorstellungen über die Behandlung der Deutschen freien Lauf lassen: „In drei Monaten habe ich trotz meiner Anfragen weder über die allgemein in Deutschland zu verfolgende Politik noch über die dort aufzubauenden Strukturen etwas [*d. h. In- struktionen*] erhalten“, rechtfertigte de Lattre rückblickend sein Handeln im besetzten Deutschland²¹. Seiner Überzeugung zufolge bedurften die Deutschen der Strenge, eine undisziplinierte Besatzungsmacht würden sie keinesfalls akzeptieren. Nur hartes Auf- treten konnte in den Augen de Lattres den angeblich autoritätshörigen Deutschen impo- nieren. Daher war es „notwendig, nachdrücklich der Bevölkerung, die in absichtlicher Unkenntnis belassen wurde, die Existenz selbst und die vollkommene Unabhängigkeit unserer zu neuem Leben erweckten Nationalarmee zu demonstrieren“²². Die Pflicht deutscher Zivilisten, Automobile französischer Offiziere zu grüßen, selbst wenn diese nur mit dem Fahrer besetzt waren, oder den Hut vor den Vertretern der Besatzungs- macht und vor der Trikolore an Amtsgebäuden zu ziehen, waren die praktischen Umset- zungsversuche des französischen Autoritäts- und Prestigedenkens. Diese symbolischen Zwänge gruben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen ein und prägten das Bild von den dunklen Jahren der „Franzosenzeit“²³. Die von de Lattre inszenierten Pa-

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Jean de Lattre de Tassigny (1890–1952). Absolvent der Militärakademie von Saint-Cyr; als Kaval- lerieoffizier im Ersten Weltkrieg mehrfach verwundet; 1939 Kommandeur der 14.I.D. und damit jüngster(!) französischer General bei Kriegsausbruch; nach dem Waffenstillstand zeitweise Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Tunesien, Verurteilung wegen Aufrufs zum mi- litärischen Widerstand nach Überschreiten der Demarkationslinie durch deutsche Truppen; Überführung in die Festung Riom; 3. 9. 1943 Flucht nach Großbritannien und weiter nach Algier zu de Gaulle; 1944 Ernennung zum Oberbefehlshaber der Ersten Französischen Armee, Lan- dung in der Provence; Mai 1945 Mitunterzeichner der Kapitulationsurkunde; bis Juli 1945 fran- zösischer Oberbefehlshaber in Deutschland; Generalinspekteur der Armee; ab November 1945 Chef des EMDN. Veröffentlichte Schriften: de Lattre, Histoire; Ders., subir; Ders., Reconquérir.

²¹ De Lattre, Histoire, S. 618.

²² Ebenda, S. 617.

²³ Den landläufigen und plastischen Begriff „Franzosenzeit“ wählte Joseph Jurt für seinen mit Zeit- zeugnissen und Forschungsberichten ausgestatteten Sammelband; Ders., Franzosenzeit.

raden, die in allen größeren Städten zum Repertoire französischer Selbstdarstellung gehörten, dienten ebenfalls dem Zweck, der Zivilbevölkerung Respekt vor der französischen Armee einzuflößen und gleichzeitig das eigene Selbstwertgefühl zu stärken. Hohe Persönlichkeiten wie der Schweizer General Henri Guisan, der Sultan von Marokko und der Bey von Tunis wurden vom französischen Außenministerium nach Deutschland eingeladen²⁴. Die unzerstörten Bodenseestädte Konstanz und Lindau mußten sehr oft als Kulissen für die pompösen Veranstaltungen dienen²⁵. Aber selbst im schwer zerstörten Stuttgart ließ es sich de Lattre nicht nehmen, unter den zufriedenen Blicken de Gaulles die militärische Macht Frankreichs zu demonstrieren.

Die ständige Sorge de Lattres hatte seit dem Einmarsch in Deutschland der Disziplin der eigenen Truppe gegolten. Schon vor Abschluß der Kampfhandlungen befahl er mehrmals, Plünderungen hart zu bestrafen. Denn zahlreichen Diebstähle und Zerstörungen entzogen der Truppe wertvolle Mittel und taten dem Prestige Frankreichs Abbruch. Daher machte er die Teileinheitführer „persönlich für Plünderungen, die von Untergebenen begangen wurden, verantwortlich“²⁶. Angesichts der schlechten Versorgungslage zeigten solche Befehle nicht die gewünschte Wirkung. Außerdem sprachen religiöse Speisevorschriften bei den mohammedanischen Kolonialsoldaten gegen das in Büchsen gelieferte, amerikanische Schweinefleisch, ein Umstand, den Hunderttausende Hühner mit dem Leben bezahlten.

War es schon um die Disziplin der französischen Truppen nicht zum besten bestellt, konnte von einer effizienten Besatzungsverwaltung überhaupt nicht die Rede sein. Obgleich die 5° *Bureaux* für die Belange der Zivilbevölkerung während der Kampfhandlungen zuständig waren, eigneten sie sich nicht für die Aufgaben einer „zivilen“ Militärregierung, da deren Eingliederung in die Stabsstrukturen das Haupthindernis bildete. Zudem waren die Kreismilitärregierungen bis Anfang Mai 1945 in Südwestdeutschland eingetroffen, ohne daß eine funktionsfähige Hierarchie in Gang gebracht worden wäre. Die Offiziere der 5° *Bureaux*, die überall vor Ort saßen, hatten auf Anweisung de Lattres die Befehlsgewalt an sich gezogen und waren nicht gewillt, Kompetenzen an die nun eintreffenden Militärregierungen abzugeben. Noch im September 1945 bemerkte Paris, daß die Zusammenarbeit zwischen Militärregierung und Militärverwaltung insbesondere auf der lokalen Ebene äußerst unbefriedigend war.

Die untragbaren, aber leicht nachvollziehbaren Spannungen zwischen beiden Hierarchien waren von Anfang an zu beobachten; die Offiziere der Militärregierung wurden von den Truppenoffizieren gemeinhin geringgeschätzt: in der zu „hastigen“ Ausbildung sah auch de Lattre einen Hauptgrund für die große Zahl wenig qualifizierter, „aus dem Stegreif ernannter Verwalter“ [*administrateurs improvisés*], die Spreu war zu Beginn der Besatzung offensichtlich nicht vom Weizen getrennt²⁷. Deshalb betraute de Lattre den Chef seines Stabes und Leiter der 5° *Bureaux*, Oberst Carolet, mit der Weisungsbefugnis über die Kreisdelegierten. Die Einbindung der Militärregierung in die Befehlsstrukturen der Ersten Französischen Armee war in den Augen des sonst nicht sonderlich sensiblen

²⁴ De Lattre, *Histoire*, S. 615.

²⁵ Mit reichhaltiger Bebilderung: Raggenbass, *Stacheldraht*, S. 195–200.

²⁶ „Note de service N° 459“, angefertigt vom 5° Bureau der Ersten Französischen Armee am 20. 4. 1945; AdO Bade H 1101.

²⁷ De Lattre, *Histoire*, S. 618.

Generals eine „heikle Aufgabe“²⁸. Innerhalb des Stabes in Lindau wurde Oberst Carolets Stellvertreter, der mit der schwierigen Aufgabe der Unterstellung der Militärregierungen betraute Major Thomazo, zur zentralen Figur; nicht bei den provisorischen Landesmilitärregierungen von General Schwartz in Stuttgart oder von General Morlière in Karlsruhe liefen die Fäden der Kreismilitärregierungen zusammen, sondern in Lindau.

General de Lattre sah sich erst nach einigen Wochen der Besatzung genötigt, die Kompetenzen mittels Dienstanweisung schriftlich abzuklären. Am 23. Mai 1945 erhielten alle maßgeblichen französischen Stellen einschließlich der Kreismilitärregierungen die vordergründig klar verfaßte Abgrenzung ihres Wirkungsfeldes zugestellt²⁹. Die Klärung der Kompetenzen zwischen Militärregierung und Truppenkommandeuren war de Lattre am Ende der militärischen Operationen ein dringliches Anliegen. Da die anfänglich schlechte zahlenmäßige Ausstattung der Militärregierung nicht die Präsenz in allen Städten erlaubte, verfügte der Oberbefehlshaber, daß einige Aufgaben von den Truppenkommandeuren übernommen werden sollten. Die Kompetenzen zwischen Militärregierung und Truppenkommandeuren wurden nun detailliert geregelt³⁰. Die Anweisung schloß de Lattre mit der Bemerkung ab, daß „sich die Truppenkommandeure nicht in das öffentliche Verwaltungsleben einmischen sollten, da die Gefahr bestehe, daß dies Verwirrung und Unordnung in die Handlungen der Militärregierung bringen könnte“³¹. Die Dienstanweisung erläuterte die Hierarchie der Militärregierung und unterstellte sie definitiv dem Befehl des Oberkommandierenden der Ersten Französischen Armee. Der Zielkonflikt zwischen Militärverwaltung und Militärregierung war damit jedoch keineswegs gelöst. Die 5° *Bureaux* aller Ebenen behielten auch in den folgenden Monaten das Heft fest in der Hand, von einer Verbesserung der Beziehungen war nicht die Spur zu erkennen. Die Militärregierung blieb weiterhin ohne eigene funktionsfähige Struktur. Es war General de Lattre, der vom Bodensee aus seine Zone dirigierte. Ihm schwebte als kulturpolitisches Ziel eine großangelegte französische Renaissance in Südwestdeutschland vor. Dazu lud er das Ensemble der Nationaloper aus Paris ein, um in der Zone für die Verbreitung französischer Kultur zu sorgen. In ähnlicher Funktion hielten sich Mitglieder der Villa Medici, dem französischen Kunstinstitut in Rom, in Lindau auf. Prunksucht und koloniale Allüren trugen de Lattre nicht nur bei den amerikanischen Verbündeten schnell den Spitznamen *du Théâtre* ein. Ein humanitäres Anliegen de Lattres war die Versorgung und Unterbringung der aus dem Konzentrationslager Dachau befreiten rund 8000 französischen Häftlinge³². Dafür ließ er Mitte Mai 1945 die Inseln Reichenau und Mainau von der deutschen Bevölkerung evakuieren und mit kranken Häftlingen be-

²⁸ „Tâche délicate“; ebenda, S. 618.

²⁹ „Note de service – Objet: Attributions respectives du Gouvernement Militaire et du Commandement des Troupes“, Général d’Armée de Lattre de Tassigny vom 23. 5. 1945; SHAT 10 P 223.

³⁰ Die Militärregierung unterstand de Lattre; sie war für eine indirekte Verwaltung konzipiert. Ihre Aufgaben waren: Entnazifizierung und Einsetzung des deutschen Verwaltungspersonals; Überwachung von Polizei und Justiz; Überwachung und Kontrolle der Vermögen; Kontrolle der industriellen Produktion und der öffentlichen Dienste; Verantwortung für Ernährung, Requisitionen und Truppeneinsatz. Die Kompetenzen der Truppenkommandeure umfaßten: Verantwortung für die öffentliche Sicherheit in enger Zusammenarbeit mit der Militärregierung, Verhängung des Ausnahmezustandes und Requisitionen von Wohnraum.

³¹ „Note de service...“, de Lattre vom 23. 5. 1945; SHAT 10 P 223.

³² Ausführliche Darstellung der Ereignisse bei Moser, Inseln. Bildmaterial zum Abtransport und der Unterbringung der Häftlinge im ECPA 26 T 10460 und 28 T 10524.

legen. Die leicht zu isolierenden Inseln boten sich wegen der nötigen Quarantäne an, denn in Dachau grassierten nach der Befreiung Typhus und Ruhr.

Trotz aller Maßnahmen kann in den ersten Monaten nicht von einer stringenten französischen Besatzungspolitik gesprochen werden. Der Versuch, die Kompetenzen zwischen Militärverwaltung und Militärregierung abzugrenzen, sind Ausdruck gravierender konzeptioneller Probleme, die nicht mit Dienstanweisungen zu lösen waren. Nur durch Schaffung eines hierarchisch strukturierten Militärregierungsapparates, der allerdings über eine klar abgegrenzte Zone verfügen und mit eindeutigen Vollmachten ausgestattet sein mußte, war eine Klärung zu erreichen. Die Verhandlungen über die endgültige Ausdehnung der künftigen französischen Zone zogen sich aber das ganze Frühjahr 1945 hin. Nach Abschluß der Gespräche und der Übernahme der von den Amerikanern besetzten rheinischen und pfälzischen Gebiete beorderte General de Gaulle den Oberkommandierenden der Ersten Französischen Armee am 24. Juli 1945 aus Deutschland ab. De Lattre empfand diesen Befehl als ungeheure Demütigung, hatte er sich doch schon als künftigen Oberbefehlshaber der FBZ gesehen. „Meine Hoffnung war, in Deutschland zu bleiben, wenigstens für die Zeit, die zur Grundsteinlegung der Besatzung in einer klar abgegrenzten Zone [...] erforderlich wäre“, umschrieb der General seine Ambitionen im Frühsommer 1945. Mit Tagesbefehl Nr. 10 vom 27. Juli 1945 löste er die Erste Französische Armee auf, empfing am selben Tag in Lindau seinen Nachfolger, General Pierre Koenig, und verließ, nach einem farbenprächtigen Spektakel in Kehl, die Zone in Richtung Frankreich.

2. Aufbau und Organisation der Militärregierung und der Pariser Dienststellen

Ausbildung des Personals der Militärregierung

Frankreich blieb denkbar wenig Zeit für die Ausbildung des Personals der künftigen Militärregierung. Zwischen der Befreiung von Paris am 25. August 1944 und der Besetzung großer Teile Südwestdeutschlands im April 1945 lagen gerade acht Monate. Zudem hatte de Gaulle sich die Anerkennung der Alliierten erst spät gesichert und im Herbst 1944 sein *Gouvernement Provisoire* durchgesetzt³³. Behindert durch die Säuberung Frankreichs von den Resten des Vichy-Regimes, konnten nicht vor November 1944 konkrete Planungen für eine eigene Zone in Deutschland getroffen werden. In jenen Tagen war Frankreich auch in die *European Advisory Commission (EAC)* mit Sitz in London aufgenommen worden, und damit nahm eine französische Besatzungszone in Deutschland langsam konkrete Gestalt an. Die Ausarbeitungen sollten von dem in die *Mission Militaire pour les Affaires Allemandes (MMAA)* umgewandelten *Bureau d'Etudes de l'Armistice* unter Leitung von General Louis-Marie Koeltz erstellt werden, eine Entscheidung, die der *Etat-Major de la Défense Nationale (EMDN)*³⁴ am 18. November 1944 getroffen hatte. Mit der *Mission Militaire* war ein Instrument geschaffen, das – nach Weisung des

³³ Eine Analyse der drei Phasen des *Gouvernement Provisoire* und dessen Entstehungsgeschichte bei: Lipgens, Etappen.

³⁴ Vgl. den Bestand 4 Q (Kabinett des EMDN) im SHAT/Vincennes.

Chefs der Provisorischen Regierung – mit dem Alliierten Oberkommando in Verbindung stand, um einerseits die französischen Interessen zu vertreten und andererseits die gemeinsame Militärverwaltung in Deutschland zu koordinieren. Außerdem oblag der MMAA auch die Organisation, der Aufbau und der Einsatz des *Corps d'Administration Militaire Française en Allemagne (AMFA)*³⁵, das seit Dezember 1944 in kurzen Ausbildungslehrgängen mit der Schulung des Verwaltungskorps in einem von MMAA und SHAEF eingerichteten Ausbildungszentrum in Paris begann. Bis Juni 1945 wurden etwa 1200 bis 1500 Personen für Militärregierungsaufgaben in Deutschland ausgebildet. Die Lehrgänge dauerten nur wenige Wochen, in Universitäten und in Behörden hingen Werbeplakate für einen Einsatz in Deutschland aus. Selbst die Teilnehmer der Lehrgänge erachteten die Ausbildung als „übereilig“³⁶. Seit dem 2. Dezember 1944 fanden die Kurzschulungen des Personals zuerst in der *rue Richelieu* in Paris, bald darauf in Montbard statt³⁷. Hier tat sich ein willkommenes Schlupfloch für Vichy-Belastete auf, und viele nutzten es. Im übrigen konnte es sich der französische Staat nicht leisten, angesichts der Zerstörungen und der Desorganisation im eigenen Land, allzu viele kompetente Männer nach Deutschland zu schicken. Die Bereitschaft wuchs erst nach und nach, als man in den Ministerien und in der Industrie erkannte, daß qualifiziertes Personal sehr wohl bestimmte Interessen in Deutschland wahrnehmen konnte³⁸.

Die Absolventen der Lehrgänge erhielten nach Abschluß der Kurzausbildung einen *grade d'assimilation*³⁹, wobei der verliehene militärische Rang der zivilen Position entsprach. In Uniform und mit militärischen Rangabzeichen traten die künftigen Offiziere der Militärregierung zumeist auf Lkws ihren Weg von Montbard nach Deutschland an. Von einer speziellen Schulung für die jeweiligen Einsatzorte konnte keine Rede sein; nach dem Zufallsprinzip⁴⁰ wurden die Militärregierungen der einzelnen Kreise zusammengestellt. In kleinen Gruppen unter Führung des zukünftigen Kreisdelegierten kamen sie in der Regel wenige Tage nach der Besetzung in den deutschen Städten an, sie folgten den Kampftruppen also auf dem Fuß. Dort fanden die Offiziere der AMFA keine Verwaltungsstrukturen vor, meist waren inzwischen Truppen der nachgerückten FFI vor Ort, welche die Kampftruppen abgelöst hatten. In diesem organisatorischen Chaos begannen die einzelnen Militärregierungen mit ihrer Arbeit. Eine Mittel- oder

³⁵ Henke, Aspekte, S. 178.

³⁶ Ferber, Ernestes, S. 24. Georges Ferber selbst war Germanist und hatte sich Ende 1944 für einen Einsatz in Deutschland gemeldet. Anfang Mai 1945 kam er als Informations- und Kulturoffizier nach Konstanz und verrichtete seinen Dienst am Bodensee bis 1952.

³⁷ Hell, Mitglied, S. 109. Victor Hell (*1920), 1944 Adjoint des Kommandanten der Abteilung Deutschland im Generalstab der Ersten Französischen Armee; 1945 in der Freiburger Oberdelegation als Offizier für Soziale Belange eingesetzt; in dieser Funktion Kontakte mit dem Naziverfolgten Bernhard Dietrich, dessen Alpenlandpläne ihm geläufig waren; 1970–1987 Professor an der Universität Straßburg.

³⁸ Willis, French, S. 19 f.

³⁹ Bostel, Gouvernement, S. 48. Im Frühjahr 1946 wurden die Kategorien Administrateur, Attaché und Auxiliaire für das zivile Verwaltungspersonal der Militärregierung eingeführt; Zauner, Erziehung, S. 59.

⁴⁰ André Noël, Kreisdelegierter von Donaueschingen ab 1945, berichtete hierzu, er sei in einem Konvoi in Deutschland angekommen, und auf die Frage von General Schwartz, wo er eingesetzt werden wolle, gab Noël Freiburg zur Antwort. Daraufhin meinte der General trocken, Noël werde nach Donaueschingen fahren. Vgl. Interview mit André Noël vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

Oberinstanz fehlte fast gänzlich. Für französische Verhältnisse völlig atypisch erfolgte der Aufbau der Militärregierung daher zuerst auf der untersten Ebene. Die Bezeichnung und Strukturierung der Organe war komplett auf die amerikanischen Vorgaben ausgerichtet, das englische *detachment* wurde zum französischen *détachement*. War die praktische Durchführung des Aufbaus einer Militärregierung schon unzulänglich, war es die theoretische um so mehr. Für die Ausarbeitung eigener Dienstvorschriften und besatzungspolitischen Materials war keine Zeit gewesen. Einen probaten Weg sah man deshalb darin, das der amerikanischen Militärregierung zur Verfügung stehende Handbuch⁴¹ in Teilen ins Französische zu übersetzen. Den juristischen Teil übersetzte, in einem Zeitraum von knapp drei Wochen, kein geringerer als der spätere französische Außenminister Robert Schuman. Als „vertraulich“ klassifiziert, erschien die Übersetzung ab Dezember 1944 unter dem Titel *Manuel à l'usage du Gouvernement Militaire en Allemagne. Avant la défaite ou la reddition*⁴². Im März 1945 wurde es unter dem Titel *A. M. F. A. Mémento pour les Officiers de Détachements de Gouvernement Militaire* erneut veröffentlicht und bildete den einzigen Leitfaden, der den französischen Offizieren der Militärregierung im Frühjahr 1945 zur Verfügung stand. Über die Verhältnisse in den Städten und Landkreisen waren sie nicht informiert, einzig schwarze Listen⁴³ mit prominenten Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern standen ihnen zur Verfügung. Deshalb ließen sie sogleich von den jeweiligen Bürgermeistern ausführliche Lageberichte anfertigen, damit zur eigenen Orientierung eine erste Beschreibung der Verhältnisse vorhanden war. Die Militärregierungen führten jedoch ein isoliertes Dasein ohne hierarchische Einbindung; sie waren in den ersten Wochen nicht in die Stabsstruktur der Armee eingegliedert⁴⁴. Die AMFA-Zentralstelle in Paris wurde nach der Kapitulation Deutschlands aufgelöst und durch ein *Centre d'Organisation du Gouvernement Militaire en Allemagne (COGMA)* ersetzt⁴⁵.

Die Kreisdelegierten der französischen Südzone 1945/47

In den ersten beiden Jahren der Besatzung hatten die Militärregierungen in den Landkreisen, insbesondere der Kreisdelegierte selbst, eine starke Position⁴⁶. Die Einrichtung der Militärregierungen im Frühsommer 1945 vollzog sich im Spannungsfeld mit der bereits vor Ort befindlichen französischen Militärverwaltung. Die Kreismilitärregierungen, die in geschlossenen Konvois von Montbard aus in den jeweiligen deutschen Städten im April und Mai 1945 eintrafen, waren mit der Situation zumeist konzeptionell und organisatorisch überfordert. Um dies zu verdeutlichen, sollen die Ankunft der örtlichen

⁴¹ SHAEF Handbook for Military Government in Germany.

⁴² Hell, Mitglied, S. 109.

⁴³ Grohnert, Entnazifizierung, S. 17. Die Orts- und Stadtkommandanten verfügten über schwarze Listen, um durch schnellstmögliche Festnahmen gefährlicher Personen dem allgemein gefürchteten „Werwolf“ die personelle Substanz zu entziehen. Die Angst vor „Werwolfaktionen“ war in französischen Kreisen zu Unrecht weit verbreitet. Viele Geiselnahmen der ersten Wochen haben darin ihre Ursache.

⁴⁴ Niethammer, Besatzungsmacht, S. 153.

⁴⁵ Zauner, Erziehung, S. 59.

⁴⁶ Im Anhang befindet sich eine Liste aller Kreisdelegierten der Jahre 1945 bis 1947 im Südtel der FBZ.

Militärregierungen und die ersten Monate exemplarisch an den Ereignissen in einem badischen und zwei württembergischen Landkreisen in groben Strichen skizziert werden.

Die Militärregierung für den badischen Stadtkreis Konstanz erreichte am 27. April, einen Tag nach der Besetzung der Bodenseemetropole durch Teile der 5.D.B., die unzerstörte Stadt. Anfang Mai traf die Militärregierung für den Bezirk Konstanz am Bodensee ein⁴⁷. Sowohl das *détachement F* (Bezirk Konstanz) als auch das *détachement I* (Stadtkreis Konstanz) wurden durch Befehl des Kommandierenden Generals der 14.I.D., Raoul Salan, eingesetzt. Erst mit Wirkung vom 1. Juli 1945 wurden die *détachements* des Bezirkes Konstanz der sich im Aufbau befindlichen vorgesetzten Oberdelegation in Freiburg angegliedert⁴⁸. Der Bezirksmilitärregierung vom Mai 1945 gehörten drei Berufssoldaten an: Fregattenkapitän Jamet, Korvettenkapitän Cousot und Major Ayzac. Der Rest der Militärregierungsbeamten waren Zivilisten in Uniform, unter ihnen Leutnant Georges Ferber in der Funktion des Informations- und Kulturoffiziers – neben dem Bezirksdelegierten Jamet und dessen beiden Stellvertretern, die stattliche Zahl von insgesamt 16 Offizieren, die in vier Abteilungen gegliedert waren⁴⁹. Die Kreismilitärregierung für den Stadtkreis Konstanz nahm sich wesentlich bescheidener aus. Hauptmann Hoepffner saß mit einer Handvoll Offizieren im Gebäude der Handelskammer, während die Bezirksmilitärregierung das nicht minder repräsentative See-Hotel bezogen hatte.

Schon zwei Wochen später mußte Fregattenkapitän Jamet Konstanz verlassen. General de Lattre hatte nämlich am 16. Mai 1945 bei einer Inspektionsfahrt durch die Stadt festgestellt, daß Plakate der Militärregierung und eine Telephonleitung beschädigt waren. Sogleich witterte er Sabotage und glaubte an die Wirkung einer exemplarischen Strafmaßnahme bei der Zivilbevölkerung⁵⁰; deshalb ließ er am folgenden Tag für den Wiederholungsfall das Niederbrennen eines ganzen Stadtteiles ankündigen. Noch am selben Abend zitierte de Lattre die Spitzen der Stadtverwaltung ins Inselhotel. In einem Rundumschlag setzte er den erst vor wenigen Wochen ins Amt berufenen Oberbürgermeister Benz⁵¹ ab und entließ außerdem den Konstanzer Bezirksdelegierten, Fregattenkapitän Jamet, samt dessen Stellvertreter Rohmer von deren Posten. Auch innerhalb des

⁴⁷ Ferber, Neubeginn, S. 72. Die Militärregierung für den Bezirk Konstanz war das französische Äquivalent zum Landeskommisariatsbezirk Konstanz, der unter Landeskommisär Nordmann die Landkreise Waldshut, Säckingen, Donaueschingen, Villingen, Stockach, Überlingen und Konstanz umfaßte. Die Landeskommisariatsbezirke wurden in einer Verwaltungsreform 1865 im damaligen Großherzogtum Baden geschaffen (mit Sitz in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Konstanz) und unterstanden als Mittelbehörden dem Innenministerium. Vgl. die Einleitung des Repertoriums des Bestandes A 96/1 (Landeskommisariat Konstanz) im StA FR.

⁴⁸ „Aide-mémoire destiné à faciliter le dépouillement des archives du Gouvernement Militaire pour le Pays de Bade, du Commissariat pour le Land Bade, de la Délégation Provinciale pour le Bade-Sud“, Freiburg 1955 (masch. 10 S.); PA Bargeton.

⁴⁹ Es waren zwei Offiziere der Abteilung „Affaires Administratives“, fünf Offiziere der Abteilung „Affaires Economiques“ und vier Offiziere der Abteilung „Affaires Sociales“ zugeordnet. Die vierte Abteilung, die „Affaires Judiciaire“, war mit weiteren fünf Offizieren besetzt; Cousot an das 5° Bureau der Ersten Französischen Armee vom 6. 6. 1945; AdO Bade C 1101.

⁵⁰ Zu de Lattres Einschätzung der „affaire de Constance“ vgl. Ders., Reconquérir, S. 324 ff.

⁵¹ Die mangelnde Geradlinigkeit der französischen Besatzungspolitik zeigte sich in Konstanz an der Besetzung des Oberbürgermeisterpostens: Zwischen Mai 1945 und Januar 1946 gab es fünf Oberbürgermeister (Mager in Vertretung Hermanns, Benz, Kerle, Schneider, Arnold); Klöckler, Besatzungspolitik, S. 37–42.

Offizierskorps der 14.I.D. gab es Veränderungen: der Stadtkommandant, General Chevillon, wurde umgehend versetzt. Für den bisherigen Bezirksdelegierten Jamet hatte General de Lattre de Tassigny sofort Ersatz bereit. François Hubert Gaetan de Ripert d'Alauzier, selbst Offizier der Kolonialtruppen⁵², wurde zum neuen Bezirksdelegierten ernannt. Er war ein gewissenhafter wie umgänglicher Mensch und guter Soldat, aber mit den ihm gestellten Verwaltungsaufgaben überfordert. Als Angehöriger der Kampfgruppe Lebel war d'Alauzier einige Wochen zuvor in Konstanz und Singen gewesen. In der Hohentwielstadt hatte er Bernhard Dietrich, den Spiritus rector der Alpenlandbewegung, zum Bürgermeister eingesetzt.

Was hatte de Lattre zu diesem Rundumschlag bewogen? Der General fürchtete besonders Vorhaltungen wegen mangelnder Kontrolle unfähiger Offiziere⁵³. Die angedrohten Repressalien gelangten schnell in die Schweizer Presse und fanden so umgehend ihren Weg nach Paris. Die *affaire de Constance* sollte mit zu dem Entschluß de Gaulles beitragen, de Lattre schon im Juli 1945 durch Pierre Koenig zu ersetzen. Die Sommermonate vergingen, und die große Politik warf ihre Schatten auf Konstanz. Der Einfluß der französischen Kommunisten, die in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten, war bedeutend gestiegen. Die Entsendung des als Widerstandskämpfer und Mitglied der KP bekannten Marcel Degliame⁵⁴ war eine unmittelbare Folge der Wahlen. Direkt aus Paris angereist, löste er d'Alauzier Ende November 1945 als Bezirksdelegierten ab. Der Wechsel führte auch zu einer Stärkung der linken Kräfte am Bodensee. Sinnfälligster Ausdruck dafür war die Umstrukturierung der in Konstanz erscheinenden Tageszeitung *Südkurier*, die auf Veranlassung Degliames mit Rudi Goguel sodann einen Kommunisten im Redaktionsteam erhielt. Es ist wenig verwunderlich, daß der neue Bezirksdelegierte auch der Bewegung „Neues Deutschland“ nahestand⁵⁵. Degliame begrüßte eine mögliche Verschmelzung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Kräfte. Mit dem raschen Auswechseln der Spitzen der Militärregierung im Bezirk Konstanz hatte sich ab Anfang 1946 die Lage beruhigt, das Personalkarussell drehte sich vorerst nicht weiter. Doch sind drei Bezirksdelegierte in weniger als einem Jahr ein deutliches Zeichen für die unausgeglichene Personalpolitik in der FBZ. Sie sind des weiteren Ausdruck eines sich im Aufbau befindlichen Militärregierungsapparates, dessen Funktionsfähigkeit frühestens ab Herbst 1945 konstatiert werden kann. Die Dominanz der Militärverwaltung in den ersten Monaten der Besatzung ist offensichtlich.

⁵² Ferber, Ernestes, S. 32.

⁵³ Moser, Konstanz, S. 28.

⁵⁴ Marcel Degliame(-Fouché) (1912-?), 1928 Strickwarenarbeiter in Troyes; Mitglied der KPF und Engagement im Gewerkschaftsleben; 1933 Militärdienst; 1935–38 Studium an der Université ouvrière; Gewerkschaftsfunktionär; 1940 Reservist, Kriegsgefangenschaft im StaLag IV A; mehrere Ausbruchversuche; 1941 Flucht über Ungarn, Rumänien und die Türkei in den Nahen Osten (Beirut); dort Sekretär des französischen Konsuls; Rückkehr nach Frankreich und Untergrundtätigkeit im Combat; Mitglied des CNR; 1944–45 als Kontrolloffizier für die Integration der FFI in die Erste Französische Armee verantwortlich; 1946–48 Bezirksdelegierter in Konstanz; 1951–56 Kodirektor des „Théâtre de Babylone“; 1952 Austritt aus der KPF; danach im Filmgeschäft tätig. Vgl. Maitron, Dictionnaire [ohne Seitenzählung].

⁵⁵ Zu den Aktivitäten der Antinaziausschüsse, die besonders im westlichen Bodenseeraum eine beachtliche Initiative entfalteten: Klöckler, Überlingen.

Wesentlich kleinere Dimensionen hatte die Militärregierung des württembergischen Landkreises Tuttlingen. Die Kreisstadt an der jungen Donau war am 21. April 1945 besetzt worden. In jenen Tagen wurde auch das Sonderkommando der AMFA mit der Bezeichnung I17 G3 in Montbard zusammengestellt, das die Militärregierung des Kreises Tuttlingen bilden sollte. Am 28. April setzte sich das Kommando in Bewegung und erreichte nach mehrtägiger Fahrt am 4. Mai 1945 den Bestimmungsort. Der Chef der Gruppe und spätere Kreisdelegierte war Major René Willard, dem je zwei Offiziere und Unteroffiziere sowie vier Soldaten zur Verfügung standen⁵⁶. Als erstes nahm der neue Kreisdelegierte Willard Kontakt mit dem Chef des 5° Bureau der 9.D.I.C. auf, um sich danach sofort im Gebäude der Stadtwerke einzurichten. Als vorrangig erkannte Major Willard die Notwendigkeit, die Kompetenzen zwischen seiner Dienststelle und dem 5° Bureau zu klären. Die Militärverwaltung spielte sich aber als Herr im Hause auf; ein unbeschreibliches „Durcheinander“⁵⁷ herrschte. Daher begann Willard damit, die Kreis-militärregierung zu organisieren. Doch die Aktivitäten der ersten Tage sollten sich nicht auszahlen. Rasch verlor Major Willard die Kontrolle über den ihm anvertrauten Kreis, nicht zuletzt deshalb, weil die vorgesetzte Dienststelle⁵⁸, die *Délégation Supérieure de Wurtemberg*, vor September 1945 ihre Tätigkeit nicht aufgenommen hatte. Viel hing deshalb vom persönlichen Einsatz und dem Organisationsgeschick des Kreisdelegierten ab. Sein Nachfolger im Amt, Jean Lucien Estrade, urteilte lakonisch über den wenig autoritären Willard, er habe „in seiner Aufgabe praktisch versagt“⁵⁹. Auch Guillaume Widmer in Tübingen bemerkte die Fehlbesetzung, am 31. Januar 1946 entließ er den unglücklich agierenden Willard. Interimistisch wurde der Kreis zwei Monate vom Rottweiler Kreisdelegierten Garnier-Dupré mitverwaltet. Im April 1946 begann der neue Tuttlinger Kreisgouverneur Estrade umsichtig seine Arbeit.

Am Abend der Besetzung von Reutlingen, dem 20. April 1945, wurde Oskar Kalbfell⁶⁰ als kommissarischer Oberbürgermeister noch von Offizieren der kämpfenden Truppe eingesetzt. Sanktioniert wurde die Maßnahme durch Anweisung des am 1. Mai in Reutlingen eintreffenden Kreisdelegierten Cosleou⁶¹, der im Rang eines Korvettenkapitans der Militärregierung vorstand. Da keine übergeordneten Dienststellen bestanden, betrachtete Cosleou das 5° Bureau der 3.D.I.A. als weisungsbefugt. Dorthin meldete er am 12. Mai, daß er „nach Prüfung der Lage“ Kalbfell auch zum Landrat ernannt habe⁶². Cos-

⁵⁶ Zu den Einzelheiten ist der Bericht des späteren Tuttlinger Kreisdelegierten Jean Lucien Estrade heranzuziehen, den dieser im Jahr 1950 niedergeschrieben hat; Ders., Tuttlingen, besonders S. 11–20.

⁵⁷ Ebenda, S. 14.

⁵⁸ Die württembergische Innenverwaltung kannte keine Mittelinstanzen in Form von Landeskommissariatsbezirken. Die französische Besatzungsmacht schuf daher in Anlehnung an die örtliche deutsche Verwaltung in Württemberg keine Bezirksmilitärregierungen. Demzufolge waren die in den württembergischen Landkreisen eingesetzten Offiziere erheblich länger ohne Kontakt zu einer vorgesetzten Dienststelle.

⁵⁹ Estrade, Tuttlingen, S. 16. Man kann Estrade kein tendenzielles Urteil über seinen Amtsvorgänger vorwerfen, die Tuttlinger „Affären“ der ersten Monate der Besetzung sprechen für sich.

⁶⁰ Zu Kalbells Position in der Neugliederungsdiskussion vgl. Kapitel V/1.

⁶¹ Es ist unwahrscheinlich, daß vom 20.4. bis 30. 4. 1945 ein Oberleutnant Metzger als Kreisdelegierter in Reutlingen eingesetzt war (Junger, Schicksale, S. 428); es handelte sich bei Metzger vielmehr um ein Mitglied des 5° Bureau der 3.D.I.A., also um einen aktiven Truppenoffizier.

⁶² Junger, Schicksale, S. 462. Die folgenden Ausführungen zu Reutlingen beziehen sich – soweit nicht anders vermerkt – auf die Arbeit von Junger.

leou nahm seit dem 1. Mai 1945 die Amtsgeschäfte wahr, zuvor hatte der Standortälteste der Truppe die Kontrolle ausgeübt. Wie auch seine Kollegen in den anderen Landkreisen hatte Cosleou mit einem gravierenden Mangel an kompetentem und qualifiziertem Personal innerhalb der Militärregierung zu kämpfen. „Das französische Personal ist ungenügend“, urteilte er lapidar am 12. Juni 1945. Aber wer war für seine Belange zuständig? Die im April in Stuttgart installierte Militärregierung für Württemberg unter General Schwartz war vollkommen überlastet und durch die Verlagerung nach Freudenstadt und wenig später nach Tübingen bis dato außer Gefecht gesetzt. Erst mit der Ankunft von Guillaume Widmer Anfang September festigten sich nach und nach die Strukturen; trotzdem blieb das Gefüge der Militärregierung bis weit ins Jahr 1946 desolat.

Auch die Überwachung der Reutlinger Wirtschaft war wegen Personalmangels nicht lückenlos möglich. Der Kreisdelegierte warf seiner Gendarmerie mangelnde Verve und eine gewisse Gemächlichkeit bei der Ausführung ihrer Aufträge vor. Die knappen Hinweise verdeutlichen die Konzeptlosigkeit, mit der die lokalen Militärregierungen vor ihre Aufgaben gestellt wurden. Dabei waren die Motivation und der Einsatz seiner Offiziere nur eines der Probleme, mit denen Cosleou im Sommer 1945 zu kämpfen hatte: Viel schwerwiegender waren die Kompetenzstreitigkeiten mit der Militärverwaltung. Der für die Belange der Zivilbevölkerung zuständige Cosleou mußte im Sommer 1945 wegen der Erntearbeiten eine Verlängerung der Ausgangssperre bis 21.30 Uhr beim Kommandierenden General der 3.D.I.A. erbitten, obwohl die Militärregierung von de Lattre in diesen Fragen für zuständig erklärt worden war. Anweisungen irgendwelcher Art erhielt Cosleou während seiner Zeit in Reutlingen nicht; selbständig entschied er bis September 1945 nach eigenem Gutdünken die anfallenden Probleme. An seine Stelle trat ab Oktober der neue Kreisdelegierte Chery, der eine mit acht Offizieren besetzte Kreis-militärregierung zu leiten hatte. Offenbar hat sich die Autorität Cosleous beim Aufbau der Militärregierung in Reutlingen verbraucht; von Unfähigkeit zeugen die Quellen jedenfalls nicht.

Die Anfangsschwierigkeiten der Kreismilitärregierungen waren also stets dieselben: schlecht ausgebildetes Personal, Orientierungslosigkeit, Kompetenzstreitigkeiten mit der Militärverwaltung und fehlende Richtlinien für eine stringente Besatzungspolitik. Die personelle Neubesetzung der Kreisdelegiertenstellen war eine logische Folge der Pannen, die sich in den Monaten Mai bis September 1945 zugetragen hatten. Bis zur Jahresmitte 1946 hatten fast alle Kreisdelegierten im Südtteil der Französischen Zone ihre Posten verloren. Nur wenigen gelang es, die Jahreswende 1945/46 in ein und demselben Landkreis als Kreisdelegierter zu überstehen; so der zum Bezirksdelegierten aufgestiegene Oberstleutnant Moutenet in Baden-Baden sowie die Kreisdelegierten Luc in Wolfach und Brochu in Hechingen. Versetzt wurden Marc Robert von Donaueschingen nach Offenburg und Jean Lucien Estrade von Ravensburg nach Tuttlingen. Fazit: In 31 der 36 Landkreise wurden die bis Juni 1945 eingesetzten Kreisdelegierten nach weniger als einem Jahr nach Frankreich abberufen, zwei Kreisdelegierte übernahmen aufgrund ihrer Kompetenzen andere Landkreise, und nur drei Kreisdelegierte behielten ihre Positionen auch nach der vom Leiter des Militärregierungsapparates, Generalwalter Emile Laffon, ab Sommer 1945 begonnenen „Säuberungswelle“. Welche Auswirkungen die Abberufungen und Neubesetzungen auf die Praxis der französischen Besatzungspolitik in den Kreisen hatten, ist offensichtlich: Fehlende Stringenz und mangelnde Kontinuität erschwerten nicht nur politische Aktivitäten im Südwesten.

Die Oberdelegationen (Délégations Supérieures)

Drei Ebenen der Militärregierungshierarchie waren auf Freiburg verteilt, zum einen die Militärregierung für den Stadt- und Landkreis, des weiteren die Bezirksmilitärregierung und schließlich die Oberdelegation für das Land Baden (*Délégation Supérieure pour le Land Bade*). In den Besatzungsdienststellen für den Landeskommisariatsbezirk⁶³ waren rund 140 Männer und Frauen beschäftigt⁶⁴. Nach einer Aufstellung vom 15. November 1945 gingen neben Oberstleutnant Marcellin weitere 30 Offiziere Führungsaufgaben nach⁶⁵. Als Informationsoffiziere fungierten die Leutnante Jordy und Toussaint, die bei der Gründung der „Vereinigung Abendland“⁶⁶ eine maßgebliche Rolle spielten.

Die Oberdelegation hatte, von Karlsruhe kommend, Anfang Juli 1945 ihren Sitz in Freiburg genommen. Oberst Eberle, der von der alten Residenzstadt aus seit Ende April das Land Baden zu verwalten bemüht war, kam mit seinem Stab nach wenigen Wochen in das südbadische Freiburg. Am 20. Juli 1945 unterzeichnete er als provisorischer Militärkommandant des Bezirks Baden⁶⁷; den Delegierten des Stadtkreises Karlsruhe, Oberstleutnant Marcellin, hatte er mitgebracht und als Bezirksdelegierten des Landeskommisariatsbezirks Freiburg eingesetzt. In Personalunion versah Marcellin auch die Aufgaben des Delegierten für den Stadtkreis Freiburg. Spätestens in der ersten Augustwoche traf dann der neue Oberdelegierte für das Land Baden, General Schwartz, in Freiburg ein⁶⁸. Die Bezeichnung seiner Dienststelle lautete nun *Détachement E II*. Der „provisorische Gouverneur“ Eberle wurde mit der Leitung des Stabes von General Schwartz abgefunden.

General Jacques Fernand Schwartz (1889–1960) wird in der Literatur übereinstimmend als ausgezeichnete Offizier geschildert. Geboren am 15. Juni 1889 in Mülhausen im Elsaß, stand ihm nach Abitur und Lizenziat der Rechte eine militärische Karriere bevor. Zusammen mit André Noël, dem späteren Bezirksdelegierten von Konstanz, befand er sich während des Zweiten Weltkrieges in Marokko als *Patron de Région en Maroc*⁶⁹. 1942 wurde Schwartz zum *Commandeur de la Légion d'Honneur* ernannt. In beiden Weltkriegen mit dem *Croix de guerre* ausgezeichnet, unterstand der dekorierte Offizier mit Wirkung vom 14. April 1945 direkt General Koeltz, dem Leiter der MMAA; nach wenigen Tagen sah er sich als Gouverneur von Württemberg in Stuttgart wieder. Seit dem 23. April – wenige Tage nach der Besetzung der Stadt – oblag ihm die Leitung der Militärregierung, dessen Führungsstab Oberst Niel anvertraut war. Von hier aus plante Schwartz, eine zivile deutsche Landesverwaltung für Württemberg aufzubauen. Dazu bestellte er unter anderem Carlo Schmid in der zweiten Juniwoche 1945 nach Stuttgart

⁶³ Der Landeskommisariatsbezirk Freiburg umfaßte folgende Landkreise: Emmendingen, Freiburg (Stadt- und Landkreis), Kehl, Lahr, Lörrach, Müllheim, Neustadt, Offenburg und Wolfach.

⁶⁴ Haumann, Geschichte, S. 395 f.

⁶⁵ „Liste du personnel – officiers du G. M. du District“ vom 15. 11. 1945; AdO Bade H 1101.

⁶⁶ Leutnant Jordy war am Aufbau der „Vereinigung Abendland“ federführend beteiligt; vgl. Kapitel II/1.

⁶⁷ Le Colonel Eberle, Commandant Militaire provisoire du District de Bade, 20. 7. 1945; AdO Bade H 1101.

⁶⁸ In einer Ausarbeitung über das Besatzungspersonal, die im Kabinett des Generalverwalters Laffon angefertigt worden war, wurde General Schwartz am 5. 8. 1945 als Gouverneur für Baden bezeichnet; AdO CCFA Cab. Laffon c. 16.

⁶⁹ Interview mit André Noël vom 27. 4. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

und bot ihm das Ressort für Unterrichtswesen und kulturelle Angelegenheiten an⁷⁰. Aus dem Stammpersonal der MMAA entlassen und der Befehlsgewalt von General Koenig unterstellt, bekleidete Schwartz ab 29. Juli 1945 den Posten des *Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire du pays de Bade*, des Oberdelegierten für das französisch besetzte Baden. Zehn Monate später verließ er Freiburg, um mit Wirkung vom 1. Juni 1946 seinem Nachfolger im Amt, Pierre Pène, den Dienstposten zu übergeben. Seit 1. Februar 1947 unterstand er wieder der Verfügungsgewalt des Kriegsministeriums. Er strebte nach höheren militärischen Weihen, die er im Frühjahr 1947 mit der Plakette zum *Grand Officier de la Légion d'Honneur* erhalten sollte⁷¹.

Bei der Übergabe der Amtsgeschäfte an Pierre Pène am 1. Juni 1946 führte der unmittelbare Vorgesetzte, Generalverwalter Emile Laffon, aus: „Ich bin glücklich, daß ich in ein und derselben Würdigung den Soldaten, General Schwartz, und den Résistancekämpfer, Herrn Pène, verbinden kann.“⁷² Tatsächlich verfügte der neue Oberdelegierte über verwaltungstechnische Qualitäten, die dem Soldaten Schwartz abgegangen waren. Sein Werdegang hatte Pierre Pène für eine gewichtige Aufgabe im besetzten Deutschland prädestiniert. Am 10. März 1898 in Paris geboren, war er Soldat im Ersten Weltkrieg gewesen und hatte danach an der *Ecole Polytechnique* ein Ingenieurstudium aufgenommen. Als ausgebildeter Straßenbauingenieur erhielt er 1922 seine erste Anstellung im Arbeitsministerium und stieg zum *Ingénieur en chef des Ponts-et-Chaussées* auf. Die Bemerkung de Gaulles, Frankreich habe eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren, hatte sich Pène zu eigen gemacht. Seit 1941 gehörte er der Résistance an, genauer der Führung der *Armée Secrète* im Département Aisne. Von der Gestapo in den Ardennen verhaftet, überstand er die Folter, ohne seine Kameraden zu verraten; die Flucht aus dem Gefängnis in Senlis gelang ihm am 9. Juni 1944. Nach der Befreiung übernahm er ab 28. August 1944 als Kommissar der Republik in Saint-Quentin die Verwaltungsgeschäfte⁷³. Seinen engen Mitarbeiter, René Bargeton⁷⁴, nahm er nach seiner Berufung in den Personalbestand des CGAAA mit nach Deutschland und machte ihn zu seinem *Directeur de Cabinet*⁷⁵. Als Oberdelegierter, seit 1949 als Kommissar für das Land Baden, blieb er bis zum 16. November 1950 in Freiburg. René Bargeton trat seine Nachfolge an.

Der mit etlichen Fachabteilungen ausgestattete Apparat der Oberdelegation belief sich 1946 auf etwa 250 Personen⁷⁶. Eine Liste der verschiedenen Abteilungen und des

⁷⁰ Schmid, *Erinnerungen*, S. 229.

⁷¹ Das Zeremoniell ist bildlich festgehalten auf S. 26 der *Revue de l'information des troupes françaises de l'occupation en Allemagne* 19 (1947).

⁷² „Au Gouvernement militaire – M. Pène Délégué Supérieur pour Bade“, in: *Revue de l'information des troupes françaises de l'occupation en Allemagne* 10 (1946), S. 36.

⁷³ Grohnert, *Entnazifizierung*, S. 223.

⁷⁴ René Bargeton, Germanist und Archivar, erhielt keine spezielle Ausbildung für seinen Einsatz im Kabinett von Pierre Pène. Seit 1944 war er in der Verwaltung der Präfektur (Sous-préfet chef de cabinet du commissaire de la République pour la région de Laon-Saint-Quentin) tätig; Interview mit René Bargeton vom 27. 4. 1994; StadtA KN Cc 775 a. Außerdem ist ein kurzer Lebenslauf publiziert in: Jurt, *Besatzungszeit*, S. 255 f.

⁷⁵ Es sei auf den Unterschied der Aufgabenbereiche eines *Directeur de Cabinet* und eines *Chef de Cabinet* hingewiesen: der *Directeur de Cabinet* stand hierarchisch höher und war engster Mitarbeiter und Stellvertreter des Leiters einer Dienststelle; dem *Directeur de Cabinet* unterstanden das *Cabinet Civil* und das *Cabinet Militaire*. Der Leiter des *Cabinet Civil* (*Chef du Cabinet Civil*) nannte sich verkürzt zumeist *Chef de Cabinet*.

⁷⁶ Haumann, *Geschichte*, S. 396.

dort tätigen Personals findet sich im Telefonbuch der Freiburger Oberdelegation⁷⁷. Von speziellem Interesse ist das *Cabinet Civil*, da hier die politischen Belange entschieden wurden. Der Leiter beider Kabinette, René Bargeton, verfügte über eine Unterabteilung, die mit Studien und Zeitungsdokumentationen beschäftigt war. Bargeton selbst beaufsichtigte das zivile und das militärische Kabinett. Das erstere unterstand dem *Chef de Cabinet*, Lottin, dessen Büro vom *Chef du Bureau du Cabinet*, See, geleitet wurde. Dem militärischen Kabinett stand Leutnant Le Masne de Chermont vor. Die *Direction des Affaires Administratives*, wichtigste Abteilung bezüglich der politischen Fragen innerhalb der Oberdelegation, leitete der Unterpräfekt Daty, dem die Abteilung Inneres und Kirchen unter Leitung von Fourcault de Pavant unterstellt war. Das vielköpfige Personal der Abteilung Wirtschaft und Finanzen führte die Anweisungen von Dominique Magnant aus, der gleichzeitig Vorstand der OFRA⁷⁸ war, einer Organisation von ehemaligen Widerstandskämpfern, die nun im besetzten Deutschland Dienst taten.

Die Einrichtung einer Oberdelegation für Württemberg und Hohenzollern, die sich unter General Schwartz als *Commandant Militaire de Wurtemberg* seit dem 23. April in Stuttgart in der Aufbauphase befand, zog sich bedingt durch die Neufestsetzung der Zonengrenzen bis Mitte Juli 1945 hin. Die französischen Truppen samt Militärregierung verließen am 8. Juli 1945 die Stadt am Neckar⁷⁹, die Militärregierung für Württemberg mußte in das zerstörte Freudenstadt umziehen. Von dort wurde sie wenig später nach Tübingen verlegt, auch im Hinblick auf die dortige Universität. General Schwartz, nunmehr mit der Leitung der Oberdelegation in Baden beauftragt, fand in Guillaume Widmer seinen Nachfolger.

Der neununddreißigjährige Widmer⁸⁰, der zwischen 1931 und 1939 als Prokurist der Bank von Indochina gearbeitet hatte⁸¹, verfügte über einen reichen Schatz an Erfahrungen militärischer und ziviler Verwaltungstätigkeit. 1943 verrichtete er in Algier Dienst bei einem interalliierten Generalstab und übernahm 1944 in Frankreich die Region II als militärischer Beauftragter. Seit dem 1. September 1945 war er mit der *Délégation Supérieure pour le Gouvernement du Wurtemberg* betraut, es unterstanden ihm direkt – neben den 15 württembergischen Landkreisen – die hohenzollerischen Kreise Hechingen und Sigmaringen sowie der bayerische Kreis Lindau. Eine Mittelinstanz nach Art der badischen Landeskommissariatsbezirke existierte nicht. General Widmer machte auch keine Anstalten, auf französischer Seite eine Mittelinstanz einzurichten. Der Zugriff auf die einzelnen Landkreise war deshalb im französisch besetzten Württemberg-Hohenzollern direkter und unmittelbarer als im benachbarten Baden. Demzufolge war die Rolle Widmers bedeutender, seine Befehle wurden nicht durch Mittelinstanzen „ver-

⁷⁷ Vgl. dazu das Telefonbuch (*Annuaire Téléphonique du Gouvernement Militaire de la Délégation Supérieure du Pays de Bade*) vom 1. 3. 1948; AdO ohne Signatur.

⁷⁸ Die Organisation des *Fonctionnaires résistants en Allemagne* wurde im Januar 1946 als Sektion der Organisation des *Fonctionnaires résistants* mit Sitz in Paris gegründet. Die Mitgliederzahl belief sich auf circa 350 Personen. Im Ehrenvorstand saßen neben General Koenig die Oberdelegierten Boislabert, Pène und Grandval sowie die Herren Degliame (vgl. Anmerkung 54) und Garnier; „Note – sur l'activité de l'Organisation des *Fonctionnaires résistants en Allemagne*“ vom 15. 4. 1948; PA Magnant; außerdem: Interview mit Dominique Magnant und Joffre Chétrit vom 21. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁷⁹ Nüske, Württemberg (I), S. 228.

⁸⁰ Guillaume Widmer (1906–1968). Die biographischen Daten wurden in den Text eingearbeitet.

⁸¹ Grohnert, Entnazifizierung, S. 224.

wässert“. Der bisherige *Directeur de Cabinet*, Oberst Niel, ein ruhiger und alle persönliche Schärfe vermeidender älterer Offizier⁸², wurde im Herbst 1945 durch Oberst Gonzague Corbin de Mangoux ersetzt⁸³. Widmer selbst, mehr Verwaltungsfachmann denn Militär, zählte nicht zu den Gefolgsleuten des Oberkommandierenden Koenig. Aufgeschlossen stand er den deutschen Belangen gegenüber und zeigte insgesamt eine liberale Haltung⁸⁴. Autonomistisch motivierten Neugliederungswünschen erteilte er eine klare Absage.

Sein Stellvertreter und *Directeur de Cabinet*, Corbin de Mangoux, leitete geschickt das zivile und das militärische Kabinett. Er stimmte über weite Strecken mit seinem Vorgesetzten überein, sein Werdegang als Verwaltungsfachmann war mit dem Widmers fast identisch. Der württemberg-badische Ministerpräsident Reinhold Maier erinnerte sich an de Mangoux als einen stets diplomatisch agierenden und gewandten Offizier⁸⁵. Seine zentrale Stellung im Kabinett Widmers ist jedenfalls unbestritten. Der *Chef de Cabinet*, Yves Buralat, hatte fünf Abteilungen unter sich, als deren bekannteste wohl die Abteilung für Universitätsangelegenheiten zu bezeichnen ist. Der Kurator der Universität Tübingen, René Cheval⁸⁶, war der zuständige Mann für Säuberung, Reorientierung und Wiedereröffnung der südwestdeutschen Alma mater. Das Pendant zu Buralat im militärischen Kabinett stellte Hauptmann Millon dar. Die *Délégation Supérieure de Wurtemberg* dürfte insgesamt an die 200 Frauen und Männer beschäftigt haben⁸⁷.

Die Dienststellen in Baden-Baden

Das Primat der Militärverwaltung im französisch besetzten Südwesten konnte nur durch einen zentral geleiteten Militärregierungsapparat gebrochen werden. Zwar waren die Kreis-, Bezirks- und Landesmilitärregierungen eingerichtet, aber ein Zusammenspiel war ohne Zentrale undenkbar. Ein funktionierendes französisches Oberkommando in Deutschland, das einerseits die Militärverwaltung in Form des 5^o *Bureau* der Ersten Französischen Armee abzulösen und andererseits die unterstellten Militärregierungen vor Ort zu kontrollieren hatte, mußte daher im Frühsommer 1945 dringend geschaffen werden. Das *Commandement en Chef Français en Allemagne (CCFA)* wurde in Paris durch Dekret vom 15. Juni 1945 ins Leben gerufen. Es sah vor, die Posten eines Oberkommandierenden und dessen *Adjoint* sowie eines politischen und eines wirtschaftlichen Beraters einzurichten. Den geeigneten Mann fand de Gaulle in General Pierre Koenig, Sieger von Bir Hakeim und altvertrauter Gefolgsmann. Am 14. Juli wurden Koenig die Besatzungstruppen unterstellt, am 23. desselben Monats trat er offiziell sein Amt an⁸⁸. Von einer eindeutigen Übernahme der Macht konnte allerdings nicht die Rede sein. Die Fülle der Aufgaben, mit denen Koenig beauftragt wurde, und „interalliiert

⁸² Schmid, *Erinnerungen*, S. 237.

⁸³ Nüske, *Württemberg (I)*, S. 237.

⁸⁴ Auerbach, *Anfänge*, S. 609.

⁸⁵ Maier, *Grundstein*, S. 137 f.

⁸⁶ René Cheval (1918–1986); Kurzbiographie in: Knipping, *Kulturpolitik*, S. 413.

⁸⁷ Rückschlüsse auf die zahlenmäßige Stärke der Militärregierung für Württemberg-Hohenzollern in Tübingen sind aus dem Telefonverzeichnis vom 1. 5. 1947 zu ziehen; *Annuaire Téléphonique* – G. M. de la Délégation du Wurtemberg; AdO ohne Signatur.

⁸⁸ Wolfrum, *Besatzungspolitik*, S. 34.

Druck“ zwangen de Gaulle⁸⁹, einen speziell für die Militärregierung zuständigen Mann nach Baden-Baden zu schicken; es verging ein weiterer Monat, bis der mit dem Aufbau des Militärregierungsapparates beauftragte und Koenig unterstellte Emile Laffon in Baden-Baden eintraf. Ein junger Mitarbeiter aus dem Innenministerium begleitete Laffon, den jener für den Posten des *Directeur de Cabinet* ausersehen hatte: Maurice Grimaud⁹⁰. Beide waren in jeder Hinsicht unvorbereitet nach Deutschland gekommen⁹¹. Eine der Hauptaufgaben der ersten Monate bestand in der Ablösung des mittelmäßigen und ungenügend qualifizierten Personals aus der französischen Militärregierung. Dieses Ziel hat Laffon – wenn man die Vorgänge in den Kreisen betrachtet – zweifellos erreicht.

Dabei waren die Zustände auch innerhalb des *Gouvernement Militaire* in Baden-Baden Anfang September 1945 ausgesprochen „heikel“⁹². Die Pariser Verbindungsstelle zwischen Außenministerium und Baden-Baden beschwerte sich schriftlich über die Schwerfälligkeit des ganzen Systems der Militärregierung: Ein Brief einer Abteilung zum Beispiel müsse den *Directeur Général* samt Kabinett, den Generalverwalter einschließlich Kabinett und den Oberkommandierenden inklusive Kabinett passieren, das Antwortschreiben gehe denselben Weg. „Trop de cabinets et trop de monde dans les cabinets“⁹³, lautete das niederschmetternde Pariser Fazit; Geschmeidigkeit im Dienstablauf wurde dringend angemahnt. Man monierte in Paris außerdem den Umstand, daß sich alle Ebenen der Militärregierung beschwerten, einerseits keine Direktiven aus der französischen Hauptstadt zu erhalten, andererseits widersprüchliche Befehle entgegennehmen zu müssen. Hier war die Zentrale gefordert; außerdem seien nur die obersten Positionen mit erstklassigen Fachleuten besetzt, so der Pariser Bericht weiter, die jedoch über Personal „von sehr schlechter Qualität verfügen. Die Auswahl wurde auf gut Glück getroffen, durch Kooptation; man hat die ‚guten Kumpel‘ und die ‚kleinen Freunde‘ jener genommen. Es gibt eine sehr große Zahl von Leuten, beiderlei Geschlechts, die wegen Inkompetenz zu entfernen wären.“ Einige Dienststellen in Baden-Baden wiesen eine zahlenmäßige Unterbesetzung auf, etwa die *Direction de l'Intérieur* mit 13 oder die *Sûreté* mit 20 Mitarbeitern, andere hingegen waren unglaublich aufgeblasen, etwa die *Direction du Désarmement* mit rund 1500 Personen.

Die personellen Verhältnisse stellten den ehrgeizigen und fähigen Juristen, der Emile Laffon zweifellos war, vor keine leichte Aufgabe. Der achtunddreißjährige Generalverwalter war ausgestattet mit einem unverwechselbaren Organisationstalent und einer phänomenalen Schaffenskraft, Eigenschaften, die ihn in den Augen des Oberkomman-

⁸⁹ Interview mit Maurice Grimaud vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁹⁰ Maurice Grimaud (*1913), Gymnasium in Lyon; Studium in Lyon und Paris; 1939–43 Attaché in Marokko; 1943–44 in Algier (Commissariat à l'Intérieur); 1945–47 Directeur de cabinet von Emile Laffon in Baden-Baden; 1948–49 französischer Berater des Flüchtlingshilfswerks in Genf; 1951–54 in Marokko (Directeur de l'Information); 1955–61 Präfekt; 1963 Leiter der Sûreté Nationale; 1967 Polizeipräsident in Paris; 1981–83 Kabinettsdirektor von Minister Gaston Defferre (Inneres und Dezentralisation).

⁹¹ Weder hatten beide eine Kurzschulung nach dem Vorbild der MMFA erhalten, noch waren sie Kenner der deutschen Verhältnisse. Lediglich die Verwaltungserfahrung empfahl sie für die verantwortungsvollen Positionen, die sie im besetzten Deutschland übernehmen sollten; Interview mit Maurice Grimaud vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁹² „Note – Sur la situation à Baden-Baden“, SGAAA/Division Politique et Economique vom 10. 9. 1945; MAE PA-AP 338-Laffon 15.

⁹³ Ebenda.

dierenden rasch suspekt erscheinen lassen mußten. Aus seiner sozialistischen Überzeugung machte Laffon keinen Hehl, hier taten sich zusätzliche, scharfe Gegensätze zu General Koenig auf. Doch waren die Spannungen⁹⁴ nicht nur in den unterschiedlichen politischen Auffassungen der beiden begründet; sie resultierten bereits aus der Kompetenzverteilung. Formal hatte der Oberkommandierende Koenig die Befehlsgewalt über den Militärregierungsapparat, an dessen Spitze Generalverwalter Laffon stand. Doch hegte Koenig große Bedenken gegenüber der Loyalität des Apparates und befürchtete – wohl nicht zu Unrecht –, daß der „junge, progressive und größtenteils sozialistisch gesinnte Stab“⁹⁵ Laffons nach und nach eine besatzungspolitische Personalstruktur schaffen könnte, die seiner Gunst mißfallen mußte. Schon im August 1945 begann Koenig daher mit dem systematischen Aufbau einer Doppelspitze in Baden-Baden. Aus einem kleinen Beraterstab um den Oberkommandierenden entstand innerhalb eines Jahres ein Kabinett⁹⁶ mit mehreren hundert Offizieren.

Im Jahre 1907 in Carcassonne in eine großbürgerliche Familie hineingeboren, besuchte Emile Laffon nach bestandem Abitur die *Ecole des Mines* und ließ sich zum Ingenieur ausbilden, parallel dazu studierte er Jura, ein Zeugnis seiner Willensstärke und Energie. Der Beginn einer brillanten Rechtsanwaltskarriere zeichnete sich ab, wäre nicht der deutsche Einmarsch dazwischengekommen. Laffon fungierte in den folgenden Jahren als Verbindungsmann der Résistance zwischen Mutterland und London⁹⁷, um schließlich im Untergrund die Befreiung Frankreichs verwaltungstechnisch vorzubereiten⁹⁸. „Ich nahm an der Erhebung in Paris teil, das war das allerschönste Abenteuer meines Lebens“⁹⁹, schrieb er an seine Eltern im Oktober 1944. Kurz nach der Befreiung fand er sich als Ministerialdirektor im Innenministerium wieder, und Michel Debré, später Leiter des CGAAA, urteilte über ihn: „Ich habe bereits von seiner Intelligenz gesprochen, seiner Willenskraft sowie seiner Neigung zur Autorität. Es entging ihm nichts, und er strebte danach, über alles zu gebieten.“¹⁰⁰ Zusammen mit seinem engen Mitarbeiter Maurice Grimaud trat er im August 1945 die Reise nach Deutschland an, nicht zuletzt wegen der Sympathien de Gaulles¹⁰¹ war Laffon dort für eine wichtige Aufgabe ausge-

⁹⁴ Zu den Streitigkeiten und der charakterlichen Inkongruenz von Emile Laffon und Pierre Koenig vgl. Lattard, Zielkonflikte.

⁹⁵ Interview mit Maurice Grimaud vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁹⁶ Das Kabinett von Pierre Koenig zählte bereits im September 1945 120 Mitarbeiter. Vgl. „Note – Sur la situation à Baden-Baden“ vom 10. 9. 1945; MAE PA-AP 338-Laffon 15.

⁹⁷ Lattard, Zielkonflikte, S. 6.

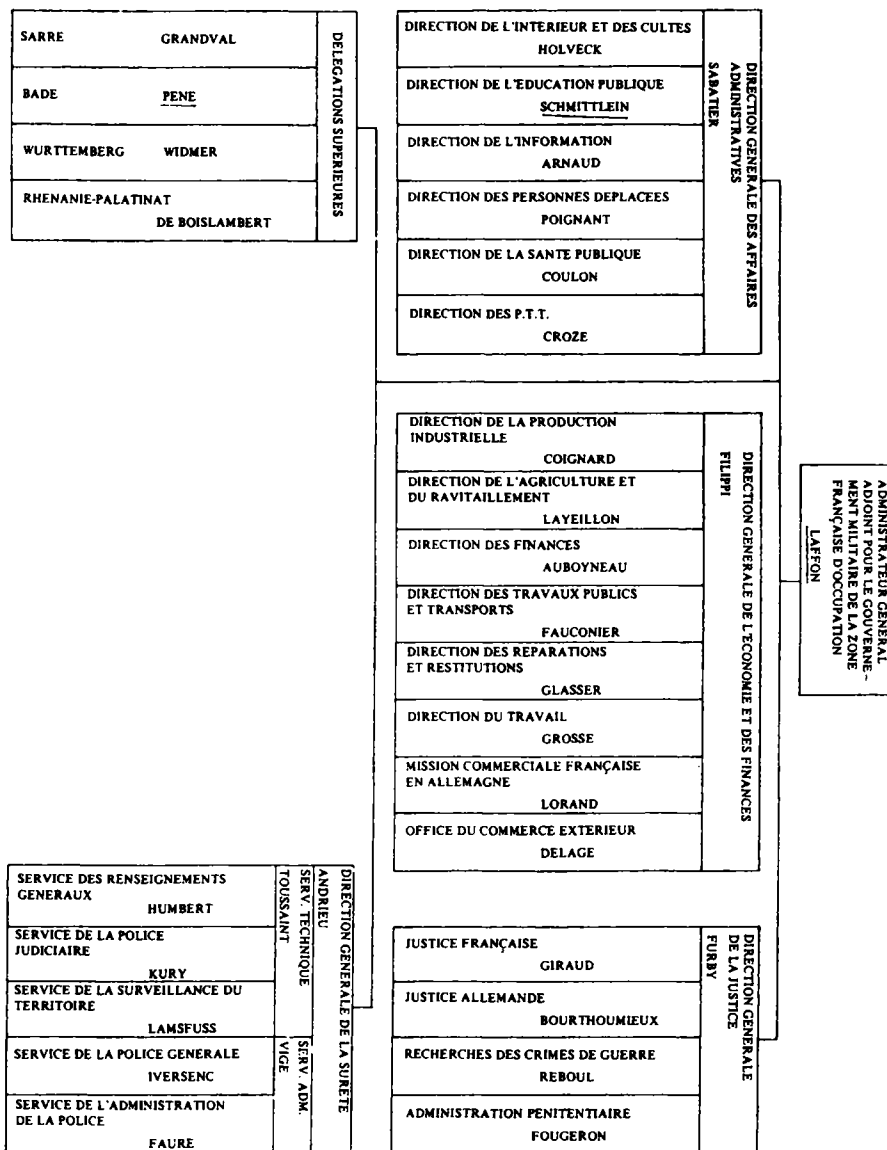
⁹⁸ Die bisher einzige wissenschaftliche Arbeit über Emile Laffon ist an der Universität Paris I am Lehrstuhl von René Girault entstanden. Die Verfasserin, Bénédicte Grange, hat hierzu in großem Umfang den politischen Teil des Nachlasses Laffon im Archiv des französischen Außenministeriums ausgewertet. Diese *Mémoire de Maîtrise* ist bisher unveröffentlicht geblieben; Grange, Laffon.

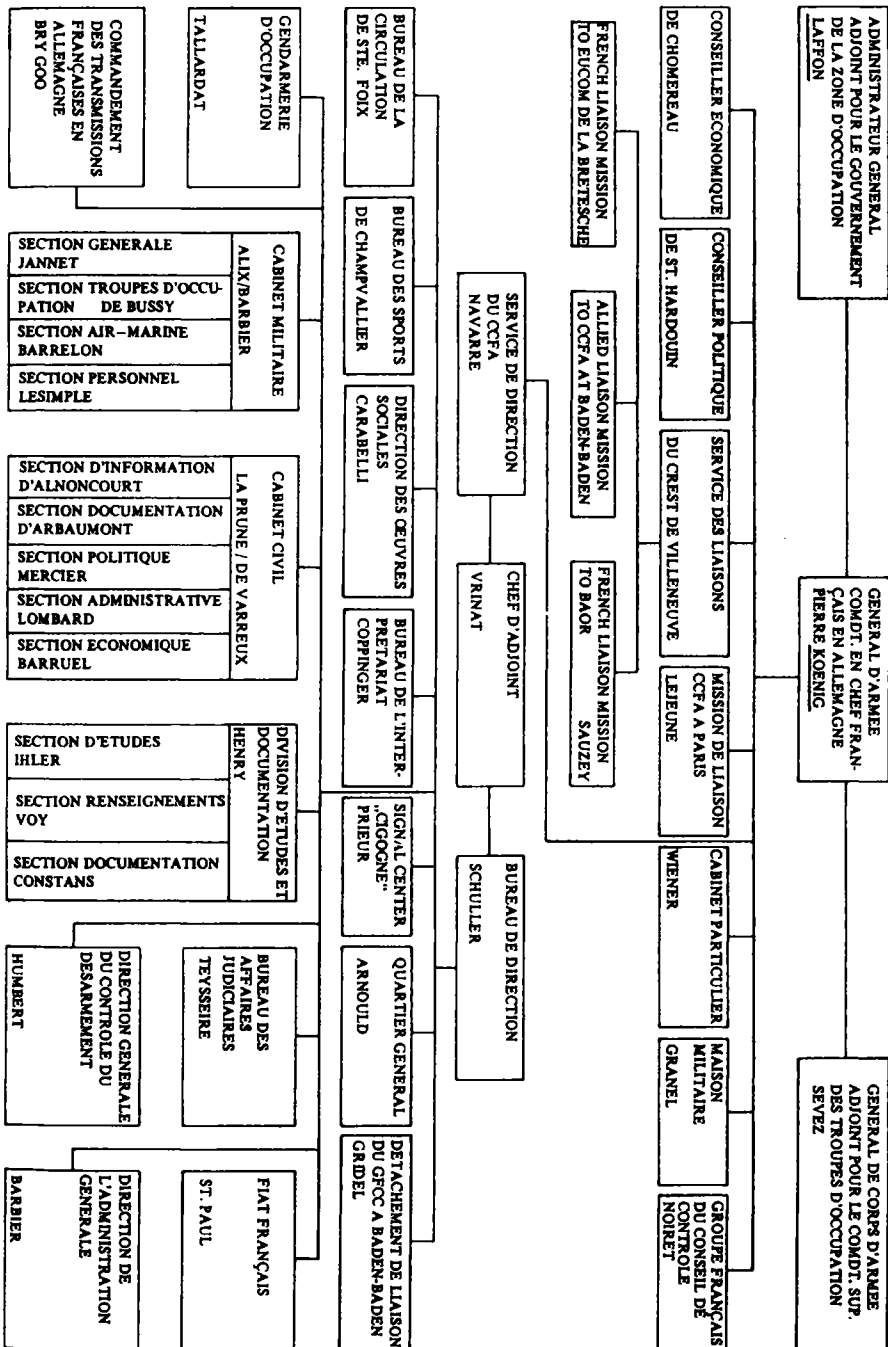
Die Existenz des Nachlasses von Laffon war in der historischen Forschung kaum bekannt. Lattard arbeitete mit Materialien aus dem Privatarchiv von Maurice Grimaud und aus dem Besitz des Sohnes, Olivier Laffon (Lattard, Zielkonflikte). Die im Außenministerium archivierten Dokumente betreffen fast ausschließlich seine beiden Jahre in Baden-Baden (1945–47). Vgl. dazu: MAE PA-AP 338-Laffon.

⁹⁹ Emile Laffon an seine Eltern vom 31. 10. 1944; MAE PA-AP 338-Laffon 18.

¹⁰⁰ Debré, *Républiques*, S. 67.

¹⁰¹ Laut Maurice Grimaud schätzte auch der Provisorische Regierungschef Laffon sehr; vgl. dazu weiter: Lattard, Zielkonflikte, S. 13.





wählt worden. Rechts des Rheins bekleidete er das Amt des Generalverwalters, Grimaud wurde sein *Directeur de Cabinet*. Der Stab seiner Mitarbeiter war durchweg jung, viele Offiziere waren unter dreißig Jahre alt. Seine Amtsführung zeichnete sich durch den Versuch aus, politische Konzeptionen aus der Zeit der Résistance¹⁰² in Deutschland umzusetzen. Die sozialistischen Gedanken umfaßten immer auch das Ziel, daß nur ein demokratisches Deutschland Garant für ein friedliches Europa sein könne. Fragen der staatlichen Neugliederung in Südwestdeutschland stand Laffon ablehnend gegenüber; eine Reorganisation der deutschen Länder unter einer schwachen Zentralgewalt schien ihm naheliegender. Des weiteren trat er für eine stärkere Zentralisierung der Zone ein, geleitet von dem Interesse nach Maximierung der wirtschaftlichen Nutzung und von dem Wunsch, deutsche und französische Verwaltungsstellen effizienter kontrollieren zu können¹⁰³. Der „Zentralisierer“ Laffon hatte aber auch mit einem anderen Problem zu kämpfen: die Durchsetzung seiner Befugnisse gegenüber den Oberdelegierten bereiteten ihm im Sommer 1945 immense Schwierigkeiten. Insbesondere der Oberdelegierte von Rheinland-Hessen-Nassau und später von Rheinland-Pfalz, Claude Hettier de Boislambert, verfügte über ein nicht zu unterschätzendes Prestige als Freund und Weggefährte de Gaulles. Zugleich war er in der Nachkriegszeit stellvertretender Chef von de Gaulles persönlichem Kabinett¹⁰⁴. Emile Laffon war also gezwungen, auf eine Zentralisierung sämtlicher französischer Dienststellen in Baden-Baden zu drängen, da er sonst Gefahr gelaufen wäre, die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen zu können.

In diametral politischem und intellektuellem Gegensatz zu Laffon befand sich General Pierre Koenig. Doch es waren bei weitem nicht nur politische Denkmuster sowie die besatzungspolitischen Vorstellungen, die beide trennten. Auch ihr Temperament war grundverschieden. Als routinierter und an Befehlswege sowie Hierarchien gewöhnter Offizier konnten Koenig die rührigen Aktivitäten seines jungen Generalverwalters nicht gleichgültig lassen. Zu sehr sah er die eigene Autorität geschmälert, seine Politik hintertrieben. In seinem Selbstverständnis als *Commandant en Chef* dachte er zu keiner Zeit daran, die Zügel aus der Hand zu geben. Über Erfahrung in Besatzungsfragen verfügte er bereits zur Genüge, war er doch nach dem Ersten Weltkrieg als Besatzungsoffizier im Rheinland gewesen. Im Jahr der französischen Niederlage folgte er de Gaulle nach London und wurde zu dessen treuem Anhänger. Mit der Aufgabe eines Militärgouverneurs im August 1944 betraut, bewegte sich Koenig vollends im Umfeld de Gaulles. Seine militärische Reputation stand außer Zweifel, er war in den Augen de Gaulles der richtige Mann für die Leitung des Oberkommandos im französisch besetzten Teil Deutschlands. Pierre Koenig zeichnete eine konservative Grundeinstellung aus, die nach dem Rücktritt de Gaulles im Januar 1946 die Zusammenarbeit mit der französischen Regierung erschwerte, und es scheint, als habe er mehr auf die Stimme aus Colombey-les-deux-Eglises gehört als auf die Anweisungen aus Paris.

Das Kabinett Koenigs, ursprünglich nur als Beraterstab geplant, entwickelte sich rasch als zweite Spitze neben dem Kabinett des Generalverwalters. Der *Conseiller Politique*, Tarbé de Saint Hardouin, verfügte über einen direkten Draht ins Außenministe-

¹⁰² Die verschiedenen Gruppierungen und deren Pläne für ein Nachkriegseuropa hat Walter Lipgens herausgearbeitet. Auch die Ideen Laffons sind dort vertreten; Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 177–250.

¹⁰³ Hudemann, Zentralismus, S. 207.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 195.

rium zu Georges Bidault. Der Außenminister hatte mit dem erfahrenen Diplomaten einen Vertrauten in der Zone, der jederzeit im Sinne gaullistischer Politik handeln konnte. Insgesamt dürfen de Gaulle, Bidault, der Quai d'Orsay, das CGAAA und Koenig samt Saint Hardouin zu den Vertretern einer dezentralistischen Politik gerechnet werden¹⁰⁵, da sie eine Stärkung der Ländergewalten zuungunsten einer zu schaffenden Zentralgewalt planten. Als *Directeur de Cabinet* hatte sich Koenig den erfahrenen General Henri Navarre¹⁰⁶ ausgesucht; Oberst Penette wiederum leitete das Militärkabinett. Der für wirtschaftliche Belange zuständige Mann im Kabinett Koenig war de Chomereau.

Die Koordinierung und Leitung des gesamten Kabinetts des Generalverwalters hatte Maurice Grimaud in seiner Funktion als *Directeur de Cabinet* inne. Als *Chef de Cabinet* zeichnete Pierre Bolotte zuständig, der politisch dem MRP nahestand und die Verbindungen Laffons zu dieser Partei des Tripartisme sicherstellte¹⁰⁷. Das Militärkabinett unterstand Oberst Bonne. Es waren junge Männer, die im direkten Umfeld des Generalverwalters Dienst taten, allesamt aus dem Widerstand kommend und in der Mehrzahl politisch links stehend. Der *Directeur de Cabinet* charakterisierte nach Jahrzehnten seine Mitarbeiter als „junge Berater, dreiundzwanzig oder vierundzwanzig Jahre alt, die sich mit dem Feuer ihrer Jugend auf das aufregende Unternehmen, das die Demokratisierung Deutschlands darstellte, einließen“¹⁰⁸. Auch Claude de Kémoularia befand sich schon 1944 im Innenministerium im Umfeld von Emile Laffon, von wo aus er direkt nach Baden-Baden versetzt wurde; im Kabinett des Generalverwalters war er für das Pressewesen zuständig. Seine politischen Verbindungen reichten in die Umgebung von Paul Reynaud, dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten und Außenminister. Es bleibt anzumerken, daß kein Mitglied des Kabinetts – einschließlich des Generalverwalters – Germanist war oder wenigstens der deutschen Sprache mächtig gewesen wäre. Auch intime historische Einblicke in die südwestdeutschen Verhältnisse blieben den jungen, meist linksstehenden Offizieren verschlossen. Historische und stammesföderalistische Neugliederungspläne konnten somit in diesem Gremium auf keinen fruchtbaren Boden fallen.

War das Kabinett persönlich von Emile Laffon zusammengestellt worden, hatte der Generaladministrator jedoch keinen Einfluß auf die Auswahl der Abteilungsleiter. Der *Directeur de la Délégation Générale pour les Affaires Administratives (DGAA)*, Maurice Sabatier, der seit 1940 an der Spitze der für die Departements und die Gemeinden zuständigen Verwaltungsstelle im Innenministerium unter Marschall Pétain gestanden und ab 1942 bis zur Befreiung als Präfekt in Bordeaux agiert hatte, war einer der unzähligen Vichy-Belasteten im französischen Militärregierungsapparat. „Unser Kabinett ignorierte im allgemeinen die Dienstebene des *Directeur Général des Affaires Administrati-*

¹⁰⁵ Ebenda, S. 207.

¹⁰⁶ Henri Navarre; 1936–40 Leiter der Abteilung Deutschland im Service de Renseignement; 1940–42 Leiter des 2° Bureau von General Weygand, dann von General Juin; 1945 Führer einer Panzerereinheit in Deutschland; 1945–48 Secrétaire général unter General Koenig in Baden-Baden; 1953 Commandant en Chef in Indochina; Navarre hat seine Memoiren veröffentlicht, seine Erinnerungen an die Jahre im besetzten Deutschland sind allerdings nur rudimentär; Ders., temps, besonders S. 195–213.

¹⁰⁷ Grange, Laffon, S. 33.

¹⁰⁸ Grimaud, Communication, S. 4.

ves“, der „weder die Fähigkeit noch die Autorität“ zu diesem Amt besaß¹⁰⁹, rechtfertigte Maurice Grimaud das praktizierte Übergehen des Dienstweges. Für die nachstehend aufgeführten Abteilungen der Baden-Badener Zentrale, insbesondere für die *Direction de l'Education Publique* und die *Direction de l'Information*, war Maurice Sabatier verantwortlich.

Die nachgeordnete *Direction de l'Education Publique (DEP)* unter der Leitung von Raymond Schmittlein¹¹⁰, der bereits im Juni und Juli 1945 vorbereitende Schritte zur Organisation der Dienststelle unternommen hatte, entwickelte rasch ihre eigene Dynamik. Gänzlich ohne schriftliche Direktiven ausgestattet, konnte Schmittlein „nach eigenem Gutdünken schalten und walten“¹¹¹. Als seine Hauptaufgabe definierte Schmittlein die Umerziehung des deutschen Volkes¹¹², wohl wissend, daß die Ziele der französischen Besetzung in Deutschland niemals deutlich bestimmt und innerhalb des Apparates weitgehend unbekannt waren. In den ersten beiden Jahren arbeiteten rund 65 Mitarbeiter – überwiegend Germanisten – in der im Baden-Badener Hotel Stephanie untergebrachten DEP. Nur die engsten Mitarbeiter hatte Schmittlein selbst in Frankreich auswählen können, etwa Irène Giron, seine Stellvertreterin, und seinen Kabinettschef, den Archivar Robert Marquant.

Der Leiter der *Direction de l'Information (DI)*, Jean Arnaud¹¹³, hatte eine präzise und analytisch begründete Auffassung von den Prinzipien der französischen Besetzung in Deutschland und dem eingesetzten Personal. Über die heterogene Zusammensetzung der Offiziere der Militärregierung in der ganzen Zone urteilte er im Sommer 1946 entschieden: „In der Zone, in Baden-Baden und den Provinzen, gibt es ein ziemlich eigenartiges Gemenge [*mélange hétéroclite*] an Offizieren, die nach der Eroberung geblieben sind, an Beamten, die ihre Karriere verfolgen, wie sie es auch in der Metropole oder in Nordafrika tun könnten, an Technikern, an Geschäftsleuten und an einer kleinen Zahl von Deutschlehrern.“¹¹⁴ Für die Umsetzung einer auf indirekter Verwaltung beruhenden französischen Politik sah Arnaud es als unerlässlich an, die Offiziere der Militärregierung verstärkt durch „Deutschlandkenner“ [*connaisseurs de l'Allemagne*] zu ersetzen, die mit Kultur und Geschichte der besetzten Gebiete vertraut waren. Denn das Ziel der französischen Besetzung war für Arnaud knapp und prägnant definiert: „Umerzie-

¹⁰⁹ Ebenda, S. 9.

¹¹⁰ Raymond Schmittlein (1904–1974), Mutter elsässischer Abstammung; Militärdienst u. a. in Marokko; Studium an der Sorbonne (Germanistik); Studienaufenthalt in Berlin, dort Heirat mit Gerda Eichholz; 1932 agrégé d'allemand; 1934 Professor in Kaunas (Litauen); 1938 Direktor des Institut Français in Riga (Letland); 1940 Flucht nach Stockholm; in Kairo Anschluß an die FFI; 1942 im Auftrag de Gaulles in Moskau; 1943 im Kabinett de Gaulles in Algier als Attaché; 1944–45 Angehöriger der 2.D.I.M.; 1945–49 Directeur de l'Education Publique in Baden-Baden. Vgl. Heinemann, Hochschuloffiziere, 1991, passim; ausführlich: Zauner, Erziehung, 1994, passim.

¹¹¹ Über die Gründungsphase der DEP vgl. Zauner, Erziehung, 1994, S. 66–70, hier S. 68.

¹¹² Vgl. Schmittlein, Umerziehung, 1984. Als einleitende Bemerkung traf Schmittlein 1948 die Feststellung, daß die Ziele der französischen Besetzung in Deutschland niemals bestimmt worden seien; ebenda, S. 161.

¹¹³ Jean Arnaud (*1910), Studium der Literaturwissenschaften in Lyon und Paris; 1935–38 Lektor an der Universität Köln; 1939 Stellvertretender Direktor des Maison Académique Française in Berlin; 1940–45 Stellvertretender Leiter des Französischen Instituts in Barcelona; 1945–47 Leiter der DI in Baden-Baden.

¹¹⁴ Jean Arnaud: „Réflexions sur l'Occupation – Annexe au Rapport Mensuel du Mois de Juin 1946“ (masch. 3 S.); AdO HCFA Con. Pol. 196-III-0.

hen im Sinne eines demokratischen und humanistischen Ideals“¹¹⁵. Dazu zählte für den Leiter der DI auch die ideelle Unterstützung von Intellektuellen und Vertretern föderalistischer Positionen. Am 16. Januar 1946 erteilte die DI daher der deutschen Presse die Anweisung, die Begriffe „Separatismus“ und „Separatist“ durch die Begriffe „Föderalismus“ und „Föderalist“ zu ersetzen¹¹⁶.

Der Wirtschafts- und Finanzdirektor in Baden-Baden, Jean Filippi, war neben Sabatier ebenfalls kein Wunschkandidat Laffons. Bis 1942 war Filippi Kabinettsdirektor des französischen Finanzministers Yves Bouthillier gewesen, um dann anlässlich eines von Ministerpräsident Pierre Laval angekündigten verschärften Kollaborationskurses zurückzutreten. Als Generalsekretär der französischen Eisenbahnen war er bei Kriegsende in seiner Heimat eine *Persona non grata* und wurde nach Baden-Baden beordert. In den Augen der französischen Kommunisten war Filippi ein Protagonist der Kollaboration¹¹⁷, er selbst rechtfertigte seine Rolle im Vichy-Frankreich mit der Verteidigung französischer Interessen. Im besetzten Deutschland galt es ihm als recht und billig, das dortige Wirtschaftspotential für den Wiederaufbau Frankreichs einzusetzen.

Die Verbindungsstellen in Paris

Das *Comité Interministériel des Affaires Allemandes et Autrichiennes* (CIAAA) war per Dekret am 7. Juli 1945¹¹⁸ ins Leben gerufen worden und befand sich organisatorisch in den Händen von Marcel Berthelot¹¹⁹, dem *Secrétaire Général*, der auch als Verfasser der „*Directives pour notre action en Allemagne*“ vom 19. Juli 1945 gilt¹²⁰. Seine Aufgabe bestand in der Aufnahme und Pflege der Verbindung zwischen den französischen Oberkommandierenden in Deutschland und Österreich und den Ministerien in Paris. Das Generalsekretariat – *Secrétariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* (SGAAA) – regelte nicht selbständig anfallende Probleme, sondern es hatte zu koordinieren¹²¹. Vor allem war es als die einzige Anlaufstelle für die beiden Oberkommandierenden gedacht, da alle Korrespondenz in beide Richtungen über das SGAAA abgewickelt werden mußte. Das CIAAA setzte sich aus sechs Ministern (Außen-, Wirtschafts-, Wiederaufbau-, Kriegs-, Transport- und Industrieproduktionsminister) unter dem Vorsitz des Chefs des *Gouvernement Provisoire*, de Gaulle, zusammen. Mit beratender Stimme waren bei den Sitzungen des CIAAA die beiden Oberkommandierenden, der Chef der EMDN und der Generalsekretär der Regierung anwesend. Das CIAAA verlor aber bis März 1946 zunehmend an Gewicht¹²². Eine Stelle, die ebenfalls koordinierend zwischen Provisorischer Regierung und Baden-Baden bzw. Wien fungieren sollte, wurde in Form des Generalkommissariats für die deutschen und österreichischen Ange-

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Direction, *Directives*, S. 19.

¹¹⁷ Zu Filippi vgl. ferner: Hudemann, Sozialpolitik, S. 7.

¹¹⁸ „Décret N° 45-1654 du 7 Juillet 1945 portant création d'un comité interministériel pour les affaires allemandes et autrichiennes“; MAE Y-Int. 1944-1949 650.

¹¹⁹ Lattard, Gewerkschaften, S. 18.

¹²⁰ Deutschlandpolitik, 1987, S. 147. Zu den Direktiven vgl. Anmerkung 169.

¹²¹ „Règlement intérieur du Secrétariat Général des Affaires Allemandes et Autrichiennes“, de Gaulle vom 13. 8. 1945; MAE Y-Int. 1944-1949 650.

¹²² Hudemann, De Gaulle, S. 154.

legenheiten – *Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* (CGAAA) – dem CIAAA im Dezember 1945 zur Seite gestellt. Diese Dienststelle hatte die Aufgabe, insbesondere den Kommunikationsfluß zwischen Paris und Baden-Baden aufrechtzuhalten. Das CGAAA ist also nicht Nachfolgeorganisation des CIAAA¹²³, sondern beide Gremien bestanden nebeneinander. Der *Commissaire Général* hatte weitgehende Vollmachten: Laut Ausführungsbestimmungen des Gründungsdekrets sollte er die französische Verwaltung in Deutschland und Österreich lenken und kontrollieren. Zum ersten *Commissaire Général* wurde am 26. Dezember 1945 René Mayer ernannt¹²⁴; der ehemalige Minister unternahm sogleich eine Reise ins besetzte Deutschland, die ihn nach Saarbrücken, Baden-Baden und Berlin führte¹²⁵. Er bekleidete das Amt bis zum 13. Juli 1946¹²⁶. Nach Mayers Ausscheiden wurde die Stelle im August 1946 in SGAAA umbenannt, eine Bezeichnung, die zuvor nur für das direkte Umfeld des Generalsekretärs in Gebrauch war, und wurde mit dem Unterstaatssekretär Pierre Schneiter besetzt¹²⁷. Nacheinander leiteten Alain Savary, Michel Debré und Alain Poher das Generalsekretariat (SGAAA)¹²⁸. Das SGAAA wurde im November 1947 in *Secrétariat d'Etat aux Affaires Allemandes et Autrichiennes* (SEAAA) umgetauft. Diese Benennung verschwand schon im Laufe des Jahres 1948 wieder¹²⁹. Der andauernde Wechsel der Bezeichnungen, gepaart mit Abgrenzungen und Abänderungen der Kompetenzen, kennzeichnet die Konzeptlosigkeit und mangelnde Koordination auch auf der Pariser Ebene und ist ein deutlicher Beleg für den ineffizienten Kommunikationsfluß zwischen der französischen Hauptstadt und Baden-Baden.

Das Außenministerium

Als Vorsitzender des *Conseil National de la Résistance* (CNR) hatte Georges Bidault¹³⁰ am 9. September 1944 das französische Außenministerium übernommen. Mit dessen Nominierung beabsichtigte de Gaulle, den wichtigsten Repräsentanten des Widerstands

¹²³ Das CGAAA ist nicht Nachfolgegremium des CIAAA; vgl. Hüser, Frankreich, S. 54. Laut Dekret N° 45–0141 vom 26. 12. 1945, durch welches das CGAAA gegründet wurde, bestand das CIAAA – etwas vergrößert – weiter. Vgl. hierzu Artikel 3: „Le Comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes est présidé par le Président du Gouvernement Provisoire de la République française. Il comprends neuf membres: [...]“. Neu hinzugekommen waren der Finanzminister, der Landwirtschaftsminister und der Commissaire Général (CGAAA); MAE Y-Int. 1944–1949 653.

¹²⁴ „Décret N° 45–0141 du 26 Décembre 1945, portant création du Commissariat Général aux affaires allemandes et autrichiennes et réorganisation du comité interministériel des affaires allemandes et autrichiennes“; MAE Y-Int. 1944–1949 653.

¹²⁵ Poidevin, politique, S. 233.

¹²⁶ Zur Person des ersten Generalkommissars vgl. Poidevin, Mayer, besonders S. 74.

¹²⁷ Ebenda, S. 78.

¹²⁸ Mombert, église, S. 21.

¹²⁹ Lattard, Zielkonflikte, S. 3.

¹³⁰ Georges Bidault (1899–1983), Jesuiten-Kolleg in Turin; Studium der Geschichte und Geographie; Geschichtslehrer; 1936–39 Journalist der christlich-demokratischen Zeitung L'Aube; 1940 deutsche Kriegsgefangenschaft; 1943 Präsident des CNR; 1944 Mitbegründer und Vorsitzender (1949–51) des MRP; französischer Außenminister (1944–46, 1947–48 und 1953–54) und Ministerpräsident (1946 und 1949–50); 1962 Mitglied des Exekutivkomitees der OAS; 1962–68 Exil in Brasilien und Belgien; 1968 Rückkehr nach Paris.

auf die Außenpolitik zu fixieren, um innenpolitisch freie Hand zu haben. Bidault löste René Massigli im Außenministerium ab, der als Botschafter nach London ging und der ihm nach eigenen Angaben¹³¹ nur einen Kabinettsdirektor und einen Chiffrierbeamten hinterließ. Die Archive befanden sich noch in Algier, sie kehrten erst nach und nach in den Quai d'Orsay zurück, Teile waren auch unwiederbringlich verloren. Das Außenministerium in seiner vollen Funktionsfähigkeit wiederaufzubauen, beanspruchte mindestens mehrere Monate, wenn nicht Jahre. Die Außenpolitik Frankreichs lag bis Juli 1948 – von einem kurzen Zwischenspiel Léon Blums¹³² Ende 1946 abgesehen – in den Händen Bidaults, der weitgehend mit der Deutschlandpolitik de Gaulles übereinstimmte.

Georges Bidault, Geschichtsprofessor und geprägt von der Ideologie der deutsch-französischen Erbfeindschaft¹³³, war derjenige Politiker des MRP, der die Deutschlandpolitik de Gaulles nach außen umsetzte¹³⁴. Trotzdem darf Bidault nicht ausschließlich als Handlanger de Gaulles gelten. Vertrat der Provisorische Regierungschef eine Politik der Wiederherstellung der französischen *grandeur*, kümmerte sich Bidault um die wirtschaftliche Reorganisation Frankreichs durch Nutzung des deutschen Potentials¹³⁵. Die Zukunft Deutschlands war für den französischen Außenminister in Form eines Staatenbundes möglich, wobei er keinen Zweifel an der Wiederherstellung der süddeutschen Länder ließ. Seine Bemühungen, auf diplomatischem Weg den Amerikanern den Tausch von Südwürttemberg gegen Nordbaden schmackhaft zu machen, belegen den Stellenwert, den Bidault den Ländern Württemberg und Baden im deutschen Südwesten beimaß. Die Deutschlandpolitik Bidaults insgesamt, wie er sie auch auf den Nachkriegskonferenzen vertreten hat, wurde 1945/46 durch die öffentliche Meinung in Frankreich weitgehend gestützt¹³⁶.

Vor allem die Spitzenpositionen des Quai d'Orsay waren mit langjährigen Parteigängern de Gaulles besetzt worden¹³⁷, die auf die französische Außen- und Deutschlandpolitik geschickt Einfluß nahmen. Mehrere Abteilungen des französischen Außenministeriums beschäftigten sich mit der Deutschlandpolitik. Der *Secrétaire Général*, Jean Chauvel¹³⁸, bekleidete die wichtigste Position im Verwaltungsapparat des Quai d'Orsay. Als Berater von Bidault liefen bei ihm die Fäden der Hauptabteilungen zusammen¹³⁹. Gemeinsam mit Hervé Alphand, dem Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, war Chauvel federführend für die Deutschlandpolitik zuständig. Seine Hoffnungen galten der Rückbesinnung der Deutschen auf deren vorwilhelminische, staatenbündische Traditionen¹⁴⁰. Selbst eine Zweiteilung in einen norddeutschen, protestantischen und einen süddeutschen, katholischen Staatenblock, sowie die Abtrennung des Saarlandes und des Rheinlandes und die Internationalisierung der Ruhr schienen als Lösung der deutschen Frage akzeptabel¹⁴¹. Die Pläne Chauvels können als Reaktionen auf das kurzzeitig ins Leben

¹³¹ Bidault, *Rebell*, S. 85.

¹³² Zu Léon Blums Leben und Wirken nach 1945: Lacouture, *Blum*, S. 511–591.

¹³³ Zieburg, *Beziehungen*, S. 45.

¹³⁴ Pfetsch, *Verfassungspolitik*, S. 129.

¹³⁵ Auf die bisher unterschätzte Eigenständigkeit Bidaults hat Schreiner, *Bidault*, S. 41 hingewiesen.

¹³⁶ Cuttoli-Uhel, *politique*, S. 97.

¹³⁷ Auerbach, *Wende*, S. 587.

¹³⁸ Vgl. die *Memoiren*: Chauvel, *Commentaire*.

¹³⁹ Gerbet, *relèvement*, S. 243.

¹⁴⁰ „La renaissance des traditions régionales, étatiques et centrifuges, antérieures à l'empire Wilhelminien“; Chauvel, *Commentaire*, S. 108.

¹⁴¹ „Nous voulions le retour à une Allemagne divisée autant qu'elle pourrait l'être, avec un groupe-

gerufene „Komitee zur Zerstückelung Deutschlands“¹⁴² im März 1945 gewertet werden. Informiert durch den amerikanischen Botschafter in Paris, Jefferson Caffery, hoffte man in der Stadt an der Seine einige Wochen lang, an der bereits wieder aufgelösten Einrichtung in London teilnehmen zu können¹⁴³.

Das Außenministerium gliederte sich neben der Wirtschaftsabteilung in weitere drei Hauptabteilungen: Politik, Kultur und Verwaltung. Der Hauptabteilung für politische Angelegenheiten kam dabei ein besonderer Stellenwert zu¹⁴⁴. In deren Zentrale fungierte Maurice Dejean¹⁴⁵ als *Directeur Général chargé des Affaires politiques*. Bis Ende 1945 war Dejean auf jeder der wichtigen Nachkriegskonferenzen anwesend. Nach dessen Wechsel auf den Botschafterstuhl in Prag übernahm Maurice Couve de Murville die Leitung der politischen Abteilung im MAE; die Hauptabteilung für politische Angelegenheiten untergliederte sich in wiederum vier Unterabteilungen: Europa, Asien-Ozeanien, Afrika-Naher Osten und Amerika. Für Deutschland im speziellen war die Abteilung Mitteleuropa – als Teil der Unterabteilung Europa – am Quai d'Orsay zuständig, die seit spätestens 1948 von Pierre de Leusse geleitet wurde.

Ein weiterer Diplomat des französischen Außenministeriums machte sich unmittelbar nach 1945 Gedanken über den staatlichen Aufbau Deutschlands: André François-Poncet¹⁴⁶. Er postulierte 1946 im Vorwort eines Neugliederungsvorschlages von Paul Olganier¹⁴⁷ die vollkommene Dezentralisierung und die Schaffung dauerhafter und lebensfähiger deutscher Staaten. Eine Zollunion und ein schwacher Bundesrat mit streng begrenzten Befugnissen sollten die Klammer eines deutschen Staatenbundes sein. Im

ment d'Etats catholiques au sud faisant équilibre à un autre groupement, protestant, au nord“; ebenda, S. 109.

¹⁴² „Comité pour le démembrement de l'Allemagne“. Das „Zerstückelungskomitee“ hielt Anfang März 1945 tatsächlich zwei Sitzungen ab; Mosely, Dismemberment, S. 492 ff. Mosely hielt zwei Versionen der Kapitulationsurkunde im EAC in London bereit: eine mit und eine ohne das Wort „dismemberment“; ebenda, S. 495.

¹⁴³ Das Dossier MAE Y-Int. 1944–1949 Dejean 691 gibt den hektischen Telegrammwechsel zwischen Moskau, Washington, Paris und London wieder. Der französische Botschafter in London, René Massigli, recherchierte ausgiebig, trug letztlich aber bereits zu den Akten gelegte Fakten zusammen; Massigli an Bidault vom 14. 4. 1945; ebenda.

¹⁴⁴ Gerbet, relèvement, S. 245.

¹⁴⁵ Maurice Dejean (1899–?), 1918–20 Studium in Paris; 1921–22 Militärdienst als Übersetzer in Saarbrücken und im Rheinland, 1923–30 Berater für deutsche Angelegenheiten im Kriegsministerium; Diplomatische Laufbahn; Conseiller Diplomatique beim CFLN; Directeur Général chargé des Affaires politiques im MAE bis November 1945, 1945–49 Botschafter in Prag, im Fernen Osten (1950–54) und in Moskau (1955–64).

¹⁴⁶ André François-Poncet (1887–1978), Germanist; 1924–31 Abgeordneter in der Nationalversammlung; 1928–31 Unterstaatssekretär; 1931–38 Botschafter in Berlin; 1938–40 Botschafter in Rom; 1940–43 Mitglied des Nationalrats; Deportation und Internierung; 1948 diplomatischer Berater und Beauftragter bei Pierre Koenig in Baden-Baden; 1949–53 Hochkommissar in Deutschland; 1953–55 Botschafter in Bonn.

¹⁴⁷ Olganier unternahm den Versuch, eine Dreiteilung Deutschlands nach sogenannten Kultureinflussgebieten vorzunehmen: Das „romanische Deutschland“ sollte Bewohner der Pfalz, des Rheinlandes, Rheinhessens, Badens, Württembergs, Bayerns und „Donau-Österreichs“ umfassen, da diese geistig romanisiert seien; das „germanische Deutschland“ – niemals Teil des Römischen Reiches – sollte aus Hannover, Mecklenburg, Braunschweig, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen zusammengesetzt sein. Schließlich das „slawische Deutschland“, bestehend aus Pommern und den Ostgebieten. Aus den Teilen sollten drei autonome Staaten geformt werden; Olganier, Allemanes.

Zuge der Südweststaatsauseinandersetzung machte sich François-Poncet für den Erhalt des Landes Baden stark, womit er in der Tradition der französischen Föderalismusvorstellungen verharrete.

Die Provisorische Regierung

Mit Wirkung vom 3. Juni 1944 gab sich das *Comité Français de Libération Nationale* (CFLN) den Titel „*Gouvernement provisoire de la République française*“ (GPRF); nach einem Besuch de Gaulles bei Präsident Roosevelt vom 6. bis 11. Juli 1944 nahm die amerikanische Regierung am 13. Juli Abschied von dem Plan, eine Militärregierung für Frankreich zu installieren, und erkannte das CFLN – und damit das GPRF – als befähigt an, die Verwaltung Frankreichs zu versehen¹⁴⁸. Die endgültige und offizielle Bestätigung durch die „Großen Drei“ erfolgte am 23. Oktober 1944, knapp zwei Monate nach dem triumphalen Einzug de Gaulles in Paris. 468 Tage sollte die Amtsdauer der Provisorischen Regierung, die von de Gaulle dominiert war, andauern. Der frühzeitigen Anerkennung der Regierung des Generals bei den Alliierten folgte eine in drei Etappen zu gliedernde Periode¹⁴⁹: im Herbst 1944 die zweimonatige Auftaktphase mit Durchsetzung des *Gouvernement Provisoire*, eine einjährige, fast unumschränkte Herrschaft der Provisorischen Regierung und schließlich die Auseinandersetzung de Gaulles mit der ersten gewählten *Constituante*, die im Winter 1945/46 zu seinem Rücktritt führte. Die Periode unter dem Provisorischen Regierungschef de Gaulle wurde als die Phase der Illusionen zutreffend interpretiert¹⁵⁰. Nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung im November 1945 blieb der General nur noch 57 Tage an der Macht.

Die chaotischen Zustände, die innerhalb der FBZ während des ganzen Jahres 1945 herrschten, blieben in Frankreich nicht unbekannt. Am 31. Januar 1946 machte sich ein sechshunddreißigköpfiger Parlamentarischer Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung auf den Weg nach Deutschland. Präsiert vom Deutschlandexperten und Vorstandsmitglied der französischen Sozialisten, Salomon Grumbach, deckten die Parlamentarier etliche gravierende Mißstände auf. In Form eines Rapports lag der Bericht im Frühjahr 1946 der Nationalversammlung vor¹⁵¹. Die Zielrichtung der Kritik ging gegen die verantwortlichen Pariser Politiker, den Verwaltungsapparat in der FBZ und die Vergangenheit vieler Besatzungsoffiziere¹⁵². Einstimmig beklagte die Untersuchungskommission die Kalamitäten. Sie monierte die schwierige Dualität, die zwischen Besatzungstruppen und Militärverwaltung bestünde, die Überfülle an zivilem und militärischem Personal bei gleichzeitiger Vernachlässigung der personellen Ausstattung der Kreisdelegationen und die Anwesenheit einer großen Zahl von ehemaligen Vichy-Anhängern sowohl innerhalb der Militärregierung als auch in den Einheiten der Armee.

¹⁴⁸ Gerbet, relèvement, S. 20.

¹⁴⁹ Lippens, Bedingungen, S. 70 f.

¹⁵⁰ In einem längerfristigen Zusammenhang unterscheidet Raymond Poidevin drei Phasen der französischen Deutschlandpolitik: 1. Phase der Ungewißheit (Herbst 1943 – Sommer 1944), 2. Phase der Illusionen (Sommer 1944 – Januar 1946), 3. Zeit der Enttäuschungen (Anfang 1946 – Herbst 1949); Ders., Deutschlandpolitik, S. 15–25.

¹⁵¹ Der Rapport der Parlamentarischen Untersuchungskommission liegt gedruckt vor: Assemblée Nationale Constituante Année 1946, Documents, Annexe N° 959; AdO SGAAA c. 2704.

¹⁵² Zu dem Untersuchungsbericht und dessen Forderungen vgl. Henke, Aspekte, S. 184 f.

Des weiteren vertrat die Untersuchungskommission die Ansicht, daß die Vorherrschaft der zivilen Verwaltung derart lange nach Abschluß der Kampfhandlungen endlich hergestellt werden müsse. Die Militärregierung solle von nun an die indirekte Kontrolle der Verwaltung übernehmen und die Deutschen mit Aufgaben betrauen.

Doch die Kritik ging noch tiefer, sie richtete sich unmittelbar an Paris. Das gänzliche Fehlen zusammenhängender Direktiven aus der Hauptstadt seit Mai 1945 wurde ebenso bitter beklagt wie die nichtexistenten wirtschaftlichen Planungen für die Zone. Das eigenmächtige Agieren der Oberdelegierten, die ohne Koordination und Verbindung handelten und keine übergeordnete Autorität wahrnahmen, gekoppelt mit einer unglaublichen Langsamkeit der Nachrichtenübermittlung, bildete den Schlußpunkt der Kritik der Parlamentarier. Wie sollten nach Ansicht der Untersuchungskommission die vorgebrachten Mißstände behoben werden? Das Konzept, das die Lösung der Probleme zu versprechen schien, hieß indirekte Verwaltung. Die Provisorische Regierung wurde deshalb in einer Resolution aufgerufen, ein Ministerium für die besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich zu errichten, materiell besser ausgestattete Truppen einzusetzen, die Kompetenzstreitigkeiten zugunsten der Militärregierung zu entscheiden, die Koordination zwischen den einzelnen Hierarchien sicherzustellen und die Verwaltung samt Armee in den besetzten Gebieten von Vichy-Belasteten zu säubern. Der Forderungskatalog ging aber noch weiter und umfaßte die Übergabe der direkten Verwaltung in deutsche Hand, die Beschleunigung der Entnazifizierung insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene, die Ausarbeitung eines Produktionsplanes für Industrie und Landwirtschaft, die Erleichterung des Einsatzes von Mitarbeitern des Unterrichtsministeriums für Kontrollaufgaben sowie die Übersendung klarer Anweisungen nach Baden-Baden mit dem Ziel, den Wiederaufbau und das Wirken von Gewerkschaften und politischen Parteien zu genehmigen.

Die Kritik an den Zuständen war niederschmetternd, die aktuellen Mißstände wurden schonungslos ausgebreitet. Doch Kritik und Resolution blieben ohne nennenswerte Konsequenzen. Resigniert mußte Grumbach Mitte 1947 vor der Nationalversammlung feststellen, daß sich die Hoffnungen, die man in die Resolution gesteckt habe, als nichtig erwiesen hätten. Auf die Funktionsfähigkeit des französischen Militärregierungsapparates für die unmittelbaren Jahre nach 1945 wirft diese Feststellung kein gutes Licht.

3. De Gaulle und die französische Deutschlandpolitik

Die französische Besatzungspolitik ist strikt von der Deutschlandpolitik Frankreichs zu trennen. Letztere ist gekennzeichnet durch das Spannungsverhältnis von Zentralismus und Dezentralisierung, von einem ständigen Zurückstecken und von einer Reihe von Enttäuschungen; sie ist bis 1946 eng an die Vorstellungen von General de Gaulle geknüpft. Die Pariser Deutschlandpolitik gab eine weitgehende Dezentralisierung als politische Zielsetzung aus, die Besatzungspolitik mußte jedoch eine straffe Kontrolle der Zone anstreben, um wirtschaftlichen Vorgaben gerecht zu werden¹⁵³. Dies war der Aus-

¹⁵³ Zum Spannungsverhältnis von Zentralismus und Dezentralisation vgl. Hudemann, Zentralismus, S. 192.

gangspunkt für eine zentrale französische Verwaltung im besetzten Deutschland und war mitverantwortlich für das Scheitern von Dezentralisationsplänen für die Zonenverwaltung.

Zwei Standpunkte waren in den Jahren der deutschen Besatzung herangereift, die unterschiedlichen Wurzeln entsprangen. Sollte Frankreich auf die Schaffung einer Vormachtstellung in Europa unter Ausnutzung des deutschen Potentials abzielen, also Deutschland dominieren, oder sollte es vielmehr alles daransetzen, die deutsche Gesellschaft zu demokratisieren und Deutschland in eine supranationale Organisation zu integrieren? Über den Rücktritt des Generals hinaus bildete das Dominanzkonzept Grundlage der offiziellen französischen Deutschlandpolitik. Prinzipiell stellten sich jedoch beide Positionen, das Dominanz- wie das Integrationsmodell, in der französischen Bevölkerung als mehrheitsfähig dar¹⁵⁴. Meinungsumfragen vom Sommer 1945 ermittelten eine überwältigende Mehrheit von 78 Prozent der Franzosen, die sich für die Zerstückelung und damit für das Dominanzmodell aussprachen. Gleichzeitig erachteten 73 Prozent der Befragten eine Europäische Föderation für wünschenswert. Entscheidend war deshalb, inwieweit das *Gouvernement Provisoire* die widersprüchlichen Empfindungen in die eine oder in die andere Richtung lenken konnte.

Indes bestanden über die deutschlandpolitischen Vorstellungen de Gaulles keine Zweifel. Der General verstand es, seine Ideen in offizielle französische Politik umzusetzen. Das Dominanzkonzept, das die Separierung von Rheinland, Ruhr und Saar bei gleichzeitiger Dezentralisierung der übrigen Reichsteile vorsah, beinhaltete auch die Nutzbarmachung des deutschen Wirtschaftspotentials zur Errichtung und Durchsetzung der französischen Vormachtstellung. Die Umsetzung seiner Positionen gestaltete sich nicht leicht. Geschickt war es de Gaulle freilich gelungen, die Kräfte der Résistance mit ihren Integrationsmodellen in die zweite Reihe zu drängen und mittels cäsaristischer Herrschaftstechniken sich zum Sprecher des „befreiten Frankreichs“ aufzuschwingen. Als Kontrollinstanz fungierte nur die öffentliche Meinung, die sich zudem durch die Beschwörung der *grandeur* des ewigen Frankreichs geschmeichelt fühlte und von der scheinbar wiedererlangten Größe angetan war. Die französische Bevölkerung übersah die Diskrepanz zwischen dem von de Gaulle aufgebauten Großmachtsanspruch und der aktuellen Schwäche des eigenen Landes. Das Dominanzkonzept fand dadurch ab Sommer 1944 eine immer größer werdende Verbreitung und avancierte zum nach außen sichtbaren Mehrheitskonzept. Die verfolgte Deutschlandpolitik genoss allgemeine Akzeptanz und änderte sich auch im Januar 1946 mit dem Rücktritt de Gaulles nicht, sondern wurde noch geraume Zeit weiterbetrieben. Der langjährige Außenminister Bidault hatte längst die wesentlichen Positionen seines Regierungschefs übernommen, auch wenn er sich später daran nicht mehr erinnern wollte¹⁵⁵. In Bidault fand de Gaulles Politik die geradlinige Fortsetzung¹⁵⁶. Erst im Frühjahr 1947, als Frankreich immer mehr in den Sog der amerikanischen Hegemonialpolitik geraten war und der Ost-West-Konflikt

¹⁵⁴ Zu den beiden von Wilfried Loth eingeführten Begriffen vgl. Ders., *Franzosen*, S. 32.

¹⁵⁵ Die Memoiren Georges Bidaults (Ders., *Rebell*) sind ein anschauliches Beispiel für die Übertragung späterer politischer Anschauungen auf frühere Jahre. Bidault suggeriert dem Leser, er hätte schon nach 1945 die anachronistischen Züge der Politik de Gaulles erkannt. Die Quellen sprechen allerdings eine andere Sprache.

¹⁵⁶ Vgl. auch das Unterkapitel zum französischen Außenministerium und der Rolle Bidaults.

mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz deutlich hervortrat, brach die am Dominanzmodell orientierte französische Deutschlandpolitik zusammen¹⁵⁷.

Das Deutschlandbild de Gaulles war tief beeinflusst von der nationalen Rechten, insbesondere von den Vorstellungen Jacques Bainvilles¹⁵⁸, der mit seinem Buch „*Histoire de deux peuples. La France et l'empire allemand*“, das zu Beginn des Ersten Weltkrieges erschienen war, die Sichtweise mehr als einer Generation entscheidend geprägt hatte. 1933 um das Kapitel „*continuée jusqu'à Hitler*“ erweitert, erlebte die Schrift eine Unzahl von Auflagen. Auch im nationalsozialistischen Deutschland wurde das Buch mit hoher Auflage verbreitet, da die Absichten Frankreichs prägnant formuliert schienen und es sich somit zur Rechtfertigung der deutschen Kriegsziele als tauglich erwies¹⁵⁹. Bainville propagierte den Westfälischen Frieden als Orientierungspunkt aller weiteren Überlegungen bezüglich der Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses. Nur der Zustand der Anarchie in Form der staatlichen Zersplitterung dünkte ihm als Garant für die Sicherheit Frankreichs¹⁶⁰. Preußen müsse zerstört werden, es sei die Klammer, die Deutschland zusammenhalte. Deshalb hatte Bainville schon im Ersten Weltkrieg die Forderung nach Zersplitterung Deutschlands zum signifikanten Kriegsziel erhoben¹⁶¹.

Aber auch eine andere Figur der politischen Rechten hatte auf de Gaulle abgefärbt. Der Mitbegründer der *Action Française* (AF), Charles Maurras¹⁶², kämpfte publizistisch gegen Deutschland und stand mit der Forderung nach Zerschlagung Preußens ganz auf der Linie Bainvilles. Eine Lösung des deutschen Problems sah er in einer Rückkehr zu den „Deutschländern“, die der Westfälische Friede konstituiert hatte. Damals – so argumentierte er – konnte das Elsaß von Deutschland problemlos getrennt werden, 1918 wäre dies mit dem Rheinland möglich gewesen. Nach der Niederlage von 1940 behielt Maurras sein Feindbild bei. Dies hinderte ihn aber nicht daran, in standhafter Loyalität gegenüber Marschall Pétain den Weg der Kollaboration zu beschreiten. 1945 büßte Maurras sein Verhalten mit lebenslanger Haft¹⁶³, aus der er jedoch schon 1948 entlassen wurde.

General de Gaulle hat die nationalistischen Gedanken schon in früher Jugend in sich aufgesogen, seine Deutschland betreffenden Konzepte speisten sich aus diesen Quellen, auch wenn er den monarchistischen und antirepublikanischen Ideen Maurras' und der AF später den Rücken kehrte¹⁶⁴. Trotz des langen Weges von London nach Algier verlor

¹⁵⁷ Ziebur, *Beziehungen*, S. 43.

¹⁵⁸ Marcowitz, *Grundzüge*, S. 122.

¹⁵⁹ Die Auflage des als Sonderdruck für die Abteilung Inland des Oberkommandos der Wehrmacht erschienenen Buches wird auf 120 000 Exemplaren veranschlagt; Köhler, *Preußen*, S. 60.

¹⁶⁰ Das zweite Kapitel ist betitelt: „*Les traités de Westphalie: l'anarchie allemande et la sécurité de la France garantie*“; Bainville, *histoire*, S. 49–82.

¹⁶¹ Als Organ stand ihm die *Action Française* zur Verfügung. Zwischen Februar 1911 und November 1918 veröffentlichte er 82 Artikel zum Thema „Deutschland“, die 1939 posthum unter dem Titel: Bainville, *Allemagne* im Band I eines zweibändigen Sammelwerkes erschienen sind.

¹⁶² Charles Maurras (1868–1952), Antisemit; Mitbegründer der *Action Française*; 1935 Morddrohung an einen Abgeordneten der Deputiertenkammer; 1936–37 daher Inhaftierung Maurras'; 1940 enge Anlehnung an den „*Etat Français*“; 1945 Verurteilung zu lebenslanger Haft; 1948 Begnadigung.

¹⁶³ Zu Maurras vgl. auch das Kapitel „*Les grands procès*“, insbesondere S. 470–480, in: Amouroux, *page*, S. 469–502.

¹⁶⁴ Lacouture, *De Gaulle – Le rebelle*, S. 173.

de Gaulle seine deutschlandpolitischen Ziele nicht aus den Augen. Nach der Ausschaltung von General Henri-Honoré Giraud und Admiral François Darlan stand de Gaulle an der Spitze des CFLN in Alger. Von nun an war es nur noch ein kleiner Sprung, bis er sich ab Juni 1943 an der Spitze der französischen Exilregierung wiederfand, die sich knapp ein Jahr später zur Provisorischen Regierung Frankreichs formierte. Im Sommer 1944 stellte de Gaulle seine ersten Forderungen nach einer französischen Besatzungszone im besiegten Deutschland. Ausgangspunkt aller Überlegungen war das Axiom: *plus de Reich centralisé*¹⁶⁵. Das deutschlandpolitische Konzept de Gaulles nährte sich aus der von der nationalistischen Rechten übernommenen Geschichtsphilosophie, die in den deutschen Aggressionen gegen Frankreich einen „germanischen Herrschaftswillen“ zu erkennen glaubte. Für de Gaulle bestand ein direkter Zusammenhang zwischen deutschem Zentralismus und Expansion, den zu vermeiden nur eine vage definierte Konföderation deutscher Einzelstaaten in der Lage sei¹⁶⁶. Mit der Atomisierung Deutschlands postulierte de Gaulle die Schaffung eines Glacis an der französischen Ostgrenze: Die Ruhr sollte internationalisiert und die linksrheinischen Gebiete auf unbestimmte Zeit besetzt werden. Deshalb verlangte der Chef der Provisorischen Regierung eine territoriale Ausdehnung der französischen Zone, die das Saargebiet und den größten Teil der Rheinprovinz bis nördlich von Köln, zuzüglich ganz Baden, Hessen-Darmstadt und die ehemals nassauischen Gebiete nördlich von Frankfurt umfassen sollte¹⁶⁷. Daran anschließend hätte sich eine militärische Sicherheitszone unter deutscher Souveränität bis in den Raum Kassel zu erstrecken, die allen Siegermächten zugänglich gewesen wäre. Der Umfang der territorialen Forderungen zur Umsetzung der Zielvorgaben wurde leicht modifiziert bis ins Frühjahr 1945 beibehalten. Das wichtigste Element der de Gaulleschen Deutschlandpolitik war damit schon vorweggenommen: Das Ruhrgebiet, das industrielle Herz Deutschlands, sollte einer internationalen Kontrolle unterstellt werden.

Der nächste, wesentliche Schritt zur Umsetzung dieser Politik war die Aufnahme Frankreichs in die Europäische Beratende Kommission (EAC) im November 1944. Obwohl durch das zweite Zonenprotokoll die Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen beschlossene Sache war, tröpften die Planungen der Provisorischen Regierung vor sich hin, das allgemeine Planungsdefizit war augenscheinlich¹⁶⁸. Bis zur Konferenz von Jalta blieb eine Teilnahme Frankreichs an der Besatzung mit ernststen Zweifeln behaftet. Die Unterstützung der französischen Wünsche durch Churchill war gesichert, die Haltung von Roosevelt und Stalin aber enigmatisch. Die Reise de Gaulles in die Sowjetunion im Dezember 1944 diente nicht zuletzt dazu, Stalin für die Forderungen nach einer Besatzungszone zu gewinnen. Die Krimkonferenz hat dann auch ohne die Teil-

¹⁶⁵ General Pierre Lassalle erinnerte sich daran: „Refus avant tout d'un Reich centralisé“; Lassalle, Note, S. 227. Für das Zitat vgl. de Gaulle, Salut, S. 46.

¹⁶⁶ Zieburg, Beziehungen, S. 35.

¹⁶⁷ Krautkrämer, Rhénanieprojekt, S. 71. Dort auch eine Skizze der von de Gaulle vorgeschlagenen Besatzungszone; ebenda, S. 70. Es sticht ins Auge, daß de Gaulle sich im Südwesten mit dem Land Baden begnügte und keine Ansprüche auf Württemberg und Hohenzollern anmeldete. Hier ist eine Grundforderung der französischen Politik im Südwesten zu erkennen: Baden als Staat bildete einen Eckpfeiler der französischen, auf Dezentralisierung ausgerichteten Deutschlandpolitik und sollte daher im Ganzen besetzt werden.

¹⁶⁸ Hudemann, Besatzungsmächte, S. 22.

nahme Frankreichs den gewünschten Erfolg gezeitigt; zögernd gaben Roosevelt und Stalin dem Drängen Churchills nach, und es wurde vereinbart, eine französische Zone aus den beiden Westzonen herauszuschneiden. Die Umsetzung der Vorgabe wurde an die EAC in London delegiert.

Die Planungen für die französische Besatzungspolitik wurden erst nach endgültiger Festlegung der Zonengrenzen Anfang Juli 1945 abgeschlossen. Bis dahin verblieben selbst die höchsten französischen Offiziere in Deutschland ohne offizielle Leitlinien oder Direktiven. Im Pariser *Comité interministériel* entstanden unter dem Vorsitz de Gaulles um den 19. Juli 1945 drei Geheimdirektiven. Die Dokumente N° 1 „*Directives pour notre action en Allemagne*“, N° 2 „*Directives pour notre action en Autriche*“ und N° 3 „*Note sur le problème allemand*“¹⁶⁹ bildeten die theoretische Grundlage der von Paris vorgegebenen französischen Besatzungspolitik. Sie sind Ausdruck der Zersplitterungspolitik General de Gaulles, die von einer absoluten Priorität der Sicherheitsfrage beherrscht war.

„Das Problem des Separatismus muß aufmerksam beobachtet werden, aber wir sollten zu keinen fruchtlosen Versuchen auffordern“¹⁷⁰, das war die Zielvorgabe des ersten Dokuments im Hinblick auf den Fehlschlag des rheinischen Separatismus der zwanziger Jahre. Die Stützung von Autonomismus und Partikularismus in Südwestdeutschland konnte für de Gaulle nur auf der Grundlage der historisch gewachsenen Länder Baden und Württemberg erfolgen, eine andere Möglichkeit nahm er nicht wahr. Eine Gliederung Deutschlands nach den Stämmen bewegte sich jenseits der Vorstellungskraft des Generals. In der ersten Direktive kam de Gaulle zu dem Schluß, daß die Französische Besatzungszone in fünf Verwaltungseinheiten¹⁷¹ aufzuteilen sei, darunter die Länder (Süd-)Baden und (Süd-)Württemberg-Hohenzollern. Insgesamt war von einer einheitlichen Verwaltung der FBZ keine Rede, für die einzelnen Regionen kam nur eine unterschiedliche Behandlung in Frage. „Tatsächlich bildet diese Zone weder vom politischen noch vom ethnischen Gesichtspunkt her eine Einheit [...]. Gleichzeitig kann man schwerlich eine Politik für den Süden Deutschlands entwerfen, der aus drei verschiedenen Stämmen [*tronçons*] – ohne die alten Hauptstädte – besteht und in denen keine konfessionelle Einheit anzutreffen ist.“¹⁷² Einhergehend mit dieser Einsicht verlieh der General der Hoffnung Ausdruck, eines Tages „eine kompaktere und zusammenhängendere Zone“ zu erhalten. Damit war im Südwesten der Tausch des ungeliebten (Süd-)Württemberg-Hohenzollern gegen (Nord-)Baden gemeint. Vorerst mußte aber für jede der fünf Verwaltungseinheiten eine eigene Politik entwickelt werden, um geschmeidig genug auf eine erhoffte Revision der Zonengrenzen antworten zu können. An dieser Haltung sollten letztlich die süddeutschen Konföderationspläne im Umfeld von Pierre Koenig scheitern.

¹⁶⁹ Die Dokumente N° 1 und N° 3 sind publiziert in: Ménudier, *Allemagne*, S. 169–182. Sie sind in verschiedenen Beständen im MAE archiviert; MAE Y-Int. 1944–1949 650 sowie Y-Int. 1944–1949 433. Das Dokument N° 2 ist publiziert in: Klöckler, *Quellen*, S. 9–12.

¹⁷⁰ „*Directives pour notre action en Allemagne*“; MAE Y-Int. 1944–1949 650.

¹⁷¹ Die Regionen sind a) der bayerische Landkreis Lindau, der Süden von Württemberg und „das Land Hohenzollern“ b) das Land Baden c) „die Saarregion“ d) die Pfalz und e) „der Teil des Rheinlandes, der Zugang hat zur Mosel mit den Städten Koblenz und Trier“; ebenda.

¹⁷² „*Note sur le problème allemand*“; MAE Y-Int. 1944–1949 650.

Wenige Tage später, Ende Juli 1945, wurde unter Leitung de Gaulles ein weiteres Papier zur Deutschlandpolitik erarbeitet¹⁷³. Die Singularität der Situation im besetzten Deutschland erkennend, legte Paris darin zwei französische Optionen dar: Annexionen oder die Gründung von deutschen Satellitenstaaten; „wir werden das zweite Rezept [*d. h. die Gründung von Satelliten*] ins Auge fassen, das für den gegenwärtigen Zustand der internationalen Beziehungen geeignet scheint. Es ist [*deshalb*] absolut zwingend und dringend notwendig, eine französische Deutschlandpolitik zu bestimmen und eine Respektierung der vereinbarten Richtlinien durch das Besatzungspersonal zu fordern.“¹⁷⁴ Das konnte für den Südwesten nur die französischen Ambitionen auf die Besetzung ganz Badens bedeuten; Mutmaßungen in der historischen Forschung über ein von de Gaulle geplantes „katholisches Reich à la Charlemagne“ dürfen dagegen in den Bereich der Legenden verwiesen werden¹⁷⁵.

Im Westen glaubte de Gaulle, ein unabhängiges Rheinland und Ruhrgebiet schaffen zu können, für die rechtsrheinischen Gebiete sah er eine enge Anlehnung an Frankreich vor. Das Bild des Rheins als „Arterie“ – als *liens occidental* – war eine Grundmetapher der Deutschlandpolitik, auf die de Gaulle nicht nur in seiner Rede vom 5. Oktober 1945 in Straßburg hinwies. Überhaupt hatte die Deutschlandreise de Gaulles im Oktober 1945 große Resonanz gefunden. In Baden-Baden führte er seine Politik näher aus: es sei Ziel der französischen Politik, „*d’installer la France ici*“¹⁷⁶. De Gaulle beanspruchte die Verfügungsgewalt über die Territorien, die er als „natürliche Erweiterung“ Frankreichs ansah, konkret die linksrheinischen Gebiete. Baden sollte eng an Frankreich gebunden werden, da die intellektuellen und wirtschaftlichen Bande in der Vergangenheit ausgeprägt gewesen seien. In bezug auf Württemberg sei eine ähnliche Entwicklung möglich. Er sprach des weiteren von Karlsruhe, das Frankreich eines Tages wieder unter seine „Fuchtel“¹⁷⁷ nehmen werde. Auch hier zeigte sich die Hoffnung de Gaulles, durch eine Umgestaltung der französischen Zone ganz Baden unter die eigene Besatzung zu bekommen.

Der Einfluß französischer Germanisten

Die beiden französischen Germanisten Edmond Vermeil und Robert d’Harcourt bestimmten die deutschlandpolitische Nachkriegsdiskussion in Frankreich maßgeblich¹⁷⁸.

¹⁷³ „Note – Politique allemande“, Présidence du Gouvernement provisoire de la République française vom 31. 7. 1945; AdO CCFA Con. Pol. 196-III-0.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ De Gaulle sollte, so die Mutmaßungen Gerhard Hirschers, nach seinem Rücktritt im Januar 1946 als Privatmann an einem Plan gearbeitet haben, der das Elsaß, Lothringen, Bayern, das Saarland, Baden und Württemberg zu einer katholischen Konföderation zusammengefaßt hätte. Von diesen Plänen habe Carlo Schmid zur Zeit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 erfahren. Hirscher beruft sich bei den Angaben auf den amerikanischen Historiker Angus Munro. De Gaulle hätte allerdings niemals das Ausscheiden von Elsaß und Lothringen aus dem französischen Staatsverband gutgeheißen, geschweige denn Planungen in diese Richtung betrieben. Vgl. Hirscher, Schmid, S. 20 und Munro, *Occupation*, Bd. I, S. 97.

¹⁷⁶ Für den Wortlaut der Rede vom 5. Oktober 1945 in Baden-Baden vgl. de Gaulle, *Lettres*, S. 95–98.

¹⁷⁷ „Et Karlsruhe que, un jour ou l’autre, nous reprendrons sous notre coupe“; ebenda, S. 97.

¹⁷⁸ Die folgenden Ausführungen zu Vermeil und d’Harcourt beziehen sich im wesentlichen auf die Forschungen von Hellmuth Auerbach; Ders., *Que faire*, S. 289–299.

Robert d'Harcourt stammte aus einer der ältesten normannischen Adelsfamilien, seine katholische Prägung war unverkennbar. Als Professor am *Institut Catholique* besaß er nach 1940 nur einen relativ beschränkten Wirkungskreis, dennoch fiel er der Verfolgung durch die Gestapo anheim. Seine Publikation *Catholique d'Allemagne* wurde konfisziert und eingestampft. Nach der Befreiung meldete er sich im Frühjahr 1945 mit dem Aufsatz „*Comment trahir l'Allemagne*“ in der Zeitschrift *Cahiers du Monde Nouveau* zu Wort. Entgegen dem gewählten Titel erteilte d'Harcourt allerdings kaum Ratschläge über die Behandlung Deutschlands. Vielmehr beschäftigte er sich – wie auch in den folgenden Jahren – mit der deutschen Psyche, vor allem der Frage der Verdrängung der Schuld. Seine Publikationen sind zugleich Plattform für Stimmen des katholischen Nachkriegsdeutschlands gewesen: Theodor Haecker¹⁷⁹, Romano Guardini, Reinhold Schneider und Walter Dirks zitierte er mit Freude und Zustimmung. Fragen der territorialen Neugestaltung beschäftigten Robert d'Harcourt eher am Rande.

Darüber machte sich jedoch Edmond Vermeil¹⁸⁰ häufig Gedanken. Seit er sich 1943 nach London begeben hatte, um sich de Gaulle anzuschließen, avancierte er bald zum Deutschlandexperten, der in keinem einflußreichen Gremium fehlen durfte. Auf den reichen Schatz an Wissen, den sich Edmond Vermeil im Laufe eines Jahrzehnts auf seinem Straßburger Lehrstuhl erworben hatte, konnte die französische Exilregierung keinesfalls verzichten. Kurz vor der Aufnahme in die EAC hat Vermeil im *Centre d'Etudes de Politique Etrangères* in Paris ein umfangreiches Exposé¹⁸¹ erarbeitet, das seine Deutschland betreffenden Vorstellungen darlegte. Von einer Zerstückelung Deutschlands war darin keine Rede mehr, ein weitgehender Föderalismus sollte aber das Prinzip der staatlichen Reorganisation Deutschlands sein. In Preußen als Staat konstatierte Vermeil die Ursache des unheilvollen Weges, den Deutschland beschritten habe, weshalb es von der Landkarte verschwinden müsse¹⁸². Die *déprussification* stellte neben der Umerzierung die Leitidee der Überlegungen dar.

Zu Propagandazwecken und zur praktischen Umsetzung seiner Ziele hatte Vermeil den Vorsitz des „*Comité d'Etudes pour les frontières de l'Est et le problème de l'Allemagne occidentale*“ übernommen. Der Generalsekretär des Komitees, Fernand l'Huillier, verbreitete die deutschlandpolitischen Ansichten mittels einer Informationsschrift, die den Titel *Les Cahiers du Rhin* trug. Er zeichnete gleichzeitig als Chefredakteur der Zeitschrift und war damit von höchstem politischen Interesse. Außenminister Bidault hatte den Wert der Publikation und insbesondere von l'Huillier erkannt und förderte beide

¹⁷⁹ Zu Haecker und der Rolle seines Sohnes in der Alpenlandfrage vgl. Kapitel III/1.

¹⁸⁰ Edmond Vermeil (1878–1964) stammte aus einer kleinbürgerlichen, hugenottischen Familie der Languedoc; 1913 Promotion in Paris und Beginn einer akademischen Laufbahn; 1919–34 Ordinarius an der Universität Straßburg; nach 1940 von der Gestapo verfolgt; 1943 im Umfeld de Gaulles in London; galt als Deutschlandexperte und wirkte in den folgenden Jahren entscheidend an allen Fragen über die Behandlung des besetzten Deutschlands mit; zeitlebens galt Vermeil als bester französischer Deutschlandkenner.

¹⁸¹ Vermeil, *Le problème allemand*, 1945, S. 17–96. Zitiert nach Auerbach, *Que faire*, S. 299.

¹⁸² Vermeil galt zurecht als einer der schärfsten Kritiker des protestantischen Preußens; Merlio, germanistes, passim. Sein Antiborussianismus verband ihn mit den katholischen, süddeutschen Föderalisten.

entsprechend¹⁸³. Für eine bessere Ausstattung und Verbreitung der *Cahiers du Rhin* erhielt l'Huillier 1945 vom französischen Außenministerium einen Betrag von 200 000 Francs; für das Jahr 1947 wurde noch einmal derselbe Betrag in Aussicht gestellt¹⁸⁴.

Die ersten beiden Nummern erschienen unter dem Titel *Le Rhin* im Januar und Februar 1945. Neben Edmond Vermeil und Fernand l'Huillier zeichnete unter anderem Wladimir d'Ormesson als Mitglied des Komitees. Die Aufmachung und der Titel der Zeitschrift änderten sich bereits im März 1945. *Les Cahiers du Rhin* war der Nachfolgetitel, der auch nach neuer Zählung (*nowvelle série*) im Dezember 1945 beibehalten wurde. Im siebten Heft des dritten Jahrganges (Juli/August 1947) war die Ankündigung zu lesen, daß die Zeitschrift eingestellt, aber konzeptionell erneuert gegen Ende des Jahres wiedererscheinen würde. Tatsächlich wurde die Zeitschrift nicht fortgesetzt. Aber immerhin verfügte das französische Außenministerium rund zweieinhalb Jahre über ein Sprachrohr von großer Publikumswirksamkeit. In der Märzausgabe 1946 der *Cahiers du Rhin* machte sich Charles Harnist eigene Gedanken, wie das deutsche Problem zu lösen sei¹⁸⁵. Deutschland unterteile sich in drei wirtschaftliche und ethnographische Regionen: die baltische Zone östlich der Elbe, den Donaauraum und den atlantischen Teil, der von der Elbe bis zum Rhein reiche. Der „Rheinstaat“ solle die preußische Rheinprovinz, die Pfalz, Rheinhessen, Franken, Baden und Teile von Württemberg umfassen, die linksrheinischen Gebiete hätten eine Sicherheitszone zu bilden. Die Ruhr und die Braunkohlereviere Sachsens seien zu internationalisieren. Die weiteren deutschen Staaten sollten „Ostelbien“, „Sachsen“ und „Bayern-Österreich“ sein. Jede der vier Besatzungsmächte, so Harnist, werde das Protektorat über einen dieser Staaten zugesprochen bekommen, die Sowjetunion über „Ostelbien“, Großbritannien über „Sachsen“, die USA über „Bayern-Österreich“ und Frankreich über den „Rheinstaat“. In Frankfurt oder Köln sei eine alliierte Kontrollkommission für wirtschaftliche Fragen für den „Rheinstaat“ einzurichten, das gleiche in Hannover oder Bremen für den Staat „Sachsen“.

Die Stoßrichtung des Vorschlages war abzusehen, Frankreichs Einfluß im Westen und Süden sollte erheblich wachsen. Mit der Abtrennung der linksrheinischen Gebiete und der Internationalisierung der Ruhr waren zwei Axiome der französischen Nachkriegspolitik erfüllt. Der „Rheinstaat“, der von Franken, Schwaben und Alemannen bewohnt würde, hätte Frankreichs Großmachtansprüche garantiert. Neben solchen Vorschlägen zur Aufteilung Deutschlands wurde in der Zeitschrift kräftig die Trommel für den Föderalismus als Lösungsansatz der deutschen Frage geschlagen. Unter dem Pseudonym Clodion erschien im April 1946 ein Artikel zu Constantin Frantz¹⁸⁶, einem Föderalisten des 19. Jahrhunderts, dem in Deutschland nach 1945 eine Renaissance zuteil wurde.

¹⁸³ Georges Bidault schätzte an l'Huillier „la valeur de sa collaboration à notre politique“; Directeur Général (MAE) an Directeur de l'Enseignement supérieur de l'Education Nationale vom 16. 8. 1945; MAE Y-Int. 1944–1949 402. Grund des Schreibens war die Bitte, l'Huillier an der Universität Straßburg zu beschäftigen, damit er sich verstärkt um „le monde rhénan“ bemühen könne.

¹⁸⁴ „Note pour le Cabinet du Ministre“, Direction Politique (MAE) vom 6. 1. 1947; MAE Y-Int. 1944–1949 402.

¹⁸⁵ Charles Harnist: Une solution du problème allemand, in: *Cahiers du Rhin* 4 (1946), S. 9–11.

¹⁸⁶ Clodion: Konstantin Franz [sic!] et la Prusse, in: *Cahiers du Rhin* 5 (1946), S. 6 ff. Zu Frantz vgl. Kapitel II/1.

Frankreichs Wunsch nach Änderung der Zonengrenzen

Der latente Wunsch der Pariser Stellen nach einer Modifizierung der Zonengrenzen im Südwesten konterkarierte die Politik Pierre Koenigs in Baden-Baden; damit mußte jede projektierte Reform der Zonenverwaltung im Ansatz steckenbleiben. Seit Sommer 1945 trugen die Franzosen über verschiedenste Kanäle immer wieder den Vorschlag an die Amerikaner heran, die Zonengrenzen zu revidieren. Tatsächlich hatte der amerikanische Außenminister Byrnes der Provisorischen Regierung in Paris zugesagt, die Besatzungsverhältnisse in Südwestdeutschland gegebenenfalls zu korrigieren¹⁸⁷. Aber das Gebaren Frankreichs im Aostatal und im Vorderen Orient hatte den Amerikanern, allen voran General Lucius D. Clay¹⁸⁸, gezeigt, daß ein Entgegenkommen nicht ratsam war. Im Kontrollrat mußte Clay die französische Obstruktionspolitik hautnah erleben, und daher reifte in ihm der Entschluß, jeden zukünftigen französischen Wunsch kategorisch abzulehnen. Zusammen mit Robert Murphy¹⁸⁹ bekleidete Clay die Schlüsselposition beim amerikanischen Widerstand gegen eine Änderung der Zonengrenzen. Darüber hinaus hatte Clay im Juli 1945 einen kompletten Abzug der Franzosen aus den südlichen Teilen Württembergs und Badens begrüßt¹⁹⁰. Die amerikanischen Militärs lehnten danach geschlossen jede Veränderung der Besatzungsgrenzen in Südwestdeutschland ab¹⁹¹. So bewegte sich während des ganzen Jahres 1945 in dieser Frage nichts. Am 18. Januar 1946 entschied de Gaulle in Paris, mit der amerikanischen Regierung über eine Abänderung der Zonengrenzen in Südwestdeutschland offiziell in Verhandlungen zu treten¹⁹². Der Wunsch, innerhalb der besetzten Zonen historisch gewachsene Länder in die Hände einer Besatzungsmacht zu legen, war der Vater des Gedankens¹⁹³. Die französische Botschaft in Washington unterbreitete am 31. Januar den Rektifizierungsvorschlag; in Washington stießen die Pläne auf Ablehnung, und folgerichtig erhielt der französische Botschafter Henri Bonnet am 22. April 1946 eine negative Antwortnote¹⁹⁴.

Hatte die französische Politik bisher auf den von amerikanischer Seite ignorierten Tausch von Südwürttemberg gegen Nordbaden hingearbeitet, änderte Paris nun die

¹⁸⁷ Nüske, Württemberg (II), S. 107.

¹⁸⁸ Lucius D. Clay (1897–1978), 1945–46 Stellvertreter General Eisenhowers; 1947–49 Militärgouverneur in der ABZ; Mitinitiator und Organisator der Luftbrücke während der Berliner Blockade; 1961–62 persönlicher Beauftragter Kennedys für die Berlin-Frage. Vgl. Backer, Jahre.

¹⁸⁹ Robert Murphy (1894–1978), seit 1944 politischer Berater von General Eisenhower und der amerikanischen Militärregierung in Deutschland; 1949–52 Botschafter in Brüssel; 1954–59 Stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Vgl. insbesondere Murphy, Diplomat, S. 342–363.

¹⁹⁰ „Moreover it would seem more logical for the French to be asked to return both south Württemberg and south Baden to the United States“, Clay am 15. 7. 1945; zitiert nach Smith, Papers, S. 234.

¹⁹¹ Nüske, Württemberg (II), S. 108.

¹⁹² CGAAA an das Außenministerium vom 6. 2. 1946; MAE Y-Int. 1944–1949 651.

Auf der Sitzung des CIAAA vom 18. 1. 1946 formulierte de Gaulle diesen Punkt folgendermaßen: „C’est pourquoi, le Gouvernement Français, en vue de compléter dans ses propres zones la constitution des Länder entreprenant dès maintenant avec le Gouvernement américain, des négociations tendant à rectifier la limite des zones d’occupation des armées françaises et américaines, dans les Etats de Bade et de Wurtemberg“; ebenda.

¹⁹³ Sitzungsbericht des CIAAA unter Vorsitz von de Gaulle vom 18. 1. 1946; MAE Y-Int. 1944–1949 651.

¹⁹⁴ Nüske, Württemberg (II), S. 109.

Taktik. Am 25. April 1946 wies Außenminister Bidault seinen Botschafter in Washington an, der amerikanischen Regierung neue Vorschläge zu unterbreiten. Seine Pläne sahen eine Wiederherstellung der Länder Baden und Württemberg vor, nun jedoch unter gemischter Kontrolle [*contrôle mixte*]¹⁹⁵, wobei Bidault als ersten Schritt die Einbeziehung der badischen Hauptstadt Karlsruhe in die Französische Besatzungszone vorschlug. Das industrialisierte Mannheim wäre in der ersten Phase unter amerikanischer Besatzung verblieben, gleichzeitig sollte (Süd-)Württemberg-Hohenzollern auf Kreisebene vorerst unter französischer Kontrolle bleiben. Für Bidault war nämlich der Südstaat – im Gegensatz zu Koenig – aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus kein Thema¹⁹⁶. Mit Sitz in Karlsruhe hätte die zukünftige badische Regierung unter der Kontrolle Frankreichs gestanden. Lediglich ein amerikanisches Verbindungsbüro hätte in der ehemaligen Residenzstadt bestanden. Für Württemberg, so Bidault, könne unter umgekehrten Vorzeichen identisch verfahren werden. Früher oder später wäre somit Baden vollständig unter französische Besatzung gekommen.

Als die amerikanische Seite Wochen später auf diese Vorschläge noch immer nicht geantwortet hatte, schob der Quai d'Orsay am 11. Juni 1946 eine revidierte Fassung nach, mit der ausdrücklichen Bitte um rasche Beantwortung. Die französisch kontrollierten Kreise in (Süd-)Württemberg-Hohenzollern sollten zwar der Kontrolle Stuttgarts unterstellt werden, aber in der französischen Zone verbleiben. Die Amerikaner sahen sich nun vollends auf der Geberseite und antworteten vorerst nicht auf den neuerlichen Vorschlag. Das Ergebnis langer, interner Abwägungen in Washington war die Übermittlung einer Note vom 23. September 1946 an den französischen Botschafter Bonnet. Das State Department wies ohne jede diplomatische Umschweife sämtliche französischen Vorschläge zurück¹⁹⁷; von einer Revision der Zonengrenze oder einer gemeinsamen Besatzungsverwaltung wollte Washington nichts wissen. Trotz der Eindeutigkeit in der amerikanischen Haltung ließ die französische Diplomatie nicht locker: Immer wieder wurde darauf hingearbeitet, durch den Tausch von Südwürttemberg gegen Nordbaden das ganze Land Baden unter französische Besatzung zu bekommen¹⁹⁸. Doch der Status quo konnte auch in den folgenden Jahren nicht abgeändert werden.

4. Die Neugliederungspläne der Militärregierung für Südwestdeutschland

Die endgültige Zoneneinteilung Anfang Juli 1945 hatte der französischen Besatzungsmacht ein Gebiet beschert, das aus zwei etwa gleich großen Dreiecken bestand. Im Norden (*zone nord*) ein Territorium, das von Montabaur über Landau nach Trier reichte, im Süden (*zone sud*) das Dreieck zwischen Baden-Baden, Lindau und Lörrach. Der nördliche Teil der Zone bildete ab 30. August 1946 das spätere Bundesland Rheinland-Pfalz. Dem Saargebiet fiel schon ab 31. Juli 1945 eine besondere Rolle innerhalb der französi-

¹⁹⁵ Bidault an Koenig vom 28. 6. 1946; MAE PA-AP 338-Laffon 8 C.

¹⁹⁶ „Il nous est cependant impossible de constituer une entité viable avec les fractions de Bade et de Wurtemberg que nous administrons“; ebenda.

¹⁹⁷ Nüske, Württemberg (II), S. 111.

¹⁹⁸ Hudemann, Wirkungen, S. 177.

schen Besatzungspolitik zu. Die Südzone (*zone sud*), bestehend aus den südlichen Landesteilen von Baden und Württemberg sowie dem ehemals preußischen Regierungsbezirk Hohenzollern und dem bayerischen Landkreis Lindau, bot ein stark zersplittertes Bild. Von höchsten Stellen der französischen Militärregierung wurden daher Planspiele betrieben, wie die Zersplitterung für die Durchsetzung der französischen Föderalismustheorien genutzt werden könnte.

Föderalismus hatte in den französischen Konzeptionen einen für deutsche Ohren differierten theoretischen Hintergrund¹⁹⁹: Deutschland sollte nämlich nicht als Bundesstaat, sondern als Staatenbund reorganisiert werden. Emile Laffon hat die französischen Föderalismustheorien im Mai 1946 auf eine kompakte Formel gebracht: „Die föderalistische Politik [*Frankreichs...*] hat zum Ziel, die schon historisch bestehenden Länder daran zu gewöhnen, so initiativ wie nur möglich zu werden, dergestalt, daß der Einfluß einer später ins Leben gerufenen deutschen Zentralgewalt, der auf sie ausstrahlt, verringert wird.“²⁰⁰ An den durch Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts gebildeten süddeutschen Ländern sollten keine territorialen Veränderungen vorgenommen werden. Es ging also letztlich bei der französischen Föderalismusdiskussion für den Süden nur um zwei Varianten: Sollten die Länder Baden, Württemberg und Bayern direkt in einen deutschen Staatenbund aufgenommen werden, oder sollte man zuerst eine Konföderation der süddeutschen Länder betreiben? Dies waren – *cum grano salis* – die beiden konkurrierenden Konzepte, für die einerseits Emile Laffon samt seinem Kabinett und andererseits Pierre Koenig und Tarbé de Saint Hardouin standen. Auch Koenig wagte sich Ende 1946 an eine Definition des französischen Föderalismusbegriffs, der die staatenbündischen Elemente hervorhob: „Föderalismus – für uns – muß die Schaffung fest gezimmerter [*fortement charpentés*] Staaten bedeuten, die ihre Stimme laut und unzweideutig erheben und die sich eines ausreichenden wirtschaftlichen Gleichgewichtes, unabhängiger Finanzen und der Freiheit in der Außenpolitik erfreuen.“²⁰¹ An einem staatenbündischen Aufbau des zukünftigen Deutschlands herrschte in den Jahren 1945/46 in den Baden-Badener Kreisen kein Zweifel. Auch im Außenministerium unterstrich René Roux im Dezember 1946 mit drei Kartenskizzen eine Gliederung des zukünftigen Bundes deutscher Staaten. Im Süden wäre einzig Hohenzollern an Württemberg angegliedert, ansonsten sollten Baden, Bayern und Württemberg drei historisch gewachsene Einheiten bilden²⁰².

¹⁹⁹ Das Alpenlandprojekt (vgl. Kapitel III/1) – in Deutschland mit dem Begriff „Separatismus“ belegt – findet sich in den Unterlagen des SGAAA als föderalistischer Plan; Dossier „fédéralisme“; AdO SGAAA c. 2665 p. 1.

²⁰⁰ Emile Laffon: „Organisation Politique de la Zone Française“ [Mai 1946] (masch. 4 S.); MAE PA-AP 338-Laffon 8 A.

²⁰¹ „Note sur la politique de la France en Allemagne“ (masch. 2 S.); Ausarbeitung vom 4. 12. 1946, entstanden im Kabinett von General Koenig; AdO HCFA Cab. Civil c. 50 POL V A1).

²⁰² Die drei Kartenskizzen vom 15. 12. 1946 („Organisation territoriale de l'Allemagne, projet N° 1/N° 2a/N° 2b“) sahen eine Gliederung Deutschlands in folgende Teile vor: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Pommern, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Brandenburg-Magdeburg, Ober-Sachsen, Hessen, Ruhr, Rheinland, Saarland, Baden, Württemberg und Bayern (projet N° 1). Die beiden Varianten (projet N° 2a und N° 2b) projektierten lediglich im Westen andere Zusammenschlüsse: Rhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland (N° 2a) bzw. einen einzigen Staat „Rhein-Westfalen“ (N° 2b); MAE PA-AP 210-Roux 1.

Die Reform der Strukturen der Südzone

Es ist keineswegs verwunderlich, daß die Strukturreformpläne allesamt aus dem Umkreis von General Pierre Koenig stammten. Die politische Dezentralisierung war durchgängiges Leitmotiv, die Schwächung und Abschaffung der Position des Generalverwalters dadurch unausweichlich. Pläne, die einer extremen Dezentralisierung in der Zone das Wort redeten, können unter dem Begriff „Heterogenitätsmodell“ subsumiert werden. Im Gegensatz dazu steht das „Homogenitätsmodell“²⁰³, das von einer Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg ausgeht; beide Begriffe sind auf die territorialen Verhältnisse gemünzt, sie betreffen nicht die französischen Föderalismusvorstellungen.

Der unausgegrenzte Zustand der Besatzungsverwaltung, der im Sommer 1945 in der FBZ herrschte, brachte eine erste Ausarbeitung zutage, die noch keine Spitze gegen den erst wenige Wochen zuvor eingetroffenen Laffon trieb; die Verhältnisse stellten sich nämlich nach wie vor unübersichtlich dar. Der Dreijahresplan vom Spätsommer 1945²⁰⁴, der im Kabinett des Oberkommandierenden entstanden war, sah die Stärkung der historisch gewachsenen Einheiten vor. Der Partikularismus in Baden, in Württemberg und im Rheinland sollte gefördert werden, eine enge Anbindung der Gebiete an Frankreich konnte nicht in Abrede gestellt sein. Die Einsetzung von Verwaltungsspitzen nach Frankreichs Gnaden – im Sinne von Vichy-Regierungen – komplettierte die Vorstellungen. Die Krönung französischer Dezentralisierungswünsche lag damit schriftlich vor Koenig. Die politischen Ereignisse im Spätjahr 1945 gaben dem Verfasser in bezug auf die Pariser Wünsche recht. Auf seiner Deutschlandreise im Oktober unterließ es General de Gaulle in seinen Reden²⁰⁵ nicht, auf die deutschen Länder und deren Bindungen an Frankreich hinzuweisen. „Mir kam das vor, als wolle man uns in die Postkutschenzeit zurückversetzen“²⁰⁶, urteilte Carlo Schmid, nachdem er die Ausführungen de Gaulles in Freiburg vernommen hatte. Es bestand kein Zweifel, daß die politische Dezentralisierung von der Provisorischen Regierung gewünscht wurde, die Umsetzung der Pläne oblag aber Baden-Baden. Konnte eine politische Dezentralisierung in Deutschland gelingen, wenn sich gleichzeitig die Strukturen der Besatzungsmacht zentralistisch gaben?

Nur eine Umstrukturierung der Militärregierung hätte die Grundlage für eine Dezentralisierung der deutschen Verhältnisse bilden können. In diese Richtung stießen alle Neustrukturierungspläne, die im Kabinett General Koenigs ins Werk gesetzt wurden. Parallel dazu mußte die Position Laffons und dessen Apparat in Abrede gestellt werden. Mit Mißtrauen verfolgte Koenig, wie sein Generalverwalter die Zügel in die Hand zu nehmen trachtete, indem er von Baden-Baden aus die FBZ zu kontrollieren und die Schaltstellen mit politisch Gleichgesinnten zu besetzen suchte. Der Kronprinz drohte, eine unumschränkte Stellung einzunehmen. Die Reaktionen Koenigs gingen in zwei Richtungen: Erstens betrieb er einen rasanten personellen Ausbau seines Kabinetts, um

²⁰³ Zu den beiden Begriffen vgl. Wolfrum, Neugliederungspläne, S. 435.

²⁰⁴ „Projet de plan triennal par l'administration de la Zone Française en Allemagne“ vom 10. 9. 1945; AdO Cab. Civ. Pol. I B2.

²⁰⁵ De Gaulle hielt Anfang Oktober 1945 fünf Reden, am 3. Oktober in Trier und Koblenz, am 4. Oktober in Freiburg, am 5. Oktober in Sasbach und in Baden-Baden. Für den Wortlaut vgl. de Gaulle, Lettres, S. 91–98.

²⁰⁶ Schmid, Erinnerungen, S. 227.

binnen weniger Monate ein wirkliches Spiegelbild in Form einer Doppelspitze zu schaffen; zweitens hoffte er mittels Umstrukturierungsplänen, Paris von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform in der FBZ zu überzeugen. Vorweg gesagt: Die Doppelspitze schuf er, die Umstrukturierung scheiterte vorerst.

Den nächsten Versuch einer möglichen Neugliederung der Südzone lancierte ein Mitarbeiter des *Conseiller Politique*, François Puaux, zu Beginn des folgenden Jahres. Die Mitarbeiter um Saint Hardouin waren die entschiedensten Gegner Laffons, nicht nur wegen der unterschiedlichen Auffassung bezüglich der Dezentralisierung. Der bezeichnende Titel *Über die französische Dezentralisierungspolitik*²⁰⁷, den die Schrift von Puaux trug, stellte in aller Klarheit den Standpunkt des Kabinetts Koenig dar. Die amtliche Dezentralisierungspolitik müsse am Wasserkopf Baden-Baden scheitern, deshalb war – laut Puaux – ein Abbau unumgänglich. Dem Nordteil der FBZ mit zukünftiger Hauptstadt Mainz wurde eine langfristige Anbindung an Frankreich vorausgesagt, dem Südtteil, von Freiburg aus vom *Gouvernement militaire des Souabes du Sud* verwaltet, mußte eine differenzierte Besatzungspolitik angedeihen. Die „Rheinlande“ und „Südschwaben“ waren das Ziel der Strukturreform, der Personal- und Kompetenzabbau in Baden-Baden die andere Seite der Medaille. Die vier Länder der Konföderation „Südschwaben“ fungierten in dieser Skizze als „Zünder“ für einen süddeutschen Staatenbund, der Föderalismus galt als weitverbreitete Geisteshaltung südlich des Mains. Puaux schlug vor, in Baden-Baden nur noch eine Koordinationsstelle für wirtschaftliche Belange zu gestatten, alle anderen Abteilungen auf Mainz und Freiburg zu verteilen. Dies kam praktisch der Auflösung des Apparates des Generalverwalters gleich.

Ein gänzlich unbeachteter Plan war das im Zivilkabinett entstandene Exposé vom 16. Januar 1946. Das darin propagierte „Frankenreich“²⁰⁸ blieb ohne weiteren Reflex und wurde sofort zu den Akten gelegt. Es ist als Resonanz auf Meldungen zu werten, die von der Gründung des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“²⁰⁹ in der Baden-Badener Zentrale im November 1945 eintrafen. Der Bürgermeister von Singen am Hohentwiel, Bernhard Dietrich, wurde als Urheber der Alpenlandpläne ausdrücklich genannt²¹⁰ und als frankophil beschrieben. Schon an diesem Umstand ist zu erkennen, daß die Alpenlandpläne nicht originär französischen Ursprungs waren. Der Autor des Exposés schlug die Bildung eines Staates „Rheinland“ vor, der aus den beiden Provinzen Hessen-Pfalz und Rheinland-Nassau bestehen sollte. „Die Errichtung eines badisch/en/ oder badisch-württembergischen Staates bildete die zweite Stufe unserer föderativen Handlung.“ Gleichzeitig oder mit zeitlicher Verschiebung müsse dann eine größere Föderation ins Auge gefaßt werden. „Es handelte sich darum, in einer Rhein-Donau-Föderation einige Gebiete Österreichs und Bayerns mit den beiden zuvor skizzierten rheinischen und badischen Staaten zu verschmelzen.“²¹¹ Der Verfasser der Studie schlußfolgerte daraus, daß erstens der rheinische Staat zu schaffen sei und daß

²⁰⁷ „Note – A. S. de la politique française de décentralisation“ vom 10. 1. 1946; AdO HCFA Con. Pol. 196-III-O.

²⁰⁸ „Note: Préparer une Union Fédérative des régions rhénane, badoise, bavaroise et autrichienne (Frankenreich)“, Aufzeichnung vom 16. 1. 1946; AdO HCFA Cab. Civil c. 50 Pol V A 1).

²⁰⁹ Zu Gründung und Programm des „Aktionskomitees“ vgl. Kapitel III/1.

²¹⁰ Zur Urheberschaft der „Alpenlandpläne“ vgl. Klöckler, Ursprünge (im Druck) und Klöckler, Neugliederungskonzepte.

²¹¹ „Note: Préparer une Union Fédérative...“, AdO, ebenda.

man zweitens mit Dietrich in Kontakt treten solle, um „seine Handlungen zu unterstützen und die notwendigen Verbindungen mit den französischen Dienststellen in Österreich aufzunehmen“. Zu einer Unterstützung der Alpenlandpläne kam es auf Intervention aus Paris aber nie²¹², de Gaulle mißfiel jede Politik, die einen Angriff auf die österreichische Eigenstaatlichkeit darstellte.

Die politischen Berater Koenigs aus dem Quai d'Orsay ließen weitere Ausarbeitungen²¹³ folgen. Es trat immer deutlicher zum Vorschein, daß das Hauptanliegen der Umstrukturierung die unterschiedliche Behandlung darstellte, die dem Nord- und dem Südtteil der Besatzungszone angedeihen sollte. Die politischen Konzeptionen für beide Zonen waren höchst unterschiedlich. Die „Rheinlande“ sollten sich eng an Frankreich anlehnen und später entweder gänzlich unabhängig oder in einen losen Staatenbund eingereiht sein. Das Rhénanieprojekt²¹⁴ kann in diesem Zusammenhang nicht weiter untersucht werden. Dem Südtteil der Zone war eine andere Funktion zgedacht: Vereint unter dem Dach einer Konföderation mit Sitz in Freiburg, waren die Berater des *Conseiller Politique* gewillt, den Rumpfteilen von Baden und Württemberg die größtmögliche Eigenständigkeit zu belassen. Selbst der ehemals preußische Regierungsbezirk Hohenzollern durfte auf Autonomie hoffen, der Landkreis Lindau versprach Frankreichs Eintrittskarte in die Politik Bayerns zu werden. Ein süddeutscher Staatenbund, der aus vier autonomen Gebilden bestehen sollte, dessen kleinstes von kaum mehr als 50 000 Staatsbürgern bewohnt gewesen wäre, wurde an Kühnheit von keiner anderen französischen Planung erreicht. Andererseits wies man die Möglichkeit, die vier Teile zu einer Verwaltungseinheit nach dem Vorbild von Württemberg-Baden zu vereinigen, zurück. Zwar fand ein schwäbisch-alemannischer Staat als stammesföderalistischer Plan keine Resonanz im Kabinett von General Koenig. Dennoch wäre es „uninteressant oder sogar gegen unsere Interessen, den westlichen [*sic!*] Teil von Württemberg von den Amerikanern gegen den Norden des Landes Baden einzutauschen, dadurch würde unser Handlungsspielraum eingeschränkt“²¹⁵, urteilte das Zivilkabinett im Gegensatz zu de Gaulle. Die von Frankreich besetzten südwestdeutschen Länderteile sollten nämlich auf die Amerikanische Besatzungszone ausstrahlen und den künftigen staatlichen Aufbau Deutschlands maßgeblich beeinflussen. Der Föderalismus sollte von hier aus seinen Siegeszug in Süddeutschland antreten; eine Konföderation von Baden, Württemberg, Hohenzollern und Bayern sollte aus Sicht des Zivilkabinetts das föderalistische Gegengewicht zum unitaristischen Norden Deutschlands darstellen.

Für diesen Staatenbund „Südschwaben“ war ein Bundesrat vorgesehen, analog zur Institution des Länderrates in Stuttgart. Der Bundesrat hätte unter dem Vorsitz jeweils eines der Mitgliedstaaten getagt. An Kompetenzen – so die Planung – müßten ihm Außen-, Kultur- und Wirtschaftspolitik zustehen. Parallel zu den bundesstaatlichen Struk-

²¹² Zu den Motiven hinsichtlich der ablehnenden Haltung, die Paris gegenüber der „union alpine“ einnahm, vgl. Kapitel III/1.

²¹³ „Déconcentration de l'administration de la Zone“ vom 12. 1. 1946; AdO HCFA Cab. Civil Pol. III A 2 p. 30; „Organisation de l'occupation française en Allemagne“ vom 9. 2. 1946; ebenda; „Note sur la réorganisation de la Zone française“ vom 25. 2. 1946; AdO HCFA Con. Pol. c. 196 III-0.

²¹⁴ Zu den französischen Rheinlandplänen: Krautkrämer, Rhénanieprojekt, S. 61–85.

²¹⁵ „Note sur la réorganisation de la Zone française“ vom 25. 2. 1946; AdO HCFA Con. Pol. c. 196-III-0.

turen sollte die neue Gliederung der Militärregierung erfolgen: Am Sitz der Konföderation in Konstanz war das Amt eines *Gouverneur Général* geplant, der als intimer Kenner Südwestdeutschlands mehr als nur ein einfacher Verwalter sein sollte. Die Oberdelegationen in Freiburg und Tübingen hätten entschlackt weiterbestanden, Sigmaringen und Lindau sollten mit untergeordneten *Délégations autonomes*²¹⁶ ausgestattet werden. Die Sonderrolle des Lindauer Delegierten war augenfällig, er hätte Kontakt zu den bayerischen Ministerien und zu den amerikanischen Behörden in München halten sollen.

Anfang März 1946 kehrte im Kabinett Ruhe ein. Die Vorschläge waren vorgelegt, zum Teil bis ins Detail ausgearbeitet. Nun war es an der Zeit, daß sich Emile Laffon zu Wort meldete, seine Position wäre schließlich zuerst der Neustrukturierung zum Opfer gefallen²¹⁷. Am 2. März 1946 machte er mit einem Schreiben²¹⁸ an Koenig seinen Standpunkt deutlich. Beigefügt hatte er eine Ausarbeitung über die wirtschaftlichen Nachteile einer Änderung der Zonengrenzen. Laffon selbst führte politische Gründe an: Abgesehen vom Prestigeverlust für Frankreich in bestimmten Kreisen der Bevölkerung sei eine Lösung nur im Großen zu erwarten. Der Föderalismus könne sich seiner Ansicht nach nur auf großräumige Gebilde stützen. Für Frankreich reklamierte er deshalb die vollständige Besetzung von Baden, Württemberg und dem Rheinland. Hannover und Westfalen sollten unter britische, ganz Bayern unter amerikanische Kontrolle gestellt werden²¹⁹. Die Stoßrichtung der Stellungnahme war für Koenig leicht zu durchschauen: keine Zwergstaaten innerhalb der Südzone, da diese den Föderalismus in Deutschland nicht stärken konnten, und damit eine klare Abfuhr an die Neugliederungspläne des *Conseiller Politique*.

Der erste Schuß vor den Bug war abgegeben. General Koenig sah sich gezwungen, nun mit offenen Karten zu spielen. Mit Bitte um Stellungnahme übersandte er seinem *Administrateur Général* eine Neugliederungsstudie. Mit Schreiben vom 15. April 1946 antwortete Emile Laffon und führte aus, daß, gerade weil eine föderalistische Politik betrieben würde, er die Konföderationspläne für die Südzone energisch zurückweisen müsse²²⁰. Die Existenz von Baden und Württemberg in einem föderalistisch aufgebauten Deutschland konnte er sich gut vorstellen, aber ein Staatsgebilde mit Namen Hohenzollern war in seinen Augen ein Anachronismus, der Gedanke des Föderalismus werde dadurch diskreditiert. Überhaupt könne das Problem nur auf nationaler Ebene gelöst werden. Laffon wurde deutlicher: „Die wichtigste Grundbedingung, um zum Föderalismus zurückzugelangen, ist die Besetzung jedes Landes durch eine einzige Macht; das übrige

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Wolfrum interpretiert die Planungen zur Neustrukturierung der FBZ als direkte Spitze gegen Laffon. Die Auflösung der Dienststelle Laffons wäre allerdings Folge, nicht Ursache der Umstrukturierung gewesen. Laffon hat keineswegs „neben den Dienststellen des französischen Oberbefehlshabers Pierre Koenig“ seinen „eigenen, zentralen und sehr umfangreichen Verwaltungsapparat aufgebaut“, vielmehr verhielt sich der Sachverhalt umgekehrt; Wolfrum, Neugliederungspläne, S. 433 f.

²¹⁸ „Conséquences politiques et économiques entraînées par une modification éventuelle des limites de la Zone Française (Bade-Wurtemberg)“ vom 2. 3. 1946; AdO CCFA Cab. Laffon c. 13.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ „Etude de la réorganisation du Gouvernement Militaire“ vom 15. 4. 1946; AdO CCFA Cab. Laffon c. 13.

ist zweitrangig.“²²¹ Eine Neustrukturierung nach Art des Heterogenitätsmodells aus dem Kabinett Koenig lehnte er ab. Der Generalverwalter gab sich überzeugt von der Prämisse, den Föderalismus auf historisch gewachsenen Einheiten fußen lassen zu müssen.

Aus Paris waren ähnliche Töne zu hören, ein Tausch von Südwürttemberg-Hohenzollern gegen Nordbaden stand weiter auf der Tagesordnung. Dagegen mußte Koenig das Heterogenitätsmodell verteidigen. Am 18. März 1946 schrieb er an René Mayer²²² und wandte sich ausdrücklich gegen einen solchen Tausch. Eindringlich wies der Oberkommandierende auf den Umstand hin, von vier süddeutschen Ländern – Baden, Württemberg, Hohenzollern und Bayern – einen mehr oder weniger großen Teil besetzt zu halten. „Über kurz oder lang ist die Gründung einer Föderation oder Konföderation in Südwestdeutschland, die sich instinktiv dem preußischen Geist entgegenstellt und die sich zwangsläufig an Frankreich anlehnt, keineswegs eine Utopie.“²²³ Eine Besetzung ganz Badens werde diese Politik begrenzen, wobei mit dem Verlust der Universität Tübingen einer der intellektuellen Mittelpunkte des Protestantismus in Deutschland verlorengelassen würde. Auch wirtschaftliche Erwägungen führte Koenig ins Feld, die mit der Feststellung, daß Südwürttemberg geeigneter als Nordbaden sei, selbständig zu leben, auf den Punkt gebracht sind.

In diese Kerbe hieb Laffon im Mai 1946 ebenfalls – allerdings für seine Zwecke – in Form einer erneuten Ausarbeitung über die politische Organisation der FBZ²²⁴. Er plädierte dafür, erst abzuwarten, ob die Gespräche mit den Alliierten bezüglich einer Neuregelung der Zonengrenzen fruchteten. Erst dann, so Laffon, könne an eine Umstrukturierung der Militärregierung gedacht werden. Für den Südtel der Zone vermutete er, daß die Bevölkerung die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg wünsche. Eine Art Länderrat mit Sitz in Freiburg oder Konstanz lehnte Laffon weiterhin kategorisch ab. Das Austarieren des Gleichgewichts zwischen Baden und Württemberg in einer derartigen Organisation schien ihm angesichts der Probleme bei der Ernennung der Provisorischen Landesverwaltungen unmöglich; mit Freiburg als Sitz der Konföderation würden sich die Württemberger niemals abfinden. Zu Koenigs Plan, Hohenzollern Mitglied einer Süddeutschen Konföderation werden zu lassen, fand der Generalverwalter abermals klare Worte: „Die geographische Situation dieses Landes im Innern von Württemberg, seine wirtschaftliche und demographische Schwäche läßt meiner Ansicht nach jede Idee, daraus eine Einheit innerhalb des Verbandes einer Föderation zu machen, illusorisch erscheinen.“ Genauso dezidiert fiel sein Urteil zu Koenigs Vorstellungen bezüglich Lindaus aus, das schließlich „nur einen winzig kleinen Teil von Bayern repräsentiert und dem schon eine besondere Behandlung widerfährt, um seine politische und wirtschaftliche Orientierung zu berücksichtigen“.

Emile Laffon gab sich mit den bereits eingereichten Stellungnahmen nicht zufrieden. Mitte Juli 1946 ließ er Koenig eine couragierte Ausarbeitung über die „Wiedererrichtung

²²¹ „La condition première et urgente d'un retour au fédéralisme est l'occupation de chaque Etat allemand par une seule et même puissance; le reste est secondaire“; ebenda.

²²² Koenig an Mayer vom 18. 3. 1946; MAE Y-Int. 1944–1949 448.

²²³ Ebenda.

²²⁴ „Organisation Politique de la Zone Française“, Emile Laffon [Mai 1946]; MAE PA-AP 338-Laffon 8. Dort auch die folgenden Zitate.

der Länder Baden und Württemberg“²²⁵ übermitteln, deren vornehmlicher Zweck es war, den Oberbefehlshaber auf dem aktuellen Stand der Verhandlungen mit den Amerikanern zu halten. Der Quai d'Orsay hoffte nämlich weiterhin, einen Tausch herbeiführen zu können. Erneut gab Laffon seiner Auffassung von der Nichtlebensfähigkeit eines Südstaates Ausdruck und führte weiter aus, daß das Außenministerium in Verhandlungen mit Washington eine Unterstellung ganz Badens unter französische Besatzung zu erreichen suche. Wieder machte sich Laffon zum überzeugten Fürsprecher der klaren Trennung von Württemberg und Baden aufgrund von Mentalitäts- und Religionsunterschieden. Außerdem mißfiel ihm jede Art von gemeinsamer Kontrolle über Baden und Württemberg, da sich die Amerikaner zu stark in die französische Besatzungspolitik einmischen könnten.

Der entscheidende Punkt blieb aber weiterhin die Wirtschaft. Konnten die französischen Wünsche bei gleichzeitiger Dezentralisierung der Verwaltung ausreichend erfüllt werden? Die Beurteilung dieser Problematik war Aufgabe des *Directeur Général de l'Economie et des Finances*, Jean Filippi, der direkt Generalverwalter Laffon unterstand. Er legte im Juli 1946 innerhalb zweier Tage je eine Ausarbeitung über die Dezentralisierung der Wirtschafts- und Finanzabteilungen und der Verwaltung der französischen Zone vor.²²⁶ Die Frage der Dezentralisierung sei schon oft gestellt worden – so Filippi in seiner ersten Ausarbeitung – und es sei Gemeingut, daß sie die Voraussetzung einer indirekten Verwaltung darstelle. Aber sie treffe auf „unüberwindliche Hindernisse im Bereich der gelenkten Wirtschaft“. Filippi führte dafür Gründe technischer, verwaltungsmäßiger und wirtschaftlicher Art an. Technisch sei man nicht in der Lage, die Geldpolitik und damit die Festlegung der Preise zu dezentralisieren. Das Fehlen einer deutschen Zentralverwaltung auf Zonenebene zwingt die Militärregierung darüber hinaus, verwaltungstechnisch direkt einzugreifen. Im wirtschaftlichen Bereich könne eine ausgeglichene Handelsbilanz der Zone nur durch eine systematische Auswertung der Ressourcen, die zentral zu steuern seien, und durch Einsparungen bei den Importen gewährleistet werden. „Die vorstehenden Bemerkungen bleiben gleichermaßen gültig, egal, ob man nun von der Dezentralisierung nicht mehr zugunsten von vier oder fünf Provinzen, sondern von einem Nord- und einem Südtteil ausgeht.“²²⁷ Das Anliegen Filippis, der eine harte Wirtschaftspolitik verfolgte, war augenfällig, eine Dezentralisierung gefährdete die wirtschaftliche Ausnutzung der Zone. Bei seinem Vorgesetzten Laffon rannte er damit offene Türen ein, galt jener doch als Verfechter einer harten Wirtschaftspolitik.

Einen Tag später, am 24. Juli 1946, reichte Filippi eine zweite Ausarbeitung nach, die sich mit der Verwaltung der Zone befaßte.²²⁸ Er machte sich zum Fürsprecher einer deutschen Regierung für die gesamte FBZ. „Der Zeitpunkt scheint gekommen zu sein, ein deutsches Organ zu schaffen, das entweder den Charakter einer bundesstaatlichen Verwaltung oder einer Föderation der verschiedenen Länder hat.“ Dem Rheinland komme eine gewisse Bevorzugung zugute, es solle die Föderation der FBZ politisch an-

²²⁵ „Reconstitution des Etats du Bade et du Würtemberg [sic!]“, Laffon an Koenig vom 16. 7. 1946; AdO HCFA AP c. 3304 p. 104 d. 1520.

²²⁶ „Note sur la décentralisation des services économiques et financiers du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation“, Jean Filippi vom 23. 7. 1946 und „Note sur l'administration de la Zone Française“, Jean Filippi vom 24. 7. 1946; MAE PA-AP 338-Laffon 14.

²²⁷ „Note sur la décentralisation...“, ebenda.

²²⁸ „Note sur l'administration...“, ebenda.

führen. Die wirtschaftlichen und politischen Vorteile einer diesbezüglichen Gliederung wurden von Filippi dahingehend umrissen, daß die Militärregierung zur indirekten Kontrolle übergehen könnte und im gleichen Zug Deutsche auf die Probe gestellt würden, die beim zukünftigen föderalistischen Aufbau Deutschlands von Nutzen wären.

Das Kabinett um Koenig suchte derweilen unverdrossen nach Möglichkeiten, das Heterogenitätsmodell zu untermauern. „Auf der Suche nach einer französischen Lösung für das deutsche Problem“ hieß das nächste, vom Leiter der *Section Politique* des Zivilkabinetts, Major Marcel Mercier, im August 1946 lancierte Exposé²²⁹. Ausgehend von einem wiederherzustellenden Gleichgewicht in Europa, das Mercier durch den sowjetischen Wunsch nach Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates mit anschließender Niederdrückung zum Satelliten verletzt sah, entwickelte er einen politischen Lösungsvorschlag für das deutsche Problem, den er in der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa sah. Die Aufgabe erfolgreicher Demokratisierung sei die Ausgestaltung eines Deutschlands, das in diese Gemeinschaft aufgenommen werden könnte. Frankreich stehe hierzu eine Einflußsphäre zur Verfügung, die durch Latinität und Katholizismus geprägt sei: die rheinischen Provinzen und die Länder Süddeutschlands, also Baden, Württemberg und Bayern. Die Teilung der FBZ in Nord- und Südzone habe dasselbe Ziel, jedoch unterschiedliche Methoden notwendig gemacht. Die Südzone verfüge über einen mehr oder weniger großen Teil aller deutschen Länder südlich des Mains. Den Partikularismus dieser Länder müsse man frei sich entwickeln lassen, dann werde er auf die anderen süddeutschen Länder, einschließlich Österreich, wirken. „Deshalb muß man den Teilen der Länder, die wir kontrollieren, die vollkommene Eigenart belassen, indem man sie in eine Konföderation integriert.“²³⁰ Auf Hohenzollern als eigenständigen Staat verzichtete Mercier, eine Einverleibung nach Württemberg schien ihm sinnvoll, während der Kreis Lindau direkt in einen „konföderalen Organismus“ angebunden gewesen wäre. Als Sitz der Konföderation komme zu Beginn Freiburg in Frage, aber nach Verschmelzung mit dem Länderrat könne der Einfluß ausgedehnt und eine neue Hauptstadt gesucht werden. Deshalb sei die Gründung „mehr als dringlich, wenn wir den amerikanischen Anziehungspol neutralisieren und eine bedeutende Rolle in Süddeutschland spielen wollen“. Folge dieser Politik wäre eine Dezentralisierung der französischen Verwaltung und damit einhergehend die Kompetenzbeschneidung der Baden-Badener Dienststellen gewesen. Die indirekte Verwaltung hätte aber auf diesem Weg erreicht werden können.

Doch die Neugliederungsdiskussion auf französischer Seite war damit nicht beendet. Anfang September 1946 meldete sich ein weiterer Verfechter des Heterogenitätsmodells zu Wort. Nach Unterhaltungen mit Pierre de Leusse, Leiter der Mitteleuropaabteilung im französischen Außenministerium, schmiedete man erneut Pläne, um nach der Gründung von Rheinland-Pfalz nun das Problem der Südzone zu lösen²³¹. Die Vorteile lagen auf der Hand: Dem nördlichen Württemberg-Baden wäre eine Südkonföderation gegenübergestellt worden, die den Ausgangspunkt für die Verbreitung der Ideen und der Kultur Frankreichs in ganz Süddeutschland gebildet hätte. In Paris teilte man erwar-

²²⁹ „A la recherche d'une solution française du problème allemand“, Major Mercier im August 1946; AdO CCFA Cab. Civil c. 11 POL I B d. 2.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ „Fiche pour le Général – Réorganisation de la zone sud“ vom 6. 9. 1946; AdO HCFA Cab. Civil c. 31 POL III A 8.

tungsgemäß diese Einschätzung nicht. Das Homogenitätsmodell hatte das weitaus größere Gewicht, die Länder Baden und Württemberg standen im Vordergrund. Außenminister Bidault war kein Mann der Experimente, so daß der erneute Vorstoß aus Baden-Baden rasch versandete. Die Vorgänge blieben allerdings im restlichen Europa keineswegs unbeobachtet. Das Eidgenössische Politische Departement in Bern war durch den neuen Baden-Badener Oberbürgermeister und Präsidenten der Handelskammer, Dr. Ernst Schlapper, genauestens informiert. Die Bildung „eines alemannischen Landes“ an der Nordgrenze berührte die Schweizer Beamten, allen voran Legationsrat Zehnder, sichtlich²³². Welche Auswirkungen würde ein Südstaat auf die Schweiz haben?

In der französischen Verwaltung war die Auseinandersetzung noch nicht beendet. Im November 1946 gab General Koenig vor den höchsten Chargen der Militärregierung seinen unabänderlichen Willen zur Schaffung einer zentralen Verwaltung für die Südzone, die ihren Sitz in einer rechtsrheinisch gelegenen Stadt haben sollte, erneut bekannt²³³. Anfang Dezember 1946 betrat das Zivilkabinett Koenig ein weiteres Mal die Baden-Badener Bühne. Eine Ausarbeitung zur französischen Politik in Deutschland²³⁴, die für die *Section Politique* bestimmt war, umriß vor allem die französischen Föderalismusvorstellungen. Deutschland werde eines Tages einen wichtigen Faktor in der Welt und insbesondere in Europa darstellen, doch die Einheit Deutschlands wiederherzustellen bedeute gleichfalls, das stark zentralisierte Vorkriegsdeutschland zu erneuern. „Alle Anstrengungen Frankreichs müssen deshalb darauf abzielen, die deutsche Einheit dauerhaft zu erschüttern und die Länder, die am nächsten an unseren Grenzen gelegen sind, an unsere Politik anzunähern.“²³⁵ Föderalismus sei nur ein Wort, das in den westlichen Zonen unterschiedliche Bedeutung habe. Obwohl die FBZ nur acht Prozent der deutschen Bevölkerung umfasse, glaubte man im Zivilkabinett, daß Frankreich die Reform der deutschen Strukturen beeinflussen könne. Mit Zustimmung der Briten bestünde die Möglichkeit, eine rheinische Provinz zu bilden, mit Hilfe der Pfalz könnte diese verstärkt oder in die bayerischen Angelegenheiten interveniert werden. „Im Süden kann sie [*die Zone*] im Einverständnis mit den Amerikanern Baden und Württemberg wiederherstellen. Aber sie kann vor allem die Schaffung einer Konföderation süddeutscher Staaten hervorrufen, indem sie sich des bayerischen Landkreises Lindau bedient. Eine Konföderation süddeutscher Staaten unter Einfluß von Bayern, eine rheinische Provinz mit der Pfalz, das ist ein Drittel Deutschlands, auf das wir unseren Einfluß ausüben.“²³⁶ Der hier geäußerte Föderalismusgedanke ließ für eine bundesstaatliche Lösung der deutschen Frage keinen Platz. Föderalismus hatte im Umkreis von General Koenig einem Ziel zu dienen: die Bildung selbständiger deutscher Staaten im Rahmen eines Staaten-

²³² „Was die politische Organisation des deutschen Gebietes anbelangt, besteht ein französischer Plan, ein alemannisches Land aus dem Süden Württembergs und Badens zu errichten. Hauptstadt wäre wahrscheinlich Rottweil oder Tübingen, weil sich die Württemberger dagegen wehren, dass diese Rolle Freiburg zufällt [...]. Es wird gegenwärtig in deutschen Kreisen [...] unter der Oberfläche ein ziemlich leidenschaftlicher Kampf ausgetragen“; Schweizer Konsul in Baden-Baden an Zehnder vom 21. 10. 1946; BA Bern E 2300 Baden-Baden 1.

²³³ „Procès-verbal de la séance du Conseil du Gouvernement“ (masch. 7 S.) vom 26. 10. 1946, hier S. 4; AdO HCFA Con. Pol. 196-III-0.

²³⁴ „Note sur la politique de la France en Allemagne“, Cabinet Civil vom 4. 12. 1946; AdO HCFA Cab. Civil c. 50 Pol V A 1).

²³⁵ Ebenda.

²³⁶ Ebenda.

bundes zu garantieren. Im Frühjahr 1947 unternahm Koenig einen erneuten Versuch. In Baden-Baden ließ er eine von ihm einberufene Dezentralisierungskommission tagen, deren Ergebnis ein Reformvorschlag zur Zonenverwaltung war²³⁷. Möglichkeiten zur Reduzierung des umfangreichen Besatzungsapparates wurden ebenso ausgearbeitet wie strukturelle Überlegungen beim Übergang von einer direkten zu einer indirekten Besatzungsverwaltung.

Im Hinblick auf die Moskauer Außenministerkonferenz übermittelte Koenig seinem Generalverwalter am 30. Januar 1947 Anweisungen mit dem Ziel, „sofort in der französischen Zone die Prinzipien des Föderalismus [...] zu verwirklichen“²³⁸. Dazu müßten die Länder der Zone umgehend die Rechte erhalten, die sie in einem zukünftigen Staatenbund besitzen würden. General Koenig gab außerdem seinem Dafürhalten Ausdruck, daß nach Errichtung von Rheinland-Pfalz nun der Ausgestaltung von Baden und Württemberg das Augenmerk geschenkt werden müsse. Dazu sei es notwendig, Sorge zu tragen, daß sich die Verfassungen der südlichen Landeshälften, die gerade erarbeitet wurden, nicht zu weit von der schon in den nördlichen Landeshälften bestehenden entfernten, um eine spätere Wiedervereinigung zu erleichtern. Die Dezentralisierung der Militärregierung war unabdingbare Voraussetzung für die Stärkung der Länderebene.

Aber letztlich verliefen alle Reformvorschläge für den Südteil der FBZ im Sand. Weder das Heterogenitätsmodell aus dem Umfeld Pierre Koenigs konnte sich durchsetzen, noch war der Pariser Zonengrenzpolitik Erfolg beschieden. Es bleibt zu konstatieren, daß um die Jahreswende 1945/46 auf der Grundlage theoretischer Vorbereitungen und von Reformwünschen innerhalb der Militärregierung der Südstaat in den Bereich des politisch Möglichen und Realisierbaren gerückt war. Der Oberkommandierende konnte sich aber gegen die Widerstände Laffons und des Außenministeriums nicht durchsetzen. Da jedoch auch die Tauschwünsche nicht in Erfüllung gingen, muß der französischen Besatzungsmacht in bezug auf die Neugliederung des Südwestens das Verspielen vorhandener Möglichkeiten vorgehalten werden. Frankreich war damit in die Rolle des Verzögerers jeder Neugliederung Südwestdeutschlands und in das Fahrwasser der anglo-amerikanischen Bundesstaatspläne geraten.

Eingeforderte und freiwillige deutsche Stellungnahmen

Zeitgleich mit der französischen Neugliederungsdiskussion gingen in den Jahren nach 1945 teils beordnete, teils freiwillige deutsche Stellungnahmen zur Gründung eines aus dem Südteil der FBZ bestehenden Staates bei der Militärregierung ein. Gemeinsam war diesen Exposés, Reflexe auf die nach außen gedragenen französischen Pläne zu sein. Sie entsprangen nicht einer kohärenten oder langgehegten politischen Überzeugung, sondern sie waren Ausfluß einer momentanen Stimmungslage und somit losgelöst von stringenten politischen Konzeptionen²³⁹.

²³⁷ Hudemann, Zentralismus, S. 203.

²³⁸ „Instruction – Objet: Application à la Zone française des projets remis aux Alliés concernant l'organisation future de l'Allemagne“, Koenig an Laffon vom 20. 1. 1947; AdO HCFA Con. Pol. c. 196-III-0.

²³⁹ Zu den konzeptionell durchdachten und planmäßig unter der Bevölkerung verbreiteten Neugliederungsplänen vgl. die Kapitel II bis IV.

Das chronologisch erste, in den Akten überlieferte Exposé mit dem Titel „Gedanken zwecks Gründung eines ‚Zonenlandes‘“²⁴⁰ datiert auf den 23. November 1945 und wurde in Konstanz von Hans Constantin Paulssen in großindustriellem Umfeld niedergeschrieben²⁴¹. Paulssen propagierte darin die Schaffung eines Südstaates aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus²⁴².

Am 20. September 1946 glaubte Alfred Bund, der Leiter der Finanzverwaltung im Direktorium in Freiburg, mit Blick auf die im August durchgeführte Gründung von Rheinland-Pfalz, ähnlichen Verlautbarungen von Koenig für die Südzone zuvorkommen zu müssen²⁴³. Die Quintessenz des Vorstoßes²⁴⁴, den er beim Oberdelegierten Pène aus Furcht vor einer französischen Strukturreform führte, war einzig und allein der Nachweis, daß „die Militärregierung Südbaden mit der Staatsverwaltung eines in dieser Weise vereinten Gebietes [*des Südstaates*] beauftragen sollte“. Dazu führte Bund politische, wirtschaftliche und geographische Gründe an. Für Bund mußte Freiburg die Hauptstadt des Staates „Südbaden-Südwestfalen“ sein, gegenüber Tübingen oder Rottweil verfüge die Stadt im Breisgau über die Nähe zu Frankreich und die Möglichkeit zur Ausdehnung.

Von vereinzelt Einwürfen abgesehen, fand die Neugliederungsdiskussion innerhalb der Militärregierung aber weiterhin ohne die Teilnahme deutscher Persönlichkeiten statt. Nur einmal – im Herbst 1946 – forderten die Besatzungsbehörden einige schriftliche Stellungnahmen ein. In den einschlägigen Akten des Zivilkabinetts von General Koenig sind zwei derartige Gutachten überliefert. Das eine entstammt der Feder von Professor Hubert Armbruster aus Mainz, das andere ist aus der Hand des Baden-Badener Gewerkschaftsvorsitzenden Matthias Schneider²⁴⁵. Diese Ausarbeitungen stellen wirkliche Auftragsarbeiten für die französische Besatzungsmacht dar.

Hubert Armbruster²⁴⁶, Professor an der neugegründeten Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, schlug im September 1946 in seinem sieben Seiten umfassenden Gutachten „die Zusammenfassung Südbadens, Südwestfalens, Hohenzollerns und des

²⁴⁰ [Hans Constantin Paulssen]: „Idées pour la fondation d’un ‚pays de la zone‘“ vom 23. 11. 1945; AdO HCFA Con. Pol. 196-III-0.

²⁴¹ Verfasser war Hans Constantin Paulssen, Direktor der Aluminiumwerke in Singen. Im Herbst 1945 versuchte er mit dem Zeppelinkonstrukteur Hugo Eckener, eine Partei mit Namen „Süd-deutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ ins Leben zu rufen, die aus Sicht der Besatzungsmacht mit der Alpenlandbewegung in Verbindung stand; vgl. Kapitel V/2.

²⁴² Vgl. dazu Kapitel V/2.

²⁴³ „Administration civile des territoires allemands situés au bord droit du Rhin de la Zone Française d’Occupation“, Bund an Pène vom 20. 9. 1946; AdO HCFA AP c. 3304 p. 104 d. 1520.

²⁴⁴ Zum Projekt von Alfred Bund im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der BCSV vgl. Kapitel V/1.

²⁴⁵ Hubert Armbruster: „Die Neugliederung der französischen Südzone“ vom 20. 9. 1946 und Matthias Schneider: [ohne Titel] vom 30. 9. 1946; AdO HCFA Cab. Civil c. 31 Pol III A d. 8. Vgl. auch: Wolfrum, Neugliederungspläne, S. 446 f.

²⁴⁶ Hubert Armbruster war 1945/46 zeitweise in der Staatskanzlei in Tübingen als Oberregierungsrat beschäftigt. Carlo Schmid urteilte Jahre später über Armbruster: „Im übrigen glaube ich, daß er außerordentlich stark nach der französischen Seite hinüberhängt, nicht im bösen Sinn, aber aus einer gewissen Dankbarkeit dafür, daß man ihn, ohne daß die sachlichen und formellen Voraussetzungen vorgelegen hatten, so früh an die Universität Mainz ernannt hat. Diese Ernennung geschah damals ja durch die Franzosen“; Carlo Schmid an Fritz Heine vom 3. 9. 1952; AsD NL Schmid 1401.

Kreises Lindau zu einem *einzig* südwestdeutschen Land mit einer einheitlichen Landesregierung vor“. Vier leitende Prinzipien legte Armbruster seinen Gedanken zugrunde: das Prinzip der Elastizität, der Parität, des Föderalismus und der Einfachheit. Die Elastizität sei wegen der Ungewißheit der späteren politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage unverzichtbar. Der zukünftige föderative Aufbau in Form eines Bundesstaates oder eines Staatenbundes sei jedoch möglich, weshalb man in der Südzone mit der Entwicklung Schritt halten müsse. Hier deckten sich die Ausführungen Armbrusters mit den Vorstellungen des Kabinetts Koenig von der „Zünderfunktion“ einer Konföderation „Südschwaben“. Laut Armbruster gelte das Prinzip der Elastizität im Hinblick auf die Offenhaltung der „Möglichkeit einer künftigen gebietsmässigen Wiedervereinigung Südbadens mit Nordbaden bzw. Südwürttemberg mit Nordwürttemberg“²⁴⁷. Die 150 Jahre alte Verwaltungstradition in Baden und Württemberg habe ein Staatsgefühl geschaffen, das sich über mancherlei Verschiedenheiten hinweggesetzt habe. Vor allem die Badener lebten in der ständigen Furcht, von den Württembergern vereinnahmt zu werden. Diese Einsicht erfordere die Anwendung des Prinzips der Parität. „Die Besetzung der leitenden Stellen und Ämter des zu schaffenden Landes muss deshalb nach Möglichkeit paritätisch erfolgen, um dieser Besorgnis den Boden zu entziehen.“ Das dritte Prinzip Armbrusters, der Föderalismus, stand im Zentrum des Gutachtens. Der Erörterung der Grundlagen dieses Prinzips folgte das Bekenntnis zum Stammesföderalismus: „Die ursprünglichen Länder Baden und Württemberg sind Ergebnisse einer Gliederung, die nach formalen dynastischen Grundsätzen erfolgte, d. h. unter Absehung von der Stammesgrundlage und dem Stammesbewußtsein. Der Föderalismus muß die stammesmäßige Gliederung entschieden in den Mittelpunkt stellen.“ Dem Prinzip inhärent sei die Subsidiarität, die in der Stärkung der Kreise und Gemeinden ihren Ausdruck finden möge. Scharf wandte sich der Mainzer Professor gegen eine Anlehnung an das schweizerische Verfassungssystem. Die Kantone besäßen Staatsqualität, die Kreise der Südzone seien aufgrund ihrer Kleinräumigkeit dafür nicht geeignet, derartige Zwergstaaten lägen nicht im Sinne des Föderalismus, der auf Staaten mittlerer Größe aufgebaut sein müsse. „Die Zusammenfassung der französischen Südzone [*d. h. des Südstaates*] ergibt ein Staatsgebilde mittlerer Grösse, das durchaus lebensfähig wäre und das sich die erforderliche Geltung verschaffen könnte.“ Das letzte Prinzip, die Einfachheit, betonte Armbruster beim Aufbau der Verwaltung. Als Spitze des Staates war das Amt des Staatspräsidenten vorgesehen, der den Ministerpräsidenten ernennen sollte. Zwei Kammern, der gewählte Landtag und der ständisch aufgebaute Senat²⁴⁸, sowie Kreisversammlungen und Gemeinderäte hätten das Verwaltungssystem nach unten vervollständigt. Zwei Verwaltungsprovinzen waren des weiteren vorgesehen, Südbaden mit Freiburg und Südwürttemberg samt Hohenzollern mit Tübingen als Mittelpunkt; einzig für den Kreis Lindau hätte eine Sonderregelung zu erfolgen. Als Sitz der Regierung komme die alte Reichsstadt Rottweil in Frage. Nicht nur in diesem Punkt kamen Armbrusters

²⁴⁷ Hubert Armbruster: „Die Neugliederung der französischen Südzone“; AdO HCFA Cab. Civil c. 31 POL III A d. 8.

²⁴⁸ Armbruster führte dazu aus: „Der Senat: er setzt sich zusammen aus Vertretern der Unternehmerverbände, Gewerkschaften, der Landwirtschaft, der Kirchen, Universitäten, der Rechtsanwaltskammer, des Handwerks, der Ärzteschaft und ist in teils beratender und teils auch beschliessender Form an der Gesetzgebung beteiligt. Die Mitglieder werden auf Vorschlag der beteiligten Körperschaften und Organisationen vom Staatspräsidenten ernannt“; ebenda.

Vorschläge den Ideen Otto Fegers recht nahe²⁴⁹, wenngleich die kritisierte Nichtanwendbarkeit der Kantonsverfassung als Spitze gegen den Konstanzer Archivar gesehen werden kann.

Mit weit weniger Elan ging der Gewerkschaftsfunktionär Matthias Schneider im September 1946 in Baden-Baden an die Arbeit. Auf knapp zwei Seiten skizzierte er „auf Wunsch“ von Major Mercier, dem Leiter der *Section Politique* im Zivilkabinett Koenigs und selbst Verfasser von Neugliederungsplänen, die Umrisse eines „Schwäbisch-Alemannischen Bundes“. Es ist kaum vorstellbar, daß Schneider in der Namensgebung nicht von Fegers *Schwäbisch-Alemannischer Demokratie* beeinflusst worden ist. Überhaupt scheint das Exposé hastig dahingeschrieben zu sein. Einen Staatscharakter sollte der schwäbisch-alemannische Bund nicht beinhalten, vielmehr werde mit dem Zusammenschluß von Südbaden und Südwürttemberg eine „Zwischenlösung“ geschaffen. Die endgültige Lösung nannte Schneider nicht beim Namen, aber an seiner Präferenz für die Wiederherstellung der alten Länder besteht kein Zweifel. Der Dezentralisierung trug er im geplanten Verwaltungsaufbau genügend Rechnung. Die Gemeinden und die darauf aufgebauten Bezirksamter sollten die untersten beiden Verwaltungsgruppen bilden. Aus jeweils vier bis fünf Bezirksamtern sei sodann ein Kreis zu konstituieren. Allen Verwaltungsgruppen hätte nach Schneiders Gutdünken die volle Steuerhoheit zugestanden. Eine Identität von Kammerbezirken und Kreisen waren für den Gewerkschafter die Gewähr „für eine gute Mitarbeit aller Bürger an der Neugestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens“²⁵⁰. Auf der Grundlage der Kreise könne sich dann die Schaffung zweier Regierungskommissariate vollziehen, eines für Südbaden und eines für Südwürttemberg, „damit die Eigenständigkeit erhalten bleibt“. Der Sitz des gemeinsamen Landtages und der Regierung des schwäbisch-alemannischen Bundes sollte nach Donaueschingen auf die Baar verlegt werden.

Französische Meinungsumfragen

Die französische Besatzungsmacht bediente sich auch des Instruments der Meinungsumfrage, um Erkenntnisse über die Stimmungslage in Südwestdeutschland zu gewinnen. Viele Deutsche hegten den Verdacht, daß Frankreich eine neue Rheinbundpolitik betreiben werde und man sich deshalb um die Süddeutschen bemühe²⁵¹. Der Südstaat war unter den gegebenen Voraussetzungen eine sehr wahrscheinliche Neugliederungslösung.

Die Kreisdelegierten wurden mit der Aufgabe betraut, maßgebliche Politiker in der Südzone über deren Ansichten zu den Neugliederungsplänen zu befragen. Die Befragung fand in fast allen südbadischen Kreisen statt, wahrscheinlich 1947²⁵². Die Frage lautete: „Befürworten Sie einen Zusammenschluß von Südbaden mit Südwürttemberg oder die Vereinigung von ganz Baden mit ganz Württemberg?“ Die Antworten fielen von

²⁴⁹ Feger plädierte ebenfalls für die Stadt am Neckar: „Vielleicht wäre die alte Reichsstadt Rottweil am besten geeignet, einer zwangsläufig bescheidenen schwäbischen Regierung Sitz und Unterkunft zu geben.“ Feger, *Demokratie*, S. 159 f. Zu Fegers Neugliederungsplan vgl. Kapitel IV/1.

²⁵⁰ Schneider vom 30. 9. 1946; AdO HCFA Cab. Civil c. 31 Pol III A d. 8.

²⁵¹ Paradigmatisch sei auf die Tagebuchaufzeichnungen von Hedwig Maier, einer Mitarbeiterin Gustav von Schmollers am Institut für Besatzungsfragen in Tübingen, verwiesen: Dies., *Eroberung*, S. 70.

²⁵² „Résumé des réponses obtenues“; AdO Bade AP Sec. Pol. c. 2801.

West nach Ost unterschiedlich aus. Während in den Kreisen Offenburg, Bühl, Emmendingen, Neustadt, Müllheim, Lörrach und Säckingen sich die Befragten tendenziell gegen den Südstaat und gegen ein mit Württemberg vereinigt Baden aussprachen, gewann die Idee des Südstaates in den Kreisen Waldshut, Donaueschingen, Stockach und Überlingen deutlich an Zulauf. Damit einher ging in den östlichen badischen Landkreisen auch eine Akzeptanz für einen Südweststaat. In Freiburg vertrat Leo Wohleb, der Badische Staatspräsident, die Meinung, daß ein Südstaat lebensfähiger wäre als die „gegenwärtige Vereinigung“ Württemberg-Baden in der ABZ. Entschieden sprachen sich Friedrich Leibbrandt, der Vorsitzende der SPB, und Prälat Föhr vom Erzbischöflichen Ordinariat für den Südstaat aus, letzterer für den Fall, daß die Besatzung sich hinzöge und Freiburg Hauptstadt würde. Von mehreren Befragten wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß jede Reform von der Bevölkerung gebilligt werden müsse. So zeigt der französische Vorstoß anschaulich, wie gespalten die Lager in Südbaden waren. Die räumliche Nähe zu Württemberg erwies sich als positiver Faktor für die Akzeptanz einer staatlichen Neugliederung im Südwesten.

II. Abendland

Die abendländisch-föderalistischen Neugliederungskonzepte

1. Abendland als Metapher für ein konföderiertes Europa

Der Begriff „Abendland“ – hervorgegangen aus dem lateinischen Nomen „occidens“, das im Römischen Reich die Verwaltungseinheit des Westteiles des Imperiums bezeichnete – umschrieb seit dem Mittelalter die Kultur und die geistige Einheit Europas, die sich auf das deutsch-römische Kaiser- und Papsttum stützte. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ war sinnfälligster Ausdruck des Begriffs „Abendland“. Nach dem Untergang des Reiches zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Idee des Abendlandes zu einer Art konfessioneller Berufungsinstanz gegen den Protestantismus. Neue Attraktion verzeichnete der Begriff nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges, gestützt auf die Ausführungen Oswald Spenglers in seinem Buch *Der Untergang des Abendlandes*¹. Der Kulturphilosoph definierte Abendland als die „westeuropäische, heute über den ganzen Erdball verbreitete Kultur“². Ausgelöst durch diese Veröffentlichung, fand der Abendlandbegriff ein breites, aber auch kritisches Echo, insbesondere weil Spengler sich nicht auf eine Auseinandersetzung mit dem europäischen Christentum als kulturellem und geschichtlichem Faktor eingelassen hatte.

Katholische Kreise entwickelten in der Weimarer Republik die Abendlandvorstellungen weiter; sie konnten sich auf Ausarbeitungen, die der Rheinländer Romanist Hermann Platz³ schon zu Beginn der zwanziger Jahre entwickelt hatte, berufen. Sein Name ist wie kein anderer mit der katholischen Abendlandbewegung verknüpft. Der Bonner Studienrat sah den Begriff „Abendland“ an das Reich Karls des Großen territorial gebunden, inhaltlich durch „Antike, Christentum und romanisch-germanische Völkerwirklichkeit“⁴ bestimmt und als die Vereinigten Staaten von Europa⁵ politisch am Horizont heraufziehen. Das publizistische Organ, die Zeitschrift *Abendland*, gab seit Oktober 1925 die Marschrichtung an; Abendland und Europa waren Begriffe, die weitgehend inhaltlich gleich und bis zur Austauschbarkeit identisch gehandhabt wurden⁶. Die Über-

¹ Die Erstausgabe stammt aus dem Jahr 1918 (Spengler, *Untergang*, 1918).

² Spengler, *Untergang*, 1979, S. 70.

³ Hermann Platz (1880–1945), 1900 Abitur in Landau; Studium der Theologie in Würzburg; seit 1902 Studium der Romanistik in Straßburg; 1905 Promotion; 1906–19 Studienrat in Düsseldorf unterbrochen durch Kriegsteilnahme (1914–18); seit 1920 Studienrat am Gymnasium in Bonn; 1925–30 Mitbegründer und Autor der Zeitschrift *Abendland*; 1945 kommissarischer Kultusminister für das Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen; am 4. 12. 1945 nach kurzer Krankheit verstorben. Vgl. auch: Berning, Platz.

⁴ Etwa in einem Vortrag, den Platz vor einem Gremium der Rheinischen Zentrumspartei am 16. 12. 1923 hielt; vgl. Platz, *Deutschland*, S. 4.

⁵ „Paneuropa wird neu werden aus der Idee des Abendlandes“; ebenda, S. 29.

⁶ Zur Genese des Begriffs „Abendland“ vgl. Hürten, *Topos*, S. 131–154 und Ders., „Abendland“, S. 27–31. Die Prägung erhielt der Begriff durch Spengler, *Untergang*. Hermann Platz hingegen betonte die christlich-katholische Prägung der Kultur Westeuropas und damit des Abendlandes. Er verfaßte zu diesem Lemma zwei Lexikonartikel, die in der fünften Auflage des Staatslexikons von

schätzung des nationalen Gedankens und die Negierung der westeuropäischen Traditionen ließen im Falle des „Anschlusses“ Österreichs 1938 „die abendländische Idee ausdrücklich zur Waffe gegen die nationalsozialistische Anschlußpropaganda und Rassenideologie“ werden⁷. Spätestens damit trat die Abendlandbewegung in Opposition zum chauvinistischen Nationalismus insgesamt. Der Nationalsozialismus behandelte die abendländisch-föderalistischen Akteure als Staatsfeinde und Hochverräter, deren Weg zumeist in die Konzentrationslager und Gefängnisse führte.

Der Begriff „Abendland“ war deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wie andere Wörter tabu geworden⁸. Vielmehr brachten diejenigen, die sich als „Abendländer“ bezeichneten, damit zum Ausdruck, Menschen des europäischen Westens zu sein; sie betonten die enge geistige Verbindung mit Frankreich und der lateinischen Tradition sowie die konsequente Ablehnung des Nationalsozialismus. Die katholisch-abendländischen Vorstellungen konnten nach 1945 einigen Boden gutmachen, wenngleich eine in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreitete antiföderalistische Grundstimmung sich als ungünstige Ausgangslage erwies⁹. Im besetzten Deutschland sollte die Abendlandidee der als politisch nützlich erachteten und gewünschten Integration Europas die intellektuelle und historische Basis liefern. Gleichzeitig stellte sich die Frage nach dem künftigen staatlichen Aufbau Deutschlands, die einstimmig im föderalistischen Sinne beantwortet wurde. Ein dezentralisiertes Deutschland schloß zwingend die Existenz föderalistisch aufgebauter und wirtschaftlich lebensfähiger Länder ein. Daher konnten überzeugte „Abendländer“ nach 1945 nicht umhin, Neugliederungsvorschläge für das durch die Besatzungszonen fernerhin zersplitterte Südwestdeutschland zu erarbeiten.

Die „Vereinigung Abendland“ in Freiburg

Die ersten Aktivitäten der „Vereinigung Abendland“¹⁰ datieren auf Anfang September 1945 zurück und hängen eng zusammen mit dem Wirken von Leutnant Maurice Jordy, dem für Information und Propaganda zuständigen französischen Offizier der Bezirksmilitärregierung Freiburg. In einem für dessen Dienststelle requirierten Gebäude stellte die Besatzungsmacht einen Konferenzsaal für propagandistische Unternehmungen zur Verfügung. Dorthin berief Jordy in den folgenden Wochen unter dem Stichwort „Abendland“ einige Sitzungen ein, mit denen er sich insbesondere an das universitäre Milieu wandte; hatte er doch Anfang September aus Baden-Baden den Auftrag von Jean Arnaud, dem *Directeur de l'Information*, mitgebracht, die Gründung einer abendländischen Vereinigung zu forcieren. Als fatal sollte sich erweisen, daß Jordy die ersten Sitzungen selbst leitete und damit die „Vereinigung Abendland“ von Beginn an unter dem Vorwurf der Kollaboration zu leiden hatte. Der Spiritus rector auf deutscher Seite, der

1926 und im Großen Herder von 1931 erschienen sind; Platz, *Abendland*, 1926 und Ders., *Abendland*, 1931.

⁷ Hürten, *Topos*, S. 144.

⁸ Hürten, „Abendland“, S. 29.

⁹ Lange, *Bestimmungsfaktoren*, passim.

¹⁰ Quellenmaterial ist vorhanden in: AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A, AdO HCFA AC c. 883 und AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2; StadtA FR C 5/1857 und im rudimentär erhaltenen NL Josef Ruby.

Versicherungskaufmann Dr. Josef Ruby¹¹, nahm ebenfalls an den vorbereitenden Sitzungen teil. Seit Anfang Juni 1945 hatte der Freiburger Versicherungsdirektor versucht, bei den französischen Stellen die Erlaubnis für eine deutsch-französische Vereinigung mit dem Hinweis auf die „große europäische Familie“ und den Mentalitätsunterschied zwischen Nord- und Süddeutschen zu erwirken¹². Erfolg war ihm aber im Sommer nicht beschieden. Im Herbst 1945 arbeitete der ausgewiesene Regimekritiker und Katholik in den maßgeblichen Sitzungen federführend im Arbeitsausschuß, der für die Gründung der „Vereinigung Abendland“ zuständig war, mit¹³. Nach mehreren Vorfällen¹⁴ blieben jedoch einige der bis dahin mitwirkenden Freiburger Universitätsprofessoren den Sitzungen fern.

Am 26. November 1945 konnte Josef Ruby dennoch zur Gründung der „Vereinigung Abendland“ schreiten. Die Aufgaben des Vereins wurden klar umrissen: Pflege des abendländischen Geistes bei gleichzeitiger Förderung des Verständnisses für Frankreich. Im Sitzungssaal der Wirtschaftskammer Freiburg, der von dessen Leiter, Friedrich Leibbrandt¹⁵ – dem Vertreter des föderalistischen Flügels der badischen Sozialisten und selbst Gründungsmitglied der Vereinigung –, zur Verfügung gestellt worden war, teilnahmen 56 Personen an dem Gründungsakt. Nachdem Ruby die Anwesenden, unter ihnen auch die beiden französischen Leutnants Jordy und Toussaint, begrüßt hatte, hielt er anschließend ein alle Kernbereiche streifendes Referat¹⁶. Bezüglich des staatlichen

¹¹ Josef Ruby (1885–1960), Abitur am Bertoldgymnasium in Freiburg i. Br.; Studium vier Semester Theologie, dann Volkswirtschaft an der Albert-Ludwigs-Universität; Gründungsmitglied der „Freien Vereinigung katholischer Studenten“ und der „Akademischen Vinzenzkonferenz“; Redakteur der katholischen Zeitung Germania in Berlin; im Umkreis von Großstadtseelsorger Dr. Carl Sonnenschein (vgl. Kap. IV/1); Teilnahme am Ersten Weltkrieg; Prokurist bei der Holzfirma Himmelsbach in Freiburg; nach deren Bankrott im Versicherungsgeschäft tätig; Direktor der „Katholischen Volkshilfe“; Zentrumsmitglied; Gründungsmitglied der katholischen Baugenossenschaft „Familienheim“; vor und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Versicherungsbranche tätig; Hilfe für jüdische Kinder und ausländische Zwangsarbeiter; Verhöre durch die Gestapo; 1945 Vorsitzender der „Vereinigung Abendland“; 1945 Mitarbeit in der Zentrumsgruppe und der CAG; 1946 Mitglied der BCSV; 1948 durch Papst Pius XII. zum Komtur des Ritterordens vom hl. Papst Sylvester ernannt. Hinweise auch bei K. Färber, Ruby und o. A., Ruby.

¹² Josef Ruby: „Exposé [Vereinigung Abendland]“ vom 1. 6. 1945 (masch. 7 S.); StadtA FR C 5/30.

¹³ Die erste Sitzung fand nach Angaben von Ruby am 4. 9. 1945 statt. Vgl. dazu: „Die ‚Vereinigung Abendland e. V.‘. Entstehung, Wesen und Ziele“ (masch. 8 S.). Referat von Josef Ruby vom 26. 11. 1945; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

¹⁴ Auf einer der vorbereitenden Sitzungen kam es zu einem Eklat. Die Universität Freiburg wurde nämlich als „Insel der Deutsch-Nationalen“ bezeichnet und als „preußische Gefahr“ für das badische Volk dargestellt. Daraufhin blieben die meisten Professoren den Sitzungen fern; „Rapport sur la formation, le développement et l'activité de la Société *Abendland* (Septembre-Décembre 1945)“; AdO HCFA Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2. Die französischen Quellen geben über weitere Zwischenfälle keine näheren Auskünfte, man sah es aber rückblickend als schweren Fehler an, die Sitzungen durch Jordy leiten zu lassen. Dadurch geriet die aus diesen Sitzungen hervorgehende „Vereinigung Abendland“ in den Augen der Öffentlichkeit in den Geruch, Ableger einer französischen Behörde zu sein. Vgl.: „Note sur Abendland“ [März 1946]; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

¹⁵ Zur Biographie Friedrich Leibbrandts (1894–1960) und dessen Rolle in der Neugliederungsdiskussion vgl. Kapitel V/1.

¹⁶ „Die ‚Vereinigung Abendland e.V.‘ – Entstehung, Wesen und Ziele“ (masch. 8 S.). Referat gehalten von Josef Ruby auf der Gründungsversammlung am 26. 11. 1945; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

Wiederaufbaus empfahl Ruby eine „abendländisch-westliche“, vollständige Neuorientierung mit dem Ziel der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Dafür sollte eine enge kulturelle Zusammenarbeit mit dem benachbarten Frankreich¹⁷ das Fundament bilden, zumal Ruby die gebannten Zuhörer wissen ließ, daß „die Grundlagen unserer Kultur durchaus gemeinsam sind und zwar christlich-römisch-germanisch“¹⁸. Die Neuorientierung nach Westen galt nicht nur ihm als Allheilmittel. Die vorbereiteten Satzungen der Vereinigung wurden im Anschluß an das Referat Rubys durch Abstimmung angenommen, und die zügige Wahl der Vorstandschaft beschloß den Abend¹⁹.

Die „Vereinigung Abendland“ sah sich als eine Sammelbewegung der Geläuterten, die von der Überzeugung getragen waren, daß Kriege unzeitgemäß geworden seien. Die Aufklärung und Umerziehung der deutschen Bevölkerung standen im Vordergrund der Bemühungen, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war Ausgangspunkt aller Überlegungen. Daraus ergab sich das erklärte Ziel der „Vereinigung Abendland“: Zur Sicherung des Friedens und zur Aussöhnung mit Frankreich wurde die europäische Einigung auf föderalistischer Grundlage angestrebt²⁰. „Im Tiefenbewusstsein lebt eben doch das Gefühl eines gemeinsamen Nährbodens, einer urmütterlichen geistigen Heimat, des Abendlandes. Wie immer das neue Weltbild der einzelnen europäischen Völker aussehen wird, – abendländisch wird es nur sein, wenn es getragen wird von christlichem und humanitärem Geist.“²¹ Sehr deutlich geht aus diesen Zeilen Josef Rubys tiefe Verwurzelung im Katholizismus hervor²². Von der „geistigen und kulturellen Gemeinsamkeit und der sittlichen Gesamtverantwortung der abendländischen Völker“ überzeugt, konnte Ruby die konkrete politische Umsetzung der Abendlandidee nur in der europäischen Einbettung seiner föderalistischen Neugliederungsgedanken erkennen.

Weder in den Satzungen noch im Sitzungsbericht der Gründungsversammlung finden sich jedoch eindeutige Spuren der von Ruby mitgetragenen Neugliederungsdiskussion; und dennoch wurde sie heftig innerhalb der „Vereinigung Abendland“ geführt. Wie anders wäre es zu erklären, daß Friedrich von Chamier, ein junger Freiburger Student und zugleich Schriftführer der „Vereinigung Abendland“, in seinem Austrittsschreiben vom 13. Januar 1946 ausdrücklich davor warnte, „irgendwelche föderalistischen Intentionen

¹⁷ In diesem Zusammenhang sei auch auf die Denkschrift Rubys „Deutschland-Frankreich“ (masch. 3 S.) [1945/48] verwiesen; NL Josef Ruby.

¹⁸ „Die ‚Vereinigung Abendland e. V.‘“, ebenda.

¹⁹ „Sitzungsbericht über die Gründungsversammlung der *Vereinigung Abendland* e. V. vom 26. November 1945“ (masch. 12 S.); AdO HCFA AC c. 883. In die Vorstandschaft wurden gewählt: Erster Vorsitzender Dr. Josef Ruby, Zweiter Vorsitzender Dr. Gerhard Heiland, Dritter Vorsitzender Prof. Willibald Gurlitt, Schriftführer Friedrich von Chamier, Kassenverwalter Otto Schwarz, Erster Beisitzer Dr. Friedrich Leibbrandt, Zweiter Beisitzer Franz Schneller, Dritter Beisitzer Dr. Eugen Fink, Vierter Beisitzer Franz Rieger und Fünfter Beisitzer Dr. Wolfgang Hoffmann.

²⁰ Fäßler/Grohnert, Hauptstadt, S. 415.

²¹ „Entwurf – Vereinigung Abendland“; Entwurf eines Werbeflugblattes vom Februar 1946; AdO HCFA AC c. 883.

²² Auf dem Freiburger Katholikentag 1929 lernte Ruby den damaligen Nuntius in Berlin, Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII., kennen; Interview mit Gertrud Ruby vom 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a. Daß diese Begegnung für beide Männer nicht unbedeutend war, beweist die Ernennung Rubys zum Komtur des Ritterordens vom hl. Papst Sylvester im Jahr 1948 durch Papst Pius XII.

in der Vereinigung zu propagieren“, um dann mit erhobenem Zeigefinger fortzufahren: „Vor allem aber warne ich dringendst vor einem Rückfall in irgendeine Rassentheorie in der neuen Form einer alemannischen Volksbewegung.“²³ Der national-deutsche Standpunkt von Chamiers verbot jedes Planspiel, das die „Gefahr einer neuen unheilvollen Zersplitterung“ Deutschlands mit sich gebracht hätte²⁴. Gegen die abendländisch motivierten Föderalismuspläne des Zirkels um Ruby war von Chamier „contrecœur“²⁵.

Das Konzept einer stammesmäßigen Gliederung Deutschlands spielte in der „Vereinigung Abendland“ demzufolge intern eine gewichtige Rolle. Welchen Part der Philosoph Eugen Fink²⁶ als dritter Beirat bei der stammesföderalistischen Diskussion übernommen hat, muß wegen Quellenmangels im dunkeln bleiben. Der Freiburger Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann jedenfalls, selbst Beisitzer der „Vereinigung Abendland“, gab sich 1947 durch seitenlanges Zitieren aus Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannischer Demokratie* in der Beratenden Landesversammlung als ausgewiesener Experte der stammesmäßigen Einteilung des Südwestens zu erkennen²⁷. Die entscheidenden Stichworte²⁸ für die Neugliederungsdiskussion innerhalb der „Vereinigung Abendland“ hat Josef Ruby von einem langjährigen Freund der Familie, Bernhard Dietrich, bezogen, der seit Ende April 1945 zum Bürgermeister der Stadt Singen am Hohentwiel berufen war. Die Freundschaft der beiden Familien dürfte wahrscheinlich auf die gemeinsame Zeit im

²³ Austrittsschreiben Friedrich von Chamiers aus der „Vereinigung Abendland“ vom 13. 1. 1946; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

²⁴ Friedrich von Chamier: „Wege zur wahren Demokratie. Untersuchungen und Vorschläge über die Möglichkeit der Gestaltung einer demokratischen Bewegung in Deutschland“, [Freiburg Sommer 1945] (masch. 33 S.); EAF NL Gröber Nb 8/68.

Von Chamier glaubte in der unübersichtlichen Lage des Jahres 1945 an die Möglichkeit von drei politischen Szenarien für Baden: 1) Der Verbleib Badens im deutschen Staatsverband 2) Die Schaffung einer alpinen Union bestehend aus Baden, Württemberg, Bayern und Österreich (von Chamier konnte schon im August 1945 General Koenig von der Alpenlandbewegung berichten, Informationen, die er nur von Ruby erhalten haben kann; von Chamier an Koenig vom 20. 8. 1945; AdO HCFA Con. Pol. 197-III-0) 3) Die Annexion Badens durch Frankreich und die Verschmelzung mit dem Elsaß; ebenda S. 5 f. Diese Überlegungen decken sich mit den Informationen des US-Geheimdienstes vom Februar 1945: „Nach Angaben von Kriegsgefangenen gibt es allein in Baden drei Varianten der Autonomiebewegung: Eine wünscht den Anschluß ans Elsaß und an Frankreich, eine andere die völlige Unabhängigkeit und eine dritte eine föderative Union mit Württemberg und Bayern innerhalb des Reiches“; „Das Wiederaufleben des deutschen Regionalismus“ (21. 2. 1945); NA RG 226, OSS CID 118584; übersetzt und abgedruckt bei Borsdorf/Niethammer, Befreiung, S. 139–144, hier S. 143. Analysen politischer Emigranten für das amerikanische Außenministerium im Bericht „Particularism and Separatism in Germany“; NA OSS R & A Nr. 2337; erwähnt bei Söllner, Archäologie, Bd. 1, S. 233.

²⁵ Interview mit Max Müller vom 27. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

²⁶ Eugen Fink (1905–1975), 1925 Abitur in Konstanz; 1925–29 Studium der Philosophie, Germanistik, Geschichte und Volkswirtschaft in Münster, Berlin und Freiburg; 1929 Promotion bei Edmund Husserl; 1928–38 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Husserl; 1940–45 Kriegsteilnehmer; 1946 Habilitation; 1948 ordentlicher Professor in Freiburg; 1949–50 Aufbau des Husserl-Archivs; 1971 Emeritierung. Weitere biographische Angaben bei: Fink/Schütz, Fink, S. 117 ff.

²⁷ Zu Hoffmanns Position in der Neugliederungsdebatte und seiner Rolle innerhalb der BCSV vgl. Kapitel V/1.

²⁸ Die Alpenlandpläne gehen nicht auf „Politiker des [sic!] BCSV um Josef Ruby“ zurück, sondern sind eindeutig auf Bernhard Dietrich zurückzuführen. Auch die Annahme, Ruby habe sich am „früheren Habsburger Reich“ orientiert, ist irreführend; tatsächlich hatten die Vorstellungen keinen direkten monarchistischen Hintergrund; vgl. Fäßler/Grohnert, Hauptstadt, S. 414.

„Reichsbund der Kinderreichen“ in den Weimarer Jahren zurückreichen²⁹. Bei der Evakuierung von Freiburg im Jahr 1939 war die Familie Ruby in Singen im Hause von Dietrich für mehrere Wochen untergekommen³⁰. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr die Freundschaft neuen Auftrieb, Dietrich besuchte des öfteren die Familie Ruby in Freiburg. Ab Sommer 1945 stand bei diesen Treffen immer die politische Diskussion im Vordergrund. Klar hatte Dietrich bereits Stellung bezogen, ihm schwebte eine Konföderation der alpinen und voralpinen Gebiete unter der Bezeichnung „Alpenland“ vor. Mit einer gleichnamig betitelten Broschüre hatte er im Spätsommer 1945 die ersten Impulse gegeben³¹. Die Diskussionen mit Dietrich färbten in jenen Monaten entscheidend auf Ruby ab, obwohl letzterer diesbezüglich immer einen Rest Skepsis bewahrte. Aber beide verband die scharfe antipreußische Grundeinstellung und die Überzeugung, daß die politische Struktur der Heimat auf der Grundlage eines politisch geeinten schwäbisch-alemannischen Volkstums zu beruhen habe. Im Diskussionskreis, der unregelmäßig im Hause Ruby zusammentraf, waren auch des öfteren der Freiburger Philosophieprofessor und Heideggerschüler Max Müller³² und der katholische Redakteur Karl Färber³³ zugegen.

Ein tiefverwurzelter Antiborussianismus leitete auch Rubys Vorgehen und Einstellung gegenüber den Professoren der Universität Freiburg. Die Alma mater war in seinen Augen eine geistige Bastion der Reaktion und der preußisch-nationalistischen Indoktrination. Sein äußerst gespanntes Verhältnis zu Gerhard Ritter³⁴ ist dafür charakteristisch.

²⁹ Interview mit Franz Ruby am 15. 3. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

³⁰ Interview mit Gertrud und Rudolf Ruby am 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

³¹ Vgl. Dietrich, Alpenland. Zu Dietrichs Neugliederungsplänen vgl. Kapitel III/1.

³² Max Müller (1906–1994), Studium der Geschichte, Romanistik, Germanistik und Philosophie in Berlin, München, Paris und Freiburg; starker Einfluß von Martin Heidegger; Mitglied des katholischen Hochschulbundes „Neudeutschland“; 1937 von der Universität Freiburg verwiesen; 1939 Dozent am Theologenkonvikt in Freiburg; 1946 Mitbegründer der BCSV; 1946 Ordinarius für Philosophie in Freiburg; 1960 Professur in München.

³³ Karl Färber (1888–1979), 1898–1907 Gymnasium in Ellwangen; 1907–11 Studium der Theologie in Tübingen; 1911–12 Priesterseminar in Rottweil; 1912–14 Studium der Philosophie und der Kunstgeschichte in München; 1914–18 Kriegsteilnahme; 1919–22 Redakteur bei der Augsburger Postzeitung; 1923–25 daselbst Chefredakteur; 1925–36 Chefredakteur der Freiburger Tagespost; 1930–33 Stadtrat in Freiburg (Zentrum); 1940–45 Korrespondent der Frankfurter Zeitung und der Kölnischen Zeitung; 1945–61 Chefredakteur des Freiburger Katholischen Kirchenblattes; 1949–74 Chefredakteur des Christlichen Sonntags (seit 1967: Christ in der Gegenwart); 1959 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; zahlreiche weitere Ehrungen. Weiterführend: Siebler, Färber, S. 77 ff.

Auf der Grundlage von Constantin Frantz konstatierte Karl Färber den Niedergang des bündischen Moments seit 1870 und sprach von einer „Vergewaltigung“ Süddeutschlands im Artikel „Föderalismus“ in den Freiburger Nachrichten vom 22. 1. 1946: „nur durch die in der Weimarer Republik geschaffene einheitliche Verfassung konnte Hitler, konnte solch ein diktatorisches Regime, nachdem es im Norden, in Berlin, in Preußen und im Reich die Macht errungen, von dort aus die süddeutschen Länder niederringen und alles in den brutalsten Zentralismus einschmelzen“; gleichzeitig wies Färber auf das berechtigt „volkstümlich-Landschaftlich-Eigenständige [sic!]“ als Gegenbegriff zur „Kleinstaaterei“ hin.

³⁴ Zu Ritter vgl. Kapitel V/2. Von seinem Kollegen Ludwig Dehio auf die im Neuen Abendland erwähnte Agitation gegen „nicht alemannische [sic!] Professoren“ (Dehio an Ritter vom 11. 4. 1946) aufmerksam gemacht, antwortete Ritter energisch: „Was in der Zeitschrift ‚Neues Abendland‘ steht, ist eine alberne Fiktion irgendeines Dummkopfes, hinter dem gar nichts steckt. Ich nehme das in keiner Weise ernst“; Ritter an Dehio vom 25. 4. 1946; BA NL [Gerhard Ritter] 166/327.

Zu viele nord- und ostdeutsche Professoren verhinderten seiner Ansicht nach die systematische Umwandlung der Universität „in eine Institution, deren Charakter alemannisch oder süddeutsch geprägt ist“³⁵. Die Universität mußte daher ein Fremdkörper im eigenen Land bleiben. „Wir Alemannen sind dafür gut, diesen Herren mit preußischer Geisteshaltung das Gehalt zu bezahlen und sie danach unsere einheimische Jugend verpreußen zu lassen.“³⁶ Der Gedankengang Rubys gipfelte in der Feststellung, daß man erst dann zufrieden sei, wenn „wir die Herren in unserem Haus und auch in unserer Universität sein werden“. Das Gefühl der Unterdrückung und der preußischen Dominanz kommt hierin augenfällig zum Ausdruck und erwies sich als Nährboden für weitere Forderungen im politischen Bereich. Dazu zählte für Ruby die Stärkung der Regionen und vor allem ein stammesmäßig gegliedertes Süddeutschland.

Noch vor der offiziellen Konstituierung hatte das „Komitee für die Gründung der ‚Vereinigung Abendland‘“ am 16. November 1945 wegen einer Zeitschriftenlizenz bei der Militärregierung in Freiburg nachgesucht. Eine Redaktionskommission unter Leitung des Direktors der städtischen Bibliothek, Franz Schneller³⁷, hatte bereits die Vorarbeiten geleistet. Der Name der Zeitschrift sollte mit dem Namen der Vereinigung identisch sein: *Abendland*. Leutnant Jordy leitete das Gesuch an seinen mittelbaren Vorgesetzten, Oberstleutnant Marcellin, weiter und unterstützte nachdrücklich das Begehren³⁸. Wenige Tage später fand eine Unterredung zwischen Hauptmann Broistedt, dem in der Freiburger Oberdelegation zuständigen Informationsoffizier und unmittelbaren Vorgesetzten Jordys, und Josef Ruby statt. Das Resultat des Gespräches war eine erneute Antragstellung vom 3. Dezember 1945 einschließlich der Beifügung eines Exposés zur ersten Nummer von Franz Joseph Pootmann, dem zukünftigen Chefredakteur. Das Ziel der Zeitschrift bestand in der Propagierung einer christlich-demokratischen, d. h. abendländischen Ideologie in der Bevölkerung, da „das Schicksal der Völker das Resul-

³⁵ „Pensées et propositions concernant la réorganisation de l'université de Fribourg“ von Josef Ruby, Exposé an die Militärregierung; AdO HCFA AC c. 883. Das Leitmotiv faßte Ruby handschriftlich auf dem ersten Blatt oben rechts zusammen: „La Prusse historique c'est la guerre. Détruire la Prusse et déprussianiser la mentalité allemande c'est la paix“.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Franz Schneller (1889–1968), 1899 Bertoldgymnasium in Freiburg i. Br.; 1902 Friedrichsgymnasium in Freiburg i. Br.; 1908–11 Apothekerlehre im Allgäu; 1914–18 Kriegsteilnahme als Schriftleiter in der Generalstabssektion bei der OHL in Berlin; 1919 Kritiker und Publizist in Freiburg; 1933 Schutzhaft, Ortsverweis und Publikationsverbot; 1940–45 Kriegsdienst; 1945 Direktor der Städtischen Volksbücherei Freiburg; 1946 Beginn der ständigen Mitarbeit im Landesstudio des SWF. Vgl. Bosch, Schneller, S. 336 ff.

Snellers Heimatliebe und Regionalbewußtsein – ohne mit politischen Forderungen verbunden zu sein – fand noch nach zwei Jahrzehnten ihren Niederschlag: Ders., Alemannen. Die gemeinsame Kultur der Alemannen über alle Ländergrenzen hinweg faszinierte den Freiburger Bibliothekar, der als stammesverwandten Gewährsmann Hermann Hesse mit folgenden Worten zitierte: „Für mich ist die Zugehörigkeit zu einem Lebens- und Kulturkreise, der von Bern bis zum nördlichsten Schwarzwald, von Zürich und dem Bodensee bis an die Vogesen reicht, ein erlebtes, erworbenes Gefühl. Dies südwestdeutsch-schweizerische Gebiet ist mir Heimat, und daß durch dieses Gebiet mehrere Landesgrenzen und eine Reichsgrenze liefen, bekam ich zwar im Kleinen wie im Großen oft genug entscheidend zu spüren, doch habe ich diese Grenzen in meinem innersten Gefühl niemals als natürlich empfinden können. Für mich war Heimat zu beiden Seiten des Oberrheins, ob das Land nun Schweiz, Baden oder Württemberg hieß“; ebenda, S. 35.

³⁸ Jordy an Marcellin vom 19. 11. 1945; AdO HCFA AC c. 883.

tat ihrer *Gesinnung* ist“³⁹. Die Autoren waren allesamt ausgewiesene Regimegegner; Josef Ruby legte einen programmatischen Aufsatz vor, der die Absichten der „Vereinigung Abendland“ darstellte, Dr. Rappenecker machte sich Gedanken über „Süddeutschland und der Föderalismus“, und Reinhold Schneider⁴⁰ steuerte eine geschichtsphilosophische Betrachtung zum Phänomen Abendland bei.

Aber Baden-Baden reagierte auf die eingereichte Sondernummer vorerst nicht. Deshalb sah sich Leutnant Toussaint, Informationsoffizier des Stadtkreises Freiburg, veranlaßt, bei Oberst Loutre, dem *Chef de la Section Presse*, am 15. Dezember 1945 wegen der erforderlichen drei Tonnen Papier für die erste Nummer, die am 15. Januar erscheinen sollte, nachzufragen. Die positive Antwort ließ über zwei Wochen auf sich warten, erst mit Schreiben vom 28. Dezember 1945 traf die Genehmigung für die Monatszeitschrift *Abendland* ein⁴¹. Die Auflagenhöhe richtete sich nach dem genehmigten Papierkontingent und belief sich auf 20 000 Exemplare. Doch die Freude beim Redaktionsteam sollte nur kurze Zeit währen: die Zeitschrift *Abendland* wurde von Baden-Badener Stellen kurz darauf als unzulässige und letztlich schädliche Unterstützung konservativer Kreise empfunden. Auf einer Sitzung des Presseausschusses vertrat Generalverwalter Emile Laffon am 29. Januar 1946 die Ansicht, daß wegen spärlicher Nachrichten und mangelnder Präzision der Ziele eine weitere Protegierung der „Vereinigung Abendland“ unverzüglich einzustellen sei. Hinter der Entscheidung stand die Vermutung, daß die „Vereinigung Abendland“ zur politischen Plattform der im Dezember 1945 in Österreich verbotenen Alpenlandbewegung werden könnte. In Laffons Augen sprach einiges dafür, daß der Sitz der Bewegung nach Freiburg verlegt werden sollte.

Um die Entscheidung des Generalverwalters zu revidieren, führte Leutnant Jordy zusammen mit Josef Ruby und Gerhard Heiland wenige Tage später in Baden-Baden ein ausführliches Gespräch mit Jean Arnaud, dem Leiter der *Direction de l'Information*, und dem für die Presse zuständigen Oberst Loutre über die „Vereinigung Abendland“ und deren Zeitschrift. Die Baden-Badener Offiziere insistierten auf einen Wechsel des Titels; der Begriff „Abendland“ sei zu „gefährlich“, der Titel könne leicht „falsch verstanden werden“⁴². Unter neuem Namen sei das Wiedererscheinen der Zeitschrift sofort möglich. Insbesondere Arnaud vertrat die Meinung, daß das Wort „Demokratie“ im Namenszug der Vereinigung erscheinen müsse. Einer Änderung des Namens jedoch

³⁹ Franz Joseph Pootmann: „Exposé zur ersten Nummer der Zeitschrift Abendland“ (o. D.); AdO HCFA AC c. 883.

⁴⁰ Reinhold Schneider (1903–1958), 1921 Abitur in Baden-Baden; 1921–28 landwirtschaftliches Praktikum bei Graf Robert Douglas (vgl. in diesem Kapitel Anmerkung 223) auf Schloß Langenstein im Hegau; 1929–32 Studien in Geschichte, Literatur und Philosophie; 1932–37 Wohnsitz in Potsdam; 1938 Umzug nach Freiburg i. Br.; 1941 Italienreise und Privataudienz bei Pius XII., Entzug der Druckgenehmigung; 1941–45 Zusammenarbeit mit Joseph Rossé (vgl. Kapitel III/1) und dem Colmarer Alsatia-Verlag; 1945 Anklage wegen Hochverrats; seit 1945 renommierter katholischer Schriftsteller; 1949 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz; 1952 Ritter des Ordens Pour le Mérite. Vgl. Landau, Schneider, S. 240–244.

⁴¹ Toussaint an Loutre vom 15. 12. 1945 und Section Presse an Toussaint vom 28. 12. 1945; beide Schreiben in: AdO HCFA AC c. 883.

⁴² Die „Vereinigung Abendland“ könne in der Bevölkerung als offensichtlich französisch unterstützter Teil der Alpenlandbewegung verstanden werden. Eine Zusammenfassung des Gesprächs gab Jordy in einem Brief, der Vorschläge zur Neubelebung der „Vereinigung Abendland“ enthält; Jordy an Broistedt vom 23. 2. 1946; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

konnten weder Ruby noch Heiland zustimmen, beide fühlten sich dadurch diskreditiert und lächerlich gemacht. Das Gespräch schien verfahren; Jordy rettete die Situation durch seinen Vorschlag, der Öffentlichkeit den Namenswechsel durch eine Umwandlung und Erweiterung der Gesellschaft zu erklären, was die Billigung aller Beteiligten fand. Auf der Rückfahrt nach Freiburg schossen die ersten Spekulationen ins Kraut: „Kulturbund für das neue Leben“ oder „Kulturbund für Frieden und Freiheit“ sollten die Alternativen sein.

Die Dominanz der beiden Freiburger innerhalb der „Vereinigung Abendland“ war Jordy ein Dorn im Auge. Noch vor dem endgültigen französischen Rückzug plante er eine Reform der Gesellschaft durch Schaffung eines Direktionskomitees aus acht prominenten Mitgliedern, unter denen sich neben dem Markgraf von Baden auch Bernhard Dietrich aus Singen befinden sollte⁴³. Den Reformvorschlägen war kein Erfolg beschieden, denn General Schwartz hatte Jordy bereits für einen unbedeutenden Posten in Österreich vorgesehen⁴⁴, um sein politisches Engagement in andere Bahnen zu lenken. Mit der Versetzung des französischen Promotors verschwand auch die „Vereinigung Abendland“ von der Bildfläche. Zwar stellte Ruby für die Gesellschaft noch eine *demande d'autorisation* bei der zuständigen französischen Stelle, doch die Unterlagen wurden ihm mit dem Hinweis auf das Fehlen der ausgefüllten Fragebögen zurückgeschickt. Die juristische Anerkennung blieb der Vereinigung somit verwehrt; von den ehemals 150 Mitgliedern im Herbst 1945 waren der Vereinigung im Frühjahr 1946 gerade noch 71 Bekenner verblieben.

Die Entscheidung war im Februar 1946 in Baden-Baden gefallen, die Zeitschrift *Abendland* wurde durch Umlenkung des Papierkontingents aus dem Verkehr gezogen⁴⁵. Der Versuch einer Bezirksmilitärregierung, unkoordiniert föderalistisch-abendländische Aktivitäten auf lokaler Ebene zu fördern, erwies sich als Fehlschlag und dient als Beweis für die Heterogenität der innerhalb der Besatzungsmacht vertretenen Konzepte. Der Generalverwalter zog seine Konsequenzen: „Es scheint nicht gerechtfertigt, [...] weiterhin diese Vereinigung zu unterstützen, die unter Bedingungen gegründet wurde, die deshalb zu Kritik Anlaß geben, weil eine zu direkte und zu offensichtliche Einmischung Ihres Vertreters in Freiburg [*Maurice Jordy*] stattfand“, entschied Laffon mit einer schriftlichen Anweisung an Jean Arnaud am 11. März 1946⁴⁶.

Die „Vereinigung Abendland“ war von Beginn an auf zu wackeligen Beinen gestanden, das Mißtrauen innerhalb der Bevölkerung fand seinen Ausdruck im Vorwurf der „Franzosenhörigkeit“ und der Anbiederung an die Besatzungsmacht. Die nur bruchstückhaft nach außen dringende Neugliederungsdiskussion brachte die Vereinigung zudem in den Geruch des „Separatismus“. Auch der Zeitpunkt der Gründung wurde von

⁴³ Jordy schlug namentlich Friedrich Leibbrandt, Eugen Fink und Wolfgang Hoffmann aus Freiburg vor. Neben Bernhard Dietrich trat er für den Markgraf von Baden als Direktionsmitglied ein, drei Stellen blieben vakant; Jordy an Broistedt vom 23. 2. 1946; AdO, ebenda.

⁴⁴ Schwartz an Laffon vom 22. 2. 1946; AdO HCFA Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2. Schwartz bezweckte mit der Versetzung Jordys, die Lebensfähigkeit der „Vereinigung Abendland“ ohne den französischen Drahtzieher zu testen.

⁴⁵ Pelissier (Direction de l'Information) an [Marcellin] vom 7. 3. 1946; AdO HCFA AC c. 883. Pelissier stellte das für Januar und Februar zugeteilte Papier der kurz darauf erscheinenden Zeitschrift *Badische Illustrierte* zur Verfügung.

⁴⁶ Laffon an Arnaud vom 11. 3. 1946; AdO HCFA AC c. 883.

vielen Freiburgern als zu früh erachtet, und die offensichtliche Unterstützung durch Vertreter der Besatzungsmacht diskreditierte die „Vereinigung Abendland“ vollends. Das französische de facto Verbot der Zeitschrift bedeutete den Todesstoß für die Freiburger „Abendländer“, mangelnder Zuspruch und Desinteresse führten bis Sommer 1946 zum Versanden der Aktivitäten der „Vereinigung Abendland“.

*Das Neue Abendland*⁴⁷

Einer katholisch ausgerichteten Presse galten schon in Weimarer Tagen die intensiven Bemühungen von Johann Wilhelm Naumann⁴⁸. In den letzten Kriegsjahren lebte er in Freiburg; dort verband ihn eine enge Freundschaft mit Josef Ruby. Im November 1944, nach dem schweren Luftangriff auf die Breisgaustadt, kam der ausgebombte Naumann einige Wochen bei der Familie Ruby unter. Von dort aus begab er sich nach Boll bei Neustadt im Schwarzwald⁴⁹. Amerikanische Offiziere suchten ihn im Sommer 1945 in dem kleinen Schwarzwalddorf auf und trugen dem katholischen Verleger die Lizenz für die *Schwäbische Landeszeitung* an. Die Konzepte deckten sich jedoch nicht: der das Gespräch leitende amerikanische Presseoffizier dachte an eine unabhängige und verschiedene Standpunkte publizierende Presse, Naumann hingegen wollte eine katholische Tageszeitung schaffen. Sechs Gespräche waren nötig, bis ein Kompromiß gefunden war. Naumann nahm die Tageszeitungs- und Verlagslizenz an, verließ den Schwarzwald in Richtung Augsburg und betrieb – neben der Herausgabe der *Schwäbischen Landeszeitung* – voller Elan die Vorarbeiten zu einer katholisch-föderalistischen Zeitschrift – dem *Neuen Abendland*.

Das „Haus Kinderglück“ der Familie Ruby⁵⁰ wurde auch für den katholischen Föderalisten Walter Ferber⁵¹ zur Anlaufstelle. Im November 1945 war er aus seinem Exil in

⁴⁷ Kurzinformationen im Artikel: Neues Abendland, in: Fischer/Dietzel, Zeitschriften, S. 575.

⁴⁸ Johann Wilhelm Naumann (1897–1956), Studium der Philosophie, Geschichte, Volkswirtschaft und Literatur; Mitglied der Bayerischen Volkspartei; seit 1928 in der Redaktion der Neuen Augsburger Zeitung; 1933 von der Berufsliste der Redakteure gestrichen; seit 1937 Mitglied des päpstlichen Missionswerkes; am 17. 11. 1945 Wahl zum Vorsitzenden des „Vereins der Bayerischen Zeitungsverleger“; Herausgeber der Zeitschrift Das Neue Abendland; zusammen mit dem Sozialdemokraten Curt Frenzel Lizenzträger für die Schwäbische Landeszeitung; 1948 Gründer der Augsburger Tagespost; 1951 Verkauf des Neuen Abendlandes an das Haus Waldburg-Zeil. Weitere biographische Notizen bei Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 77 Anmerkung 85 und S. 236.

⁴⁹ Interview mit Gertrud und Rudolf Ruby am 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

⁵⁰ Der Ehe Josef Rubys und seiner Frau Elisabeth entsprangen 12 Kinder. Fünf Söhne wurden katholische Priester. Das „Haus Kinderglück“ war während des Nationalsozialismus Treffpunkt für Verfolgte und Andersdenkende gewesen. Die tiefgläubige und unerschrockene Elisabeth Ruby hatte während des „Dritten Reichs“ das Mutterkreuz mit der Bemerkung abgelehnt, daß man Kühe prämiieren könne, aber nicht Frauen (Interview mit Max Müller vom 27. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a – Müller charakterisierte Elisabeth Ruby als „die katholische Clara Zetkin“). Josef Ruby hat ihr daraufhin ein Kreuz mit dreizehn Rubinen geschenkt, das später ins Bischofskreuz des Bischofs von Hildesheim, der in jungen Jahren während seines Studiums in Freiburg bei der Familie Ruby gewohnt hatte, eingearbeitet wurde. (Interview mit Gertrud Ruby vom 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a)

⁵¹ Walter Ferber (1907–1996), Sohn eines Bergarbeiters in Gelsenkirchen; Kaufmannslehre; 1932 Emigration nach Österreich; Feuilletonredakteur des christlich-gewerkschaftlichen Organs Die Neue Zeitung in Wien; 1938 nach dem „Anschluß“ verhaftet und ins KZ Dachau gebracht; Arbeit in der Kiesgrube (vgl. dazu Ferber, Monate); Verlegung nach Flossenbürg; 1942 Überstel-

der Schweiz nach Deutschland zurückgekehrt und umgehend bei der Familie Ruby in Freiburg aufgenommen worden, von wo aus er seine publizistische Arbeit wieder aufnehmen konnte⁵². In der Breisgaustadt lernte er auch Bernhard Dietrich kennen, der damals vehement seine Alpenlandpläne propagierte. In den Jahren 1945/46 stellte das „Haus Kinderglück“ in Freiburg den wichtigsten Treffpunkt für Menschen dar, die sich für eine föderalistische Neuordnung Deutschlands und Europas einsetzten. Auch der nach seiner Emigration in den USA lehrende Sozialökonom Goetz Briefs⁵³ hielt sich in der Nachkriegszeit bisweilen im Hause Ruby auf.

Der Freiburger Versicherungsdirektor Ruby zeigte dem zurückgekehrten Exilanten Walter Ferber im Winter 1945/46 ein Exemplar der von Naumann herausgegebenen *Schwäbischen Landeszeitung*. Im Impressum nahm Ferber den Namen seines Freundes Otto Färber⁵⁴ freudig zur Kenntnis, der ebenfalls im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen war. Diesem schickte er den Aufsatz „Katholizismus und Föderalismus“ zu, der prompt als Leitartikel erschien. Färber wies Naumann, der immer noch auf der Suche nach einem geeigneten Chefredakteur für die geplante Zeitschrift *Abendland* war, auf Ferber hin und schlug den Exilanten für den Posten vor. An dieser Idee fand Naumann Gefallen, und daher telegraphierte er nach Eintreffen der Lizenz im Januar 1946 nach Freiburg, Ferber möge sogleich nach Augsburg kommen. Brieflich machte der überzeugte Föderalist einige Bedenken wegen seiner Eignung geltend, als Autodidakt fühlte er sich für die Chefredaktion einer Kulturzeitschrift nicht ausreichend qualifiziert. Zu seiner großen Überraschung sah sich Ferber bald schon als alleiniger Chefredakteur, die Amerikaner hatten sich nämlich mit keinem der von Naumann vorgeschlagenen Bewerber für die Kulturredaktion zufriedengegeben⁵⁵. Als Titel wurde *Neues Abendland* gewählt, nicht so sehr, weil man eine Neugründung der Zeitschrift *Abendland* durch Freunde des verstorbenen Hermann Platz⁵⁶ befürchtete, sondern da eine gleichnamige Zeitschrift in Freiburg bereits erschienen war⁵⁷. „Neu“ in diesem Zusam-

lung in eine Bewährungskompanie der Wehrmacht und anschließende Flucht in die Schweiz; Internierung; 1945 Rückkehr nach Deutschland; 1946 Chefredakteur der Zeitschrift *Das Neue Abendland*; 1948 Herausgeber der Föderalistischen Hefte. Weiterführend: Klöckler, Ferber.

⁵² Sein erster in Freiburg verfaßter Aufsatz zum Thema Katholizismus und Föderalismus erschien in der Schweizer Rundschau Anfang 1946: Ferber, Katholiken.

⁵³ Goetz Briefs (1889–1974), 1912 Promotion; 1915 Habilitation; 1916–19 Privatdozent an der Universität Freiburg; 1920 Professor für Nationalökonomie an der Universität Würzburg; 1920 Kritiker von Spenglers Untergang des Abendlandes; 1923 Übernahme des Freiburger Lehrstuhls seines Lehrers Schulze-Gävernitz; 1926 Professur an der TH Berlin; 1934 Emigration; Professor an der Georgetown-University Washington.

Eine Festschrift seiner Schüler ist zu seinem 80. Geburtstag erschienen: Broermann/Herder-Dorneich, Verantwortung. Vgl. auch das Interview mit Franz Ruby vom 15. 3. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

Eintrag von Goetz Briefs vom 21. 11. 1948 ins Gästebuch der Familie Ruby: „Als ich Sepp Ruby kennen lernte in 1910 [sic!] sagte er gerade zu der versammelten FVvSt [Freie Vereinigung katholischer Studenten (vgl. Biographie Josef Ruby in Anmerkung 11)] Wir haben die Wahrheit, warum leben wir sie nicht? [...] Er hat die Wahrheit gelebt.“

⁵⁴ Zu Otto Färber vgl. in diesem Kapitel „Der Augsburger Plan“.

⁵⁵ Zu den Vorgängen vgl. auch: Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 78 f.

⁵⁶ Biographische Angaben in Anmerkung 3.

⁵⁷ Tatsächlich erschien die Zeitschrift *Abendland* in einigen wenigen Nummern, ein Umstand, der Walter Ferber natürlich bekannt war; Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 79 beachtet diese Tatsache nicht.

menhang bedeutete die Bereitschaft, neuzeitlichen Entwicklungen und Tendenzen Rechnung tragen zu wollen. Dazu gehörte die Propagierung des Modells eines losen Staatenbundes⁵⁸, das außer im *Neuen Abendland* auch im *Rheinischen Merkur* vertreten wurde⁵⁹.

Der Großteil von Ferbers Mitarbeitern – Föderalisten wie er – stieß auf Empfehlung von Ludwig Alpers⁶⁰ und Ella Schmittmann, der Witwe des im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordeten Kölner Professors Benedikt Schmittmann⁶¹, in den Redaktionsstab. Außerdem meldeten sich Autoren föderalistischer Zeitschriften vor 1933 und junge Akademiker unaufgefordert bei ihm⁶². Die erste Nummer der Zeitschrift *Das Neue Abendland* konnte im März 1946 erscheinen. Als Herausgeber zeichnete Johann Wilhelm Naumann verantwortlich, der den Untertitel *Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte* wählte und einen programmatischen Aufsatz⁶³ im ersten Heft publizierte. Schwer beklagte der katholische Verleger darin die Zerstörung des abendländischen Universalismus und zeigte den Weg auf, den das geistige Europa seit Abaelard beschritten habe. Die Zerrissenheit der „geistigen Universitas“ spiegle sich, so Naumann, im politischen Leben wider: „An die Stelle der Staatengemeinschaft des Heiligen Römischen Reiches trat der moderne Nationalstaat mit seiner letzten dämonischen Konsequenz, dem Nationalsozialismus.“⁶⁴ Freilich verstand er den Begriff „Abendland“ nicht rein geographisch oder geopolitisch, sondern insbesondere geistig. Mit Constantin Frantz⁶⁵, dem Vater des deutschen Föderalismus, berief er sich auf eine aus dem abendländischen Gedanken geborene geistige und politische Erneuerung Deutschlands, die

⁵⁸ Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 183.

⁵⁹ Kraiker, Katholizismus, S. 81.

⁶⁰ Ludwig Alpers (1866–1959), 1912–30 MdR, 1916 Gründer der Vereinigung „Mitteleuropäischer Staatenbund“; 1926 Begründer der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten“; 1933 Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben; 1945 Mitbegründer der Niedersächsischen Landespartei (ab 1947 Deutsche Partei).

⁶¹ Benedikt Schmittmann (1872–1939), Gymnasium in Düsseldorf; Studium der Kulturwissenschaften in Rom; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Leipzig und Bonn; 1906 Landesrat und Leiter des Wohlfahrtswesens in der Rheinischen Provinzialverwaltung; 1913 Dozent für Sozialpolitik in Köln; 1919–20 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag; 1919–33 Professor für Sozialpolitik in Köln; 1924 Mitbegründer des „Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken“; 1933 als führender Föderalist mit seiner Frau verhaftet; 1939 kurz nach der Einlieferung im KZ Sachsenhausen ermordet. Zu Schmittmanns Denken und sozialem Umfeld: Kuhlmann, Lebenswerk.

⁶² An Autoren nennt Ferber in einem Brief vom 17. 2. 1982 an Doris von der Brelie-Lewien ausdrücklich Georg Moenius, Bruno Jakob, Freiherrn von Soden, Freiherrn von Aretin und Otto Weinzierl. Des weiteren erhielt er Zuschriften von den jungen Historikern Ernst Deuerlein und Franz Herre sowie vom Juristen Heinrich Kipp. Zitiert nach Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 80.

⁶³ Johann Wilhelm Naumann: Neues Abendland, in: *Das Neue Abendland* 1 (1946), S. 1 ff.

⁶⁴ Ebenda, S. 2.

⁶⁵ Constantin Frantz (1817–1891), Kritiker der kleindeutschen Reichsbildung Bismarcks; konservativer Publizist und Föderalist, dessen Ideen erst im 20. Jahrhundert rezipiert wurden; 1836–40 Studium in Halle und Berlin, zuerst Anhänger Hegels, dann Schellings; 1843–48 Referent im preußischen Kultusministerium; 1853–56 preußischer Generalkonsul für Spanien und Portugal; Reisen in ganz Europa; ab 1858 in Berlin ansässig; 1874–91 zurückgezogenes und ärmliches Leben in der Nähe von Dresden. Vgl.: Wittenberg, Frantz. Grundlegend: Frantz, Föderalismus. Zur Renaissance der Frantzschen Föderalismusvorstellungen nach 1945 vgl.: Huhn, Lernen, passim und Heil, Föderalismus, S. 172 f. Stand der Forschung zu Rezeption und Edition seiner Schriften bei: Becker, Frantz.

auf föderalistischer Grundlage zu stehen hatte. Partikularismus und Zentralismus lehnte auch Naumann entschieden ab. „Der Zeitschrift [...] geht es vornehmlich darum, der seit Treitschke, Droysen und Sybel verpreußten deutschen Geschichtsauffassung entgegenzutreten und die föderalistisch-universalistische Tradition [...] zu pflegen.“⁶⁶ Doch entschieden wandte sich Naumann gegen den Verdacht, die Zeitschrift könne zu einem Organ gegen das Preußentum werden. Vielmehr sollte der preußische Geist, der auch in Süddeutschland anzutreffen sei, die Geschichtsfälschung und der Militarismus bekämpft werden. Der Aufsatz endete mit einer programmatischen Zusammenfassung: „Neues Abendland‘ steht im Dienst der Erneuerung Deutschlands aus christlich-universalistischem Geist, also im Sinne echter abendländischer Geisteshaltung; wohlwissend, daß nur ein wieder christliches und föderalistisches Deutschland heimfindet zur -- Mater occidentalis! Gott segne unser Beginnen!“⁶⁷

Auch Walter Ferber ergriff als Chefredakteur in der ersten Nummer das Wort⁶⁸ und pries den föderalistisch aufgebauten Staat, durchdrungen vom Prinzip der Subsidiarität, als Ausweg aus dem Chaos, das der Nationalsozialismus hinterlassen hatte. Als Kronzeugen führte er das von Augustinus entworfene, föderativ aufgebaute Weltreich ins Feld. Alle germanischen Staatenverbände seien zudem bündisch geordnet gewesen, und in Deutschland werde „eine föderalistische Reaktion gegen die unitaristische Aktion“ nicht ausbleiben. Sein Eintreten für einen christlich geprägten Föderalismus geht auch aus weiteren Veröffentlichungen hervor⁶⁹. Außerdem nutzte Ferber die Gelegenheit, im Verlag von Johann Wilhelm Naumann ein Buch zu dieser Thematik herauszubringen, das den schlichten Titel *Der Föderalismus*⁷⁰ trug und in der „Abendländischen Reihe“⁷¹ erschien. Auf knapp 120 Seiten unternahm er eine *tour d’horizon*, die ihn von den Föderalisten des 19. Jahrhunderts über die Schweizer Bundesstaatlichkeit bis zur aktuellen Lage führte. Besonderen Wert legte er auf die Darlegung des Systems des Föderalismus. Auf der Grundlage der Subsidiarität konzipierte Ferber eine Gesellschaftsordnung, die von der Familie über Gemeinden und Berufsstände bis zur Selbstverwaltung der Kreise und Landschaften reichen mußte. Denn der Föderalismus war für den katholischen Publizisten gerade auch ein innerstaatliches Phänomen. Der außenpolitische Föderalismus müsse zwangsläufig auf dem innerstaatlichen aufbauen und dadurch die Idee der „diversitas“ durch die mittelalterliche Vorstellung der „universitas“ ersetzen; die Intention war

⁶⁶ Ebenda, S. 3.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Walter Ferber: Das Wesen des Föderalismus, in: Das Neue Abendland 1 (1946), S. 4 f.

⁶⁹ In der Zeitschrift Das Neue Abendland sind publiziert: Walter Ferber: Historisch-politische Betrachtungen (Februar 1946); Ders.: Byrnes fordert Bundesverfassung (Juli 1946); Ders.: Geschichtliche Betrachtung zur Schuldfrage (August 1946).

⁷⁰ Das Föderalismusbuch Ferbers (Ders., Föderalismus), das als fünfter Band der „Abendländischen Reihe“ im Rahmen des Verlagsprogramms veröffentlicht wurde, war nach wenigen Monaten bei einer Auflage von 5000 Exemplaren vergriffen. Ferber entschloß sich zu einer erweiterten zweiten Auflage.

⁷¹ In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab Naumann insgesamt sieben Titel in der „Abendländischen Reihe“ heraus: 1. Reinhold Schneider: Der Mensch vor dem Gericht der Geschichte, [1946]; 2. Joseph Schumacher: Vom Wesen des Arztums, 1946; 3. Maximilian Dietrich: Vom Sinn der Weltliteratur, 1946; 4. Joseph Bernhart: Der technisierte Mensch, 1946; 5. Walter Ferber: Der Föderalismus, 1946; 6. Joseph Schumacher: „Wirklichkeiten“ und ihre Erforschung, 1946; 7. Ferdinand Kirnberger: Laiengespräche über den Staat, 1947.

die Schaffung einer europäischen Konföderation auf abendländisch-christlicher Grundlage. In Ferbers eigener Formulierung nahmen sich die Gedanken folgendermaßen aus: „Ziel aber bündischer, föderalistischer Außenpolitik ist [...] der Abendländische Bund als geistige Konföderationsmitte für einen Weltbund.“⁷² Scharfe Angriffe führte er gegen das österreichische Experiment des Ständestaates, das er für unvereinbar mit den Forderungen der Enzyklika „Quadragesimo anno“ hielt, als deren obersten Grundsatz Ferber die Subsidiarität erkannte. Die Schweiz hingegen sah er als ein vom Föderalismus durchwehtes Staatsgebilde an; die Strukturen von 25 „kleinen kantonalen Republiken“⁷³ kämen der altgriechischen Polis am nächsten.

Dem politischen deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts bescheinigte Ferber nach dem Tod der Gründergeneration des Zentrums – Hermann von Mallinckrodt war 1874 gestorben – eine Abwendung vom Föderalismus. Das Zentrum habe sich von da an mehr und mehr auf den Boden des Kaiserreiches gestellt, eine Haltung, die in dem Ausspruch des Weimarer Reichskanzlers Joseph Wirth (Zentrum) gipfelte, man könne den Föderalismus mit einer Kanne Wasser auslöschen.

In Augsburg lebte Walter Ferber in der Familie Johann Wilhelm Naumanns. Doch die konzeptionellen Differenzen vergifteten bald das gemeinsame Leben und Arbeiten: Naumann wollte eine religiöse, Ferber hingegen eine politische Zeitschrift. Marginalien entzündeten nun den Streit zwischen beiden – so empfand Ferber die Bebilderung als stilwidrig⁷⁴. Im Frühjahr 1947 kehrte er Augsburg den Rücken, nicht ohne sich Gedanken über seinen Nachfolger gemacht zu haben. Sein Wunschkandidat hieß Emil Franzel, der auch tatsächlich nach dem Intermezzo von Rupert Sigl ab 1948 als Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* zeichnete. Mittlerweile hatte Ferber nämlich ein interessantes Angebot in der Hand.

Seine Wege führten ihn in die Französische Besatzungszone zurück. Bernhard Dietrich, sein Bekannter aus Freiburger Tagen, plante von Singen aus die Herausgabe einer föderalistisch-autonomistischen Zeitung, deren Chefredakteur Walter Ferber heißen sollte⁷⁵. Aber das Projekt wurde von den Baden-Badener Dienststellen nicht genehmigt⁷⁶; als Ersatz bot man Ferber eine Stelle bei der *Schwarzwälder Post* an, einer Tageszeitung, für die er in den folgenden Monaten eine Beilage, die *Abendländische Rundschau*, redigieren würde. Es mangelte nicht an Stimmen, die behaupteten, das Niveau der Beilage sei zu hoch und eher für eine Zeitschrift geeignet. Nach anderthalb Jahren kündigte Ferber seine Stelle bei der *Schwarzwälder Post* und widmete sich von Singen aus – seit Herbst 1947 wohnte er im dortigen Finanzamt in der Alpenstraße⁷⁷ – einem neuen Projekt.

⁷² Walter Ferber: Das Wesen des Föderalismus, in: Südwestdeutsche Volkszeitung vom 29. 3. 1947.

⁷³ Ferber, Föderalismus, S. 55.

⁷⁴ Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 80.

⁷⁵ Aus genanntem Grund zog Ferber mit seiner Ehefrau nach Singen am Hohentwiel.

⁷⁶ „Der Freie Süden“ war als Titel der Zeitung im Gespräch. Vgl. Kapitel III/4.

⁷⁷ Die Bezeichnung „Alpenstraße“ geht auf das Wirken Dietrichs als Bürgermeister von Singen zurück und ist in enger Anlehnung an sein politisches Programm zu sehen. Der Rückgriff auf politisch-historische Straßenbezeichnungen ist in Südbaden allenthalben festzustellen. In Freiburg wurde die Adolf-Hitler-Straße in Habsburgerstraße bzw. Kaiser-Josef-Straße und die Schönererstraße in Prinz-Eugen-Straße benannt, eine Reminiszenz an die vorderösterreichische Zeit. Vgl. die Liste sämtlicher umbenannter Straßen in Freiburg vom 13. 6. 1945; AdO Bade H 1106/1.

Die Föderalistischen Hefte

Das Jahr 1948 brachte Bewegung in Ferbers neue Zeitschriftenpläne, verfügte er doch seit seiner Tätigkeit bei der *Schwarzwälder Post* über gediegene persönliche Kontakte nach Baden-Baden. Sein ihm freundlich gesinnter französischer Gesprächspartner, Oberst Hemmerle, lud ihn Mitte April 1948 zu einem Diner mit anschließender Aussprache nach Baden-Baden ein. In seiner Funktion als *Sous-Directeur de l'Information chargé de Presse* unterstützte er Ferber bei der Überwindung bürokratischer Hindernisse. An Hemmerle wandte sich Ferber auch, als er seine Idee einer Zeitschrift mit dem geplanten Titel *Föderalistische Korrespondenzen* verwirklichen wollte⁷⁸. Eine Auflagenhöhe von 12 000 Exemplaren wurde als angemessen erachtet, auch das Format der von Oberst Hemmerle empfohlenen *Deutschen Rundschau* fand Ferbers Gefallen. „Nach der Währungsreform dürfte eine föderalistische Zeitschrift kaum eine höhere Auflage erreichen: Föderalismus ist vorerst noch nicht sehr gefragt. Aber deswegen muss ja die Zeitschrift geschaffen werden“, argumentierte Ferber.

Wenige Wochen später, nachdem konkrete Verhandlungen mit verschiedenen Druckereien bereits geführt worden waren, fiel die Entscheidung: „Die Druckerei Merk in Konstanz – der Besitzer ist Katholik und Föderalist und angesehener Konstanzer Bürger – ist gerne bereit, Druck, Verlag und Vertrieb der ‚Föderalistischen Korrespondenzen‘ zu übernehmen.“⁷⁹ Der erwähnte Verleger und Besitzer der Oberbadischen Verlagsanstalt, Alfred Merk⁸⁰, hatte 1945, nach dem Scheitern der Wiederherausgabe der katholischen Tageszeitung *Die Deutsche Bodensee-Zeitung*, sein Verlagsprogramm schwerpunktmäßig auf Bodenseeliteratur samt schöngeistigem und religiösem Schrifttum ausgerichtet. Auch der Konstanzer Verleger Curt Weller fand im Sommer 1946 in der Oberbadischen Verlagsanstalt die für die Drucklegung der hohen Auflage von Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannischer Demokratie* ausgerüstete Druckerei⁸¹. Die Ziele der geplanten föderalistischen Zeitschrift standen in Einklang mit Merks politischer Überzeugung, weshalb er seinen Prokuristen Hermann Knittel im Mai 1948 beauftragte, nach Baden-Baden zu fahren und persönlich bei Oberst Hemmerle vorzusprechen. Der französische Offizier zeigte sich im Gespräch mit den Planungen sehr zufrieden, und die Sitzung des Komitees der *Direction de la Presse* vom 19. Juni 1948 brachte das französische Plazet. Ferber erhielt am 4. August 1948 die Mitteilung, daß er drei Tonnen Papier pro Ausgabe zugeteilt bekäme⁸². Von jedem Heft sollten sodann dreißig Exemplare in Baden-Baden abgeliefert werden. In diesem Schreiben taucht in den französischen Unterlagen erstmals der Titel *Föderalistische Hefte* auf, die Gründe der Umbenennung bleiben aber im dunkeln. Wahrscheinlich gehen sie auf Walter Ferber selbst zurück, der betont hatte, daß der Begriff „Korrespondenzen“ aus taktischen Gründen gewählt worden sei⁸³.

⁷⁸ Ferber an Hemmerle vom 28. 4. 1948; AdO HCFA AC c. 897 p. 6.

⁷⁹ Ferber an Hemmerle vom 25. 5. 1948; AdO, ebenda.

⁸⁰ Alfred Merk (1877–1964), kaufmännische Lehre; 1905 Übernahme der Leitung der Konstanzer Nachrichten; 1923 vereinigte er mehrere Zentrumsblätter zur Deutschen Bodensee-Zeitung; nach 1945 Gründungsmitglied der BCSV in Konstanz; Chef der Oberbadischen Verlagsanstalt Merk & Co. und Herausgeber des Suso-Blattes. Zu seiner Biographie bis 1930: o. A., Merk.

⁸¹ Vgl. Kapitel IV/1.

⁸² Hemmerle an Ferber vom 4. 8. 1948; AdO HCFA AC c. 897 p. 6.

⁸³ „Den Titel Korrespondenzen wähle ich der Lizenz wegen“; Ferber an Hemmerle vom 28. 4. 1948; AdO, ebenda.

Den *Föderalistischen Heften* war nur ein kurzes Leben beschieden, insgesamt wurden vierzehn Ausgaben zwischen September 1948 und Juni 1950 an den Verkaufsstellen oder im Abonnement angeboten. Die Auflagenhöhe erreichte keineswegs die geplanten 12 000 Exemplare, sondern bewegte sich um die 5000 Hefte pro Ausgabe. Ausdrücklich verwies Ferber in seinem einführenden Aufsatz in der ersten Ausgabe darauf, daß die *Föderalistischen Hefte* der Volksbildung dienen sollten⁸⁴. Nicht umfangreiche wissenschaftliche Ausführungen, sondern der Kurzaufsatz möge das Bild der Zeitschrift bestimmen. Auch seien die Hefte keiner „politischen Partei, Bewegung oder Equipe“ zugeordnet und folglich nicht deren Organ, die Tagespolitik werde überhaupt kaum Einzug halten. Diesem Postulat sollte sich Ferber bis zur letzten Nummer der Zeitschrift verpflichtet fühlen. Beim Abdruck historischer Texte berücksichtigte Ferber in besonderem Maße die Klassiker des deutschen Föderalismus, also Männer des 19. Jahrhunderts, wie Constantin Frantz oder Julius Ficker⁸⁵, denen er in seiner Zeitschrift breiten Raum widmete. Von ihren Texten versprach er sich eine weitgehende Rezeption in den Kreisen seiner Leser und über diese hinaus in weiten Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zugleich hoffte er, die Föderalisten des 19. Jahrhunderts der Vergessenheit entreißen zu können; an Aktualität jedenfalls hatten sie nichts eingebüßt.

Zu seinen Mitarbeitern zählte Ferber unter anderen den in die USA emigrierten Friedrich Wilhelm Foerster⁸⁶, den Politiker und ersten Ministerpräsidenten Bayerns, Fritz Schäffer, und den Münchener Kardinal Michael Faulhaber. Die Mitarbeiterliste⁸⁷ der *Föderalistischen Hefte* spricht zweifellos für sich, das katholische, publizistisch tätige Deutschland fand in Ferbers Zeitschrift ein wichtiges Sprachrohr. Auch der tschechische Exilpolitiker Jacques Otto Grézer arbeitete an der Gestaltung der *Föderalistischen Hefte* mit⁸⁸. Der Exilant zählte zum Kreis um General Leo Prchala, der in Opposition zu Benesch eine „Donauföderation“ erstrebte, die allerdings nicht mit dem Projekt einer alpinen Union zu verwechseln ist⁸⁹. Dabei sollte nämlich eine Föderation der Donauanrainerstaaten unter Ausschluß Süddeutschlands geschaffen werden. Während seiner Mitarbeit bei den *Föderalistischen Heften* setzte sich Grézer intensiv mit Föderationsplänen für Mitteleuropa auseinander, allerdings ohne darüber einen Artikel in Ferbers Organ zu veröffentlichen.

⁸⁴ Walter Ferber: Zur Einführung, in: *Föderalistische Hefte* 1 (1948), S. 3 f.

⁸⁵ Julius Ficker (1826–1902), Studium in Münster, Berlin und Bonn, dort 1849 Promotion; 1852–79 Professor in Innsbruck; in der Auseinandersetzung mit Heinrich von Sybel vertrat er den großdeutschen Standpunkt. Biographisches bei: Brunner, Ficker.

⁸⁶ Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), 1912 Professor in Wien; 1914 Professor in München, legte 1920 sein Amt nieder und lebte dann in Frankreich und in der Schweiz; 1942–64 Professor in den USA; scharfer Kritiker der preußisch-deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts; Anhänger von Constantin Frantz.

⁸⁷ Weitere Mitarbeiter der *Föderalistischen Hefte* waren u. a.: Emil Franzel (Publizist; 1901–1976), Ernst von Hippel (Jurist; 1895–1984), Dietrich von Hildebrand (Philosoph; 1889–1977), Wilhelm Hausenstein (Kunstschriftsteller, Essayist und Diplomat; 1882–1957), Gertrud Bäumer (Frauenrechtlerin und Schriftstellerin; 1873–1954), Reinhold Schneider (vgl. Anmerkung 40), Adolf Süsterhenn (vgl. Anmerkung 93), Hans Hartung (Schriftsteller; 1902–1972), Kurt Georg Kiesinger (Politiker; 1904–1988).

⁸⁸ Grézer, Ferber, S. 4.

⁸⁹ Grézer vermutete 1979 in einem Gespräch mit dem Münchner Historiker Peter Jakob Kock, daß die Idee einer alpinen Union auf die Militärregierung in Baden-Baden zurückgangen sei (vgl. Kapitel III/1); Kock, Weg, S. 36 Anmerkung 95.

Ferber selbst bezog in fast jedem der Hefte Stellung zu Grundfragen des Föderalismus, immer darum bemüht, die Ergebnisse allgemeinverständlich darzustellen. Doch das mangelnde Interesse und die fehlenden finanziellen Mittel nach der Währungsreform ließen die Verkaufszahlen der *Föderalistischen Hefte* auf einem zu niedrigen Niveau stagnieren. Die Zeitschrift drang nicht in breitere Kreise der Bevölkerung vor. Sie wurde letztlich eingestellt, da sich die Einnahmen aus dem Verkauf als zu gering erwiesen. Der Versuch, ein Propagandainstrument für den Föderalismus zu etablieren, war damit schon nach zwei Jahren gescheitert; die Plattform für die Revitalisierung und die Artikulation föderalistischer Vorstellungen war verlorengegangen⁹⁰. Wie groß Ferbers Enttäuschung darüber gewesen sein muß, läßt sich unschwer errahnen.

Nach der Einstellung der *Föderalistischen Hefte* lebte Walter Ferber noch bis 1953 in Singen, ständig bemüht, seinen Lebensunterhalt als freier Schriftsteller sicherzustellen. Eine feste Anstellung erhoffte er sich, als die Auseinandersetzung um den Südweststaat auf den Höhepunkt zutrieb. Von der Notwendigkeit des Weiterbestehens eines Bundeslandes Baden überzeugt und aus föderalistischer Gesinnung zum Kampf bereit, wandte er sich an die Staatskanzlei in Freiburg: „Ich könnte durch meine Beziehungen [...] zu den führenden föderalistischen Politikern Deutschlands und zu führenden deutschen Publizisten gewiß viel für Baden tun“⁹¹, ließ Ferber am 15. Oktober 1950 den Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb wissen und gab seinem Wunsch Ausdruck, im geplanten Informations- und Presseamt eine Beschäftigung zu finden. Als Referenzen führte er insbesondere Paul Zürcher⁹², Adolf Süsterhenn⁹³ und den Prälaten Ernst Föhr an, mit denen er seit Jahren bekannt war. Doch Wohleb entschied anderweitig.

Mit dem Freiburger Prälaten Dr. Ernst Föhr⁹⁴ verband Ferber neben der geistigen auch eine parteipolitische Gemeinsamkeit. 1952 kandidierte er für die auf Föhrs Betreiben wiedergegründete Badische Zentrumsparterie. Mit der Weimarer Maxime „getrennt marschieren, gemeinsam schlagen“ hatte Ernst Föhr die Wiedergründung des Zentrums propagiert und der CDU vorgehalten, daß sie sich nicht zu Baden bekenne und des weiteren keine Sozial- und Kulturpolitik aus christlichem Geist betreibe⁹⁵. In einer Wahlkampfrede machte Ferber – nach der aus seiner Sicht negativ verlaufenen Volksabstimmung vom Dezember 1951⁹⁶ – in Anspielung auf die polnische Nationalhymne den Standpunkt des Badischen Zentrums deutlich: „Noch ist Baden nicht verloren“, und er

⁹⁰ Deuerlein, *Föderalismus*, S. 243.

⁹¹ Ferber an Wohleb vom 15. 10. 1950; StA FR C 5/1 2847.

⁹² Biographisches zu Paul Zürcher in Kapitel V/2.

⁹³ Adolf Süsterhenn (1905–1974), Gymnasium in Köln; aktives Mitglied im katholischen Hochschulbund „Neudeutschland“; 1923–27 Studium der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg i. Br. und Köln; 1932–45 Rechtsanwalt in Köln; Zentrumsmitglied und seit 1933 für sechs Wochen Stadtrat daselbst; nach 1945 Mitbegründer der CDU; 1946–51 Justizminister in Rheinland-Pfalz; 1961–69 MdB (CDU). Ausführlich: Baumgart, Süsterhenn.

⁹⁴ Ernst Föhr (1892–1976), 1921–33 MdL in Baden (Zentrum); 1928–33 MdR; 1931–1933 Partei- und Fraktionsvorsitzender des Badischen Zentrums, in dieser Funktion am Abschluß des badischen Konkordats (1932) maßgeblich beteiligt; 1943–58 Pfarrer von St. Johann in Freiburg i. Br.; 1945–46 Mitglied der BCSV (CDU); 1951 verantwortlich für die Wiedergründung des Badischen Zentrums; 1958–68 Generalvikar unter Erzbischof Dr. Schäufele. Vgl.: Kern, Föhr.

⁹⁵ Weinacht, CDU, S. 101.

⁹⁶ Am 9. 12. 1951 sprachen sich 52,2 % der stimmberechtigten badischen Bevölkerung für den Erhalt – respektive die Wiederherstellung – des Bundeslandes Baden und damit gegen die Bildung des Südweststaates aus. Die Auszählung nach vier Stimmbezirken ergab jedoch ein „positives“

fuhr fort, „es trotz dem Wildweststaat [*sic!*]“⁹⁷. Seiner Auffassung gemäß durfte das Bundesland Baden nicht „untergehen“, er versprach im Wahlkampf zur Verfassunggebenden Landesversammlung, sich in Stuttgart für eine Wiederherstellung Badens einzusetzen und, falls dies nicht möglich sei, die Vierergliederung zu vermeiden und eine Zweiergliederung nach den alten Ländern vehement zu fordern. Die Wahlen am 9. März 1952 brachten für das Zentrum ein ernüchterndes Ergebnis: Weniger als ein Prozent der gültigen Stimmen konnte es auf sich vereinen⁹⁸. Der Einbruch in das Wählerpotential der CDU war damit nicht gelungen⁹⁹, das Engagement Ferbers für das Zentrum hatte sich nicht in Stimmen ausgezahlt. Bald darauf ging Ferber in seine „zweite Emigration“ in die Schweiz.

Die „Union der Aktiv-Kräfte gegen den Nazismus für ein lebendiges Abendland“

In Baden-Baden bildete sich im Herbst 1945 eine weitere abendländische Vereinigung mit dem langatmigen Namen „Union der Aktiv-Kräfte gegen den Nazismus für ein lebendiges Abendland“. Als Kurzform wählte der Spiritus rector, der Baden-Badener Fabrikant Dr. Paul-Joseph Stuermer¹⁰⁰, den Namen „Occident-Union“, er bezeichnete sich selbst als „ehemaligen Chef einer wichtigen Gruppe des aktiven Widerstandes in der illegalen Bewegung des deutschen Widerstandes“¹⁰¹. Die „Occident-Union“ wurde am 5. Oktober 1945 in Baden-Baden gegründet und von einem Präsidium geleitet, dem auch der Herausgeber der *Deutschen Rundschau*, Dr. Rudolf Pechel¹⁰², angehörte¹⁰³. Die Ziele der Vereinigung bestanden in der Verwirklichung der Gemeinschaft der europäischen Nationen im „Verband eines lebenden Abendlandes“ und in der Versöhnung der

Votum für die Bildung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg. Eingehend hierzu: Albiez, Volkswille, passim.

⁹⁷ „Noch ist Baden nicht verloren.“ Wahlkampfreden Walter Ferbers für die Badische Zentrumsparterie [1952]; EAF NL Föhr 2.

⁹⁸ Bei einer Wahlbeteiligung von 63,7 % entfielen auf die CDU 982 727 (36,0 %) der 2 730 820 abgegebenen Stimmen. Das Zentrum blieb mit 22 393 Stimmen (0,82 %) weit hinter dem selbstgesteckten Ziel.

⁹⁹ Sauer, Entstehung, S. 179.

¹⁰⁰ Paul-Joseph Stuermer (1885–?), Studium der Sozialphilosophie, Staats- und Verfassungsgeschichte und der Nationalökonomie; Promotion in Freiburg i. Br.; 1914–18 Kriegsteilnahme; 1922 Syndikus der „Interessengemeinschaft Deutscher Signalbau-Anstalten“; seit 1933 Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Kontakte zu Carl Goerdeler, Jakob Kaiser, Arnulf Klett u. a.); Leiter eines chemischen Betriebs; politische Sonderhaft in Berlin; 1941 erzwungene Stilllegung des chemischen Betriebs. Vgl. das „Curriculum vitae Dr. Paul-Joseph Stuermer“; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 109.

¹⁰¹ Stuermer gebrauchte diese Beschreibung seiner Person in den von ihm verfaßten Statuten der „Occident-Union“ vom September 1945; AdO HCFA AC c. 883.

¹⁰² Rudolf Pechel (1882–1961), humanistische Schulbildung; Eintritt in die Kaiserliche Marine; Studium der Germanistik, Philosophie, Nationalökonomie und Anglistik in Göttingen; 1908 Promotion; 1910 Mitarbeit bei der Deutschen Rundschau; 1912–19 Redakteur des Literarischen Echos; 1919–42 Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen Rundschau; Kritiker des Nationalsozialismus; 1942–45 KZ Sachsenhausen; ab 1946 Herausgeber der Deutschen Rundschau in Stuttgart. Vgl. auch: Schäfer, Pechel.

¹⁰³ Die weiteren Präsidiumsmitglieder waren: Dr. Paul-Ludwig Stuermer, Joseph Harbrecht, Dr. Andreas Hermes, Andreas Schmider, Ernst Haussmann, Dr. Lothar König; AdO HCFA AC c. 883.

Völker, wobei der Aussöhnung ein überragender Stellenwert zugebilligt wurde. Obwohl von der französischen Besatzungsmacht offiziell zugelassen¹⁰⁴, wirkte die „Occident-Union“ nicht nach außen. Erst 1948 beantragte Stuermer die Lizenzierung eines Publikationsorgans mit dem Titel *Abendländische Gespräche*¹⁰⁵. Der Inhalt der Zeitschrift sollte sich mit politischen, soziologischen, philosophischen und praktischen Themen befassen, die insbesondere der „Abendländischen Interessens-Sphäre“ entstammen sollten. Die *Abendländischen Gespräche* sollten nach dem Willen Stuermers einen „aktiven Beitrag zur Koordinierung aller Kräfte des abendländischen Geistes leisten“¹⁰⁶.

Als Herausgeber und Lizenzträger wollte Stuermer fungieren, als verantwortlicher Schriftleiter war der in Offenburg als Redakteur bei der Monatszeitschrift *Das Ufer* tätige Dr. Karl Michel vorgesehen. Die französischen Unterlagen geben allerdings keine Auskunft darüber, ob die Zeitschrift *Abendländische Gespräche* lizenziert wurde. Aktiv teilgenommen hat die „Occident-Union“ an der Neugliederungsdiskussion nicht, doch ihr profranzösisches und abendländisches Gepräge lassen solche internen Planspiele vermuten. Inwieweit der Stammesföderalismus eine Rolle spielte, bleibt aber wegen der mangelhaften Quellenlage ungeklärt.

Der „Augsburger Plan“ und die schwäbischen Föderalisten in der Amerikanischen Besatzungszone

Unmittelbar nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 betrat der katholische Publizist und „Abendländer“ Dr. Otto Färber¹⁰⁷, dessen föderalistisches Engagement im französischen Außenministerium bekannt war¹⁰⁸, als Redakteur der *Schwäbischen Landeszeitung* in Augsburg die politische Bühne und begann mit spitzer Feder für einen schwäbischen Staat zu kämpfen¹⁰⁹. Der Herausgeber der Tageszeitung, Johann Wilhelm Nau-

¹⁰⁴ Mit Wirkung vom 29. 11. 1945 (Autorisation N°10 308/344/DAA/I) genehmigte Baden-Baden die „Occident-Union“.

¹⁰⁵ Lizenzantrag vom 19. 4. 1948; AdO HCFA AC c. 883.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Otto Färber (1892–1993), Sohn eines evangelischen Stadtpfarrers; 1904–09 Gymnasium in Bad Cannstatt; Studium in Tübingen; 1912 Eintritt in die katholische Studentenverbindung „Cheruskia“ im CV; 1912 Konversion zum Katholizismus im Kloster Beuron; Kriegsteilnahme; Studium der Geschichtswissenschaften und der Philosophie in Stuttgart, Tübingen, Freiburg i. Br. und München; Promotion; Mitarbeit im Parteibüro der BVP; 1923 Hauptschriftleiter beim Deutschen Tiefdruckverlag und erster Vorsitzender der „Katholischen Liga für praktische akademische Arbeit“ in Karlsruhe; 1924–34 Mitarbeit in der Chefredaktion des Badischen Beobachters; 1935–37 Chef vom Dienst beim Tiroler Anzeiger in Innsbruck; 1938 Inhaftierung im KZ Dachau; 1939–41 Buchhalter; 1941–42 Wehrmachtsdolmetscher für Russisch; nach Kriegsende in der Redaktion der Schwäbischen Landeszeitung in Augsburg; ab 1946 Mitherausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten; 1956 österreichischer Konsul in Stuttgart; seit 1965 freier Schriftsteller in Telfs/Bairbach in Tirol. Religiös gefärbte Lebenserinnerungen hat Otto Färber im Alter von neunzig Jahren herausgegeben: Ders., Gott; außerdem für seine Studienzeit heranzuziehen: Ehrenmitglieder, 1925, S. 572.

¹⁰⁸ Mitte März 1945 berichtete der französische Botschafter in Bern, Vergé, an Außenminister Georges Bidault, daß Otto Färber zusammen mit Karl Färber (vgl. Anmerkung 33) in Baden eine föderalistische Bewegung [mouvement fédéraliste] aufbaue; Vergé an Bidault vom 13. 3. 1945; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

¹⁰⁹ „Bundesland Schwaben“, in: Der Tagesspiegel vom 20. 2. 1946 und „Die neuen deutschen Länder“, in: Badische Zeitung vom 14. 6. 1946.

mann, war überzeugt, in Färber den geeigneten katholischen Föderalisten gefunden zu haben, den er für die Redaktionsarbeit benötigte. Der Titel der Tageszeitung entstammte den politischen Vorstellungen Färbers und wurde von ihm durchgesetzt¹¹⁰; Schwaben betrachtete er als eines der nach Stammescharakter zu schaffenden Länder, das Teil eines föderalistisch aufgebauten Deutschlands sein sollte¹¹¹. Auf amerikanischen Wunsch hin reiste Färber Anfang 1946 zur Darlegung seiner Gedankengänge sowohl nach München in das Bayerische Regierungspräsidium als auch nach Stuttgart¹¹². Für die Zeitschrift *Das Neue Abendland*, dem zweiten großen publizistischen Projekt Naumanns, vermittelte Färber den Kontakt zu seinem Freund Walter Ferber, der 1946 als Chefredakteur der neuen Zeitschrift eingestellt wurde.

Als sich Otto Färber allerdings dank seiner Verbindungen zur CDU noch 1946 in Stuttgart neue berufliche Perspektiven eröffneten, gestaltete er von der Schwabenmetropole aus als Redakteur und Lizenzträger die Tageszeitung *Stuttgarter Nachrichten*. Immer wieder griff er in den folgenden Jahren mittels Kommentaren in den *Stuttgarter Nachrichten* in die Neugliederungsdiskussion ein, wobei er sich den Belangen des bayerischen Regierungsbezirks Schwaben verschrieben hatte. Im Dezember 1946 setzte er sich im Artikel „Der neue Bundesstaat“ für eine umfangreiche Neugliederung der deutschen Länder ein: die dynastischen Gründungen der Napoleonischen Zeit seien zu beseitigen¹¹³. Als Reminiszenz auf die historische Entwicklung der Frühen Neuzeit erachtete Färber den Schwäbischen Kreis als eine territoriale Einrichtung mit Vorbildfunktion. Im Februar 1947 publizierte der Redakteur der *Stuttgarter Nachrichten* einen Leitartikel zur schwäbischen Frage¹¹⁴, ausgelöst durch die Resonanz, die Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* seit Mitte 1946 gefunden hatte. Die schwäbische Frage sei nicht nur von Archivaren aufgeworfen, urteilte Färber, vielmehr sei sie „ein Problem, das im Interesse der Bevölkerung politisch behandelt und gelöst werden muß“¹¹⁵. Fegers Konzept¹¹⁶ wies der Chefredakteur als „europäisch gemilderten Separatismus“ zurück. Mit dem Konstanzer Stadtarchivar hatte Färber ausführlich korrespondiert¹¹⁷, deutlicher als Feger stellte Färber aber den bayerischen Regierungsbezirk Schwaben ins Zentrum der Diskussion. Man müsse endlich neue deutsche Staaten unter stämmischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten bilden, betonte Färber; die im Süden Deutschlands gelegenen Staatsgebilde erachtete er als überholt und verwies dabei vorzugsweise auf die Heterogenität Bayerns, das aus Franken, dem eigentlichen Bayern und Schwaben zusammengesetzt sei. „Gegenüber dem Übergewicht der bayerischen Staatlichkeit und Erziehung bedürfte es in diesem Teil Bayerns [*Bayerisch-Schwa-*

¹¹⁰ Färber, Gott, S. 206.

¹¹¹ Sein Engagement brachte ihm in einer Augsburger Faschingszeitung den Namen „Herzog von Schwaben“ ein; Färber, Gott, S. 207.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Otto Färber: Der neue Bundesstaat, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 17. 12. 1946.

¹¹⁴ Otto Färber: Gibt es eine schwäbische Frage?, in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 20. 2. 1947.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Die Gedankengänge Fegers sind in Kapitel IV/1 in Form einer Analyse der „Schwäbisch-Alemannischen Demokratie“ dargestellt.

¹¹⁷ In den Korrespondenzen Fegers ist jedoch nur ein kurzes Schreiben erhalten, das allerdings inhaltlich weitere Briefe belegt. Diese sind verlorengegangen; vgl. Feger an Färber vom 10. 2. 1948; StadtA KN BA A-L 1948/49.

ben] zuerst des Schutzes freier Aufklärung und Organisation, sowie wenigstens eines einzigen wirklich schwäbischen Presseorgans.“¹¹⁸

Färber geriet durch seine Propaganda für einen schwäbischen Staat rasch ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Auch das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* interessierte sich für den schwäbischen Föderalisten. Die Hamburger Redakteure konstatierten bei Färber nicht wie bei Otto Feger den Rückgriff auf das Stammesherzogtum Schwaben, sondern den Wunsch, ein schwäbischer „Bundesstaat [möge] auf die Städtedreiecke Freiburg-Stuttgart-Karlsruhe und Konstanz-Ulm-Augsburg aufbauen“¹¹⁹. Als getrennte Bundesländer waren nämlich nach Färbers Meinung auch Nieder- und Oberschwaben mit den Hauptstädten Karlsruhe und Augsburg denkbar. Hier nahm *Der Spiegel* den sogenannten „Augsburger Plan“ vorweg, den Färber im August 1948 seinen Lesern präsentieren sollte. Unbedingt festzuhalten gilt es in diesem Zusammenhang, daß Färber Oberschwaben „gesinnungsmäßig zur alten Hauptstadt Wien“ tendieren sah¹²⁰.

Unter dem Eindruck der Herrenchiemseekonferenz und der Arbeit der Ländergrenzkommission¹²¹ lancierte Färber einen Vorschlag für die Neugliederung Gesamtdeutschlands auf föderalistischer Grundlage. Scharf zog Färber dabei gegen die Übernahme der Präambel der Weimarer Verfassung („Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen“) in den ersten bekanntgewordenen Verfassungsentwürfen vom Leder; er hielt insbesondere dem bayerischen Staatssekretär Pfeiffer vor, die älteste deutsche Binnengrenze – den bayerisches und schwäbisches Siedlungsgebiet trennenden Lech – zu ignorieren¹²². „[Bayerisch-]Schwaben trägt heute den Charakter eines unterdrückten Landes ohne große kulturelle Mittelpunkte“, ein Landstrich, den Färber in den nötigenfalls in Nieder- und Oberschwaben gegliederten schwäbischen Staat einbezogen sehen wollte. Der Münchener Zentralismus habe dem Regierungsbezirk Augsburg schwer geschadet; die Belastungen der Bevölkerung stünden in keinem Verhältnis zu der Entwicklung des „natürlichen, zivilisatorischen und kulturellen Reichtums“.

Der „Augsburger Plan“ entstammte allerdings nicht den konzeptionellen Überlegungen Otto Färbers; bei der Verbreitung hatte der Redakteur der *Stuttgarter Nachrichten* eher die Funktion eines Katalysators, wenngleich er das darin vertretene stämmische Gliederungsprinzip guthieß. Initiator und geistiger Urheber des Planes war ein Augsburger Kreis, als dessen Sprachrohr sich Willibald Eser, der neue Chefredakteur der *Schwäbischen Landeszeitung*, entpuppte. Der Augsburger Kreis hatte sich – wie der von Färber geleitete „Bund der Freunde Schwabens“ – organisiert¹²³ und der Forderung nach einem „Staatsland Schwaben“ verschrieben. Unter Teilnahme des Vorsitzenden der

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ „Schwäbische Kunde“, in: *Der Spiegel* vom 27. 3. 1948. Vgl. auch Färbers Ausführungen in seinen Memoiren: Ders., Gott, S. 206.

¹²⁰ Färber, Gott, S. 206; er selbst sprach von seiner „Zuneigung zu Österreich“; ebenda, S. 53. Wien lag für Färber politisch näher als Berlin, 1956 wurde seine Austrophilie mit dem Amt des österreichischen Konsuls in Stuttgart gewürdigt.

¹²¹ Die „Kommission zur Regelung der Ländergrenzen“ hatte als siebten Vorschlag der Neugliederung Südwestdeutschlands die schwäbisch-alemannische Lösung à la Feger beraten; siehe Kapitel V/1.

¹²² Otto Färber: Um die älteste deutsche Binnengrenze – Der sogenannte Augsburger Plan – Ein Vorschlag zur Länderfrage, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 28. 8. 1948.

¹²³ Der amerikanische Vizekonsul Robert W. Beghtol nannte in einem Bericht vom 25. 6. 1946 über den „Bund der Freunde Schwabens“ (OMGUS [Intelligence Division] 10/110–2/3) Otto Färber

CSU Schwaben wurde der „Augsburger Plan“ mit Kartenmaterial versehen und Interessenten vorgelegt. Das Konzept trat für die Wiederherstellung einer deutschen Bundesstaatlichkeit ein, das Postulat der „restlosen Beseitigung unnatürlicher (stammeswidriger) dynastischer Grenzen“ war inhärent¹²⁴. Zur Versöhnung zwischen einheitsstaatlichen und staatenbundlichen Extremen wurde die Schaffung von „Staatsländern“ propagiert. Geographisch sollte das „Staatsland Schwaben“ den bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, Teile von Oberbayern, Württemberg-Baden, (Süd-)Baden mit dem gesamten Bodenseegebiet einschließlich Oberschwaben umfassen. Unter der Bezeichnung „Staatsland“ verbarg sich die Definition als „Glieder eines Föderativstaates“, das sich auf „das Gebiet eines Staates stützt“; als Zentralregierung aller deutschen „Staatsländer“ sollte ein „Staatsländerrat“ fungieren¹²⁵. Als Kompromißlösung hierzu bot Eser den „Augsburger Plan“ an, eine Aufteilung des „Staatslandes Schwaben“ in Nieder- und Oberschwaben¹²⁶. Von amerikanischer Seite wurde die schwäbische Autonomiebewegung in Augsburg und Umgebung aufmerksam beobachtet, auch Telefonate wurden abgehört¹²⁷. Die Schwaben-Frage provozierte jedoch auf seiten der amerikanischen Besatzungsmacht keine unterstützenden Aktivitäten, selbst Briefe Färbers stießen lediglich auf höfliches, aber wirkungsloses Echo¹²⁸. Für die amerikanische Militärregierung wog die Gesamtstaatlichkeit Bayerns schwerer als die mögliche Instabilität bei einer Länderneugliederung in Süddeutschland.

Die stammesföderalistischen Vorstellungen trug Otto Färber auch in den am 9. und 10. August 1947 in Bad Ems gegründeten „Bund deutscher Föderalisten“¹²⁹ hinein. Tatsächlich ließ der „Programm-Entwurf“ eine stammesföderalistische Interpretation zu¹³⁰, stieß aber bei den bayerischen Föderalisten auf harten Widerstand. Die Bayerische

als Leiter. Unterstützung erhielt Färber nach diesem Bericht von dem schwäbischen CSU-Vorsitzenden Dr. Eugen Rindt und dem CSU-Mitglied Dr. Rudolph Martin.

¹²⁴ Otto Färber: Süddeutsche Länderfragen (masch. 3 S.); AsD NL Schmid 1151.

¹²⁵ Neue Zeitung vom 10. 6. 1946; zitiert nach Kock, Weg, S. 123 Anmerkung 112. Vgl. außerdem den Artikel von Willibald Eser: Staatsland Schwaben, in: Schwäbische Landeszeitung vom 7. 10. 1947.

¹²⁶ Eser, ebenda.

¹²⁷ Kock, Weg, S. 123 f. Zu den CCD-Protokollen vgl. OMGUS 10/87–3/32. Dort wird bezüglich der Verbreitung stammesföderalistischer Gedanken im Regierungsbezirk Schwaben festgestellt: „Many fanatic people from Schwaben are working like mad to separate themselves from Bavaria and to form a greater Schwaben together with Württemberg and Baden.“

¹²⁸ Mitte 1948 unternahm Färber zwei Vorstöße bei der amerikanischen Militärregierung. Am 25. 5. 1948 und 5. 6. 1948 regte er angesichts der Londoner Beschlüsse die Abtrennung des Regierungsbezirks Schwaben von Bayern und die Bildung eines Landes Franken an. Die Antwortbriefe von OMGUS bestehen aus lapidaren Ausflüchten und Floskeln; OMGUS 15/147–1/18, zitiert nach Kock, Weg, S. 124 Anmerkung 119.

¹²⁹ Unterzeichner des Gründungsauftrages waren: Ludwig Alpers (Niedersächsische Landespartei, vgl. Anmerkung 60), Peter Altmeyer (Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz), Heinrich von Brentano (CDU-Landesvorsitzender in Hessen), Otto Färber, Emanuel Graf von Galen, Hans Haberer, Heinrich Hellwege, Wilhelm Hoegner, Ferdinand Kirnberger, Eugen Kogon, Franz Albert Kramer, Albert Lotz, Johann Wilhelm Naumann (vgl. Anmerkung 48), Rudolf Pechel (vgl. Anmerkung 102), Anton Pfeiffer, Ella Schmittmann, Franz Josef Schöningh, Adolf Süsterhenn (vgl. Anmerkung 93); vgl. Rheinischer Merkur vom 23. 8. 1947.

¹³⁰ „Programm-Entwurf der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten (ADF)“, ausgearbeitet von Ludwig Alpers Anfang 1947; AdO HCFA AP c. 3302 p. 87 d. 87. Ausschlaggebend für Färbers Interpretation: „VII. 1. Das Deutsche Volk ist kein Einheitsvolk. Es besteht aus Stämmen von prägnanter Eigenart.“ Andererseits: „VI. 2. Deutschland ist der Zusammenschluß sou-

Staatskanzlei ließ sich durch Karl Schwend¹³¹, dem einstigen Pressechef der BVP und nach 1946 engsten Mitarbeiter von Ministerpräsident Hans Ehard, repräsentieren. In Schwend fand Färber einen ebenbürtigen Gegenspieler, der den „bayerischen Staatsföderalismus“ konsequent verteidigte. Färber legte mit seiner Agitation für eine „großschwäbische Bewegung“ den Spaltpilz in die neugeschaffene Einheit der deutschen Föderalisten¹³². Tatsächlich schlugen sich die niedersächsischen und rheinland-pfälzischen Politiker auf die bayerische Seite und erteilten den stammesföderalistischen Plänen Färbers eine Abfuhr. In den Wochen nach Bad Ems kam es zu einer harten, vor allem in der Presse ausgetragenen Fehde zwischen Otto Färber und dem bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Wilhelm Hoegner, die den Stammesföderalismus betraf¹³³.

In der ideologischen Umgebung Färbers hatte sich im Raum Stuttgart schon vor dem Zusammenbruch 1945 ein anderer Verfechter einer großschwäbischen Lösung zu Wort gemeldet: Fritz Haaga aus Stuttgart-Bad Cannstatt. Im Februar 1945 warb er heimlich für die Gedanken eines Zusammenschlusses aller Schwaben „in Württemberg, in Baden, im Breisgau, in Schwaben-Augsburg und im Arlberg“, wobei er seine Gesinnungsgenossen zur Propaganda im Freundeskreis und in den Volkssturmkompanien anhielt¹³⁴. In den folgenden beiden Jahren – vor allem 1946 – verschickte er umfangreiche Denkschriften, um für die stammesföderalistische Gliederung zu werben¹³⁵. Allerdings war nicht Haaga, sondern ein gewisser Keuerleber der Gründer des in amerikanischen Dokumenten marginal erwähnten und in Stuttgart auftauchenden „Schwäbischen Bundes“¹³⁶, einer Ein-Mann-Partei mit eklatanten Autonomieforderungen.

Bereits im Februar 1946 übersandte Fritz Haaga dem Freiburger Erzbischof Gröber seine Denkschrift *Aufbauen!*, in der er sich ausgiebig über die staatliche Reorganisation ausließ¹³⁷. Ein „weitgehend“ unabhängiges Schwabenland („Großschwaben“) konnte

verärer Gliedstaaten (Einzelstaaten, Länder) mit unterschiedlicher Bevölkerung, die einen Teil ihrer Souveränität auf Deutschland übertragen haben.“

¹³¹ Karl Schwend (1890–1968), ab 1918 Mitglied der BVP und deren Pressechef; enge Beziehungen zum bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held; 1933 MdL Bayern (BVP); 1947 Berufung durch Hans Ehard in die Bayerische Staatskanzlei; 1950–54 Leiter derselben; galt als „Graue Eminenz“ der Staatskanzlei.

¹³² Kock, Weg, S. 201.

¹³³ Die Polemik ist ausführlich bei Kock, Weg, S. 203 ff. dargestellt. Außerdem Kritzer, Hoegner, S. 224 ff. zu den Differenzen Hoegners mit dem SPD-Parteivorstand in Hannover wegen seiner Unterschrift unter den Aufruf von Bad Ems.

¹³⁴ Fritz Haaga: „[Sammlung von Ausarbeitungen für ein autonomes Südwestdeutschland]“ Stuttgart 1946 (masch. 13 S.), darin zweiseitiges Flugblatt vom Februar 1945, ebenda, S. 1; EAF NL Gröber Nb 8/62.

¹³⁵ Im Nachlaß des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber sind für die Jahre 1946/47 drei Denkschriften erhalten: Fritz Haaga: „Unser Schwaben! Eine Huldigung an die Heimat“ (masch. 15 S.); Ders.: „[Die Schwäbische Frage]“ [1947] (masch. 5 S.); Ders.: „Der Schwäbische Kreis. Über das Problem unserer zukünftigen staatlichen Gestaltung“ (masch. 30 S.).

¹³⁶ Erwähnung bei Brosdorf/Niethammer, Befreiung, S. 254 f. Tatsächlich hatte Keuerleber am 20. 10. 1945 die Genehmigung zur Gründung des „Schwäbischen Bundes“ erhalten. Seine Ziele und die Programmatik der Partei besprach er am 21. 10. 1946 mit dem Stuttgarter Staatsrat Konrad Witwer, der als einer der engsten Vertrauten Reinhold Maiers galt; HStAS EA 1/922 0610. Über die Stellung des „Schwäbischen Bundes“ zur Neugliederungsdiskussion ist kein Material vorhanden, der Name dürfte allerdings Programm gewesen sein.

¹³⁷ Haaga an Gröber vom 22. 2. 1946, im Anhang Fritz Haaga: „Aufbauen!“ 1945 (masch. 7 S.); EAF NL Gröber Nb 8/62.

nach seiner Auffassung nur in einen deutschen Staatenbund, der auf eine Zollunion beschränkt wäre, eintreten; eine bundesstaatliche Lösung verwarf er mit Blick auf die Reichsgründung von 1871. Über den Aufbau des Staates „Großschwaben“ machte sich Haaga in den darauffolgenden Monaten intensiv Gedanken, wobei sich ab Ende 1946 erstmalig der Einfluß des in der Ausarbeitung explizit erwähnten Otto Feger¹³⁸ manifestierte; die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* war im Juli 1946 in den Auslagen der Buchhandlungen erschienen. Mit der Einteilung „Großschwabens“ in Landschaften¹³⁹ lehnte er sich sehr eng an den von Feger definierten Begriff an, entwickelte aber im Gegensatz zum Konstanzer Stadtarchivar ein Landschaftsmodell für den gesamten schwäbisch-alemannischen Raum im ehemaligen Reichsgebiet. Auch die Wurzeln seines Geschichtsbildes lagen in der Auffassung von der „Vergewaltigung“ des Südens durch den Norden: eine gerade Linie führte für Haaga von 1866 bis 1945. Das autonome „Großschwaben“, nur locker in einer deutschen Zollunion organisiert, sollte die europäisch-abendländische Integration erstreben.

Anfang 1947 tauchte im Südwesten ein Flugblatt auf, das zur Gründung von „Schwabenvereinen“ aufrief, einhergehend mit der Forderung nach Errichtung eines Staates „Schwabenland“. Inwiefern Fritz Haaga oder auch der von Großbottwar im Kreis Ludwigsburg aus agierende Ingenieur Adolf Mühleisen¹⁴⁰ als Hintermänner fungierten, muß dahingestellt bleiben. Das in sieben Kantone¹⁴¹ gegliederte, in Aussicht gestellte „Schwabenland“ sollte sein Zentrum in Rottweil haben¹⁴². Um den Schwaben das Leben im neuen Staat schmackhaft zu machen, schlug der Autor des Flugblattes vor, den Einheimischen doppeltes Stimmrecht und obendrein 3500 Kalorien an Lebensmitteln zu ge-

¹³⁸ „Für den zu erwartenden schwäbischen Staat hat insbesondere Dr. Otto Feger, Konstanz in seinem epochemachenden Buche ‚Schwäbisch-Alemannische Demokratie‘ den Gedanken des föderativen Aufbaues dieses schwäbischen Staates empfohlen“; in: Fritz Haaga: „[Die Schwäbische Frage]“ [1947] (masch. 5 S.), S. 4.

¹³⁹ Untergliederung in 14 Landschaften: 1) Neckarpfalz mit Mannheim, Heidelberg und Mosbach 2) Altbaden mit Karlsruhe und Baden-Baden 3) Ortenau 4) Breisgau 5) Markgräflerland 6) Hotzenwald 7) Baar und Hegau 8) Linzgau (mit Hohenzollern-Sigmaringen) 9) Oberschwaben zwischen Donau, Iller und Bodensee 10) Altwürttemberg 11) Oberneckartal 12) Hohenlohe mit Schwäbisch Hall und Crailsheim 13) Bauland mit Taubergrund 14) Bayerisch-Schwaben; Fritz Haaga: „Der Schwäbische Kreis. Über das Problem unserer zukünftigen staatlichen Gestaltung“ (masch. 30 S.), S. 9; EAF NL Gröber Nb 8/53.

¹⁴⁰ In Abwandlung des württembergischen Wahlspruchs „Hie gut Wirtemberg alleweg“ gab Mühleisen Ende der vierziger Jahre die Parole „Hie gut Schwaben alleweg“ aus und machte sie zum Wahlspruch einer neuen Partei, nämlich der Partei der Schwaben (P. d. S.), definiert als „die Partei der schwäbischen Demokratie“. Autonomismus („Selbstbestimmung des politischen Schicksals“), Antiborussianismus („Es gilt unsere schwäbische Heimat von dieser Pest freizuhalten“), Föderalismus („Umgestaltung der Bonner Verfassung in ‚echt‘ föderalistischem Sinne“) und Zusammenarbeit mit weiteren „Heimatparteien“ (Bayern-Partei und Niedersächsische Landespartei) bildeten das schmale Parteiprogramm. Vgl. Flugblatt der P. d. S. „Die Heimat ruft Dich!“ [1948]; AdO Bade AP c. 2157/3 d. 44. Die französische Besatzungsmacht vermutete neben dem Stuttgarter Stellvertretenden Bürgermeister Hirn auch den Ravensburger Bürgermeister und Kultusminister von Württemberg-Hohenzollern, Albert Sauer (vgl. Kapitel V/2), hinter dieser Partei; Pène an François-Poncet vom 13. 9. 1950; ebenda.

¹⁴¹ Bayerisch-Schwaben, Allgäu, Bodensee, Oberland, Unterland, Schwarzwald und Vorarlberg.

¹⁴² Dr. Schairer: „Pansuevismus“, in: Stuttgarter Zeitung vom 11. 6. 1947; zitiert nach einer Abschrift des Artikels im NL Gerhard Ritter; BA NL [Gerhard Ritter] 166/329.

währen, alle öffentlichen Ämter mit Schwaben zu besetzen und die nach dem 1. Oktober 1939 zugereisten „Nichtschwaben“ auszuweisen.

Die „Gesellschaft Oberschwaben“

Nach 1945 ging die Initiative zum geistigen Neubeginn im oberschwäbischen Raum von dem Buchhändler Josef Rieck¹⁴³ aus und mündete schließlich in der Gründung einer abendländischen Vereinigung: der „Gesellschaft Oberschwaben“¹⁴⁴. Die Regeln des heiligen Benedikt hatte Rieck seinerzeit als Novize in Neresheim und im Stift Neuburg so sehr in sich aufgenommen, daß sie Teil seines Wesens wurden. Er war eine tief vom Katholizismus geprägte, charismatische Persönlichkeit, die von den Gedanken eines Carl Muth und Theodor Haecker beeinflusst war¹⁴⁵. Schon während des Krieges – Rieck hatte sich 1938 in Aulendorf niedergelassen und eine wissenschaftliche Versandbuchhandlung gegründet – galt seine Buchhandlung als ausgesprochener Geheimtip; hier konnten Bücher erstanden werden, die ansonsten nicht (mehr) angeboten wurden. Zu seinem Freundeskreis zählten auch die Geschwister Scholl und der Ulmer Maler Wilhelm Geyer¹⁴⁶, Menschen, die wegen ihrer politischen Äußerungen verhaftet und verurteilt wurden. Rieck selbst wurde argwöhnisch von der Gestapo beobachtet und 1943 in Ulm im Zusammenhang mit den Aktionen der Geschwister Scholl verhört. Die Kartothek seiner Buchhandlung umfaßte das geistige Deutschland, viele Widerstandskämpfer des Zwanzigsten Juli waren seine Kunden.

Die Idee, einen freien geistigen Austauschplatz für alle Menschen zu schaffen, die zu neuer Verantwortung berufen schienen, hatte Rieck bald nach Kriegsende in die Tat umgesetzt. Die „Gesellschaft Oberschwaben“ sah er als eine Plattform für die Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer und wirtschaftlicher Fragen jenseits der parteipolitischen und konfessionellen Grenzen an, mit dem Ziel, die neuen Fundamente der Gesellschaft und des Staates zu diskutieren. Mit der Gründung der „Gesellschaft Oberschwaben“ befaßte sich Rieck seit Frühsommer 1945, die Genehmigung durch die französische Besatzungsmacht datiert auf den 25. Juli 1945. Im November wurden der Stiftungsaufwurf vorbereitet und die Ziele der „Gesellschaft Oberschwaben“ umschrieben: „Oberschwaben als Land, in dem die universale Geistigkeit des deutschen Südens noch in lebendiger Überlieferung lebt und von der ungebrochenen Kraft des Volkes getragen wird, ist damit aufgerufen, seinen besonderen Beitrag für den Neuaufbau des geistigen und kulturellen

¹⁴³ Josef Rieck (1911–1970), aufgewachsen in Stuttgart; Besuch des dortigen Eberhard-Ludwig-Gymnasiums; ab 1929 Studium der Theologie in Tübingen; Novize in den Benediktinerklöstern Neresheim und Neuburg; 1933 Lehrer in Brasilien (Unterricht von Auswandererkindern); 1936–38 Buchhandelslehre in Stuttgart und Berlin; 1939 Eröffnung einer Buchhandlung in Aulendorf (wissenschaftliche Versandbuchhandlung); 1946 Gründungsmitglied der „Gesellschaft Oberschwaben“. Vgl. auch: „Josef Rieck – Buchhändler mit Leib und Seele“, in: Schwäbische Zeitung – Ausgabe Bad Waldsee-Aulendorf – vom 9. 1. 1970.

¹⁴⁴ Soweit nicht anders vermerkt, stützen sich die Ausführungen zur „Gesellschaft Oberschwaben“ auf Burger, Tauschplatz, S. 177–188.

¹⁴⁵ Mit Theodor Haecker (vgl. Kapitel III/1) war Josef Rieck auch persönlich bekannt, im Kreise der Geschwister Scholl hatte er im Februar 1943 einen Nachmittag mit dem katholischen Philosophen verbracht; Geyer, Geyer, S. 196.

¹⁴⁶ Zur Freundschaft mit dem Maler Wilhelm Geyer und den Geschwister Scholl vgl. Geyer, Geyer, S. 196 ff.

Lebens in Württemberg zu leisten. [...] Das Schloß in Aulendorf soll zu einem *Treff- und Sammelpunkt* der geistigen Kräfte ausgebaut werden, die an einer grundlegenden Neuorientierung unseres sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens verantwortungsbewußt arbeiten.“¹⁴⁷ Zur ersten offiziellen Versammlung zwecks Vorbereitung der Gründung rief Rieck die Interessenten für den 28. Dezember 1945 nach Aulendorf; aus dieser Versammlung ging ein elfköpfiges vorläufiges Kuratorium hervor, das am 28. März 1946 die „Gesellschaft Oberschwaben“ konstituierte. Freiherr Hans Christoph von Stauffenberg übernahm die Geschäftsführung. Er sollte im Sommer die Lizenzierung eines „Verlages der Gesellschaft Oberschwaben“ beantragen, dessen Grundidee die Verpflichtung des deutschen Volkes im Geist des „abendländischen Denkens“ und „ein deutscher Beitrag zu der sich immer erneuernden Aufgabe des Abendlandes“ darstellen mußte¹⁴⁸. Das Ansinnen sollte auf Befürwortung des Tübinger Oberdelegierten Widmer stoßen¹⁴⁹.

Die feierliche Eröffnungstagung fand am 27. April 1946 im Aulendorfer Schloß statt. Nach den einleitenden Worten von Stauffenbergs führte Josef Rieck in einer emphatischen und von Idealismus geprägten Rede¹⁵⁰ die Absichten der „Gesellschaft Oberschwaben“ aus. Unter den Anwesenden befand sich auch der spätere Wangener Landrat Dr. Walter Münch¹⁵¹, der sich zwar nicht an Neugliederungsgedanken innerhalb der „Gesellschaft Oberschwaben“, so doch noch nach Jahrzehnten an die Alpenlandbewegung erinnerte¹⁵² und in den Arbeitsausschuß der Gesellschaft gewählt wurde. Die Festreden der Tagung hielten Auswärtige, der spätere Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern, Staatsrat Professor Carlo Schmid, und der Rektor der Universität Tübingen.

¹⁴⁷ „Mitteilungen der Gesellschaft Oberschwaben“; zitiert nach Burger, Tauschplatz, S. 173 f.

¹⁴⁸ Ausführlich dazu: Dossier „Verlag der Gesellschaft Oberschwaben 1946“; AdO HCFA AC c. 736/2. Zitat aus: „Verlagsprogramm der Gesellschaft Oberschwaben“ [22. 7. 1946].

¹⁴⁹ Widmer an Laffon vom 29. 7. 1946; AdO HCFA AC c. 736/2.

¹⁵⁰ Rede Riecks bei der Eröffnungstagung der „Gesellschaft Oberschwaben“ am 27. 4. 1946 (masch. 6 S.); StA SIG N 2/6.

¹⁵¹ Walter Münch (1911–1992), Jugendjahre in Schelklingen, Blaubeuren und Ulm; Abitur in Ulm; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Salzburg, Königsberg und Tübingen; Referendariat in Ulm; zweiter Beamter im Landratsamt Tettnang; 1940–45 Kriegsdienst als Gebirgsjäger; nach 1945 Mitarbeit im Landratsamt Wangen; 1946 Mitglied des Arbeitsausschusses der „Gesellschaft Oberschwaben“; 1949–72 Landrat von Wangen im Allgäu; 1967–90 Leiter des Literarischen Forums Oberschwaben; 1977 Ehrendoktor der Universität Tübingen.

¹⁵² Walter Münch, der sich als Landrat intensiv um die Belange des oberschwäbischen Raumes bemühte und unter anderem auch den Regionalplanungsverband Oberschwaben-Bodensee initiierte, hatte Kenntnis von den alpenländischen Plänen des Jahres 1945 (vgl. Kapitel III/1). Auf einer Veranstaltung des Colloquium Humanum am 10. 3. 1964 in Bad Godesberg charakterisierte er die Anhänger der Idee in Unkenntnis der Begebenheiten als „Landfremde“ (Ders., Schwaben, S. 30; auch abgedruckt im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 35/36 vom 6. 5. 1964; Manuskript: KA RV NL Münch 30.) und bewertete diese Tendenzen als „autarken Provinzialismus“ bzw. als „autonomen Regionalismus“. In einem für Freunde bestimmten Textentwurf (Ders., Das Allgäu, eine verhinderte Eidgenossenschaft, Wangen 1982) analysierte er die Appenzellerkriege des beginnenden 15. Jahrhunderts als „eine Einigungsbewegung“, die das „Alemannische Bergland“ erfaßt habe und mit der „Alpinen-Unions-Bewegung“ nach 1945 Ähnlichkeiten aufweise; KA RV NL Münch o. Sig. Zur Neugliederungsdiskussion im „Dritten Reich“ und nach 1945 vgl. auch seinen Artikel „Bausteine einer Entwicklung des Raumes Allgäu“, in: Der Allgäuer vom 7./8. 8. 1965.

gen, Professor Theodor Steinbüchel. Carlo Schmid, der sich damals noch Karl nannte, sang das „Lob Oberschwabens“¹⁵³, vermied es aber, auf die Ziele der Gesellschaft konkret einzugehen; Steinbüchels Rede sah in Riecks Sinne die „Lösung der Krisis des heutigen Menschen“ in der Gottbegegnung.

Bereits zwei Tage später nahm die „Gesellschaft Oberschwaben“ die konkrete Arbeit auf. In fünf Tagungen im Frühjahr und Sommer 1946 beschäftigte man sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung für die künftige staatliche Ordnung. Zuerst wurde der Verfassungsentwurf für Württemberg-Baden erörtert; Carlo Schmid referierte am 18. Mai und entwickelte konkrete Prinzipien für die zukünftige Verfassungsordnung. Die wiederherzustellende Einheit Württembergs war das vordringliche Begehren der Tagungen, Länderneugliederungsfragen wurden nicht behandelt. Trotzdem sollte die „Gesellschaft Oberschwaben“ zu einer Plattform der Neugliederungsdiskussion werden. Im Oktober trafen sich unter deren Dach die südwestdeutschen Archivare zum ersten Mal; auf der zweiten Tagung im Mai 1947 hielt der Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger sein Referat „Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken“, das als eine Darlegung der Prinzipien der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* auf dem Feld der Archivarbeit zu werten ist¹⁵⁴. Auch seine beiden Kollegen, der Stadtarchivar von Freiburg, Friedrich Hefe, und der Fürstlich Waldburg-Zeil'sche Archivar, Rudolf Rauh, stimmten Fegers Forderungen über weite Strecken zu¹⁵⁵.

2. Der oberdeutsche Adel

Die Behauptung von Hans-Georg Wieck, die Gedanken einer „Union alpine“ seien insbesondere in adeligen Kreisen erörtert worden, die darunter „eine Art Donaukonföderation mit Südbaden, Südwürttemberg, Tirol und Vorarlberg“ verstanden hätten¹⁵⁶, ist in bezug auf die Urheberchaft der Gedanken und der Verbreitung ernst zu nehmen und nachfolgend zu überprüfen. Problematisch bleibt aber der Nachweis solcher Gedankengänge. Es mangelt nämlich an schriftlichem Quellenmaterial zu diesem Komplex, um so sorgfältiger müssen die wenigen vorhandenen und zugänglichen Dokumente ausgewertet werden. Des weiteren bleibt zu bedenken, daß Adelsarchive Privatarchive sind, so daß der Zugang bei vermeintlich noch nach Jahrzehnten als politisch brisant bewerteten Themen restriktiv gehandhabt und damit die Forschung nicht gefördert wird¹⁵⁷. Die Scheu, sich unmittelbar nach 1945 schriftlich bezüglich der künftigen staatlichen Struktur Süddeutschlands zu äußern, war auch in Adelskreisen verbreitet. Hingegen erwies sich die persönliche Unterredung als das probate Mittel, Konsens über die Lösung der territorialen Probleme des südwestdeutschen Raumes zu finden. Die wenigen Dokumente deuten auf eine intensiv geführte Diskussion innerhalb des oberdeutschen Adels hin. Gedruckte Quellen zur Neugliederungsdebatte, für die der oberdeutsche Adel als

¹⁵³ Schmid, Lob.

¹⁵⁴ Vgl. „Die Südwestdeutschen Archivtage“ in Kapitel IV/2.

¹⁵⁵ Die Konzepte der Archivare sind in Kapitel IV/2 ausgebreitet.

¹⁵⁶ Wieck, Demokraten, S. 170.

¹⁵⁷ Für die vorliegende Untersuchung konnte kein Einblick in die Archive der Familien Hohenzollern/Sigmaringen und Fürstenberg/Donaueschingen genommen werden. Teilweise konnte das entstandene Defizit aber durch anderenorts zugängliches Quellenmaterial beseitigt werden.

Urheber gezeichnet hätte, sind inexistent. Die Rolle der französischen Besatzungsmacht ist allerdings klar zu definieren: Die Beziehungen zu den süddeutschen Häusern waren „höchstens“ gesellschaftlicher und kultureller Art¹⁵⁸.

Waldburg-Zeil

Sein Vater habe sich Neugliederungsplänen „strikt verweigert“, gab Graf Alois von Waldburg-Zeil in Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Partikularismus und Regionalismus nach 1945 dem Tübinger Soziologen Andreas Dornheim zu bedenken¹⁵⁹, der es deshalb für unwahrscheinlich hielt, daß „sich das Haus Waldburg-Zeil für eine ‚Schwäbisch-Alemannische Demokratie‘ eingesetzt hat“¹⁶⁰.

Der angesprochene Vater, Fürst Erich von Waldburg-Zeil¹⁶¹, war nun aber keineswegs unbeteiligt an der Neugliederungsdiskussion geblieben¹⁶², ganz im Gegenteil gab er sich vielmehr überzeugt von der Bildung eines projektierten schwäbisch-alemannischen Staates. Im Herbst 1945 teilte er schriftlich sein Einverständnis zur Mitarbeit in der zu gründenden abendländischen „Gesellschaft Oberschwaben“¹⁶³ mit, um das ihn der Aulendorfer Buchhändler Josef Rieck gebeten hatte. Diese Gesellschaft sollte – wie bereits ausgeführt – zum kulturellen Mittelpunkt für Oberschwaben werden, ein freier geistiger Tauschplatz ohne parteipolitische oder konfessionelle Abgrenzungen. Fürst Erich stand dem Ansinnen Riecks offen gegenüber, er äußerte allerdings in einem Brief auch in zweifacher Hinsicht Bedenken: Obwohl historisch unbelastet, dürfe der Begriff „Oberschwaben“ nicht zu sehr betont werden, niemand würde „gesamtschwäbischer“¹⁶⁴ als

¹⁵⁸ Darauf hat Prinz Konstantin von Bayern eindringlich hingewiesen; Konstantin, Macht, S. 213. Zum Neugliederungskonzept „Alpenland“ äußerte er sich ebenfalls: „Die ‚Union Alpine‘, eine Alpenländer-Föderation, wäre wenigstens wirtschaftlich vorstellbar gewesen. Auch kulturell vorstellbar“; ebenda, S. 212.

¹⁵⁹ Alois Graf von Waldburg-Zeil an Dornheim vom 24. 5. 1986; zitiert nach Dornheim, Adel, S. 379.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 379. Die Dissertation Dornheims beruht – laut Auskunft des Waldburg-Zeil'schen Archivars Beck – nicht auf Quellenmaterial des FWZGA.

¹⁶¹ Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg (1899–1953), katholische Erziehung; Besuch des Max-Gymnasiums in München; 1917 Kriegsdienst als Leutnant eines Dragonerregiments; 1918 Chef des Hauses Waldburg-Zeil und damit Großgrundbesitzer (9000 ha); 1919 Abitur; Studium der Staatswissenschaften, Geschichte, Kunstgeschichte und Philosophie in München und Tübingen; 1926 Heirat mit Monika Prinzessin zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg; 1930 Erwerb der Wochenzeitung *Der Illustre Sonntag*, 1932 umbenannt in *Der Gerade Weg*; 1939–44 Reserveoffizier mit wechselnder Verwendung an der Ostfront; 1944 Entlassung „in Uniform“ nach dem sogenannten „Fürstenerlaß“; 1951 Mitbegründer der „Abendländischen Aktion“ und der „Abendländischen Akademie“; 1951 Erwerb der Zeitschrift *Das Neue Abendland*; Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies und Ehrenritter des Souveränen Malteser-Ritterordens; Mitarbeit im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken; 1953 auf einer Revierfahrt tödlich verunglückt. Vgl. o. A., Wege.

Entgegen Richter, Bedeutung, 1980, S. 84 ist von Gunther Träger keine Dissertation über die konservative Politik des Fürsten Erich eingereicht worden (Gunther Träger, Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg und der Konservatismus in Deutschland nach 1945, Würzburg Diss. Phil. 1976). Vgl. Dornheim, Adel, S. 397 Anmerkung 5.

¹⁶² Dies ergab die Auswertung des Nachlasses, der sich auf Schloß Zeil befindet, sowie die Befragung von Zeitzeugen.

¹⁶³ Erich Fürst Waldburg-Zeil an Rieck vom 25. 10. 1945; FWZGA NL Rauh Archiv 21.

¹⁶⁴ Ebenda.

die Oberschwaben empfinden. Verstreut sind auch einige Bemerkungen zur staatlichen Reorganisation untergebracht, die Rückschlüsse auf sein Denken zulassen. Wichtig war für den Fürsten nämlich die Beeinflussung Österreichs, die unbedingt sicherzustellen sei; Österreich sah er einen Irrweg beschreiten, die Eigenstaatlichkeit verteuflerte er als Hybris, die dem abendländischen Gedanken diametral entgegenliefe. Der Begriff „Abendland“ hatte einen festen Bestand in der Gedankenwelt des Fürsten, eine österreichische Republik fand darin keinen Platz. „Oesterreichertum“ ist ebensowenig eine Idee, wie Bayerntum, Schwabentum oder gar Oberschwabentum eine solche wäre, ohne den Gedanken der Vereinigung aller Glieder in einem Leib.“¹⁶⁵ Der „Leib“ wiederum – wenn auch hier noch nicht explizit formuliert – stellte in seiner Gedankenwelt einen Zusammenschluß des katholischen Südens einschließlich Österreichs in einer Konföderation dar. Eine Eigenstaatlichkeit außerhalb eines katholischen, süddeutschen „Leibes“ blieb für ihn unvorstellbar. Dabei sollte den einzelnen Regionen ein besonderes Gewicht zufallen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zum „süddeutschen Leib“ war seiner Ansicht nach in Oberschwaben sehr verbreitet, das Gefühl der „Einheit in der Vielheit“ sei nördlich des Bodensees erhalten geblieben. Daraus leitete Fürst Erich eine besondere Mission Oberschwabens ab und begrüßte daher die Gründung der „Gesellschaft Oberschwaben“.

Diese nichtöffentlichen Ansichten des Fürsten Erich waren auch im französischen Außenministerium in Paris bekannt. Im Winter 1945/46 hatte nämlich der Fürst hastig im Beisein von Hauptmann Bertrand de Lacger¹⁶⁶ einen Programmentwurf einer Christlich-Sozialen Union skizziert und selbst holprig ins Französische übersetzt. Im Bericht de Lacgers an das Außenministerium wurde der Entwurf zitiert: „Die Partei will außenpolitisch eine Föderation [...], ähnlich wie die Schweiz. Der deutsche Staat existiert nicht mehr, die Deutschen sind geblieben. [...] Derjenige, der deren föderalistischen Bund behindern wollte, gäbe den Kommunisten die Gelegenheit, die Nachfolger des Nationalsozialismus zu werden. [...] Für die Bevölkerung von Württemberg und Baden sind deren Länder vollkommene Realitäten. Das muß man bedenken, trotzdem müßte man eine Lösung auf der Basis eines Großschwaben anstreben.“¹⁶⁷ In der Gedankenwelt des Fürsten war Großschwaben jedoch nur die Vorstufe einer alpenländischen Konföderation.

Der Fürstlich Waldburg-Zeil'sche Archivar, Rudolf Rauh, machte den Fürsten im Sommer 1946 mit dem Verfasser der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* bekannt. Otto Feger genoß zusammen mit seiner Ehefrau und seinem Kollegen Rauh Ende 1946

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Bertrand de Lacger (?-1952) war vor und während des Zweiten Weltkrieges der Mittelsmann für die bayerischen und österreichischen Emigranten in Frankreich. Er arbeitete eng mit Joseph Panholzer, einem katholischen Föderalisten, zusammen. Im Herbst 1944 flog Panholzer in Begleitung von Lacger nach Rom. Panholzer traf sich in der Ewigen Stadt mit Kronprinz Rupprecht, außerdem scheint er seine bayerischen Autonomiepläne mit vatikanischen Kreisen abgesprochen zu haben. Bertrand de Lacger selbst fungierte als Vertreter des Deuxième Bureau, seine Herkunft lag wahrscheinlich im alten südfranzösischen Adel. Vgl. Kock, Weg, S. 46 und S. 54 f.

¹⁶⁷ Hauptmann de Lacger hat den Bericht in Paris niedergeschrieben. Mehrere Indizien deuten darauf hin, daß er für den französischen Geheimdienst in Deutschland tätig war. Vgl.: „Objet: La Bavière et le problème allemand“, Hauptmann de Lacger vom 2. 2. 1946; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

eine Führung durch Schloß Zeil, der Fürst selbst gab sich die Ehre¹⁶⁸. Der Ruf war dem Konstanzer Archivar weit vorausgeeilt, besaß doch der Fürst bereits ein Exemplar dessen umstrittener Schrift in seiner Handbibliothek¹⁶⁹. Fürst Erich nutzte die Gelegenheit und verwickelte Feger in eine Diskussion über die Zukunft Südwestdeutschlands. Daß ihm Fegers Pläne für den schwäbisch-alemannischen Raum prinzipiell zusagten, ist offensichtlich, hinsichtlich der Rolle des Adels dürften jedoch divergierende Meinungen aufeinandergeprallt sein.

Konservativ in seiner Grundhaltung und verankert im Katholizismus¹⁷⁰, orientierte sich Fürst Erich in Richtung Österreich und sah in Otto von Habsburg den legitimen Anwärter auf die Spitze einer Konföderation süddeutscher Staaten. Zurecht kann Fürst Erich als ein Vertreter des mittelalterlichen Reichsgedankens eingestuft werden¹⁷¹. „Ich persönlich könnte mich sehr gut als Anhänger eines Rhein-Donau-Konföderationsgedankens [*d. h. einer alpinen Union*] vorstellen, als Übergang zum Ausweg aus der kaiserlosen, der schrecklichen Zeit, die nach 140 Jahren noch nicht zu Ende gehen will“, vertraute er im Dezember 1947 seinem Onkel, dem Fürsten Max von Waldburg-Wolfegg, an¹⁷². Fürst Erich hielt es für legitim, daß „sich ein Kreis von allzu Schwachen in einer gemeinschaftlich gewählten Spitze konföderiert“; auch die Österreicher müßten sich langsam darüber bewußt werden, daß ohne wirtschaftliche Mittel ihre Eigenständigkeit hinfällig sei. In einem Brief an seinen Freund Dr. Johannes Steiner führte der Fürst den Gedanken weiter aus: „Und Österreich entfernt sich immer mehr vom alten Reichsgedanken, der seine alleinige Stütze war, zu einem kleinösterreichischen Staatsdenken, das noch gemeiner wirkt als das Kleindeutschtum Bismarcks, weil ihm jegliche Staatsidee fehlt.“¹⁷³ Der Vorbildcharakter der kantonal gegliederten, nahen Schweiz schwebte Fürst Erich bei diesen Ausführungen ständig vor Augen.

Die im Entstehen befindlichen demokratischen Strukturen blieben ihm fremd: „Jetzt nur etwas Freiheit haben, um die Massen ansprechen zu können und was könnte alles geschaffen werden, wenn nur der diktatorische Demokratieschwindel etwas gedämpft würde.“¹⁷⁴ Diese Briefpassage vom Dezember 1947 stellt die Reaktion des Fürsten auf

¹⁶⁸ Interview mit Liselotte Kerkermeier, der zweiten Frau Otto Fegers, vom 21. 7. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁶⁹ Nach Auskunft des Fürstlich Waldburg-Zeil'schen Archivars Rudolf Beck befindet sich die Schwäbisch-Alemannische Demokratie in der von Erich nachgelassenen Handbibliothek. Aufschlußreiche Randbemerkungen fehlen. Fürst Erich darf als ausgesprochen bibliophil gelten, eine umfangreiche Bibliothek zeugt von seiner wissenschaftlichen Leidenschaft. Seinen Schreibtisch zierte ein Zitat aus der längst ungebräuchlichen Karfreitagsliturgie, das seinen abendländischen Standpunkt trefflich charakterisiert: „Allmächtiger, ewiger Gott, in Deiner Hand sind die Gewalten und die Rechte aller Staaten: Schau gnädig herab auf das Römische Reich, daß die Völker, die auf die Stärke ihrer Faust vertrauen, durch Deine mächtige Hand gebändigt werden“; zitiert nach o. A., Wege, S. 393.

¹⁷⁰ Sein Verhältnis zu Papst Pius XI. und dessen Enzyklika „Quadragesimo anno“ legte er in einer Broschüre (Waldburg-Zeil, Soziallehren) dar.

¹⁷¹ Dornheim, Adel, S. 333.

¹⁷² Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Max Fürst von Waldburg-Wolfegg vom 27. 12. 1947; FWZGA NL Fürst Erich 8/1947 NZA 987.

¹⁷³ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Johannes Steiner vom 23. 4. 1947; zitiert nach o. A., Wege, S. 392.

¹⁷⁴ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Max Fürst von Waldburg-Wolfegg vom 27. 12. 1947; FWZGA NL Fürst Erich 8/1947 NZA 987.

eine Abschrift des Artikels der schweizerischen Tageszeitung *Die Tat* dar, der mit „Die deutschen Sonderbündler sammeln sich – Geheimkonferenz in Schönenberg“ betitelt und ihm von Max von Waldburg-Wolfegg zugeschickt worden war. Über die Konföderationspläne des Ellwanger Freundeskreises, die hier ihren Niederschlag fanden, berichteten auch die deutschen Medien ausführlich¹⁷⁵. Von einer süddeutschen Staatenföderation unter Einbeziehung der amerikanischen und französischen Zone Österreichs war da im Falle des Scheiterns der Londoner Außenministerkonferenz die Rede, die Schaffung eines geschlossenen, kulturell einheitlichen Staatenbundes sei das Ziel der Konferenz gewesen, an der erstmals auch der Badische Staatspräsident Leo Wohleb teilgenommen habe¹⁷⁶. Die Nachrichten aus Schönenberg, einem Karmeliterkloster bei Ellwangen, erwiesen sich aber als weitgehend falsch¹⁷⁷ und entsprachen eher Spekulationen als wohlbegründeten Tatsachen. Die Vermutung von Wolfgang Benz, Fürst Erich habe zu den „ursprünglichen Teilnehmern“ des Ellwanger Kreises gehört¹⁷⁸, ist durch die Reaktion des Fürsten entkräftet. Tatsächlich nahm der Fürst zum ersten Mal auf der 13. Tagung des Ellwanger Kreises am 5. und 6. Januar 1952 teil¹⁷⁹. Bis zu seinem Unfalltod 1953 hat er wahrscheinlich auch an den folgenden Tagungen partizipiert.

Fürst Erich von Waldburg-Zeil ließ von seinen versteckten politischen Aktivitäten nicht ab. Pierre d'Huart, der französische Konsul in Stuttgart, wußte darüber an den Politischen Berater von General Koenig, Tarbé de Saint Hardouin, zu berichten. An der Spitze eines Komitees von 15 Personen stünde Fürst Waldburg-Zeil, schrieb er am 12. Mai 1948 nach Baden-Baden¹⁸⁰, allesamt seien sie Mitglieder der CDU und stammten aus Südbaden, Südwürttemberg und Hohenzollern. Der Treffpunkt der Versammlungen sei Ravensburg, von wo aus die „Südstaatler“ sich von Wien eher als von München angezogen fühlten. Die strikte Ablehnung des Stuttgarter Zentralismus vereinige sie vortrefflich, auch erinnere sich mancher daran, daß „das Elsaß zu Schwaben“ gehöre. Das Hauptaugenmerk gelte aber der Einbeziehung Bayerisch-Schwabens mit der Hauptstadt Augsburg in ein Großschwaben.

Zur Zeit erarbeite das Komitee unter Vorsitz des Fürsten Erich ein kompliziertes Projekt einer schwäbischen Föderation. „Das Land wäre in Kantone nach Schweizer Vorbild eingeteilt. Die Gesamtheit Württembergs [und] Badens würde sich aus fünf ländlichen und städtischen Kantonen wie Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg [und] Reutlingen zusammensetzen.“¹⁸¹ Auch wenn das Komitee die beiden Nordhälften von Baden und Württemberg in ein Großschwaben einbeziehen wolle, bestünde doch kein Zweifel daran, daß sich der neue Staat auf den Süden stützen müsse, „das heißt auf die alemannischen Gebiete, die einstmals durch freie Städte und Fürsten, die mit dem Haus Österreich verbunden waren“, gebildet wurden. Außer dem Fürsten Waldburg-Zeil nannte

¹⁷⁵ „Es war in Schönenberg – Donaufreunde“, in: *Der Spiegel* vom 29. 11. 1947; *Neues Deutschland* vom 28. 11. 1947; „Föderation süddeutscher Länder?“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2. 12. 1947; „Ein gefährliches Spiel“; gleichlautende Artikel in: *Telegraf* und *Tagesspiegel* vom 3. 12. 1947.

¹⁷⁶ „Es war in Schönenberg – Donaufreunde“, in: *Der Spiegel* vom 29. 11. 1947.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Benz, *Politik* insbesondere S. 776–820.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 819.

¹⁷⁹ Dornheim, *Adel*, S. 381.

¹⁸⁰ „L'Union du Wurtemberg et du Bade“; d'Huart an Saint Hardouin vom 12. 5. 1948; AdO SGAAA Dir. Pol. c. 10 A 12.

¹⁸¹ Ebenda.

Pierre d'Huart keine Namen, so daß wegen fehlendem weiteren Quellenmaterial die Zusammensetzung des Komitees undurchsichtig bleibt. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß neben dem Ravensburger Oberbürgermeister Albert Sauer auch dessen Singener Amtskollege Bernhard Dietrich mitarbeitete. Hatte jener doch im Sommer 1945 seine Broschüre *Alpenland* sowie den Bericht des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“ in der Druckerei Hieronymos Weidel in Ravensburg drucken lassen, obwohl in Singen selbst oder im nahen Konstanz ebenfalls entsprechende Betriebe zur Genüge vorhanden gewesen wären. Dietrich scheute aber den für damalige Verhältnisse weiten Weg nach Oberschwaben nicht. Auch in den folgenden Jahren verfügte Dietrich über gute Kontakte nach Ravensburg. Der Tettlinger Kreisdelegierte Albert Merglen wußte von den Tätigkeiten Dietrichs in der oberschwäbischen Metropole zu berichten; der im August 1946 gegründete „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ hatte 1946/47 mehrere Veranstaltungen in Ravensburg durchgeführt¹⁸². Gegen die Mitarbeit in dem Ravensburger Komitee spricht andererseits, daß sich Dietrich betont reserviert gegenüber dem Adel verhielt¹⁸³.

Die Grundkonstanten der Neugliederungsvorstellungen des Fürsten Erich von Waldburg-Zeil waren die Restauration der Standesherrschaft und eine konföderierte Union der süddeutschen und österreichischen, katholischen Gebiete auf stammesföderalistischer Basis samt monarchischer Spitze. Wie ein roter Faden durchzog der Gedanke der Wiederherstellung der österreichischen Verbindungen zum katholischen Oberschwaben seine Pläne. Die „schreckliche, kaiserlose Zeit“ wäre unter einem zukünftigen Oberhaupt Otto von Habsburg, der einer Konföderation hätte vorstehen können, zu Ende gewesen. Schwaben sollte eine Ausdehnung vom Rhein bis an die Iller erhalten und in Kantone gegliedert sein. Zusammen mit dem geschrumpften Bayern und dem um Vorarlberg verkleinerten Österreich wäre dann eine – wie er es selbst formulierte – „Rhein-Donau-Konföderation“ in Form einer alpinen Union zu bilden gewesen. Die Alpenlandföderation mit monarchischer Spitze hätte wiederum einen gewichtigen Teil des konföderierten, „christlichen Abendlandes“ ausgemacht.

Fürst Erich hatte auch seit 1946 zur Finanzierung der Zeitschrift *Das Neue Abendland* beigetragen; mit dessen Geld konnte Johann Wilhelm Naumann von Augsburg aus für die Erneuerung Deutschlands in christlicher Verantwortung streiten¹⁸⁴. Erst im April 1951 machte der Fürst reinen Tisch. Die Zeitschrift *Das Neue Abendland* ging aus dem Verlag Johann Wilhelm Naumann in den von Fürst Erich neugegründeten Verlag Neues Abendland GmbH über. Als Eigentümer des frisch etablierten Verlages betraute Fürst Erich den Publizisten Gerhard Kroll mit der Herausgabe. Im August 1953 übernahm der Fürst für einen Monat selbst die Rolle des Herausgebers, nach Erichs Unfalltod kam sein Sohn Georg der redaktionellen Verantwortung nach.

¹⁸² „Opinions allemandes sur le fédéralisme“; Merglen an Widmer vom 24. 4. 1947; AdO W-H 1f) Ser. Div. c. 2651. Zum „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“, seiner Gründung und seinem Programm vgl. Kapitel III/4.

¹⁸³ Vgl. Kapitel III/4.

¹⁸⁴ Benz, Konzeptionen, S. 209.

Waldburg-Wolfegg

Im verwandtschaftlich verbundenen Haus Waldburg-Wolfegg¹⁸⁵ vertrat Fürst Max¹⁸⁶ eine eher zurückhaltende Politik und hielt sich bedeckt im Hintergrund. Öffentliche Auftritte liebte er nicht, und er vermied es tunlichst, seine politische Auffassung zu artikulieren, obgleich ihn die Fragen der Zeit bewegten. Sein Sohn Franz, der im Zweiten Weltkrieg als „wehrunwürdig“ eingestuft worden war, verschanzte sich nach 1945 in der Verwaltung des Familienbesitzes. Auch ihm lagen öffentliche Manifestationen seiner politischen Vorstellungen nicht.

Bezüglich der Neugliederung hatte Franz allerdings eine unzweideutige Meinung: die „Los-von-Stuttgart“-Einstellung, die seit der Einbeziehung Oberschwabens in den württembergischen Staat nach 1806 im oberschwäbischen Adel weite Verbreitung gefunden hatte, teilte er vollauf. Im Juli 1946 beklagte er sich in einem Brief bei Fürst Erich von Waldburg-Zeil über die Ausrichtung der Tübinger Regierung nach Stuttgart. „Ich würde es für politisch und wirtschaftlich viel angemessener ersehen, wenn die Synthese Tübingen-Stuttgart gänzlich aufgelassen und statt dessen der völlige Zusammenschluß Tübingen-Freiburg geschaffen würde.“¹⁸⁷ Graf Franz gab zu bedenken, daß zwei Verwaltungsapparate im französisch besetzten Südwesten überflüssig seien, und sprach offen seinen Wunsch nach einer stammesmäßigen Gliederung aus: „Nach meiner Auffassung gehört die ganze Tübinger Aufblähung angestoßen, aber nicht um mit Stuttgart vereinigt zu werden, sondern um einer sinnvollen zusammengefaßten Einheit im äußersten Südwesten Platz zu machen, die ihre leitenden Köpfe aus ihrem gesamten Gebiet herauszieht und die Liebäugelei nach Stuttgart und Karlsruhe nur soweit betreibt, als es später einmal wünschenswert sein mag, die beiden Einheiten nochmals zu *einer* Einheit zusammen zu ziehen. Daß es hierbei später angebracht sein könnte, nördliche Gebiete abzustößen und statt ihrer östliche dazu zu nehmen, soll nur angedeutet werden.“¹⁸⁸ Der Südstaat mußte demzufolge zuerst geschaffen werden, um später eventuell mit den schwäbisch-alemannischen Teilen Württembergs und Badens, die amerikanisch besetzt waren, vereinigt zu werden. Ohne Bayerisch-Schwaben wiederum wäre Großschwaben unvollständig, so die Meinung des Grafen. Er selbst bezeichnete sich als „Süd-schwaben“, und er schob den Franzosen keinesfalls die Schuld an den Zuständen in die Schuhe. „Die Franzosen [hätten...] aber ihre südwestliche Zone sicher nicht als zu groß angesehen [...], um ein einziges Land zu bilden, wenn deren Einwohnerschaft nicht selber so dumm wäre, dies nicht durchzuführen.“¹⁸⁹ Im folgenden führte er scharfe Angriffe gegen die auf dynastischen Gründungen fußenden Staaten Baden und Württemberg, Bezeichnungen, die von der Landkarte zu verschwinden hätten. Das Prinzip der württembergisch-hohenzollerischen Politiker umschrieb er in dem Satz: „Geheiligt seien die unverrückbaren Landesgrenzen von 1806/10. [...] Hier müßte einmal richtig

¹⁸⁵ Erich Fürst von Waldburg-Zeil ehelichte eine Cousine der Mutter von Max Fürst von Waldburg-Wolfegg; Interview mit Fürst Max Willibald vom 5. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁸⁶ Max Fürst von Waldburg-Wolfegg (1863–1950) 1890 Heirat mit Sidonie Prinzessin von Lobkowitz.

¹⁸⁷ Franz Graf von Waldburg-Wolfegg an Erich Fürst von Waldburg-Zeil vom 12. 7. 1946; FWZGA NL Fürst Erich 8/1946.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ Ebenda.

hineingezündet und dem schwäbischen Stamm nahe gebracht werden, daß er sich seines Namens auch als Staat nicht zu schämen braucht“, fügte er trotzig hinzu, „und Stuttgart müßte sich klar sein, daß es [...] nur eine ‚randschwäbische‘ Stadt ist.“ Die Neugliederungsdiskussion interessierte den Grafen Franz brennend, wenngleich er Fürst Erich zu verstehen gab, daß ihm „das aktiv politische Gebiet“ nicht liege.

Auch einer seiner Vettern, Graf Hubert von Waldburg-Wolfegg¹⁹⁰, teilte die „großschwäbischen“ Aspirationen, ohne propagandistisch in die Öffentlichkeit zu treten. Als Verwalter der Fuggerei war er ein wirtschaftlich denkender Mann, den eine intensive Freundschaft mit Fürst Erich von Waldburg-Zeil verband¹⁹¹. Huberts Neugliederungspläne standen auf historischem Fundament, wie Feger sah er im Reich der Staufer das geschichtliche Vorbild für einen schwäbischen Staat. Zwei Monographien zur territorialen Ausdehnung der Hohenstauffer verfaßte er in den fünfziger Jahren¹⁹² mit dem offen ausgesprochenen Wunsch, „die große Zeit der schwäbischen Kaiser unserer Generation näher zu bringen“¹⁹³.

Seine beiden Brüder, die Grafen Johannes¹⁹⁴ und insbesondere Heinrich¹⁹⁵, waren aus anderem Holz geschnitzt. Sie reisten in der Zone umher und lieferten dem Vater, dem Fürsten Max, Informationen zu politischen Vorgängen, die in der Frage einer möglichen Neugliederung eine Lösung anboten. Beide haben auch über Kontakte zu Bernhard Dietrich verfügt: sie waren nämlich am 3. April 1948 einer Einladung zu einer „Geheimkonferenz“ des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ nach Singen gefolgt¹⁹⁶. Bereits im Spätsommer 1946 hatte in Überlingen im Gasthaus „Zähringer“ eine Versammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“¹⁹⁷ stattgefunden. Conrad Huther, Gründungsmitglied der BCSV in Überlingen, erinnerte sich noch nach Jahrzehnten daran: In der Versammlung „war auch ein Adeliger vertreten: Ein Angehöriger des Hauses Waldburg. [...] Diese Tatsache alleine ließ aufhorchen. Dieser Waldburg war

¹⁹⁰ Dem Verfasser stand kein biographisches Material zu Graf Hubert von Waldburg-Wolfegg zur Verfügung.

¹⁹¹ Interview mit Fürst Max von Waldburg-Wolfegg vom 5. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁹² Waldburg-Wolfegg, Südreich und Ders., Nordreich.

¹⁹³ Waldburg-Wolfegg, Südreich, S. 5. Graf Hubert resümierte, daß er von einer Reise nach Süditalien um 1930 „eine unendliche Begeisterung für die große schwäbische Zeit“ mit nach Hause gebracht habe; ebenda.

¹⁹⁴ Johannes Graf von Waldburg-Wolfegg (1904–1966), 1939 Promotion im Fach Kunstgeschichte; 1946–48 Mitarbeit im „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“; 1951 Denkmalschützer im Landkreis Wangen; 1957 Mitglied des Denkmalsrates des Regierungspräsidiums Tübingen; Gründungsmitglied des Bundes Naturschutz in Oberschwaben. Nachrufe: Rieth, Johannes und Schneider, Memoriam („Die Heimat war ihm alles und eine seiner großen Sorgen war die Entwurzelung der Menschen, ihre Entfremdung in der Heimat durch das Aufgeben des Althergebrachten und die übertriebene Sucht zur Neuerung“; ebenda, S. 54).

¹⁹⁵ Heinrich Graf von Waldburg-Wolfegg (1911–1972).

Der Nachlaß des Grafen Heinrich liegt auf der Heinrichsburg in Eberhardzell. Eine schriftliche Anfrage des Verfassers vom 30. 3. 1994 an den Grafen Josef von Waldburg-Wolfegg-Waldsee blieb unbeantwortet. Der Nachlaß des Grafen Heinrich dürfte zweifellos reichlich Material zur Neugliederungsdiskussion enthalten.

¹⁹⁶ Die Grafen Heinrich und Johannes von Waldburg-Wolfegg haben als Gäste an der Sitzung teilgenommen. Die Einladung selbst ist ein untrügliches Zeichen, daß eine Verbindung bestanden haben muß, da Dietrich nur Personen einlud, deren Gesinnung ihm bekannt war. Vgl.: „Le Heimatbund“, Bericht des Sûreté-Kommissars Feris vom 30. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

¹⁹⁷ Zum „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ vgl. Kapitel III/4.

zwar als Person unbekannt, aber die Persönlichkeit stand im Raum. Welche Interessen hatten ihn wohl nach Überlingen getrieben?¹⁹⁸ Es spricht einiges dafür, daß es sich um Graf Heinrich von Waldburg-Wolfegg gehandelt hat, der entweder im Auftrag des Fürsten Max oder aus eigenem Interesse die Aktivitäten des Heimatbundes verfolgte.

Im übrigen war den französischen Stellen die Haltung des Grafen Heinrich hinlänglich bekannt. Sie beurteilten Heinrich als intelligent, diplomatisch und weniger doktrinär als Fürst Erich; der Waldburg-Wolfegger fordere eine noch weitergehende Autonomie für den Südwesten. Wenn er auch nicht den Platz eines Theoretikers einer Autonomiebewegung einnehmen konnte, so war Heinrich in französischen Augen doch als deren Aushängeschild geeignet. Heinrich sei „einer von denen, die sich am weitesten im Sinne der Unabhängigkeit“ vorwagten, urteilte Hauptmann de Lacger im Februar 1946 in einem Bericht an das Außenministerium¹⁹⁹. Familiäre Verbindungen ließen den Grafen Heinrich auch in Sigmaringen im Hause Hohenzollern verkehren. Schließlich war er seit 1942 mit einer Tochter des Fürsten Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen verheiratet, der vormaligen Prinzessin Maria Antonia.

Hohenzollern-Sigmaringen

Der Schwiegervater des Grafen Heinrich, Fürst Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen²⁰⁰, war Chef der schwäbischen Linie der Hohenzollern. Seit dem Erlöschen der Linie Hohenzollern-Hechingen im Jahr 1869 und der Abtretung der Souveränitätsrechte an Preußen durch Staatsvertrag vom 7. Dezember 1849 war die Familie der Hohenzollern-Sigmaringen in standesherrlicher Manier bedeutendster Großgrundbesitzer in Hohenzollern. Die Problematik der Hohenzollernfrage, wie sie nach 1918 akut wurde, betraf auch die Rechte der fürstlichen Familie. Eine klare Opposition gegen die formale Angliederung an (Süd-)Württemberg im Juli 1945 ist daher von seiten des Fürsten Friedrich Viktor nicht verwunderlich. Hohenzollern als selbständige Verwaltungseinheit mußte seiner Auffassung nach bestehenbleiben. In dieser Haltung wurde er auch von bürgerlicher Seite unterstützt²⁰¹. Doch die Angliederung der Hohenzollerischen

¹⁹⁸ Interview mit Conrad Huther vom 23. 4. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁹⁹ „Objet: La Bavière et le problème allemand“, Hauptmann de Lacger vom 2. 2. 1946; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

²⁰⁰ Friedrich Viktor Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1891–1965), Teilnehmer der rheinischen Ritterakademie in Bedburg; 1907–18 Königlich preußischer und sächsischer Oberst und Königlich rumänischer Divisionsgeneral; Studium der Forstwissenschaften und Übernahme des Stammgutes Umkirch bei Freiburg; 1920 Heirat mit Margarete Prinzessin von Sachsen; 1927 – nach dem Tod des Vaters Fürst Wilhelm – Chef der schwäbischen Linie der Hohenzollern; 1944–45 mehrmonatige Haft der gesamten Familie; nach 1945 Präsident des Malteserhilfswerks; Schirmherr der Erzabtei Beuron im Donautal; Protektor des Hohenzollerischen Geschichtsvereins; Ehrenbürger der Stadt Sigmaringen. Vgl. den Nachruf von Stemmler, Nachruf (mit Bild); vgl. außerdem Massenbach, Hohenzollern, S. 43.

²⁰¹ Der 1949 Egon Müller als stellvertretender Landeshauptmann von Hohenzollern nachgefolgte Sigmaringer Leonhard Stiegler trat bis in die fünfziger Jahre entschlossen für die Selbstverwaltung und eine weitgehende Autonomie Hohenzollerns ein; die stammesmäßige Gliederung Südwestdeutschlands ordnete er einer jahrhundertealten Staatstradition unter: „Hohenzollern ist davon überzeugt [...], daß Stammeseigentümlichkeiten nicht unter allen Umständen zu konservieren sind, daß es jedoch unklug ist, sich über die Tatsache hinwegzusetzen, daß Hohenzollern seit über 400 Jahren zusammengehört“; Stiegler, Selbstverwaltung, S. 16.

Lande an (Süd-)Württemberg war bereits vor der formaljuristischen Auflösung Preußens durch alliiertes Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947 ein französisches *Fait accompli*. Die Belange Hohenzollerns wurden fortan von Clemens Moser²⁰², dem Landeshauptmann, der in der ersten Landesregierung in Tübingen zum Staatssekretär für Arbeit ernannt worden war und sich dort für die staatsrechtliche Selbständigkeit Hohenzollerns einsetzte²⁰³, wahrgenommen.

Fürst Friedrich Viktor äußerte seinen Standpunkt zum künftigen staatlichen Aufbau Südwestdeutschlands erstmals im September 1945 in einem vertraulichen Brief an die französische Besatzungsmacht²⁰⁴. Ausdrücklich bat er darum, sein Name möge in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. „Meine Person will ich damit nicht in den Vordergrund stellen, aber ich fühle mich zu diesem Exposé berufen, da ich der Hüter der Tradition eines Hauses bin, das fast 1000 Jahre die Geschicke Oberschwabens mitgeleitet hat.“ Die beigelegte Denkschrift sollte Ausdruck seines Wunsches sein, „gangbare Wege für den Neuaufbau unserer schwäbischen Heimat, insbesondere des katholischen Teils derselben, massgebenden Stellen zum Vorschlag zu bringen“. Die Überschrift war zugleich Programm des Neugliederungsprojekts: „Über die Gründung eines Oberschwäbischen Staates“. Die Grundlinien sind schnell umrissen: Die Besetzung des protestantischen Nordens der beiden Länder Baden und Württemberg durch die Amerikaner und des katholischen Südens durch die Franzosen lege eine praktische Staateneinteilung nahe. „Die Oberschwaben und Allemannen [*sic!*] des Schwarzwaldes sowie der oberrheinischen Tiefebene sind auch historisch nahverwandte Völkerstämme [*sic!*], die stets gut zusammenpassen werden und dazu kommt noch in überwiegendem Maße die gleiche Religion, ausserdem besteht diese Bevölkerung zum grössten Teil aus Bauern.“²⁰⁵ Friedrich Viktor erinnerte eindringlich an die vorderösterreichische Tradition Oberschwabens und Südbadens, auch sei Hohenzollern vor 1806 um den Kreis Balingen und Teile der Kreise Rottweil und Tuttlingen vergrößert gewesen, Gebiete, die erneut an Hohenzollern angeschlossen werden müßten. Die hohenzollerische Bevölkerung lehne es ab, als Teil Württembergs betrachtet zu werden, überdies gehöre man in konfessioneller Hinsicht zum Erzbistum Freiburg. Deshalb schlug Friedrich Viktor ein oberschwäbisch-alemannisches Staatsgebilde vor, das aus drei Regierungsbezirken bestehen sollte. Zum einen aus Baden südlich der Murg mit Freiburg, zum anderen aus Hohenzollern

²⁰² Clemens Moser (1885–1956), 1922–33 Mitglied des Hohenzollerischen Kommunallandtages (Zentrum); 1930–33 Vertreter der Hohenzollerischen Lande im Preußischen Staatsrat; 1945 Landrat von Hechingen; 1945–47 Landesdirektor, dann Staatssekretär für Arbeit in Württemberg-Hohenzollern; 1946 Gründungsmitglied der CDU.

²⁰³ Bradler, Aspekte, S. 12.

²⁰⁴ Die Abschrift des Briefes trägt die Anrede „Herr General“. Friedrich Viktor hat ihn in Krauchenwies, das zwar im Grenzgebiet liegt, aber zu Hohenzollern gehört, abgefaßt. Ansprechpartner wäre deshalb General Widmer in Tübingen gewesen. Tatsächlich befindet sich die Abschrift des Briefes im Nachlaß des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber, zu dessen Sprengel Hohenzollern zugeordnet war. Der Brief ist daher wahrscheinlich über Gröber an General Schwartz in Freiburg gelangt. Vgl.: Friedrich Viktor von Hohenzollern an französischen General vom 25. 9. 1945; EAF NL Gröber Nb 8/63.

²⁰⁵ Ebenda.

mit Sigmaringen²⁰⁶ und schließlich aus Oberschwaben²⁰⁷ mit Ravensburg als Hauptstadt. Ein kurzes Resümee folgte dem Neugliederungsvorschlag auf dem Fuße: „Damit wäre ein in sich gesundes Land geschaffen, das politisch, kulturell, konfessionell und auch wirtschaftlich zusammenpasst. Frankreich als Occupationsmacht, aber auch als Nachbarland, würde ein ruhiges, gesundes und arbeitsames Volk zum Nachbarn erhalten, wo für ewige Zeiten grenzpolitische Komplikationen vermieden würden.“²⁰⁸ Ohne daß es Fürst Friedrich Viktor ahnen konnte, befand sich sein Vorschlag auf einer Ebene mit den Ausarbeitungen, die im Zivilkabinett Koenig ebenfalls Ende 1945 diskutiert wurden. Und mit der vorgetragenen Stellungnahme weilte der Sigmaringer Fürst in der Hohenzollernstadt in guter Gesellschaft. Im März 1946 waren nämlich in der beschaulichen Stadt zu Füßen des Schlosses Gerüchte im Umlauf, die von der Bildung „einer Art Bund oder einer Über-Partei ‚Schwaben‘ [*une sorte de ligue ou de super-parti ‚Souabe‘*]“ berichteten. Diese spreche sich für die Schaffung eines schwäbischen Staates in den Grenzen der französischen Südzone aus²⁰⁹.

Einer Gleichberechtigung Hohenzollerns redete Fürst Friedrich Viktor auch in den folgenden Jahren das Wort, als sich ab 1948 die Bildung des Südweststaates abzuzeichnen begann. Seine Position machte er im März 1949 in einem Schreiben an Gebhard Müller, den Staatspräsidenten Württemberg-Hohenzollerns, deutlich. Jetzt forderte er zwar nicht mehr eine territoriale Vergrößerung, wohl aber die staatliche Anerkennung Hohenzollerns. Er trug sich mit der Vorstellung, „statt eines Südwest-Einheitsstaates einen südwestdeutschen Bundestaat aufzubauen, in welchem Württemberg, Baden und Hohenzollern gleichberechtigte Partner sind“²¹⁰. Auch ein solches Projekt wäre den schon lange ad acta gelegten französischen Wünschen aus dem Kabinett Koenig nach der Bildung einer süddeutschen Konföderation sehr nahe gekommen. In der Kompetenz des geplanten südwestdeutschen Bundesstaates hätten nach dem Willen des Fürsten Finanzen, Wirtschaft, Post, „Telegraph“, Eisenbahn, Arbeit, Flüchtlingswesen und „Äußere Angelegenheiten“ liegen sollen. Jedem Land des Bundesstaates wären drei Ressorts vorbehalten geblieben: Inneres, Kultus und Land- und Forstwirtschaft. Eine „gemeinsame Vertretung im Weststaate und später Deutschen Bundesstaate“ sollte der südwestdeutschen Kleinföderation vollauf genügen. Aus dem Plan spricht deutlich die Stimme des um seinen Einfluß und Besitz fürchtenden Adelligen. Selbstverständlich mußte das Ressort Land- und Forstwirtschaft im Zuständigkeitsbereich des Landes Hohenzollern bleiben, schließlich war die Familie Hohenzollern-Sigmaringen reich mit Grundbesitz

²⁰⁶ Dem Regierungsbezirk Hohenzollern sollten „die württembergischen Oberämter westlich von Hohenzollern und die alten badischen Bezirksämter Überlingen, Messkirch und Pfullendorf zugeschlagen werden“; ebenda.

²⁰⁷ „Oberschwaben mit den Oberämtern Saulgau, Riedlingen, Münsingen, Ehingen, Biberach, Waldsee, Leutkirch, Ravensburg, Tettnang-Friedrichshafen und Wangen, sowie die Teile der Oberämter Blaubeuren, Reutlingen, Rottenburg, Horb und Freudenstadt, die vorwiegend katholische Bevölkerung haben“; ebenda.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ Rapport mensuel (März 1946) des Kreisdelegierten von Sigmaringen vom 30. 3. 1946; AdO W-H n) Sigmaringen c. 3548 p. 16.

²¹⁰ Friedrich Viktor Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen an Gebhard Müller vom 24. 3. 1949; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 71. Abschriften dieses Briefes gingen auch an den Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb, den Landeshauptmann Clemens Moser und den stellvertretenden Landeshauptmann und Bürgermeister von Sigmaringen, Egon Müller.

ausgestattet. Die Frage der Bodenreform beherrschte seit Kriegsende – wie schon in der Weimarer Republik – die Diskussion. Die SPD Südwürttemberg-Hohenzollern hatte die Frage auf die Tagesordnung gebracht, ohne diese jedoch mit dem nötigen Elan zu verfolgen²¹¹. Dennoch nahm der Adel die Bestrebungen sehr ernst und versuchte, eine Koordination seiner Haltung und des Vorgehens zu erreichen. Im Januar 1946 fand deshalb ein erstes Treffen adeliger Großgrundbesitzer auf Schloß Heiligenberg statt.

Das Treffen ist nicht mit dem „Laupheimer Kreis“²¹², der nach dem Fürstenbergischen Privatbesitz auch „Heiligenberger Kreis“ genannt wurde, zu verwechseln. Der „Laupheimer Kreis“ stand unter den beiden Mentoren Prinz Max Egon von Fürstenberg und Ulrich Steiner²¹³, dessen Familie in den Adel eingehiratet hatte²¹⁴. Steiner selbst lebte „im Stil eines wohlhabenden Gutsherrn“ und war bestrebt, Anregungen für den demokratischen Neuaufbau zu geben. Ob er, wie Kurt Georg Kiesinger vermutete, tatsächlich hoffte, in der zukünftigen deutschen Außenpolitik als Außenminister mitzumischen, mag dahingestellt bleiben²¹⁵. Das erste Treffen der adeligen Großgrundbesitzer auf Schloß Heiligenberg im Januar 1946 stand hingegen im Zeichen der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der teilnehmenden Gesellschaftsschicht. Dies war aber nur eine Seite der Medaille, die andere trug einen politischen Zug. Gegenstand der Gespräche war ebenso die Gründung einer christlich-sozialen Partei, deren Initiator, Prinz Max Egon von Fürstenberg, als ehemaliges Mitglied der SA belastet dünkete. Rasch wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß der Prinz keinesfalls an der Spitze einer solchen Partei fungieren könne, seine Aktivitäten im NS-Staat verboten öffentliche Auftritte selbstredend. Man kam daher überein, Fürst Erich von Waldburg-Zeil die Führung der zukünftigen Partei zu übergeben²¹⁶. Zur Tat sollte erst nach Klärung der französischen Politik geschritten werden. Über das Projektstadium kamen die Pläne weiland nicht hinaus.

Der Tübinger Oberdelegierte Widmer berichtete von dem Treffen auf Schloß Heiligenberg seinem Vorgesetzten Laffon am 4. April 1946 nach Baden-Baden und konnte den Hinweis nicht unterdrücken, daß „es nicht unwahrscheinlich ist, daß im Laufe des Treffens die Idee eines unabhängigen schwäbischen Staates angesprochen worden sei“²¹⁷. Die Vermutung Widmers ist mehr als wahrscheinlich; die Korrespondenzen der Fürsten Erich von Waldburg-Zeil und Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen

²¹¹ Wolfrum, *Besatzungspolitik*, S. 261–269.

²¹² Als Teilnehmer des Kreises nennt Hans Speidel in seinen Erinnerungen Carlo Schmid, Theodor Heuss, Theodor Eschenburg, Gebhard Müller, Paul Binder, Freiherrn von Stauffenberg, Hans Heinrich Dieckhoff, Klaus Mehnert, Markgraf Berthold von Baden, Gerhard Ritter, Klepper, Rudolf Stadelmann, Benno Reifenberg, Friedrich Sieburg, Otto Lenz und Theodor Pfizer; Speidel, *Zeit*, S. 245.

²¹³ Ulrich Steiner (1908–1951), Landwirt mit 400 ha Grundbesitz; Mitbegründer der CDU in Laupheim; 1946–49 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern; 1946 Mitglied der Beratenden Landesversammlung und Fraktionsvorsitzender; MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU).

²¹⁴ Dornheim, *Adel*, S. 380.

²¹⁵ Kiesinger, *Jahre*, S. 327.

²¹⁶ Das von Fürst Erich ins Französische übersetzte Parteiprogramm, dessen föderalistischer Teil weiter oben bereits im Bericht von Hauptmann de Lacger zitiert wurde, bestätigt die parteipolitischen Pläne des oberdeutschen Adels.

²¹⁷ Widmer an Laffon vom 4. 4. 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72.

belegen die Existenz derartiger Gliederungskonzepte in der adeligen Ideenwelt. Auch die mögliche Errichtung eines „Königreichs Schwaben“, bestehend aus den Ländern Baden und Württemberg, wurde mit ziemlicher Sicherheit auf Schloß Heiligenberg verhandelt. Mentor dieser monarchischen Bestrebungen war der in Sigmaringen weilende, bereits 1920 zum Katholizismus konvertierte Herzog Georg von Mecklenburg²¹⁸, der – laut französischer Quellen – in oberdeutschen Adelshäusern die Schaffung eines „Königreichs Schwaben“ propagierte²¹⁹ und auf der Grundlage monarchisch registrierter Gemeinwesen ein lose föderativ aufgebautes Deutschland ins Leben rufen wollte²²⁰. Schon im Sommer 1945 hatten sich in Sigmaringen Stimmen zu Wort gemeldet, die eine solche monarchische Restauration wünschten. „Die Fürstlichkeiten von Hohenzollern-Sigmaringen, deren Umgebung und gewisse hohe Persönlichkeiten der Verwaltung drücken ihre Zufriedenheit darüber aus, sich in der französischen Zone zu befinden. Die partikularistischen Tendenzen und der Wunsch, das katholische Süddeutschland vom preußischen Einfluß befreit zu sehen, kommen laufend zum Vorschein. Manche wünschen eine politische und verwaltungstechnische Aufteilung mit gleichzeitiger Zollunion zwischen den deutschen Republiken und Königreichen, die zu schaffen oder zu restaurieren wären“²²¹, konnte der Sigmaringer Kreisdelegierte Moulin im August 1945 nach Tübingen berichten.

Douglas

Die Familie Douglas stammte ursprünglich aus Schottland; Robert Douglas of Whittinghame, ein Sproß der Familie, kam 1631 an den Stockholmer Hof zu König Gustav II. Adolf und folgte dem Schwedenkönig in den Dreißigjährigen Krieg²²². Im 19. Jahrhundert heiratete die Familie Douglas in die großherzoglich badische Familie ein, die 1826 Schloß Langenstein, 15 Kilometer westlich des Bodensees gelegen, erworben hatte. Als schwedischer Staatsbürger übernahm Graf Wilhelm Douglas 1872 aufgrund der Erbfolge das Schloß in Besitz. Der 1880 ebenfalls als Bürger Schwedens geborene Neffe,

²¹⁸ Georg Herzog von Mecklenburg (1899–1963), Promotion zum Dr. rer. pol.; 1920 Konversion zum Katholizismus; verheiratet seit 1920 mit Irene Michailowna Raievsy; 1928 durch Adoption seines Onkels zum Herzog von Mecklenburg ernannt (zuvor Graf von Carlow); in zweiter Ehe seit 1956 mit Erzherzogin Charlotte von Österreich verheiratet. Vgl.: Handbuch, 1953, S. 378 und Handbuch, 1978, S. 497 ff.

²¹⁹ „Le Markgraf de Bade, le Prince de Hohenzollern, le duc du Wurtemberg, le Prince de Furstenberg continuent à s'agiter et préconisent toujours un royaume Souabe à constituer par la réunion des Pays de Bade et de Wurtemberg.“ Zitiert aus: „Note de renseignement“, Ausarbeitung der Oberdelegation in Tübingen vom 13. 3. 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72. Die Idee der Wiedererrichtung des Königreichs Württemberg dürfte im Umfeld der herzoglichen Familie Württemberg zu suchen sein, wenngleich Widmer dem Haus Württemberg bescheinigte, daß es nicht an den „Triumph“ seiner (monarchischen) Pläne glaube („le triomphe des idées politiques auxquelles il tient“); Widmer an Laffon vom 4. 4. 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72.

²²⁰ Von französischer Seite wurde Herzog Georg von Mecklenburg als Promotor einer Adelsbewegung mit föderalistischen Tendenzen angesehen; „Etat des differents mouvements fédéralistes, autonomistes et séparatistes de la Z. F. O.“ (masch. 6 S.) vom 24. 6. 1947; AdO HCFA AP c. 3302 p. 87 d. 87.

²²¹ „Rapport Hebdomadaire (Période du 2 au 8 août 1945)“, Oberstleutnant Moulin (Kreisdelegierter von Sigmaringen) vom 10. 8. 1945; AdO W-H n) Sigmaringen c. 3548 p. 15.

²²² Zur Familiengeschichte der Grafen von Douglas: Götz, Schloß, 1972.

Graf Robert Douglas²²³, erhielt 1905 einen Teil des Gutes Langenstein übertragen, seit 1914 war er Erbe des Douglas'schen Stammgutes. Nach modernen wissenschaftlichen Gesichtspunkten strukturierte er die weitläufigen Besitzungen um und schuf eine muster-gültige landwirtschaftliche Verwaltung und Nutzung des Stammgutes. Während des Zweiten Weltkrieges hielt er sich zumeist auf Schloß Langenstein auf. Dennoch war Graf Robert Douglas kein unpolitischer Mann; zusammen mit Hans Constantin Paulsen, dem Leiter der Singener Aluminiumwerke, dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter und dem Luftschiffkonstrukteur Hugo Eckener bemühte er sich zur Jahreswende 1945/46 um die Gründung einer „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“²²⁴. Die französische Besatzungsmacht hatte zu Beginn den unbestätigten Verdacht, die geplante Partei könnte die Ziele der Alpenlandbewegung Bernhard Dietrichs im entstehenden politischen Spektrum vertreten. Durch seine zweite Gattin, Auguste Viktoria, einer geborenen Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen, verfügte Graf Robert über verwandtschaftliche Bindungen zu Fürst Friedrich Viktor, der nach 1945 Pläne für einen alemannisch-oberschwäbischen Staat der französischen Besatzungsmacht unterbreitete. Durch Friedrich Viktor hatte er auch zum oberschwäbischen Adel solide Kontakte, Fürst Erich von Waldburg-Zeil inklusive. Eventuell war er auch Teilnehmer des Treffens auf Schloß Heiligenberg im Januar 1946, bei dem Neugliederungspläne diskutiert wurden. Trotz allem fühlte sich Graf Robert nicht zur Ausarbeitung eigener Staatspläne berufen, zumindest ist nichts Schriftliches davon erhalten²²⁵. Die Franzosen kümmerten sich zudem kaum um die Person des Grafen.

Die amerikanische Militärregierung zeigte wesentlich größeres Interesse an Graf Robert. Im Februar und März 1946 erhielt er zweimal von amerikanischen Offizieren Besuch. Diese boten dem Grafen die Leitung der Landwirtschaftskammer von Württemberg-Baden an; im Falle der Einrichtung einer zentralen deutschen Regierung gaben die Amerikaner zu erkennen, ihm dann das Ministerium für Landwirtschaft zu übertragen²²⁶. Tatsächlich war es der amerikanischen Besatzungsmacht zuvor gelungen, den in Allensbach am Bodensee lebenden, ehemaligen Reichsminister a. D. Dr. Hermann Dietrich²²⁷ in der Funktion des Staatssekretärs für Ernährung nach Stuttgart zu holen. Graf

²²³ Graf Robert Douglas (1880–1955), 1880–99 Kindheit und Jugendjahre auf dem schwedischen Familiengut Gerstorp, Schulbesuch in Schweden; 1899–1900 Landwirtschaftspraktikant auf Bjärka-Säby; 1902–03 Landwirtschaftliche Hochschule Stuttgart-Hohenheim; 1903–04 Studium an der Universität Freiburg i. Br.; 1905 Übersiedlung nach Schloß Langenstein; 1921 deutscher Staatsbürger; 1922 Verleihung des Dr. rer. pol. h. c. durch die Universität Heidelberg; 1924–33 Vizepräsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft; 1925 Gründungsmitglied der oberbadischen Milchzentralgenossenschaft Radolfzell; 1925–33 Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer; 1939 Heirat in zweiter Ehe mit Auguste Viktoria, geb. Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen; 1945–55 Zweiter Vorsitzender des Badischen Waldbesitzerverbandes; 1950–55 Ehrenmitglied des Badischen Grundbesitzerverbandes. Detailliert: Götze, Douglas, S. 100 ff.

²²⁴ Vgl. Kapitel V/2 „Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“.

²²⁵ Im Nachlaß des Grafen Robert Douglas, der sich auf Schloß Langenstein im Hegau befindet, fand sich in den Unterlagen der unmittelbaren Nachkriegszeit kein Hinweis auf mögliche Neugliederungspläne; AL NL Graf Robert Douglas.

²²⁶ Dokumentation über Graf Douglas von der DED für das Cabinet Civil vom 29. 10. 1946; AdO Cab. Civil POL-II-B p. 27.

²²⁷ Hermann Dietrich (1879–1954) 1897 Abitur in Lörrach; 1897–1901 Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte in Heidelberg; 1908 Bürgermeister von Kehl;

Douglas lehnte angesichts seines recht hohen Alters und der Liebe zu seinem Stammgut Langenstein ab. Eher hätte er, da er einen Umzug scheute, eine gehobene Stellung in Südbaden eingenommen, mutmaßten französische Dienststellen in Baden-Baden²²⁸. Ein solches Angebot sollte ihm jedoch nie unterbreitet werden.

1912–18 Mitglied der Zweiten Kammer der Badischen Landstände; 1914–20 Oberbürgermeister von Konstanz; 1918–20 Badischer Minister für auswärtige Angelegenheiten; 1919–20 Mitglied der Nationalversammlung in Weimar; 1920–33 MdR; 1928–30 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; 1930 Reichswirtschaftsminister; 1930–32 Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Reichskanzlers; 1933–45 Rechtsanwalt; 1946 Sonderbevollmächtigter für Ernährung und Landwirtschaft im Länderrat; 1947 Direktor des Verwaltungsamts für Ernährung und Landwirtschaft in der Bi-Zone. Vgl. Kaller, Dietrich.

Von autonomistischen Tendenzen in Süddeutschland distanzierte sich Dietrich; er betonte, daß „es in Bayern wie in Südbaden Leute gibt, die ihre Spezialsuppe zusammen mit irgendeiner französischen Regierung glauben kochen zu können“; Rede Dietrichs in Stuttgart [um 1948];

BA NL [Hermann Dietrich] 4/471.

²²⁸ Dokumentation über Graf Douglas von der DED für das Cabinet Civil vom 29. 10. 1946; AdO Cab. Civil POL-II-B p. 27.

III. Alpenland

Die stammesföderalistischen Neugliederungskonzepte

1. Die Alpenlandbewegung

Der Föderalist und Katholik Bernhard Dietrich

Alle Gerüchte, die sich bis in die fünfziger Jahre um die alpine Union¹ rankten, haben ihren Ursprung in den Aktivitäten des Mediziners und Regimekritikers Dr. Bernhard Dietrich². In der Nachkriegszeit verselbständigte sich der von Dietrich geprägte Begriff „Alpenland“ rasch, vor allem durch Rezeption in südwestdeutschen und bayerischen Milieus bei gleichzeitig unterlassener Tradierung der Urheberchaft. Ohne Zugang zu den initiiierenden konservativ-katholischen Kreisen gehabt zu haben, hatten auch prominente Politiker der späteren Bundesrepublik Deutschland wie Carlo Schmid oder Franz Josef Strauß unmittelbar nach 1945 von den Alpenlandplänen Kenntnis erhalten: Doch nicht nur Schmid und Strauß vermuteten den französischen Geheimdienst hinter den Planungen zu einer „union alpine“³, selbst Angehörige der französischen Militärregierung hielten das Alpenlandprojekt für Überlegungen der *Sûreté Nationale*⁴. Doch Mutmaßungen in Richtung Frankreich entbehren jeder Grundlage, bei dem Alpenlandplan handelte es sich vielmehr um ein, in Jahrzehnten geformtes, geistiges Produkt des glühenden Föderalisten Bernhard Dietrich.

Aus katholischem Elternhaus stammend, wurden Dietrichs politische Anschauungen im jugendlichen Alter von den Föderalismustheorien eines Constantin Frantz geprägt.

¹ „Alpenland“ oder die französische Übersetzung „union alpine“ wurden als synonyme Begriffe in der Nachkriegsdiskussion verwandt. Erneut an die Oberfläche gelangte der Begriff „alpine Union“ in der Auseinandersetzung um den Südweststaat; man schob den Begriff fälschlicherweise den Verfechtern der alten Länder unter, um damit deren vermeintlich „separatistische“ Neigungen anzuprangern; Weinacht, Neugliederungsbestrebungen, S. 338 f. Auch im Artikel „...noch ist Baden nicht verloren“ im Südwestdeutschen Echo vom 3. 9. 1951 wurde im Sinne der Befürworter des Südweststaates auf die „alpine Union“ eingegangen. Der Untertitel „Wunschbild ‚Alpine Union‘“ lautete wie folgt: „Daß der Plan, Südbaden und Südwürttemberg zu vereinigen, nicht verwirklicht wurde, ist nicht das Verdienst der Herren Wohleb und Zürcher. Das Wunschbild der Alpen Union wurde vielmehr durch eine zugkräftigere politische Vorstellung, den Gedanken des Südweststaates verdrängt.“

² Dietrich, Bernhard (1897–1961). Ein konziser Lebenslauf stammt von seiner Ehefrau Dr. Hedda Dietrich (1896–1993), die ebenfalls seit 1927 als praktizierende Ärztin in Singen tätig war. Vgl. Dietrich, Lebenslauf. Vgl. außerdem Kappes, Bürgermeister, S. 180–183. Die Biographie Dietrichs ist auf den folgenden Seiten in den Text eingearbeitet.

³ Strauß, Erinnerungen, S. 100. Carlo Schmid vermutete hinter den Alpenlandplänen „bestimmte französische Kreise aus der Umgebung des Generals Leclerc“; Ders., Erinnerungen, S. 229. Der nach 1945 in der bayerischen Staatskanzlei tätige Diplomat und spätere Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom, Hans Herwarth von Bittenfeld, hatte Kenntnis von den alpinen Neugliederungsplänen, er selbst hielt in der unmittelbaren Nachkriegszeit „die Errichtung eines ‚Walls gegen den Osten‘, bestehend aus Österreich und den süddeutschen Staaten, für geboten“; Herwarth, Adenauer, S. 28.

⁴ Heinemann, Hochschuloffiziere, S. 139.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg, während er sich auf das Abitur vorbereitete, war in ihm die Überzeugung herangereift, daß eine Abkehr von der preußischen Geschichtsauffassung und damit vom kleindeutschen Geschichtsbild und eine Hinwendung zum föderalistisch-abendländischen Standpunkt zwingend vonnöten sei. Mit siebzehn Jahren legte Dietrich bei Kriegsausbruch in Konstanz die Reifeprüfung ab und immatrikulierte sich zum Wintersemester 1914/15 an der Albrecht-Ludwigs-Universität in Freiburg. Von seinem Wunsch, ein Studium der katholischen Theologie zu beginnen, mußte er jedoch nach seiner Einberufung zur Gebirgsartillerie Abschied nehmen. In den Vöge- sen, in Ungarn, Serbien und Mazedonien wurde Dietrich als Frontsoldat eingesetzt, bevor er sich nach Kriegsende an der Universität Freiburg erneut immatrikulieren konnte, nun allerdings an der Medizinischen Fakultät. In der Breisgaumetropole trat er im Februar 1919 der nichtschlagenden, katholischen Verbindung „Hohenstaufen“ im CV bei⁵. Nach bestandem Physikum wechselte Bernhard Dietrich an die Universität Erlangen, legte dort im Mai 1922 das Staatsexamen ab und promovierte im November desselben Jahres zum Doktor der Medizin. Neben seinem Studium hatte er sich bereits parteipolitisch engagiert. In der Bayerischen Volkspartei (BVP) trat er in Versammlungen als Redner auf und bekämpfte in den folgenden Jahren kämpferisch die Ideologie des Nationalsozialismus. Sein Auskommen fand der junge Assistenzarzt zuerst in Erlangen, später in Zittau und Mannheim. Zu Beginn des Jahres 1927 ließ sich Dietrich in Singen am Fuße des Hohentwils als praktischer Arzt nieder. Umgehend engagierte er sich in verschiedenen katholischen Vereinen in der jungen Industriestadt; dem Zentrum, das in seinen Augen den zentralistischen und preußisch-deutschen Reichsgedanken pflegte, trat er allerdings nicht bei⁶.

Für die fünfte Auflage des im katholischen Verlag Herder in Freiburg herausgegebenen Staatslexikons verfaßte Bernhard Dietrich 1932 den Artikel über die deutschen Stämme⁷. Aus der Mitarbeit beim renommierten Staatslexikon läßt sich schließen, daß Dietrich als Protagonist des Stammesföderalismus schon in den Weimarer Jahren in Deutschland bekannt war. Publizistisch versuchte er des weiteren in der *Allgemeinen Rundschau* in diese Richtung zu wirken. So rief er 1932 mit Gleichgesinnten zur Gründung einer konstituierenden Versammlung der Landsmannschaften auf⁸, mit dem Ziel, „eine alemannisch-schwäbisch-bajuvarische und eine großfränkische Landsmannschaft“ ins Leben zu rufen. „Siegesbewusst erhebt der preussische Unitarismus sein Haupt“, konstatierte Dietrich und beschrieb schon vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ die Katastrophe, in die der Nationalismus Deutschland treiben würde. Eine Lösung proklamierte der Singener Arzt in der Bildung eines „neuen deutschen Bundes der freien deutschen Stämme“. Ausschließlich auf der Grundlage des als gesellschaftliches Prinzip verstandenen Föderalismus konnte in seinen Augen eine funktionierende Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland vollbracht werden; „Frieden

⁵ Eintragung von 1925: „Dietrich, Bernhard, Dr. med. Ass.-Arzt, E. Kz., i. Mannheim, städtische Krankenanstalten, Prosekutor [Hohenstaufen/Freiburg]“, in: Ehrenmitglieder, 1925, S. 224.

⁶ Kappes, Bürgermeister, S. 181.

⁷ Dietrich, Stamm. Dort heißt es: „Die großen Stämme mit ihren weitgedehnten Landschaften können eine brauchbare Unterlage sein für den Neubau des Reiches“; ebenda, Sp. 42.

⁸ „Aufruf: Freunde der Allgemeinen Rundschau! Föderalistische Kampfgenossen!“, Artikel von Bernhard Dietrich in der von Georg Moenius herausgegebenen Allgemeinen Rundschau vom 17. 12. 1932.

und Freiheit in einem natürlich geordneten, christlichen Abendland“ war die Vision Dietrichs in bezug auf eine gesamteuropäische Ordnung. Der Kongreß, für den er München, Lindau oder Bregenz als Tagungsorte vorgeschlagen hatte, fand nicht mehr statt, die Ereignisse überrollten die Planungen. Die Jahre des NS-Regimes sollten für Dietrich Emigration, Verfolgung und Verhaftungen mit sich bringen.

Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ wurde Bernhard Dietrich vom Singener Stadtrat Schüle informiert, daß die Nationalsozialisten ihn als führenden Gegner verhaften und „liquidieren“ wollten⁹. Ohne lange zu zögern, verließ er seine Ehefrau und acht Kinder und suchte bei Freunden im Elsaß Zuflucht. In Mülhausen wurde er herzlich von Dr. Paul Specklin aufgenommen, der ihn mehrere Monate beherbergte. Über Specklin hatte Dietrich Verbindungen zu nationalen französischen Kreisen, allen voran zu Dr. Haenggy, dem Chefredakteur des *Elsässer Boten*. Spätestens in der Emigration erfuhr er auch von der Gründung des „Elsässisch-Lothringischen Heimatbundes“ im Jahr 1926¹⁰. Zum damaligen Zeitpunkt nach Deutschland zurückzukehren, schien Dietrich nicht ratsam, und deshalb beantragte er die französische Staatsbürgerschaft, um sich mit seiner großen Familie entweder in Frankreich oder in einer französischen Kolonie niederlassen zu können. Doch das Vorhaben konnte ebenso wenig verwirklicht werden wie die Bildung von „Kampfgruppen, die entschlossen gewesen wären, den Widerstand gegen Hitler mit der Waffe aufzunehmen“¹¹. Einige Monate später wagte Dietrich den Grenzübertritt nach Deutschland zurück; die Angst um die Familie und der Glaube, die Lage habe sich seither beruhigt, hatten ihn nach Singen zurückkehren lassen. Tatsächlich widerfuhr ihm zunächst nichts, argwöhnisch aber registrierten die regionalen Parteistellen seine Anwesenheit. Trotz aller Gefahren machte Dietrich in den folgenden Jahren keineswegs einen Hehl aus seiner Einstellung gegenüber Hitler und der NSDAP: 1935 kritisierte er heftig die Saarabstimmung¹² und sah sich deshalb im Gefängnis wieder. Auch den Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland im folgenden Jahr mißbilligte er entschieden, und seine öffentlichen Äußerungen führten zur erneuten Verhaftung. Das Haus Dietrich galt zudem während der zwölfjährigen Herrschaft der Nationalsozialisten als Zufluchtsort für Verfolgte und Regimegegner, die vielfach über die nahe Grenze in die Schweiz gelangen konnten.

Bernhard Dietrich war als „Mainlinienstrategie“ und „Französling“ im national gesonnenen Teil der Bevölkerung stigmatisiert. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als „wehrunwürdig“ eingestuft, ging er weiterhin seinem Beruf nach. Beim Praktizieren ließ er keine Gelegenheit aus, seine Patienten – soweit er ihnen leidlich vertrauen konnte – während der Behandlung in politische Diskussionen zu verwickeln, in deren Zentrum der Föderalismus stand¹³. Der Arbeitskräftemangel, der sich im Laufe des Krieges ein-

⁹ Kappes, Bürgermeister, S. 181.

¹⁰ Die Bezeichnung „Heimatbund“ inspirierte Dietrich mit hoher Wahrscheinlichkeit nach 1945 bei der Namensgebung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“.

¹¹ Bernhard Dietrich: „Gedanken und Vorschläge zur politischen Entwicklung Deutschlands in Vergangenheit und Zukunft“ [1945] (masch. 6 S.); PA Victor Hell.

¹² Dietrichs Äußerungen sind im Lagebericht Nr. 11 des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe für die Monate Oktober bis Dezember 1934 protokolliert. Abgedruckt bei: Schadt, Verfolgung, S. 133.

¹³ Interview mit Josef Dusel, einem ehemaligen Patienten Dietrichs und Anhänger des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, vom 8. 7. 1994; StadtA KN Cc 775 a. In der Praxis hing

stellte, wurde auch in dem von Industrie geprägten Singen durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt. Viele Zwangsdeportierte brachten „ihrem“ Dr. Dietrich größtes Vertrauen entgegen und wurden in keiner Weise enttäuscht¹⁴. Das Verhalten Dietrichs war auch in der Schweiz bekannt und wurde nach dem Einmarsch der Franzosen in der Berner Tageszeitung *Der Bund* gewürdigt¹⁵. Das Attentat vom 20. Juli 1944 war Anlaß für die Gestapo, Dietrich ein weiteres Mal zu verhaften. Die Schergen brachten den Singener Arzt in die Gestapoleitstelle Karlsruhe, wo er zusammen mit dem späteren Konstanzer Landgerichtspräsidenten Caspar Deufel inhaftiert wurde. Man warf ihm Sabotage vor und plante, dem führenden Kopf der Katholiken in Singen den Prozeß zu machen. Die Gestapo konfrontierte ihn mit französischen Arbeitern, die ihn schwer kompromitierten. Die Verhöre erbrachten jedoch keinerlei Verbindungen Dietrichs zu den Verschwörern des Zwanzigsten Juli. Vier Wochen der Ungewißheit brachte seine große Familie zu, ehe die Gestapo Dietrich nach Singen zurückkehren ließ¹⁶.

Als sich Anfang April 1945 das Vorrücken der Ersten Französischen Armee in Richtung Schwarzwald und Bodensee abzuzeichnen begann, sah Bernhard Dietrich die Stunde der Befreiung und die Zeit für aktives politisches Handeln gekommen. Die Kampfgruppe Lebel besetzte in den Morgenstunden des 24. April die Hohentwielstadt und fand das Rathaus verlassen vor. Der zum Stadtkommandanten ernannte Oberst d'Alauzier¹⁷ verlangte umgehend von Stadtpfarrer Adolf Engesser, ihm eine Persönlichkeit zu benennen, die kommissarisch zum Bürgermeister bestellt werden konnte. Der Geistliche wiederum führte den französischen Offizier sogleich zu Dietrich, der nach kurzem Gespräch zum Bürgermeister ernannt wurde¹⁸. Eine undankbare und schwierige Aufgabe lag nun vor Bernhard Dietrich: Requisitionsforderungen der Besatzungs-

eingeraht ein Zitat des Humanisten Thomas More: „Nie habe ich daran gedacht, einer Sache zuzustimmen, die gegen mein Gewissen gewesen wäre.“ Auch ein weiterer Patient, der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amts bzw. nachmalige Chef des Bundespräsidialamtes Paul Frank, notierte rückblickend: Dietrich hielt „jedem Patienten, bevor er ihn untersuchte, erst einmal einen ausführlichen Vortrag [...], daß jetzt die historische Stunde gekommen sei, sich von Preußen loszusagen“; Frank, Botschaft, S. 324.

¹⁴ Sein Berufsethos und seine Verwurzelung im Katholizismus leiteten Dietrich in den Kriegsjahren. „Deshalb habe ich“, notierte er im Sommer 1945, „weder die durch Geheimerlass befohlene Abtreibung bei ausländischen Arbeiterinnen durchgeführt, noch je den Sterilisationsgesetzen entsprochen“, in: „Gedanken und Vorschläge...“; ebenda.

¹⁵ „Heute darf auch gesagt werden, daß der als Arzt außerordentlich populäre Dr. Dietrich sich während der Kriegsjahre in einer selbstlosen Art und Weise der kranken Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen angenommen hat und immer wieder mit dem gesamten Gewicht seiner Autorität als Arzt für die humane Behandlung dieser Menschen eingetreten ist“; *Der Bund* vom 28. 4. 1945.

¹⁶ Interview mit Cordula Oexle, einer Tochter Dietrichs, vom 7. 4. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁷ D'Alauzier wurde von General de Lattre Mitte Mai 1945 zum Bezirksdelegierten von Konstanz ernannt; vgl. Kapitel I/2.

¹⁸ Die zum Teil widersprüchlichen Ereignisse, die sich bei der Besetzung von Singen zugetragen haben sollen, sind nachzulesen bei: Meier, Stadt, S. 299–307. Es ist unwahrscheinlich, daß „die einkrückenden Franzosen sofort vor dem Rathaus nach Dr. Dietrich“ fragten (Dietrichs Sohn Anselm vertrat diesen Standpunkt; *Südkurier* vom 3. 5. 1985), dem widerspricht die unzureichende Planung und Vorbereitung der Franzosen (jüngst wurde diese Version von Kappes, Bürgermeister, S. 180 erneut vertreten). Vielmehr wird Dietrich, der gut Französisch sprach und glühend seinen politischen Standpunkt vertreten konnte, im persönlichen Gespräch d'Alauzier schnell von seiner Person überzeugt haben.

macht waren zu erfüllen, die Entnazifizierung der Verwaltung zu bewerkstelligen, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und das öffentliche Leben zu reorganisieren. Dem neuen Bürgermeister blieb in den ersten Monaten wenig Zeit, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen¹⁹. In Hauptmann Lesur, dem Kreisdelegierten von Konstanz (Land) mit Sitz in Singen, hatte Dietrich einen Verbündeten gefunden²⁰; inwieweit Lesur sich für die Umsetzung föderalistischer Planungen engagierte, bleibt mangels Quellenmaterial im unklaren.

Mit einem Paukenschlag betrat Bernhard Dietrich im Sommer 1945 die politische Bühne. Auf eigene Kosten hatte er eine kleine Broschüre bei der Ravensburger Druckerei Hieronymos Weidel in Auftrag gegeben, die seine öffentlich geäußerten Ideen vor 1933 erneut zur Sprache brachte: *Alpenland*²¹ nannte er das Traktat, das er als *Vorschlag einer staatlichen Neubildung im kommenden Abendland* konzipiert hatte. Der Singener Bürgermeister verlieh darin seiner Überzeugung Ausdruck, daß die preußische Politik, deren Kulminationspunkt der Nationalsozialismus gewesen sei, zwangsläufig in einer Katastrophe hätte enden müssen. Als überzeugter Abendländer habe er „in Preußen den Geist wider das Reich“ erkannt, Abendland und Heiliges Römisches Reich deutscher Nation waren in seinen Augen Synonyme. Die modernen Nationalstaaten betrachtete Dietrich „als das Produkt der geistigen Zersetzung in Europa und der allmählichen totalen Säkularisation des Denkens“²². Das verfolgte politische Ziel definierte er in der Schaffung eines neuen abendländischen Bundesstaates auf der Grundlage von Geschichte und Kultur von Menschen „ähnlichen Charakters“. Der geplante Bundesstaat, das Alpenland, sei ein wirtschaftliches Ganzes, es umfasse Österreich mit Vorarlberg, Liechtenstein, Bayern (ohne Franken), und die schwäbisch-alemannischen Teile von Württemberg und Baden. Im Hinblick auf die Rolle der Schweiz vermied Dietrich klare Aussagen, doch besteht kein Zweifel an seinem Wunsch, auch die deutschsprachige Schweiz als alemannisches Land früher oder später der Konföderation „Alpenland“ beitreten zu lassen. Das Vorbild Schweiz wirkte überdies unmittelbar auf die staatliche Organisation des propagierten Alpenlandes: Gleichzeitig mit der Einteilung in Kantone sollte die Schaffung „einer gemeinsamen Ordnungs- und Verwaltungshoheit“²³ erfolgen. Zuerst jedenfalls wünschte Dietrich sich eine enge Anlehnung an die Schweiz, um eine dauerhafte Annäherung auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen. Auf lange Sicht sollte auch der deutschsprachige Teil der Schweiz im Alpenstaat aufgehen; daher schloß er seinen Aufruf mit der Forderung nach der „Gründung des föderalistischen Staates ‚Alpenland‘, der in sich das Gebiet von Wien bis Genf und das zugehörige Alpenvorland umfasst, wobei unter Alpenvorland das alemannische, schwäbische und altbayerische Gebiet verstanden wird“²⁴. Föderalismus ließ sich für Dietrich damit

¹⁹ „Dr. Dietrich konnte frühestens ab Sommer 1945 politisch tätig werden, da die in Singen zu bewältigenden Aufgaben seine Arbeitskraft rund um die Uhr einnahmen, [er] mußte den Karren aus dem Dreck ziehen“; Interview mit Josef Dusel vom 8. 7. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

²⁰ Interview mit Cordula Oexle vom 25. 5. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

²¹ Dr. med. Bernhard Dietrich, Bürgermeister in Singen-Htw.: *Alpenland – Vorschlag einer staatlichen Neubildung im kommenden Abendland*, Singen/Ravensburg: Weidel [1945]. Abgedruckt in: Klöckler, Ursprünge (im Druck).

²² Ebenda, S. 4.

²³ Ebenda, S. 5.

²⁴ Ebenda, S. 6.

nur auf dem stämmischen Prinzip begründen. Die alpine Konföderation hätte das Kernstück des christlichen Abendlandes zu bilden, folgerichtig ließ er seine Ausführungen mit dem Ausruf „Mit Gott ins neue Alpenland“ enden, dem er im eigenen Exemplar handschriftlich „und Abendland“²⁵ hinzufügte. Die Broschüre verteilte Dietrich großzügig im deutschen Südwesten, und die Resonanz ließ nicht lange auf sich warten. Die Wirkung der Schrift wurde des weiteren erheblich durch ein Manifest verbreitert, das im Anschluß an die Gründungsversammlung des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“ am 10. Oktober 1945 gedruckt und verbreitet werden sollte.

Doch Dietrich hatte zuvor noch Gelegenheit erhalten, eine „hohe französische Persönlichkeit“ sprechen zu hören. Per Rundbrief war er in seiner Funktion als Bürgermeister von Singen vom Konstanzer Landeskommissär Marcel Nordmann am 1. Oktober 1945 aufgefordert worden, sich für den 4. Oktober zu einer Reise bereitzuhalten²⁶. In mehreren Automobilen sollte die Fahrt insgesamt 22 Vertreter aus Verwaltung und Wirtschaft des Landeskommissariatsbezirks Konstanz nach Freiburg führen. Aus dem gesamten südbadischen und südwestfälischen Raum wurden die führenden südwestdeutschen Persönlichkeiten in die Breisgaumetropole gebracht, um für General de Gaulle eine geeignete Kulisse zu bilden. Aus Tübingen war Carlo Schmid unter den Honoratioren und erinnerte sich später: „Mir kam [*die Rede von de Gaulle*] vor, als wolle man uns in die Postkutschenzeit zurückversetzen. Was die Alliierten nun mit Deutschland vorhatten, wußten wir nicht, sollte unser Land in eine Handvoll Staaten auseinandergeschnitten werden?“²⁷ In der Tat enthielten die Ausführungen de Gaulles nur Andeutungen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands, der Schwerpunkt der Rede lag auf dem Aspekt der Versöhnung und des Willens zum Wiederaufbau. Die französische Versöhnungsbereitschaft machte insbesondere auf den in Freiburg anwesenden Reutlinger Oberbürgermeister Oskar Kalbfell²⁸ tiefen Eindruck, der sich 1945 von der Notwendigkeit einer „alpinen“ Neugliederung überzeugt zeigte.

Bernhard Dietrich konnte sich sehr wohl bei den Worten de Gaulles in seinen Handlungen bestätigt fühlen, mußte nicht eine alpenländische Konföderation auf der Linie der französischen Politik liegen? Hatte de Gaulle nicht von „Verbindungen“ gesprochen, die vor langer Zeit bestanden hätten und die es nun zu erneuern galt?²⁹ Die Rede de Gaulles hinterließ jedenfalls tiefe Spuren, nicht nur bei den unmittelbaren Zuhörern. Der Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs hatte die Hand zur Versöhnung ausgestreckt, und begierig nahmen sie die Deutschen an. In bezug auf die Gliederung Südwestdeutschlands konnte man immerhin den Wunsch de Gaulles erkennen, die beiden Länder Baden und Württemberg als Bindeglieder nach Westen zu etablieren. Aber hatten nicht auch Bayern und Österreich solche Verbindungen gehabt? Für Dietrich bestand kein Zweifel: Seine Alpenlandpläne trafen die politischen Vorstellungen der Franzosen – ein verhängnisvoller Trugschluß!

Vom Widerhall seiner propagierten Staatskonstruktion durfte Bernhard Dietrich in jenen Oktobertagen auch durch den Besuch des Münchener Architekten Johannes

²⁵ NL Bernhard Dietrich.

²⁶ Nordmann an Dietrich vom 1. 10. 1945; StA FR A 96/1 2347.

²⁷ Schmid, Erinnerungen, S. 227.

²⁸ Kalbfell, Aufgaben, passim. Biographisches zu Kalbfell und dessen Alpenlandvorstellungen in Kapitel V/1.

²⁹ De Gaulle, Lettres, S. 94.

Haecker, dem Sohn seines kurz vor Kriegsende verstorbenen Freundes, des Philosophen und katholischen Schriftstellers Theodor Haecker³⁰, freudig Kenntnis nehmen. Der aus der bayerischen Landeshauptstadt angereiste, später für die amerikanische Militärregierung tätige Johannes Haecker war dem Bann der Alpenlandpläne verfallen. Nach München zurückgekehrt, versuchte er den Verleger und Lizenzträger der *Süddeutschen Zeitung*, Franz Josef Schöningh, den Oberregierungsrat in der Bayerischen Staatskanzlei, Ludwig von Gumpenberg, und Professor Karg vom Radio München für die Pläne zu gewinnen³¹. Deren ablehnende Haltung ließ den Enthusiasmus bei Haecker allerdings bald wieder verschwinden.

Das „Aktionskomitee des Alpenländischen demokratischen Bundes“

Für den 10. Oktober 1945 hatte Dietrich die Gründung eines „Aktionskomitees“ in Bregenz vereinbart. Der Singener Bürgermeister trat die Reise nach Vorarlberg in Begleitung seines Vertrauten, des Juristen Dr. Leopold Paur³², den die Kriegsergebnisse ins benachbarte Engen geführt hatten, mit dem Privatwagen an; als Arzt war Dietrich im Besitz eines Automobils und des nötigen Treibstoffes. Der Grenzübertritt bereitete einige Schwierigkeiten, seit 9. Oktober war nämlich die Zollgrenze zwischen Deutschland und Österreich wieder errichtet worden. Daß „der freizügige Personen- und Warenverkehr von Österreich nach Deutschland und umgekehrt [...] nicht mehr gestattet“ sei, hatte der Bregenzer Bezirkshauptmann Seeberger in einer schriftlichen Anweisung an alle Bürgermeister der Grenzgemeinden im Oktober 1945³³ unterstrichen. Die Zusammenkunft war von langer Hand geplant und vorbereitet. Der Bezirksdelegierte von Bregenz, Major Benité, hatte mit seinem Informationsoffizier, Hauptmann Hollard, und dem neuen Bürgermeister von Bregenz, Dr. Julius Wachter³⁴, mehrmals dessen Singener

³⁰ Theodor Haecker (1879–1945), 1894–98 Kaufmann bei der Esslinger Wollfirma Merkel & Kienlin; Mitarbeiter der Meggendorfer Blätter seines Schulkameraden Ferdinand Schreiber; 1905 Abitur (nachgeholt) und Immatrikulation in München; 1914 Mitarbeiter der Zeitschrift Der Brenner von Julius von Ficker und des Hochlands von Carl Muth; 1918 Heirat (drei Kinder: Johannes, Irene und Reinhard); 1921 Konversion zum Katholizismus; 1930–35 schriftstellerischer Höhepunkt, u. a. „Vergil, Vater des Abendlands“ (1931); 1933 kurzzeitige Verhaftung; 1935 Redeverbot; 1938 Publikationsverbot; ab 1941 Hauptschriftleiter (ohne Erwähnung im Impressum) des Verlags Ferdinand Schreiber; Verbindung zum Kreis der „Weißen Rose“; Druck seiner Werke im Colmarer Alsatia-Verlag; 1944 in München ausgebombt; 9. 4. 1945 fehlendes Insulin führt in Ustersbach bei Augsburg zu Haeckers Tod. Würdigung bei: Blessing, Haecker, in: NDB 7; ausführliche Interpretation seiner Gedanken mit biographischen Anmerkungen bei: Blessing, Haeker, 1959.

³¹ „French Activity in Bavaria“ [1947]; OMGUS 2/135 - 2/8.

³² Leopold Paur (1889–1979). Zur Biographie vgl. Kapitel V/1.

³³ Bezirkshauptmann Seeberger an alle Bürgermeister der Grenzgemeinden zum besetzten Deutschland vom 13. 10. 1945; StadtA BR 1945/126.

³⁴ Julius Wachter (1899–1986), geboren in Wolfurt; Sohn des Bregenzer Altbürgermeisters Matthias Wachter; 1905–08 Besuch der Volksschule in Wolfurt; 1910 Besuch des humanistischen Staatsgymnasiums in Bregenz; 1917 Eintritt in das K. und K. Regiment der Tiroler Kaiserjäger, Offiziersausbildung, Einsatz in den Alpen, italienische Kriegsgefangenschaft; 1919 Immatrikulation an der Universität Innsbruck und Abschluß der Studien 1923 mit Promotion zum Dr. iur.; freier Mitarbeiter bei der Vorarlberger Landeszeitung; 1924 Rechtspraktikant und seit August 1924 Geschäftsführer (ab 1940 Prokurist) der Bregenzer Firma Pircher; 1940 Unabkömmlichstellung; 4. 6. 1945 nach Stefan Kohler (nicht mit seinem gleichnamigen Schwiegervater zu verwechseln!)

Amtskollegen aufgesucht, um das von Dietrich angestoßene Alpenlandprojekt zu besprechen. Eine lange Freundschaft verband Wachter und Dietrich, beide kannten sich aus gemeinsamer Zeit im CV³⁵. Das letzte einer Serie von Treffen³⁶ fand am 3. Oktober 1945 statt, die Vorbereitungen zur Konstituierung eines „Aktionskomitees“ waren damit abgeschlossen, nun konnte zur Tat geschritten werden. Die Gefühlslage Wachters ist in einem Tagebucheintrag vom 3. Oktober 1945 präzise wiedergegeben: „Es ist doch etwas großes bei dieser Idee, die da heißt ‚Alpen-Donaustaat‘ und in weiter Ferne – Vereinigte Staaten von Europa – Abendland. Ich glaube, daß die Idee, einmal unter das Volk geworfen, zündet. In Deutschland, besonders Süddeutschland, wird man die Idee als Erlösung betrachten aus all der Not der Gegenwart.“³⁷ Am Abend des 10. Oktobers 1945 waren im Bregenzer Rathaus außer Dietrich und Paur bedeutende Vorarlberger Honoratioren und Amtsträger anwesend: der Bregenzer Bezirkshauptmann Dr. Emil Seeberger, der ehemalige österreichische Unterrichtsminister Dr. Emil Schneider, der Bregenzer Bürgermeister Dr. Julius Wachter und sein Amtsvorgänger Dr. Stefan Kohler, Professor Hubert Halma, der Bregenzer Hutmachermeister Otto Matt und ein Offizier der Militärregierung. Sprachprobleme traten nicht auf, da Professor Halma, Übersetzer in der Bregenzer Stadtverwaltung, auch an jenem Abend als Dolmetscher fungierte.

Das Komitee verfaßte einen mit Schreibmaschine geschriebenen Bericht, der schließlich – wie schon Dietrichs Broschüre *Alpenland* – bei der Druckerei Hieronymos Weidel in Ravensburg ohne Genehmigung der in Baden-Baden zuständigen *Direction de l'Information* und der *Direction de l'Education Publique* gedruckt wurde. Kurz umriß darin das „Aktionskomitee“ seine politischen Forderungen: Es müsse ein Bund, also eine Konföderation gebildet werden, die sich aus den „alten österreichischen Landen“ („Österreich, Altbayern, Schwaben und Alemannisches Stammesgebiet“) zusammensetzen sollte. Als Bundeshauptstadt kam für die Teilnehmer Salzburg in Frage; der Name der Konföderation sollte „Alpenländischer Bund“ – oder französisch: „union alpine“ – sein. Der Bodenseeraum, eine europäische „Zentrallandschaft“, würde auch innerhalb des „Alpenländischen Bundes“ eine besondere Rolle spielen. Mit Frankreich und der Schweiz wünschten sich die Honoratioren durch eine Zollunion verbunden. Um dieses geopolitische Programm in die Tat umsetzen zu können, hoffte man auf eine „wohlwollende Prüfung und Anerkennung“ der Bestrebungen durch die französische Besatzungs-

zweiter Nachkriegsbürgermeister von Bregenz (bis 5. 6. 1947); Initiator und Begründer der „Bregenzer Festspiele“; Inhaber wichtiger wirtschaftlicher Ämter in Vorarlberg (Präsident der Pfänderbahn AG [1945–1954], Präsident des österreichischen Rheinschiffahrtsverbandes, Aufsichtsrat in verschiedenen verstaatlichten Firmen).

³⁵ Das Engagement im CV stellt das Bindeglied auch innerhalb des „Aktionskomitees“ dar. Seit 30. 10. 1919 war Wachter Mitglied in der „Leopoldina“ an der Universität Innsbruck, der auch Emil Schneider (siehe unten) seit 12. 10. 1903 angehörte; Dietrich inkorporierte sich in der „Hohenstaufen“ in Freiburg i. Br. am 24. 2. 1919, Emil Schneider wurde außerdem am 16. 10. 1910 in die „Saxo-Bavaria“ an der Universität Prag aufgenommen. Aus den frühen zwanziger Jahren datierten auch die ersten Kontakte Dietrichs zu Wachter. Dietrich verfügte außerdem über gute Verbindungen zur „Austria“ nach Salzburg. Sicherlich war auch der jährlich stattfindende Ausländerdreikönigskommers ein wichtiger Treffpunkt der späteren Alpenlandpropagandisten. Vgl. Ehrenmitglieder, 1925, S. 224, S. 342, S. 552.

³⁶ An eines der geheimen Treffen in Bregenz kann sich die Tochter Wachters erinnern; Interview mit Brigitte Albrecht vom 28. 4. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

³⁷ Eintrag im Tagebuch von Julius Wachter vom 3. 10. 1945, NL Julius Wachter; Photokopien aller zitierten Tagebucheinträge im Besitz des Verfassers.

macht und hegte den Wunsch, so schnell als möglich in der Öffentlichkeit wirken zu können.

Der Gründungsbericht wurde dem Bezirksdelegierten Benité vorgelegt, „der sich“, so Julius Wachter, „mit uns lange über alle Fragen unterhielt“³⁸. Das polemische Presseecho auf den „Gründungsakt“ ließ nicht lange auf sich warten. Gerade die Schweiz blickte mit Argusaugen auf die politischen Vorgänge an ihrer nördlichen und östlichen Grenze. Der Schweizer Konsul in Bregenz, Carl Bitz, führte einige Gespräche mit Julius Wachter³⁹, wahrscheinlich auch über diese brisante politische Frage⁴⁰. Bereits am nächsten Tag berichtete Radio Frankfurt von der Gründung einer „separatistischen Bewegung“ in Bregenz⁴¹. Es dürfte dann wohl der Gründungsbericht vom 10. Oktober gewesen sein, der gänzlich die Aufmerksamkeit der Presse auf die Bregenzer Ereignisse lenkte. Das *Sankt Galler Tagblatt* bezog in dem Artikel „Separatisten am Bodensee“ vom 9. November 1945 Stellung: „Nach allen Informationen aus dem politischen Leben im süddeutschen Grenzland muss vielmehr festgestellt werden, dass sich am Bodensee immer deutlicher die Bildung einer separatistischen Bewegung abzuzeichnen beginnt. [...] Man wird damit rechnen müssen, daß die französischen Besatzungsbehörden diesem aufkeimenden Separatismus am Bodensee kaum Schwierigkeiten in den Weg legen, sondern alle diese Regungen mit Wohlwollen fördern dürften.“⁴² In Übersetzung sandte der französische Botschafter in Bern, Henri Hoppenot⁴³, Tage später diesen Zeitungsartikel an das Außenministerium, um Paris bezüglich der „separatistischen“ Tendenzen auf dem laufenden zu halten⁴⁴. Von Bern aus verfügte Hoppenot, dessen kritische Haltung gegenüber der französischen Besatzungspolitik in Paris bekannt war, nicht nur durch die schweizerische Presse, sondern auch durch Vertrauensmänner⁴⁵ über einen intimen Einblick in die „separatistischen“ Kreise.

³⁸ Eintrag im Tagebuch von Julius Wachter vom 10. 10. 1945; NL Julius Wachter.

³⁹ Unter anderem am 6. 10. 1945 nach Mitternacht im Hotel „Weißes Kreuz“; Eintrag im Tagebuch von Julius Wachter vom 6. 10. 1945; NL Julius Wachter.

⁴⁰ Carl Bitz übersandte in unregelmäßigen Abständen Berichte an seine vorgesetzte Dienststelle, das Eidgenössische Politische Departement (Außenministerium) in Bern. Adressiert sind die Berichte an den zuständigen Legationsrat Probst. In den Akten des Bundesarchivs in Bern befinden sich unter der Signatur E 2300 BREGENZ 1 die Berichte der Jahre 1945–1947. Darunter existiert jedoch kein Dokument, das sich mit den oben geschilderten Vorgängen befaßt.

⁴¹ Der Beitrag von Radio Frankfurt wurde wie folgt im Bulletin Hebdomadaire Nr. 13 vom 17. 11. 1945 des SGAAA in Paris zusammengefaßt: „On apprend de Brégenz la naissance d'un mouvement séparatiste sous le nom de [sic!] 'Union démocratique Alpine'. Il a pour but de créer une fédération autonome groupant l'Autriche et le pays de Bade. Il aurait pour capitale Salzbourg“; MAE Y-Int. 1944–1949 652.

⁴² Sankt Galler Tagblatt vom 9. 11. 1945.

⁴³ Henri Hoppenot (1891–?), Studium und Diplôme de l'Ecole des Sciences politiques; 1914–17 im MAE im Service de Communication angestellt; danach auf verschiedenen Posten in Teheran, Beirut und Peking eingesetzt; 1938–40 in Paris in der Abteilung Europa verwandt; 1945–51 Botschafter in der Schweiz; 1952–55 französischer Vertreter im UN-Sicherheitsrat; 1955–56 Hoher Kommissar in Vietnam.

⁴⁴ Hoppenot an die Abteilung Europa im MAE vom 13. 11. 1945; AdO GMFB Berlin G II d p. 91.

⁴⁵ Der politische Teil des Nachlasses von Henri Hoppenot befindet sich im Archiv des französischen Außenministeriums. Über seine Tätigkeit in Bern liegt ein Faszikel vor, das allerdings keine Hinweise auf die deutschen Vertrauensmänner, die ihm Informationen über Südwestdeutschland zuspielten, enthält. MAE PA-AP 270-Hoppenot 12 [Bern 03/1945–10/1951].

Auch in anderen Tageszeitungen fanden die Bregenzer Ereignisse ihren Widerhall. Die *Deutsche Volkszeitung* berichtete darüber im Frühjahr 1946: „Die hier offen ausgesprochenen deutschfeindlichen separatistischen Absichten und Pläne sind wohl kaum noch zu überbieten.“⁴⁶ Selbst die englischsprachige *Continental Daily Mail* informierte über das „ehrgeizige Ziel, einen aus Süddeutschland und Österreich bestehenden alpinen Staat zu schaffen“⁴⁷. Ein vollständiger Abdruck des Gründungsberichtes erschien in der Zeitschrift *Die Leuchtkugel*⁴⁸, einer in Innsbruck im Verlag Josef Ronczay herausgegebenen „unabhängigen, politisch-satirischen Streitschrift“⁴⁹, die einen polemischen Angriff auf die mit österreichischen Geldern bezahlten Vorarlberger Politiker führte. Nach über einem Jahr erkannte die Berliner Tageszeitung *Der Morgen* in den Bregenzer Vorgängen vom Oktober 1945 die Geburtsstunde aller Diskussionen um eine Donaukonföderation⁵⁰, die in Bayern noch einmal virulent wurden.

*Die Vorarlberger Kreise*⁵¹

Aktiv trat nach der Gründungsversammlung des „Aktionskomitees“ der Bregenzer Bürgermeister Julius Wachter für die Idee einer alpinen Union ein; er war der Motor der Alpenlandbewegung in Vorarlberg. Seinen Wunsch, einen mitteleuropäischen Staat zu gründen, um damit vom „preussischen Ghetto“⁵² deutlich getrennt zu sein, propagierte er allerorten. Hierzu schrieb und vervielfältigte Wachter Flugblätter, die er im Februar 1946 in Vorarlberg und „den Regionen, die geeignet wären, Teile der alpinen Union zu bilden“⁵³, verbreitete. Auch gegenüber Vertretern der französischen Besatzungsmacht unterbreitete der Bregenzer Bürgermeister im Winter 1945/46 schriftlich Vorschläge zur staatlichen Neugestaltung Mitteleuropas⁵⁴. Sein Ansprechpartner war der Bregenzer Bezirksdelegierte Benité, der ihn stets ermunterte, Gedanken in diese Richtung zu formulieren. Emphatisch schlug Julius Wachter im Dezember 1945 in einer Denkschrift für die

⁴⁶ Deutsche Volkszeitung vom 10. 4. 1946.

⁴⁷ „Germans want an Alpine State“, in: *Continental Daily Mail* vom 14. 9. 1946.

⁴⁸ Die Leuchtkugel Doppelnummer 7/8 vom Oktober 1946.

⁴⁹ So lautet der Untertitel der Zeitschrift *Die Leuchtkugel*. Vgl. dazu weiter Fischer/Dietzel, *Zeitschriften*, Bd. 2, S. 444.

⁵⁰ „Die totgeborene Donaukonföderation“, in: *Der Morgen* vom 1. 2. 1947.

⁵¹ Vgl. dazu weiter: Klöckler, *Neugliederungskonzepte*.

⁵² Der Bregenzer Bürgermeister äußerte diese Vorstellung gegenüber dem französischen Sonderberichterstatter der Zeitung *Ce Soir*, Louis Parrot. Jener ließ daraufhin einen Artikel mit dem Titel „Jules Avec Dieu, vers le nouvel Occident“ proclame Julius Wachter“ erscheinen; vgl.: *Ce Soir* vom 19. 2. 1946 und AdO SGAAA Centre d'Etudes c. 2664 p. 9. Parrot bezeichnete die Gründungsmitglieder der „Alpenlandbewegung“ als vermeintliche „anciens nazis notoires“. Der Artikel ist als polemische Attacke Parrots zu werten, die insbesondere auf die „germanische Provinz“ Elsaß abzielte.

⁵³ Die Flugblätter sind nicht erhalten geblieben, an deren Existenz besteht jedoch kein Zweifel; vgl. den Bericht der Abteilung Documentation extérieur et Contre-Espionage der Présidence du Gouvernement Provisoire vom 10. 7. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁵⁴ „Idées en vue d'une réorganisation des états de l'Europe centrale“ par le Dr. Jules Wachter, actuellement maire de Bregenz“ [Dezember 1945], StadtA BR 1945/95. Inwieweit es sich bei diesem Dokument um eines der Flugblätter handelt, ist nicht klar, der Umfang von fünf maschinengeschriebenen Blättern und der Zusatz „Traduit par M. le Dr. Halma Hubert“ sprechen gegen die Vermutung.

neue Konföderation den Namen „Donau-Alpenland“⁵⁵ vor, eine Bezeichnung, die er nur geringfügig abgewandelt, schon in seiner Tagebuchnotiz vom 3. Oktober 1945 verwandt hatte. Die wirtschaftliche Situation entpuppte sich als stärkste Triebfeder für Wachters Handeln. Seiner Ansicht nach wäre Österreich 1938 niemals so einfach in die Hände der Nationalsozialisten gefallen, wenn sich die Wirtschaftslage in den Jahren zuvor merklich gebessert hätte. „Um das Schlimmste zu verhindern, muß man aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos herauskommen“, empfahl Julius Wachter; Grundlage dafür sei die Schaffung des Alpenlandes, eines „ethnischen und wirtschaftlichen, von der Natur gegebenen Raumes“. Historische Gründe dienten dem Bregenzer Bürgermeister zum Beweis der föderalistischen Konstruktion, deren Bundesgebiet er aus Österreich mit Südtirol, Bayern, Württemberg und Baden zusammengesetzt sah. Der Zusammenschluß sollte staatenbündisch gebildet werden, um den einzelnen Mitgliedern eine möglichst große Autonomie zu belassen. „Im Innern müßte die Organisation der öffentlichen Verwaltung liberal und föderalistisch sein, gleich wie in den Kantonen der Schweiz.“⁵⁶ Die wirtschaftliche Basis der alpenländischen Konföderation mit einer Bevölkerung von 19 Millionen Menschen auf rund 200 000 km² Staatsgebiet könnten Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Tourismus sein. Mit einer Bevölkerungsdichte von 103 Bewohner pro km² sah Wachter das Alpenland als „vollkommen befriedigend“ besiedelt an. Mittels tabellarischer Auflistung der Nutzflächen (Wald, Ackerland, Sonderkulturen) kam er zu dem Schluß, daß ein günstiges Verhältnis zwischen Anbaufläche und „dem Reichtum der Wälder“ bestehe. Auch die industrielle Struktur des Alpenlandes trage, so Wachter, Gewähr für eine gesunde Entwicklung, als zusätzliche Maßnahme schlug er die Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee vor. Letzterer sollte in „das Binnenmeer Mitteleuropas“ verwandelt werden. Des weiteren spreche auch die konfessionelle Struktur von 14 Millionen Katholiken gegenüber 5 Millionen Protestanten eine klare Sprache. Julius Wachter beendete seine Ausführungen mit einer programmatischen Ausführung: „Diese Konföderation würde die Garantie dafür gewähren, nie wieder unter preußische Dominanz zu gelangen und würde ein starkes Gegengewicht gegen den preußischen Einfluß in Deutschland bilden. Kurz: Dieser Staat würde dem Friedenswunsch der Völker, die ihn bewohnen, genügen und würde die Devise in die Tat umsetzen [...]: *Nie wieder Krieg!*“⁵⁷

Neben Julius Wachter und Bernhard Dietrich war Dr. Emil Schneider⁵⁸, der in der Ersten Republik zwischen 1922 und 1926 mit dem Amt des österreichischen Unterrichtsministers betraut war, die dritte maßgebliche Figur. Der Vorarlberger bewegte sich aber ungleich vorsichtiger auf dem heißen politischen Parkett, er scheute sich davor, publizieren

⁵⁵ In der französischen Übersetzung trat neben die Bezeichnung „Donau-Alpenland“ der Begriff „Union danube-alpine“; ebenda.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Emil Schneider (1883–1961), 1913 Professor an der Realschule Dornbirn; 1919 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung in Wien; 1920 Nationalrat; 1922–26 Bundesminister für Unterricht; 1926–38 Schuldienst (Landesschulinspektor in Wien/Direktor der Bundesrealschule in Dornbirn); 1938 Zuruhesetzung durch die Nationalsozialisten; 1943 Reaktivierung infolge Lehrermangels; 1945 Leitung des Neuaufbaus des Bundesrealgymnasiums für Mädchen in Bregenz; 1949 zweiter und endgültiger Ruhestand; 1950 als Listenführer der ÖVP in den Stadtrat in Bregenz gewählt, dort Referent für Schulangelegenheiten bis 1955. Vgl. auch StadtA BR IX/80; IX/55; IX/26.

stisch in die Neugliederungsdiskussion einzugreifen⁵⁹. Der von Schneider unterschriebene Gründungsbericht des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“ zeugt hingegen von dessen föderalistischer Grundeinstellung. Allgemein galt Schneider als notorischer Anhänger des Erzherzogs Otto von Habsburg⁶⁰; der Enkel Kaiser Franz Josephs war sich allerdings dieser Unterstützung nicht bewußt⁶¹. In der Ideenwelt Schneiders hat die alpenländische Konföderation sicherlich ein monarchische Gestalt angenommen. Der Name des ehemaligen österreichischen Unterrichtsministers strahlte auf die Alpenlandbewegung in Vorarlberg zurück und verlieh ihr ein seriöses Gesicht. Seiner katholisch-konservativen Grundhaltung entsprechend, hatten die Alpenlandpläne den Gefallen Emil Schneiders gefunden; die Idee eines katholischen Staatenbundes weckte in dem langjährigen Mitglied der Studentenverbindung „Leopoldina“ und überzeugten Konservativen ein unglaubliches Hochgefühl. Politisch engagiert war der im Katholizismus verhaftete Emil Schneider seit 1919 in der Christlich-Sozialen Partei (CSP). Nachdem im Spätsommer 1945 die politischen Parteien in Österreich genehmigt waren, schloß sich Emil Schneider der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) an, in der auch Julius Wachter seine politische Heimat gefunden hatte. Damit ist das Milieu, aus dem sich die Anhänger der Alpenlandbewegung rekrutierten, offenkundig: katholisch und konservativ sind die bezeichnenden Prädikate, die ÖVP die entsprechende politische Partei.

In der Vorarlberger und Tiroler Bevölkerung stießen die Alpenlandpläne 1945/46 durchaus auf Wohlwollen. In einer französischen Meinungsumfrage bezeichneten sich jeweils 29 Prozent der Befragten in beiden Bundesländern als Anhänger [*partisan*] einer derartigen Föderation⁶². Auch der bis zum heutigen Tage spürbare Unabhängigkeitswille der Bevölkerung westlich des Arlbergs fand in der unmittelbaren Nachkriegszeit seinen Ausdruck: So tauchten um die Jahreswende 1946/47 unzählige Flugblätter mit dem Titel „Los von Wien“ in Vorarlberg auf⁶³. Die Forderungen nach einem „freien und unabhängigen Vorarlberg“ und, in Anlehnung an die Bestrebungen nach 1918, nach einer „Zollunion mit der Schweiz“ wurden darin proklamiert. Die Urheberschaft übernahm die „Bewegung „Freies Vorarlberg““.

⁵⁹ Zum Diskussionsbeitrag urteilte rückblickend der Sohn, Lothar Schneider: „Mein Vater hat sich darüber aber kaum geäußert und es ist auch im Nachlass nichts gefunden worden“; Schreiben Schneiders an den Verfasser vom 6. 7. 1993.

⁶⁰ Auch südlich der Alpen waren die Monarchisten bekannt, was in einem Artikel des Gazzettino vom 8. 12. 1945 seinen Niederschlag fand. Dort heißt es unter anderem: „In Österreich ist der vorgenannte Dr. Schneider gut bekannt wegen seiner Unterstützung, die er dem Erzherzog Otto von Habsburg zukommen läßt.“ Dieser Artikel wurde zitiert in einem Schreiben des französischen Konsuls in Venedig, Hubert Elie, an Georges Balay, Ministre Plénipotentiaire, vom 8. 12. 1945; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁶¹ Otto von Habsburg war bekannt, „daß gewisse solche Bestrebungen in Vorarlberg bestanden“; Brief Otto von Habsburgs an den Verfasser vom 12. 1. 1994.

⁶² Dreiseitiger Fragebogen zu politischen Problemen in Österreich [1946]. Die Datenerhebungsmethoden sind nicht überliefert; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁶³ Mehrere Exemplare des Flugblattes schickte der Schweizer Konsul in Bregenz, Carl Bitz, an das Eidgenössische Politische Departement in Bern; Bitz an EPD vom 5. 2. 1947; BA Bern E 2001 (E) 1969/121 Bd. 236. Das Flugblatt dürfte identisch mit den bei Grabherr, Geschichte, S. 275 erwähnten, in Lustenau aufgetauchten, maschinengeschriebenen Exemplaren sein.

Die französischen Reaktionen auf die Alpenlandpläne

Der Protektor der Alpenlandpläne auf seiten der französischen Besatzungsmacht war Major Benité, der Bezirksdelegierte von Bregenz. Er organisierte die Besuche Wachers in Singen und gab sein Einverständnis zur Abhaltung der Gründungsversammlung des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“. Das eigenständige politische Handeln des Bregenzer Bezirksdelegierten traf indes bei seinen vorgesetzten Dienststellen nicht auf Zustimmung. Ihm wurde das Schicksal zuteil, das auch den Promotor der „Vereinigung Abendland“, den Freiburger Informationsoffizier Jordy, getroffen hatte: Ende 1946 war die Versetzung auf einen entlegenen Posten die Wiener Reaktion auf die als Provokation empfundene Politik Benités.

Das französische Außenministerium wurde erst Mitte November 1945 über die Vorgänge in Bregenz informiert. Die Brisanz der Angelegenheit erforderte es, ohne Umschweife eine spezielle Akte anzulegen⁶⁴, die Vorgänge waren von höchstem politischen Interesse für Frankreich. Neben dem bereits zitierten Schreiben des französischen Botschafters in Bern traf wenig später ein kommentarloses Schreiben von Saint Hardouin, dem *Conseiller Politique* im Kabinett Koenig, im Quai d'Orsay ein⁶⁵. Diesem war eine französische Übersetzung des Gründungsberichts beigelegt. Trotz der mangelhaften Informationen war in Paris längst über die Zukunft Österreichs und damit indirekt auch über die Alpenlandpläne entschieden worden. Bereits im Januar 1945 hatte der Generalstab für die Nationale Verteidigung (EMDN) deutlich gemacht, daß die Wiedererrichtung eines vom Reich unabhängigen Österreichs beschlossene allierte Politik sei⁶⁶. Von diesem Axiom rückte in den folgenden Monaten auch de Gaulle nicht ab. Eindeutig formulierte der Chef der Provisorischen Regierung im Juli 1945 in der Geheimdirektive N° 2, welche die Richtlinien der französischen Österreichpolitik umriß⁶⁷, den geltenden Standpunkt erneut: „Die wichtigste Prämisse unserer Politik besteht darin, ein unabhängiges, von Deutschland vollkommen losgelöstes Österreich zu schaffen, das wirtschaftlich lebensfähig ist.“ Die Grenzen sollten in etwa mit denen des Vertrags von Saint Germain identisch sein, allerdings trat de Gaulle für eine Angliederung Südtirols⁶⁸ an Österreich ein. Ganz entschieden sprach er sich gegen jede Form einer alpinen Union aus: „Es liegt nicht in unserem Interesse, Bayern mit Österreich zu vereinigen, unter dem Vorwand, einen Block süddeutscher, katholischer Staaten zu gründen, die sich dem preußischen Einfluß widersetzen.“⁶⁹ Viel zu groß erschien nicht nur de Gaulle die Gefahr, daß Österreich unter den Einfluß Bayerns käme und in nicht allzu ferner Zukunft eine Neu-

⁶⁴ MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39. „Union alpine“. Dieses Dossier ist zugänglich, wohingegen ein weiteres Faszikel mit dem Titel „Alpenland 1945/49“ im AdO Colmar noch bis ins Jahr 2009 nicht vorgelegt wird; AdO Bade Sec. Pol. c. 2170/1 p. 1 (réservé).

⁶⁵ Saint Hardouin an Bidault vom 16. 11. 1945; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁶⁶ „Note – Occupation de l'Autriche“, EMDN vom 31. 1. 1945; SHAT 4 Q 11.

⁶⁷ Die Dokumente N° 1 und N° 3 behandelten die Deutschlandpolitik und sind bei Ménudier, Allemagne, S. 169–182 publiziert. „Document N° 2 – Directives pour notre action en Autriche“, GPRF vom 19. 7. 1945; MAE Y-Int. 1944–1949 Dejean 679. Veröffentlicht in: Klöckler, Quellen, S. 9–12.

⁶⁸ „Österreich muß seinen Besitz über Südtirol, das bis zu einer Linie südlich von Meran, Bozen und Cortina d'Ampezzo verläuft und sich in etwa mit der Sprachgrenze deckt, wiedererlangen“; ebenda, S. 10.

⁶⁹ Ebenda, S. 10.

auflage eines „Großdeutschlands“ zu befürchten wäre, das es schließlich zu verhindern galt. Außerdem wies de Gaulle entschieden den Plan zurück, Österreich in einer Art Föderation mit der Tschechoslowakei und Ungarn verbinden zu wollen. Die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren, galt ihm als unabdingbare Voraussetzung für die weitere französische Politik in Mitteleuropa.

In den Augen Frankreichs sollte das neue Österreich auch bis zu einem gewissen Punkt föderalistisch gegliedert sein. Für Vorarlberg und Tirol schlug de Gaulle eine „ausreichend große Autonomie“ innerhalb des österreichischen Staates vor. Einer Ausgliederung der französisch besetzten Länder redete de Gaulle keinesfalls das Wort, vielmehr verlangte er von der dortigen Militärregierung, daß „keine separatistischen Tendenzen ermutigt werden dürfen“⁷⁰. Das bäuerliche, vom Katholizismus geprägte französische Besatzungsgebiet in Österreich wies seiner Meinung nach noch nennenswerte monarchistische Tendenzen auf, derer sich aber die französischen Behörden keinesfalls bedienen dürften. Daher müsse man sich auf das konservativ-katholische Milieu stützen und gleichzeitig den Monarchisten entschieden entgegentreten. De Gaulle zeigte sich überzeugt davon, daß Frankreich auf diejenigen in Österreich zurückgreifen mußte, deren Aversion gegen „Anschluß“ und Nationalsozialismus bekannt war.

Die offizielle Politik Frankreichs ließ demnach keine Zweifel an der Zukunft Österreichs. Eine Unterstützung derjenigen Kräfte, die versuchten, Österreich in eine Konföderation katholischer Staaten hineinzuziehen, war ausgeschlossen und wurde sowohl von de Gaulle als auch von den maßgeblichen Stellen im Quai d'Orsay entschieden abgelehnt. Auch General Marie-Emile Béthouart⁷¹, der französische Oberkommandierende in Wien, teilte in Kenntnis der Direktive N° 2 die Pariser Einschätzungen bezüglich der Zukunft Österreichs. Eine süddeutsche Konföderation unter Einschluß Österreichs lag für Béthouart jenseits des politisch Machbaren und Wünschbaren, und deshalb ließ er umgehend weitere Aktionen der Alpenlandbewegung verbieten. Gegenüber seinem Baden-Badener Pendant Pierre Koenig äußerte sich der französische Oberbefehlshaber in Wien im Februar 1946 sehr skeptisch und sah in der Bewegung „Alpenland“ einen letzten einer Vielzahl von Versuchen, die seit einem Jahrhundert unternommen worden seien, das deutsche Problem zu lösen, indem man den „katholischen Staaten des Südens erlaubt, dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß der durch Preußen dominierten Staaten des Nordens zu entweichen“⁷². Das Verbot, den Sitz des „Aktionskomitees des Alpenländisch demokratischen Bundes“ in Bregenz einzurichten, war die konsequente Reaktion Béthouarts. Außerdem untersagte er jede Genehmigung für die Gründung eines Bundes oder einer Vereinigung, die im alpenländischen Sinn Propaganda betreiben wollte. Die strikte Haltung und das Vorgehen gegen die Alpenlandbe-

⁷⁰ Ebenda, S. 11.

⁷¹ Marie-Emile Béthouart (1889–?), Offiziersjahrgang von Charles de Gaulle und Alphonse Juin; 1914–18 Infanterieoffizier; Besatzungsoffizier in Zweibrücken/Pfalz; 1940 General im Norwegen-Feldzug; nach dem Waffenstillstand von der Vichy-Regierung in Marokko eingesetzt; wegen mangelndem Widerstand gegen die vorrückenden Alliierten Anklage vor einem Kriegsgericht; Chef der freifranzösischen Militärmission in Washington; 1944 Chef des Generalstabs; Oberbefehlshaber des Ersten Armee Korps; 1945–50 französischer Oberkommandierender und Hochkommissar in Österreich. Memoiren: Ders., Bataille und Ders., années; vgl. außerdem Eisterer, Besatzungspolitik, S. 22 ff.

⁷² Béthouart an Koenig vom 14. 2. 1946; MAE Z-Europe Gen. 1944–1960 39.

wegung hatte Béthouart längst mit seinem in Innsbruck residierenden Generalverwalter Pierre Voizard⁷³ koordiniert. Auch Voizard entpuppte sich nicht als Freund der Alpenlandpläne. Mit Generalverwalter Emile Laffon in Baden-Baden sprach er auf dessen Anfrage hin die Vorgehensweise ab, wobei er keinen Zweifel daran ließ, daß er eine negative Haltung zu diesem Projekt einnahm. „Ich habe es nicht für angebracht erachtet, die Niederlassung des Sitzes der Bewegung in Bregenz zu genehmigen, und ich habe befohlen, jede Anfrage diesbezüglich abzulehnen“⁷⁴, teilte er am 20. Januar 1946 dem Baden-Badener Generalverwalter mit. Die Teilnehmer der Gründungsversammlung waren Pierre Voizard bekannt, er verfügte über präzise Angaben der untergeordneten Dienststellen. Für den Innsbrucker Generalverwalter lag der Schluß nahe, daß es sich um einen Versuch „einiger idealistischer oder sentimentaler Intellektueller“⁷⁵ handele, das deutsche Problem zu lösen. Zweifellos lag Voizard bei der Abfassung des Briefes an Laffon im Januar 1946 die schriftliche Ausarbeitung Wachters vor, zu auffällig ist nämlich die identische Anordnung des verwendeten Datenmaterials. Einen Staat auf religiöser Grundlage aufzubauen, schien dem laizistischen Generalverwalter vollkommen undenkbar. Daß eine Konföderation süddeutscher, katholischer Staaten schließlich ein Hindernis hinsichtlich eines neuen „Großdeutschland“ bilden sollte, konnte Voizard nicht nachvollziehen. Die wirtschaftliche Anziehungskraft der süddeutschen Staaten insbesondere auf Vorarlberg bestritt der Generalverwalter hingegen nicht, aber er vermutete, daß Vorarlberg „in keiner Weise eine politische Union“⁷⁶ mit Süddeutschland wünsche.

Den Standpunkt Voizards teilte auch der Vertreter des französischen Außenministeriums in Österreich, Louis de Monicault⁷⁷. Er lobte das Verhalten Voizards in einem Schreiben an den Leiter des CGAAA, René Mayer, und schloß seinen Brief nach Paris mit der Bemerkung: „Es gibt wenige Ideen, die wir als gefährlicher einschätzen müssen.“⁷⁸ Wochen später lieferte de Monicault eine eigene Analyse der Alpenlandbewegung⁷⁹; er ordnete die Bestrebungen in den Rahmen des 20. Jahrhunderts ein und gab zu bedenken, daß auch die Zeit bis zur Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg einige Projekte zur staatlichen Neugestaltung hervorgebracht habe. Die durch Volksabstimmung beschlossene Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz⁸⁰ hob de Monicault besonders hervor und bemerkte, daß die Alpenlandbewegung ein Resultat der Zeitum-

⁷³ Emile Voizard (1896-?), Freiwilliger im Ersten Weltkrieg; Karriere im öffentlichen Dienst; 1936–41 Préfekt der Départements Aude bzw. Seine-et-Marne; Generalsekretär des französischen Protektorats Marokko; Unterleutnant des französischen Expeditionskorps im Italien-Feldzug; Verwendung im französischen Generalstab; 1945 Generalverwalter im besetzten Österreich. Biographisches bei: Eisterer, Besatzungspolitik, S. 24 ff. und Bertholle, Voizard.

⁷⁴ Voizard an Laffon vom 20. 1. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Louis de Monicault führte den Rang eines Ministre Plénipotentiaire, Représentant Politique de la République Française en Autriche und verrichtete seine Dienstgeschäfte in Wien.

⁷⁸ Monicault an Mayer vom 13. 2. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁷⁹ „Mouvement Alpenland“, Monicault an Mayer vom 22. 3. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁸⁰ 1919 gelang es dem Vorarlberger Landeshauptmann Ender, eine Volksabstimmung durchzusetzen, deren Resultat eine deutliche Mehrheit (71%) für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz war. Doch die zögerliche Haltung der Eidgenossen vereitelte die damaligen Pläne. Zu der Problematik ist eine umfangreiche Literatur entstanden: Witzig, Frage; Pichler, Lumpen; Arbeitskreis für Regionalgeschichte (Hrsg.), Eidgenossen. Vgl. außerdem die Einführung.

stände sei. Daher fiel de Monicaults Urteil dezidiert aus: „Ein solches Projekt erfährt von unserer Seite eine klare Absage.“⁸¹ Die Pläne würden von der Vorarlberger und Tiroler Bevölkerung überdies mit Blick auf die bayerische Okkupation von 1809 abgelehnt. Tatsächlich stellten sich politische Vertreter wie der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ulrich Ilg⁸² eindeutig ablehnend den Alpenlandplänen gegenüber. Daß der Tiroler Landeshauptmann und spätere österreichische Außenminister Karl Gruber⁸³ – wie in Paris vermutet wurde⁸⁴ – die Alpenlandpläne unterstützt hat, ist eher unwahrscheinlich, selbstredend enthalten weder seine schriftlichen Aufzeichnungen noch seine Memoiren Bemerkungen zum Untersuchungsgegenstand⁸⁵.

Für das *Cabinet Militaire* des französischen Oberkommandos in Wien lieferte Oberstleutnant Quincerot im Februar 1946 eine ausführliche Analyse⁸⁶. Mangelnde Präzision der Ziele und fehlende Basis in der Bevölkerung stellten das Hauptproblem der Alpenlandbewegung dar; „im übrigen“, bemerkte Quincerot, „läuft sie den Entscheidungen der alliierten Regierungen entgegen, die die Wiedererrichtung eines unabhängigen und freien Österreichs fordern“⁸⁷. Die Vermutung wurde ein weiteres Mal ausgesprochen, daß sich hinter der Alpenlandbewegung der Beginn eines erneuten „Anschlusses“ verbergen könnte.

Auch die französischen Dienststellen in Baden-Baden, Freiburg und Konstanz beschäftigten sich mit der Gründungsversammlung in Bregenz. Der Freiburger Oberdelegierte General Schwartz hatte von der Beteiligung des Singener Bürgermeisters Dietrich an dem Gründungsakt Kenntnis bekommen. An der Existenz einer erteilten Genehmigung zweifelnd, forderte Schwartz von dem sich in Abreise befindlichen Konstanzer Bezirksdelegierten d’Alauzier genaue Nachforschungen⁸⁸. Mit dem Hinweis, daß eine „schnelle und sehr nachdrückliche Untersuchung“ stattzufinden habe, leitete d’Alauzier

⁸¹ Monicault an Mayer vom 22. 3. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

In der Forschung wurde bisher die quellenmäßig nicht untermauerte These vertreten, daß die Alpenlandbewegung die „volle Unterstützung der französischen Besatzungsmacht“ gefunden habe; Pfetsch, Verfassungspolitik, S. 94.

⁸² Ilg betrachtete die Alpenlandpläne als eine Utopie und trat ihnen entschieden entgegen.

Ulrich Ilg (1905–1985), Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft unter Bundeskanzler Dollfuß, 1934 Vize-Präsident der Vorarlberger Bauernkammer, 1936 Landesbauernführer, 1945–64 Landeshauptmann von Vorarlberg und Landesobmann der ÖVP. Vgl. auch Kessler, Ilg sowie autobiographisch: Ilg, Lebenserinnerungen.

⁸³ Karl Gruber (*1909), Studium der Rechtswissenschaften; Tätigkeit im Bundeskanzleramt in Wien; 1938 entlassen; 1945 Landeshauptmann von Tirol; 1945–53 Abgeordneter der ÖVP und österreichischer Außenminister; 1954–57 Botschafter in den USA; 1961 Sonderberater der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien; 1961–66 Botschafter in Madrid; 1966–69 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; 1970–72 Botschafter in Washington.

⁸⁴ „Le mouvement ‚Alpenland‘“ vom 25. 2. 1946; AdO SGAAA c. 2664 9. séparatisme.

⁸⁵ Vgl. Gruber, Leben. Der intimste Kenner der Politik Grubers, der Innsbrucker Historiker Michael Gehler, hält eine positive Rezeption der Alpenlandpläne für unwahrscheinlich. Auch in den Papieren Karl Grubers, die am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck lagern und nicht öffentlich zugänglich sind, konnte Gehler im Zusammenhang mit seinem Habilitationsprojekt keinen diesbezüglichen Hinweis finden; Schreiben Gehlers an den Verfasser vom 24. 6. 1994. Weiterführend: Gehler, Gruber.

⁸⁶ „Le mouvement ‚Alpenland‘“, Quincerot, Chef de la Section Renseignement vom 13. 2. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Schwartz an d’Alauzier vom 7. 11. 1945; AdO Bade C 2101.

das Schreiben Mitte November 1945 dem neuen Kreisdelegierten von Konstanz, Hauptmann Droin, zu⁸⁹. Über die Verbindungsoffiziere der Sûreté, die in Singen stationiert waren, bekam er die gewünschten Informationen. Tatsächlich hatte Droin schon am 12. Oktober 1945 d'Alauzier über die Gründungsversammlung in Kenntnis gesetzt. Außerdem fertigte Droin nun einen Bericht über die Hintergründe an⁹⁰, wobei der Konstanzer Kreisdelegierte betonte, daß die Militärregierung in Bregenz das Einverständnis gegeben und einen Offizier zur Gründungsversammlung ins dortige Rathaus entsandt habe. Die Teilnehmer würden nun ungeduldig darauf warten, endlich mit einer Kampagne beginnen zu können. „Viele Südbadener sehen mit großer Genugtuung der Schaffung eines neuen Staates, der die Länder nahe der Alpen vereinen würde, entgegen“⁹¹, glaubte Hauptmann Droin zu wissen.

Diese Einschätzung gelangte nicht mehr auf den Schreibtisch des konservativen d'Alauzier⁹², sondern in die Hände des neuen kommunistischen Konstanzer Bezirksdelegierten Marcel Degliame, der aus der französischen Résistance hervorgegangen war. Am Tag seiner Amtseinführung, dem 23. November 1945, bearbeitete er die Anfrage von General Schwartz, indem er sich auf den Bericht Hauptmann Droins stützte und diesen fast komplett wiedergab. Sicherlich war der Brief für Schwartz schon vorbereitet gewesen, ansonsten hätte sich Degliame nicht genötigt gesehen, folgende Zeilen handschriftlich hinzuzufügen: „Ich persönlich glaube, daß man sehr vorsichtig gegenüber dieser Bewegung handeln muß. Ich halte es nicht für geschickt, zum jetzigen Zeitpunkt ihre Bildung und ihre Entwicklung im Bezirk Konstanz zu genehmigen.“⁹³ Frühzeitig gab er sich damit als ausgewiesener Gegner der föderalistisch-autonomistischen Strömungen zu erkennen, ein Fakt, das sich bei der Gründung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ noch auswirken sollte. Mit diesen Informationen ausgestattet, sprach sich Schwartz entschieden gegen eine Genehmigung der Alpenlandbewegung aus⁹⁴. Nachdrücklich wies der Freiburger Oberdelegierte auf den Wunsch nach Zusammenfassung des alemannischen Stammesgebietes hin und warnte Laffon, daß hiervon auch das Elsaß tangiert sei. Der Generalverwalter selbst erteilte der Alpenlandbewegung eine Abfuhr, der Warnungen des Freiburger Oberdelegierten hätte es nicht bedurft.

2. Die „Alemannische Freiheitsbewegung“

Die erste schriftliche Eingabe einer „Alemannischen Freiheitsbewegung“ erhielt die US-Militärregierung im Juni 1945 aus dem französisch besetzten Zwiefalten. Unter der zusammenfassenden Bezeichnung „Süddeutsche Befreiungsbewegung“ hatte der gebürtige

⁸⁹ Die beiden Kreismilitärregierungen Konstanz (Landkreis mit Major Lesur in Singen und Stadtkreis mit Hauptmann Hoepffner in Konstanz) wurden am 6. 9. 1945 zusammengelegt und von Hauptmann Droin als Kreisdelegiertem für Konstanz – Stadt und Land – im folgenden geleitet; Klöckler, Besatzungspolitik, S. 28.

⁹⁰ Droin an d'Alauzier vom 19. 11. 1945; AdO Bade C 2101.

⁹¹ Ebenda.

⁹² D'Alauzier informierte die Stadtverwaltung Konstanz mit Schreiben vom 23. 11. 1945 von seiner Abberufung; StadtA KN S II 9544.

⁹³ Degliame an Schwartz vom 23. 11. 1945, dazu handschriftlicher Vermerk; AdO Bade C 2101.

⁹⁴ Schwartz an Laffon vom 3. 12. 1945; zitiert nach Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 138.

Schweizer Bruno Asprion⁹⁵, der in Sankt Blasien im Schwarzwald während des Krieges ein Nickelbergwerk geleitet hatte, den Amerikanern seine Gruppierung einschließlich der Ziele dargelegt⁹⁶. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es sich bei Asprion auch um den Verfasser zweier Kettenbriefe, die im Sommer 1940 in Südwestdeutschland im Umlauf waren, handelte⁹⁷. Die „Süddeutsche Freiheitsbewegung“, so führte Bruno Asprion aus, gliederte sich in zwei Gruppierungen mit Sitz in Ulm und München. Sie zielte auf die Errichtung zweier von Preußen unabhängiger Staaten der Alemannen und der Bayern ab, die Bezeichnungen gab Asprion mit „Fränkisch-Alemannische Freiheitsbewegung“ und „Bayerische Freiheitsbewegung“ an. Beide Bewegungen stünden unter einer gemeinsamen Leitung und setzten sich für die „Ausrottung“ des Nationalsozialismus und des preußischen Militarismus in Süddeutschland ein. Die Ursprünge der Bewegung reichten bis ins Jahr 1918 zurück, ein Vorschlag der Zusammenfassung von Süddeutschland und der Eidgenossenschaft stamme aus dem Jahr 1923; Asprion bezeichnete als geistige Väter dieser Pläne unter anderen den später ermordeten Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, das demokratische Mitglied des Reichstages Philipp Wieland und den ersten sozialdemokratischen Staatspräsidenten Württembergs, Wilhelm Blos. Diese Angaben sind allerdings bei Asprion weder belegt noch heute überprüfbar.

Die beiden unabhängigen Staaten, welche die Gruppe um Asprion errichtet sehen wollte, sollten ein föderativ aufgebautes „Franco-Alemannien“ und ein Freistaat Bayern sein. Die föderativen Bestandteile des fränkisch-alemannischen Staates wären Württemberg mit Bayerisch-Schwaben, Baden mit Rheinhessen, Franken südlich des Mains und die deutschsprachige Schweiz mit Vorarlberg gewesen. Der Beitritt des Elsasses durch Option sollte offengehalten werden. Für den Freistaat Bayern verblieben daher Ober- und Niederbayern, die Oberpfalz und – nach erfolgreichem Plebiszit – Tirol⁹⁸. „Franco-Alemannien“ hätte nach Asprions Planungen in die Schweiz „inkorporiert“ werden müssen. Ganz Südwestdeutschland wäre mit weitgehend selbstverwalteten Kantonen

⁹⁵ Bruno Asprion war gebürtiger Schweizer, aber naturalisierter Deutscher, und leitete während des Zweiten Weltkrieges ein Nickelbergwerk in Wittenschwand bei St. Blasien im Schwarzwald; er galt als wohlhabender Industrieller; 1945 gelang es ihm, von Zwiefalten aus in die ABZ nach Ulm zu übersiedeln; in Bayern verbreitete er seine föderalistischen Pläne, unterstützt von einem gewissen Dr. Kern.

⁹⁶ OMGUS RG 260 3/407 - 3/9 passim „Subject: separatisme [sic!] in South Germany, South German action for liberty“ [Juni 1945]. Die Vorschläge Asprions sind in dieser Akte nur in der englischen Übersetzung, die von dem amerikanischen Offizier Robert A. Berendt gefertigt wurde, erhalten. Erstmals fanden die Pläne Erwähnung bei: Nüske, Württemberg, S. 180 f.

⁹⁷ Die Ideen der „Alemannischen Freiheitsbewegung“ Asprions vom Sommer 1945 und die Ausführungen einer „Alemannischen autonomistischen Bewegung P. G. S.“ von 1940 haben auffällige Ähnlichkeiten: „Die alemannische autonome Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, das alemannische Volk zwischen Lech und den Vogesen zusammenzufassen zu einem selbständigen neutralen Staat: Alemannien“ (Kettenbrief vom 11. 8. 1940, in Stuttgart aufgetaucht). „Alemanne, grübele nicht und denke auch einmal über die Idee der alemannischen autonomistischen Bewegung nach. Grübele und denke einmal ganz gründlich darüber nach [...] Alemanne, unser Volkstum ist in Gefahr! [...] Unsere Art und Sprache muß erhalten bleiben, und das kann nur geschehen in einem freien Staat: Alemannien“ (Kettenbrief vom 23. 9. 1940, in ganz Baden aufgetaucht). Abgedruckt in: Boberach, Meldungen, S. 1548 f. und S. 1677 f.

⁹⁸ An dieser Stelle ist von Tirol im allgemeinen die Rede, eine Eingliederung Südtirols dürfte allerdings ebenfalls anvisiert worden sein; OMGUS RG 260 3/407 - 3/9 „Proposals for an administrative organization of a state foederation [sic!]“.

überzogen worden, die in Bezirke untergliedert gewesen wären und über die gemeinsame Hauptstadt Ulm verfügt hätten. Der Föderativstaat „Franco-Alemannien“ sollte mit einem in geheimen Wahlen gewählten Parlament, dessen Mitglieder sich als „Föderativkonsuln“ bezeichnen sollten, ausgestattet werden. Dem „Präsidenten der Föderation“ hätte die Nominierung und Bestätigung der Regierung oblegen. Für Bayern fielen die Vorschläge dürrtiger aus, eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit war allerdings ausdrücklich gewünscht.

Präzise stellte Asprien ein 25 Punkte umfassendes Sofortprogramm zur Errichtung eines Staates „Franco-Alemannien“ auf⁹⁹. Der naturalisierte Deutsche errichtete ein Gedankenkonstrukt, das auf zwei Säulen basierte: Schaffung eines nach Schweizer Vorbild orientierten, selbständigen fränkisch-alemannischen Staates und Abwendung von einem zentralistischen, von Preußen beherrschten Deutschland. Konkret forderte Asprien die Vereinigung der fränkisch-alemannischen süddeutschen Gebiete mit der deutschsprachigen Schweiz (1, 2, 4, 5), die Ausgliederung der nicht deutschsprachigen schweizerischen Gebiete nach Frankreich (6) und Italien (7), die Übernahme der schweizerischen Gesetze (13) und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit – einschließlich der Zahlung von Reparationen (10) – mit Frankreich (8, 9). Die Entnazifizierung Süddeutschlands (12, 17, 24, 25), Einführung einer „alemannischen und bayerischen Staatsbürgerschaft“ (18) und die Ausweisung der „Preußen“ (19, 21) bei gleichzeitiger Einziehung derer Vermögen zu Reparationszwecken (20) bildeten die Grundlage für eine ethnische Strukturierung des Staates „Franco-Alemannien“. Das Schweizer Demokratiemodell stand bei Asprien nicht Pate, vielmehr sollte Südwestdeutschland durchgängig „verschweizert“ werden.

Hinter der Bewegung verbargen sich im „alemannischen“ Raum einige Industrielle und zwei Schweizer Staatsbürger, die Asprien den Vertretern der US-Militärregierung namhaft machte. Unter den Genannten befanden sich der kurzzeitige Donaueschinger Landrat und Schwenninger Uhrenproduzent Dr. h. c. Fritz Mauthe¹⁰⁰ und der Singener Stadtbaurat Jakob Spengler¹⁰¹. Auch die „Bayerische Befreiungsbewegung“ unter Führung des Münchener Rechtsanwaltes Dr. Albert Heizer verfügte über ein halbes Dutzend Mitglieder. Das Generalsekretariat der „Süddeutschen Freiheitsbewegung“ befand sich bei Heizer in München, Asprien selbst bezeichnete sich in dem in englischer Sprache abgefaßten Text als „chief of action“.

Die beiden geplanten Staaten, die zusammen den gesamten süddeutschen und alpinen Raum einnehmen sollten, hätten von Asprien auch Alpenland genannt werden können,

⁹⁹ OMGUS RG 260 3/407 - 3/9 „Foundation of a foederative [sic!] state ‚Franco-Alemannia‘“.

¹⁰⁰ Fritz Mauthe (1875–1951), Sohn des Schwenninger Uhrenherstellers Jakob Mauthe; um 1890 Lehre als Uhrenmechaniker; 1904 Leitung der in eine GmbH umgewandelten Uhrenfabrik; 1906 Gemeinderat in Schwenningen; 1908–33 und 1945–51 Leiter der Handelskammer Rottweil; 1921 Ehrendoktor der Universität Tübingen; 1924–33 MdL Württemberg (DDP); Aufsichtsratsvorsitzender der Württembergischen Landeszentralbank; 1945 Landrat von Donaueschingen; Berater von industriellen und landwirtschaftlichen Verbänden; 1950 Ernennung zum Ehrenbürger von Schwenningen.

¹⁰¹ Jakob Spengler (1894–?), Mitarbeit in der Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe; 1919 Stadtgeometer in Singen; 1924 Leiter des Stadtbauamtes und des Vermessungsamtes; Wünschelrutengänger; 1927 Stadtbaurat; 1933 Entbindung vom Amt des Stadtbaurats und „Degradierung“ zum Leiter des Vermessungsamtes; 1940 auf eigene Bitte hin pensioniert; 1944–46 kommissarischer Leiter des Stadtbauamtes.

eine Bezeichnung, die schließlich zur gleichen Zeit durch den Singener Bürgermeister Bernhard Dietrich Verwendung gefunden hatte. Den Franzosen präsentierte Asprien seine Gruppierung einige Wochen später als „Alemannische Freiheitsbewegung“ (AFB). Die französischen Dienststellen rückten die Pläne Asprians sofort in die Nähe des Alpenlandprojekts von Dietrich und beobachteten beide Gruppierungen genau¹⁰². In Innsbruck nahmen sich die französischen Offiziere um Generalverwalter Voizard im Laufe des Jahres 1946 der Pläne an, die Motive des nunmehr in der amerikanischen Besatzungszone lebenden Asprien und seines engsten Vertrauten, Dr. Kern, blieben aber im dunkeln. Die französische Besatzungsmacht nahm an, Asprien und Kern wollten auf der Welle der Sympathie, die den Alpenlandplänen entgegengebracht wurden, mitschwimmen. Kern hatte nämlich mit Julius Wachter Anfang 1946 in Bregenz Kontakt aufgenommen und ihm die Ziele der AFB erläutert. Der Bregenzer Bürgermeister hingegen gab zu verstehen, daß ihm die „Alemannische Freiheitsbewegung“ nicht bekannt sei. Auf seiner Weiterfahrt nach Innsbruck wurde Kern von der österreichischen Polizei festgenommen, die auf Veranlassung des Tiroler Landeshauptmannes Karl Gruber zuschlug. Gruber selbst hatte den amerikanischen Standpunkt verinnerlicht, daß die Propaganda Asprians auf alle Fälle zu unterbinden sei. Auch gegenüber der Alpenlandbewegung hatte Gruber gemeinsam mit seinem Vorarlberger Amtskollegen Ulrich Ilg eine reservierte Haltung eingenommen. Geringfügig revidierte Pläne ließ Asprien zu Beginn des Jahres 1946 der französischen Besatzungsmacht zukommen¹⁰³. In Anpassung an die Verhältnisse forderte er nun nicht mehr sofort die Schaffung eines alemannischen Staates, sondern über den Umweg einer alemannischen Regierung für den Südtel der FBZ, also der Errichtung des Südstaates. Als Fernziel schlug er aber weiterhin die Loslösung und Vereinigung aller alemannischen Gebiete einschließlich der deutschsprachigen Schweiz vor. Dazu propagierte Asprien erneut den „Kampf für die Arlberg-Lechtalgrenze“ und damit für die Angliederung von Vorarlberg und Bayerisch-Schwaben an den zukünftigen alemannischen Staat. Auch die als Endziel geforderte Einbeziehung der deutschsprachigen Teile der Schweiz durch ein Referendum stand für Asprien außer Zweifel: Erleichtert und erreicht werden sollte dies durch die Einführung des „helvetischen Rechts“, einer auf den Franken gestützten, neuen Währung, die Verpachtung der Eisenbahn und der Post an die Schweiz, die Zusammenarbeit mit den schweizerischen Elektrizitätserzeugern und außerdem durch die Zulassung Schweizer Handelsunternehmen im alemannischen Staat.

Die mangelnde Stringenz der Pläne trug wesentlich zur offenen Ablehnung durch die französische Besatzungsmacht bei. Die Gedanken Asprians waren zu „bizarrr“, in den französischen Augen „utopisch“¹⁰⁴; schon die Einbeziehung der Schweiz in den Föderativstaat „Alemannien“ wäre an dem tiefwurzelnden Eigenständigkeitswillen der eidgenössischen Bevölkerung gescheitert. Frankreich hatte durch General de Gaulle die Maxime des Wiederaufbaus der staatlichen Existenz Österreichs ausgegeben, auch an die-

¹⁰² Das Ergebnis der französischen Beobachtungen stellt der vom Commandement en Chef Français en Autriche erstellte, umfangreiche Bericht „Alpenland“ dar. „Alpenland“ (masch. 55 S.) [Sommer 1946]; AdO SGAAA c. 2665 p. 1.

¹⁰³ „Programme d'action du Mouvement de la libération alémanique (A. F. B.) (Alemannische Freiheitsbewegung)“, französische Übersetzung im Anhang des „Alpenland“-Berichtes des CCF Autriche [S. 53–55]; AdO SGAAA c. 2665 p. 1.

¹⁰⁴ Ebenda.

sem Punkt mußten die Ideen Asprians bei der französischen Besatzungsmacht auf unüberwindbaren Widerstand stoßen. „Frankreich steht einer Integration Österreichs in einen vielleicht lebensfähigen, aber verschiedenartigen [*hétéroclite*] Komplex feindlich gegenüber“, urteilte denn auch die Innsbrucker Militärregierung¹⁰⁵. Und außerdem blieb Asprian nach Ansicht der zuständigen Besatzungsoffiziere eine zwielichtige Gestalt, deren frankophile Haltung man stark bezweifelte; mangelnde Informationen über die Hintergründe und die Person Asprians taten ein übriges, dem Projekt keine weitere Aufmerksamkeit zu schenken. Im übrigen waren Asprian in der amerikanischen Zone die Hände gebunden. In München war seit Juli 1945 die „Bayerische Freiheitsbewegung“ von der amerikanischen Militärregierung unter Hinweis auf die Befehle von General Eisenhower verboten und aufgelöst worden¹⁰⁶, dasselbe Schicksal dürfte auch Asprian und seiner „Alemannischen Freiheitsbewegung“ widerfahren sein.

3. Die Alpenlandpläne in der Schweiz

Die Propaganda Dietrichs und seiner Vorarlberger Freunde blieb in der nahen Schweiz nicht ohne Resonanz. Der französische Geheimdienst machte in den katholischen Kreisen der Eidgenossenschaft, vor allem in der Caritas und in der „Schweizerspende“, Personen ausfindig, die von einer leicht abgewandelten Version des Alpenlandes träumten¹⁰⁷. Allen voran würden der ehemalige Bundesrat Jean-Marie Musy¹⁰⁸ und der schweizerische Schriftsteller Gonzague de Reynold¹⁰⁹ – so mutmaßte die Sûreté in Paris – den föderalistischen Zusammenschluß von Österreich, Südtirol, Bayern „und einem wichtigen Teil Süddeutschlands, aber auch der katholischen Kantone der Schweiz und einem Teil Norditaliens“¹¹⁰ zu einer alpenländischen Konföderation propagieren. Eine breitangelegte Agitation entfalteten die schweizerischen Anhänger des Alpenlandes aber nicht, die Pläne dürften vielmehr ephemeren Charakter gehabt haben. An die helvetische Öffentlichkeit ist von diesen Vorstellungen nichts gedrungen, weder der Schweizer Presse noch den Behörden waren die Gedankenspiele bekannt¹¹¹.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 46.

¹⁰⁶ „Note sur les partis politiques en Allemagne“ (masch. 10 S.) vom 31. 7. 1945; MAE Z-Europe-Allemagne 1944–1960 48.

¹⁰⁷ Direction Générale de la Sûreté Nationale: „La politique allemande du Vatican“ (masch. 2 S.) vom 10. 4. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

¹⁰⁸ Jean-Marie Musy (1876–1952), Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Schweiz; 1901 Lizentiat; 1904 Promotion; 1913–19 Bankrat der Schweizerischen Nationalbank; 1919 Wahl in den Bundesrat als Mitglied der katholisch-konservativen CVP; 1920–34 Leitung des Finanz- und Zolldepartements im Bundesrat; Anhänger einer europäischen Neuordnung; offene Ablehnung des Kommunismus; 1944 M.s Kontakte zu Himmler und Schellenberg führen zur Freilassung von 1200 Juden aus dem KZ Theresienstadt (zu dieser Affäre Mendelsohn, Holocaust, Einleitung); eine Würdigung der politischen Leistungen bei Python, Musy, S. 355–360.

¹⁰⁹ Louis de Gonzague Reynold de Cressier (1880–?), Studium in Freiburg/Schweiz, Freiburg i. Br. und Paris; 1915–31 Professor für französische Literatur in Bern; 1925 Präsident der Union catholique d'études internationales; seit 1932 Professor für Geschichte in Freiburg/Schweiz; diplomatische Missionen nach Südamerika.

¹¹⁰ „La politique allemande du Vatican“ vom 10. 4. 1946; MAE Z-Europe Gén. 1944–1960 39.

¹¹¹ Der Verfasser fand in den Inventaren des Bundesarchivs in Bern und des Staatsarchivs Schaff-

Hinter den katholischen Kreisen der Schweiz stand nach den Erkenntnissen des französischen Geheimdienstes Pater Robert Leiber SJ, der als Drahtzieher der Deutschlandpolitik des Vatikans galt. Papst Pius XII. hatte den Jesuitenpater während seiner Berliner Jahre als Apostolischer Nuntius kennen- und schätzengelernet und ihn zu seinem Privatsekretär gemacht. Ob Leiber tatsächlich diese Version der Alpenlandpläne initiiert hat, wird noch auf lange Jahre hin ungeklärt bleiben¹¹², fest steht allerdings, daß er sich nach 1945 befriedigt über den Untergang des protestantischen Bismarckreiches geäußert hat und über die katholische Mehrheit in Westdeutschland erfreut war¹¹³. Es ist aber unwahrscheinlich, daß der Vatikan aktiv für einen alpenländischen, katholischen Zusammenschluß geworben hat, ansonsten müßten sich auch in den Unterlagen des Erzbistums Freiburg und der Diözese Rottenburg hiervon Spuren finden lassen¹¹⁴.

4. Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“

Die Initiative zur Gründung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ ging auf Bernhard Dietrich zurück. Obwohl das Veto der französischen Besatzungsmacht jede weitere Propaganda für die alpine Union obsolet gemacht hatte, hing der Singener Bürgermeister zu Beginn des Jahres 1946 noch immer diesem Konzept nach. Konnte er seine Alpenlandpläne schon nicht im ganzen verwirklichen, so gab er sich überzeugt, nun im kleineren Rahmen beginnen zu müssen. „Schwaben und das Alemannische Stammesgebiet“¹¹⁵ waren in der Vorstellungswelt Dietrichs neben Österreich und „Alt-Bayern“ die Komponenten des Alpenlandes; was sprach also dagegen, zuerst die territoriale Zersplitterung Südwestdeutschlands nach der Katastrophe des Nationalsozialismus zu bereinigen und dann mit dem Bau einer alpenländischen Konföderation fortzufahren?

An General Schwartz in Freiburg formulierte Dietrich im Januar 1946 die Bitte, die Gründung des „Heimatbundes e. V.“ als „Landesverband“ des „Aktionskomitees der alpinen Union“ zu genehmigen¹¹⁶. „Voralpen“ sollte der neue Staat, der als Teil des Alpenlandes gedacht war, heißen und sich aus den französisch besetzten Teilen Badens, Württembergs und Bayerns zusammensetzen. Unabhängigkeit von einer preußisch-deutschen „Föderation“ und Verbundenheit mit den „Nachbarländern“ lauteten die Prämissen Dietrichs. Wahlrecht sollten nur Alemannen, Schwaben und Bayern besitzen,

hausen keinen Hinweis auf die Alpenlandbewegung weder nördlich noch südlich des Bodensees.

¹¹² Offiziell sind die Quellen des Vatikanischen Geheimarchivs bis zum Tod Benedikts XV. im Jahr 1922 freigegeben. Ein neues Pontifikat würde in der Regel die Freigabe der Akten von Pius XI. bewirken. Mündliche Auskunft des Leiters des Vatikanischen Geheimarchivs, Präfekt Pater Metzler, vom 15. 9. 1993 an den Verfasser.

¹¹³ Leiber im Gespräch mit Walter von Cube, zitiert nach Kock, Weg, S. 210 Anmerkung 66; zu Leiber außerdem S. 71.

¹¹⁴ Weder im Nachlaß des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber noch in der Registratur oder in anderen Unterlagen des EAF sind derartige Spuren zu finden. Für die Archivalien der Diözese Rottenburg am Neckar gilt diese Feststellung ebenfalls.

¹¹⁵ Bericht, 1945, S. 2.

¹¹⁶ Dietrich an G. M. de Bade (General Schwartz) vom 11. 1. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 21 d. 33. Kopie in: AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

die älter als 21 Jahre waren, die Hinzugezogenen mußten seit mindestens 1914 im Südwesten leben und obendrein den Interessen der „Voralpen“ dienen. Als Mittel der Propaganda wünschte er sich die Genehmigung von Zeitungen und „anderen Schriften, die mit den Ideen des Alpenlandes konform gingen“¹¹⁷. Die führenden Positionen in Staat und Gesellschaft durften nach Dietrichs Willen nur mit Einheimischen besetzt werden, insgesamt sollte der Verwaltungsapparat radikal ausgedünnt werden. Als Fernziel sah er die Schaffung einer europäischen Föderation an.

Die in acht Paragraphen die Ziele und Funktionsweise regelnden „Vorläufigen Statuten des Heimatbundes“¹¹⁸ gingen mit gleicher Post dem Freiburger Oberdelegierten zu. „Der Eintritt in die Vereinigung ist den Mitgliedern eines anderen deutschen Stammes nicht verboten, sofern diese ausdrücklich die Ziele, die wir verfolgen, anerkennen“, lautet die Formulierung im zweiten Paragraph, der die Mitwirkung Leopold Paurs gewährleistete. Im pfälzischen Zweibrücken geboren, war der in Engen lebende Jurist staatsrechtlich ein Bayer, stammesmäßig aber ein Franke. Der dritte Unterzeichner der Statuten fügte sich von seiner Herkunft problemloser in den Heimatbund ein: Karl Harder¹¹⁹, Betriebsrat bei der Firma Maggi, war ein in Singen geborener Alemanne.

Das Projekt stieß bei den französischen Dienststellen in Konstanz, Freiburg und Baden-Baden auf wenig Gegenliebe¹²⁰. General Schwartz leitete die Ausarbeitungen Dietrichs an Emile Laffon weiter. In Baden-Baden beschäftigte sich in dessen Auftrag der *Directeur Général des Affaires Administratives*, Maurice Sabatier, mit dem Problem. Der Vichy-belastete Sabatier nahm Anstoß an der Bezeichnung „alemannisch“ und erkannte die Gefahr, die von dem Ziel, die Alemannen in einem Staat zu vereinen, ausging. Waren in dieser Bezeichnung nicht auch die deutschsprachigen Schweizer, die Vorarlberger und vor allem die Elsässer eingeschlossen? Eine Eingrenzung auf die Alemannen Südwestdeutschlands mußte deutlich in den Statuten vermerkt werden¹²¹, nur so glaubte Sabatier eine Gefahr für das erneut französisch gewordene Elsaß abwenden zu können. Die Nähe zum Programm des Alpenlandes stand Sabatier deutlich vor Augen, wenngleich er den Heimatbund lediglich als Plagiat für das „zu ausgedehnte Programm“ des Alpenlandes ansah, „das aufgegeben werden kann“¹²². Von General Schwartz forderte er daher alle erreichbaren Mitteilungen an, die er umgehend erhielt. Sabatier zeigte sich zufrieden mit den Ausführungen des Oberdelegierten, der eine Eingrenzung der Aktivitäten des Heimatbundes und eine Beschränkung der Mitglieder auf Personen, die in Deutschland ihren Wohnsitz hätten, vorschlug. Damit trieb er eine Spitze gegen die Bregenzer Honoratioren, die durch diese Bestimmung ausgeschlossen waren. Beide Offiziere stimmten darin überein, daß die Bezeichnung „alemannisch“ in diesem Zusammenhang verboten

¹¹⁷ Ebenda.

¹¹⁸ „Projets de statuts du ‚Heimatbund‘“ vom 6. 1. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l’Int. c. 228 p. 21 d. 33. Kopie in: AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

¹¹⁹ Karl Harder; 1945 Betriebsrat der Firma Maggi; 1946–56 Stadtrat von Singen/Htwl. (BCSV/CDU); 1946 Mitgründer des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“; später Anhänger der „Altbadener“ um Leo Wohleb.

¹²⁰ Bislang ging die Forschung davon aus, daß die Initiative für den Heimatbund von der französischen Besatzungsmacht ausgegangen sei; Bury, Volksentscheid, S. 10.

¹²¹ Im Satz: „Es handelt sich darum, die zum alemannischen, schwäbischen und bayrischen Stamm gehörigen Menschen zu sammeln“, unterstrich Sabatier den Begriff „alemannisch“ und fügte handschriftlich hinzu: „(= résident en Allemagne)“.

¹²² Sabatier an Schwartz vom 13. 2. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l’Int. c. 228 p. 21 d. 33.

werden sollte¹²³. Die inhaltliche Nähe zur elsässischen Autonomiebewegung der Zwischenkriegszeit stach ins Auge, Sabatier bat Schwartz um mehr Informationen über die Autonomistenzeitung „Heimat“ vor 1940¹²⁴, die Zusammenhänge lagen auf der Hand. Überhaupt hatte die französische Besatzungsmacht mit dem Prädikat „schwäbisch-alemannisch“ ihre Probleme. Die 1924 gegründete „Vereinigung der Schwäbisch-Alemannischen Narrenzünfte“, eine Dachorganisation der südwestdeutschen, organisierten Narren, erhielt erst am 24. Mai 1948 die Zulassung der Militärregierung. Die unpolitische Vereinigung wurde in ihrem Wirkungskreis zudem auf das französisch besetzte Baden und auf die Bezeichnung „Vereinigung alemannischer Narrenzünfte“ beschränkt. Das Adjektiv „schwäbisch“ wurde im Verbandsnamen ausdrücklich verboten¹²⁵.

Der Konstanzer Bezirksdelegierte Marcel Degliame, ausgewiesener Gegner der Autonomie- und Heimatrechtstendenzen, zitierte Dietrich zu sich, weil ihm an einer strengeren Definition des Begriffes „Heimatsbund“ gelegen war. Die Ziele der Vereinigung schienen Degliame höchst vage umrissen. Die hierarchischen Strukturen, die langatmigen Postwege und die Kompetenzunklarheiten innerhalb der französischen Militärregierung verhinderten augenscheinlich die zügige Bearbeitung der Angelegenheit. Erst Ende März lancierte Dietrich nach einem Gespräch mit Degliame einen erneuten Vorstoß¹²⁶. Wunschgemäß präzierte er die Ziele und den Begriff „Heimatsbund“, wahrscheinlich auf Veranlassung aus Baden-Baden. Der Heimatsbund wollte nun geographisch diejenigen Teile der Französischen Besatzungszone in einem unabhängigen Staat umfassen, die vormals zu Baden, Württemberg und Bayern gehört hatten. Nach Dietrichs Auffassung schloß der historische und geographische Charakter des schwäbisch-alemannischen Staates jede Expansionsbestrebung aus, die Ziele des Heimatsbundes lägen in der Verteidigung und Propaganda der Idee der Eigenständigkeit eines autonomen, föderativ aufgebauten Staates, der jedem Einfluß Preußens entzogen sein würde.

Zwischenzeitlich hatte sich in der württembergischen Kreisstadt Rottweil am oberen Neckar eine Gruppe Männer zusammengefunden, die gleicherweise einen schwäbisch-alemannischen Heimatsbund zu gründen beabsichtigten. Der führende Kopf, Dr. Franz Mederle, Oberstaatsanwalt und Bürgermeister in Rottweil, dachte aber nicht wie Dietrich an eine kulturell-politische Vereinigung, vielmehr suchte er bei den französischen Behörden um die Lizenzierung einer politischen Partei nach¹²⁷. Es bleibt unklar, ob Dietrich und Mederle sich schon im März 1946 kannten und eventuell im Vorgehen abstimmten oder ob sie sich erst im Frühsommer 1946 kennenlernten. Jedenfalls war Mederle nach Ablehnung der Lizenz für eine „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“ im

¹²³ Sabatier an Schwartz vom 19. 3. 1946; AdO, ebenda.

¹²⁴ Ebenda. Die Heimat. Revue Régional d'Alsace et de Lorraine. Monatsschrift für christliche Kultur und Politik lautete der Titel einer zwischen 1923 und 1939 im Alsatia-Verlag erschienenen Zeitschrift. Gegründet von Dr. X. Haegy, war Die Heimat von Marcel Stürmel verantwortlich geleitet worden.

¹²⁵ „70 Jahre Vereinigung Schwäbisch-Alemannischer Narrenzünfte“. Sondernummer des Südkuriers vom November 1994, hier S. VII. Ob die Streichung des Adjektivs „schwäbisch“ als Reaktion auf die Aktivitäten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatsbundes“ zurückzuführen ist, muß dahingestellt bleiben.

¹²⁶ Dietrich an Degliame vom 29. 3. 1946; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

¹²⁷ Zur „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ vgl. Kapitel V/2.

Umfeld Dietrichs anzutreffen und steuerte mit seinem Bürgermeisterkollegen auf direktem Weg auf die Gründung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ zu.

Generalverwalter Laffon hatte sich derweilen in die Angelegenheit eingeschaltet; wohlinformiert durch Maurice Sabatier kam er Anfang Juli 1946 zu der Überzeugung, daß der Heimatbund mit den geänderten Statuten tragbar sei, und gab sein Einverständnis zur Gründung¹²⁸. Der neue Oberdelegierte von Baden, Pierre Pène, übermittelte die Entscheidung dem Konstanzer Kreisdelegierten Hoepffner mit Schreiben vom 17. Juli 1946¹²⁹, wobei der Heimatbund theoretisch auch seine Aktivitäten auf Württemberg-Hohenzollern ausdehnen konnte. Am 25. Juli 1946 erhielt Bernhard Dietrich die langersehnte Genehmigung für den Heimatbund, sechs Monate nach der ersten Antragstellung¹³⁰. Der Singener Bürgermeister handelte nun rasch und informierte die interessierten Kreise. Für den 17./18. August berief er die Gründungsversammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in die Stadt am Hohentwiel ein. In der Aula der Oberrealschule versammelten sich am 17. August über 100 Teilnehmer aus „allen Landschaften Südbadens, Südwürttembergs und aus Lindau“¹³¹. Als Leiter der Versammlung übernahm Bernhard Dietrich die Begrüßungsansprache und erörterte die Gründe, die zur Bildung des Heimatbundes geführt hatten. Die Tagesordnung umfaßte sechs Punkte, die eine Abstimmung über das Programmatische Manifest, die Verlesung und Beschlußfassung der Satzungen, Wahlen, die Frage der Mitgliedsbeiträge, die Organisation der Landschafts- und Ortsverbände und ein Zeitschriftenprojekt¹³² beinhalteten.

Das bereits im voraus formulierte Programmatische Manifest wurde sogleich verlesen und einstimmig angenommen¹³³. Als Präsident erhielt sodann Bernhard Dietrich das Vertrauen, der politisch bereits neben Theopont Diez¹³⁴ als Gründungsmitglied der BCSV¹³⁵ in Singen in Erscheinung getreten war. Dem Präsidenten sollten zwei Vizeprä-

¹²⁸ Laffon an Schwartz vom 2. 7. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 21 d. 33.

¹²⁹ Pène an Hoepffner vom 17. 7. 1946; AdO Bade C 2128.

¹³⁰ Josef Dusel, ein Vertrauter Dietrichs aus Singen, notierte auf dem Gründungsbericht des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“: „Gründungsurkunde des ‚Heimatbundes‘ am 25. Juli 1946 bei Dr. Dietrich eingetroffen“; StadtA SI Depositum Dusel.

¹³¹ „Protokoll – Über die Gründungsversammlung des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘ am 17. und 18. August 1946 zu Singen – Hohentwiel“; NL Bernhard Dietrich und AdO Bade C 2128.

¹³² Das geplante Zeitschriftenprojekt Oberland wurde vom Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger betreut und vorangetrieben. Vgl. Kapitel IV/2.

¹³³ „Programmatisches Manifest des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘“; NL Bernhard Dietrich, AdO Bade C 2128 und StA FR C 5/1 2749.

¹³⁴ Diez löste Dietrich nach den Gemeinderatswahlen im September 1946 als Bürgermeister in Singen ab.

Theopont Diez (1908–1993), Sohn des MdR Carl Diez; Jurist; 1946–69 (Ober-)Bürgermeister von Singen; 1952–72 MdL Baden-Württemberg (CDU); zeitweilig als Landesbeauftragter mit der Leitung der Universität Konstanz betraut.

Die Pläne Dietrichs wurden von seinem Amtsnachfolger als utopisch eingeschätzt. Diez riet seinem Vorgänger, „er solle aus den Wolken herabsteigen und sich auf den Boden der Realität stellen“; Interview mit Theopont Diez vom 7. 5. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹³⁵ Die Gründung der BCSV in Singen erfolgte „im Frühjahr 1946“, Dietrich wurde von Wilhelm Grimm (Ders., Jahr, S. 37 und S. 39) als Gründungsmitglied genannt. Bei den Gemeinderatswahlen vom September 1946 erhielt Dietrich zwar das Mandat eines Gemeinderates, auf Druck der DP rückte die BCSV jedoch von Dietrich als Bürgermeister ab, und man einigte sich auf Theopont Diez; Weinacht, Urprung, S. 91 f.

sidenten beigegeben werden, wobei zwecks Wahrung des Parteienproporz ein Amt von einem württembergischen Sozialdemokraten, das andere auf jeden Fall von einem Mitglied der Demokratischen Partei bekleidet werden mußte; beide Vizepräsidentenämter wurden auf der Gründungsversammlung nicht besetzt. Die „Bundesleitung“, bestehend aus dem „Gesamt-Vorstand“ und dem „Direktions-Ausschuss“, wurde gewählt; als Mitglieder des „Gesamt-Vorstandes“ fanden Dr. Leopold Paur (Engen), Bertold Fahrensbach (Singen), Dr. Otto Feger (Konstanz), Karl Harder (Singen), Dr. Leo Götte¹³⁶ (Todtmoos), Dr. Franz Mederle (Rottweil), Wilhelm [Willi] Ernst (Rottweil), Karl Hugger (Oberndorf/Neckar), Rudolf Schmidt (Balingen) und Conrad Huther¹³⁷ (Überlingen) die Zustimmung der Anwesenden¹³⁸. Der „Direktions-Ausschuss“ hingegen war der eigentliche Kopf des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“. Zum Generalsekretär wurde Leopold Paur bestellt, als Schatzmeister fungierte Bertold Fahrensbach, für Presseangelegenheiten zeichnete Otto Feger verantwortlich. Ohne bestimmten Aufgabenbereich gehörte Franz Mederle dem „Direktions-Ausschuss“ an, ein weiterer Posten in dem Gremium wurde für eine Persönlichkeit, die aus Lindau¹³⁹ stammen sollte, freigehalten.

Ohne Zwischenfälle ging die Gründungsversammlung nicht vonstatten. Ein Mitarbeiter der kommunistischen Tageszeitung *Der Neue Tag* mußte nach mehrfacher Aufforderung den Saal verlassen, obwohl er sich durch eine Einladung ausweisen konnte¹⁴⁰. Aber

¹³⁶ Leo Götte (1895–1987), 1945–48 Bürgermeister von Todtmoos im Schwarzwald.

Der Haß auf Preußen war zentrales Motiv in der Vorstellungswelt Göttes. Auch gegenüber dem Badischen Staatspräsidenten machte er aus dieser Einstellung keinen Hehl. Vgl. Götte an Wohleb vom 7. 8. 1947; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 63. Er schloß den Brief mit einer Andeutung zur Neugliederung des deutschen Südwestens: „Um aus den Nöten der Gegenwart herauszukommen, bedarf es einer konstruktiven Staatsidee, einer Neuordnung des Gesellschaftslebens auf christlicher Grundlage, wozu die Voraussetzungen für Südbaden überaus günstig sind“; ebenda.

¹³⁷ Conrad Huther (*1910), seit 1945 in Überlingen wohnhaft; selbständiger Kaufmann; Mitbegründer der BCSV in Überlingen.

In einem Interview mit dem Verfasser vom 23. 4. 1993 gab Huther zu Protokoll, daß er nur ein einziges Mal bei einer Versammlung des Heimatbundes zugegen gewesen sei, und zwar im Zähringer Hof in Überlingen. Dies deckt sich mit seinen bei Weinacht, Ursprung, S. 94 gemachten Angaben. Dem widerspricht die Tatsache, daß sowohl sein Name auf der Liste der in die „Bundesleitung“ gewählten Männer steht, als auch weiteres Aktenmaterial seine Mitarbeit im „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ belegt (Einreichen des Fragebogens; ein Bericht des Überlinger Kreisdelegierten Lindenmann; u. ä.).

¹³⁸ „Protokoll – Über die Gründungsversammlung des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘ am 17. und 18. August 1946 zu Singen – Hohentwiel“; NL Bernhard Dietrich und AdO BADE C 2128.

¹³⁹ In den folgenden Monaten knüpfte Dietrich Verbindungen zu Dr. Heinrich A. Ludwig (Facharzt für Dermatologie) in Lindau. Ludwig war Dietrichs Verbindungsmann in der Inselstadt; Interview mit Cordula Oexle vom 7. 4. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

Über Ludwigs politische Aktivitäten gibt das Dossier „Heimat- und Königsbund/Lindau“ Auskunft; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 9. Dietrich besaß exzellente Kontakte zum Vorsitzenden des 1949 wiedergegründeten „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“, dem Münchner Professor Anton Berr.

¹⁴⁰ Die nichtöffentliche Versammlung konnte nur mit einer schriftlichen Einladung betreten werden: „Heimatbund, Sitz Singen Htw., Einladung zur konstituierenden Gründungsversammlung. Sehr geehrter Herr! Sie werden hiermit eingeladen, an der konstituierenden Gründungsversammlung des ‚Heimatbundes‘ teilzunehmen. Die Tagung beginnt am Samstag, den 17. Au-

Dietrich war nicht daran gelegen, Vertreter der Presse¹⁴¹ – der kommunistischen allzumal – bei der brisanten Gründungsversammlung zugegen zu wissen. Vielmehr wurde der Presse ein eigener Bericht übermittelt. Die Zusammenarbeit des „Direktions-Ausschusses“ mit dem Präsidenten verlief von Beginn an nicht reibungslos. Schnell hatten sich erhebliche Spannungen vor allem zwischen Dietrich und Feger in heftigen Debatten entladen. Als „Hausstreit“ in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁴² charakterisiert, spiegelten die Spannungen den Konflikt der unterschiedlichen Konzepte wider. Der katholische, ins christliche Abendland eingebettete schwäbisch-alemannische Staat siegte im Heimatbund über das zu neuem Leben zu erweckende alemannische respektive schwäbische, basisdemokratische „Herzogtum“. Der Konstanzer Stadtarchivar zog die Konsequenzen und erklärte seinen Rücktritt, er schied bereits im Dezember 1946 aus dem Heimatbund¹⁴³. Auch Rudolf Schmidt, Karl Hugger und Leo Götte¹⁴⁴ hatten bis Mai 1947 den „Direktions-Ausschuss“ verlassen. An ihre Stelle traten noch im selben Monat Josef Vogt, ein in Pfullendorf ansässiger BCSV-Abgeordnete des Badischen Landtages, und Max Demmler, Mitglied der DP und Kinobesitzer in Lörrach.

In mehreren gedruckten und ungedruckten Schriften machte Dietrich im ersten Halbjahr 1947 auf den Heimatbund und dessen Ziele aufmerksam. Im Januar 1947 verschickte er an die Badische Staatskanzlei eine umfangreiche Denkschrift über den Heimatbund¹⁴⁵, der kurz darauf seine Broschüre *Separatisten*¹⁴⁶ folgte, die im gesamten südwestdeutschen Raum in einer genehmigten Auflage von 25 000 Exemplaren¹⁴⁷ Verbreitung fand. Als politisches Endziel sah Dietrich auch nach 1948 den projektierten schwäbisch-alemannischen Staat als Teil eines „Staatenbundes mit autonomen Gliedern“¹⁴⁸ an. Selbst mit Flugblättern versuchte Dietrich gezielt in Südwestdeutschland Stimmung für die Vereinigung zu machen¹⁴⁹.

gust 1946, nachmittags 15.00 Uhr, in der Aula der Oberrealschule. Die Einladung gilt als Ausweis. Mit dem alten Heimatgruß „Grüß Gott“ Dr. Dietrich.“ Abgedruckt in dem Artikel „Raus aus dem preußisch-deutschen Ghetto!“, in: Der Neue Tag vom 21. 8. 1946. Die Zeitung der Kommunisten hatte bereits in den Nummern acht („Heimatstaat am Bodensee“) und neun („Autonomes Alemannien“) sehr polemisch über die Vorbereitungen zur Gründungsversammlung berichtet.

¹⁴¹ Die Badische Zeitung hatte bereits einige Tage zuvor aus ungenannten Quellen von der Gründung des Heimatbundes berichtet; „Für einen alemannischen Staat“, in: BZ vom 9. 8. 1946.

¹⁴² Die Neue Zürcher Zeitung widmete der Autonomiebewegung eine komplette Seite: „Ein autonomes Alemannien?“, in: NZZ vom 9. 3. 1947. In diesem Artikel fiel zum ersten Mal der Begriff „Hausstreit“, der im folgenden in den französischen Quellen rezipiert wurde.

¹⁴³ Diez an Degliame vom 23. 12. 1946; AdO Bade C 2128.

¹⁴⁴ Götte schied im Mai 1947 aus dem Heimatbund aus; Generalsekretär Paur leitete die Meldung nach französischer Maßgabe an den Singener Bürgermeister weiter, der wiederum die Konstanzer Militärregierung informierte; Paur an Diez vom 27. 5. 1947; AdO Bade C 2128.

¹⁴⁵ Bernhard Dietrich: „Warum Heimatbund und was will er?“ (masch. 13 S.) [1946/47]; StA FR C 5/1 2749.

¹⁴⁶ Dietrich, *Separatisten*. Unterlagen zur Lizenzierung und der genehmigten Auflagenhöhe von 25 000 Exemplaren: Licence d’Edition vom 29. 1. 1947; AdO HCFA AC RIL c. 1074/1.

¹⁴⁷ Licence d’Edition vom 29. 1. 1947 und Zuteilung von 500 Kilogramm Papier; AdO HCFA AC c. 1124/2.

¹⁴⁸ Dietrich an Wohleb vom 19. 3. 1948; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 91.

¹⁴⁹ Teile des Inhalts eines dieser Flugblätter sind im Artikel „Autonomiebestrebungen in Schwaben“ im Kurier vom 1. 4. 1947 abgedruckt.

Die Orts- und Landschaftsverbände des Heimatbundes

In den folgenden Monaten kam es in den badischen Landkreisen Konstanz, Überlingen, Stockach, Donaueschingen, Villingen, Lörrach, Baden-Baden und Freiburg sowie im württembergischen Landkreis Rottweil zur Gründung von Orts- und Landschaftsverbänden des Heimatbundes. Jedoch erwiesen sich die Aktivitäten der Untergliederungen als zu schwach, um ein weites Vordringen der Ideen in breitere Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. Die Resonanz politischer Fragen fand allgemein geringen Widerhall, Politik war 1945/46 nicht sehr gefragt; auch die im Entstehend befindlichen Parteien hatten mit der allgegenwärtigen Lethargie der politisch Mündigen schwer zu kämpfen¹⁵⁰. Gleichmaßen zog der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ gegen die Politikmüdigkeit zu Felde; es sollte ihm aber nicht gelingen, eine tragfähige Basis in der Bevölkerung aufzubauen: der Heimatbund blieb eine Honoratiorenveranstaltung.

Im Landkreis Konstanz hatte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ die meisten Ortsverbände. Generalsekretär Paur wirkte in seinem Wohnort Engen; dort hielt er in unregelmäßigen Abständen Versammlungen ab, die aber bei der hart arbeitenden ländlichen Bevölkerung auf geringen Widerhall stießen; die in den Veranstaltungen des Heimatbundes anwesenden Landwirte schliefen nach hartem Tagwerk nicht selten vor Erschöpfung ein. Ausgewiesene Anhänger scheint Paur nicht gefunden zu haben, nur unter Vorbehalt kann von einem Ortsverband Engen die Rede sein. Im September 1948 sprach Dietrich in der Hegaustadt über den Heimatbund vor zwei Dutzend Personen, die allesamt entweder Anhänger oder Mitglieder der CDU waren¹⁵¹. In der Hohentwielstadt selbst hatte Bernhard Dietrich einen festen Kreis von Männern um sich geschart, die am 7. Dezember 1946 den Ortsverband Singen des Heimatbundes konstituierten¹⁵². Gefestigte Strukturen und regelmäßige Zusammenkünfte sind dokumentiert. In Allensbach am Bodensee vertrat der dortige Bürgermeister Gottfried Mayer¹⁵³ die Ideen Dietrichs, über seine sonstigen Bemühungen existieren keine Quellen. Im September 1948 hat Bernhard Dietrich in Allensbach nachweislich eine Versammlung des Heimatbundes abgehalten, auf der er über die Haltung des Heimatbundes zur Länderfrage referierte.

In dem erst 1936 durch Zusammenlegung der beiden östlich des Bodensees situierten Amtsbezirke Stockach und Meßkirch neugebildeten Landkreis Stockach hatte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ mit dem Stockacher Bürgermeister Dr. Alois Deufel einen namhaften Vertreter, der sich in einem Sondierungsgespräch der Besat-

¹⁵⁰ In den Landgemeinden fanden sich für die Gemeinde- und Kreiswahlen 1946 oft keine Kandidaten für die politischen Parteien; um den Anforderungen der französischen Besatzungsmacht Genüge zu leisten, wurden kurzerhand der jeweilige Bürgermeister als Kandidat der Partei A, der Ratsschreiber als Kandidat der Partei B usw. aufgestellt. Dieses Vorgehen ist in vielen Fällen belegt. Vgl. Interview mit Josef Vogt vom 31. 8. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁵¹ „Activité du ‚Heimatbund‘ septembre 1948“; AdO Bade C 2128. Im gesamten Landkreis Konstanz fanden im September 1948 drei Veranstaltungen des Heimatbundes, zwei der CDU und vier der SPD statt. Die DP trat nicht in Erscheinung.

¹⁵² Eine gedruckte Einladung wurde verteilt; StadtA SI Depositem Dusel.

¹⁵³ Gottfried Mayer (1896–1989), Maurerlehre; 1915–18 Kriegsdienst; Studium der Architektur in Karlsruhe; Bauführer, dann freier Architekt in Allensbach am Bodensee; 1939–45 Hilfszöllner beim Zollgrenzschutz; 1945–48 Bürgermeister von Allensbach; ab 1948 freier Architekt und Bauführer; Wünschelrutengänger (u. a. entdeckte er die Konstanzer Thermalquelle); Stiftungsrat der katholischen Kirche in Allensbach. Nachruf: Welschinger, Mayer, S. 22.

zungsmacht für einen Zusammenschluß des Südteils der Zone zu einem Südstaat ausgesprochen hat¹⁵⁴; eng arbeitete er mit dem in Pfullendorf lebenden Kreiskandidaten der BCSV/CDU und Abgeordneten des Badischen Landtages, Josef Vogt¹⁵⁵, zusammen. Der Landtagsabgeordnete Vogt war durch die Überlinger Anhänger des Heimatbundes mit Bernhard Dietrich in Kontakt gekommen. Auf einer der zahlreichen, meist informell angekündigten Veranstaltungen, bei denen immer eine Anwesenheitsliste umlief, gewann ihn Dietrich für die Mitarbeit im „Direktions-Ausschuss“¹⁵⁶; die Aufnahme in das Gremium war in erster Linie eine notwendige Formalität gegenüber der französischen Besatzungsmacht. Seit Mai 1947 ging die Sûreté von der Mitarbeit Vogts im engsten Zirkel des Heimatbundes aus. Die Militärregierung vor Ort verhielt sich sehr skeptisch und überwachte die Aktivitäten der Anhänger des Heimatbundes genau¹⁵⁷. Gerade im verzahnten Grenzgebiet zwischen Baden und Württemberg fand der Heimatbund lebhaften Zuspruch, selbst nach 140 Jahren wurden die Grenzen als künstlich empfunden. Aus dieser Mentalität resultiert auch der hohe Stimmenanteil für den Südweststaat, der in den badischen Kreisen Überlingen, Pfullendorf und Stockach entgegen dem Wahlrend im restlichen Südbaden bei der Volksabstimmung im Dezember 1951 erreicht wurde.

Die Gründungsphase der BCSV im Landkreis Überlingen vollzog sich im Spannungsfeld zwischen einer Wiederbelebung des Zentrums und dem Erstarken des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“¹⁵⁸. Das Zentrum hatte seinen Fürsprecher im schwerkriegsbeschädigten Justizinspektor August Schmid, dessen Hang zur katholischen Partei bekannt war; sein Betätigungsfeld schien günstig, hatte doch das Zentrum bei den Landtagswahlen 1929 rund 64 Prozent der Stimmen erhalten. Die Kräfte des Heimatbundes zählten – wie Schmid selbst – zu der Gründungsgruppe der BCSV: Der Überlinger Amtsrichter Dr. Walz, der in französischen Quellen noch Anfang 1948 als treibende Kraft des Heimatbundes genannt wird¹⁵⁹, gehörte ebenso wie der Rechtsanwalt Dr. Herbert Wehrle zu den Gründern der BCSV in Überlingen. Insbesondere zu Wehrle, der in Überlingen „im intellektuellen Milieu [...] enthusiastische“ Anhänger für den Heimatbund gefunden hatte¹⁶⁰, verfügte Bernhard Dietrich über solide Kontakte. Der Überlinger Kreisdelegierte Lindenmann vermerkte im Februar 1947, daß die Anhängerschaft des Heimatbundes nicht zahlreich und fast ausschließlich unter den Intel-

¹⁵⁴ Französische Sondierung zum Zusammenschluß der Südzone (o. D.); AdO Bade AP Sec. Pol. c. 2801.

¹⁵⁵ Josef Vogt (1908–1996), gelernter Zeitungskaufmann; Geschäftsführer der katholischen Deutschen Bodensee-Zeitung; 1940–45 Kriegsteilnehmer; 1947–52 MdL Baden (BCSV/CDU); 1952–64 MdL Baden-Württemberg (CDU).

¹⁵⁶ Dietrich ließ bei einer der Veranstaltungen Vogt wissen: „Ich brauche nicht nur Doktoren, sondern auch Herren“, und drückte mit diesen Worten die Befürchtung aus, daß das starke Übergewicht der Intellektuellen im Heimatbund letztlich zum Mißerfolg führen würde; vgl. Interview mit Josef Vogt vom 31. 8. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁵⁷ Vogt hatte sich 1947 bei der Sûreté in Überlingen zu melden, um die Ziele des Heimatbundes darzulegen. Die französischen Offiziere machten einen sehr reservierten Eindruck, Begeisterung für den Heimatbund kam nicht auf; vgl. Interview mit Josef Vogt vom 31. 8. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁵⁸ Paul-Ludwig Weinacht wählte für die Darstellung der christlichen Parteigründung im Landkreis Überlingen die Überschrift: „BCSV-Gründung zwischen Zentrum und Heimatbund“, in: Ders., Ursprung, S. 93 f.

¹⁵⁹ AdO Bade C 2128.

¹⁶⁰ Lindenmann an Pène vom 26. 2. 1947; AdO Bade C 2128.

lektuellen zu finden sei; Wehrle hatte sich gegenüber der Militärregierung als Leiter des Überlinger Ortsverbandes des Heimatbundes zu erkennen gegeben¹⁶¹. Auch Conrad Huther, der im Februar 1946 in ein Reisebüro der Kreisstadt eingeheiratet hatte und gleichwohl zu den Initiatoren der BCSV zählte, ließ sich auf der Gründungsversammlung des Heimatbundes in das Führungsorgan – den „Direktions-Ausschuss“ – wählen; die ideologische Nähe des Heimatbundes und der BCSV war ihm noch nach Jahrzehnten geläufig: „Abgesehen von den gebietsmäßigen Veränderungen deckten sich die politischen Ziele des Heimatbundes mit denjenigen der BCSV.“¹⁶² Die Aktivitäten Huthers waren der Sûreté genauere Untersuchungen wert¹⁶³. In Überlingen fand schließlich eine der wenigen dokumentierten Veranstaltungen des Heimatbundes statt, an der auch Huther teilnahm. Im Gasthaus Zähringer trafen sich im Spätsommer 1946 Anhänger des Heimatbundes, die aus Südbaden und Südwürttemberg angereist waren¹⁶⁴.

Der Donaueschinger Landrat Dr. Robert Lienhart war eng mit Bernhard Dietrich befreundet und nahm bisweilen an Sitzungen des Heimatbundes teil¹⁶⁵. In französischen Quellen wird er als Leiter des Ortsverbandes Donaueschingen des Heimatbundes genannt¹⁶⁶. Daß sich hinter dieser Formulierung greifbare Substanz verbarg, darf als wenig wahrscheinlich gelten. Im Umfeld der Villingener Ärzteschaft konnte Dietrich mit Unterstützung seiner Pläne rechnen: Dr. Peter aus der Schwarzwaldstadt galt aus französischer Sicht als Hauptvertreter des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, unterstützt von dem Krankenhausarzt Dr. Sauer, dem Versicherungsagenten Weckemann und dem Gärtner Karl Beck¹⁶⁷. Außerdem hatte Peter die beiden einflußreichen Ärzte Dr. Oscar Merroth aus Freiburg und Dr. Ott aus Löffingen für den Heimatbund gewinnen können. In Freiburg scharten sich die Anhänger eines autonomen schwäbisch-alemannischen Staates um Dr. Josef Ruby, den Gründer der „Vereinigung Abendland“. Von Aktivitäten des Ortsverbandes Freiburg unter der Leitung von Helmut Ziegler fehlen allerdings jegliche Spuren.

Die beiden Repräsentanten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in der Kurstadt Baden-Baden waren die Juristen Camill Wurz und Dr. Fröbel¹⁶⁸. Beide hatten im April 1948 eine Denkschrift mitverfaßt und schließlich unterzeichnet, deren Ziel das Ersetzen der „Preußen“ durch Einheimische in den führenden Positionen von Rundfunk und Presse sein sollte¹⁶⁹. Man beschwor die französische Militärregierung förmlich,

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Conrad Huther 1981 gegenüber Paul-Ludwig Weinacht; Ders., Ursprung, S. 94.

¹⁶³ Sûreté (Kommissar Feris) an den Überlinger Kreisdelegierten Lindenmann vom 10. 9. 1946: Anforderung eines Berichts zu Conrad Huther; AdO Bade C 2128. Der angefertigte Bericht unterliegt – wie die gesamten Sûreté-Unterlagen – im Archiv der Besatzung in Colmar einer 60-jährigen Sperrfrist.

¹⁶⁴ Zur Veranstaltung selbst vgl. Kapitel V/1.

¹⁶⁵ Lienhart nahm auch an der sogenannten „Geheimkonferenz“ vom 3. 4. 1948 teil; Sûreté-Bericht über den Heimatbund vom 30. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

¹⁶⁶ Gliederung des Heimatbundes vom 21. 4. 1948; AdO Bade C 2128. Robert Lienhart kann „über die damals geführten Gespräche heute [1994] nichts mehr berichten“, die Pläne stießen aber auf sein „Interesse“; Lienhart an den Verfasser vom 14. 3. 1994.

¹⁶⁷ „Note concernant le Mouvement séparatiste ‚HEIMATBUND‘ qui signifie ‚LIEN NATAL‘“ o. D. [1946]; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

¹⁶⁸ Liste der Gruppierungen des Heimatbundes vom 21. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

¹⁶⁹ „Mémoire“ vom 25. 4. 1948, unterzeichnet von Camill Wurz, Dr. Fröbel, Professor Armbruster (vgl. Kapitel I/4) und dem Donaueschinger Landrat Dr. Robert Lienhart; AdO Bade C 2128.

„die Leute aus Nord- und Mitteldeutschland [*aus den Schaltstellen*] zu verdrängen [*évincer*]“¹⁷⁰, da diese vom preußischen Militarismus und Zentralismus erfüllt seien. Eine solche Geisteshaltung konterkariere die französische Politik, die doch auf die Schaffung eines föderalistischen Deutschlands gerichtet sei. Falls die französischen Stellen es wünschten, könne man sofort eine Liste mit befähigten Südwestdeutschen beibringen. Der Baden-Badener Rechtsanwalt Camill Wurz¹⁷¹ war 1948 bereits Mitglied der BCSV/CDU, allerdings befand er sich nicht unter den Gründungsmitgliedern in der Bäderstadt. Seine steile politische Karriere nach der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg begann als Kreiskandidat von Baden-Baden. Zwischen 1956 und 1976 vertrat er nicht nur die Kurstadt im Stuttgarter Landtag, sondern er bekleidete ab 1968 für zwei Wahlperioden auch das Amt des Landtagspräsidenten.

Im äußersten Südwesten, im Dreiländereck, entfaltete der Heimatbund eine sehr erfolgreiche Propaganda. Lörrach selbst bestand konfessionell aus einem alten, markgräflisch badischen und damit protestantischen Teil und aus dem 1909 eingemeindeten ehemals vorderösterreichischen katholischen Stetten. Bernhard Dietrich nahm erstmals am 26. Januar 1947 in Weil am Rhein Kontakt mit den dortigen Sympathisanten des Heimatbundes auf. Allen voran konnte er sich vor Ort auf den Kinobesitzer Max Demmler¹⁷² stützen, mit dem er sich in Anwesenheit weiterer Personen über die politischen Ziele des Heimatbundes unterhielt¹⁷³. Die „Los von Preußen“-Stimmung hatte in der Lörracher Gegend eine fühlbare Verbreitung gefunden, der Nährboden für das Programm des Heimatbundes war günstig. Von dem Treffen mit Dietrich inspiriert, begann Max Demmler mit der Werbung für die Ziele des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“. Dessen Tatkraft hatte es Dietrich zu verdanken, daß binnen weniger Monate ein Landschaftsverband „Markgräflerland“ konstituiert wurde, in dem sich laut französischer Recherchen bis Ende März 1947 etwa einhundert Personen eingeschrieben hatten¹⁷⁴. Auch die Schweizer Presse berichtete über die Aktivitäten des Heimatbundes in Lörrach¹⁷⁵. Max Demmler hatte über die „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ Otto Fegers die Idee eines autonomen Alemanniens bereits in sich aufgesogen. Von der Schrift schaffte er eine große Zahl von Exemplaren an, vermutlich um diese für Propa-

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Camill Wurz (1905–1986), Studium der Rechtswissenschaften; Rundfunkratsvorsitzender des Südwestfunks; 1956–76 MdL Baden-Württemberg, Fraktionsvorsitzender der CDU; 1968–76 Landtagspräsident Baden-Württemberg. Vgl. auch Haberer, Portrait.

¹⁷² Max Demmler (1898–1986), Oberrealschule Schopfheim, 1916–18 Kriegsteilnehmer; Gewerbeschule in Basel; Banklehre bei der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Lörrach; 1926–28 Automobilverkäufer; seit 1929 Grabsteinverkäufer; Mitglied der DDP, dann der Deutschen Staatspartei bis zur Auflösung 1933; Luftwaffeneinsatz in Frankreich; 1946 Begründer des Hebelfestes in Lörrach. Biographisches bei Vortisch, Demmler.

¹⁷³ Monatsbericht Januar 1947 des Lörracher Kreisdelegierten Georges vom 30. 1. 1947; AdO Ba-M 1102/3.

¹⁷⁴ Die Zahl ist vorsichtig zu bewerten, sicherlich wollte der Kreisdelegierte Georges in seinem Bericht vom März 1947 mit dieser unpräzisen Angabe („une centaine“) auf die erstaunliche Resonanz hinweisen; AdO Ba-M 1102/3. Auf eine zeitbedingt große Mitgliederzahl deutet ein gedruckter Aufnahmeantrag des Heimatbundes, der im NL Max Demmler erhalten ist. Für die Dokumente aus dem NL Demmler spricht der Verfasser dem Nachlaßverwalter, Herrn Dr. Friedrich Vortisch jun., seinen Dank aus.

¹⁷⁵ Artikel „Alemannisch-schwäbischer Heimatbund“, in: Basler Nachrichten vom 20. 2. 1947.

gandazwecke zu verteilen¹⁷⁶; er selbst besaß ein in Leder gebundenes Exemplar. Sprichwörtlich manifestierte sich Demmlers Antiborussianismus in der immer wieder vorgebrachten Überzeugung, die auf den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 anspielte: „Dr Großvattr hätt's no schön gha, der hat no uff d'Preuß schieße dörfte.“¹⁷⁷ Diese Gesinnung verband sich bei ihm mit der Überzeugung, „den Krieg gewonnen“¹⁷⁸ zu haben. Derart äußerte sich Demmler oft nach 1945, und viele Lörracher, die den 8. Mai als Datum der Befreiung betrachteten, empfanden seine Einstellung als anstößig.

Überhaupt wurde der Landschaftsverband „Markgräflerland“ zum breiten Sammelbecken der föderalistischen Kräfte im Dreiländereck. Über die Parteigrenzen hinweg fanden sich Politiker, die sich für den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ einsetzten. Neben Demmler ist an erster Stelle Peter Hartmann¹⁷⁹, der damalige Bürgermeister von Weil am Rhein, zu nennen; dessen föderalistische und frankophile Einstellung war bei der französischen Besatzungsmacht augenscheinlich bekannt. Hartmann engagierte sich beim Aufbau der Demokratischen Partei und bekleidete das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisvereins Lörrach¹⁸⁰. Er fand in der unmittelbaren Nachkriegszeit über Max Demmler Zugang zum „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Auch dem Lörracher Bürgermeister Josef Pfeffer (1879–1960), einem ehemaligen Zentrumsmitglied, lag die Zielsetzung des Heimatbundes am Herzen. Für einen Mann des alten Zentrums besaß das Bismarckreich nach den Erfahrungen des Kulturkampfes keine große Attraktion, Pfeffer spielte mit einer süddeutschen Lösung des deutschen Problems. Die SPB war ebenfalls im engeren Zirkel der Lörracher Sektion des Heimatbundes vertreten. Der Kreistagsabgeordnete Dr. Hess, wegen seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erst nach 1945 zum Schuldienst zugelassen, vertrat den föderalistischen Flügel der Sozialdemokraten und gehörte zum inneren Zirkel des Landschaftsverbandes „Markgräflerland“ des Heimatbundes.

¹⁷⁶ Im NL Max Demmler befindet sich „eine Kiste voll druckfrischer Exemplare der Fegerschen Schrift über die Schwäbisch-alemannische Demokratie“; schriftliche Auskunft von Friedrich Vortisch an den Verfasser vom 3. 6. 1994. Außerdem besaß er eine ledergebundene Ausgabe der Schrift, der folgendes Einlegeblatt beigelegt war: „Lieber Leser! Dies Buch soll sein wie ein Samenkorn, das in gute Erde fällt, Wurzeln schlägt, hundertfache Frucht und unserer Sache hunderte von Freunden und Anhängern bringt. Bitte, behandle es deshalb sorgfältig und beanspruche es nicht länger als unbedingt erforderlich. Als dann gib es zurück oder gib es weiter an Freunde und Bekannte, damit unser Heimatstaat Tatsache werde. Schwäbisch-Alemannischer Heimatbund – Landschaftsverband „Markgräflerland“.“ Kopie im Besitz des Verfassers; Schreiben Vortischs an den Verfasser vom 22. 9. 1994.

¹⁷⁷ „[Mein] Großvater hat es noch gut gehabt, der durfte noch auf die Preußen schießen.“ Demmler spielte damit auf den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 an, in dem badische Truppen zusammen mit württembergischen und bayerischen Einheiten gegen die preußischen Verbände gekämpft hatten. Für das Zitat vgl. das Schreiben Vortischs an den Verfasser vom 3. 6. 1994.

¹⁷⁸ Friedrich Vortisch sen. an Hans Vortisch vom 25. 4. 1946; PA Friedrich Vortisch.

¹⁷⁹ Peter Hartmann (1904–1967), Lehre bei der IG Farben; 1923 Wechsel zu Degussa nach Rheinfelden; 1926–38 Tätigkeit im Laboratorium einer Textilfirma in Weil am Rhein; seit 1929 Mitglied der DDP; 1939–44 Kriegsdienst; seit April 1945 Bürgermeisterstellvertreter; 1946–57 Bürgermeister von Weil am Rhein; 1959–67 Gemeinderat daselbst. Vgl.: Weiler Zeitung vom 20. 10. 1954 und 20. 10. 1964; Badische Zeitung vom 19. 10. 1964.

¹⁸⁰ Die Leitung des Kreisvereins Lörrach der DP hatte Rechtsanwalt Friedrich Vortisch sen. inne, dessen Sohn Friedrich Vortisch jun. Max Demmler noch zu Lebzeiten zu seinem zukünftigen Nachlaßverwalter bestimmt hat.

Der einzige funktionsfähige Ortsverband des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Südwürttemberg bestand in Rottweil. Der dortige Bürgermeister und Oberstaatsanwalt Franz Mederle hatte sich im Frühjahr 1946 vergebens bei der französischen Besatzungsmacht um die Lizenzierung einer „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ bemüht¹⁸¹. In die Planungen war auch der spätere Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock eingeweiht. Oberstaatsanwalt Mederle schloß sich nach dem Mißerfolg den Bestrebungen des Bodenseeraumes an und wirkte bei der Gründungsversammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ mit. Sein Vertrauter und ständiger Ansprech- und Diskussionspartner war der Rottweiler Installateurmeister Willi Ernst. Beide zusammen führten in zahllosen Unterredungen weitere Rottweiler Bürger an den Heimatbund heran, die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* von Otto Feger galt ihnen als Bibel. Öffentliche Veranstaltungen können quellenmäßig nicht nachgewiesen werden, doch hat die stammesföderalistische Idee über Rottweil hinaus im intellektuellen und großbürgerlichen Milieu Württemberg-Hohenzollerns Zustimmung gefunden.

Die Sympathisanten des Heimatbundes waren nämlich im gesamten französisch besetzten Teil Württembergs vorhanden. Der oberschwäbische Adel bildete nur eine Gruppe, die mit dem „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ in Berührung gekommen war¹⁸². Doch Dietrichs Ressentiments gegenüber dem Adel verboten jede wirklich handfeste Zusammenarbeit. Die „Dekadenz“ des Adels wirkte auf den Singener Bürgermeister abstoßend, und gerade die auf Dynastien begründeten Länder Baden, Württemberg, Hohenzollern und Bayern standen seinem Föderalismuskonzept diametral entgegen. „Der Adel verdient unsere Unterstützung nicht“, resümierte Dietrich in späteren Jahren und fuhr fort: „er lebt in der Welt von vorgestern“¹⁸³. Indessen fühlten sich auch andere Bevölkerungsgruppen im mehrheitlich katholischen Oberschwaben durch den Heimatbund angesprochen. Der Tübinger Kreisdelegierte Courtois wußte im Juni 1946 an seinen Vorgesetzten Widmer zu berichten, daß in der Universitätsstadt eine „separatistische schwäbische politische Partei“, deren Ziel „die Schaffung einer schwäbischen Republik unter französischem ‚Protektorat‘“ sei, sich konstituierte¹⁸⁴. Einer Heimatpartei gab Courtois große Chancen für einen durchschlagenden Erfolg bei der Bevölkerung. In den französischen Quellen finden sich allerdings keine Lizenzierungsgesuche, so daß sowohl Hintermänner als auch Programm nicht erhellt werden konnten. Das Material dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach in privaten Nachlässen befinden. Das de-facto-Versamlungs- und Organisationsverbot Widmers verhinderte des weiteren die Gründung von Ortsverbänden des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Württemberg-Hohenzollern. Der Textilfabrikant Heinzelmann aus Reutlingen stimmte mit

¹⁸¹ Zur „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ vgl. Kapitel V/2.

¹⁸² Zu den Familien Waldburg-Zeil und Waldburg-Wolfegg vgl. Kapitel II/2.

¹⁸³ Dietrich an Berr vom 4. 9. 1950; IfZ NL Fischbacher ED 719/168. Seine Verachtung drückte Dietrich in dem Brief auch mit den Diminutiven „Fürstchen und Prinzchen“ aus. Einzig eine Familie schien Dietrich nolens volens mangels Alternativen in seine Überlegungen einbezogen zu haben: „Ich kann mir nur einen Habsburger vorstellen, der dazu [zur Führung einer Konföderation] berufen sein könnte, wenn es ein Fürst sein soll“; Dietrich an Berr vom 3. 12. 1950; IfZ NL Fischbacher; ebenda.

¹⁸⁴ Cercle de Tübingen: Rapport mensuel Juin 1946; AdO W-H p)Tübingen c. 2967 p. 4 d. 29/I.

den Zielen des Heimatbundes überein und war bereit, mitzuarbeiten¹⁸⁵. Das gleiche galt für den Trossinger Akkordeonfabrikanten Hohner, der sich mit dem Rottweiler Bürgermeister mehrmals im Frühjahr 1946 über die politische Neugliederung auf stammesföderalistischer Grundlage unterhalten hatte. Obwohl Kommunist, war der Tailfinger Bürgermeister Reinhold Gonser wegen seiner frankophilen Überzeugung ebenfalls zur Zusammenarbeit mit dem Heimatbund bereit. Anfang April 1947 erreichte Dietrich zudem ein Schreiben zweier Jugendgruppen des Kreises Tuttlingen, nämlich der „Katholischen Schwabenjugend“ und dem „Bund junger Schwaben“, die ihm die Zusammenarbeit anboten¹⁸⁶. Ihre Triebfeder war die befürchtete „Verpreußung“ der Jugendarbeit in Württemberg-Hohenzollern, die sie auch in einem offenen Brief an das Staatssekretariat in Tübingen zum Ausdruck brachten¹⁸⁷. Motiviert war der Vorstoß durch den Willen zur Umsetzung größerer Autonomie für den Südwesten Deutschlands.

Aber auch weitergehende Neugliederungsvorstellungen wurden in Württemberg-Hohenzollern diskutiert; paradigmatisch seien hier die Ausarbeitungen von Franz Musenbock aus Biberach kurz umrissen: Auf der Grundlage von fünf deutschen Bundesstaaten propagierte er im September 1948 für den Süden einen föderalistischen Zusammenschluß von „Südbaden, Südwürttemberg, Bayrisch-Schwaben und Südbayern“¹⁸⁸. Die Selbstverwaltung der genannten vier Länder innerhalb eines „süddeutschen Bundesstaates“ stand im Vordergrund seiner Denkschrift, als Motivation diente Musenbock eine aus geschichtsrevisionistischer Position gezimmerte „Vergewaltigungstheorie“. Erwähnenswert für das propagierte zukünftige staatliche Gesicht des Südwestens ist die gewichtige Bedeutung der die nördlichen und südlichen Landesteile trennenden Donau: „Hier südlich liegt das älteste Kulturland diesseits der Alpen [...]. Das gemeinsame Kennzeichen der Volkstämme südlich der Donau [...] ist ihre gemeinsame römisch-christliche Religion.“¹⁸⁹ Die Abendlandvorstellung als verbindender Faktor für die Pläne Musenbocks und Dietrichs liegt auf der Hand, auch die Erinnerung an die vorderösterreichische Herrschaft im Südwesten spielte für den Biberacher eine nicht unbedeutende Rolle.

Die Furcht der Militärregierung vor den elsässischen Autonomisten

Schon die Alpenlandbewegung hatte hinsichtlich des Elsasses tiefes Mißtrauen im Apparat des französischen Außenministeriums geweckt. Das Konzept einer alpinen Union, so mutmaßte im Oktober 1945 der französische Konsul in Basel gegenüber dem französischen Botschafter in Bern, Henri Hoppenot, könnte „die Idee wiedererstehen lassen,

¹⁸⁵ Cercle de Rottweil: Rapport mensuel du mois de mars 1946; AdO W-H I) Rottweil c. 2256 p. 3.

¹⁸⁶ Der Brief wird zitiert in einem Bericht der Sureté über die Aktivitäten des Heimatbundes im ersten Trimester 1947 vom 24. 4. 1947; AdO Bade C 2128.

¹⁸⁷ Der offene Brief ist abgedruckt im Artikel: „Die ‚preußische Invasion‘“, in: Der Tagesspiegel vom 18. 4. 1947. Darin heißt es unter anderem: „Von allen Verwaltungsstellen, vom Staatssekretariat angefangen bis zu den Landrats- und Bürgermeisterämtern, schallt uns der aus der Militärzeit so wohlvertraute preußische Kommißton entgegen. Preußengeist weht in Schulen und Krankenhäusern und pfeift, wie könnte es anders sein, durch die Wachen und Büros der Polizei. [...] Gerade im Hinblick auf die Flüchtlinge wäre eine Entpreußung der südwestdeutschen Verwaltung und des öffentlichen Lebens überhaupt unbedingt notwendig.“

¹⁸⁸ Musenbock an Wohleb vom 19. 9. 1948; StA FR C 5/1 3469.

¹⁸⁹ Ebenda.

nach der das Elsaß gleichfalls Teil dieser süddeutschen Konföderation sein müßte“¹⁹⁰. Ein knappes Jahr später trat auf allen Ebenen der französischen Besatzungsmacht eine vorherrschend skeptische Haltung in bezug auf die Ziele des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ zutage, auch eine Drahtzieherschaft der elsässischen Autonomisten schien nicht ausgeschlossen; der Lörracher Kreisdelegierte Georges brachte die verbreitete Einschätzung im März 1947 auf den Punkt: „Es ist eindeutig, daß diese schwäbisch-alemannische Bewegung mit Interesse [...] von den als ‚Autonomisten‘ bezeichneten Milieus [*im Elsaß*] verfolgt wird. Diese Bewegung verdient also eine ganz besondere Aufmerksamkeit, und es ist nötig, insbesondere die autonomistisch-separatistischen Drahtzieher im Elsaß zu überwachen.“¹⁹¹

Die Erfahrungen mit dem Autonomismus im Elsaß datierten auf die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Die politischen Zugeständnisse, die Elsaß-Lothringen nach 1871 dem Deutschen Reich hatte abtrotzen können, wurden nach 1918 von Frankreich unter den Tisch gekehrt. Fortan mußte französisch gesprochen werden, ein laizistischer Wind wehte durch das ganze Land. Die Tätigkeit der berüchtigten *commissions de triage*, die Sequestrierung und Liquidation deutscher Vermögenswerte und die Klassifizierung der Bevölkerung nach „nationalen Gütekategorien“ lösten seit 1918 ein ständig wachsendes Unbehagen in Elsaß-Lothringen aus. Frankreich hatte mit dieser Vorgehensweise rasch den politischen Vorschuß verspielt, den es 1918 ohne Zweifel besessen hatte¹⁹².

Mit der Einsetzung des neuen französischen Ministerpräsidenten und Führers der Radikalsozialisten, Edouard Herriot, betrat im Mai 1924 ein entschiedener Verfechter einer prononciert laizistischen Kulturpolitik das Feld; die Trennung von Staat und Kirche bezeichnete er als sein Hauptanliegen. Die daraufhin angekündigten Regierungsmaßnahmen lösten in Elsaß-Lothringen einen Sturm der Entrüstung aus, schlagartig wurde der Bevölkerung klar, wie schlecht es um die Vertretung ihrer Interessen in Paris bestellt war. Allenthalben regte sich nun der Protest. Regierungsfeindliche Versammlungen und Demonstrationen waren an der Tagesordnung, und eine Kulturkampfstimmung erfaßte das Land. Gegen die geplante Einführung der Simultanschule kamen rasch 600 000 Unterschriften zusammen, von den Kanzeln der Kirchen wetterte der katholische Klerus gegen die gottlose Regierung. Von einer Änderung des Kirchen- und Schulstatuts mußte Herriot wegen des massiven Widerstands Abstand nehmen. Der Konflikt hatte der Bevölkerung vor Augen geführt, daß nur ein geschlossenes und konzertiertes Handeln in Paris Eindruck machte.

Am 9. Mai 1925 erschien die erste Ausgabe des publizistischen Organs einer sich formierenden Heimatrechtsbewegung, die den bezeichnenden Untertitel *Unabhängige Wochenschrift zur Verteidigung der Elsaß-Lothringischen Heimat- und Volksrechte* tragende Zeitschrift *Die Zukunft*. In der ersten Nummer wurden die Kernprobleme der späteren Jahre angeschnitten: Kirchenstatut, Schul- und Sprachenfrage und einheimischer Einfluß auf Wirtschaft und Verwaltung. *Die Zukunft* hatte einen Stein ins Rollen

¹⁹⁰ Konsul in Basel an Hoppenot vom 11. 10. 1945; AdO CCFA Con. Pol. 197-III-0.

¹⁹¹ Rapport mensuel de Lörrach (März 1947); AdO Bade M 1102/3.

¹⁹² Zur politischen Situation im Elsaß-Lothringen der zwanziger Jahre vgl.: Kettenacker, Volkstumspolitik, S. 13–57. Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich, soweit nicht anders vermerkt, weitgehend auf die Arbeit von Kettenacker.

gebracht, der immer schneller an Geschwindigkeit gewann. Die elsässischen Parteien mußten auf die Autonomieforderungen eingehen, wollten sie nicht Gefahr laufen, ihre Wähler zu verlieren. Die Kommunisten schwenkten als erste auf die neue Linie ein. In ihrem Manifest forderten sie am 25. September 1925 die vollständige staatliche Selbständigkeit Elsaß-Lothringens. Die elsässische Volkspartei zog im November 1925 nach und „nahm durch einstimmigen Delegiertenbeschluß die Forderung nach ‚Verwaltungsautonomie‘ in ihr Programm auf“¹⁹³. Die Heimatrechtsbewegung war mittlerweile derart angeschwollen, daß die bestehenden politischen Parteien sie nicht mehr vollständig kanalisieren konnten. Daher planten führende Persönlichkeiten, ein überparteiliches, politisches Gebilde zu schaffen. Die Quintessenz der Überlegungen war die Gründung des „Elsässisch-Lothringischen Heimatbundes“ am Pfingstmontag 1926. Ein Manifest wurde verabschiedet, das die „vollständige Autonomie im Rahmen Frankreichs“ forderte¹⁹⁴. Man verstand sich nicht als eine neue Partei, sondern als eine überparteiliche Organisation, welche die bestehenden Parteien zum Handeln zwingen wollte. „Es lebe ein selbstbewußtes, starkes und freies Elsaß-Lothringen“ lautete der programmatische Schlußsatz des Manifests.

Frankreich konnte in dieser Organisation nicht länger eine Angelegenheit der Politik sehen, vielmehr schien die Sicherheit des Staates selbst gefährdet. Die *volonté générale*, der französische Einheitsstaat schlechthin, stand zur Disposition. Paris reagierte folglich sofort mit Sanktionen gegenüber den Personengruppen, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Staat befanden: die Entlassung oder Amtsenthebung von Lehrern, Notaren, Bürgermeistern und Eisenbahnbeamten stand auf der Tagesordnung. Eine tendenziöse Pressekampagne, die von der Regierung gesteuert wurde, folgte den Maßnahmen auf dem Fuß. Es kam unter den Augen der Polizei zu tätlichen Angriffen französischer Nationalisten auf führende Vertreter des Heimatbundes. Die eingeschüchterte Bevölkerung sah, wie die Organisation des Heimatbundes durch solche Vorgehensweise weitgehend lahmgelegt wurde. Die Parteien nutzten die unklare Situation und stellten ihre Mitglieder vor die Entscheidung zwischen Parteimitgliedschaft und Heimatbund. Der „Elsässisch-Lothringische Heimatbund“ war damit vor die Alternative der Einstellung der Aktivitäten oder der Etablierung als politische Partei gestellt.

Ein kleiner Teil der Heimatbundanhänger wählte den Weg der Parteigründung. Am 29. September 1927 wurde daher die Autonomistische Landespartei ins Leben gerufen. Das Programm der Partei, die sich bald Unabhängige Landespartei nannte und von unrealistischen, deutsch-völkischen Vorstellungen geprägt war, gebärdete sich noch weit radikaler als der „Elsässisch-Lothringische Heimatbund“. Unter den gegebenen Vorzeichen fuhr die Pariser Regierung deshalb mit ihrer Politik fort, den Autonomismus auf das schärfste zu bekämpfen. *Die Zukunft* und zwei weitere heimatrechtliche Zeitschriften wurden verboten, Hausdurchsuchungen fanden bei den führenden Aktivisten statt. Am Neujahrstag 1928 nahm die Polizei eine größere Zahl Heimatrechtler unter dem Vorwurf, an einem Komplott gegen die Staatssicherheit beteiligt zu sein, fest. Bei den Kammerwahlen vom April 1928 wurden die eingekerkerten und des Hochverrats be-

¹⁹³ Ebenda, S. 16.

¹⁹⁴ Das Manifest des „Elsässisch-Lothringischen Heimatbundes“ ist vollständig abgedruckt bei Rothenberger, Autonomiebewegung, S. 253–256; hier S. 253.

schuldigten Autonomisten Dr. Eugen Ricklin¹⁹⁵ und Joseph Rossé¹⁹⁶ aus dem Gefängnis heraus gewählt. Die französische Kammer erkannte beiden jedoch die Mandate ab; kurzerhand ersetzten die Autonomisten sie durch jüngere Gesinnungsgenossen. Der Colmarer „Komplott-Prozeß“¹⁹⁷, der am 1. Mai 1928 begonnen hatte, ließ die Wogen nicht nur im Elsaß hochschlagen. Der „Sundgaulöwe“ Eugen Ricklin wurde neben anderen des Hochverrats angeklagt und schließlich verurteilt. Der Prozeß wurde aber zu einem Debakel für die französische Justiz, Ministerpräsident Poincaré sah sich im Februar 1929 zur Begnadigung der Verurteilten gezwungen. Von der dominierenden, katholisch ausgerichteten Elsässischen Volkspartei (*Union Populaire Républicaine*)¹⁹⁸ spaltete sich 1928 der nationalfranzösische Flügel ab und nannte sich fortan *Action Populaire Nationale d'Alsace* (APNA); es gelang ihm aber nicht, die Massen der Wähler ins eigene Lager zu ziehen. Die Elsässische Volkspartei, vertreten durch Ricklin und Haegy, die beide schon im elsässischen Zentrum gewirkt hatten, sowie deren Nachfolger Rossé, Keppi und Stürmel, blieb die bestimmende Kraft des politischen Katholizismus im Elsaß.

Aus eigener Erfahrung kannte Bernhard Dietrich die Verhältnisse im Elsaß. Ebenso wie sein Freund Julius Wachter verfügte er seit spätestens Ende der zwanziger Jahre über gediegene Kontakte nach Mülhausen. Sein Vertrauter war Dr. Paul Specklin, bei dem der Singener Arzt 1933 nach seiner Flucht aus Deutschland für einige Monate unterkommen konnte. Dietrich schilderte Specklin nach 1945 gegenüber Offizieren der Besatzungsmacht als Vertreter der *Action Française*, einer nationalen Sammelbewegung. In Mülhausen stand Dietrich auch mit dem Chefredakteur des 1928 ins Leben gerufenen *Elsässer Boten*¹⁹⁹, Dr. Haenggy, in Verbindung. Der *Elsässer Bote* war das publizistische Organ der nationalen APNA. Es steht außer Zweifel, daß Dietrich um die Pläne der Autonomisten wußte, das Manifest des „Elsässisch-Lothringischen Heimatbundes“ dürfte ihm gleichwohl bekannt gewesen sein. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Idee, nach 1945 einen „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ zu gründen, ihre Wurzeln im Elsaß hat.

Über direkte Kontakte Dietrichs zu den Autonomisten ist hingegen nichts bekannt²⁰⁰; Dietrich hätte zum damaligen Zeitpunkt die Forderungen nach Autonomie für Elsaß-Lothringen wohl auch nicht unterstützt, für ihn war die Integrität des französischen Staates schon im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse in Deutschland unantastbar. Sein Wille, in der Umbruchzeit der Jahre 1933/34 französischer Staatsbürger zu werden, mag dies verdeutlichen. Außerdem sah Dietrich die Rechte eines autonomen Elsaß-Lo-

¹⁹⁵ Biographische Angaben, aus der Sicht eines Freundes geschrieben, sind zu finden bei: Stürmel, Ricklin.

¹⁹⁶ Joseph Rossé wurde unmittelbar nach Kriegsende wegen Kollaboration erschossen. Trotz Druckverbots konnten die katholischen Schriftsteller Reinhold Schneider (vgl. Kapitel II/1) und Theodor Haecker bei Rossé im Alsatia-Verlag in Colmar publizieren; vgl. Hell, relations, S. 131.

¹⁹⁷ Zum Verlauf des Prozesses aus der Sicht der Autonomisten: Stürmel, Lebensbild, S. 22 ff.

¹⁹⁸ Ausführlich hierzu: Maugé, Particularisme, S. 65–69.

¹⁹⁹ Zur Motivation der katholischen Kirche vgl. Kettenacker, Volkstumspolitik, S. 287 Anmerkung 43.

²⁰⁰ Die wenigen biographischen Zeugnisse Dietrichs waren für die französische Besatzungsmacht bestimmt. Daß Dietrich darin seine Verbindungen zu nationalen Kreisen im Elsaß herausstrich, ist nicht verwunderlich. Kontakte zu den Autonomisten hätten seine Pläne in den Augen der Besatzungsmacht a priori diskreditiert.

thringen in einem diktatorischen Deutschland weit mehr gefährdet, als dies im republikanischen Frankreich der Fall sein konnte.

Nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich solidarisierten sich viele Autonomisten mit der nationalsozialistischen Politik. Andere, wie etwa Marcel Stürmel, schlossen sich wiederum aktiv der deutschen Widerstandsbewegung an²⁰¹. Das Jahr 1945 ließ ein Wiederaufflammen des Autonomismus im Elsaß nicht mehr zu. Führende Autonomisten wurden verhaftet, verurteilt und manche auch hingerichtet. Vor diesem Hintergrund ist die französische Besatzungspolitik in Südwestdeutschland zu sehen. Konnte die französische Besatzungsmacht in Deutschland den Gedanken des Stammesföderalismus unterstützen und sich zu eigen machen, wenn gleichzeitig im Elsaß jede Form des Autonomismus hart unterdrückt wurde? Bestand nicht die Gefahr, daß die Idee eines schwäbisch-alemannischen Staates in den Kreisen der Autonomisten begeistert aufgenommen würde? Die ambivalente Haltung vieler – auch konservativ gesonnener – Offiziere lag in diesen Überlegungen begründet.

Die Singener Föderalistenkongresse

Vom 8. bis 10. Oktober 1947 tagte in Singen ein „Kongress der autonomen Föderalisten“. Von Bernhard Dietrich einberufen, fand sich eine illustre Schar deutscher Föderalisten und Heimatrechtler in der Twieltstadt ein. Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ stellte neben dem Präsidenten drei weitere Teilnehmer, nämlich den Generalsekretär Leopold Paur, Franz Mederle und den Leiter des Ortsverbandes Freiburg, Helmut Ziegler. Ferner waren aus der Pfalz die „Separatisten“ der *Union des Amis de la France* unter Vorsitz von Karl Steiner anwesend, der von Heinrich Steiner und Adolf Bley begleitet wurde²⁰². Auch der Leiter des „Komitees für ein Eigenstaatliches Rheinland“, Peter J. Nauheimer, hatte die Reise von Worms Richtung Schweizer Grenze angetreten. Von der Rheinisch-Republikanischen Volkspartei wurden Peter Dannhäuser und Dr. Hermann Klein auf den Kongress entsandt. Die Deutsche Partei war durch Eberhard Jagemann vertreten. Georg von Eisenhard, Friedrich Brahm und Anton Putz kamen aus München als Delegierte der Bayernpartei in den Hegau. Auch der prominente Fürsprecher eines vereinten Schwabens ließ sich diese Plattform nicht entgehen: Otto Färber²⁰³, der Chefredakteur der *Stuttgarter Nachrichten*, beehrte Dietrich mit seinem Besuch.

Diskussionspunkte der Veranstaltung waren zum ersten die Einrichtung einer „Permanenten Konferenz“ in Singen und zum zweiten die Verabschiedung des sogenannten „Singener Manifests der Autonomen Föderalisten“. Unter Vorsitz von Bernhard Dietrich legten die Vertreter der einzelnen Organisationen die jeweiligen Programme vor und stellten sie zur Diskussion. Es wurden fünf Entscheidungen getroffen:

1. Eine „Permanente Konferenz“, die schnell zusammentreten könnte, sollte in Singen eingerichtet werden.
2. Die Anschrift der „Permanenten Konferenz“ sollte die Adresse Dietrichs sein.

²⁰¹ Ein autobiographisches, durch intensives Quellenstudium angereichertes Zeugnis: Stürmel, Elsaß, S. 59–128.

²⁰² Zu den „Separatisten“ in der Pfalz vgl.: Wünschel, Separatismus und Ders., Neoseparatismus.

²⁰³ Zu Otto Färber vgl. Kapitel II/1.

3. Von Singen aus sollten alle Schriftstücke an die Mitglieder der „Permanenten Konferenz“ verteilt werden.
4. Eine Pressenotiz²⁰⁴ sollte nach Genehmigung durch die Militärregierung an die Teilnehmer zwecks Weiterleitung an die Presse ausgehändigt werden.
5. Die Teilnehmer verpflichteten sich, gegenseitig Nachrichten und Informationen auszutauschen.

Über die getroffenen Entscheidungen zeigte sich Dietrich befriedigt; die Frage stellte sich jedoch für ihn, inwieweit die hier begonnene Zusammenarbeit weiter Früchte tragen würde. Das Manifest umriß die altbekannten Ziele der „autonomen“ Föderalisten: Ablehnung des deutschen Nationalstaates Bismarckscher Prägung, Neugliederung Deutschlands unter stammesföderalistischen Gesichtspunkten bei gleichzeitiger Einbindung der Stammesstaaten in eine europäische Konföderation, Übernahme der Kriegslasten aus dem Erbe des „Dritten Reiches“, Pflege der abendländischen Kultur, Schaffung einer europäischen Konföderation und Herstellung des sozialen Friedens im Innern der autonomen deutschen Staaten. Doch kein Wort fiel über die Strategie zur Umsetzung der Ziele mittels praktischer Politik. Die französische Besatzungsmacht verfolgte gespannt die Konferenz. Alle maßgeblichen Dienststellen von Freiburg über Baden-Baden bis zur französischen Kontrollratsgruppe in Berlin²⁰⁵ erhielten umgehend eine Übersetzung der Beschlüsse.

Mit wesentlich geringerem Erfolg berief Dietrich Anfang März 1948 den zweiten Föderalistenkongreß nach Singen ein. Die Resonanz, die seine Einladung fand, enttäuschte ihn tief. Von neun eingeladenen, aus anderen Regionen stammenden Föderalisten erschienen nur zwei am 10. März in der Stadt am Hohentwiel, und damit schmolz der Teilnehmerkreis auf insgesamt vier Personen zusammen. Anwesend waren der Präsident und der Generalsekretär des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ sowie Dr. Erich Opitz aus Köln als Vertreter der Rheinischen Union und ein ungeladener Repräsentant der Deutschen Partei²⁰⁶, Grappentin, aus Hannover. In letzter Minute hatte Klein aus Rolandswerth im Rheinland abgesagt²⁰⁷. Das Ziel der Konferenz sah Dietrich einerseits in der Ausarbeitung eines Planes zur kantonalen Gliederung Deutschlands

²⁰⁴ Die Pressenotiz wurde in der Münchener Zeitung *Echo der Woche* am 22. 11. 1947 mit folgendem Wortlaut veröffentlicht: „Vom 8.-10. Oktober trafen sich in Singen/Hohentwiel Delegierte der autonomen föderalistischen Bestrebungen aus den drei Westzonen. Es war das erste Mal, daß deutsche Föderalisten, die gleichzeitig entschiedene Verfechter der Autonomie ihrer Heimatländer sind, zusammenkamen. Schon am ersten Tage der Besprechungen wurde eine auffallende Gleichheit der Auffassungen festgestellt. Die autonomen Föderalisten lehnen die Rückkehr in einen nationaldeutschen Staatsverband einhellig ab. Sie werden nach Erreichung der Eigenstaatlichkeit ein föderales Verhältnis zu einander schaffen, das in seiner Auswirkung bereits eine europäische Konföderation darstellt. Es kommt daher für sie eine deutsche Bundesregierung nicht in Frage. Sie sprengen mit Vorbedacht nationaldeutschen Rahmen, um auf europäischen Boden vorzustoßen.“

²⁰⁵ Schreiben der Direction de l'Intérieur et des Cultes an die GFCC (Seydoux) vom 29. 10. 1947. Dem Schreiben liegen Übersetzungen der auf der Konferenz verfaßten Papiere bei; AdO Berlin GMFB c. 168 d. H2a.

²⁰⁶ Ursprünglicher Name: Niedersächsische Landespartei.

²⁰⁷ Die Teilnehmerliste und eine Zusammenfassung der Konferenzergebnisse sind dokumentiert in einem Brief des Kommissars der Sûreté, Feris, an dessen vorgesetzte Dienststelle (Contrôleur de la Sûreté pour le Pays de Bade) in Freiburg vom 13. 3. 1948; AdO Bade C 2128.

nach Schweizer Vorbild und andererseits in der Vorbereitung eines großen Föderalistenkongresses in naher Zukunft. Doch mangels Masse gelang den vier Herren nur die Erarbeitung eines Kommentars zum „Singener Manifest der Autonomen Föderalisten“, der sich auf die erneute Ausführung der Forderungen nach einer staatenbundlichen Lösung, nach einer stammesmäßigen Gliederung Deutschlands und gleichzeitiger Schaffung einer europäischen Konföderation sowie einem Aufruf zur Ächtung kriegerischer Gewalt beschränkte²⁰⁸.

Keineswegs konnte Bernhard Dietrich mit dem Verlauf der Konferenz zufrieden sein, die mangelnde Resonanz bei den führenden Föderalisten ließ auf noch weniger Anteilnahme in der Bevölkerung schließen. Auch der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ hatte bis dato nicht den Funken gezündet, der zur Durchsetzung der politischen Ziele notwendig gewesen wäre. Unermüdlich hatte Dietrich zwar Versammlungen abgehalten, die Schaffung einer weitgreifenden Organisation mit tragfähiger Basis war jedoch fehlgeschlagen. Hat nicht gerade die fehlende Unterstützung der Besatzungsmacht dies mitverschuldet? Tatsächlich wurde der Heimatbund zu keinem Zeitpunkt durch französische Dienststellen gefördert. Die Lage der Vereinigung erwies sich 1948 als sehr prekär. Noch einmal – dies als letzte Gelegenheit verstanden – sollten alle Kräfte gebündelt und der Besatzungsmacht gewisse Zugeständnisse abgerungen werden. Ein letztes Mal mobilisierte Dietrich daher die Vertreter des Heimatbundes, indem er nach Singen zu einer „Geheimkonferenz“ einlud. Am 3. April 1948 fand mit Zustimmung der Sûreté das Treffen statt, die Gründe der Stagnation und ein letztes Konzept zur Rettung des Heimatbundes sollten erarbeitet werden. Sechzehn Teilnehmer aus dem südbadischen und südwürttembergischen Raum hatten sich versammelt²⁰⁹.

Generalsekretär Paur führte die Gründe der Schwäche des Heimatbundes auf die verweigerte Unterstützung seitens der Militärregierung und die Pressekampagne gegen den Föderalismus im allgemeinen sowie gegen den Heimatbund im besonderen zurück. Die Anwesenden waren sich einig, daß die Struktur des Heimatbundes geändert werden müsse. Ein „Direktorium“, dem neben Dietrich auch Feger angehören sollte, würde die Lasten der Arbeit gleichmäßiger verteilen. Das „Direktorium“, ein Vierergremium, sollte die Arbeit des Generalsekretariats des Heimatbundes koordinieren. Verlegt von Engen nach Konstanz, erhoffte man sich vom Generalsekretariat am Sitz der Bezirksmilitärregierung eine höhere Effektivität. In allen größeren Städten sollten sodann Sekretariate eingerichtet werden, an denen die Komitees des Heimatbundes hingen. Der Start weiterer Aktivitäten wurde zum einen von der Lizenz für eine Tages- oder zumindest

²⁰⁸ „Aufruf“ (masch. 1 S.) März 1948; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 91.

²⁰⁹ Aus Singen selbst waren anwesend: der Geschäftsführer Karl Harder, der Wirtschaftsprüfer Bertold Fahrensbach, der Steuerberater Stefan Schmid und der Journalist Walter Ferber. Dem Präsidenten Dietrich stand Generalsekretär Paur zur Seite, das Markgräflerland war durch den Weiler Bürgermeister Peter Hartmann, den Lörracher Kaufmann Max Demmler und den Referenten im Landwirtschaftsamt Laufenburg, Ludwig Spross, vertreten. Helmut Ziegler vom Ortsverband Freiburg des Heimatbundes, der Landrat von Donaueschingen, Robert Lienhart, und der Bürgermeister von Allensbach, Gottfried Mayer, rundeten das Aufgebot der südbadischen Vertreter ab. Aus dem württembergischen Rottweil nahm der rastlos agierende Franz Mederle teil. Als Gäste wohnten der „Geheimkonferenz“ die beiden oberschwäbischen Grafen Heinrich und Johannes von Waldburg-Wolfegg sowie der im Streit geschiedene Otto Feger bei. Die Teilnehmerliste entstammt einem umfassenden Bericht über den Heimatbund: „Rapport N° 93/INT/S du 24 Avril 1948 sur le ‚Heimatbund‘“ (masch. 18 S.); AdO Bade C 2128.

Wochenzeitung und zum anderen von „gewissen Garantien“ französischerseits bezüglich der Autonomie des Südteils der FBZ abhängig gemacht. Drei Monate Zeit setzten die Anwesenden dafür an, ansonsten beschloß man die Auflösung des Heimatbundes.

Der in Singen stationierte Repräsentant der Sûreté, Kommissar Feris, unterstützte die Forderungen des Heimatbundes. An den Konstanzer Delegierten Noël gab er die Empfehlung weiter, auf jeden Fall schnellstmöglich eine Lizenz für eine Wochenzeitung zu erwirken. Durch Papier, Büroartikel, Reifen und Benzin müsse die Arbeit des Heimatbundes erleichtert werden, außerdem sei eine „diskrete Hilfe“ bei der Einrichtung der Sekretariate in den größeren Städten nötig²¹⁰. Bezüglich der Garantien für einen autonomen, zukünftigen südwestdeutschen Staat, der aus dem Südteil der FBZ hervorgehen sollte, hatte Feris gegenüber den Vertretern des Heimatbundes deutlich gemacht, daß eine derartige Entscheidung nicht binnen kurzer Frist zu erwarten sei. Freilich blieb die für den Heimatbund existentielle Entscheidung aus. Überhaupt unternahm die französische Besatzungsmacht auch in den folgenden Monaten nichts, was auch nur auf eine minimale Unterstützung des Heimatbundes schließen ließe. Statt dessen kamen die Widersprüche, Unzulänglichkeiten und internen Unstimmigkeiten immer deutlicher zum Vorschein. Wenige Tage nach der „Geheimkonferenz“ informierte Franz Mederle von Rottweil aus den Konstanzer Bezirksdelegierten über die konzeptionellen Mängel des Heimatbundes und die Inaktivität des Generalsekretärs²¹¹. Scharf kritisierte er die Haltung Paurs, erst dann mit Großversammlungen an die Öffentlichkeit treten zu wollen, wenn die Unterstützung durch die Militärregierung zweifelsfrei gegeben sei. Nur eine Persönlichkeit konnte den Heimatbund in den Augen Mederles mit neuem Leben erfüllen: „Herr Feger wäre nach meiner Überzeugung seiner ganzen Persönlichkeit nach auch imstande [...], dieses Programm zu verwirklichen, da er sich in einem noch relativ günstigen Lebensalter befindet, eine erhebliche Erfahrung besitzt und nüchtern denkt, ohne dabei die Fähigkeit einzubüssen, gegebenenfalls auch als Diskussionsredner eine beachtliche Leistung zu bieten.“²¹² In erster Linie sah Mederle die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik nicht gegeben: Der Heimatbund habe es versäumt, offensiv an die Öffentlichkeit zu treten und eine latent vorhandene positive Stimmung in der Bevölkerung zu nutzen. Auch in Lörrach glaubte Max Demmler nur ein Strohfeuer entzündet zu haben, denn der Heimatbund ließ im Dreiländereck keine weiteren Aktionen folgen.

Aus der verfahrenen Situation gab es keine Rettung. Otto Feger drückte unmißverständlich seinen Willen aus, im Heimatbund keine führende Rolle mehr zu übernehmen. Mitte 1947 legte er schriftlich seine Haltung in dem unveröffentlichten Artikel „Schwäbischer Pangermanismus“²¹³ nieder. Er wehrte sich vehement gegen die Behauptung, seine *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* weise rassistische oder annexionistische Tendenzen auf. In diesem Zusammenhang legte Feger Wert auf die Feststellung, daß er „mit dem Kreis in Singen nichts zu tun“²¹⁴ habe. Die Alpenlandpläne Dietrichs beurteilte der Konstanzer Archivar als „eine Chimäre, ein Phantasiebild, ohne Berücksichti-

²¹⁰ Feris an Noël vom 30. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

²¹¹ Mederle an Noël vom 12. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

²¹² Ebenda.

²¹³ „Schwäbischer Pangermanismus“ (masch. 4 S.) unveröffentlicht [1947]; NL Otto Feger.

²¹⁴ Ebenda.

gung der tatsächlichen Verhältnisse entstanden, nur von wenigen ernst genommen, sehr rasch zu den Akten gelegt“²¹⁵. An eine Wiederbelebung des Heimatbundes durch das Engagement Otto Fegers war also nicht zu denken. Die Aktivitäten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ wurden daher bis Ende 1948 eingestellt, und mit dem Austritt Paurs im März 1949 erlosch die Vereinigung, die sich überlebt hatte, gänzlich.

Die Verbindungen zur Bayernpartei

Nicht nur im Südwesten, sondern ebenso in Bayern haben sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ in Reaktion auf den Zentralismus und dessen mutmaßliche preußischen Wurzel antizentralistische und antipreußische Tendenzen gezeigt. Nach der Ablösung von Fritz Schäffer als erstem bayerischen Ministerpräsidenten und der Abberufung Pattons als Militärgouverneur in Bayern im September 1945 sahen monarchistische Kreise ihre Stunde gekommen. Am 14. Oktober 1945 legten sie der Militärregierung das Programm einer „Bayerischen Heimat- und Königspartei“ (BHKP) zwecks Zulassung vor. Der engere Kreis der Gründungsmitglieder bestand aus bürgerlichen Honoratioren, meist Freiberuflern, und Adeligen²¹⁶. Die Leitung lag in den Händen von Professor Max Lebsche, einem katholischen Mediziner, dessen monarchistische Einstellung bekannt war. Die Zulassung für den Stadtkreis München erhielt die BHKP am 23. Januar 1946. Die BHKP trat in den folgenden Monaten nur einmal an die Öffentlichkeit. Am 28. April 1946 trug Max Lebsche die „Grundsätze und Ziele“ der Partei auf einer großen Kundgebung vor²¹⁷: Durchsetzung der christlichen Weltanschauung, ständische Gliederung und Ablehnung der Volkssouveränität waren dabei die markantesten Punkte. Seine Geschichtsauffassung war apologetischer Natur, Lebsche meinte eine gerade Linie von 1866 bis 1945 erkennen zu können: „Kann auch nur der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der deutsche Zentralismus in jeder Form sowohl dem ganzen deutschen Volk wie auch seinen Stämmen nichts als Unglück, Schaden und Schande gebracht hat?“²¹⁸ Die BHKP trat deshalb für eine staatenbündische Lösung der deutschen Frage ein; Bayern selbst müsse seine „Staatspersönlichkeit“ wiederfinden. Das State Department in Washington hegte an der demokratischen Gesinnung der BHKP arge Zweifel, man erachtete die Partei als reaktionär und bewertete sie als eine Gefahr für den Aufbau eines föderativen Deutschlands. Druck aus Washington veranlaßte General Clay am 10. Mai 1946, die BHKP zu untersagen. Deren Anhänger schlossen sich nach dem Verbot mehrheitlich der im Entstehen begriffenen Bayernpartei an.

In Unterfranken wurde am 19. Dezember 1945 eine weitere Vorläuferorganisation der Bayernpartei von der Militärregierung zugelassen; die „Bayerische Bauernpartei“ konnte wenig später auch in München eine Ortsgruppe ins Leben rufen. Bedeutung hat die Partei allerdings nur in Lohr am Main, dem Gründungsort, erlangt. Ihr Spiritus rector, Dr. Alfred Klein²¹⁹, überführte die Bauernpartei in die Bayernpartei und übernahm gleichzeitig die Organisation in Unterfranken. Seine Überzeugung von der Notwendig-

²¹⁵ Ebenda.

²¹⁶ Unger, Bayernpartei, S. 18.

²¹⁷ Ebenda, S. 19.

²¹⁸ Programm der BHKP; IfZ NL Baumgartner; zitiert nach Unger, Bayernpartei, S. 19.

²¹⁹ Alfred Klein; promovierter Volkswirt und Landwirt in Partenstein im Spessart.

keit einer stammesföderalistischen Gliederung Deutschlands brachte Klein durch Teilnahme auf dem Singener Föderalistenkongress im Oktober 1947 zum Ausdruck.

Eine weitere Wurzel der Bayernpartei entwickelte sich im Chiemgau und in Rosenheim. In bäuerlichem Umfeld arbeitete Dr. Jakob Fischbacher²²⁰ den Plan aus, eine „Bayerische Freiheitspartei“ zu gründen. Er war ein Verfechter des Zusammenschlusses von Bayern und Österreich, seine tiefverankerte Abneigung gegen alles Norddeutsche und Preußische bildete hierfür das Fundament²²¹. Doch Ludwig Max Lallinger²²² kam Fischbacher durch die Gründung der Bayernpartei zuvor. In der Demokratischen Union, deren Landesvorstand Lallinger im Juli 1946 zum Vorsitzenden gewählt hatte und deren Lizenzierung die Amerikaner verweigerten, lag der Keim der späteren Bayernpartei. Der offizielle, wenngleich die Anfangsquereilen überdeckende Gründungsakt im Straubinger Hof in München datiert auf den 28. Oktober 1946. Unmittelbar nach der Gründung schlossen sich einige Mitglieder der verbotenen BHKP der Bayernpartei an, zum größten Teil junge Akademiker und Angehörige des Mittelstandes. Die Führungsmannschaft um Lallinger wurde damit um entschiedene Verfechter einer vollständigen Neugliederung Mitteleuropas erweitert, deren Vorstellungen auf die Schaffung eines Ständestaates, die Einführung des Zweikammersystems und die Ernennung eines Staatspräsidenten abzielten. Der Zusammenschluß Bayerns mit Österreich zu einem Donaubund oder dessen Erweiterung mit der Schweiz zu einer Alpenföderation waren fester Bestandteil ihrer politischen Ziele²²³.

Innerhalb der Bayernpartei hatte sich insbesondere Anton Putz²²⁴ Gedanken über die staatliche Neuordnung in Deutschland gemacht; Putz ging sogar einen Schritt weiter und legte seine Pläne im Oktober 1946 auch in Baden-Baden vor²²⁵. Durch das Verbot der BHKP glaubte er, nicht mehr auf die Unterstützung durch die amerikanische Militärregierung hoffen zu können. Putz trat offen für eine vollkommene Atomisierung Deutschlands ein, selbst ein lockerer deutscher Staatenbund kam für ihn nicht in Frage. Preußenhaß und Heimatliebe verbanden sich auch bei ihm zu einem Konglomerat politischer Vorstellungen, die im Zusammenschluß der süddeutschen, katholischen Länder

²²⁰ Jakob Fischbacher (1886–1972), Bauernsohn aus Toetzhalm/Kreis Wasserburg; humanistisches Gymnasium in Wasserburg und Freising; 1906–1913 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Geschichte und Philosophie in Erlangen und München; Promotion; Tätigkeit beim Christlichen Bauernverein; 1914–17 Kriegsteilnahme; 1921–34 Direktor des Christlichen Bauernvereins Oberbayern; seit 1934 für eine schweizerische Versicherung tätig; 1945–47 Kreisdirektor des Bayerischen Bauernverbands, Bezirk Oberbayern; 1948–61 Kreisvorsitzender der Bayernpartei, Bezirk Oberbayern; 1950–62 MdL; 1952–53 Landesvorsitzender der Bayernpartei; 1950–53 Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landtags; 1957–60 Fraktionsvorsitzender.

²²¹ Unger, Bayernpartei, S. 26.

²²² Ludwig Max Lallinger (1908–?), 1926 im Dienst der bayerischen Landespolizei; Besuch von Polizeischulen; Studium an der Verwaltungsakademie; 1938 verbeamtet; 1945 Dienst bei der politischen Abteilung der Kriminalpolizei München; seit Herbst 1945 Leibwächter von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner; Begründer der Bayernpartei.

²²³ Unger, Bayernpartei, S. 29.

²²⁴ Anton Putz; bis 1933 Mitglied der SPD; Verfolgung durch die Nationalsozialisten; nach 1945 Mitglied der Bayernpartei; 1947 Parteisekretär des Kreisverbandes München Stadt und Land; Vorsitzender des Presseausschusses der BP; P. rechnete sich selbst zum linken Flügel der BP; 1948 Teilnehmer der Tagung der „Autonomen Föderalisten“ in Singen.

²²⁵ Anton Putz: „Richtlinien einer Bayerisch-Französischen Zusammenarbeit zur Sicherung von Freiheit und Frieden“ (masch.) vom 9. 10. 1946; AdO HCFA Cab. Civil POL-II-B p. 27.

fußten. Für Bayern, Baden und Württemberg empfahl er deshalb die vollkommene Autonomie und die radikale Loslösung von Deutschland. Die drei süddeutschen Staaten sollten eine Union, eine Art Donaukonföderation, bilden, um gemeinsame Interessen zu regeln. Zollunion und wirtschaftliche Ankoppelung an Frankreich hätten die ökonomischen Grundlagen der Union zu sichern. Aber die französischen Stellen gingen auf die Vorschläge von Putz mit keiner Silbe ein, das Schreiben aus München landete unkommentiert in der Ablage. Den Zentralismus sah Putz in den folgenden Monaten sich allertorten Platz bahnen²²⁶, weshalb er sich der Bewegung der „Autonomen Föderalisten“ unter Leitung von Bernhard Dietrich anschloß. Auf dem ersten Singener Föderalistenkongreß im Oktober 1947 waren bereits mehrere Teilnehmer der Bayernpartei unter seiner Führung zugegen. Über die Hintergründe der frühen Kontakte Dietrichs nach München geben die vorhandenen Quellen allerdings keine Auskunft. Präzise aber läßt sich die Kontaktaufnahme zu den prominenten Mitgliedern der Bayernpartei Jakob Fischbacher und Professor Anton Berr²²⁷ quellenmäßig rekonstruieren²²⁸. Beide Politiker gehörten innerhalb der Bayernpartei einer Randgruppe an. Der Schriftwechsel Dietrichs mit Fischbacher bezeugt in der Frage der Alpenlandpläne keine Übereinstimmung. Berr, Gründer des in der Presse kritisch beobachteten „Außenpolitischen Arbeitskreises der BP“²²⁹, neigte hingegen zu einer alpenländischen Lösung, weshalb sich die Parteiführung von ihm distanzierte; sein Programm stand zu sehr im Geruch des „Separatismus“. Als Sprecher des „Außenpolitischen Arbeitskreises“ hatte sich Berr wiederholt für ein auf das altbayerische Gebiet geschrumpftes Bayern ausgesprochen, das sich einem Donaustaat²³⁰ anschließen sollte²³¹. Die fränkischen Gebiete Bayerns mußten nach seinen Vorstellungen – weil „protestantisch und preußisch“ – abgetrennt werden²³².

Konsequenterweise suchte sich Berr im Mai 1948 einen Verbündeten, der sich bereits durch schriftliche Äußerungen für einen Alpenstaat eingesetzt hatte: Bernhard Dietrich. Getrieben von dem Hintergedanken, eine Zusammenarbeit zwischen BP und Heimatbund zu begründen, wandte er sich an den Präsidenten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“²³³ und knüpfte damit einen ersten Kontakt. Ein reger Briefwechsel kam dadurch in Fluß, der erst im Laufe des Jahres 1952 sein Ende fand und der deutlich belegt, daß Dietrich trotz des Mißerfolges an seinen Alpenlandplänen festgehalten hat. Im ersten Antwortbrief machte er dem Münchener Professor seinen Standpunkt deutlich: „Die alpenländischen und voralpenländischen Gebiete gehören ihrer Natur nach zusammen, sie allein sind zu einem Bund vereinigt imstande, den Deutschlandwahn zu erledigen. Wenn der voralpenländische Bund der deutschen Altstämme der Bayern, der

²²⁶ Anton Putz: Der Weg zur Macht (masch. 3 S.) vom 30. 8. 1947; AdO ebenda.

²²⁷ Anton Berr (1900–?), Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan; 1947 Mitglied der Bayernpartei; Sprecher des „Außenpolitischen Arbeitskreises der BP“; 1949 Gründer eines neuen „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“.

²²⁸ Der Schriftwechsel zwischen Dietrich und Fischbacher bzw. Dietrich und Berr ist im NL Fischbacher erhalten. Vgl. IfZ NL Fischbacher ED 719/148 und 168. Zur politischen Lage in Bayern: Kock, Weg, S. 102–169.

²²⁹ Vgl. etwa Der Spiegel vom 12. 6. 1948.

²³⁰ Synonym können auch die Begriffe „Donau-Alpenstaat“, „Alpenland“ oder „Union alpine“ eingesetzt werden.

²³¹ Kock, Weg, S. 147 Anmerkung 231.

²³² Färber, Bayern, S. 177.

²³³ Berr an Dietrich vom 1. 5. 1948; IfZ NL Fischbacher ED 719/168.

Schwaben und der Alemannen nicht kommt, der seine normale Erweiterung durch die Österreicher mit der Zeit erfahren müßte, sind unsere Anstrengungen nutzlos.“²³⁴ Auf Dauer gesehen müsse auch die Schweiz, so fuhr Dietrich fort, „das größte Interesse“ an einem solchen Bund haben. Mit diesen Neugliederungsplänen rannte er bei Berr, der eine vollkommene Übereinstimmung mit Dietrich konstatierte, offene Türen ein. Auch Berr vertrat den Standpunkt, „daß man nach dem stämmischen Prinzip vorgehen, d. h. einen – wirklichen – foederalen Bund innerhalb des Gebietes, das heute Bayern, Württemberg, Baden und Österreich umfaßt, von unten nach oben zu einem ‚Alpen-Donaubund‘ aufbauen müßte“²³⁵.

Die Pläne für eine föderalistische Zeitung

Die ersten Versuche, die Lizenz für eine konsequent föderalistische Zeitschrift zu erhalten, datieren auf den Sommer 1946 zurück. Auf der Gründungsversammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ hatte Otto Feger bereits angekündigt, eine Zeitschrift mit dem Titel *Oberland*²³⁶ in Zusammenarbeit mit dem Konstanzer Verleger Curt Weller herausgeben zu wollen. Dazu war der Chefredakteur der Zeitschrift *Das Neue Abendland*, Walter Ferber, eigens aus der Amerikanischen Besatzungszone übergesiedelt, nachdem er in Augsburg mit dem Verleger Johann Wilhelm Naumann gebrochen hatte; von Dietrich war er mit dem Versprechen in die französische Zone gelockt worden, eine föderalistische Zeitschrift redigieren zu können. Doch 1946 ließ sich ein solches Projekt wegen der restriktiven Papierzuteilung und der undurchsichtigen französischen Politik nicht durchführen. Nach dem Bruch mit Feger hoffte Dietrich erneut, eine föderalistische Zeitung auf die Beine stellen zu können. Walter Ferber hatte mittlerweile bei der *Schwarzwälder Post* eine Anstellung gefunden, wäre aber jederzeit bereit gewesen, als Chefredakteur eine Zeitung zu leiten. Auch die Namenswahl gestaltete sich problemlos: *Der Freie Süden*²³⁷ war Titel und Programm in einem. Tatsächlich hatte Franz Mederle aus diesem Grund im Frühjahr 1947 mit der Balingener Druckerei Daniel telephonisch Kontakt aufgenommen. Die Druckerei wäre in der Lage gewesen, stündlich 10000 Exemplare einer vierseitigen Tageszeitung zu drucken – damit war sie die leistungsfähigste im Kreis Balingen. Der Besitzer, Hermann Daniel, der in den Jahren des Nationalsozialismus die Zeitung *Der Wille* gedruckt hatte, erhielt daher am 7. Juni 1947 von Franz Mederle Besuch. Der Rottweiler Rechtsanwalt verdeutlichte Daniel, daß der Heimatbund eine Auflage von 50000 Exemplaren einer vorerst wöchentlich erscheinenden Zeitung anvisiere, um rasch bei gleich hoher Auflage die Zeitung *Der Freie Süden* zweimal pro Woche herauszubringen²³⁸. Noch in derselben Woche reiste Bernhard Dietrich nach Baden-Baden, um das Zeitungsprojekt erneut den zuständigen Dienststel-

²³⁴ Dietrich an Berr vom 13. 5. 1948; IfZ NL Fischbacher ED 719/168.

²³⁵ Berr an Dietrich vom 26. 5. 1948; IfZ NL Fischbacher ED 719/168.

²³⁶ Zum *Oberland*-Projekt vgl. Kapitel IV/2.

²³⁷ Von dieser Zeitung muß auch eine Probenummer erschienen sein, da Dietrich um die Lizenz nachgesucht hat. Im AdO in Colmar konnte der Verfasser kein Material zu der Zeitung ausfindig machen.

²³⁸ „Parution prochaine d’un journal fédéraliste“; Sûreté de Balingen vom 9. 6. 1947; AdO HCFA AP c. 3302 p. 87 d. 87.

len zu unterbreiten. Ohne definitiv abgelehnt zu werden, verschwand der Projektantrag in den Baden-Badener Schubladen²³⁹.

Ende Oktober 1948 schien sich Dietrich noch ein letztes Mal die Chance für eine föderalistische Zeitung zu eröffnen. Der Münchener Professor und Gründer des „Außenpolitischen Arbeitskreises“ der Bayernpartei, Anton Berr, hatte bei der amerikanischen Militärregierung zwecks Lizenzierung der Zeitschrift *Der Bayer* nachgesucht, wurde aber im ungewissen gelassen. Mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht hoffte er so dann, sein Projekt doch noch in die Tat umsetzen zu können. Im bayerischen Teil der FBZ, mutmaßte Berr in einem Brief an Dietrich, müsse es doch möglich sein, die Lizenz für eine dem Föderalismus dedizierte Tageszeitung zu erhalten, die für den gesamten süddeutschen Raum konzipiert wäre²⁴⁰. Auch einen geänderten Titel hatte er in Anlehnung an die gemeinsamen politischen Vorstellungen bereit: *Alpen-Donau-Bote*. Freilich kam der Plan nicht über ein anfängliches und rudimentäres Projektstadium hinaus.

Französische Presse kontra Heimatbund

Im Januar 1946 hatte Bernhard Dietrich die Gründung eines „Heimatbundes e. V.“ bei der Militärregierung beantragt, wobei er den Heimatbund als „Landesverband“ des im Oktober 1945 in Bregenz gegründeten „Aktionskomitee des Alpenländisch demokratischen Bundes“ verstanden wissen wollte²⁴¹. Erst nach Abwandlung der Statuten erhielt der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ nach Monaten die Zulassung durch Baden-Baden. Eine stringente Politik hat die Militärregierung dabei nicht verfolgt, Emile Laffon gab nolens volens seine Zustimmung, General Schwartz in Freiburg zeigte verhaltene Sympathie, General Widmer in Tübingen erwies sich als erklärter Gegner des Heimatbundes.

Guillaume Widmer sah im Heimatbund einen Anachronismus, der jeder Realität beraubt sei. Der Tübinger Oberdelegierte erwies sich daher auch als das Haupthindernis bei der organisatorischen Ausweitung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Württemberg-Hohenzollern. Und Widmer betrieb ein doppeltes Spiel. Gegenüber seinem Freiburger Kollegen Schwartz und dem gemeinsamen Vorgesetzten Laffon gab Widmer vor, sich auf der Linie der Genehmigung des Heimatbundes zu bewegen²⁴². Hatte der Tübinger Oberdelegierte im Juli 1946 nur zähneknirschend der Gründung des Heimatbundes zugestimmt, behinderte er in den folgenden Monaten mit allen Mitteln eine Ausdehnung im südwestwürttembergisch-hohenzollerischen Raum. Von Emile Laffon um eine Stellungnahme zu seinem Verhalten gebeten, stellte sich Widmer auf den Stand-

²³⁹ In einem Zeitungsartikel äußerte Willy Häusler die Vermutung, daß es in Baden-Baden heftige Widerstände gegen das Projekt *Der Freie Süden* gäbe, womit er wohl den wunden Punkt traf; Willy Häusler: „Schwäbischer ‚Föderalismus‘“, in: *Neue Zeitung* vom 12. 2. 1948.

²⁴⁰ Berr an Dietrich vom 22. 10. 1948; IfZ NL Fischbacher ED 719/168.

²⁴¹ „Nous vous prions de nous permettre de fonder suivant les projets de statuts conjoints le ‚Heimatbund e. V.‘ comme une groupe du pays du comité de l’Action de l’Union Alpine. [...] Constitution du territoire d’occupation français de Bade, de Württemberg et de Bavière [sic!] à un état nouveau ‚Voralpen‘.“; Dietrich an die Oberdelegation in Freiburg vom 11. 1. 1946; AdO HCFA Dir. de l’Int. c. 228 p. 21 d. 33.

²⁴² „J’é mets un avis tout à fait favorable à ce que le ‚Heimatbund‘ exerce son activité en zone française du Wurtemberg“; Widmer an Laffon vom 20. 6. 1946; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

punkt, den Heimatbund in Württemberg-Hohenzollern niemals offiziell zugelassen zu haben²⁴³. Für Widmer waren die Autonomievorstellungen „Hirngespinnste und allgemeine Gehirnerweichung“²⁴⁴.

Die unterschiedliche Einschätzung und die zuweilen offene Ablehnung, die dem „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ von Teilen der Besatzungsmacht vor Ort entgegenschlug, erhöhte keineswegs dessen Akzeptanz in maßgeblichen Baden-Badener Kreisen. Die zur Jahreswende 1946/47 einsetzenden Berichte französischer Zeitungen zu den Vorgängen in der Zone brachten das Faß an den Rand des Überlaufens. Am 20. August 1946, wenige Tage nach Gründung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, hatte bereits der *Figaro* eine polemische Attacke geführt, *Le Monde* hieb am 4. Januar 1947 in dieselbe Wunde. Auch der *Avant-Garde* vom 8. Januar 1947 kritisierte die Militärregierung und brandmarkte den Heimatbund als rassistisch-faschistische Organisation. Der Artikel in *Le Monde* erregte im gesamten französischen Verwaltungsapparat großes Aufsehen und führte zu hektischen Nachforschungen.

In *Le Monde* hatte der Journaliste Rodolphe-E. Singer mit spitzer Feder den Heimatbund angegriffen und ihn des Rassismus bezichtigt²⁴⁵. Weitere Analogien mit dem Nationalsozialismus seien sein „Imperialismus“, da auch Teile von Bayern und Vorarlberg in dem geplanten schwäbisch-alemannischen Staat ihren Platz finden sollten, des weiteren betrachtete Singer den Rückzug in die Stammeskategorie „Schwabe“ als neue Herrenrassentheorie. Eine ausgewogene Berichterstattung lag nicht vor, vielmehr wollte der Journalist den Eindruck vermitteln, daß zum einen die Fundamente dieser Idee auf dem Nationalsozialismus basierten und zum anderen ehemalige Nationalsozialisten für diese Ideologie am empfänglichsten seien. Bei genauerer Betrachtung der Zusammenhänge waren für den informierten Zeitgenossen beide Vorwürfe leicht zu entkräften.

Die Zeitungsartikel verfehlten jedoch ihre Wirkung in der französischen Öffentlichkeit nicht; die angegriffene Militärregierung sah sich umgehend zum Handeln gezwungen. Der Anlaß war Generalverwalter Laffon willkommen, da die föderalistischen Vorstellungen Frankreichs zu keinem Zeitpunkt eine Auflösung der historisch gewachsenen Länder zuließen, ein Ziel, das der wenig geliebte Heimatbund verfolgte. Generalverwalter Laffon glaubte, dem Heimatbund die Genehmigung entziehen zu müssen, allerdings nicht, ohne zuvor die Meinung der für Baden und Württemberg zuständigen Oberdelegationen gehört zu haben²⁴⁶. Der Freiburger Oberdelegierte Pène, der im Sommer 1946 General Schwartz abgelöst hatte, teilte nicht den reservierten Standpunkt seines Baden-

²⁴³ In einem nie abgeschickten Antwortschreiben an Laffon wählte Widmer folgende Formulierung: „je n'ai jamais autorisé le ‚Heimatbund‘ à exercer une activité quelconque en zone française du Wurtemberg“, die er im wesentlich gekürzten tatsächlichen Schreiben in „je n'ai jamais cru devoir autoriser le Heimatbund“ abmilderte; Widmer an Laffon vom 20. 2. 1947; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

²⁴⁴ „billevisées et paralysie générale“ notierte Widmer handschriftlich an den Rand der Feger und Dietrich betreffenden Seite eines Berichtes des Straßburger Centre d'Etudes Germaniques; Hauptmann Rieffel: „Le problème du Fédéralisme“ (masch. 29 S.) [Anfang 1948]; AdO WH 1 f. Ser. Div. c. 2519 p. 6.

²⁴⁵ Rodolphe-E. Singer: „Une organisation raciste en zone française: l'Union souabo-alemannique“, in: *Le Monde* vom 4. 1. 1947.

²⁴⁶ „La question se pose donc de savoir s'il n'y aurait pas lieu de retirer l'autorisation donné au Heimatbund. Pour ma part, je serais assez disposé à envisager cette mesure“, Laffon an Widmer und Pène vom 5. 2. 1947; AdO Bade C 2128 und AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 2.

Badener Vorgesetzten. Selbständig hatte er den Konstanzer Bezirksdelegierten Degliame schon im Januar 1947 angewiesen, eine ausführliche Untersuchung über die Hintergründe der Zeitungsartikel, die er für tendenziös erachtete, einzuleiten²⁴⁷. Mit den notwendigen Recherchen betraute jener den Konstanzer Informationsoffizier Georges Ferber, der über die Tageszeitung *Le Monde* Kontakt zu dem in Zürich lebenden Journalisten Singer aufnahm²⁴⁸. Eine Rezitation des Artikels von Singer hatte bereits stattgefunden, Zeitungen in ganz Frankreich und gerade auch im Elsaß berichteten über den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Singer gab vor, den in Form des Heimatbundes aufkeimenden Nationalismus in Deutschland an der Wurzel ausrotten zu wollen, eine Aussage, die nicht befriedigen konnte. Über die französische Botschaft in Bern brachte Ferber in Erfahrung, daß die Reputation des Journalisten zu denken gab. Damit war für den Konstanzer Informationsoffizier der Fall Singer abgeschlossen.

Eindringlich hatte Georges Ferber bereits vor den Gefahren der Alpenlandbewegung gewarnt, im Heimatbund sah er eine direkte Nachfolgeorganisation. Deshalb konnte er nicht umhin, Freiburg den Entzug der Genehmigung für den Heimatbund zu empfehlen²⁴⁹. Doch der Oberdelegierte Pène vertrat eine abweichende Haltung. Er lehnte gegenüber Laffon ein Verbot des Heimatbundes ab, in seinen Augen hätte das als Bestätigung der Angriffe der französischen Presse gewirkt. Pierre Pène war von den französischen Föderalismusvorstellungen erfüllt, die im Südwesten auf eine Reorganisation und Stärkung der Länder hinausliefen; mit den Zielen des Heimatbundes konnte er sich nicht anfreunden, nichtsdestotrotz verteidigte er – wenngleich zaghaft – aus Autoritäts- und Prestigegründen dessen Existenz. Über die Einschätzung der Angelegenheit durch den Tübinger Oberdelegierten Widmer herrschte in Baden-Baden Klarheit. Der Generalverwalter stellte sich jedoch auf den Standpunkt Pènes: Nach Abflauen der Pressekampagne hielt er ein Verbot des Heimatbundes für schädlich, nur zu gut wußte er um die Attraktion alles Untersagten. Die Zeit sollte Laffon recht geben. Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ verschwand auch ohne restriktive Maßnahmen von der politischen Bühne.

²⁴⁷ Pène an Degliame vom 16. 1. 1947; AdO Bade C 2128.

²⁴⁸ Ferber an Singer vom 12. 2. 1947; Singer an Ferber vom 19. 2. 1947; AdO Bade C 2128. Der Brief Ferbers erreichte Singer in Zürich über den Umweg der Redaktion in Paris in nur einer Woche. Dies läßt den Schluß zu, daß die Postwege die langen Bearbeitungszeiten vieler Anträge innerhalb der Militärregierung nicht zwingend rechtfertigten.

²⁴⁹ Ferber an Pène vom 1. 3. 1947; ebenda.

IV. Alemannien

Die historisch motivierten Neugliederungskonzepte

1. Der Historiker und Archivar Otto Feger

Die „Stunde Null“ hat in Südwestdeutschland mancherorts die Vorstellung hervorgebracht, die Katastrophe resultiere aus „jahrhundertelanger, geschichtlicher Verstrickung“; die Lösung der territorialen Probleme schien in der Wiederbelebung einer längst historisch gewordenen Einheit zu liegen, nämlich im schwäbisch-alemannischen Stammesgebiet des Mittelalters¹. Die Begriffe „Alemannien“ und „Schwaben“ – dies führte oft zur Verwirrung – bezeichneten denselben Raum und dieselbe Bevölkerung; ersterer verschwand zugunsten des letzteren im Laufe des 11. und 12. Jahrhunderts. Das Herzogtum Schwaben gelangte im 12. Jahrhundert unter den Staufern zu einer kulturellen, geistigen und politischen Einheit, die in der territorialen Zersplitterung des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit ihren Niedergang fand. Es befremdet deshalb nicht, daß nach 1945 angesichts des totalen Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung ein Rekurs auf die mit wissenschaftlichen Mitteln rekonstruierte politische Einheit im Hohen Mittelalter stattfand. Träger dieses Neugliederungsbeitrags waren meist universitär gebildete Historiker und Archivare, deren mediävistische Forschungen den Strukturen und der Funktionsweise des Staufer-Staates galten.

Aus diesem Kreis von Historikern ragte der Konstanzer Stadtarchivar Dr. jur. Dr. phil. Otto Feger weit heraus; er erlangte in der unmittelbaren Nachkriegszeit einen Bekanntheitsgrad wie kaum ein anderer Forscher. Dazu hat die Verbreitung seines Buches *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* maßgeblich beigetragen. Es ist sein frühester publizistischer Versuch, die politische Gliederung des Südwestens auf stämmischer Grundlage nach dem Vorbild des Herzogtums Alemannien – respektive Schwaben – zu propagieren. Hinter ihm standen weitere Historiker, Archivare und Intellektuelle, mit denen er sich durch seine Pläne verbunden wußte².

In Otto Fegers Biographie³ spiegelt sich die Unruhe des 20. Jahrhunderts wider. Im elsässischen Mülhausen erblickte Feger im November 1905 das Licht der Welt und verbrachte seine frühe Kindheit in Masmünster und Colmar⁴ im damaligen Reichsland Elsaß-Lothringen. Bei Kriegsbeginn lebte die Familie im oberelsässischen Thann, sein aus der Ortenau stammender Vater arbeitete dort als Lokomotivführer. Der Einmarsch französischer Truppen führte zur mehrmonatigen Internierung der Familie in Südfrank-

¹ Schwarzmaier, Heimat, S. 12.

² Der Leiter des Generallandesarchivs Karlsruhe, Hansmartin Schwarzmaier, plädierte dafür, die Ideen Fegers aus der Zeit nach 1945 zu verstehen und das Werk nicht a priori lächerlich zu machen; Schwarzmaier, Grenzziehung, S. 91 Anmerkung 38.

³ Eine Biographie Otto Fegers steht noch aus. Würdigungen und Nachrufe: Maurer, Feger, 1968; Borst, Feger; o. A., Feger, 1969. Biographisches in: Maurer, Feger, 1982.

⁴ Biographisches zu Kindheit und Jugend gehen auf ein Curriculum vitae Fegers in dessen Nachlaß zurück. Vgl. „Lebenslauf von Oberarchivrat Dr. Otto Feger, Konstanz“ [1962]; NL Otto Feger.

reich⁵, der junge Feger besuchte deshalb zunächst eine französische Schule. Trotz der widrigen Umstände ist die Berührung mit der Kultur und Sprache Frankreichs zu einem einschneidenden Erlebnis geworden. Seine frankophile Grundeinstellung hatte ihren Ursprung in den Kriegsjahren. Anfang 1916 gelang es seinen Eltern, ihn im schweizerischen Stans in einem Gymnasium unterzubringen, allerdings nur für kurze Zeit, denn die Übersiedlung der Familie nach Freiburg im Breisgau machte einen erneuten Schulwechsel notwendig. 1921 besuchte er das Gymnasium in Waldshut, doch nur für ein knappes Jahr, um schließlich in den Vereinigten Staaten, in Illinois, 1924 die Schule abzuschließen. In Amerika begann er ein juristisches Studium, aber, vom Heimweh gepackt, kehrte er nach Europa zurück. An der Universität von Freiburg/Schweiz eignete sich Feger ein solides juristisches Wissen an und war passioniertes Mitglied in der katholischen Verbindung „Fryburgia“. Noch vor der Promotion schloß er sich 1927 an seinem neuen Studienort Berlin dem Kreis um Dr. Carl Sonnenschein⁶ an. Seine Dissertation jedoch – das Vertragsrecht der Völkerbundssatzung⁷ – fertigte er bei Professor Lampert an der Universität Freiburg/Schweiz an.

Als wichtigstes Resultat seiner Doktorarbeit betrachtete er die Erkenntnis, daß „der Staat nicht die höchste und vollkommenste Organisationsform der menschlichen Gesellschaft ist“⁸. Wichtiger als der Staat erschien Feger die Völkergemeinschaft, nach dem Motto „Völkerrecht bricht Staatsrecht“ hatte diese eine höhere Qualität. Der Staatsbegriff sei überholt und eine Revision dringend nötig. „Seit dem Untergang des mittelalterlichen Universalstaatsgedankens [...] haben wir in der Rechtslehre kaum eine Berücksichtigung der Zusammengehörigkeit der Völker mehr gefunden.“⁹ Wohlgemerkt, derartige Gedanken stammen aus dem Jahr 1928, sie zeigen aber, daß Feger schon vor 1945 Staatstraditionen wie im Falle Badens, Hohenzollerns oder Württembergs als sekundäre Merkmale betrachtet hat. Einer Neugliederung im Südwesten unter dem Dach der Völkergemeinschaft oder zumindest unter dem einer europäischen Konföderation hätte er zweifellos schon in den Jahren der Weimarer Republik das Wort geredet. Zwischen 1929 und 1933 verdiente Otto Feger seinen Lebensunterhalt zuerst als juristischer Hilfsarbeiter, später als Nebenstellen- bzw. Abteilungsleiter in den Arbeitsämtern Stuttgart, Heppenheim, Singen am Hohentwiel und Bad Mergentheim. Politisch hatte er seine Heimat im Zentrum gefunden, seine strikte Ablehnung des Nationalsozialismus, der jede Form der Völkergemeinschaft verhöhnte, war offensichtlich. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hielt er auch einige Vorträge und leitete Diskussionen „im katholischen Mi-

⁵ Otto Feger: Konstanz und seine Beziehungen zu Frankreich (masch. 20 S.) 1951, hier S. 20; StadtA KN Bibliothek Feger G 63.

⁶ Karl Sonnenschein (1876–1929), Studium in Bonn und am Collegium Germanicum in Rom; 1900 Weihe zum katholischen Priester; 1901–04 Kaplan; 1906 Referent beim Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach; 1908 Gründer des „Sekretariats Sozialer Studentenarbeit“; seit 1918 in Berlin als Großstadtseelsorger („Apostel Berlins“); 1919 Gründer des „Akademischen Arbeitsamts“ und des „Kreises katholischer Künstler“ in Berlin; 1925 Herausgeber des „Katholischen Kirchenblattes für Berlin“; galt als „Freund der Studenten“ und „Helfer der Armen“. Weiterführend und mit Texten veranschaulicht: Sonnenschein, Worte. Ohne zeitlichen Abstand: Nahen, Sonnenschein, 1932.

⁷ Feger, Vertragsrecht. Ein Exemplar befindet sich im NL Otto Feger.

⁸ Vorwort der Dissertation Otto Fegers; Ders., Vertragsrecht, S. I f.

⁹ Ebenda.

lieu“¹⁰ und ließ sich als Zentrums kandidat 1932 für die Wahlen zum Hessischen Landtag aufstellen. 1933 sofort aus dem Staatsdienst entlassen, machte sich Feger als Wirtschafts- und Steuersachverständiger im badischen Rheinfelden selbständig. Aber auch am Hochrhein fand er keinen Frieden mit den Machthabern. Bei der Berufsausübung stieß er allenthalben auf Schwierigkeiten, die ihm bewußt bereitet wurden. Mit seiner ersten Ehefrau betrieb er ab 1934 in Rheinfelden und Wehr zwei Kinos¹¹, die ihm die finanzielle Unabhängigkeit boten, um im nahen Freiburg 1935 ein historisches Studium aufnehmen zu können.

Landesgeschichtliche Fragestellungen, die sein besonderes Interesse fanden, führten Otto Feger in die Welt des Mittelalters ein. Zu seinen akademischen Lehrern konnte er Theodor Mayer¹² zählen, der entscheidend den wissenschaftlichen Werdegang des späteren Konstanzer Stadtarchivars prägen sollte. Als Inhaber des mediävistischen Lehrstuhls bemühte sich Mayer, Landesgeschichte und Verfassungsgeschichte zu verbinden, und wählte als Arbeitsfeld die Erforschung der Besiedlung und Erschließung des Schwarzwaldes im hohen Mittelalter¹³. Um die Forschung voranzutreiben, umgab sich Theodor Mayer mit einem Kreis von Wissenschaftlern, zu denen auch Feger gehörte. Obzwar seine zweite Dissertation unter Clemens Bauer¹⁴ entstehen sollte, fällt ihre Thematik in das Forschungsgebiet Mayers. „Zur älteren Siedlungsgeschichte des hinteren Wiesentals“ nannte Feger sein Werk, das er als Dissertation 1941 an der Albert-Ludwigs-Universität einreichte.

Eine weitere Forscherpersönlichkeit beeinflusste Otto Feger stark. Aus einer alten Konstanzer Familie stammend, hatte sich Franz Beyerle als Ordinarius für Rechtsgeschichte der Erforschung des germanischen Volksrechts verschrieben. Beyerle liebte seine alemannische Heimat¹⁵, und ein Forschungsschwerpunkt galt der Geschichte des Raumes zwischen Freiburg und Konstanz. Durch Beyerle kam Feger mit dem Freiburger Alemannischen Institut in Kontakt, nicht ahnend, daß dessen Leiter, Friedrich Metz, Jahre später sein stärkster Gegner auf wissenschaftlichem und politischem Gebiet werden sollte¹⁶. Zu seiner Heimatstadt hatte Beyerle eine ganz besondere Beziehung, er

¹⁰ Anhang zum Fragebogen Otto Fegers vom 4. 2. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

¹¹ Im Herbst 1934 kaufte er mit seiner ersten Ehefrau die „Saalbau-Lichtspiele“ am damaligen Adolf-Hitler-Platz (heute Friedrichplatz) in Rheinfelden; das Ehepaar zog in die Wohnung über dem Kino; vgl. Manfred Bosch: „In Rheinfelden wurde die Idee eines alemannischen Staates geboren“, in: Badische Zeitung – Ausgabe Hochrhein – vom 22. 2. 1995.

¹² Theodor Mayer (1883–1972), Mediävist an den Universitäten in Wien, Prag, Gießen, Freiburg und Marburg; 1939–42 Rektor in Marburg; 1942–45 Präsident der MGH; 1945 Internierung durch die Amerikaner, zurückgezogenes Leben in Pommersfelden; 1951 Leiter des „Städtischen Instituts für Landschaftskunde des Bodenseegebiets“ in Konstanz; Begründer des „Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte“. Vgl. Schulze, Geschichtswissenschaft, S. 324.

¹³ Maurer, Feger, 1982, S. 111.

¹⁴ Clemens Bauer (1899–1984), 1918 Notabitur am Gymnasium Schwäbisch-Hall; 1918 Militärdienst; 1919 Einsatz in einem Freikorps; 1919–22 Studium der Geschichte und Germanistik in Tübingen und München; Mitglied der katholischen Verbindung „Guestfalia“ im CV; 1922 Promotion in München; 1922–25 Vorbereitungszeit als Archivreferendar; 1928–35 Assistent in München; 1938 Professur in Freiburg i. Br.; 1942–45 Militärdienst; 1962–63 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität; 1967 Emeritierung. Vgl. Ott, Bauer, S. 18.

¹⁵ Thieme, Beyerle, S. XXIV.

¹⁶ Friedrich Metz trat dem Konzept einer schwäbisch-alemannischen Demokratie mit seiner Schrift Rheinschwaben (Heidelberg 1948) entgegen.

blieb ein Leben lang – wenn auch oft räumlich getrennt – ein Bürger der Bodenseemetropole, ihre Entwicklung lag ihm sehr am Herzen¹⁷. Deshalb schmerzte ihn der ungeordnete Zustand des dortigen Archivs maßlos. Die von seinem Bruder Konrad¹⁸ begonnene Herausgabe der Konstanzer Stadtrechtsquellen war seit zwei Jahrzehnten kein Stück mehr vorangekommen. Die unbefriedigende Situation mußte dringend eine Änderung erfahren, Beyerle hatte auch schon einen Lösungsvorschlag parat: Otto Feger mit seiner unbändigen Arbeitskraft sollte Stadtarchivar von Konstanz werden. Beyerle erkannte die Dynamik, die in Feger vorhanden war: Zaudern war jenem unbekannt.

Doch der Plan ließ sich nicht leicht in die Tat umsetzen. Feger war nämlich seit Ausbruch des Krieges zur Wehrmacht eingezogen¹⁹, nach Abschluß seiner Dissertation wurde er nach Italien abkommandiert. Ihm war das Schicksal zgedacht, als Unteroffizier bei der Heeresstreife des Afrikakorps auf den nordafrikanischen Kriegsschauplatz verlegt zu werden. Aber Feger blieb vorerst von unmittelbarer Kriegseinwirkung verschont. Da er mittlerweile fließend Italienisch sprach, fand er ab 1942 als Dolmetscher im Rang eines Sonderführers Z²⁰ beim deutschen General in Rom Verwendung²¹. Dieser Stab war die Verbindungsstelle der Wehrmacht zur italienischen Armee; ausgelastet fühlte sich Feger mit seinem römischen Aufgabenbereich allerdings nicht. Zwischenzeitlich hatte Franz Beyerle bei der Stadt Konstanz in puncto Archiv interveniert. Sein Ansprechpartner war der die Geschäfte der Stadt führende Rechtsrat Franz Knapp²². In Konstanz pries Beyerle seinen Schützling als einen Mann, „der mit Leidenschaft bei der historischen Arbeit“²³ sei. Während eines Urlaubs im Juli 1942 brachte er Otto Feger mit in die Bodenseestadt, Bürgermeister Mager und Rechtsrat Knapp prüften und befanden den Kandidaten für geeignet. Ein Arbeitsvertrag, der Feger die Anstellung nach Kriegsende garantierte, wurde unterschrieben. Voller Tatendrang erreichte Feger, daß ihm

¹⁷ Bruno Meyer hat Beyerles Heimatliebe auf den Punkt gebracht: „Franz Beyerle heißt Konstanz. Er war in erster Linie ein Bürger dieser Stadt und blieb es ein Leben lang.“ Vgl. Ders., Beyerle, S. V.

¹⁸ Konrad Beyerle (1872–1933), 1888 entdeckte der Konstanzer Gymnasiast B. die Radolfzeller Markturkunde von 1100; 1899 Habilitation an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Freiburg i. Br.; 1902 Berufung auf den Lehrstuhl von Felix Dahn nach Breslau; 1905 Berufung nach Göttingen; 1918–33 Professor in München, Ernennung zum Geheimrat; 1919 Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung; 1920–24 MdR (BVP). Vgl. Laufs, Beyerle, 1982, S. 48 ff. und Ders., Beyerle, 1977, S. 21–54. Als weithin bekannter katholischer Föderalist und Staatsrechtler wurde Konrad Beyerle 1919 damit betraut, den die Grundrechte und Grundpflichten betreffenden zweiten Hauptteil der Weimarer Verfassung auszugestalten. Eine theoretische Ausarbeitung seiner föderalistischen Überzeugung liegt vor in: Beyerle, Reichspolitik. Zum Problem des Bundesstaates äußerte er sich im Staatslexikon; Beyerle, Bundesstaat.

¹⁹ Feger führte zwischen 1941 und 1945 ein Tagebuch, das er ständig bei sich trug. Obgleich die Eintragungen in unregelmäßigen Abständen erfolgten, kann seine Wehrmachtszeit fast lückenlos rekonstruiert werden. Vgl. „Italienkriegstagebuch“ im NL Otto Feger.

²⁰ Für bestimmte Arbeitsgebiete, die besondere Fachkenntnisse erforderten, wurden während des Krieges Personen ohne oder mit nur geringer militärischer Ausbildung aufgrund ihrer zivilen Fachkenntnisse und führender Stellung außerhalb der Wehrmacht als „Sonderführer“ im Offiziersrang eingesetzt. Z bedeutete konkret Zugführer, d. h. Rang eines Leutnants; Absolon, Wehrgesetz, S. 183 f.

²¹ Schriftliche Auskunft des Bundesarchivs-Zentralnachweisstelle vom 24. 5. 1993. Dort existiert lediglich eine Karteikarte mit zwei Eintragungen über Fegers Kriegsdienstzeit.

²² Zu den Korrespondenzen Beyerle-Knapp: StadtA KN S II 17966.

²³ Beyerle an Knapp vom 5. 6. 1942; StadtA KN S II 17966.

Stadtordnungen und Satzsatzungen des 15. und 16. Jahrhunderts mit nach Italien gegeben wurden, sofort wollte er mit der Transkription der Dokumente beginnen. Die Halblederbände nahm Feger als Kuriergepäck mit in die Ewige Stadt, wo er sie am Deutschen Historischen Institut²⁴ hinterlegte und unverzüglich mit der Bearbeitung begann. Als sich im Sommer 1943 nach dem Sturz Mussolinis die Ereignisse überschlugen, hatte Feger alle Hände voll zu tun, um das unersetzliche Material nach Norditalien bringen zu lassen.

Nach der Kapitulation fand sich Otto Feger im norditalienischen Kriegsgefangenenlager Ghedi wieder. Hier begann er, Vorträge über deutsche und italienische Geschichte sowie über die Grundzüge eines autonomen, schwäbisch-alemannischen Staates zu halten. Aus dem Kriegsgefangenenlager wurde er bereits am 10. Juli 1945 entlassen²⁵, nach einer Woche traf er in Freiburg ein. Sein erster Gang führte ihn zu Franz Beyerle, dann zu seinem Doktorvater Clemens Bauer. Mit einem *Laisser-passez* versehen, begab er sich Anfang August an seinen neuen Arbeitsplatz am Bodensee. Voller Leidenschaft machte er sich an die neue Aufgabe, „mit einer Unabdingbarkeit“, die er immer durch seinen „scharfen, allemal wachen Geist zu zügeln und zu meistern verstanden“ hat²⁶.

Die Schwäbisch-Alemannische Demokratie

Bereits im Kriegsgefangenenlager in Oberitalien hatte Feger zur Genüge Zeit gehabt, die Ursachen der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Im Sommer 1945 muß in Feger der Entschluß gereift sein, für den südwestdeutschen Raum einen historisch motivierten Lösungsvorschlag zu publizieren. Spätestens im Herbst begann er damit, das Manuskript der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* niederzuschreiben, um es im Januar 1946 abzuschließen. Kein französischer Besatzungsoffizier hat ihn dazu angehalten oder auch nur auf die Thematik hingewiesen, das Buch ist keine „Art Auftragsarbeit“²⁷. Der Entschluß, originäre Gedanken zur Neugliederung schriftlich zu formulieren, basierte auf einer in Jahrzehnten geformten Grundüberzeugung. „Wenn wir wieder eine Demokratie werden sollen, so hat jeder Staatsbürger die Pflicht, Stellung zu nehmen zu den Fragen der Zeit ohne Rücksicht auf Unbequemlichkeiten“, teilte der Konstanzer Stadtarchivar zur Motivation seiner Handlung dem Freiburger Geographen Friedrich Metz kurz vor dem Erscheinen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* mit²⁸. Die rasche Niederschrift innerhalb weniger Wochen beweist freilich die strukturellen und methodischen Vorarbeiten, die Feger zweifelsohne in den Jahren zuvor geleistet hatte. Der Elan, mit dem Feger in seinem neuen Wirkungsfeld zur Tat schritt, hätte für jede größere publizistische Betätigung keinen Platz gelassen.

Die Genehmigung und die Drucklegung der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* zogen sich bis Mitte 1946 hin; Feger nutzte außerdem im Herbst desselben Jahres die

²⁴ Als „Ausleihschein“ diente das Schreiben Knapps an das DHI Rom vom 16. 10. 1942. Dort eine vollständige Auflistung der Dokumente; StadtA KN, ebenda.

²⁵ Die Informationen entstammen losen Kalenderblättern, die Feger in sein Kriegstagebuch gelegt hatte. Vgl. „Italienkriegstagebuch“ im NL Otto Feger.

²⁶ Borst, Feger, S. 180.

²⁷ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 172 kommt zu dem Ergebnis, das Buch müsse „eine Art Auftragsarbeit im Dienste gaullistischer Instanzen der Militärregierung“ gewesen sein.

²⁸ Feger an Metz vom 12. 6. 1946; StadtA KN BA A-Z 1945–47.

Gelegenheit, das stark gekürzte Kapitel „Weimarer Republik und alemannische Demokratie“ im ersten Heft der Zeitschrift *Das Goldene Tor*²⁹ zu publizieren. Unter dem Titel „Bilanz und Lehre der Weimarer Republik“³⁰ veröffentlichte Alfred Döblin³¹ im Oktober 1946 die konstruktiv-kritischen Ausführungen des Konstanzer Stadtarchivars, ohne dessen Wunsch nach „Neukonstruktionen“³² zu übersehen. Doch die Personifizierung der Weimarer Republik verstieß gegen die von Döblin ausgegebene „präzise Linie“³³ und implizierte, daß die „Schuld“ am Versagen der Weimarer Republik bei den politisch Verantwortlichen lag. In der Folgezeit erschienen denn auch keine weiteren Beiträge von Feger mehr, überhaupt wirkte der Artikel in einer Monatsschrift für Literatur und Kunst deplaziert. In den Jahren bis zur Einstellung der Zeitschrift (1951) hat Alfred Döblin keine weiteren politischen Beiträge mehr publiziert. Es ist nicht auszuschließen, daß Döblin in seiner Funktion als Offizier der *Direction de l'Education Publique* in Baden-Baden bei der Zensur der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* auf Feger aufmerksam wurde und den Konstanzer Archivar um die Überarbeitung der Passage aus dem gedruckten Neugliederungsvorschlag bat; sein Aufgabenbereich umfaßte schließlich neben der Prüfung von Manuskripten die Herausgabe der Zeitschrift *Das Goldene Tor* und die Reorganisation des literarischen Lebens.

Tiefstaplerisch bezeichnete sich Otto Feger im Vorwort der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* als „Historiker aus Neigung“³⁴. Das Verschweigen der soliden historischen Ausbildung sorgte für Konfusion, nicht nur bei den Zeitgenossen, sondern auch in der historischen und politologischen Forschung³⁵. Die Grundzüge der Autonomiegedanken datierten Jahre zurück, das Werk war weder das Erzeugnis eines phrasendreschenden Amateurs noch vorwiegend das Produkt der Niederlage; schon deshalb ist das geflügelte Wort vom „Katastrophen-Autonomismus“³⁶ mit Vorsicht zu gebrauchen. Eine Antipreußenstimmung, gekoppelt mit der bewußten Rückbesinnung auf die Zeit vor der Reichseinheit, war vor 1945 in bestimmten süddeutschen Milieus latent verbreit-

²⁹ Fischer/Dietzel (Hrsg.), Zeitschriften, S. 327 ff.

³⁰ Feger, Bilanz, S. 38–45.

³¹ Alfred Döblin (1878–1957), 1900 Abitur in Berlin; 1900–05 Studium der Medizin in Berlin und Freiburg i. Br.; 1905–11 Assistenzarzt; 1915–18 Militärarzt; bis 1931 Kassenarztpraxis in Berlin; nach 1933 Exil in Zürich, Paris und Los Angeles; 1936 Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft; 1941 Konversion zum Katholizismus; 1945 (November) in der Direction de l'Education Publique in Baden-Baden als Zensor tätig; 1946–51 Herausgeber der Zeitschrift *Das Goldene Tor*; 1953 „zweite Emigration“ nach Paris; 1954–57 Klinikaufenthalte (Parkinsonismus). Vgl. Kleinschmidt, Döblin, S. 68.

³² „Man wird die Ursachen für das Versagen der deutschen Republik zwischen 1919 und 1933 sehr ernsthaft untersuchen müssen, um nicht bei Neukonstruktionen in dieselben Fehler zu verfallen“; Feger, Bilanz, S. 38.

³³ Birkert, Tor, S. 283.

³⁴ Feger, Demokratie, S. 7.

³⁵ Dies führte den Zeithistoriker und Politologen Hans-Peter Schwarz zu der Annahme, Feger sei ein „Konstanzer Heimatforscher“. Der Terminus selbst impliziert in der Regel keine wissenschaftliche Ausbildung und stellt somit die Qualität des Buches im voraus in Frage; vgl. Schwarz, Reich, S. 410.

³⁶ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 172 schließt sich dieser Analyse an, die auf Schwarz, Reich, S. 412 zurückgeht. Hinter dem Begriff verbirgt sich bei Edgar Wolfrum die Bewertung der Fegerschen Gedankengänge als „krude“; vgl. Schaab/Richter, Baden-Württemberg, S. 60.

tet. Die bedingungslose Kapitulation erscheint in diesem Licht als Auslöser, nicht aber als Ursache eines „Katastrophen-Autonomismus“.

Das Axiom der Fegerschen Überlegungen beinhaltete die historische, stammesmäßige, kulturelle und sprachliche Einheit der Schwaben und Alemannen. Sein Gedankengebäude ist von dieser Feststellung aus konstruiert. Deshalb verfolgte er zuerst die historischen Spuren seiner Theorie, indem er den Leser in die Zeit der alemannischen Landnahme zurückführte. In schnellem Galopp bilanzierte der Konstanzer Archivar auf wenigen Seiten die vergangenen Jahrhunderte, in mediävistischer Tradition galt sein Hauptaugenmerk der Zeit der Stauer, seine Gedanken kreisten um das Herzogtum Schwaben³⁷. Als das zentrale Bindeglied – trotz der politischen Zersplitterung Südwestdeutschlands vom 13. bis zum 18. Jahrhundert – erkannte Feger „das bündische, genossenschaftliche Prinzip als Wesenselement der schwäbischen Verfassungsgeschichte“³⁸. Die territoriale Neugestaltung unter Napoleon schuf das zentrale Objekt der Fegerschen Kritik: den badischen Staat. Das Zusammenfügen heterogener Teile zu einem zentralistischen Staat, der seine konzentrischen Kreise um die Residenzstadt Karlsruhe zog und deshalb den Bodenseeraum als peripheres Gebiet betrachten mußte, war für Feger eine historische Fehlleistung ohnegleichen³⁹. „Vierzig Jahre badische Zentralverwaltung haben mehr Kulturgüter auf dem Gewissen als die Kriege von Jahrhunderten“⁴⁰, urteilte Feger im Hinblick auf das frühe 19. Jahrhundert, als Quellenbestände aus den örtlichen Magazinen und Aufbewahrungsorten nach Karlsruhe geschafft wurden und große Teile vermeintlich unbrauchbarer Bestände in den Papiermühlen landeten.

„Was nun?“ lautete die Frage nach der Katastrophe von 1945. Die Lösung lag für Otto Feger ersichtlich auf der Hand. Der südwestdeutsche Raum sollte politisch und wirtschaftlich weitgehend autonom werden. Eine Reorganisation des Bismarckstaates schied a priori aus, da „es nicht im Interesse des Südwestens [*liegt*,] sich weiterhin mit einem derart kompromittierten Staatsgebilde zu identifizieren“⁴¹. Eine föderativ-bundesstaatliche Lösung verwarf Feger zugunsten eines lockeren Staatenbundes, denn „Südwestdeutschland wird [...] Glied am geistigen Körper [*des zukünftigen Deutschlands*] bleiben“⁴². Die „Mitgliedschaft“ sollte sich etwa in der Unterstützung und Finanzierung von Einrichtungen, die nationale Bedeutung hätten, äußern. Das Deutsche Historische Institut in Rom, das Feger wenige Jahre zuvor noch wissenschaftliches Arbeiten ermöglicht hatte, hätte ein solches Bindeglied des deutschen Staatenbundes sein sollen. Tun-

³⁷ Die geographische Ausdehnung des Herzogtums Schwaben hat Schwarzmaier, Heimat, S. 13 kartographisch dargestellt. Dort auch dessen Auseinandersetzung mit den Plänen Fegers. Seine an anderer Stelle (Schwarzmaier, Stauer, S. 81) erhobene Forderung, die Neugliederungsdiskussion nach 1945 ernster zu nehmen, zielte insbesondere auf eine Untersuchung der Rolle der damals am Bodensee lebenden Historiker (u. a. Erwin Hölzle, Willy Andreas). Im Bundesarchiv in Koblenz konnte der Verfasser allerdings im NL [Erwin Hölzle] 323 kein Material zur Neugliederungsdiskussion finden. Gerade die Korrespondenzen mit seinem Lehrer Willy Andreas (NL 323/1) sind in dieser Hinsicht unergiebig.

³⁸ Feger, Demokratie, S. 24.

³⁹ Die Ablehnung des badischen Staates ist als Triebfeder für Fegers späteres Engagement zugunsten des Südweststaates zu interpretieren.

⁴⁰ Feger, Demokratie, S. 35.

⁴¹ Ebenda, S. 76.

⁴² Ebenda, S. 84.

lichst vermied Feger jede weitere Äußerung zur staatlichen Gestaltung Deutschlands⁴³. Ein gleichsam im luftleeren Raum schwebendes Alemannien bot aber keinen konstruktiven Lösungsansatz der deutschen Frage und brachte ihm den Vorwurf ein, dem Separatismus das Wort zu reden.

Eine schwäbisch-alemannische Demokratie sollte kein Paradigma für die Reorganisation des restlichen Deutschlands sein, die historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen schienen nur im Südwesten gegeben. Die Vorbedingung für ein weitgehend autonomes Staatswesen erblickte der gebürtige Elsässer in der „Schaffung und Pflege einer demokratischen Ideologie“⁴⁴, die auf den Fundamenten der Volksherrschaft, der Gerechtigkeit, des Friedens und der kulturellen Identität zu beruhen habe. Aus dem gesellschaftlichen Unterbau zog Feger sodann die politischen Konsequenzen. Ein demokratischer Staat schwäbisch-alemannischer Prägung müßte folgende Merkmale aufweisen: an erster Stelle das Prinzip der Subsidiarität, bei Feger in das Kostüm der Dezentralisation gekleidet. Probleme sollten auf der niedersten Ebene gelöst werden, eine Kontrolle von unten sei besser als eine Überwachung von oben. Aus diesem Merkmal ergab sich Fegers zweite Forderung einer unmittelbaren Beteiligung des Bürgers an der „Staatsmaschine“⁴⁵. Dabei dachte Feger an eine ausgeprägte Form der Selbstverwaltung, an eine Partizipation des einzelnen bei Gericht und in den Gemeinde- und Bezirksorganen. Die Schweiz stand Pate bei dem Merkmal „Volksabstimmung“, von dem er sich einen stärkeren Einfluß der Bevölkerung auf die Legislative erhoffte. Die Volksabstimmung durfte allerdings kein Instrument sein, das nur auf der Ebene des gesamten schwäbisch-alemannischen Volkes zum Zuge käme. Erst deren Einführung auch auf Bezirks- und Gemeindeebene⁴⁶ könne zu demokratischen Zuständen führen. Kernpunkt seiner weiteren praktischen Forderungen bildete eine Reformierung des parlamentarischen Systems. Das Verhältniswahlrecht, das zur völligen Zersplitterung der Parteienlandschaft in der Weimarer Republik geführt hatte, sollte zugunsten eines „Systems der Einerwahlkreise“⁴⁷ nicht erneut eingeführt werden. Die Macht des Parlaments sei durch Vertretungen der Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften, des Handwerks und der Industrie einzuschränken. Über die ständischen Verfassungselemente sowie über die Funktionen und die Arbeitsweise des Parlaments schwieg sich Feger jedoch vollkommen aus und bot damit eine weitere Angriffsfläche für seine politischen Gegner. Den heikelsten Punkt präsentierte Feger erst am Schluß seines Forderungskatalogs: „Die Reform des Staatsbürgerrechts zum Schutz gegen Überfremdung.“⁴⁸ Die privatrechtliche Stellung „Landesfremder“ konnte unangetastet bleiben, allerdings betrachtete Feger die evakuierten und zugereisten Deutschen als Gäste. Es bleibt zu bedenken, daß bei Abfassung der Schrift

⁴³ In der einzigen, bisher erschienenen monographischen Untersuchung zur Schwäbisch-Alemannischen Demokratie, die Wilhelm in der Smitten in den siebziger Jahren vorlegte, wurde Feger als „biedermeierlicher Mensch“ charakterisiert, der sich dem Schicksal Deutschlands verschließe; Ders., *Dismembration*, S. 18. Quellenmangel und deskriptiv-zitierende Darstellung sind Kennzeichen der Arbeit.

⁴⁴ Feger, *Demokratie*, S. 126.

⁴⁵ Ebenda, S. 128.

⁴⁶ Für „kleinere Gemeinden“ schlug Feger, *Demokratie*, S. 128 eine Art Volksversammlung nach germanischem Vorbild vor.

⁴⁷ Feger, *Demokratie*, S. 128.

⁴⁸ Ebenda.

noch keine Ostvertriebenen in der Französischen Besatzungszone Aufnahme gefunden hatten⁴⁹ und eine konfessionelle und stämmische Homogenität in den Augen vieler Südwestdeutscher gegeben schien. Feger sprach also nicht die Ostflüchtlinge, sondern die während des Nationalsozialismus in den Südwesten gekommenen Deutschen an. Sie vor allem wollte er von jeglicher politischen Gestaltungsmöglichkeit ausschließen. Explizit nannte Otto Feger in seiner Schrift kein Charakteristikum, das einen „Landesfremden“ kennzeichne. Doch im „Programmatischen Manifest des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘“, an dem er maßgeblich mitgearbeitet hatte, wurde der Begriff dahingehend präzisiert, daß jeder, der nicht „bodenständig“ sei, eben „landesfremd“ sein müsse. Und „bodenständig“ wurde definiert als vor 1914 in Südwestdeutschland lebend oder sich in derart enger Verbundenheit befindend, „daß er als Bodenständiger betrachtet werden kann“⁵⁰. Die Konstruktion war offensichtlich ein Reflex auf die Geschichtsauffassung von der „Vergewaltigung“ des Südens durch den Norden, sie war Ausdruck eines immanenten Antipreußentums.

Dem Vorwurf des Annexionismus kam Feger zuvor: „Territoriale Ansprüche, Expansionsbestrebungen nach irgend einer Seite liegen uns fern, ebenso wie unseren Nachbarn – sollen wir uns etwa ein Stück von Bayern oder einen Kanton der Schweiz als ‚Lebensraum‘ erobern?“⁵¹ Ein selbständiges Alemannien würde von seinen Nachbarn Österreich und der Schweiz respektiert, und auch Frankreich könnte sich aus sicherheitspolitischen Erwägungen mit dieser Lösung anfreunden. Doch in welche Abhängigkeit zu Frankreich würde ein autonomes Alemannien geraten? Bevor Feger diese Frage erörterte, verwies er ausdrücklich darauf, daß er in keiner Verbindung zur französischen Besatzungsmacht stehe, daß er keine Vergünstigung noch Privilegien erhalten, noch in Aussicht gestellt bekommen habe, Behauptungen, die nachweislich auf Wahrheit beruhten. Sodann beschwor der Archivar die kulturellen Verbindungen mit Frankreich, er betrachtete das Elsaß als „vermittelndes Zwischenglied“, das „den Übergang zur französischen Kultur darstellte, so [... wie] das alemannische Land rechts des Rheins durch Jahrhunderte der westliche Vorposten einer anderen Weltkultur – Österreichs [*war*]. Paris und Wien reichten sich am alemannischen Oberrhein die Hände.“⁵² Es fällt auf, daß die Autonomie des neuen Staatswesens im Vordergrund stand, von einem deutschen Staatenbund hingegen nicht die Rede war. Trotzdem trennte sich Feger nicht von der Vorstellung, zumindest „lose“ mit dem übrigen, wie auch immer reorganisierten Deutschland in Verbindung zu bleiben; neben der wirtschaftlichen Kooperation sollte vor allem kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit die verschiedenen Teile Deutschlands verbinden. Nur eines war für Otto Feger evident: die inneren Angelegenheiten Alemanniens mußten frei von jeglicher Einmischung „aus dem Norden“ sein.

„Neue Politik“ betitelte Otto Feger das dritte, der inneren Ausgestaltung des alemannischen Staates dedizierte Kapitel. Als das natürliche „Kerngebiet“ habe der alemannische Teil von Baden und der schwäbische Teil Württembergs zu gelten, daneben – und

⁴⁹ Die ersten Ostvertriebenen trafen etwa in Konstanz im August 1947 ein; Hamann, Flüchtlinge, S. 70.

⁵⁰ „Programmatisches Manifest des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘“; NL Bernhard Dietrich.

⁵¹ Feger, Demokratie, S. 142.

⁵² Die vorderösterreichische Zeit war im Bewußtsein eines nicht geringen Teils der südwestdeutschen Bevölkerung präsent; ebenda, S. 145 f.

hier formuliert Feger schon vorsichtiger – werde Bayerisch-Schwaben „wohl ebenfalls für eine Einbeziehung“ in Frage kommen⁵³. Das Allgäu und die Stadt Lindau hätten dabei unzweifelhaft als integraler Bestandteil des Staatswesens zu gelten. Der Stadt Augsburg galt seine Sorge; zu peripher gelegen und bayerisch beeinflusst, bestand die Gefahr, daß sich die schwäbischen Einwohner eher für eine weitere Zugehörigkeit zu Bayern aussprechen würden. „Auch das Vorarlberg ist alemannisch nach Stamm, Sprache, Kultur und Geschichte“⁵⁴, aber Feger hatte wenig Hoffnung, daß sich nach dem „Anschluß“ von 1938 eine engere Bindung Vorarlbergs an ein autonomes Alemannien verwirklichen ließe. In der Tat ist bisher eine Rezeption der Fegerschen Pläne in Vorarlberg nicht nachgewiesen⁵⁵. Als konkrete Ausdehnung der Staatsneuschöpfung galt demnach das folgendermaßen definierte Territorium: „Das alemannische Baden, Württemberg und Hohenzollern und Bayerisch-Schwaben.“⁵⁶ Das Elsaß, das Feger ebenfalls zum schwäbisch-alemannischen Stammesgebiet zählte, spielte in seinen politischen Überlegungen keine Rolle; er erkannte vielmehr die Gefahren, die von einer Einbeziehung des linksrheinischen Raumes bei der Umsetzung einer Neugliederung ausgehen würden⁵⁷.

Den schwäbisch-alemannischen Gesamtkörper überzog Feger mit einer Gliederung nach „natürlichen Landschaften“⁵⁸. Der Begriff „Gau“ galt ihm als zutreffendes, aber kompromittiertes Synonym, das als Bezeichnung ausschied. Für das alemannische Baden nannte Feger die „natürlichen Landschaften“ beim Namen: Ufgau, Ortenau, Breisgau, Markgräflerland, Hotzenwald, Klettgau, Baar und Hegau-Linzgau. Diesen Räumen gestand Feger einen hohen Grad an Selbständigkeit zu, wobei die innere Organisation der „natürlichen Landschaften“ sehr wohl unterschiedlich sein konnte. Ausschlaggebend war in der Hauptsache eine weitgehende Dezentralisierung des zukünftigen schwäbisch-alemannischen Staatswesens, für eine Zentralgewalt sollten nur wenige Kompetenzen reserviert bleiben. Ein kleiner Verwaltungsapparat, keinesfalls in Stuttgart untergebracht, würde genügen. Zentralistische Tendenzen, die eine Großstadt ent-

⁵³ Feger, Demokratie, S. 156.

⁵⁴ Ebenda, S. 157.

⁵⁵ Der Verfasser ist weder im Rahmen von Zeitzeugenbefragungen noch bei seinen Archivaufenthalten in Vorarlberg auf Spuren der Rezeption der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie gestoßen, was eigentlich verwunderlich ist, denn „Alemannentum“ stand westlich des Arlbergs nach 1945 hoch im Kurs; vgl. Barnay, Erfindung, passim.

⁵⁶ Feger, Demokratie, S. 157. Den kartographischen Ausdruck der Planungen stellt die als Falt-skizze am Ende der Schrift gedruckte Zeichnung des schwäbisch-alemannischen Raumes dar. Bewußt hat Feger hier sowohl das Vorarlberg als auch das Elsaß ausgespart. Die Skizze ist reproduziert in: Klöckler, Wiederaufbau, S. 4.

⁵⁷ Dem Münsinger Studienrat Adolf Fehrle, der eine gesamtalemannische Volksgeschichte im Verlag Weller publizieren wollte, gab Feger nach Durchsicht des Manuskripts in bezug auf das Elsaß folgenden Rat: „Mindestens im Titel würde ich das Wort ‚Vogesen‘ vermeiden [...] die Einbeziehung des Elsass, wissenschaftlich völlig korrekt, [ist] zur Zeit ein sehr heißes Eisen. [...] Man kann den linksrheinischen Raum im Süden wie im Westen stillschweigend einbeziehen, auch auf den Karten“; Feger an Fehrle vom 2. 8. 1947; StadtA KN BA A-L 1948/49. Fehrle, der den politischen Gedankengängen des Konstanzer Stadtarchivars „nahezu vorbehaltlos“ zustimmte, konnte allerdings den Verleger Curt Weller nicht zur Herausgabe seiner Arbeit bewegen; Fehrle an Weller vom 23. 7. 1947; StadtA KN BA A-L 1948/49.

⁵⁸ Der Begriff „natürliche Landschaft“ (Feger, Demokratie, S. 158) ist auch zentraler Bestandteil der wissenschaftlichen Theorien Fegers zur Archivkunde. Auf dem zweiten Südwestdeutschen Archivtag im Mai 1947 in Aulendorf legte er seinem Referat „Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken“ den synonym gebrauchten Begriff der „historischen Landschaft“ zugrunde.

wickeln würde, stellten in Fegers Augen eine zu große Gefahr für den schwäbisch-alemannischen Staat dar. Da schien ihm die alte Reichsstadt Rottweil am Neckar schon besser geeignet, „einer zwangsläufig bescheidenen schwäbischen Regierung Sitz und Unterkunft zu geben“⁵⁹. Andernfalls kamen aufgrund der zentralen Lage und der Zahl repräsentativer Gebäude auch die ehemals fürstlichen Residenzstädte Sigmaringen oder Donaueschingen als Hauptstadt in Betracht. Wie auch immer die Hauptstadtfrage gelöst worden wäre, dort jedenfalls hätten sowohl die Zentralregierung, ein in zwei Kammern gegliedertes Parlament und ein Höchstes Gericht seinen Sitz nehmen müssen.

In einem Rundumschlag skizzierte der Konstanzer Stadtarchivar die Verfassung seines propagierten alemannischen Staates⁶⁰: Das Parlament wäre in zwei Kammern aufzuteilen, die erste Kammer würde aus „Einerwahlkreisen“ hervorgehen, also sich durch Mehrheitswahlrecht konstituieren, die zweite Kammer hingegen sollte aus gewählten Vertretern der Parlamente der „natürlichen Landschaften“ gebildet werden. Dieses Verfassungsorgan hätte das ständische Element repräsentiert, denn neben die gewählten Parlamentarier sollten auch Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, Hochschulen, des Handwerks und der Industrie treten. Feger gab des weiteren zu bedenken, daß die zweite Kammer die Möglichkeit besitzen müßte, „auf einige weitere Sitze verdiente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hinzu zu wählen – Personen von Format, Erfinder, Dichter, Wissenschaftler“⁶¹. Ohne den Versuch einer Quantifizierung zu unternehmen, billigte Feger der zweiten Kammer eine längere Mandatszeit zu. Die politische Teilnahme des Volkes sollte durch Volksabstimmungen gewährleistet sein, „wichtige Vorlagen, grundlegende Gesetze müßten stets dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden“⁶². Überhaupt wies Feger dem einzelnen Bürger eine verantwortungsvolle und aktive Rolle innerhalb von Staat, Verwaltung und Justiz zu. Die ehrenamtliche Tätigkeit des einzelnen in den Gemeinden, den Bezirken und den Institutionen der „natürlichen Landschaften“ war für Feger Grundvoraussetzung für eine wirklich funktionsfähige Demokratie. Die vorgeschlagene Verwaltungsreform läßt sich auf zwei zentrale Punkte reduzieren: Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und Einbindung des Bürgers in die Verwaltung.

Die Erfahrungen des Nationalsozialismus hatten Feger gegen jede Form zentralisierter Machtanhäufung immunisiert. Ein künftiger schwäbisch-alemannischer Staat hätte daher nur zwingend notwendige Kompetenzen an eine Zentrale abgegeben. Die auswärtigen Angelegenheiten, die Wahrung der Staatsprinzipien Demokratie und Föderalismus, die Sicherung der Landeswährung sowie Hochschul- und Wissenschaftspolitik zählte Feger dazu. Außerdem habe eine Zentralgewalt für ein einheitliches Bürger- und Strafrecht zu sorgen, sie sei für Post- und Eisenbahnwesen zuständig und habe „informativische Aufgaben für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft“⁶³ zu erfüllen.

⁵⁹ Feger, Demokratie, S. 159 f.

⁶⁰ Es kam Feger bei der Skizze nicht auf einen wasserdichten, staatsrechtlich abgesicherten Verfassungsvorschlag an, weshalb er seine Vorstellungen mit dem Satz „Zimmern wir ein luftiges Gerüst“ (S. 162) einleitete.

⁶¹ Das Hinzuziehen dieser Personengruppen bildet das entscheidende ständestaatliche Element in Fegers Verfassungsentwurf; Feger, Demokratie, S. 162.

⁶² Ebenda, S. 163.

⁶³ Die Dezentralisierung erfaßte bei Feger tatsächlich den gesamten postulierten schwäbisch-alemannischen Staat; ebenda, S. 169.

Schließlich müsse die Zentralgewalt für ihre eigene Finanzierung sorgen. Neben einer gründlichen Verwaltungsreform mit dem Ziel der Bürgerbeteiligung redete Feger im folgenden einer Justizreform das Wort: „Wir brauchen ein Recht, das vom Staatsbürger ohne Spezialausbildung verstanden wird.“⁶⁴

Eine gewichtige Rolle bei der Ausgestaltung der schwäbisch-alemannischen Demokratie maß Feger dem Erziehungswesen bei. Die schulische Erziehung müsse den jungen Staatsbürger mit den Organen und der Funktionsweise des Staates vertraut machen, wie dies in den Vereinigten Staaten, die er von seinem Schul- und Studienaufenthalt in den zwanziger Jahren kannte, der Fall sei⁶⁵. Größte Bedeutung habe daher der landesgeschichtliche und heimatkundliche Unterricht. „Gegenüber der nord- und kolonialdeutschen Geschichtsauffassung [...] muß eine alemannische Geschichtsbetrachtung herausgestellt werden, ähnlich wie die Schweiz ihre durchaus eigene schweizerische Geschichtsbetrachtung hat.“⁶⁶ Die Übereinstimmung Fegers mit der geschichtsrevisionistischen Auffassung katholischer Föderalisten ist ersichtlich⁶⁷. Selbstverständlich schloß die Erkenntnis das Postulat der intensiven Pflege der Mundart mit ein. Ausgangspunkt zur Umsetzung des neuen Erziehungskonzepts konnten nur die beiden Universitäten Freiburg im Breisgau und Tübingen sein, eine Reihe von Wissenschaftlern bot dem Archivar schon bisher dafür Gewähr⁶⁸. Keineswegs bezweckte Feger damit die Schaffung einer „kulturellen Autarkie“, er wußte nur zu genau, daß „der Geist dorthin weht, wohin er will“. Aber an den Universitäten sollten nach seinen Vorstellungen „die Grundlagen für die landeskundliche Erziehungsarbeit festgelegt werden“⁶⁹, die über die Lehrerausbildung später Einfluß auf das Bewußtsein der jungen Staatsbürger nehmen würden.

Die wirtschaftlichen Prognosen für einen prosperierenden alemannischen Staat sah Feger als vortrefflich günstig an, da „Großagrariertum [...] Großindustrie und ein Großproletariat“⁷⁰ fast vollständig fehlten und die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Reorganisation gegeben sei: ein „gesundes Verhältnis“⁷¹ von Landwirtschaft, Industrie und Handel. Überhaupt nahm Feger schon einige wirtschaftspolitische Entwicklungen

⁶⁴ Ebenda, S. 174.

⁶⁵ Nicht nur an der vorliegenden Stelle (Feger, Demokratie, S. 180) griff Feger auf seine persönlichen Erfahrungen mit den Verhältnissen in den USA zurück. Sein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (1922–24) hatte maßgeblichen Einfluß auf sein politisches Denken.

⁶⁶ Feger, Demokratie, S. 182.

⁶⁷ Zu Beginn des Jahres 1948 plante Feger die Abfassung einer Darstellung der neuesten deutschen Geschichte ab 1848, die sich gegen die preußisch-deutsche Geschichtsauffassung wenden sollte. Seiner Ansicht nach lief selbst die nach 1945 erschienene historische Literatur „immer wieder auf den alten Bismarckstaat und auf die deutsch-nationale Auffassung von der deutschen Mission hinaus“. Indes, das Buch wurde nie geschrieben; Feger an Georges Ferber (Bezirksmilitärregierung Konstanz) vom 5. 3. 1948; StadtA KN BA A-L 1948/49.

⁶⁸ Im genannten Abschnitt (Feger, Demokratie, S. 184) fallen u. a. die Namen der Historiker Karl Weller, Karl Otto Müller (vgl. Anmerkung 211), Erwin Hölzle, der Rechtshistoriker Konrad und Franz Beyerle (vgl. Anmerkung 18 und 117), Karl Siegfried Bader (vgl. Anmerkung 133), des Freiburger Geographen Friedrich Metz (vgl. Anmerkung 232) sowie des Freiburger Stadtarchivars Friedrich Hefe (vgl. Anmerkung 195).

⁶⁹ Feger, Demokratie, S. 184 f.

⁷⁰ In der Begrifflichkeit Fegers fällt die pejorative Verwendung der Vorsilbe „Groß-“ auf: Alles was über das Heimatliche und Überschaubare hinausging, war für den Konstanzer Stadtarchivar suspekt; ebenda, S. 189.

⁷¹ Ebenda, S. 189.

kommender Jahrzehnte vorweg. Es müsse „sehr konsequent und systematisch auf die Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes hingearbeitet werden“⁷². Den gangbaren Weg, der zur Bildung des schwäbisch-alemannischen Staates beschritten werden sollte, umriß Feger nur schemenhaft, indem er die Schaffung zweier Staatssekretariate in Freiburg und Stuttgart anregte, die wiederum die Gewähr für „die gleichmäßige Entwicklung auf allen Gebieten“⁷³ zu geben hätten. Zu deren Hauptaufgaben müßten „die Dezentralisierung des Staatsapparates, die Einführung des Staatsbürgers in die aktive staatliche Mitarbeit“ sowie die „geistige Erziehung zum Staatsbürgertum“⁷⁴ zählen. Die Aufteilung Südwestdeutschlands unter zwei Besatzungsmächte sah Feger zwar als ein mögliches, aber nicht unüberwindbares Hindernis bei der Schaffung eines autonomen Alemanniens an. In den Zielen Frieden und Freiheit meinte der Konstanzer Stadtarchivar zudem eine Interessenkonvergenz des neuen Staates und der Militärregierungen zu erkennen. Die Antipreußenhaltung war das Fundament für die Argumentation und zugleich Leitmotiv für Fegers Handeln. Dahinter stand ein Geschichtsverständnis, das eine gerade Linie von der Gewaltpolitik Friedrich des Großen zum imperialistischen Krieg Hitlers zog⁷⁵.

Der Verlag Curt Weller

Der Verleger Curt Weller⁷⁶ hat nach 1936 zwangsläufig am Bodensee eine neue Heimat gefunden. Seine Weigerung, sich von „unliebsamen“ Autoren zu trennen, hatte seiner Tätigkeit als Lektor und Prokurist bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart im Jahr 1933 ein Ende gesetzt⁷⁷. Danach versuchte er sich erneut als selbständiger Verleger, wobei er mit der schweizerischen *Société Polygraphique* in Laupen bei Bern eng zusammenarbeitete. Einige Kunstbücher, die auch bei Plon in Paris als französische Ausgaben erschienen, hatte Weller in den Vorkriegsjahren im Verlagsprogramm. 1936 kehrte er

⁷² Ebenda, S. 195.

⁷³ Ebenda, S. 217.

⁷⁴ Der Stellenwert, den Feger dem aktiven Demokraten zumaß, kann kaum deutlicher und prägnanter zitiert werden; ebenda, S. 217.

⁷⁵ Die geschichtsrevisionistischen Vorstellungen Fegers schienen auch an anderer Stelle durch. Der Chefredakteur des Südkuriers, Dr. Fritz Harzendorf, legte zur selben Zeit (Ostern 1946) eine Broschüre (So kam es. Der deutsche Irrweg von Bismarck bis Hitler) vor. Einen knappen Einblick in die Masse der Revisionsliteratur bietet Schulze, Geschichtswissenschaft, S. 46 f. Anmerkung 2.

⁷⁶ Curt Weller (1895–1955), in Montreux in großbürgerlichen Verhältnissen geboren; 1914 Aufgabe der schweizerischen Staatsbürgerschaft und Kriegsfreiwilligenmeldung; Reserveoffizier in einem bayerischen Artillerieregiment, nach Flugzeugabsturz schwer kriegsversehrt (Amputation des linken Beins); nach 1918 Verlagsvolontariate bei Otto Harrassowitz und Felix Meiner in Leipzig; 1922 mit väterlichem Erbteil Gründung des Verlages Curt Weller Wien/Leipzig, erster Verleger von Erich Kästner; 1930 Verlagsliquidation infolge der Weltwirtschaftskrise; Prokurist und Lektor bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart; 1936 aus politischen Gründen Übersiedlung an den Bodensee (zuerst Insel Reichenau, dann Horn bei Radolfzell), Tätigkeit als freier Verleger; 1945 Verlagsneugründung; Freund und Verleger Anna Seghers'; 1950 durch Währungsreform verursachtes Konkursverfahren des Verlages; 1952 Kandidatur für die Gesamtdeutsche Volkspartei. Vgl. dazu auch Bosch/Klöckler, Weller.

⁷⁷ Die biographischen Daten zu Wellers Leben bis 1945 entstammen zwei Lebensläufen: „Curriculum vitae“ vom 10. 12. 1945 und „Renseignement sur ma personne“ o. D. [1945]; AdO HCFA AC c. 759/7.

Stuttgart den Rücken und ließ sich für kurze Zeit auf der Insel Reichenau nieder, aber ein verweigerter Hitlergruß brachte ihm neben einer schmerzlichen Verurteilung die Erkenntnis, erneut seinen Wohnsitz wechseln zu müssen. Auf der nur wenige Kilometer entfernten Halbinsel Höri, die namhaften Künstlern zum Refugium wurde, betrieb er seit Mai 1938 seinen Verlag weiter. Die Lagerräume und die Versandabteilung des Verlages befanden sich noch in Leipzig, erst später wurden Teile nach Radolfzell an den Bodensee verlegt. Der Kriegsausbruch 1939 verschlechterte nachdrücklich die Kooperation mit dem schweizerischen Verlagshaus in Laupen und machte sie schließlich unmöglich. Die neueingeführte Papierzuteilung fiel für das kleine Unternehmen von Monat zu Monat geringer aus; deshalb sah sich Curt Weller gezwungen, im März 1940 als Mitarbeiter im technischen Verlag Dr. Paul Christiani in Konstanz eine Tätigkeit aufzunehmen. Seine offenkundig antinazistische Haltung führte im Dezember 1942 zu seiner Verhaftung und Verurteilung wegen „Wehrkraftzersetzung“. In Konstanz und Rottenburg am Neckar verbüßte der im Ersten Weltkrieg Schwerebeschädigte dafür ein Jahr Haft. Sein Verlagshaus in Leipzig ging im Dezember 1943 bei einem Luftangriff in Flammen auf, die dort verbliebenen Bücher und Dokumente verbrannten. Curt Weller, mittlerweile mit Berufsverbot belegt, stand vor dem beruflichen Nichts. Sein Verlag, den er in weiser Voraussicht seiner Ehefrau und Paul Christiani in Form einer Kommanditgesellschaft überschrieben hatte, sollte schließlich noch im Februar 1945 auf Veranlassung des Reichssicherheitshauptamtes aufgelöst werden. Die französische Besetzung kam aber der Durchführung der Anweisung zuvor. Der Verlag Curt Weller trat ohne größere Verlagsbestände und ohne das komplette Archiv finanziell und materiell hochgradig geschwächt in die schwierige Phase der Nachkriegszeit ein.

Politisch nicht kompromittiert und durch seine Verhaftung als Gegner des Nationalsozialismus ausgewiesen, war Curt Weller für die französische Besatzungsmacht ein ernstzunehmender Verleger, der als einer der ersten Deutschen im Dezember 1945 die Lizenz für einen Verlag erhielt⁷⁸; unverzüglich nahm der im linken Parteienspektrum Anziedelnde mittels einiger kleiner, noch während des Krieges nach Radolfzell ausgelagerter Bestände seine Arbeit wieder auf. Schon im Spätsommer 1945 hatte Weller als zukünftige Programmschwerpunkte „die Veröffentlichung aktueller, unterdrückter schöngeistiger und unterhaltender Literatur, sowie eine Reihe in den letzten Jahren sorgfältig vorbereiteter Werke über den Buddhismus“⁷⁹ hervorgehoben. Innerhalb des Verlagsprogrammes bildeten die Publikationen zu Föderalismus, Geschichtsrevision und Neugliederungsdiskussion, welche nur einen kleinen Teil der verlegerischen Aktivitäten Wellers darstellten, nicht den Schwerpunkt.

Im Sommer 1945 engagierte sich Weller in einer der in Südwestdeutschland vielerorten entstandenen, antinazistischen Vereinigungen und galt als Kopf des „Widerstandsblock Höri“. Schon Ende 1945 setzte sich der Verleger für verbandliche und berufsspezifische Interessen bei der französischen Besatzungsmacht ein und organisierte im Landeskommisariatsbezirk Konstanz den Börsenverein des deutschen Buchhandels. Es ist Wellers Verdienst, daß die Buchhändler und Verleger des badischen Bodenseegebietes

⁷⁸ „Autorisation“ vom 10. 12. 1945 für den Verlag Curt Weller & Co in Horn und dessen Büro in der Zollernstraße 10 in Konstanz; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁷⁹ Brief Wellers an Jacob Picard vom 22. 9. 1946; NL Picard im Leo Baeck Institute New York; Auskunft von Manfred Bosch (Rheinfelden) vom 4. 4. 1993.

eine eigenständige dritte Bezirksgruppe neben Freiburg und Baden-Baden erhielten. Seine Freundschaft zur Schriftstellerin Anna Seghers, die in die dreißiger Jahre zurückzudatieren ist, macht das ambivalente Verhältnis Wellers zu südwestdeutschen, autonomistischen Vorstellungen deutlich. Die Kommunistin Anna Seghers traf via Schweden aus dem mexikanischen Exil im April 1947 in Berlin ein und ließ sich – obschon ihre weitverzweigten Kontakte fast allesamt in den sowjetisch besetzten Osten wiesen – im Westteil der Stadt nieder. Bei einem Aufenthalt Anna Seghers' auf der Hörli im September 1947 griff Weller instinktiv zu und sicherte sich die Rechte an dem bereits in spanischer, englischer und französischer Sprache erschienenen Roman *Transit*. Das Verlagsprogramm Curt Wellers veränderte sich von Ende 1945 bis zur Einleitung des Konkursverfahrens im Jahr 1950 nur unwesentlich, eine Präponderanz von Prosa und Schriften zum Buddhismus ist zu konstatieren⁸⁰.

Neben der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* Otto Fegers hatte Wellers Verlagsprogramm nur noch die Untersuchung Eugen Stammers zu dem Föderalisten Constantin Frantz⁸¹ als politische Veröffentlichung aufzuweisen. Die Studie über diesen Föderalisten des 19. Jahrhunderts hatte schon aufgrund der Auflage von lediglich 4000 Exemplaren einen deutlich geringeren Stellenwert. Zudem verzögerte sich die Drucklegung des bereits 1946 fertiggestellten Manuskripts erheblich. Die französische Zensurbehörde hatte einige Passagen zu bemängeln und knüpfte die Lizenz an die Abänderung des Textes⁸². Das Leben und Werk von Constantin Frantz stand im Mittelpunkt; Stamm hatte es tunlichst vermieden, Rückschlüsse auf die Lage Deutschlands nach 1945 zu ziehen. Insgesamt also ein braver Band, der keinesfalls als Propagandainstrument für den Föderalismus zu gebrauchen war. Auf die Neugliederung Deutschlands – geschweige denn des Südwestens – findet sich in der Publikation selbstredend kein Hinweis.

Trotz des bescheidenen Verlagssegments, das der Neugliederungsdiskussion und dem Föderalismus eingeräumt wurde, scheint Weller eine gewisse Sympathie zugunsten der Fegerschen Pläne entwickelt zu haben. Lebhaft versuchte er im Februar 1946 der Baden-Badener *Direction de l'Information* die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* schmackhaft zu machen, indem er betonte, daß er als gebürtiger Schweizer süddeutscher Abstammung ein sehr persönliches Interesse an einer weiten Verbreitung der Ideen habe⁸³. Selbst Ausgaben in französischer und englischer Sprache hielt Weller für wün-

⁸⁰ Die Preisliste und der Bestellzettel des Verlages Curt Weller umfaßten im Juni 1949 36 Titel: Romane (Arnheim, Eine verkehrte Welt; Becker, Haus Vaterland; Colette, Duett; Neumann, Tibbs; Ders., Mit fremden Federn; Plievier, Im letzten Winkel der Erde; Ders., Haifische; Ders., Das gefrorene Herz; Seghers, Transit), Die kleine Reihe des Verlages (Alverdes, Die Pfeiferstube; Bonn, Benita Bernate; Ders., Geliebte kleine Welt; Ders., Sommer einer jungen Frau; Lübke, Zweite Geburt; Seghers, Das Ende; Tronier, Funder – der Krüllkopf; Weissenborn, Ch'ien lung), Edition Asoka [Buddhismus] (Schmidt, Buddhas Lehre; Ders., Buddhistische Heilige; Ders., Buddhistisches Brevier; Ders., Buddhistisches Wörterbuch; Schumacher, Die Edikte des Kaisers Asoka; Suzuki, Die Große Befreiung), Verschiedenes (Feger, Konstanz; Herrigel, Zen in der Kunst des Bogenschiessens; Leistner, Null Uhr Fünfzehn; Stamm, Ein berühmter Unberühmter). Fegers Schwäbisch-Alemannische Demokratie war zu diesem Zeitpunkt längst vergriffen.

⁸¹ Stamm, Unberühmter.

⁸² Vgl. die Aufforderung an Stamm, alle Stellen, an denen die Bewunderung für Wagner, Bismarck und Friedrich d. Gr. durchschien, umzuarbeiten; Bureau Edition an Weller vom 16. 6. 1947; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁸³ Schreiben Wellers an die Direction de l'Information vom 5. 2. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

schenswert. Inwieweit das „Interesse“ nun allerdings eher verlegerischer Art war, mag dahingestellt bleiben. Dennoch hat es den Anschein, als ob der persönliche Einsatz Wellers in Baden-Baden für die Drucklegung föderalistischer Schriften mit seiner politischen Überzeugung zumindest teilweise korrespondierte; Curt Weller hat sich für eine Vielzahl höchst unterschiedlicher verlegerischer Projekte engagiert, die sich allesamt durch Unterdrückung im „Dritten Reich“ charakterisieren lassen. Seine verlegerische Aufgabe sah Curt Weller in der Publikation unzeitgemäßer Themen und Thesen.

Das Erscheinen und die Auflagenhöhe der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie

Keine andere Publikation der unmittelbaren Nachkriegszeit hat in der zeitgeschichtlichen Forschung ein analoges Echo ausgelöst und zu vergleichbar divergierenden Reaktionen geführt. Die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* ist zudem ein Beispiel in der Historiographie, wie thesenbildende „Fakten“ ohne eine quellenmäßige Überprüfung aus der Sekundärliteratur übernommen werden.

Otto Feger und Curt Weller dürften im Spätjahr 1945 Bekanntschaft geschlossen haben, wobei Feger mit Sicherheit das Manuskript der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* bereits in großen Teilen niedergeschrieben hatte. Seit Ende Oktober war das detaillierte Genehmigungsverfahren für Publikationen von Laffon persönlich in Kraft gesetzt worden⁸⁴. Die für die Erteilung der Lizenz verantwortliche Abteilung der französischen Militärregierung in Baden-Baden, die *Direction de l'Information (Bureau Edition)*⁸⁵, erhielt demnach im Februar 1946 von Curt Weller eine Anfrage wegen der möglichen Lizenzierung eines Buches, „das sensationell wichtig in der jetzigen Situation ist“⁸⁶. In einer langen Ausführung suchte der Konstanzer Verleger die zuständigen Offiziere von den Zielen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* zu überzeugen. Seine Worte sollten auf fruchtbaren Boden fallen, wurden doch in Baden-Baden just in jenen Monaten innerhalb des Zivilkabinetts des Oberkommandierenden Pläne zur Konföderierung Südwestdeutschlands intensiv diskutiert⁸⁷. Das im Januar 1946 erarbeitete „Südschwarben-Projekt“ schien sich in Teilen mit den Plänen Fegers zu decken.

Der Anfrage Wellers vom Februar 1946 lag eine *demande de licence d'édition*⁸⁸ bei, die alle wichtigen Angaben zu Autor, Verlag und der gewünschten Publikation einschließlich der beantragten Auflagenhöhe beinhalten. Die Druckfahnen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* übergab Weller persönlich am 8. Februar 1946 Leutnant Nathan von der *Direction de l'Information*⁸⁹. Doch die bürokratischen Mühlen der französischen Besatzungsmacht mahnten langsam, zuerst mußte das Manuskript von der *Di-*

⁸⁴ Emile Laffon: „Edition“ (masch. 6 S.) vom 27. 10. 1945; AdO HCFA AC RIL c. 763/1.

⁸⁵ Das Bureau Edition – Unterabteilung der DI – war für den Verkehr mit den Verlegern sowie für die Zulassung, die Lizenzierung und die Papierzuteilung zuständig; Mombert, Verlagspolitik, S. 229.

⁸⁶ Weller an die Direction de l'Information vom 5. 2. 1946; in der Anlage der Fragebogen Otto Fegers; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁸⁷ Zur Neugliederungsdiskussion innerhalb der Militärregierung vgl. Kapitel I/4.

⁸⁸ Deutscher Untertitel: „Antrag auf Erteilung der Veröffentlichungsberechtigung“; Curt Wellers Antrag für die Schwäbisch-Alemannische Demokratie ist auf den 5. 2. 1946 datiert; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁸⁹ Weller an die Direction de l'Information vom 15. 2. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

rection de l'Information geprüft werden, dann trat die *Direction de l'Education Publique* auf den Plan. Die für die Zensur zuständige Behörde Raymond Schmittleins ließ sich genügend Zeit zur erneuten sorgfältigen Durchsicht des Manuskripts. Am 26. März schließlich vergab sie die nötige Genehmigung mit der Visa N° 914/P und stufte den Druck der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* in die höchste der vier Prioritätsstufen ein. Die von Weller beantragte Auflagenhöhe von 50 000 Exemplaren wurde ohne die sonst übliche, fünfzigprozentige Kürzung genehmigt, die nötigen 16,5 Tonnen Papier prompt bewilligt. Die Begründung wurde intern mitgeliefert: Das gut geschriebene Buch sei empfehlenswert, es handle sich um die erste Schrift, die zugunsten des Autonomismus streite und die hervorragende historische Passagen für die Jugend enthalte. Fazit: Das Buch verdiene eine weite Verbreitung⁹⁰.

Zweifellos ist die Stellungnahme vor dem Hintergrund der innerfranzösischen Neugliederungsdebatte in Baden-Baden zu sehen. Der Hinweis auf die Jugend ist auch Beleg für den auf die demokratische und freiheitliche Prägung dieser Generation abzielenden französischen Umerziehungsimperativ, der eine Abkehr vom preußisch-kleindeutschen Geschichtsbild implizierte. Noch am selben Tag konnte auch die *Direction de l'Information* ihre Zustimmung in Form einer *licence d'édition*⁹¹ geben, das Werk erhielt von der Dienststelle sodann die wichtige Genehmigungsnummer (*autorisation N° 813*). Doch die Lizenz war nur ein erster Schritt bis zur endgültigen Herstellung eines Buches. Das nötige Papier wurde den Druckereien nur gegen einen *bon de déblocage* zur Verfügung gestellt, welcher trotz Lizenzierung beim Verlag Curt Weller bis Anfang Juni 1946 nicht eingetroffen war. Daher schaltete Weller im Frühsommer 1946 den Konstanzer Kultur- und Informationsoffizier Georges Ferber ein, dessen Telegramm am 4. Juni das für die Papierfreigabe zuständige *Bureau d'Edition*, eine Unterabteilung der *Direction de l'Information*, erreichte. Unter Hinweis auf die vor drei Monaten erteilte Lizenz bat Ferber um die Freigabe des genehmigten Papiers⁹². Postwendend erhielt er vom *Bureau d'Edition* die Auskunft, daß mit der Bereitstellung des Papiers in zwei Wochen zu rechnen sei⁹³.

Ende Juni 1946, fast ein halbes Jahr nach Abschluß des Manuskripts durch Feger, konnte die Oberbadische Verlagsanstalt Merk & Co⁹⁴ in Konstanz für den Verlag Weller mit dem Druck der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* beginnen. Die ersten

⁹⁰ Der handschriftliche Vermerk eines Mitarbeiters der *Direction de l'Education Publique*, der im Auftrag Schmittleins abzeichnete, ist im Telegrammstil verfaßt: „Très recommandable; milite en faveur de l'autonomisme. C'est le 1er manuscrit de ce genre! Bien écrit. Contient d'excellents éléments historiques pour la jeunesse (50 000 ex.) mérite large diffusion.“; Vermerk vom 26. 3. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁹¹ Vgl. das „Verlagsrecht“ für Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* vom 26. 3. 1946. Die genehmigte Auflagenhöhe betrug weiterhin 50 000 Exemplare; AdO HCFA AC c. 759/7; Durchdruck in: AdO HCFA AC c. 1121/3.

⁹² Telegramm Ferbers an das *Bureau d'Edition* vom 3. 6. 1946: „LICENCE ACORDEE ET OUVRAGE PRET A IMPRIMER DEPUIS 3 MOIS. STOP. [...] BON DE DEBLOCAGE TOUTJOURS PAS ARRIVE SIGNE FERBER. FIN.“; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁹³ *Bureau d'Edition* an Ferber vom 5. 6. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁹⁴ Alfred Merk, der Besitzer des renommierten katholischen Konstanzer Druck- und Verlagshauses, war überzeugter Föderalist, so daß der Druck der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* für ihn auch einen hohen politischen Stellenwert hatte. Zu seiner Rolle beim Druck der Föderalistischen Hefte vgl. Kapitel II/1.

Exemplare der umstrittenen Schrift dürften ab Mitte Juli 1946 in die Auslagen der Buchhandlungen gelangt sein, also nur vier Wochen vor Gründung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Singen. Feger hatte allerdings in den Monaten zuvor sein Buch in Form des Manuskripts oder der Druckfahnen vereinzelt verschickt. Der für das Archivwesen als badischer Generalstaatsanwalt zuständige Karl S. Bader, den Feger aus seiner Studienzeit in Freiburg kannte, notierte nämlich bereits am 2. April in sein Tagebuch: „Abends lese ich [...] das leicht verrückte Buch von Otto Feger ‚Alemannische Demokratie‘, m. E. rasch hingeworfen und unreif bei teilweise hübschen Einfällen, Formulierungen und Anregungen.“⁹⁵ Auch der Freiburger Geograph und Leiter des Alemannischen Instituts, Friedrich Metz, hatte ein Manuskript oder die Druckfahnen zur Prüfung erhalten.

Anfang September 1946 – es war erst ein Bruchteil der genehmigten 50 000 Exemplare gedruckt – machte Weller eine folgenreiche erneute Eingabe bei der französischen Besatzungsmacht. Für den weiteren Druck bat er um die Erlaubnis, dem Werk zwei zusätzliche Zitate⁹⁶ und eine Abbildung beigeben zu dürfen. Das eine Zitat („*Heureux le peuple dont l'histoire est ennuyeuse*“) stammte aus der Feder des französischen Staatstheoretikers Montesquieu, das andere, ein Zitat des populären sozialistischen Historikers Franz Mehring⁹⁷, sollte auch die linken politischen Kräfte für die Schrift gewinnen⁹⁸. Ferner wünschte Weller zwischen Seite 32 und 33 die Einfügung einer Reproduktion des Titelblattes des „Badischen Wiegenliedes“, dessen Text Feger auf Seite 37 zitierte. Das Einverständnis der *Direction de l'Information* ließ nur kurze Zeit auf sich warten, die nachgeordnete Zensurbehörde hatte dem Vorhaben rasch zugestimmt⁹⁹. Weit einschneidender als die marginalen Änderungen im Innenleben der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* sollte sich allerdings die veränderte Optik des Einbandes erweisen. Schriftart, Größe und Prägung verliehen den weiteren Exemplaren ein äußerlich verändertes Aussehen und erweckten bei den Zeitgenossen den Eindruck, daß sich bereits die zweite Auflage im Handel befinde¹⁰⁰. Realiter handelte es sich aber lediglich um den geringfügig ergänzten zweiten Teil der ersten Auflage. Diese Bücher lagen seit Ende Februar 1947 in den Buchhandlungen aus. Die Konfusion um die Auflagenhöhe wurde noch dadurch vermehrt, daß bis Ende 1947 die letzten 16 000 Exemplare, die nach dem zweiten Teil der Auflage gestaltet und revidiert waren, das zusätzliche Imprimatur „34.-50. TAUSEND“ erhielten. Es kann mit Fug und Recht von einer dreigeteilten Auflage der *Schwäbisch-*

⁹⁵ Bader, Wiederaufbau, S. 71. Auch aus der ungekürzten Kopie des Tagebuches, die sich im Stadtarchiv Freiburg befindet, geht nicht hervor, ob es sich um ein Manuskript oder eventuell die Druckfahnen der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie handelt; vgl. StadtA FR B1/389. Das erste gebundene Exemplar hat Bader Ende Juli 1946 per Post von Feger erhalten; Feger an Bader vom 23. 7. 1946; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Feger.

⁹⁶ Das bisherige Zitat von Gottfried Keller „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deinige liebe!“ wurde auch weiterhin abgedruckt.

⁹⁷ „Der preußische Staat ist groß geworden durch permanenten Verrat an Kaiser und Reich, und nicht minder groß ist er geworden durch das Schaben und Schinden seiner arbeitenden Klassen. Es gibt keinen anderen Staat, der ihm in der einen oder anderen Beziehung überlegen gewesen wäre.“

⁹⁸ Weller an das Bureau d'Édition vom 12. 9. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

⁹⁹ Direction de l'Information an Weller vom 17. 9. 1946; AdO HCFA AC c. 759/7.

¹⁰⁰ Auch das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ließ sich in die Irre führen und sprach von einer Neuauflage; *Der Spiegel* vom 27. 3. 1948.

Alemannischen Demokratie gesprochen werden. Damit wurde der Vermutung, daß die Schrift in einer ungeheuren Auflage herausgekommen sei, zusätzliche Nahrung geliefert. Ob das Buch, wegen seiner Bayerisch-Schwaben betreffenden Forderungen, in Bayern tatsächlich verboten wurde, ist unklar¹⁰¹.

Die Zeitgenossen wurden durch die Medien über die tatsächliche Auflagenhöhe informiert. Die Berliner Tageszeitung *Telegraf* berichtete am 29. Mai 1947 von einer Auflage von 50 000 Exemplaren¹⁰², eine kongruente Aussage hatte die *Neue Zürcher Zeitung* schon am 9. März publiziert¹⁰³. Auch der Berliner CDU-Begründer Jakob Kaiser ließ in einem Bericht vom 7. August 1946, der seine Reiseerlebnisse in der FBZ wiedergab, die Bemerkung einfließen, Fegers Buch sei „mit der aussergewöhnlich hohen Auflagezahl von 50 000“ erschienen¹⁰⁴. Selbst *Der Sozialdemokrat* gab im Mai 1948 seinem Erstaunen Ausdruck, daß Fegers Buch mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren Verbreitung finde¹⁰⁵.

Für Historiker und Politologen war indes das gedruckte Quellenmaterial von untergeordnetem Interesse. Theodor Eschenburg¹⁰⁶, Ministerialrat in Württemberg-Hohenzollern und gewichtiger Befürworter des Südweststaates, prägte durch die Abfassung der 1951 anonym¹⁰⁷ erschienenen Schrift „Baden von 1945 bis 1951 – was nicht in der Zeitung steht“ die Vorstellung von der Verbreitung der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* in „erstaunlich großer Auflage in dieser papierknappen Zeit“¹⁰⁸. Noch im selben Jahr entschloß man sich – finanziert mit Mitteln aus dem Stuttgarter Staatsministerium – zur zweiten Auflage der Broschüre¹⁰⁹, die stillschweigend an einigen Stellen entscheidend umgearbeitet wurde. Auf Seite 12 setzte Eschenburg nun die fiktive Auflagenhöhe von 240 000 Exemplaren in die Welt – die Legende war geboren. Die Zahl erwies sich als Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen und damit indirekt zur französischen Haltung gegenüber „separatistischen“ Strömungen. Gegen Ende des Jahrzehnts vertrat Eschenburg eine abgeschwächtere Auffassung: „In der französischen Besatzungszone Südwestdeutschlands erschien 1946 in einer selbst für normale Zeiten ungewöhnlich hohen und nur durch französische Papierzuteilung möglich gemachten Auf-

¹⁰¹ Roux, *Problèmes*, S. 43.

¹⁰² „Süddeutscher Separatismus“, in: *Telegraf* vom 29. 5. 1947.

¹⁰³ „Ein autonomes Alemannien“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. 3. 1947.

¹⁰⁴ BAK NL [Jakob Kaiser] 18/122; abgedruckt in: Becker, CDU, S. 363–368.

¹⁰⁵ *Der Sozialdemokrat* vom 12. 5. 1948; zitiert in einem Brief des Conseiller Politique an Bidault vom 14. 5. 1948; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 82.

¹⁰⁶ Theodor Eschenburg (*1904), Gymnasium in Kiel und Lübeck; Geschichtswissenschaftliches Studium in Tübingen und Berlin; 1928 Promotion; Mitarbeiter von Gustav Stresemann; nach 1933 Geschäftsführer industrieller Verbände; 1945–47 Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Hohenzollern; 1947–52 Ministerial- und Staatsrat im Innenministerium in Tübingen; Vater der Südweststaatsklausel im Grundgesetz (Art. 118), Befürworter des Länderzusammenschlusses im Südwesten; 1949 Honorarprofessor für Politik in Tübingen; 1952–69 ordentliche Professur; 1961–63 Rektor der Universität Tübingen; Mitglied des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg.

¹⁰⁷ Im Juni 1982 bekannte sich Eschenburg zur Autorenschaft; Hudemann, *Besatzungszone*, S. 247 f. Auch über die Finanzierung gibt es keine Zweifel: Das Stuttgarter Staatsministerium erhielt vorab (am 22. 8. 1951) ein Exemplar; HSTAS EA 1/920 P32 630.

¹⁰⁸ [Eschenburg], *Baden*, 1951, S. 12.

¹⁰⁹ [Eschenburg], *Baden*, 2. [veränderte] Auflage, 1951.

lage ein Buch.“¹¹⁰ In jeder Hinsicht tat der in Lübeck geborene Eschenburg alles, um die Ideen einer schwäbisch-alemannischen Autonomie im nachhinein zu diskreditieren. So fuhr er fort: „Obwohl es damals kaum Bücher gab und daher ein großes Bedürfnis nach ihnen bestand, wurde diese Schrift kaum gelesen und fand keinerlei Resonanz.“ Eschenburgs Präsentation der Nachkriegsverhältnisse entspricht nicht den Tatsachen, es gab mit Sicherheit in Südwestdeutschland unmittelbar nach 1945 keine umstrittenere und mehr in der Diskussion stehende Schrift¹¹¹. Die von Eschenburg in Umlauf gebrachte Auflagenhöhe zieht sich wie ein roter Faden durch die Sekundärliteratur¹¹².

Die Resonanz der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie

Otto Feger war sich darüber im klaren, daß er mit dem Buch eine lebhaftige Diskussion auslösen würde. Tatsächlich hatte er die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* mit dem Zorn und dem Eifer desjenigen geschrieben, der im „Dritten Reich“ gelitten hatte. Die an die Veröffentlichung anschließende Diskussion erachtete Feger aber nicht als Abfallprodukt, sondern als eigentliches Ziel, das er erreichen wollte. In einem Beilagezettel, der in jedes Exemplar der Schrift eingelegt war, drückte er explizit seinen Wunsch aus, „die Diskussion über Fragen der Gegenwart in Gang“ zu bringen¹¹³. Die darin enthaltene Aufforderung, sich brieflich mit ihm in Verbindung zu setzen, fand reichen An-

¹¹⁰ Eschenburg, Problem, S. 127.

¹¹¹ Selbst ein in der Neugliederungsdiskussion völlig unbedarfter Tübinger Jurist, Professor Adolf Julius Merkl, belegte 1947 in anderem Zusammenhang die Schwäbisch-Alemannische Demokratie mit dem Prädikat „vielzitiert“; Merkl, Deutschland, S. 73.

¹¹² Hans Georg Wieck rezipierte 1958 die fiktive Auflagenhöhe und änderte sie in „über 250 000 Exemplare“ um (Ders., Demokraten, S. 99). Kein Hinweis auf die Auflagenhöhe findet sich hingegen bei Frank Roy Willis (Ders., French). In der Landesgeschichtsschreibung hatte sich bis zu Beginn der siebziger Jahre das Verdikt Eschenburgs durchgesetzt, die Schwäbisch-Alemannische Demokratie als ephemere Erscheinung zu bewerten. Kräftig wurde somit an der Legende um die Entstehung des Südweststaates als der einzig möglichen, praktikablen und vor allem diskutierten Lösung nach 1945 gestrickt. Hans-Peter Schwarz übernahm in der ersten Auflage seiner Habilitationsschrift aus dem Jahr 1966 die von Wieck willkürlich erhöhte, fiktive Auflagenhöhe, indem er lapidar vermerkte: „Das Buch wurde in einer Auflage von 250 000 Exemplaren verbreitet“ (Ders., Reich, S. 779 Anmerkung 36). Die Arbeit von Schwarz – 1980 in der zweiten erweiterten Auflage erschienen – war für die Forschung in den folgenden Jahren Ausgangspunkt für die weitere Quantifizierung der Auflagenhöhe. Seit Ende der siebziger Jahre ist ein vorsichtiges Minimieren erkennbar, in der Forschung der achtziger Jahre erreicht die Zahl bei Manfred Bosch mit 200 000 Exemplaren einen bisherigen Tiefstand (Ders., Neubeginn, S. 218). Ansonsten erwiesen sich die 240 000 Exemplare als ausgesprochen resistent. Auffallend bleibt, daß keiner der Autoren einen Beleg nennt, sondern die Quantifizierung stets kritiklos und selbst ohne entsprechende Zitate aus der Sekundärliteratur in den Raum stellt. In der Geschichte Badens übernahm Wolfgang Hug 1992 die auf Eschenburg zurückgehenden 240 000 Exemplare (Ders., Geschichte, S. 369). Der Freiburger Historiker Peter Fäßler macht 1992 eine „erstaunlich hohe Auflage – 240 000 –“ aus (Ders., Land, S. 44), und der Politikwissenschaftler Frank R. Pfetsch rezipierte 1993 unter Berufung auf Schwarz die wohltradierten 250 000 Exemplare (Ders., Verfassungspolitik, S. 73).

¹¹³ Der Beilagezettel (H: 10,5 x B: 7,5 cm) hatte folgenden Wortlaut: „Lieber Leser! Dieses Buch über die schwäbisch-alemannische Demokratie soll die Diskussion über Fragen der Gegenwart in Gang bringen. Es geht um die Probleme der lebendigen Demokratie, es geht um die Wahrung und die Sicherheit des künftigen Friedens. Verfasser und Verleger wünschen, die Diskussion der Probleme in Gang zu bringen. Jeder, der guten Willens ist, ist berufen, Kritik zu üben. Jede be-

klang. In großer Zahl¹¹⁴ gingen Briefe bei Otto Feger ein. Nur ein winziger Bruchteil ist im Schriftwechsel des Stadtarchivs Konstanz archiviert, der größte Teil ist abhanden gekommen¹¹⁵. Mittels der unvollständigen Korrespondenzen – Fegers Dienstpost also – lassen sich allerdings vortrefflich Teile eines sich über ganz Südwestdeutschland erstreckenden Netzes rekonstruieren. Die überwiegend positiven Reaktionen, die erhalten sind, belegen zum einen das Ausmaß der Diskussion und zum anderen die ideelle Unterstützung, die Feger erfahren hat¹¹⁶.

Durch Zusendung des Manifests und der Satzungen des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ wollte Otto Feger im August 1946 seinen universitären Lehrer, den Freiburger Rechtshistoriker Franz Beyerle¹¹⁷, aus der Reserve locken und eventuell für eine Teilnahme gewinnen. Der Freiburger Professor zeigte in einem ausführlichen Brief von Ende September 1946 auch gewisse Sympathien für die Idee der von Feger entworfenen *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* und stimmte mit der Forderung, man müsse „im eigenen Haus Herr“¹¹⁸ sein, mit dem Konstanzer Stadtarchivar überein. Die Entscheidung, ob dieses Ziel „innerhalb eines staatlichen Verbandes mit den anderen Reichsteilen (föderativ) oder außerhalb eines solchen (separat) anzugehen ist“, hielt Beyerle jedoch für „verfrüht und taktisch unzweckmäßig“¹¹⁹ und fuhr fort, daß er sich Frankfurt als „Hauptort eines lockeren Bundesstaats“ vorstellen könnte. Eine vollkom-

gründete Stellungnahme, möglichst unter Angabe der landschaftlichen Herkunft, ist willkommen. Schreiben Sie bitte an den Verfasser (17b) Konstanz, Postfach 418.“

¹¹⁴ Auch das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* (27. 3. 1948) wußte über die Resonanz der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie zu berichten: Das Buch „brachte dem Curt Weller-Verlag in Konstanz so viele Zuschriften ein, daß er eine Neuauflage riskierte“. In puncto Neuauflage ließ sich *Der Spiegel* durch das geänderte Layout täuschen.

¹¹⁵ Die Archivkorrespondenzen der Jahre 1945–1951 sind in fünf Ordnern im Stadtarchiv Konstanz einsehbar (Benutzerakten A-Z 1945/47, dsgl. A-L 1948/49, dsgl. M-Z 1948/49, dsgl. A-L 1950/51, dsgl. M-Z 1950/51). Die Korrespondenzen enthalten allerdings nur in geringem Umfang Briefe, die sich mit der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie auseinandersetzen. Aufgrund nachweislich fehlender Schreiben muß davon ausgegangen werden, daß Feger eine getrennte Sammlung mit Korrespondenzen, die sich ausschließlich mit seiner Schrift befaßt haben, angelegt hatte. Trotz intensiver Recherchen gelang es dem Verfasser nicht, weder im Stadtarchiv Konstanz noch im Nachlaß Otto Feger, dieses Material ausfindig zu machen. Die Vermutung dürfte zutreffen, daß Feger die Korrespondenzen noch zu Lebzeiten vernichtet hat.

¹¹⁶ So schrieb Feger am 15. 8. 1946 – vier Wochen nach Erscheinen des Buches – an Bader: „Aus dem südwestdeutschen Raum sind mir bereits in grösserer Zahl zustimmende Zuschriften zugegangen, von ausserhalb allerdings auch andere“; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Feger.

¹¹⁷ Franz Beyerle (1885–1977), 1903 Abitur in Baden-Baden; 1903–05 Rechtswissenschaftliches Studium in Breslau; 1905–07 Studium in Göttingen; 1907 Erstes Juristisches Staatsexamen; 1910 Promotion; 1911–12 Gerichtsassessor; 1913 Habilitation; 1915–16 Kriegsdienst (schwere Verwundung); 1918–28 Professor in Basel; 1929–37 Professuren in Greifswald, Frankfurt am Main und Leipzig; 1938–52 Professor in Freiburg i. Br.; 1953 Emeritierung; seinen Lebensabend verbrachte B. in Wangen (Halbinsel Hori) am Bodensee. Vgl. auch: Diestelkamp, Beyerle. Im Universitätsarchiv Freiburg i. Br. befindet sich der Nachlaß Franz Beyerle (UA FR NL Beyerle C 5), der sorgfältig – teilweise noch von Beyerle selbst – zusammengestellt wurde. Die acht Kartons enthalten aber fast ausschließlich Material zu wissenschaftlichen Fragestellungen, Vorlesungs- und andere Manuskripte. Seine Korrespondenzen mit Otto Feger sind hier nicht archiviert. Aus dem Nachlaß geht aber die enge Verbindung zum Leiter des Alemannischen Instituts, Friedrich Metz, hervor. Mit Metz machte Beyerle wortgewandt Stimmung für den Südweststaat.

¹¹⁸ Beyerle an Feger vom 30. 9. 1946; StadtA KN BA A-Z 1945/47.

¹¹⁹ Ebenda.

mene Separierung hatte für Beyerle einen schalen Geschmack. „Dass man bei uns über die staatliche Schule die Geisteshaltung weitgehend beeinflusst hat – bei uns im preußen-deutschen Sinn – [...] beweist die Richtigkeit der kulturellen Unabhängigkeitsbewegung im schwäbisch-alamannischen¹²⁰ Raum. Fernhaltung heimatfremder Elemente von den Schulen und vor allem von der Presse (wo sie heute dominieren) müsste die nächste Lösung sein.“¹²¹ Gänzlich lehnte Beyerle aber die Mitarbeit im Heimatbund ab, der ihm keine freie Diskussionsplattform zu bieten schien.

Otto Feger ließ sich mit der Beantwortung des Schreibens einige Wochen Zeit, um dann um so heftiger seinen Standpunkt darzulegen. Am 14. November 1946 stimmte er den Ausführungen Beyerles zur Konzeption eines lockeren Staatenbundes „mit Frankfurt als Mittelpunkt“¹²² zu. „Deutschland als einheitliches Wirtschaftsgebiet scheint auch mir ein selbstverständliches Postulat zu sein“, ließ er Beyerle wissen; ansonsten verhartete er aber auf seinem apodiktischen Urteil der gegenseitigen Bedingtheit von politischer und kultureller Autonomie. Eine staatenbündische Lösung, deren Gewicht auf der wirtschaftlichen Seite gelegen hätte, traf den Kern der Fegerschen Vorstellungen. Aber der Konstanzer Stadtarchivar deutete auch an, daß seine politischen Aktivitäten den Zenit bereits überschritten hätten. Die Politik war ihm schon im Herbst 1946 „eher eine lästige Pflicht als eine Herzenssache. Im übrigen habe ich das beruhigende Gefühl des Mannes, der seinen Beitrag geleistet hat“¹²³. Hier liegt ein Motiv für Fegers Handeln nach 1945 offen: Der Bürger muß in einer Demokratie streitbar seine Überzeugung vertreten.

Sehr wohlgesonnen betrachtete der Schwenninger Oberbürgermeister Dr. Otto Gönnerwein¹²⁴ die Autonomiepläne Fegers. Die persönliche Bekanntschaft beider reichte schon eine Weile zurück, in Kirchzarten bei Franz Beyerle hatten sie sich kennengelernt. Die Verbindung zum Konstanzer Stadtarchivar gründete sich auf Gönnerweins wissenschaftlichem Interesse, plante der Politiker doch eine umfassende Rechtsgeschichte des Bodenseesraumes zu schreiben. Von der Resonanz der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* wußte der Schwenninger Oberbürgermeister Feger im Oktober 1946 zu berichten: Das Buch werde „immer noch auch hier [in *Württemberg-Hohenzollern*] diskutiert“¹²⁵. Entschieden wandte sich Gönnerwein gegen die vom Ministerpräsidenten Württemberg-Badens, Reinhold Maier, ausgegebene Parole der „Reichstreue“ und eines

¹²⁰ Die archäologische Terminologie „Alamanne“ und „alamannisch“ war für den Rechtshistoriker Beyerle Allgemeingut.

¹²¹ Beyerle an Feger vom 30. 9. 1946; StadtA KN BA A-Z 1945/47.

¹²² Feger an Beyerle vom 14. 11. 1946; ebenda.

¹²³ Feger an Beyerle vom 14. 11. 1946; ebenda.

¹²⁴ Otto Gönnerwein (1896–1963), 1905–14 humanistisches Karlsgymnasium Heilbronn; 1914–19 Studium der Philosophie, Geschichte, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft in Tübingen und in Heidelberg; 1917 Promotion zum Dr. phil.; 1919–21 Justizreferendar; 1921 Gerichtsassessor; 1922–30 Regierungsrat am Landratsamt in Heilbronn; Mitglied der DDP; 1930–49 Oberbürgermeister von Schwenningen; 1946 Habilitation; 1949 Professor für deutsche Rechtsgeschichte und öffentliches Recht in Heidelberg; 1950 MdL Württemberg-Baden (FDP/DVP); 1952 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung; 1953–63 MdL Baden-Württemberg, dort Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP (1953–56); 1954 Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften; Großes Bundesverdienstkreuz. Vgl. Weik, Landtag, 1988, S. 60. Vgl. ferner Rhein-Neckar-Zeitung vom 10. 1. 1963. Detailliert: Laufs, Gönnerwein, S. 120 f. Zu Gönnerweins eigenem Neugliederungsbeitrag vgl. Kapitel V/1.

¹²⁵ Gönnerwein an Feger vom 21. 10. 1946; StadtA KN BA A-Z 1945/47.

„Wiederaufbaues des Reiches“. Gönnerweins eigenes Neugliederungskonzept sah einen Bundesstaat auf rein wirtschaftlicher Grundlage auf den Gebieten der Zölle, der Eisenbahn und des Postwesens vor. „Mit Herrn Franz Beyerle gehe ich darin ganz einig, daß der Inhalt des neuen Bundesgedankens fast ausschließlich ein wirtschaftlicher sein wird; kulturell sind wir beide nicht nur Föderalisten, sondern Partikularisten.“¹²⁶ Der wirtschaftliche Aspekt bildete für Gönnerwein den einzigen Kritikpunkt an dem Fegerschen Plan, da er sich einen Abbruch der ökonomischen Kontakte des schwäbisch-alemannischen Staates zu den anderen Teilen Deutschlands nicht vorstellen konnte, ein Gedanke, der überdies so nirgends bei Feger zu finden ist. Für Gönnerwein stellte ein möglicher Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen „die Flucht in den ‚totalen‘ Partikularismus“¹²⁷ dar.

Mit Feger wußte sich Gönnerwein, der seit 1949 an der Universität Heidelberg lehrte, auch im späteren Einsatz für den Südweststaat verbunden. Vehement forderte der Rechtshistoriker und Landtagsabgeordnete Württemberg-Badens den Zusammenschluß von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einem neuen Bundesland. „Gegengewichte gegen einen neuen auf leisen Sohlen anschleichenden Zentralismus aber können nur leistungsfähige, grössere Länder bilden. [...] Und ob das alte Baden ein leistungsfähiger Staat werden könnte“¹²⁸, zog Gönnerwein 1950 in Zweifel. Bemerkenswert jedenfalls bleibt die Akzeptanz weiter Teile der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* durch den Schwenninger Oberbürgermeister in der unmittelbaren Nachkriegszeit¹²⁹. 1949 urteilte Gönnerwein, daß „bezüglich der staatlichen Neuordnung des deutschen Südwestens [...] die historische Stunde vorübergegangen“¹³⁰ sei. Er plädierte unbeirrt für ein autonomes Südwestdeutschland, das direkt Mitglied einer „Europa-Union“ werden sollte; „man wird [...] bald einsehen, dass der westdeutsche Bund eine unnötige Zwischeninstanz“¹³¹ darstelle. Gönnerwein warf den Besatzungsmächten vor, sie hätten es dem Südwesten leichter machen sollen, „ein unmittelbares Eingehen in eine europäische Union anzustreben [...] man hätte vor allem die Politiker, die eine solche Lösung anstrebten, besser davor schützen müssen, vom wiederauflebenden Nationalismus als Separatisten und Verräter verschrien zu werden“¹³².

Der seit 1946 für das Archivwesen verantwortliche Freiburger Generalstaatsanwalt Karl S. Bader¹³³ stand ab Ende der dreißiger Jahre in persönlichem Kontakt mit Otto Fe-

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ Gönnerwein an Feger vom 4. 1. 1950; StadtA KN BA A-L 1950/51.

¹²⁹ Sein Einfluß in der DVP und der Versuch, Fegers Gedanken in die Parteiarbeit einzubringen, stießen auf Widerstand; vgl. Kapitel V/1.

¹³⁰ Gönnerwein an Feger vom 1. 12. 1949; StadtA KN BA A-L 1948/49.

¹³¹ Ebenda.

¹³² Ebenda.

¹³³ Karl Siegfried Bader (*1905), aufgewachsen in Gutmadingen und Donaueschingen; Studium in Tübingen, Wien und Heidelberg; 1930 Rechtsassessor; 1933 Ausscheiden aus dem Staatsdienst und selbständiger Rechtsanwalt; 1937 Archivar des Fürstlich Fürstenbergischen Archivs; 1942 Habilitation an der Universität Freiburg i. Br.; 1942–45 Kriegsdienst; seit Juli 1945 Oberstaatsanwalt in Freiburg, außerdem Professor an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät daselbst; 1946–51 Generalstaatsanwalt; 1951–53 Professur für Rechtsgeschichte und Kirchenrecht in Mainz; 1953–75 Ordinarius für Rechtsgeschichte in Zürich. Vgl. Zwei Jahrzehnte, 1975 und Weik, Bader.

ger¹³⁴; im Seminar von Theodor Mayer, der „einen Narren an Feger gefressen hatte“, wurden beide miteinander bekannt¹³⁵. Während des Krieges kam es zu weiteren Zusammenkünften. Die Fegerschen Neugliederungspläne waren Bader schon im Herbst 1945 geläufig, wobei er dem Konstanzer Stadtarchivar fälschlicherweise unterstellte, daß jener sich „mit der Eidgenossenschaft zusammentun möchte“¹³⁶. Das Ziel der Besatzungsmächte glaubte Bader seinerseits in der Schaffung eines Staatenbundes erkennen zu können. Daß dabei „die süddeutsche Teil auf sich achten und sich zur Geltung bringen“¹³⁷ müsse, betrachtete er als eine Selbstverständlichkeit. Für Südwestdeutschland plädierte Bader für die Wiederherstellung des badischen und württembergischen Staates, weshalb er das von Feger präsentierte Manuskript der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* Anfang April 1946 „als leicht verrückt“ bewertete¹³⁸. Am 23. Juli 1946 erhielt Bader eines der ersten Exemplare des Buches von Feger persönlich übersandt¹³⁹, postwendend versprach der badische Generalstaatsanwalt, daß er in der von ihm jüngst in der ersten Nummer herausgegebenen *Deutschen Rechts-Zeitschrift* eine Rezension abdrucken lassen würde. Als Rezensenten wünschte er sich Carlo Schmid in Tübingen¹⁴⁰, den der für die Zeitschrift zuständige Redakteur Dr. Walter Mallmann gewinnen sollte. Das Vorhaben scheiterte aus unbekannten Gründen, erst Mitte 1947 konnte eine Rezension des Buches abgedruckt werden¹⁴¹, die aus der Feder des späteren Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Gebhard Müller, stammte.

Indes hat Karl S. Bader auch rückblickend keinen Hehl daraus gemacht, daß er den in der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* vorgetragenen Standpunkt Fegers nicht geteilt hat. Er habe „nie zu den Leuten gehört, die (damals oder später) weitgehende Schlüsse“ daraus gezogen hätten¹⁴². Vor allem den Begriff der „historischen Landschaft“ wollte Bader im Gegensatz zu Feger nur im wissenschaftlichen, nicht aber im politischen Sinne anwenden¹⁴³. Es erstaunt nicht sonderlich, daß er nach der Schaffung des Bundeslandes Baden-Württemberg seiner „altbadischen“ Überzeugung die Fahne hielt: „Ich [...] schätze diesen Staat von Napoléons Gnaden sehr“¹⁴⁴, teilte er Feger mit und traf damit den wunden Punkt in der Beziehung: Feger hatte sich nach 1949 eindeutig für den Südweststaat eingesetzt.

Sehr kritisch befaßte sich die deutsche Tagespresse mit der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*. Die erste Rezension erhielt die Schrift schon Ende Juli 1946, wenige Tage

¹³⁴ Die Korrespondenz selbst setzt im Jahr 1941 ein; Feger an Bader vom 12. 12. 1941; StadtA SI Depositum Bader Allg. Korr. Feger.

¹³⁵ Interview mit Karl S. Bader vom 17. 8. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹³⁶ Eintrag „Am Ende des Jahres 1945“; Bader, Wiederaufbau, S. 60. Ein genauer Vergleich des gekürzt abgedruckten Textes mit der vollständigen Kopie des Originaltagebuchs Baders im Stadtarchiv Freiburg (StadtA FR B1/389) deckte keine wesentlichen Auslassungen auf.

¹³⁷ Ebenda, S. 60.

¹³⁸ Bader, Wiederaufbau, S. 71.

¹³⁹ Feger an Bader vom 23. 7. 1946; StadtA SI Depositum Bader Allg. Korr. Feger.

¹⁴⁰ Bader an Feger vom 30. 7. 1946; ebenda.

¹⁴¹ M[üller], *Demokratie*. Zur Rezension selbst vgl. Kapitel V/1. Müllers Name erscheint ab Februar unter den Mitwirkenden an der *Deutschen Rechts-Zeitschrift*, der Redakteur Walter Mallmann zeichnete mit dem Kürzel M. Einzig Gebhard Müller kommt für die Initialen G. M. in Frage.

¹⁴² Bader an Feger vom 29. 6. 1955; StadtA SI Depositum Bader Allg. Korr. Feger.

¹⁴³ Bader, *Grundfragen*, S. 37 Anmerkung 11.

¹⁴⁴ Bader an Feger vom 29. 6. 1955; StadtA SI Depositum Bader Allg. Korr. Feger.

nach der Veröffentlichung, in einem Artikel der Konstanzer Tageszeitung *Südkurier*¹⁴⁵. Tunlichst vermied der Rezensent eine eindeutige Wertung, er beschränkte sich im wesentlichen auf eine kurze Angabe des Inhalts, begleitet von der Bemerkung, daß das Buch Aufsehen erregen werde. Die Blätter der Sozialdemokraten und Kommunisten hingegen gingen scharf mit der Schrift ins Gericht. Im August 1946 veröffentlichte Staatskommissar Dr. Franz Kirchheimer¹⁴⁶ in der SPD-Zeitung *Das Volk* eine vernichtende Rezension der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*¹⁴⁷. Der Geologieprofessor brachte das Buch mit „der unheilvollen Blut- und Bodenlehre“ des „Dritten Reiches“ in Verbindung und übte auch an der Fegerschen Geschichtsauffassung lebhaft Kritik. Der Freiburger Gymnasialdirektor Dr. Albert Kuntzemüller¹⁴⁸ schrieb im September 1946 in derselben Zeitung in Erwiderung Kirchheimers in einer zusätzlichen Rezension folgendes: „Dagegen muß man die Zweiteilung Badens und Württembergs (durch einen alemannischen Staat) ablehnen, wenn man als Sozialdemokrat seit 1919 auf dem Standpunkt nicht einer Teilung sondern – im Gegenteil – einer Vereinigung beider Länder steht.“¹⁴⁹ Kuntzemüller gefielen insbesondere die Passagen über die Schuldfrage und die Antipreußenhaltung. Auch das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* publizierte Anfang 1948 einen Artikel, der auf Otto Feger zurückgriff¹⁵⁰ und den Konstanzer Archivar wenig treffend als juristisch belasteten „Extremen“ charakterisierte. Der Berliner *Telegraf* lehnte in seiner Ausgabe vom 29. Mai 1947 Fegers Buch rundweg ab¹⁵¹. Es sei geeignet, „den Bestand des besiegten Staates bis in seine Grundfesten [zu] erschüttern“. Die wirtschaftliche Entwicklung – so lautete das Fazit – könne nur in einem geeinten Deutschland positiv voranschreiten. Die kommunistische Tageszeitung *Der Neue Tag* beschränkte sich in einer Rezension weitgehend auf referierende Bemerkungen zum Inhalt¹⁵², andere polemische Artikel in der Parteizeitung zeigten die Ablehnung der Autonomiebestrebungen deutlicher.

¹⁴⁵ „Schwäbisch-alemannische Demokratie“, in: *Südkurier* vom 30. 7. 1946.

¹⁴⁶ Franz Kirchheimer (1911–1984), 1929–33 Studium der Geologie, Mineralogie, Botanik und Zoologie an der Universität Gießen; 1933 Promotion; 1933–40 Assistent; 1940–45 Kriegsdienst; 1946–47 Staatskommissar und Leiter des Badischen Landesamtes für kontrollierte Vermögen und Wiedergutmachung; 1947 Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt; 1949–55 Vorsitzender des Oberrheinischen Geologischen Vereins; 1954–75 Präsident des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg. Vgl. Sauer, Kirchheimer.

¹⁴⁷ Franz Kirchheimer: „Nach Österreich: Alemannien!“, in: *Das Volk* vom 17. 8. 1946.

¹⁴⁸ Albert Kuntzemüller (1880–1956), 1919–33 führendes Mitglied der badischen SPD; Kenner der Eisenbahngeschichte; Gymnasiallehrer; 1923–32 Direktor der Rotteck-Oberrealschule in Freiburg i. Br.; 1945–49 Direktor des Goethe-Gymnasiums in Freiburg i. Br.

¹⁴⁹ Albert Kuntzemüller: „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“, in: *Das Volk* vom 4. 9. 1946; Kuntzemüller schwenkte nach kurzer Zeit auf die altbadische Seite und setzte sich damit der subtilen Kritik der Südweststaatsbefürworter aus. Vgl.: „Kuntzemüller einst und jetzt“, in: *Südwest-Information* vom 26. 7. 1950.

¹⁵⁰ „Schwäbische Kunde. In die höchsten Bäume“, in: *Der Spiegel* vom 27. 3. 1948. Eine Nachfrage des Verfassers über mögliches Recherchematerial im Spiegel-Archiv wurde am 2. 8. 1993 mit Fehlanzeige beantwortet.

¹⁵¹ „Süddeutscher Separatismus“, in: *Telegraf* vom 29. 5. 1947. Der Verfasser des Artikels beteuerte, Feger aus dem Kriegsgefangenenlager Ghedi in Italien zu kennen, und hielt deshalb die Annahme, Feger sei von der französischen Besatzungsmacht zur Abfassung aufgefordert worden, für wenig plausibel.

¹⁵² „Autonomes Alemannien?“, in: *Der Neue Tag* vom 14. 8. 1946. Die seit 17. 7. 1946 herausgegebene Tageszeitung (seit Februar 1947 umbenannt in: *Unser Tag*) hatte bereits an anderer Stelle über die Heimatbewegung berichtet: „Heimatstaat‘ am Bodensee“, in: *Der Neue Tag* vom 10. 8. 1946.

Aus dem katholischen Lager erhielt Feger Zuspruch, Pater Franziskus Deininger aus der im Donautal gelegenen Abtei Beuron rezensierte in der *Benediktinischen Monatschrift* ausführlich die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* und ließ an einigen Stellen seine Sympathie durchblicken. „Zweifelloos geht die Tendenz unter den deutschen Stämmen heute nicht nach partikularistischer Autonomie, sondern nach Zusammenschluß auf föderalistischer Grundlage. Damit wäre auch dem berechtigten Anliegen des V[erfassers] im wesentlichen Rechnung getragen: ein vom nordischen Einfluß weitgehendst befreiter schwäbisch-alemannischer Südwesten.“¹⁵³ Ob Fegers Plan in den „klerikal-benediktinischen Kreisen“ weiterverfolgt wurde, wie dies Otto Borst annimmt¹⁵⁴, konnte nicht nachgeprüft werden, der Quellenmangel ist evident. Auch in der von Rudolf Pechel im März 1947 herausgegebenen Nummer der *Deutschen Rundschau* wurde die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* besprochen¹⁵⁵. „Das alles ist aus der Perspektive des Frosches gesehen, der sich auf dem Lande nicht zurechtfindet und nun das nächste Mauselloch sieht“, beurteilt der Rezensent, Otto von der Gablentz, die „Anbiederung“ Fegers an Frankreich. Die Verhältnisse der Schweiz seien nicht auf den deutschen Südwesten übertragbar, der Zentralismus sei überdies das Schicksal des gesamten Europas gewesen. Geschichtsklitterung und Propaganda für ein neues Rassengesetz lauteten die Vorwürfe gegen Feger.

Die ausländische Presse war gespalten. Die unabhängige, in Innsbruck verlegte *Tiroler Tageszeitung*¹⁵⁶ berichtete wohlwollend von Fegers Projekt, die ebenfalls unabhängige, in Basel erscheinende *National-Zeitung* nahm im September 1947¹⁵⁷ einen neutralen Standpunkt ein. Einen auffälligen und umfangreichen Artikel widmete im März 1947 die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁵⁸ dem Thema. Der Impetus des Artikels lag in der Aufforderung, wachsam die Vorgänge nördlich der Grenze zu beobachten. Der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* bescheinigte der Schweizer Redakteur, „eine durchaus seriöse Arbeit“ zu sein, egal ob man mit dem Inhalt einverstanden sei oder nicht.

Auch der Süddeutsche Rundfunk in Stuttgart zeigte Interesse an den autonomistischen Plänen. Der verantwortliche amerikanische Offizier, Stuart L. Hannon, bat Feger für einen Rundfunkauftritt am 6. Oktober 1946 nach Stuttgart, wozu er bei der Bezirksmilitärregierung in Konstanz einen Passierschein für den Archivar erwirken wollte¹⁵⁹. Telephonisch wurde Feger nach Stuttgart eingeladen, damit er die von ihm in seinem Buch „dargelegten Ansichten“¹⁶⁰ in einer Hörfunkreihe vertreten könne. Feger bemühte sich daraufhin selbst um einen Passierschein, der ihm allerdings nicht ausgehändigt wurde. Inwieweit die französische Militärregierung hier abblockte – der damalige kommunistische Konstanzer Bezirksdelegierte Degliame trat als entschiedener Gegner

¹⁵³ Deininger, *Demokratie*, S. 305.

¹⁵⁴ Borst, *Vorstufen*, S. 27.

¹⁵⁵ „Otto Feger: ‚Schwäbisch-Alemannische Demokratie‘“, in: *Deutsche Rundschau* 3/1947.

¹⁵⁶ Der Artikel ist ohne Angabe des Datums in dem Dossier AdO SGAAA Centre d'Etudes c. 2681 d. 7 archiviert. Dort findet sich der Hinweis, daß die Schrift Fegers in „der kommunistischen Presse eine scharfe Reaktion ausgelöst und von dieser Seite den entschiedenen Ruf nach der Beibehaltung der Einheit Österreichs hat laut werden lassen“.

¹⁵⁷ *National-Zeitung* vom 2. 9. 1947.

¹⁵⁸ „Ein autonomes Alemannien?“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. 3. 1947.

¹⁵⁹ Telegramm des Deputy Chief (Radio Stuttgart), Stuart L. Hannon, an die Bezirksmilitärregierung in Konstanz vom 30. 9. 1946; AdO Bade C 2128.

¹⁶⁰ Feger an die Militärregierung in Konstanz vom 2. 10. 1946 zwecks Ausstellung eines Passierscheins; StadtA KN BA A-Z 1945/47.

des Autonomismus auf – oder ob die ineffizienten Kommunikationswege Schuld daran trugen, ist aus den Akten nicht zu rekonstruieren. Jedenfalls konnte Feger in Stuttgart nicht das Massenmedium Radio für seine Ziele nutzen. Einen Monat später sprach Theodor Heuss¹⁶¹ in derselben Reihe zum Thema „Volk und Staat – Was ist ein Volk?“¹⁶² im Süddeutschen Rundfunk. Es ist anzunehmen, daß eine Diskussion zwischen Feger und Heuss für den 6. Oktober 1946 geplant gewesen ist. Dort wären mit Sicherheit die unterschiedlichen Meinungen aufeinandergeprallt, vertrat doch Heuss die Ansicht, daß die Preußen nicht allein für das Unheil verantwortlich gemacht werden können¹⁶³. Doch weder eine Diskussion noch ein Vortrag über die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* wurde vom Süddeutschen Rundfunk ausgestrahlt¹⁶⁴, der fehlende Passierschein trug Schuld daran. Der in Baden-Baden ab April 1946 auf Sendung gegangene Südwestfunk¹⁶⁵ zeigte hingegen an den Ideen Fegers kein Interesse¹⁶⁶. Ob dies auf die Zensur der französischen Dienststellen oder auf den Einfluß vertriebener Ostdeutscher zurückzuführen ist, muß ungeklärt bleiben. Immerhin war das Verhältnis des ersten Intendanten, des Schlesiers Friedrich Bischoff¹⁶⁷, zu einer schwäbisch-alemannischen Demokratie mehr als gespalten. Die heftigen Proteste gegen den „verpreußten“ Rundfunk hatten jedenfalls in der personellen Besetzung der Spitzen des Südwestfunks ihre Wurzeln.

¹⁶¹ Theodor Heuss (1884–1963), 1892–1901 Karls gymnasium in Heilbronn; 1902–05 Studium der Nationalökonomie und Kunstgeschichte in München und Berlin; 1903 Beitritt zur Freisinnigen Vereinigung; 1905 Promotion; 1905–12 Redakteur; 1912–18 Chefredakteur der Neckarzeitung in Heilbronn; 1918 Beitritt zur Deutschen Demokratischen Partei; 1919–33 Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin; 1924–33 MdR (DDP); 1933–45 Journalist und Schriftsteller; 1945 Mitlizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg; 1945–46 Kultusminister von Württemberg-Baden; 1946–48 MdL Württemberg-Baden (DVP); 1947 Honorarprofessor an der TH Stuttgart; 1948–49 Erster Vorsitzender der FDP; 1948–49 Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn; 1949–59 Bundespräsident. Vgl. Ferdinand, Heuss.

¹⁶² Fachbereich Archivwesen, Tondokumente, S. 68 f. Das vierzehnteilige Manuskript des Vortrages befindet sich im Archiv des Süddeutschen Rundfunks; SDR Archiv ohne Signatur.

¹⁶³ „Was will solche Erinnerung [an das demokratische Preußen] heute; das Ihrige in bescheidenem Maß beitragen, dass nicht der Ton, mit welchem man auf die Preußen schimpft, und sie für vielerlei Unheil allein verantwortlich macht, bei uns im deutschen Südwesten Heimatrecht erhalte, ohne dass man ihm widerspricht“; ebenda, S. 12. Hingegen gingen die Vorstellungen, die Heuss mit dem Begriff „Abendland“ verband, über weite Strecken parallel mit katholisch-konservativen Ideen. Auf dem Dreikönigstreffen am 6. 1. 1946 führte Heuss in seinem Referat „Bindung und Freiheit“ aus: „Abendland – das heißt Einheit des germanisch-römischen Kulturkreises, Abendland, das heißt Kraftquelle der Antike und des Christentums.“ Vgl. Heuss, Aufzeichnungen, S. 171.

¹⁶⁴ In der Honorarkartei des SDR ist auf der Karteikarte Otto Fegers (Kopie im Besitz des Verfassers) nur ein Eintrag vorhanden: Es wurde für den 6. 10. 1946 eine „Vergütung für Auslagen“ in Höhe von 200,- RM vereinbart. Laut Auskunft von Edgar Lersch (Archiv SDR) vom 2. 3. 1994 ist eine Sendung mit Feger nie zustande gekommen, ansonsten wäre auf der Karteikarte ein Senddatum vermerkt worden.

¹⁶⁵ Zum Südwestfunk in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Friedrich, Rundfunk.

¹⁶⁶ Die Sendeprotokolle der Jahre 1946 (1/I/46 MS bis 35/I/46 MS) und 1947 (1.2/I/47 MS bis 39/I/47 MS) enthalten keine für die Thematik einschlägigen Manuskripte.

¹⁶⁷ Friedrich Bischoff (1896–1976), 1914 Abitur am St. Johannes-Gymnasium in Breslau; 1914–18 Kriegsteilnahme; 1919–21 geisteswissenschaftliches Studium in Breslau; 1921–25 Chefdramaturg der Vereinigten Theater in Breslau; 1929–33 Intendant der Schlesischen Funkstunde Breslau; 1933 Untersuchungshaft; 1934–42 schriftstellerische Tätigkeit und Lektor beim Propyläen-Verlag in Berlin; 1946–1965 Intendant des SWF in Baden-Baden. Vgl. Fritzsche, Bischoff.

2. Vorbereitung geschichtsrevisionistischer Publikationen

Zeitlebens war Otto Feger ein Mann voller Ideen und Projekte, und die Jahre nach 1945 boten seiner Dynamik ungeahnte Möglichkeiten. Keineswegs ging er dabei mit unrealistischen Zielen ans Werk, vielmehr verhinderten die Zeitumstände die Drucklegung weit fortgeschrittener Projekte. Die geistigen Freiheiten und die Fülle an Ideen erwiesen sich als umgekehrt proportional zu den materiellen Möglichkeiten in der papierknappen Nachkriegszeit. Der Konstanzer Stadtarchivar dachte sogar zuweilen an die Gründung eines eigenen Verlages, mit dem er in zwei Richtungen wirken wollte: Zum einen plante er die Publikation einer Zeitschrift, die in der Lage sein sollte, die geistigen Strömungen Südwestdeutschlands aufzunehmen und den Autonomiegedanken in der Öffentlichkeit zu propagieren, zum anderen strebte er im Verein mit den südwestdeutschen Archivaren die Lizenzierung der *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* an. Mit beiden Projekten sollte er scheitern, die restriktive Vergabe von Papier ließ die Träume nach langen Monaten des Wartens platzen. Dieselbe Besatzungsmacht, die für die Drucklegung der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* zur Jahresmitte 1946 noch 16 Tonnen Papier zuteilen konnte, sah sich ein Jahr später genötigt, ähnliche Projekte abzulehnen. Hätte Baden-Baden die Ziele der Zeitschriften als förderungswürdig erkannt, wäre die Papierzuteilung umgehend erfolgt. Aber die Besatzungsmacht war nach dem Scheitern der südwestdeutschen Konföderationspläne des Kabinetts von Pierre Koenig am Pariser Widerstand auf die Politik der Wiederherstellung der alten Länder umgeschwenkt. Stammesföderalistische Lösungsansätze waren in Baden-Baden seit Anfang 1947 weniger denn je gefragt.

Die Zeitschrift Oberland

Curt Weller sah sein Verlagsprogramm seit 1946 immer mehr von der Veröffentlichung international anerkannter Romane und einer Reihe bedeutender Schriften zum Buddhismus durch die rastlose Tätigkeit Fegers auf das Gebiet der „landschaftlich gebundenen Literatur“ abdriften¹⁶⁸. Deshalb brachte Weller bei der französischen Besatzungsmacht das Vorhaben zur Sprache, die heimatkundlichen-regionalistischen Publikationen einem neuen Verlag zu übertragen, der in Form einer GmbH von Weller und Feger (letzterer als verantwortlichem Leiter) betrieben werden sollte. Als Namen schlug Weller die Bezeichnung Rosgarten-Verlag vor, dessen Sitz sich in Konstanz befinden würde. Der Rosgarten-Verlag sollte im folgenden die Rechte an den beiden Büchern Fegers (*Schwäbisch-Alemannische Demokratie* und *Konstanz. Aus der Vergangenheit einer alten Stadt*) übernehmen, außerdem wären die Rechte des Almanachs *Der Bote aus dem Oberland*¹⁶⁹ an den Rosgarten-Verlag gegangen. Des weiteren sollte der neue Verlag die

¹⁶⁸ Weller an die Direction de l'Information (Bureau d'Édition) vom 1. 7. 1947; AdO HCFA AC c. 759/7.

¹⁶⁹ Weller hatte im Mai 1946 die Herausgabe eines Almanachs (Alemannischer Hausfreund) beantragt, der im Geist der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie verfaßt sein sollte. Die Direction de l'Éducation Publique stimmte dem Anliegen mit Schreiben vom 6. 6. 1946 zu. Die Direction de l'Information schloß sich dieser Auffassung an und teilte Weller am 14. 6. 1946 mit, daß man prinzipiell mit der Herausgabe des Almanachs einverstanden sei (AdO HCFA AC c. 759/7). Weshalb Weller dann allerdings den Titel des Almanachs änderte, bleibt unklar; der Almanach selbst scheint nie gedruckt worden zu sein.

Quellen zum Konstanzer Stadtrecht, die *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* und andere heimatkundliche Literatur übernehmen. Die Pläne scheiterten am umgehenden Veto der Besatzungsmacht; bereits nach drei Wochen hielt Weller eine kommentarlose Ablehnung in Händen¹⁷⁰. Doch er ließ sich nicht entmutigen.

Die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* war als erste Veröffentlichung der Reihe *Oberland-Bücher* konzipiert, tatsächlich blieb es, trotz anderer in der Sekundärliteratur vertretener Ansichten¹⁷¹, die einzige. Die Reihe der *Oberland-Bücher* sollte ihre Ergänzung in der geplanten Wochenzeitschrift *Oberland*¹⁷² finden. Nach Erhalt der den Rosgarten-Verlag betreffenden Ablehnung lancierte Curt Weller noch Mitte Juli 1947 einen erneuten Vorstoß bei der *Direction de l'Information* und beantragte die Lizenz für das Zeitschriftenprojekt¹⁷³. Insgesamt vier Exemplare einer gedruckten Probenummer fügte er dem Lizenzgesuch bei. Die Namen Weller und Feger waren bei der französischen Dienststelle einschlägig bekannt, und so konnte sich der Konstanzer Verleger darauf beschränken, in sechs Punkten die Notwendigkeit der geplanten Zeitschrift zu untermauern. Als Grundlage und allgemeine politische Linie solle die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* gelten, das *Oberland* habe die Aufgabe, die dort geäußerten Gedanken ausführlich zur Diskussion zu stellen. Das entsprach einer Multiplikatorenfunktion. Des weiteren wolle das *Oberland* gegen das „preussisch-militaristische Geschichtsdenken“¹⁷⁴ kämpfen. Als dritten Punkt machte Weller die Pflege des Heimatgedankens geltend, den er viertens durch die Anwendung eines allgemeinverständlichen Stils in allen Schichten der Bevölkerung forcieren wollte. *Oberland* solle eine Zeitschrift für „die breite Masse“ sein, deren Wirkung im „Verzicht auf tiefeschürfende theoretische Untersuchungen und lange gelehrte Ausführungen“¹⁷⁵ begründet sei. Die Neuartigkeit einer solchen Zeitschrift war Wellers fünftes Argument. Um die gewünschte Breitenwirkung zu erzielen, war deshalb bei geringer Seitenzahl eine hohe Auflage und ein niedriger Bezugspreis erforderlich. Angesichts des Papiermangels mußte die als nötig empfundene Auflagenhöhe von 100 000 Exemplaren pro Woche bei der *Direction de l'Information* auf taube Ohren stoßen. Von der Oberdelegation in Freiburg erging denn auch die Einschätzung nach Baden-Baden, daß bei der gegenwärtigen Papierversorgung eine Lizenzierung von Zeitschriften, die „von nachgeordnetem Interesse“¹⁷⁶ seien, nicht zu rechtfertigen wäre. An eine Lizenzierung der Zeitschrift *Oberland* dachte Baden-Baden nicht, hatte doch die französische Politik seit Anfang 1947 bezüglich der Gliederung Südwestdeutschlands klar Stellung bezogen: Wiederherstellung der alten Länder lautete nach dem Scheitern der Konföderationspläne die Devise, das *Oberland*-Projekt war deshalb aus französischer Sicht von vornherein obsolet.

¹⁷⁰ „En réponse à votre lettre du 1er Juillet 47, nous vous informons qu'il ne nous est actuellement pas possible d'autoriser le „Rosgarten-Verlag“; Direction de l'Information an Weller vom 15. 7. 1947; AdO HCFA AC c. 759/7.

¹⁷¹ Etwa bei: Weinacht, Kultur, S. 241 Anmerkung 23.

¹⁷² *Oberland*. Wochenschrift für schwäbisch-alemannische Politik und Kultur.

¹⁷³ Weller an die Direction de l'Information vom 15. 7. 1947; AdO HCFA AC RIL c. 922 p. 2.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ „Des périodiques d'un intérêt de deuxième plan“; Délégation Supérieure Freiburg an Direction de l'Information vom 4. 8. 1948; AdO HCFA AC RIL c. 922 p. 2.

Der Schriftleiter der Zeitschrift Oberland

Im März 1946 hatte Otto Feger vom Konstanzer Verleger Weller die Druckfahnen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* erhalten; zur selben Zeit hatte er auch seine künftige zweite Ehefrau Liselotte¹⁷⁷ im nahen Allensbach kennengelernt¹⁷⁸; seine junge Frau betraute er nach der Heirat im Mai 1946 mit Korrekturarbeiten an der Schrift. Als gelernte Pressestenographin verfügte sie über Kenntnisse, die für die weiteren publizistischen Aktivitäten Fegers von unschätzbarem Wert waren. Ihre Kontakte zum Karlsruher Zeitungsmilieu, in dem sie während des Kriegs gearbeitet hatte, wurden für das *Oberland*-Projekt ins Spiel gebracht. Am 15. September 1946 reiste Liselotte Feger, welche die Autonomiepläne ihres Ehemanns teilte, nach Karlsruhe in die Amerikanische Besatzungszone, um einen geeigneten Schriftleiter für die Zeitschrift *Oberland* zu suchen. In der ehemals badischen Residenzstadt mußte sie erfahren, daß die meisten ihrer Kollegen noch nicht entnazifiziert waren und damit die ABZ nicht verlassen durften. Der Leiter der Handelsschule in Oberkirch im Renchtal, Quenzer, war Liselotte Fegers erste Anlaufstation. Die fehlende Entnazifizierung hinderte ihn, mit nach Konstanz zu fahren. Von der Tochter eines mit ihr befreundeten Journalisten, dem in Baden-Baden wohnenden Schriftsteller Herzog¹⁷⁹, bekam sie den entscheidenden Tip: Hanns Keller aus Herzberg im Harz schien der geeignete Mann zu sein. Stilproben, die Liselotte Feger einsehen konnte, sowie die Schilderung der Persönlichkeit Kellers ließen keinen Zweifel zu, er war der richtige Mann für den schwierigen Posten. Doch damit war ihre Mission noch nicht erfüllt; bei der Druckerei der *Badischen Presse* erhielt sie die Zusage für den Druck der Zeitschrift *Oberland*. Mit dem zuständigen Redakteur Hubert Doerrschuk¹⁸⁰ war Einvernehmen zu erzielen; er sagte ihr zu, eine Probenummer herzustellen und für den Kulturteil Beiträge zu beschaffen. Aber auch Doerrschuk war noch nicht entnazifiziert, weshalb er selbst für den Schriftleiterposten nicht in Frage kam. Die Reise endete am 19. September 1946 und wurde von Otto Feger nach Rückkehr seiner Ehefrau als voller Erfolg gewertet.

Ein halbes Jahr später, im April 1947, traf Hanns Keller als Schriftleiter der Zeitschrift *Oberland* in Konstanz ein. Umgehend konzipierte er mit Feger eine Probenummer¹⁸¹, die nach wenigen Wochen gedruckt vorlag und im Juli 1947 bei der französischen Besatzungsmacht eingereicht wurde. Aber Baden-Baden dachte keineswegs an die Lizenzierung. Der Antrag, der von Fegers Verleger Curt Weller gestellt worden war, verschwand in den Schubladen der französischen Schreibtische. Wie lange Hanns Keller noch in

¹⁷⁷ Liselotte Kerkermeier (Feger) (*1920), Pressestenographin bei der Badischen Presse in Karlsruhe; 1944 nach Einstellung der Badischen Presse „im Rahmen des totalen Kriegseinsatzes“ (31. 8. 1944) Mitarbeit beim Zeitungsverlegerverband in Stuttgart; im April 1945 vor dem französischen Einmarsch Rückkehr nach Allensbach; 1946 Heirat mit Otto Feger.

¹⁷⁸ Die folgenden Ausführungen basieren auf den beiden Interviews des Verfassers mit Liselotte (wiederverheiratete) Kerkermeier vom 21.7. und 17. 12. 1994 sowie auf einem Transkript ihres Tagebuches „Mein erstes Ehejahr“ [1946/47]; für das zur Verfügung gestellte Material bedankt sich der Verfasser an dieser Stelle.

¹⁷⁹ Herzog gehörte in Baden-Baden zum Kreis des Schriftstellers Otto Flake (1880–1963), der 1945 in den deutsch-französischen Kulturrat eintrat und in engem Kontakt mit Alfred Döblin stand. Als gebürtiger Elsässer verstand sich Flake als Mittler zwischen Deutschland und Frankreich.

¹⁸⁰ Doerrschuk leitete während des Krieges die Kulturredaktion der Badischen Presse.

¹⁸¹ Der einführende Artikel „Unser Programm!“ stammte aus Fegers Feder.

Konstanz verblieb, ist ungewiß; Feger mußte jedenfalls sein autonomistisches Zeitschriftenprojekt endgültig zu den Akten legen¹⁸².

Die Südwestdeutschen Archivtage

Im Frühsommer 1946 hatte Feger einige Reisen nach Oberschwaben unternommen, auf denen er mit dem Waldburg-Zeil'schen Archivar Dr. Rudolf Rauh¹⁸³ zusammentraf, der ihm eine politische Aussprache mit dem Fürsten Erich von Waldburg-Zeil verschaffte¹⁸⁴. Nicht nur im religiösen Bereich war Rudolf Rauh von Fürst Erich stark beeinflusst¹⁸⁵, vielmehr scheinen auch dessen politische Vorstellungen von Autonomieplänen geprägt gewesen zu sein. Bei dem Treffen auf Schloß Zeil hat Rudolf Rauh zu Feger auch von der Möglichkeit gesprochen, in nächster Zukunft einen Archivtag abzuhalten, der – den Zeitumständen entsprechend – die deutschen Archivare des Südeils der französischen Zone an einen Tisch bringen sollte. Von dem Projekt lebhaft begeistert, sagte sein Konstanz-Kollege spontan ein Referat zu. Der Plan selbst ging auf den Leiter des Staatsarchivs Sigmaringen, Dr. Franz Herberhold¹⁸⁶, zurück, der von der Notwendigkeit eines Archivtages in Südwestdeutschland überzeugt war. Bei einem Besuch auf Schloß Zeil hatte Herberhold im Juni 1946 mit Rauh über die Möglichkeit gesprochen, die ober-schwäbischen und die benachbarten Archivare zusammenzurufen¹⁸⁷; er selbst hatte mit Rauh die Federführung übernommen. Gemeinsam verfaßten die beiden Archivare ein Rundschreiben¹⁸⁸ und regten einen Archivtag an, der noch im Herbst in Aulendorf zusammentreten sollte. Mit besonderem Eifer griffen neben Feger auch der für das Archivwesen zuständige badische Generalstaatsanwalt Karl S. Bader sowie – auf dessen Vermittlung – der Freiburger Stadtarchivar Friedrich Hefe die Anregung auf. Nach einer

¹⁸² Das Lizenzgesuch für die Zeitschrift *Oberland* zogen Weller und Feger am 26. 1. 1948 unter Hinweis auf die veränderte Lage zurück; Weller an die Direction de l'Intérieure vom 26. 1. 1948; AdO HCFA AC RIL c. 922 p. 2.

¹⁸³ Rudolf Rauh (1908–1973), Altes Gymnasium in Bamberg, dort 1927 Abitur; Studium der Geschichtswissenschaften, Lateinischen Philologie, Rechts- und Kirchengeschichte in München; 1934 Promotion; Mitarbeit an der Bayerischen Staatsbibliothek (Bibliographie zur deutschen Geschichte im Zeitalter der Glaubensspaltung); 1937 Leiter des Fürstlich Waldburg-Zeil'schen Gesamtarchivs; 1946 Mitbegründer der Südwestdeutschen Archivtage; 1948 Leitung des Fürstlich Waldburg-Wolfegg'schen Gesamtarchivs; 1953 Archivrat; seit 1955 des weiteren für das Gräflisch Waldburg-Zeil'sche Archiv in Hohenems/Österreich und für die Archive in Syrgenstein und Assumstadt verantwortlich; 1954 ordentliches Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg; Kenner der Geschichte Oberschwabens und des Allgäus. Vgl.: Schwineköper, Rauh; Seigel, Rauh; Leesch, Archivare, S. 475 f.

¹⁸⁴ Zu dem Treffen vgl. Kapitel II/2.

¹⁸⁵ Interview mit Karl S. Bader vom 17. 8. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁸⁶ Franz Herberhold (1906–1979), Besuch des Franziskanerkollegs St. Ludwig in Vlodrop (Niederlande); Abitur am Gymnasium Werl; 1925–29 Theologiestudium in Würzburg; 1929–31 Studium der Geschichte, Germanistik und Romanistik daselbst; 1931 Promotion; 1934 Mitarbeit im Staatsarchiv Münster; 1938–57 Archivar im Staatsarchiv Sigmaringen (seit 1939 Leitender Archivar); 1958 Leiter der Archivberatungsstelle Westfalen in Münster; 1971 Leitender Landesarchivdirektor.

¹⁸⁷ Miller, Rückblick, Sp. 154.

¹⁸⁸ Eines von insgesamt zehn Exemplaren des Rundschreibens ist im Depositum Bader erhalten; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Rauh. Der Südwestdeutsche Archivtag selbst besitzt das Material erst ab dem 14. Archivtag lückenlos.

Vorbesprechung, an der Feger, Rauh und Herberhold am 4. September 1946 in Aulendorf teilnahmen, ergingen Einladungen an 28 Archivare des südwestdeutschen Raumes.

Als einladende Vereinigung zeichnete die im April 1946 gegründete „Gesellschaft Oberschwaben“, deren Sitz durch das Wirken des Buchhändlers Josef Rieck in Aulendorf eingerichtet worden war¹⁸⁹. Die Gesellschaft bot die organisatorischen Voraussetzungen, vor allem stellte sie Herberge und Versammlungsort in Schloß Aulendorf bereit. Die Bedeutung der „Gesellschaft Oberschwaben“ für die ersten Südwestdeutschen Archivtage kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Nur 15 Teilnehmer konnten am 19. und 20. Oktober 1946 an der ersten Tagung teilnehmen. Otto Feger hielt ein straffes, von jeglicher politischen Äußerung freies Referat über „Die Zusammenarbeit zwischen den Archiven“. Sein Kollege Rudolf Rauh kam hingegen mit seinem Vortrag schon nahe an die politischen Forderungen Fegers heran. Die großen staatlichen Archive in Stuttgart und Karlsruhe sollten dezentralisiert werden, damit das Material wieder an die Entstehungsorte zurückgebracht werden könne, forderte der Fürstlich Waldburg-Zeil'sche Archivar in seinem Referat über „Archive und historische Landschaft“. Der Landschaftsbegriff Rauhs deckte sich völlig mit den entsprechenden Passagen in der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*. Für absolut untragbar hielt es Rauh, „etwa nur aus kulturellen Erwägungen heraus die für Oberschwaben wichtigen historischen Teile aus den Archiven in Stuttgart und Ludwigsburg herauszulösen, um sie in irgendeinem Orte Oberschwabens als eine Art Museumsgut der Forschung zur Verfügung zu stellen. [...] Eine Lösung dieser überaus wichtigen Frage muß aber wohl gesucht werden in der Verbindung von Verwaltungsbezirk und historischer Landschaft.“¹⁹⁰ Die Aussage Rauhs implizierte die Forderung nach staatlicher Reorganisation, die sich nach der „natürlichen“ Gliederung der Landschaften zu richten habe; oder anders formuliert: Schaffung eines kantonal gegliederten, dezentralisierten südwestdeutschen Staates. Die in Rauhs Referat zutage tretenden archivaren Reorganisationsvorschläge trugen in sich eminent politische Forderungen. Die Dezentralisierung der Archive sollte parallel zu einer landschaftlichen Gliederung Südwestdeutschlands erfolgen. Die Neugliederung des Südwestens war somit Ausgangspunkt für die als dringend eingestufte Reform des Archivwesens.

Auch Feger hatte in diesem Sinn bereits im Oktober 1945 in einer Denkschrift die Dezentralisierung der Karlsruher Archivbestände, die in Fort Mutzig in Straßburg ausgelagert waren, postuliert¹⁹¹. Die südbadischen Archivalien waren seit der Ausdehnung des badischen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts systematisch in Karlsruhe zentral gelagert worden. Damit waren sie nach Fegers Auffassung „ihrem natürlichen Standort entfremdet und der heimatkundlichen Arbeit praktisch unzugänglich gemacht“¹⁹² worden. Der Konstanzer Archivar vertrat die Ansicht, daß die Karlsruher Bestände provenienzmäßig auf verschiedene „Teil- oder Bezirksarchive“, und zwar in „Freiburg für den

¹⁸⁹ Zu Gründung und Zielsetzungen der „Gesellschaft Oberschwaben“ vgl. Kapitel II/1.

¹⁹⁰ Die Ausführungen Rauhs sind wiedergegeben in einem Bericht Herberholds an seine vorge setzte Dienststelle in Tübingen; Miller, Rückblick, Sp. 156.

¹⁹¹ Otto Feger: „Neugliederung der Bestände des Generallandesarchivs“ (masch. 9 S.) vom 25. 10. 1945; StadtA FR D.StA.II,1a. Die Denkschrift erhielten die Stadtverwaltung Konstanz sowie in Freiburg die Professoren Metz, Beyerle, Bauer und Bader, der Bibliotheksdirektor Josef Rest und Stadtarchivar Friedrich Hefe.

¹⁹² Ebenda, S. 1.

Raum von Basel zur Ortenau, [...] in Konstanz für den Raum des Landeskommisariatsbezirks Konstanz“ zu verteilen seien. Auch das Archivwesen mußte sich an der in der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* propagierten „natürlichen Landschaft“ orientieren. Eine Renaissance der landeskundlichen und landesgeschichtlichen Arbeit sah Feger als Reflex auf die Jahre des Nationalsozialismus heraufziehen, und er schloß seine Denkschrift, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß „die Möglichkeiten, die die Gegenwart nach dem Zerschlagen alter Formen bietet“¹⁹³, genützt werden. Die Reform des Archivwesens brannte Feger auf den Nägeln. Doch seinen Eingaben, Exposés und Denkschriften sollte kein Erfolg beschieden sein. Im Dezember 1946 machte er einen erneuten Anlauf, das Kultusministerium in Freiburg von dem Plan einer Dezentralisierung der Bestände des Karlsruher Generallandesarchivs zu überzeugen. In seinem Schreiben vom 16. Dezember änderte Feger die Taktik: Hatte er zuvor eine Veränderung des Archivwesens von einer parallel verlaufenden politischen Neugliederung abhängig gemacht, so stellte er nun fest, „dass Südbaden noch auf längere Zeit ein von Nordbaden getrenntes staatliches Eigenleben haben wird“¹⁹⁴, und brachte damit seine vorgetäuschte Hoffnung auf Wiedererrichtung des badischen Staates zum Ausdruck. Feger rechnete fest mit der Unterstützung durch die französische Besatzungsmacht, da sie doch kein Interesse daran haben könne, die im Elsaß gelagerten Bestände des Generallandesarchivs in die Amerikanische Besatzungszone nach Karlsruhe zu bringen. Einer Einlagerung in Freiburg und Konstanz stünde aber nichts im Wege. Die Frage der Dezentralisierung der Karlsruher Archivbestände wollte Feger in kurzer Zeit gelöst wissen, sein Engagement deutet auf den hohen Stellenwert, den die Problematik in seinem Denken eingenommen hat, hin. Die Verbindung von wissenschaftlichen und politischen Überlegungen ist nicht nur beim Konstanzer Archivar augenfällig.

Auch der Freiburger Stadtarchivar Dr. Friedrich Hefe¹⁹⁵ folgte Feger streckenweise in dessen Neugliederungsvorstellungen. Ohne an der Weimarer Reichsreformdiskussion aktiv teilgenommen zu haben, hatte Hefe schon in den zwanziger Jahren die Meinung vertreten, daß die Begriffe „Schwabe“ und „Alemanne“ identisch seien¹⁹⁶. Obwohl der unpolitische Archivar mit äußerster Zurückhaltung nach 1945 öffentliche Stellungnahmen weithin vermied, war er von der Einheit des schwäbisch-alemannischen Raumes genauso fest überzeugt, wie er von den politisch notwendigen Konsequenzen erfüllt war.

¹⁹³ Ebenda, S. 9.

¹⁹⁴ Durchdruck eines Schreibens von Feger vom 16. 12. 1946; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Feger.

¹⁹⁵ Friedrich Hefe (1884–1956), Gymnasium Dillenburg; 1904–11 Studium der Geschichtswissenschaften, der Philosophie und Theologie in München und Würzburg; 1911 Promotion; seit 1912 im Stadtarchiv Freiburg tätig (zuerst als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, ab 1921 als Archivar); 1923 Leiter des Stadtarchivs Freiburg; 1936–48 Vorsitzender des Breisgauer Vereins „Schau ins Land“; Schriftleiter des Freiburger Diözesanarchivs; 1945 Vorsitzender des Säuberungsausschusses der Stadtverwaltung; 1948 Pensionierung. Vgl. Köhler, Freiburg, S. 274 und Leesch, Archivare, S. 233.

¹⁹⁶ „Der Name Alemannen rührt von den römischen und griechischen Schriftstellern her und besaß von Anfang an nur ein literarisches Leben, bis er seit Hebel im Sinne eines eigenen Stammes in Gebrauch kam. Das Volk selbst nannte sich vielmehr schon in frühester Zeit Schwaben.“ Zitat aus einem kulturwissenschaftlichen Referat über das „Schwabenland“, gehalten von Friedrich Hefe auf der Mitgliederversammlung des Schwäbischen Museumsverbandes Ende der zwanziger Jahre; zitiert nach Bertele, Großschwaben, S. 10.

Im Frühjahr 1945 ließ Hefeke unter dem Eindruck der fast vollständigen französischen Militärverwaltung für das gesamte Baden – auch Karlsruhe war französisch besetzt – seiner Enttäuschung freien Lauf: hatte sich der Freiburger Stadtarchivar doch „eine groß-alemannische Verwaltungsprovinz gewünscht“¹⁹⁷. Gegenüber Feger monierte Hefeke zwei Stellen in dessen 1946 erschienener kleiner Stadtgeschichte¹⁹⁸, an denen der Konstanzer Archivar vom schwäbischen und alemannischen Raum sprach. „Ich würde vom schwäbisch-alemannischen Raum sprechen. Das Wörtlein ‚und‘ besagt, daß es verschiedene Räume sind, was wissenschaftlich gesehen nicht zutrifft.“¹⁹⁹ Eine der wenigen mit politischen Aussagen versehenen Veröffentlichungen Hefeke der Nachkriegszeit war die Artikelfolge „Zwischen Rhein und Donau“, die im Januar 1947 im *Südkurier* publiziert wurde²⁰⁰. Der Freiburger Archivar betonte die Einheit des schwäbisch-alemannischen Raumes und wies dem Stammesgedanken eine wichtige, auch staatsbildende Funktion zu. Ein föderativ aufgebautes künftiges Deutschland müsse auf stämmischer Grundlage errichtet werden. Durch die Verwirklichung des Stammesgedankens werde „statt des badischen Staates napoleonischer Prägung in einem *Reichsland Groß-Schwaben*“²⁰¹ ein grundfester Bau, ein Land mit ziemlich runden Grenzen entstehen. [...] Sollte sich aber ein Reichsland Großschwaben nicht verwirklichen lassen, so würde eine Vereinigung von Baden und Württemberg unter Einbeziehung fränkischer Gebiete dem gesteckten Ziel einigermaßen nahe kommen.“²⁰²

Auf der zweiten Südwestdeutschen Archivtagung, die im Mai 1947 wiederum in Aulendorf abgehalten wurde, nutzte Feger die Gelegenheit, über einen Teilaspekt seiner politischen Vorstellungen, dem Problem der „historischen Landschaft“, zu sprechen²⁰³. Die Tagung war insgesamt überschattet von persönlichen Spannungen, die – so erinnerte sich Karl S. Bader, einer der damaligen Teilnehmer – in „den Zeitverhältnissen begründet“ lagen²⁰⁴ und zwischen Franz Herberhold²⁰⁵ einerseits sowie Rudolf Rauh und Otto Feger andererseits zutage traten. Vor zwölf Kollegen breitete Feger am 2. Mai 1947 seine historisch-politischen Gedanken in dem Referat „Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken“²⁰⁶ aus. Den Archivaren legte Feger dabei die Verpflichtung auf, schöpferisch das landesgeschichtliche Denken zu pflegen. Die Berufung des Archivars sei eben die historische Arbeit, die sowohl eine Tiefen- als auch eine Breitenwirkung habe: „Die Tiefenwirkung ist die wissenschaftliche Arbeit. Die Breitenwirkung ist die Erziehung zum

¹⁹⁷ Chronik Dr. Friedrich Hefeke [Freiburger-Kriegs-Chronik 1940–50], Eintrag vom 22. 5. 1945; StadtA FR B1/328; zitiert nach Köhler, Freiburg, S. 91.

¹⁹⁸ Feger, Konstanz.

¹⁹⁹ Hefeke an Feger vom 18. 11. 1947; StadtA KN HA Feger 10–20.

²⁰⁰ Friedrich Hefeke: „Zwischen Rhein und Donau“, in: *Südkurier* (I.) vom 17. 1. 1947 (II.) vom 24. 1. 1947 und (III.) vom 31. 1. 1947.

²⁰¹ Zu den Großschwaben-Plänen vor 1945 vgl. die Einführung.

²⁰² Friedrich Hefeke: „Zwischen Rhein und Donau“ (III.), in: *Südkurier* vom 31. 1. 1947.

²⁰³ Bader hatte Herberhold schon im September 1946 gebeten, Feger aufzufordern, „ein Referat über dies Problem [der historischen Landschaft] zu halten, das auch in seinem Buch eine große Rolle spielt“; Bader an Herberhold vom 2. 9. 1946; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Herberhold.

²⁰⁴ Bader an Herberhold vom 28. 2. 1948; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Herberhold.

²⁰⁵ Herberhold sprach in Zusammenhang mit den Autonomieforderungen von „Suebomanie“; Herberhold an Bader vom 10. 2. 1947; StadtA SI Depositum Bader All. Korr. Herberhold.

²⁰⁶ Das Manuskript des Referats (masch. 12 S.) ist im Nachlaß Otto Feger erhalten, trägt dort allerdings den nachträglich hinzugefügten, handschriftlichen Titel „Aufgaben des Archivs“.

landesgeschichtlichen Denken.“²⁰⁷ Die Aufgabe sei nun, so Feger, das landesgeschichtliche Denken in weite Kreise der Bevölkerung zu tragen, wozu Zeitungsartikel, Vorträge in Vereinen und Schulen, Kurse und Vortragsreihen in Volkshochschulen geeignet seien²⁰⁸. „Gerade in der Gegenwart, wo für zahllose Menschen die Grundlagen ihres Weltbildes, des historischen wie des ethischen und des politischen, ins Wanken geraten sind, kann die Landeskunde und die Landesgeschichte der Kristallisationspunkt sein, von dem aus sich ein neues Weltbild entwickeln kann.“²⁰⁹ Die Neuorientierung der südwestdeutschen Bevölkerung versprach sich der Konstanzer Stadtarchivar von einer Hinführung zum landesgeschichtlichen Denken, dessen Vermittlung er auf die Archivare übertragen wissen wollte. Aus der Landesgeschichte ergaben sich dann auch die konkreten Forderungen: Wiederherstellung des schwäbischen Herzogtums in neuer Gestalt durch Schaffung eines schwäbisch-alemannischen Staates²¹⁰, der jedoch auf demokratischer Grundlage zu stehen hatte. Historische Vorbilder dienten dem Konstanzer Stadtarchivar zur Legitimierung aktueller politischer Forderungen.

Die Zeitschrift für Schwäbische Geschichte

Otto Fegers Referat über die „Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken“ stand zwar im Zentrum des zweiten Südwestdeutschen Archivtages in Aulendorf. Ein Zeitschriftenprojekt, dessen Initiator auch Feger hieß, hielt die Tagung jedoch ebenfalls gefangen. Für den schwäbisch-alemannischen Raum sollte eine historische Zeitschrift geschaffen werden, die sowohl die *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* als auch die *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte* in Zukunft ersetzen sollte. Die Vorarbeiten zur *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* setzten unmittelbar nach der Archivtagung ein und lagen fast ausschließlich in den Händen Otto Fegers. Der Konstanzer Archivar gewann Curt Weller für das Projekt, der sich als Verleger fortan um die Lizenzierung bemühte. Als Herausgeber zeichneten der Stuttgarter Staatsarchivrat Dr. Karl Otto Müller²¹¹ und der Freiburger Stadtarchivar Hefele, die Redaktion besorgte Otto Feger, alle drei Archivare reichten zwecks Lizenzierung im Juni 1947 die ausgefüllten Fragebögen bei der Militärregierung ein²¹². Der Verleger Weller beantragte im September 1947 die Lizenzierung der Zeitschrift²¹³. Aber die zuständigen französi-

²⁰⁷ NL Otto Feger, ebenda.

²⁰⁸ Diese Ausführungen waren für Feger nicht graue Theorie, vielmehr hatte er in Konstanz bereits gewirkt: Zwischen Februar und März 1946 veranstaltete Feger in Zusammenarbeit mit dem Bodensee-Geschichtsverein eine Vortragsreihe (8 Vorträge); StadtA KN Publ. des StadtA.

²⁰⁹ „Aufgaben des Archivs“ [Mai 1947]; NL Otto Feger.

²¹⁰ Ein Teilnehmer der Tagung, der spätere Wangener Landrat Walter Münch (vgl. Kapitel II/1), faßte das Referat prägnant zusammen: „Dr. Feger, Konstanz, der über die schwäbisch-alemannische Demokratie und ihre historischen Wurzeln sprach“; Münch, *Erinnerungen*, S. 83.

²¹¹ Karl Otto Müller (1884–1960), aufgewachsen in Ravensburg; 1902 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen vor allem bei Siegfried Rietschel; 1907 und 1910 juristische Staatsprüfungen; 1912 Promotion; 1912–1932 Leiter der Zweigstelle Ludwigsburg des Stuttgarter Staatsarchivs; 1932–51 Mitarbeit im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (1946–51 Leiter desselben); 1949–52 Vorsitzender der Württembergischen Kommission für Landesgeschichte. Vgl. insbesondere: Pietsch, Müller; außerdem Müller, Müller.

²¹² Vgl. das Dossier „Zeitschrift für Schwäbische Geschichte 1948/49“; AdO HCFA AC c. 949/5.

²¹³ Weller an die Direction de l'Information vom 2. 9. 1947; AdO, ebenda.

schen Dienststellen kümmerten sich zunächst nicht um die Bearbeitung des Gesuchs. Als bis Januar 1948 weder eine positive noch negative Entscheidung eingegangen war, reiste der Verleger direkt nach Baden-Baden. Erst nach einem weiteren Vierteljahr erhielt die *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* eine Visa-Nummer von der *Direction de l'Education Publique*²¹⁴. Aber die *Direction de l'Information* hatte bis dato weder ihr Plazet gegeben noch Weller eine Mitteilung über den Stand der Lizenzierung gemacht. Von Curt Weller gebeten, schaltete sich Mitte Mai 1948 der neue Konstanzer Bezirksdelegierte André Noël ein und informierte über den Oberdelegierten Pène in Freiburg die zuständigen Baden-Badener Dienststellen. Keiner von beiden sollte eine schriftliche Antwort erhalten, die Lizenzierungsprozedur versandete aus ungeklärten Gründen im aufgeblähten Getriebe Baden-Badens. Seit den ersten Gesprächen in Aulendorf war somit weit über ein Jahr vergangen, ohne daß französischerseits eine Entscheidung ausgesprochen worden wäre. Der lange Zeitraum ließ genügend interne Auseinandersetzungen ausbrechen, die sich negativ auf das Zeitschriftenprojekt auswirken sollten.

Der Streit entzündete sich an Otto Feger, dem Schriftleiter der geplanten *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte*. Obwohl dieser sich zusammen mit Curt Weller intensiv um die praktischen Belange kümmerte, distanzierten sich einige Fachkollegen. Der Ruf, Verfasser der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* zu sein, war ihm weit vorausgeeilt und schien sich als Omen über das Zeitschriftenprojekt zu legen. Ein heftiger Streit, vordergründig an einem Fragebogen für den „Verein Deutscher Archivare“ entfacht, verursachte eine gereizte Stimmung zwischen dem Leiter des Staatsarchivs Sigmaringen, Franz Herberhold, einerseits und Otto Feger und Rudolf Rauh andererseits²¹⁵.

Schon Anfang 1947 hatte Weller Werbung für die *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* gemacht, indem er sie auf der letzten Seite von Fegers kleiner Stadtgeschichte ankündigte²¹⁶. Landesgeschichtlich klingende Namen zierten die Mitarbeiterliste²¹⁷. Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift werde sich – so die Ankündigung Wellers –, „den historischen Problemen des gesamten schwäbischen und alemannischen Raumes vom

²¹⁴ Die Visa N° 6070 wurde am 1. 4. 1948 von dem Stellvertreter Schmittleins, Maréchal, vergeben. Er fügte handschriftlich hinzu: „Avis très favorable – se présente sous une forme scientifique –“; AdO HCFA AC c. 949/5. Die demande de licence d'édition, auf deren Rückseite die Bemerkung zu finden ist, datiert auf den 17. 7. 1947.

²¹⁵ Die Schärfe der Auseinandersetzung ist durch den Gegenstand nicht zu rechtfertigen. Die landmannschaftlichen Unterschiede und die divergierenden politischen Vorstellungen dürften eher Ursache der Unstimmigkeiten gewesen sein. Auch in der Frage der Dezentralisation der Staatsarchive mußte Herberhold aufgrund seiner Tätigkeit eine andere Sichtweise vertreten. Vgl. dazu die Korrespondenzen Feger mit Herberhold und Rauh; StadtA KN BA A-Z 1945–47.

²¹⁶ Feger, Konstanz, S. 220. In der kleinen Stadtgeschichte sind auch entschärfte politische Äußerungen versteckt: „Konstanz war eine Demokratie im ausgeprägtesten Sinn, wie die meisten Stadtstaaten des südwestdeutschen Mittelalters überhaupt“ (S. 108) oder: „In diesem 19. Jahrhundert wurde die Saat gesät [Militarismus und Nationalismus in Form des deutschen Nationalstaats Bismarckscher Prägung], die in unseren Tagen so furchtbar aufgegangen ist“ (S. 71). Weiter: „Die kulturelle Einheit der Bodenseelandschaft [...] wird durch eine unglückliche Entwicklung zerrissen, die staatlichen Grenzen treten immer schmerzlicher ins Bewußtsein“ (S. 179).

²¹⁷ Namentlich aufgeführt wurden: „K. S. Bader (Freiburg), Fr. Beyerle (Freiburg), O. Feger (Konstanz), O. Gönnenwein (Schwenningen), F. Herberhold [sic !] (Sigmaringen), F. Nebinger (Neuburg), O. Paret (Stuttgart), R. Rauh (Zeil), J. Sauer (Freiburg), G. Wais (Stuttgart), Fr. Zöpfl (Dillingen)“; ebenda.

Oberrhein zum Lech ohne Rücksicht auf die Territorialgrenzen widmen“²¹⁸. Die Zeitschrift war wissenschaftlich angelegt, eine Übernahme der politischen Gedanken Fegers war zu keinem Zeitpunkt geplant, dafür sollte schließlich die von Weller ebenfalls beantragte Zeitschrift *Oberland* dienen. Die *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* sollte Bindeglied zwischen den wissenschaftlich tätigen Historikern sowie Archivaren und den Geschichtsfreunden des „weiten schwäbischen und alemannischen Raumes“²¹⁹ sein. Im Dezember 1947 lag dann die gedruckte erste Nummer der Zeitschrift zu Lizenzierungszwecken vor. Die Mitarbeiterliste²²⁰ hatte sich geringfügig geändert, Otto Feger wurde explizit als Schriftleiter auf der zweiten Seite genannt. Der einführende Aufsatz²²¹ war gemeinsam von den Herausgebern, Friedrich Hefe und Karl Otto Müller, verfaßt. Sie wiesen auf die Notwendigkeit der Zeitschrift hin, deren Ziel die bessere Erschließung und Auswertung der schwäbischen Archive sein sollte. Die Grenzen des schwäbischen Raumes definierten sie anhand der Ausdehnungen des hochmittelalterlichen Herzogtums Schwaben, das damals als „Gesamtschwaben [...] politische Wirklichkeit“²²² von den Vogesen bis zum Lech und von den Alpen bis zur fränkisch-schwäbischen Sprachgrenze gewesen sei. Ähnlich wie das Deutsche Historische Institut in Rom, das mit der Auswertung der reichen Quellen zur deutschen Geschichte in Italien beauftragt sei, schlugen Müller und Hefe vor, in Wien und möglichst auch in Innsbruck kleinere Institute zur Erforschung der Geschichte der ehemals vorderösterreichischen und reichsunmittelbaren schwäbischen Territorien einzurichten und dorthin im ständigen Austausch junge Archivare oder Archivarwärter zu beordern. „Die Wandlung der geschichtlichen Auffassung nach zwei verlorenen Kriegen und furchtbaren Kriegserlebnissen wird sich auch in den Aufsätzen dieser Zeitschrift bemerkbar machen“²²³, die Revision des preußisch-deutschen Geschichtsbildes war somit Teil der Konzeption. Gleichwohl hüteten sich beide Archivare vor der Propagierung weiterer politischer Ziele und postulierten eine historisch-wissenschaftliche Zeitschrift. In der Tat beinhalten die Aufsätze der vier Autoren²²⁴ der Probenummer keinerlei Äußerungen zur Frage der Neugliederung Südwestdeutschlands, der wissenschaftliche Charakter der *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* wäre im Fall ihres Erscheinens unmißverständlich zutage getreten.

Doch die Verschleppung des Lizenzantrages in Baden-Baden und der Streit um die Nennung Otto Fegers machten das Projekt bis Sommer 1948 obsolet. Aufgrund der lück-

²¹⁸ Feger, Konstanz, S. 220.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Neu hinzu kamen: Krebs (Karlsruhe), M. Miller (Stuttgart), Weise (Tübingen). Professor Friedrich Zöpfl aus Dillingen hatte seine Bereitschaft zur Mitarbeit zurückgezogen, obwohl ihm Feger ausdrücklich versicherte, daß der Zeitschrift „irgendeine politische Tendenz völlig“ fernliege und „geschichtswissenschaftliche und landeskundliche Fragen ohne jegliche Voreingenommenheit“ behandelt würden; Feger an Zöpfl vom 8. 7. 1947; StadtA KN HA Feger 10–20.

²²¹ Karl Otto Müller/Friedrich Hefe: Zur Einführung unserer Zeitschrift, in: *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* 1 (1946), S. 3–8.

²²² Ebenda, S. 3.

²²³ Ebenda, S. 8.

²²⁴ Otto Gönnerwein: Marktrecht und Städtewesen im alemannischen Gebiet, S. 8–38; Karl S. Bader: Die Reichsstädte des schwäbischen Kreises am Ende des alten Reiches, S. 39–63; G. Wais: Die ältesten Landkarten von Schwaben und Württemberg, S. 64–85; Friedrich Hefe: Editionsfragen, S. 86–97.

kenhaften französischen Quellenbestände ist nicht zu klären, weshalb die Zeitschrift keine Lizenz erhielt: Die *Direction de l'Information* hatte am 22. Januar 1948 das Projekt genehmigt mit dem Hinweis auf die Mitarbeit ausgewiesener Föderalisten²²⁵, und auch die *Direction de l'Education Publique* segnete am 1. April 1948 die historische Zeitschrift ab. Doch Weller sollte keine Lizenz erhalten. Je länger die Genehmigung auf sich warten ließ, desto heftiger wurden die Angriffe auf Feger. Der Konstanzer Stadtarchivar ließ nichts unversucht, das Projekt doch noch auf die Beine zu stellen. Nach Wellers Gespräch mit Attaché Kirchheimer von der *Direction de l'Education Publique* vom Januar 1948 in Baden-Baden legte Feger dem französischen Offizier Tage später schriftlich noch einmal die Ziele der Zeitschrift dar²²⁶. Sie sei als ein Fachorgan für landesgeschichtlich Interessierte konzipiert, die Autoren seien „seit Jahren Vertreter von Ansichten gewesen, die einer großräumigen, imperialistischen Geschichtsauffassung entgegenwirken. Es wäre [...] sehr wichtig, wenn gerade diese Kreise ein Organ bekämen, in welchem sie ihre Ansichten streng wissenschaftlich und ohne eine politische Tendenz zu betonen, begründet der Öffentlichkeit zugänglich machen könnten.“²²⁷ Aber Fegers Invektive blieb erfolglos; dabei hätte er schon im Sommer 1947 erkennen können, daß er sich bald einer geschlossenen Phalanx gegenübersehen würde. Sein Kollege und Herausgeber der Zeitschrift, Friedrich Hefe, hatte ihn bereits im Juli 1947 gewarnt: „Stimmen aus Dillingen, Stuttgart und Tübingen haben mir gezeigt, daß Ihr Buch jetzt schon gegen unsere Zeitschrift ins Feld geführt wird“²²⁸, ein weiteres Indiz für die Verbreitung und Rezeption der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*. Die Lösung lag für Hefe auf der Hand: Es wird „aus rein taktischen Gründen [*gut sein,*] wenn Ihr Name auf dem Titelblatt, außen wie innen, nicht erscheint“. Damit traf er aber Fegers Empfindlichkeit, der es ablehnte, als Schriftleiter nicht genannt zu werden und gleichzeitig die arbeitsintensiven organisatorischen Tätigkeiten übernehmen zu sollen. „Ich glaube aber nicht mich dazu entschließen zu können, dass ich zwar weiterhin einen wesentlichen Teil der Arbeit mache, aber nicht einmal unter der doch fast durchweg dekorativen Liste der Mitwirkenden erscheine. [...] Ich nehme ja an, dass ich mich [...] in der 2. oder 3. Nummer durch einen fachlichen Beitrag legitimieren kann, in dem Sinn, dass ich auch andere als politische Bücher zu schreiben vermag“²²⁹, rechtfertigte sich Feger am 22. Juli 1947 gegenüber Generalstaatsanwalt Bader. Dem Freiburger Stadtarchivar schrieb Feger mit gleichem Datum, aber in einer entschiedeneren Sprache. Er stellte seine Mitwirkung überhaupt zur Disposition und vergaß nicht, auf die immensen Schwierigkeiten bei der Herausgabe und Lizenzierung einer Zeitschrift zu verweisen. Völlig unvorstellbar war ihm der Wunsch, „dass mit Rücksicht auf sachlich ungerechtfertigte Gefühle eines kleinen Teiles des Publikums“ sein „Name vollkommen aus einer Zeitschrift verschwinden soll“²³⁰.

Die Frage der Mitarbeit Fegers an der *Zeitschrift für Schwäbische Geschichte* stellte sich ab Mitte 1948 nicht mehr, die französische Militärregierung hatte durch Verschleppung der Lizenzierung – trotz einer Reise Fegers nach Baden-Baden und Vorsprache bei

²²⁵ „Avis très favorable“ auf der Karteikarte der Zeitschrift für Schwäbische Geschichte vom 22. 1. 1947; AdO HCFA AC RIL c. 784/6.

²²⁶ Feger an Kirchheimer vom 6. 2. 1948; StadtA KN HA Feger 10–20.

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Hefe an Feger vom 15. 7. 1947; StadtA KN HA Feger 10–20.

²²⁹ Feger an Bader vom 22. 7. 1947; StadtA SI Depositum Bader All. Korrr. Feger.

²³⁰ Feger an Hefe vom 22. 7. 1948; Durchdruck in: StadtA SI Depositum Bader All. Korrr. Feger.

Oberst Loutre²³¹ – ein übriges dazu beigetragen. Im Papiermangel und im Umschwenken Baden-Badens auf den Pariser Kurs der Wiederherstellung der Länder im Südwesten dürften die Ursachen der französischen Blockadepolitik zu suchen sein.

Rheinschwaben

Die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* verstand Feger als Produkt des wiedergewonnenen Bürgerrechts auf freie Meinungsäußerung. Bei der Abfassung 1945 war er sich bewußt, daß das Buch auf heftigen Widerstand und Widerspruch stoßen würde. Im Rahmen einer sich anbahnenden Diskussion hatte Feger die Hoffnung gehegt, mit dem Inhalt und den Gedanken der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* der Neugliederungsdiskussion eine bestimmte Wendung zu geben. Sein kurzzeitiges Engagement im „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ ist als Versuch Fegers zu werten, einem Forum anzugehören, das seine Meinung zur Gestaltung Nachkriegsdeutschlands deutlich zum Ausdruck bringen konnte. Aber mit Bernhard Dietrich stieß er auf einen hartnäckigen Gegenspieler, dem es gelang, Feger in die zweite Reihe zu drängen, um selbst die Aktivitäten des Heimatbundes zu bestimmen.

Den entschiedensten Gegner auf publizistischem und wissenschaftlichem Feld fand Otto Feger in Friedrich Metz²³². Schon in den zwanziger Jahren hatte der Geograph den Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder zu einem Reichsland gefordert, wobei er sich mit Willy Hellpach, dem Badischen Staatspräsidenten, einig wußte. Metz veröffentlichte solche Gedanken in der Zeitschrift *Der Schwäbische Bund*²³³; seit 1938 leitete er das Alemannische Institut²³⁴ in Freiburg, das 1931 vom ehemaligen Reichskanzler Josef Wirth²³⁵ und dem Kirchenhistoriker und christlichen Archäologen Josef Sauer ins

²³¹ Feger wurde am 20. 1. 1948 von Oberst Loutre und von der Direction de l'Education Publique die baldige Erledigung in Aussicht gestellt; StadtA KN HA Feger 10–20.

²³² Friedrich Metz (1890–1969), 1909 Abitur in Offenbach am Main; 1909–14 Studium der Geographie, Geschichte und Germanistik in Heidelberg und Leipzig; 1914 Promotion in Heidelberg; 1914–18 Kriegsdienst als Leutnant d. R.; 1924 Habilitation an der Technischen Hochschule in Karlsruhe; 1926–29 Dozent in Leipzig; 1929–35 Ordinarius in Innsbruck und Erlangen; 1936–38 Rektor der Universität Freiburg i. Br.; 1938–45 und 1951–62 Leiter des Alemannischen Instituts; 1945 suspendiert; 1952–55 Mitglied des Ausschusses für die Neugliederung der Bundesländer (Luther-Ausschuß); 1958 Emeritierung. Vgl. auch Reinhard, Metz, S. 209–211.

²³³ Metz, Staat. Vgl. auch die Bemerkungen in der Einführung.

²³⁴ Zur Geschichte des Alemannischen Instituts bis 1945: Quarthal, Institut; nach 1945: Sonntag, Geschichte.

²³⁵ Josef Wirth (1879–1956), 1905 Promotion an der Universität Freiburg i. Br.; 1908 Gymnasialprofessor; 1911 Stadtverordneter in Freiburg; 1913 MdL in Baden (Zentrum); 1914–33 MdR (Zentrum); 1914–17 Kriegsdienst als Krankenpfleger; 1918–20 Badischer Finanzminister; 1920–21 Reichsfinanzminister; 1921–22 Reichskanzler; 1929–30 Reichsminister für die besetzten Gebiete; 1930–31 Reichsinnenminister; 1933–48 Exil in der Schweiz; ab 1949 Mitarbeit im Bund der Deutschen und der GVP. Vgl. Knapp, Wirth, S. 273–277. Wirth hatte im Exil in der Schweiz zusammen mit Otto Braun, Wilhelm Hoegner, J. J. Kindt-Kiefer und H. G. Ritzel den Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“ gebildet. Die Strukturen des künftigen staatlichen Aufbaus Deutschlands fanden ihren schriftlichen Niederschlag in einer Broschüre (Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne), die 1945 in Bern gedruckt wurde. Darin wurde ausdrücklich vor „der Gründung separater katholischer deutscher Staaten“ (S. 14) gewarnt, auch die Bildung deutscher Länder nach stammesföde-

Leben gerufen worden war. Die Aufgabe des Instituts sah Metz in der Abdeckung der gesamten Landeskunde, der naturwissenschaftlichen wie der historischen Forschung. War Metz zu Beginn der Weimarer Republik für ein geeintes südwestdeutsches Reichsland eingetreten, so träumte er nach dem schnellen deutschen Sieg über Frankreich in der ersten Hälfte der vierziger Jahre von einem alemannischen „Großgau“, der alle Alemannen „in Süddeutschland, im Elsaß, in Burgund, in der Franche-Comté, in der Schweiz, in Lothringen und in Tirol“ umfassen sollte²³⁶ – dies nahm zumindest die französische Besatzungsmacht nach 1945 an. In der Tat hatte sich Metz vor 1945 in Aufsätzen und Artikeln für die Einbeziehung von Elsaß-Lothringen nach Deutschland ausgesprochen, an größeren Publikationen sind besonders *Die Oberrheinlande* (1925) und *Der Oberrhein und das Elsaß* (1941) zu nennen. Nach 1945 mußte Friedrich Metz auf französischen Druck hin die Universität verlassen, sein Lehrstuhl wurde indessen über Jahre bewußt vakant gehalten. 1948 wurde er nach einstimmiger Spruchkammerentscheidung politisch entlastet, der Schlußentscheid vom 30. März 1951 verwies ausdrücklich auf seine wissenschaftlichen Verdienste und seine Opposition gegen Anweisungen der Nationalsozialisten²³⁷. Der Wiederaufbau des Alemannischen Instituts nach 1945 beruhte finanziell und organisatorisch weitgehend auf Friedrich Metz: Erst am 15. Februar 1951 wurde das Alemannische Institut als eingetragener Verein neu gegründet; dadurch waren die Voraussetzungen für die Finanzierung durch das Land und das Bundesministerium des Innern gegeben.

Der Freiburger Geograph hat bereits frühzeitig in der Neugliederungsdiskussion Stellung bezogen. Er galt zurecht als leidenschaftlicher Verfechter des Südweststaates: zwischen der Volksbefragung vom September 1950 und der Volksabstimmung vom Dezember des folgenden Jahres hielt er an mehr als einhundert Orten Vorträge und Diskussionsveranstaltungen ab²³⁸. Den Freiburger Doktoranden Feger hatte Metz schon 1939 kennengelernt, im März 1940 hielt der spätere Konstanzer Stadtarchivar unter den wachsamen Augen des Freiburger Professors einen Vortrag über die Siedlungsgeschichte des oberen Wiesentals²³⁹. Als Feger in Italien als Sonderführer Z (Dolmetscher) beim deutschen General in Rom Verwendung fand, riß der Kontakt zu Friedrich Metz ab. Doch bereits im Herbst 1945 trafen beide wieder aufeinander, am 13. November 1945 referierte Feger im Alemannischen Institut zur Territorialpolitik der Bischöfe von Konstanz; diesem Vortrag folgte eine „lebhafteste Diskussion“²⁴⁰. Es wurde nämlich über die Dezentralisierung der Karlsruher Archivbestände gesprochen, auch Metz hatte von Feger die prägnante Denkschrift zur Neuordnung der Archive vom 25. Oktober 1945

ralistischen Gesichtspunkten sei „durch die ungeheure Binnenwanderung innerhalb des deutschen Reiches während der letzten sieben Jahre“ (S. 14) obsolet geworden. Die Forderungen des „Demokratischen Deutschlands“ zielten auf die Schaffung eines Bundesstaates in Form einer föderativen Republik (S. 16) hin, der europäisch eingebettet sein sollte. Die Prinzipien des Föderalismus sollten den Gliedstaaten die absolute Freiheit im kulturellen Bereich gewährleisten, das Subsidiaritätsprinzip müsse bis auf die Ebene der Gemeinde angewandt werden (S. 19). Vgl. dazu auch: Benz, Konzeptionen, S. 207 f.

²³⁶ „Note d'information. Objet: L'„Institut Alémanique“ de Fribourg“ vom 24. 3. 1951; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/1–3.

²³⁷ Sonntag, Geschichte, S. 50 f.

²³⁸ Ebenda, S. 52.

²³⁹ Alemannisches Institut: Fachsitzungen und Vorträge (28. 3. 1940); StadtA FR C 4 X 19 Nr. 10.

²⁴⁰ Bader, Wiederaufbau, S. 52.

erhalten²⁴¹. Außerdem war der spätere Staatspräsident Leo Wohleb zu der Sitzung im Alemannischen Institut eingeladen; Fegers Reformvorschläge mußten bei diesem auf Granit stoßen.

Das Erscheinen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* im Juni 1946 verdunkelte das Verhältnis zu Metz des weiteren, obwohl der suspendierte Geograph von den politischen Plänen Fegers bereits zuvor Kenntnis hatte. Feger hatte ihm nämlich die Druckfahnen zur Durchsicht zur Verfügung gestellt²⁴². Gegen die vorgetragenen autonomistischen Gedanken zog Metz auf publizistischem Weg ins Feld. Seinen alten Plan eines Zusammenschlusses von Baden und Württemberg legte er 1948 in einem Buch, das er programmatisch mit *Rheinschwaben*²⁴³ betitelte, der Öffentlichkeit vor. Metz stellte eine Vereinigung von Baden, Württemberg, Hohenzollern und der Pfalz zu einem Land „Rheinschwaben“ in Aussicht, für das er eine konfessionell ausgewogene Bevölkerung von 3,4 Millionen Protestanten gegenüber 3,2 Millionen Katholiken errechnete. Auch die klassischen Sektoren der Erwerbstätigkeit schienen ihm insgesamt in günstigem Verhältnis zu stehen: Industrie, Handel und Handwerk überwogen. Die Verwaltungsgliederung hätte vier Regierungsbezirke aufzuweisen, deren Zentren Mannheim, Ludwigsburg, Freiburg und Sigmaringen heißen sollten. Die Pfalz würde dabei dem Regierungsbezirk Mannheim zufallen, das württembergische Kernland hätte in Ludwigsburg seinen Verwaltungssitz. Südbaden mit Freiburg würde um den ehemals württembergischen Landkreis Freudenstadt erweitert, hätte dann aber die Hegau- und Bodenseelandkreise an den oberschwäbischen Regierungsbezirk mit Sitz in Sigmaringen abzugeben. Der bayerische Landkreis Lindau sollte über kurz oder lang an den Regierungsbezirk Sigmaringen fallen und damit Teil Rheinschwabens werden. Die Argumentation des Autors verlief auf den Gleisen seiner akademischen Bildung: geographische Gesichtspunkte wurden mit historischen Motiven verknüpft, die Analyse der Verwaltungsstrukturen nahm breiten Raum ein. Über die politische Organisation schwieg sich Metz vollkommen aus. Die Argumentation unterscheidet sich ganz erheblich von der Fegers. Nicht aus einer geschichtsrevisionistisch-föderalistischen Position heraus erfolgte die Zwangsläufigkeit des Neugliederungsvorschlages; vielmehr glaubte Metz an die Erfordernis einer „Flurbereinigung“ in Südwestdeutschland, an die Notwendigkeit, ein rationell unter geographischen Gesichtspunkten gegliedertes Land in das künftige Deutschland einbringen zu müssen.

Mit der gleichen Vehemenz, mit der Friedrich Metz sein Projekt verteidigte, wies er stammesföderalistische Gliederungsversuche zurück²⁴⁴. „Der Vorschlag, Stammesstaaten zu schaffen, hat für jeden Süddeutschen etwas Bestechendes, denn auf dem Boden Süddeutschlands blieb das Stammestum weitgehend erhalten. [...] Trotzdem ist der Gedanke des reinen Stammesstaates romantisch und sogar gefährlich dort, wo er sich mit separatistischen Bestrebungen verbündet“, führte Metz in Anspielung auf den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ aus²⁴⁵. Außerdem bemerkte der Freiburger Geo-

²⁴¹ Feger an Hefeke vom 25. 10. 1945; StadtA FR D.St.A.II,1a.

²⁴² Ritter an Metz vom 13. 6. 1946; BA NL [Gerhard Ritter] 166/327.

²⁴³ Friedrich Metz: *Rheinschwaben*, Heidelberg 1948.

²⁴⁴ Ebenda, S. 51–55.

²⁴⁵ Ebenda, S. 53. Die Taktik von Metz ist das Verschweigen divergierender Standpunkte. Weder fällt Fegers Name, noch wird in der Bibliographie die Schwäbisch-Alemannische Demokratie aufgeführt.

graph, daß sich das Stammesgebiet der Alemannen, Franken und Bayern über die Grenzen Deutschlands hinaus erstreckte und schon deshalb die Diskussion zu unterbleiben habe. Eine Generalabrechnung mit dem an keiner Stelle des Buches genannten Feger stützte er auf die Probleme, die sich mit der Angliederung von Bayerisch-Schwaben ergeben müßten, und dem Hinweis, daß „natürliche Landschaften und zahlreiche Wirtschafts- und Verkehrszusammenhänge“ zerrissen würden²⁴⁶. Letztlich hielt Metz dem Konstanzer Stadtarchivar vor, die stammesmäßige Abstammung an dem vagen Punkt der „mundartlichen Stellung und Zugehörigkeit“²⁴⁷ festzumachen.

Auch mit den Befürwortern des Südstaates ging Metz hart ins Gericht. Er unterstellte ihnen konfessionelle Gesichtspunkte und konnte in deren Argumenten nur eine schwache Reminiszenz an die vorderösterreichische Zeit weiter Teile Südbadens und Südwürttembergs feststellen. Der Südstaat, bar jeder tragfähigen West-Ost-Verbindung, habe sich schon aus geographischen Erwägungen heraus als untragbar erwiesen, urteilte Friedrich Metz. Die Auseinandersetzung mit den Ideen einer stammesföderalistischen Lösung und eines Südstaates belegt aber im Umkehrschluß, daß Metz sich genötigt sah, gegen diese Pläne schriftlich Stellung zu beziehen. Wären die Projekte wirklich nur von der in der Literatur bisher postulierten Marginalität gewesen, hätte ein rationell denkender Wissenschaftler wie Metz keine Zeile an sie verschwendet. Die Anziehungskraft in der unmittelbaren Nachkriegszeit war sicherlich dem stammesföderalistischen Modell eigen; der Südstaat wiederum wurde allgemein als eine Vorstufe hierzu angesehen.

Mit den Rheinschwaben-Plänen wurde Friedrich Metz in den Augen seines Kollegen, des Geographen Friedrich Huttenlocher²⁴⁸, zu einem Vertreter der „kleinschwäbischen“ Lösung. Der Stuttgarter Forscher glaubte, daß „die Anhänger eines großschwäbischen Stammesstaates in Augsburg, Memmingen, Kempten und Oberschwaben damit nicht zufrieden sein werden“²⁴⁹. Doch Metz ging es ja keineswegs um eine stammesmäßige Gliederung des südwestdeutschen Raumes. Seine Sicht der Dinge handelte er in dem Buch *Ländergrenzen im Südwesten* im Jahr 1951 noch einmal ab²⁵⁰. Gestützt auf über 100 Karten und Skizzen, pries Metz den Zusammenschluß von Baden, Württemberg und Hohenzollern als die aus dem Blickwinkel der Geographie beste Lösung der südwestdeutschen Verhältnisse. In der Bibliographie finden sich alle Vorschläge zur Neugliederung Südwestdeutschlands seit 1918, nur die Publikation Fegers übergang Metz stillschweigend; Totschweigen und Vergessenmachen diente Metz nach 1950 als Taktik in der politischen Auseinandersetzung.

Ein weiteres Problem hatten den Vorsitzenden des Alemannischen Instituts und den Leiter des Konstanzer Stadtarchivs aneinandergeraten lassen. Feger plante, in Konstanz ein „Städtisches Institut für Landschaftskunde des Bodenseegebietes“ einzurichten.

²⁴⁶ Metz, Rheinschwaben, S. 53.

²⁴⁷ Ebenda.

²⁴⁸ Friedrich Huttenlocher (1893–1973), 1911 Abitur in Stuttgart; 1913–14 Studium der Geographie in Tübingen; 1914–18 Militärdienst; 1918–22 Abschluß des Studiums in Tübingen mit Promotion; 1926–39 Studienrat am Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart; 1934 Habilitation; 1939–45 Wehrdienst als Militärgeograph; 1946 Privatdozent in Tübingen; 1949 außerplanmäßige Professur; 1952 Extraordinarius für Geographie Südwestdeutschlands; 1961 Emeritierung. Vgl. Grees, Huttenlocher, S. 157.

²⁴⁹ Huttenlocher, Rheinschwaben, S. 173.

²⁵⁰ Metz, Ländergrenzen.

Metz betrachtete das Projekt als fundamentalen Angriff auf die Kompetenzen des Alemannischen Instituts und versuchte mit allen Mitteln, das Vorhaben zu hintertreiben. Als es Feger 1951 jedoch gelang, seinen Lehrer Theodor Mayer, der nach 1945 als abgesetzter Präsident der *Monumenta Germaniae Historica* in Pommersfelden lebte, für die Leitung des 1948 mit städtischen Mitteln eingerichteten Instituts zu gewinnen²⁵¹, verstummten zögerlich die Freiburger Bedenken. Aus dem städtischen Institut entwickelte Mayer ab 1958 den „Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte“, der bis zum heutigen Tag zusammentritt.

Nach 1949 hat der Freiburger Geograph bei seinem konsequenten Einsatz für den Südweststaat einen Mann zum Verbündeten gefunden, den er jahrelang bekämpft hatte: Otto Feger. Der Konstanzer Stadtarchivar hat zu Beginn der fünfziger Jahre noch einmal – wenngleich nur für kurze Zeit – das Feld der Politik betreten. In den Monaten vor der Abstimmung über den Südweststaat hielt Feger als CDU-Mitglied²⁵² Vorträge und Veranstaltungen für den Zusammenschluß von Baden und Württemberg. In mehreren, in Baden und Württemberg-Hohenzollern abgehaltenen Versammlungen trat er als Verfechter des Länderzusammenschlusses auf²⁵³. Seine Argumente in den Veranstaltungen waren verwaltungs-, verkehrs- und finanztechnischer Art. Modernisierung der Verwaltung und Dezentralisierung sollten durch die Einrichtung von „Landesbezirken“ erreicht werden. Die Schaffung effizienterer Verkehrswege in einem vereinten Südwestdeutschland illustrierte Feger anhand einfacher Exempel. Das Beispiel Württemberg-Baden diente ihm zur Quantifizierung der finanziellen Zahlungen Nordwürttembergs an das verhältnismäßig reiche Nordbaden. In einem Bundesland Baden-Württemberg würden die Gelder aus dem industrialisierten Norden in den agrarischen Süden fließen.

Aber die theoretischen Zahlenspiele und Mutmaßungen waren nicht die eigentlichen Gründe für Fegers Einsatz für den Südweststaat. Seine Antriebsfeder war die auf seinen historischen Studien begründete Überzeugung, eine Einheit des alemannischen (oder vice versa des schwäbischen) Stammes nach Jahrhunderten der politischen Zersplitterung neu zu schaffen. „Wir wollen [*mit dem Südweststaat*] die alte Heimat wiederherstellen, die unselige Trennung beseitigen, Zusammengehöriges wieder zusammenfügen. [...] Die Grenzpfähle, die sich quer durch unsere Heimat ziehen, sind recht jungen Datums, sie sind entstanden, ohne daß man das Volk fragte und entgegen seinen Interessen;

²⁵¹ Zu ihrem persönlichen Verhältnis vgl. Schulze, *Geschichtswissenschaft*, S. 157 f.; Mayer befand sich ab 7. 8. 1945 wegen seiner politischen Haltung in amerikanischer Untersuchungshaft und durfte nach Entlassung (Juni 1946) und Klassifizierung als „Mitläufer“ (September 1947) nicht mehr das Amt des Präsidenten der MGH bekleiden.

²⁵² Otto Feger wurde Ende der vierziger Jahre von Maria Beyerle, einer Schwester Franz Beyerles, für die CDU gewonnen. Beide waren in der Weimarer Republik Zentrumsmitglieder gewesen, hatten sich allerdings damals noch nicht gekannt. Maria Beyerle galt – im Gegensatz zur parteioffiziellen Abstimmungspare der südbadischen CDU – als lebhaftes Befürworterinnen des Südweststaates.

Maria Beyerle (1882–1968), 1911–25 Lehrerin in Konstanz-Petershausen; 1919–28 MdL Baden (Zentrum); 1928 Rektorin der Mädchenfortbildungsschule Freiburg; in derselben Funktion 1932–33 in Karlsruhe; 1935 Zentrumssetzung; 1946–48 Stadträtin in Konstanz (BCSV/CDU); 1947–52 MdL Baden (einzige Frau in der BCSV/CDU-Fraktion); 1964 Verleihung des päpstlichen Ehrenkreuzes *Pro Ecclesia et Pontifice*. Vgl. Siebler, Beyerle und Hochreuther, *Frauen*, S. 97.

²⁵³ Interview mit Adeline Feger vom 7. 7. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

und wir haben das Bedürfnis sie wieder zu beseitigen.“²⁵⁴ Obwohl Feger die Franken im Norden des zukünftigen Südweststaates nicht ausklammerte, sah er den neuen Staat als schwäbisch-alemannisches Gebilde an, als eine um die weitgehende Autonomie beschnittene schwäbisch-alemannische Demokratie. Auch über den Namen des zukünftigen Südweststaates – eine Bezeichnung, die Feger als Verlegenheitslösung ohne Tradition und Charakter empfand – machte er sich zu Beginn der fünfziger Jahre Gedanken. In historisch vielschichtiger Argumentation kam er nach ausgewogenen Überlegungen zu dem Schluß, daß das südwestdeutsche Bundesland entweder „Schwaben“ oder „Schwabenland“ heißen müsse²⁵⁵. Trotzdem konnte er die Südweststaatslösung nicht vollends gutheißen. „Durch den Zusammenschluß von Baden, Württemberg und Hohenzollern wird zwar der grösste Teil des schwäbischen Kernlandes vereinigt, aber nicht das Ganze, weite Teile, etwa Bayerisch-Schwaben, bleiben draussen“²⁵⁶, bemerkte Otto Feger noch nach Jahren larmoyant.

²⁵⁴ Manuskript Fegers vom 23. 11. 1951 (masch. 30 S.), handschriftlich mit „Baden-Abstimmung“ betitelt; NL Otto Feger.

²⁵⁵ Manuskript „Schwaben und Alemannen“ (masch. 4 S.), hier S. 3; NL Otto Feger.

²⁵⁶ Ebenda, S. 2.

V. Die Neugliederungsdiskussion in den politischen Parteien

Die Neugliederungsdiskussion der unmittelbaren Nachkriegszeit war nicht nur in den sich ab Ende 1945 formierenden politischen Parteien intensiv betrieben worden. Auch aus den Konzepten selbst erwuchsen organisatorische Entwürfe für Parteigründungen, die jedoch entweder über das Planungsstadium nicht hinaus kamen oder aber von der französischen Besatzungsmacht nicht lizenziert wurden. Darüber hinaus zeigt sich, daß mit Ausnahme der Kommunisten keine politische Partei frei von Flügeln war, die sich für eine weitgehende Autonomie und die direkte Einbindung des deutschen Südwestens in eine europäische Konföderation einsetzten. Die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz im Sommer 1946 erachteten die meisten führenden Politiker im Südtteil der Französischen Besatzungszone (FBZ) als „das Vorspiel zur Errichtung eines neuen Staates Südbaden-Südwürttemberg, dessen Hauptstadt Freiburg sein würde“¹. Eine Auseinandersetzung mit den Postulaten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ und dem Inhalt von Otto Fegers Buch war deshalb unausweichlich; letztlich konnte aber die Forderung nach weitgehender Autonomie in keiner der südwestdeutschen Parteien Oberhand gewinnen. Der einzige Versuch der Gründung einer autonomistischen Partei scheiterte an der Ablehnung durch die französische Besatzungsmacht. Auch andere politische Planungen blieben nicht mehr als Projekte, sie zeigen aber deutlich, daß föderalistisch-autonomistische Positionen nach 1945 im Südwesten allgegenwärtig waren.

1. Das lizenzierte Parteienspektrum

Erste Tendenzen zur Gründung von politischen Parteien in der FBZ datieren auf den Spätsommer 1945 zurück. Die Auflage der Besatzungsmacht, zuerst die Landes- und danach die Kreis- und Ortsverbände zu gründen, erleichterte den Aufbau der Parteien keinesfalls und bewirkte, daß die Parteigründungen nicht vor Jahresbeginn 1946 vollzogen werden konnten. Welchen Einfluß die Neugliederungskonzepte auf die sich formierenden politischen Parteien des Südwestens hatten, ist ein bisher in der Erforschung der Parteiengeschichte vernachlässigter Aspekt. Föderalistische Positionen und Autonomievorstellungen sind freilich in allen Parteien – bis auf die Kommunisten – in wahrnehmbarem Umfang propagiert worden.

Die BCSV/CDU in Baden

Die Badisch-Christlich Soziale Volkspartei² (BCSV) war in Freiburg aus zwei rivalisierenden Gruppen – der Zentrumsgruppe³ und der Christlichen Arbeitsgemeinschaft – hervorgegangen. Die formelle Parteigründung samt Wahl des vorläufigen Vorsitzenden

¹ Bade, Rapport mensuel, Août 1946; AdO Bade Cabinet c. 1104/1.

² Vgl. dazu Fäßler, Geschichte, 1995.

Leo Wohleb datiert auf den 20. Dezember 1945⁴. Der Leiter der Hochschulabteilung war im Sommer 1945 im Gefolge der französischen Militärregierung von Karlsruhe nach Freiburg gekommen und galt als Kompromißkandidat. Nach einigen formalen Verzögerungen erhielt die BCSV am 6. Februar 1946 die Zulassung durch die französische Militärregierung. Im historischen Kaufhausaal am Freiburger Münsterplatz, dem späteren Landtagsgebäude, fand am 24. Februar der Gründungsparteitag statt. Die Konfrontation zwischen den CDU/CSU-Gruppierungen aus dem Raum Konstanz und den Freiburger CSV/BCSV-Gruppen blieb nicht aus, man entschied sich letztlich für die „heimatentreue“, badische Lösung.

Im Seekreis reichten die Ursprünge einer christlichen Parteigründung ebenfalls in den Dezember 1945 zurück. Zeitgleich mit dem Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg konstituierte sich am 14. und 15. Dezember in Hegne am Bodensee ein gewerkschaftlicher Arbeitsausschuß, die sogenannte „Christlich-Soziale Vereinigung“⁵. Es handelte sich um ein Treffen ehemaliger christlicher Gewerkschaftler, die aus den französisch besetzten Teilen Badens und Württembergs angereist waren. In der kleinen Bodenseege-meinde vertrat der Volksschullehrer Hugo Wilhelm Mayer⁶ eine entschiedene Demokratisierung des Bildungswesens; er war am Zustandekommen der Konferenz maßgeblich beteiligt. Die Hauptreferate übernahmen Karl Gengler⁷ und Hermann Henseler; die Beschlüsse der „Christlich-Sozialen Vereinigung“ wurden in einer zehnteiligen Broschüre gedruckt, in der die Rede war von einem „christlichen Ständestaat, verwirklicht im deutschen Rätebund, bestehend aus freien Arbeiter- und Bauernrepubliken“⁸. Das gedruckte Programm, das Makulatur blieb, machte auf Wilhelm Hugo Mayer starken Eindruck. Hatte er doch bereits im März 1945 in einem Schreiben an Erzbischof Gröber den Vorschlag der Gründung eines „Christlichen Friedensringes“ gemacht⁹, einer pazifistisch-christlichen Laienorganisation. Im Juni 1945 übermittelte er Gröber einen Programmentwurf des „Friedensringes aller Christen in Deutschland“¹⁰, der jedoch außer

³ In der Zentrumsgruppe war 1945 neben Ernst Föhr, Wolfgang Hoffmann und Paul Zürcher auch Josef Ruby, der Gründer der „Vereinigung Abendland“, aktiv; Wieck, Demokraten, S. 105.

⁴ Weinacht/Mayer, Ursprung, S. 39.

⁵ Ebenda, S. 48.

⁶ Hugo Wilhelm Mayer (1890–1969), 1910 Mitglied der „Marianischen Kongregation“; um 1920 Gründer einer christlichen Gewerkschaft in Wutöschingen; Präsident und Laienprediger der „Pax-Christi-Bewegung“; 1923 Volksschullehrer in Günterstal (Freiburg); enge Kontakte zum badischen Zentrumsführers Prälat Josef Schofer; 1933 aus politischen Gründen (Zentrumsmitgliedschaft) als Volksschullehrer nach Hegne/Bodensee versetzt; 1954 Gründer des „Verbands der Katholischen Lehrerschaft Deutschlands“; nach der Pensionierung Altersruhesitz in Freiburg. Von seinem Sohn verfaßte, bis 1934 reichende Biographie: Mayer, Patriot.

⁷ Karl Gengler (1886–1974), Klempnerlehre; 1910 Gewerkschaftsangestellter; 1919 Vorsitzender des Landeskartells der Christlichen Gewerkschaften; 1919–33 MdL Württemberg (Zentrum); 1945 Geschäftsführer der AOK Rottweil, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern; 1946–56 im Landesvorstand der CDU; 1946 Präsident der Beratenden Landesversammlung Württemberg-Hohenzollern; 1947–52 Präsident des Landtages Württemberg-Hohenzollern; 1948–49 Präsident des Landesarbeitsamtes; 1949–57 MdB (CDU); 1947–60 Vorsitzender der CDA Südwürttemberg. Vgl. Weinacht, CDU, S. 346.

⁸ Weinacht/Mayer, Ursprung, S. 49.

⁹ Wilhelm Hugo Mayer: Christlicher Friedensring (masch. 20 S.); Mayer an Gröber vom 19. 3. 1945; EAF NL Gröber Nb 8/62.

¹⁰ „Friedensring aller Christen in Deutschland. Programm“ (masch. 2 S.); Mayer an Gröber vom 6. 6. 1945; EAF NL Gröber Nb 8/52.

der Definition des Staates als „gottgewollte, natürliche und völkischnationale Lebensform“ keine näheren Ausführungen zur politischen Gliederung Deutschlands enthielt. Mit Hinweis auf die stattfindende Gewerkschafterversammlung der „Christlich Sozialen Vereinigung“ betonte Mayer, daß viele Teilnehmer den Friedensring erwarteten¹¹. Letztlich zog aber der Volksschullehrer das Projekt des Friedensringes zurück, da ihm als ehemaligem Parteigenossen – er war während des Zweiten Weltkrieges in Konstanz für den Luftschutz im Landkreis zuständig gewesen – die Vereinsgenehmigung von seiten der französischen Besatzungsmacht nicht erteilt worden wäre. Oberst Sprauer von der Freiburger Oberdelegation wollte Mayer und dessen Plänen eine Wendung im föderalistischen Sinn geben: „Ich habe erkannt,“ schrieb Mayer im März 1946 nach Freiburg an Erzbischof Gröber, „dass das Verhalten des Herrn Obersten Sprauer¹² vom Militairgouvernement in Fbg, der mich unbedingt mit Herrn Dr. Dietrich, Singen verkoppeln wollte, eine bedenkliche Seite hat, weil ich der Meinung bin, dass das ‚Alpenland‘ des Herrn D. eine separatistische Tendenz in sich trägt und damit dem, was der Christliche Friedensring will, zuwiderläuft. Auch habe ich das Gefühl, dass auch das ‚Abendland‘¹³ unter separatistischen Einfluss genommen werden kann.“¹⁴ Die nationale Gesinnung Wilhelm Hugo Mayers trat deutlich ans Licht; mit ihr war er bei einem Mann vom Schläge eines Conrad Gröber an der richtigen Stelle.

Der ebenfalls vaterländische Akzent der Konstanzer CSU-Gruppe unter Vorsitz des dortigen Oberbürgermeisters Franz Knapp wird in der Forschung als Reaktion „gegen separatistische Tendenzen im Seekreis“¹⁵ analysiert. Zu bedenken bleibt aber die Tatsache, daß Bernhard Dietrich trotz seiner allgemein bekannten Alpenlandpropaganda auf der Gründungsversammlung des BCSV-Ortsverbandes Singen das Gründungsreferat hielt und im September 1946 als BCSV-Mitglied in den dortigen Stadtrat einzog. Seine Wahl zum Bürgermeister wurde im Herbst 1946 nicht wegen seiner „separatistischen“ Pläne vereitelt, sondern weil von demokratischer Seite nur ein in religiöser Hinsicht unvoreingenommener BCSV-Kandidat die nötige Unterstützung finden konnte. Die Wahl fiel auf Theopont Diez¹⁶, den Sohn des in Freiburg für Ernährung und Landwirtschaft zuständigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten Carl Diez. Der Machtwechsel im Singener Rathaus ist ausschließlich auf das Verhalten der Demokraten zurückzuführen. Wollte sich die BCSV wirklich klar gegen den „Separatismus“ abgrenzen, hätte Bernhard Dietrich nie in die Partei aufgenommen werden, geschweige denn als Mandatsträ-

¹¹ Mayer an Gröber vom 2. 12. 1945; EAF NL Gröber Nb 8/60.

¹² Oberst Sprauer verkehrte regelmäßig bei Josef Ruby, dem Freund Dietrichs und Gründer der „Vereinigung Abendland“ in Freiburg; Interview mit Rudolf Ruby am 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹³ Zur „Vereinigung Abendland“ vgl. Kapitel II/1.

¹⁴ Mayer an Gröber vom 19. 3. 1946; EAF NL Gröber Nb 8/60.

¹⁵ Weinacht/Mayer, Ursprung, S. 51. Dieselbe Ansicht vertritt Fäßler, Neubeginn, S. 388. Beide Einschätzungen dürften auf Wieck, Demokraten, S. 119 f. fußen.

¹⁶ Theopont Diez (1908–1993), 1927 Abitur an der Oberrealschule in Konstanz; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg/Schweiz, Berlin, München und Heidelberg; 1931 Referendarprüfung in Karlsruhe; Mitglied des Zentrums und im Windthorstbund; 1934 Rechtsanwalt in Singen; 1940–45 Kriegsdienst; 1946 Mitglied der BCSV und Wahl zum Bürgermeister von Singen (1946–69); 1952–72 MdL Baden-Württemberg (CDU); 1972 Landesbeauftragter für die Universität Konstanz; 1973 Ehrenbürger von Singen; 1974–86 Präsident der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Konstanz. Vgl. Kappes, Bürgermeister, S. 184–189.

ger fungieren dürfen. Bei Otto Feger lag der Fall ähnlich: Der Konstanzer Stadtarchivar trat erst nach Veröffentlichung der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* auf Drängen der Landtagsabgeordneten Maria Beyerle in die „vaterländische“ BCSV/CDU-Gruppe Konstanz ein. Hätte sich die konservative Partei wirklich so stark gegen die Autonomieforderungen abgrenzen wollen, wäre eine Parteimitgliedschaft Otto Fegers nicht hinnehmbar gewesen.

Das Programm der BCSV besaß eine gewisse Attraktion, welche die Partei für Bernhard Dietrich und Otto Feger interessant gemacht hat. Auch andere führende Mitglieder des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ waren schließlich Mitglieder der BCSV, etwa der in Pfullendorf lebende Landtagsabgeordnete Josef Vogt oder der Todtmooser Bürgermeister Leo Götte. Hat es daher von seiten der Autonomisten bis 1947 Einflüsse auf die BCSV gegeben? Von der Hand zu weisen ist das nur schwerlich. Im Umfeld des Parteivorsitzenden Leo Wohleb beschäftigten sich konservative Politiker eingehend mit den Autonomieforderungen der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* und des Heimatbundes. Eine BCSV-Denkschrift vom September 1946, die im unmittelbaren Umfeld des Parteivorsitzenden entstanden ist, setzte sich mit dem Verhältnis der BCSV zum Heimatbund auseinander¹⁷. Dort heißt es: „Die Bestrebungen [...] des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘ entsprechen den Absichten unserer Partei, soweit sie im Bereich des politisch Möglichen liegen und klar formuliert sind.“¹⁸ Auf strikte Ablehnung stieß hingegen die Forderung nach Schaffung eines Staates mit eigenen Zollgrenzen, der unmittelbar in eine gesamteuropäische Konföderation eingeflochten sein sollte. Zwei Gründe sprachen gegen zu weitgehende Autonomie: Zum einen wollte die BCSV eine staatenbündliche Lösung für das gesamte Deutschland, zum anderen schienen die Europapläne außerhalb des politisch Realisierbaren zu liegen. Mit Vorbehalt unterstützte der BCSV-Verfasser die Ausarbeitungen einer süddeutschen Konföderation. „Ein Staatswesen Alemanniens, welches das gesamte, gegenwärtig französisch besetzte rechtsrheinische Gebiet zusammenfasst [d. i. der *Südstaat*], womit wir Ziff. 8¹⁹ der Ziele des Heimatbundes unterstützen“, solle gebildet werden, „ohne das neue Staatsgebilde als Vorstufe eines selbständigen Staates anzusehen.“²⁰ Die Passage ist als Reflex auf die französischen Konföderationspläne für Südwestdeutschland vom Frühjahr 1946 zu werten. Die Pläne Koenigs und Saint Hardouins waren nämlich im Rat der Ministeri-

¹⁷ Die Denkschrift „Schwäbisch-Alemannischer Heimatbund“ vom 2. 9. 1946 befindet sich im Nachlaß Leo Wohleb, scheint aber nicht von ihm verfaßt worden zu sein; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 31.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Punkt 8 der Satzung des Heimatbundes: „Als Vorstufe zur Schaffung des selbständigen Schwäbisch-Alemannischen Staates strebt der Heimatbund die Gründung eines Staatswesens an, das die ganze gegenwärtig französisch besetzte Zone des schwäbisch-alemannischen Gebietes umfaßt. In ihm soll eine gemeinsame Regierung und eine gemeinsame Volksvertretung bestimmte Aufgaben für die gesamte Zone durchführen. Im übrigen soll eine weitgehende Selbständigkeit der Landschaften ermöglicht werden.“ Das „Programmatistische Manifest des Schwäbisch-Alemannischen Heimat-Bundes“ (NL Bernhard Dietrich und StA FR C 5/1 2749) wurde von Generalsekretär Leopold Paur an die Badische Staatskanzlei übersandt. Von hier aus muß es dem Verfasser der Denkschrift zugänglich gemacht worden sein.

²⁰ Denkschrift „Schwäbisch-Alemannischer Heimatbund“; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 31.

aldirektoren (Direktorium)²¹, der ab August 1945 als „Badische Landesverwaltung – Französisches Besatzungsgebiet“ zeichnete, hinlänglich bekannt.

Der Vorsitz des Direktoriums war alternierend; im September 1946 glaubte das Beamtengremium, das vom Leiter der Finanzverwaltung, Alfred Bund²² (BCSV), präsidiert wurde, vorsehen zu müssen, um angesichts der drohenden verwaltungsmäßigen Vereinigung des Südtails der FBZ die eigene Machtposition zu erhalten. In der Denkschrift *Zivile Verwaltung der deutschen Gebiete rechts des Rheins [-] französisches Besatzungsgebiet*²³ schlug Bund der französischen Besatzungsmacht folgendes vor: „Für eine eventuelle Zusammenfassung [...] auf dem rechten Rheinufer kämen unter den bestehenden Verhältnissen die Länder Südbaden und Südwürttemberg in Betracht. [...] alle Mitglieder der Landesverwaltung sowie alle politischen Parteien in Baden [stimmen] in vollem Umfang überein [...], daß in einem etwa so zusammenfassenden neuen Landesgebiet die Militärregierung die Staatsführung nicht Südwürttemberg, sondern Südbaden übertragen müsste.“ Dazu sei eine Anerkennung der südbadischen Landesverwaltung als Rechtsnachfolgerin der früheren badischen Regierung durch die französische Militärregierung nötig. Im Klartext bedeutete dies, daß nach der von den Amerikanern geschaffenen Vereinigung von Nordwürttemberg und Nordbaden zum Land Württemberg-Baden die Ausdehnung der badischen Staatsverwaltung nach Südwürttemberg erfolgen sollte. Nicht Rottweil oder Tübingen, sondern das „verkehrsgünstig gelegene“ Freiburg sollte nach dem Willen Bunds zum Sitz einer südbadisch-südwürttembergischen Zivilverwaltung werden. Der Südstaat war in den Köpfen der führenden BCSV-Politiker schon Realität.

Innerhalb der BCSV rechnete man demzufolge 1946 mit der Errichtung eines schwäbisch-alemannischen Staates durch Zusammenlegung des französisch besetzten (Süd-) Badens mit Württemberg-Hohenzollern. Nach der Schaffung von Württemberg-Baden durch die Amerikaner im September 1945 hatte auch der in Freiburg für die Justiz zuständige Paul Zürcher²⁴ (BCSV) im Gegenzug für den Südstaat plädiert: Es müsse „unter Beachtung der derzeitigen Zonengrenzen mit Nachdruck zur Verwirklichung der staatlichen Einheit der französischen Südzone auf kantonaler Grundlage geschritten wer-

²¹ Dem ernannten Beamtengremium gehörten an: Verwaltung und Arbeit: Philipp Martzloff (SPB); Ernährung und Landwirtschaft: Carl Diez (BCSV); Finanzen: Alfred Bund (BCSV); Inneres: Paul Haußer (DP); Justiz: Paul Zürcher (BCSV); Unterricht und Kultus: Karl Ott (parteilos); Wirtschaft: Friedrich Leibbrandt (SPB); vgl. Potthoff/Wenzel, Handbuch, S. 74.

²² Alfred Bund (1882–1975), politisch dem Zentrum verbunden; ab 1907 Karriere im höheren Finanzdienst in Karlsruhe; 1940–44 Aufbau der Steuerverwaltung im Elsaß; 1945 im Rat der Ministerialdirektoren zuerst in Karlsruhe, dann in Freiburg für Finanzen zuständig; Mitglied der BCSV/CDU.

²³ Die Denkschrift ist sowohl als Durchschlag im NL Leo Wohleb (StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 92) als auch im Bestand des HCFA in Colmar (französische Übersetzung) erhalten: „Administration civile des territoires allemands situés au bord droit du Rhin de la Zone Française d'Occupation“ vom 20. 9. 1946 (masch. 3 S.); AdO HCFA AP c. 3304 p. 104 d. 1520.

²⁴ Paul Zürcher (1893–1980), 1920 Abitur in Freiburg i. Br.; 1924 Promotion; 1927 Staatsanwalt in Pforzheim; 1930 Amtsgerichtsrat in St. Blasien, ab 1932 in Freiburg i. Br.; 1944 Rüstungsarbeiter; 1945 kommissarischer Landgerichtspräsident; Chef der deutschen Justiz im französisch besetzten Baden; Mitbegründer der BCSV; 1946 Ministerialdirektor der Justiz; 1947 MdL Baden (BCSV); 1948 Präsident des Oberlandesgerichts Freiburg; politischer Kampf für den Erhalt des Bundeslandes Baden; 1953 Versetzung in den Wartestand; 1958 Pensionierung. Vgl. auch: Knauber, Zürcher.

den“²⁵. Die französischen Planungen waren Anfang 1946 tatsächlich weit fortgeschritten, sonst hätte die Besatzungsmacht Zürcher nicht aufgefordert, sich für eine Erkundungsreise nach Sigmaringen und Rottweil bereit zu halten, um die Unterbringungsmöglichkeiten für Verwaltungsstellen und Ministerien zu eruieren²⁶. Bereits nach wenigen Tagen wurde dem Juristen aber die Annullierung der Anweisung mitgeteilt. Die Deutschen hätten, so die spätere Einschätzung Zürchers, die Zusammenlegung nicht verhindern können, und umgekehrt wäre die Bildung ohne die Zustimmung der französischen Besatzungsmacht nicht möglich gewesen. In Südbaden wäre aufgrund der schlechten Ernährungslage mit wenig Widerstand gegen eine Vereinigung mit Südwürttemberg zu rechnen gewesen. Die Annahme, Paul Zürcher habe 1945/46 ähnliche Pläne wie Otto Feger erörtert²⁷, ist folglich nicht aus der Luft gegriffen. Wegen seiner späteren Aktivitäten wurde Zürcher jedoch nicht grundlos als die Inkarnation des „Altbadeners“ erachtet, vertrat er doch in späteren Jahren mit unglaublicher Vehemenz die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit Badens.

Im April 1947 zitierte der Freiburger Oberbürgermeister und BCSV-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Hoffmann²⁸ in der Beratenden Landesversammlung ganze Passagen aus Fegers *Schwäbisch-Alemannischer Demokratie*. Die föderalistischen und antipreußischen Argumente Fegers trug Hoffmann in extenso vor, zugespitzt in der Forderung, „Herren im eigenen Hause sein oder werden“²⁹ zu wollen. Die autonomistischen Gedanken rezipierte Hoffmann bis hin zur Vorstellung eines deutschen Staatenbundes, von dem Baden nicht „separiert“ sein werde. Wenngleich Hoffmann dem badischen Staat den Vorzug gab, schloß er eine „schwäbisch-alemannische Autonomie“ nicht aus, nach

²⁵ Paul Zürcher: Soll Baden eines gewaltsamen Todes sterben?, in: Südwestdeutsche Volkszeitung vom 9. 11. 1946. Wiederabgedruckt u. a. in der Schwarzwälder Post vom 15. 11. 1946. Zürcher fuhr mit seinen Bemerkungen folgendermaßen fort: „Nur diese Lösung könnte Baden jene Einbuße an landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten ersetzen, die es durch Entreißung seiner nördlichen Landesteile erleiden würde. Nur in dieser Form wäre einheitlich der badisch-württembergische Süden lebensfähig.“

²⁶ Ein Jahrzehnt später sah sich Paul Zürcher als Replik auf eine provozierende These des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller genötigt, die Zusammenhänge und Ereignisse um die mögliche Neugliederung in den Jahren 1945/46 aus seiner Sicht zu verdeutlichen; [Zürcher], Süd-Staat.

²⁷ Zur Verifizierung der These müßte der Nachlaß Zürcher ausgewertet werden, über dessen Existenz nichts bekannt ist. Zur These selbst: Krautkrämer, Ringen, S. 235. Ähnliche Überlegungen bei Paul Rothmund: „Südbadens ‚Graue Eminenz‘, Dr. Zürcher, erwog im Rückgriff auf Feger eine kantonale Gliederung mit einer Bundesregierung in Konstanz oder auch in Bad Dürkheim“; Rothmund, Neubeginn, S. 11.

²⁸ Wolfgang Hoffmann (1893–1956), Besuch des Lyzeums in Straßburg und des Bertholdgymnasiums in Freiburg i. Br., Rechtsstudium an den Universitäten Freiburg und Straßburg; Promotion; Mitglied der katholischen Studentenverbindung „Wildenstein“ (CV) in Freiburg; 1914–18 Kriegsteilnehmer; im höheren Dienst bei der badischen Innenverwaltung in Freiburg tätig; 1925–33 MdL Baden (Zentrum); 1933 von der Position eines Regierungsrates abgesetzt; 1939 Syndikus bei einer Freiburger Firma; 1944 Verhaftung durch die Gestapo; 1945 Mitglied der Zentrumsgruppe; 1946 Stadtrat und Oberbürgermeister in Freiburg (BCSV); 1947–52 MdL Baden (CDU), bis 1949 Fraktionsvorsitzender der BCSV/CDU. Vgl. Rößler, Landtag, S. 121.

²⁹ Zur Rede Hoffmanns vor der Beratenden Versammlung in Freiburg vom 10. 4. 1947 vgl. Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung des Landes Baden, 1946–1947, S. 7–11, hier S. 10; StA FR 10 Zf.

dem Motto: „Nicht drängen, es wird sich alles, alles finden“³⁰. Im übrigen diente Hoffmann der Versuch, die Schuld am „Dritten Reich“ auf den preußischen Zentralismus und Militarismus zu schieben, dazu, nicht weiter über die Ursachen nachdenken zu müssen. Von der „Unerschütterlichkeit des Alemannenstandes gegenüber dem Nationalsozialismus“ gab er sich allerorten überzeugt³¹.

Der spätere Generalsekretär der Vereinigung Südwest³², der Freiburger Stadtrat Albert Maria Lehr³³ (BCSV), vertrat Anfang 1947 einen ausgeprägt föderalistischen Standpunkt. Die neugebildeten Länder mußten „den deutschen Stämmen oder einer langen, ganz besonderen Entwicklung entsprechen“³⁴. Vorbildfunktion für eine staatliche Reorganisation Deutschlands hatte die „Schweizer Konföderation“³⁵, auch Lehr blickte wie viele südwestdeutsche Politiker aller couleure verlegen über die Grenze im Süden. Nach dem Prinzip der Subsidiarität sollten die Länder sich selbst regieren und verwalten, sich gleichzeitig aber mit einem Bund verbinden, „in dem sich eine Reihe gleichberechtigter Partner zur gegenseitigen Hilfe und Lösung gemeinsamer Aufgaben zusammenfindet“³⁶.

Auch Leo Wohleb³⁷, seit 3. Dezember 1946 Präsident des Staatssekretariats „Provisorische Landesregierung“ und ab Mai 1947 Badischer Staatspräsident, wußte nur zu genau um die unausgegorenen Planungen der französischen Besatzungsmacht. Der vormalige Hochschulreferent scheint 1945 zeitweise – so berichtete sein Parteifreund Heinz Bollinger³⁸, der auch intensiven Kontakt zu Josef Ruby und der „Vereinigung Abendland“ pflegte – einen Zusammenschluß von Baden mit dem Elsaß erwogen zu haben³⁹.

³⁰ Ebenda, S. 10.

³¹ Fäßler, Hauptstadt, S. 384.

³² Vgl. dazu Bury, Volksentscheid.

³³ Albert Maria Lehr (*1913), in einer Freiburger Zentrums-Familie aufgewachsen; Ingenieurstudium; 1945 Bürgermeister von Lenzkirch (Schwarzwald); zusammen mit Peter Pfeiffer Aufbau der BCSV im Kreis Neustadt; Stadtrat in Freiburg (BCSV); Studium der Theologie. Zu Lehr vgl. auch den Artikel: „Bürgermeister wider Willen wurde zu einem der CDU-Gründerväter“, in: Südkurier vom 22. 5. 1995.

³⁴ A[lbert] M[aria] L[ehr]: Föderalismus?, in: Südwestdeutsche Volkszeitung vom 15. 3. 1947.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Leo Wohleb (1888–1955), Studium der Altphilologie und der Patristik; Lehrtätigkeit an verschiedenen badischen Gymnasien; Hilfsreferent im badischen Unterrichtsministerium; 1934–45 Direktor des Gymnasiums Hohenbaden in Baden-Baden; 1945 Hochschulreferent im Unterrichtsministerium in Karlsruhe, dann Freiburg; Mitbegründer und 1945–47 Landesvorsitzender der BCSV; 1947–52 Badischer Staatspräsident und MdL; 1952–55 deutscher Botschafter in Lissabon. Zur Biographie Wohlebs vgl. die Arbeiten von Paul-Ludwig Weinacht: Ders., Wohleb, 1975; Ders., Regierungsjahre; Ders., Wohleb, 1990; Ders., Standpunkt; Ders., Wohleb, 1991; Ders., Einheit.

³⁸ Heinz Bollinger (1916–1990), 1938–40 Studium in Freiburg i. Br. und München; 1942 Promotion; Assistent an der Philosophischen Fakultät; 1943 wegen Widerstandarbeit („Weiße Rose“) zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt; 1946 Stadtrat in Freiburg (BCSV); Geschäftsführer der Volkshochschule.

³⁹ Dem Historiker Heiko Haumann gab Bollinger 1987 zu Protokoll, er habe sich mit Wohleb heftig in Gegenwart von französischen Offizieren über die Pläne einer von Wohleb befürworteten Vereinigung von Baden und dem Elsaß gestritten; Interviewprotokoll vom 25. 11. 1987; StadtA FR M2/107. Tatsächlich hatte ein französischer Offizier, Winniger, im Jahr 1945 eine Vielzahl von Gesprächen über eine mögliche Vereinigung von Baden mit dem Elsaß samt Eingliederung in den französischen Staat im südbadischen Raum geführt. Seine Ergebnisse teilte er am 7. 2. 1946

Wenngleich sich Leo Wohleb in der Öffentlichkeit als „Hüter der badischen Tradition“ zu erkennen gab⁴⁰, mußte er als Vorsitzender der BCSV 1946 jederzeit mit der Möglichkeit einer verwaltungsmäßigen Umgestaltung des Südteils der Französischen Besatzungszone rechnen, die zwangsläufig auch parteipolitische Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Schon deshalb konnte er 1946 nicht gegen die Fegersche Stammesstaatsidee Front machen⁴¹. Denn eine Badische Christlich Soziale Volkspartei hätte schwerlich in Südwürttemberg-Hohenzollern auf Stimmenfang gehen können. Deshalb mußte Wohleb 1946/47 versuchen, die Partei für eine mögliche Erweiterung offenzuhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die BCSV-interne Denkschrift über den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ einzuordnen. Tatsächlich stand Wohleb unmittelbar nach 1945 einer Vereinigung von Südbaden mit Südwürttemberg-Hohenzollern zu einem Südstaat wohlwollend gegenüber. Auf dem Gründungsparteitag der christlichen Partei im Februar 1946 in Freiburg gab er dem Landwirt und späteren BCSV-Kreisrat von Überlingen, Albert Hammer, zu verstehen, daß er der Idee des Südstaates „sympathisch gegenüberstehe u[nd] ihn selbst auch schon erwogen habe“⁴². Die territorialen Vorstellungen Wohlebs stimmten ein Jahr nach Kriegsende weitgehend mit den Zielen des Heimatbundes überein. Auch die Frage des Staatsbürgerrechts tangierte spätestens seit Beginn der Südweststaatsverhandlungen den Badischen Staatspräsidenten. Sprach der Heimatbund 1946 von dem vage definierten Begriff des „Bodenständigen“, der die alleinige politische Mitsprache innehaben sollte, so definierte Wohleb 1948 von der anderen Seite aus den „Landfremden“, der nach dem 1. September 1939 oder seit April 1945 in Südwestdeutschland ansässig sei. Die „Landfremden“ hatten nach Wohlebs Auffassung kein „inneres Verhältnis“ zu Ländergrenzfragen⁴³. Der Badische Staatspräsident vermutete, daß die einheimische Bevölkerung es nicht verstehen könnte, wenn „Landfremde über das Schicksal der Länder entscheiden“ würden. Auch in diesem Punkt deckten sich die Vorstellungen Wohlebs mit dem Programm des Heimatbundes.

dem SGAAA in Paris mit; AdO SGAAA c. 2664 9. séparatisme. Winninger kam zu dem Schluß, daß 80% der südbadischen Bevölkerung einen Anschluß an Frankreich begrüßten, nicht zuletzt, weil „die Sitten und Gebräuche“ in Baden und im Elsaß identisch seien. Besonders die Wirtschaft sei von dieser Lösung angetan, und die Bevölkerung könne man, so Winninger, durch die sofortige Freilassung der südbadischen Kriegsgefangenen auf die Pläne einstimmen.

⁴⁰ Etwa in seinem Artikel „Badnerland, Heimatland!“ in der Badischen Zeitung vom 31. 5. 1946, den er mit den Worten enden ließ: „Wir sind Hüter der badischen Tradition aus guten Vernunft- und Gefühlsgründen. Die Begriffe ‚Nordbaden‘ und ‚Südbaden‘ sind uns nicht geläufig. Unser Heimatland ist das Badnerland ungeteilt.“

⁴¹ Die These wurde von Paul-Ludwig Weinacht vertreten, der allerdings die Ambivalenz zwischen dem Auftreten Wohlebs in der Öffentlichkeit und dessen politischem Kalkül übersieht; Ders., Kultur, S. 234.

⁴² Hammer an Wohleb vom 17. 12. 1950; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 66.

Albert Hammer, Bürgermeister von Wittenhofen und Gründungsmitglied der BCSV im Kreis Überlingen (Weinacht, Ursprung, S. 94), redete 1946 auf dem BCSV-Parteitag einer Neugliederung Südwestdeutschlands das Wort. Er schlug die Bildung eines Landes „Südbaden, Südwürttemberg mit Hohenzollern allerdings nicht mit der Hauptstadt in Tübingen oder Freiburg sondern in Sigmaringen, evtl. Donaueschingen“ vor; ebenda. Als Hauptargumente führte er die Vereinfachung der Verwaltung, die Verbesserung der Ernährungslage und die konfessionelle und stammesmäßige Homogenität an („Wir bekämen ein überwiegend kath. Land mit stammesmäßig gleicher Bevölkerung (Schwaben)“); ebenda.

⁴³ Konstanzer, Entstehung, S. 136.

Spätestens seit Ende 1946 – wahrscheinlich aber schon früher – verfügte der Badische Staatspräsident auch über direkte Kontakte zur Autonomieszene. „Unter Bezugnahme auf die seinerzeitige Besprechung in Überlingen über die Ziele des ‚Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes‘“, ließ Generalsekretär Paur ein Schreiben an Leo Wohleb im Dezember 1946 beginnen⁴⁴, dem die Satzungen und das Manifest beigefügt waren. Allerdings beschränkten sich die Wohlebschen Kontakte auf gelegentliche „konspirative“ Treffen und mündliche Aussprachen, von denen weiter nichts Schriftliches erhalten ist. Tunlichst vermied es Wohleb, mit dem Heimatbund zu korrespondieren, vielmehr traf er selbst oder seine Vertrauensmänner persönlich oder telephonisch mit Paur und Dietrich zusammen. „Unter Bezugnahme auf unsere letzte Besprechung in Freiburg“, schrieb der Generalsekretär des Heimatbundes im Januar 1948 an Wohleb, „erlaube ich mir, an Sie die höfliche Bitte zu richten, den von Ihnen in Aussicht genommenen Vertrauensmann nächste Woche nach Singen, Hegastrasse N° 2 zu senden.“⁴⁵ Der Vorsitzende der BCSV/CDU hegte nämlich die Befürchtung, daß der Heimatbund das christliche Wählerpotential spalten könnte, was unter allen Umständen zu vermeiden war. Aber der Heimatbund war nicht als Partei, sondern als Vereinigung konzipiert worden. Demzufolge legte Paur im März 1948 Wert auf die Aussage, „daß wir [*der Heimatbund*] nach wie vor an dem festhalten, was Herr Dr. Dietrich und ich mit Ihnen besprochen haben, denn es liegt uns vollkommen fern, eine Sprengung in die heimatlichen christlichen Kreise zu tragen“⁴⁶. Der einseitige Schriftwechsel des Heimatbundes mit Leo Wohleb belegt die Gefahr, die dessen Existenz in den Augen der nunmehr CDU Baden genannten BCSV darstellte. Aber Wohleb war sich 1948 sicher, daß der Heimatbund seinen Zenit bereits überschritten hatte. Wiederum durch einen mit Interna über den Heimatbund gespickten Brief Paur⁴⁷ wurde er in seiner Haltung bestärkt, zwar in persönlichen Gesprächen mit dem Heimatbund in Kontakt zu bleiben, ihm aber aufgrund der personellen Konstellationen für die nahe Zukunft keine größere Gefahr mehr beizumessen. Dennoch mußte er vor seinem geistigen Auge mit der Bildung einer Art Bayerischen Volkspartei im südbadischen Raum rechnen, was zumindest zu einer Schwächung der Position der CDU geführt hätte. Daher sah sich Wohleb veranlaßt, auch weiterhin Sondierungsgespräche mit Dietrich zu führen. „Bei unseren verschiedenen Besuchen habe ich Ihnen offen und freimütig meine Haltung gegenüber der CDU dargelegt und ich glaube, daß Sie an meinem loyalen Verhalten nicht zweifeln“, gab Bernhard Dietrich dem Badischen Staatspräsidenten im März 1948 zu verstehen⁴⁸.

Dem Generalsekretär des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, Dr. Leopold Paur⁴⁹, sollte noch eine denkwürdige Karriere unter den Fittichen Leo Wohlebs bevor-

⁴⁴ Paur an Wohleb vom 5. 12. 1946; StA FR C 5/1 2749.

⁴⁵ Paur an Wohleb vom 22. 1. 1948; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 91.

⁴⁶ Paur an Wohleb vom 19. 3. 1948; ebenda.

⁴⁷ Paur an Wohleb vom 21. 8. 1948; ebenda.

⁴⁸ Der Präsident des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ an Wohleb vom 8. 3. 1948; StA FR T1 Leo Wohleb I/1 53.

⁴⁹ Leopold Paur (1889–1979), 1908 Abitur an einem humanistischen Gymnasium in München; 1908–12 Juristisches Studium in München; 1912 Referendarexamen; 1914–18 Kriegsteilnehmer (Leutnant d. R.); 1918 Promotion in Heidelberg; 1919 Assessorexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in München; 1919–20 Rechtsanwalt in München; 1920–24 Stellvertreter der Reichsbevollmächtigter der Außenhandelsstelle „Chemie“ und Leiter der Nebenstelle „Harze“ in Hamburg; 1924–45 als Syndikus und Leiter von verschiedenen Verbänden in Berlin

stehen. Seine Kontakte zum Badischen Staatspräsidenten pflegte er über Jahre, dank seines Auftretens und seiner Überzeugungskraft hatte er einen tiefen Eindruck bei Wohleb hinterlassen. Als promovierter, aber arbeitsloser Jurist lebte Paur bis zur Währungsreform von einem nicht unbeträchtlichen Vermögen, das er allerdings durch die Währungsumstellung größtenteils verlor. Noch 1948 bewarb er sich um die Stelle des Überlinger Landrates, ein Ansinnen, das beim badischen Innenminister Alfred Schühly (CDU) auf Ablehnung stieß. Bereits ab Ende 1949 verfügte Paur über direkte Kontakte in die Badische Staatskanzlei, bei der Probeabstimmung für den Südweststaat hatte er 1950 ein reiches Betätigungsfeld gefunden. Seine Wendung war vollkommen: Bis 1948 forderte er einen autonomen schwäbisch-alemannischen Staat, im Gefolge von Leo Wohleb erwies er sich als intransigent „Altbadener“. Sein Engagement bei der Probeabstimmung zog die ungeteilte Aufmerksamkeit Wohlebs auf sich, das 1951 mit dem Posten des Dezernenten der Pressestelle in der Badischen Staatskanzlei belohnt wurde. Vollkommen von der Öffentlichkeit abgeschirmt und selbst im Umfeld Wohlebs unbekannt⁵⁰, hatte Paur die Aufgabe, für den Badischen Staatspräsidenten Vorträge und Zeitungsartikel zu verfassen und Korrespondenzen im Zusammenhang mit der Länderneugliederung zu erledigen; der promovierte Jurist erhielt von Wohleb die mündliche Zusage, nach einer für Baden günstigen Volksabstimmung zum beamteten Leiter der Pressestelle der Staatskanzlei ernannt zu werden⁵¹. Überhaupt arbeitete Paur, der mittlerweile von Engen nach Freiburg umgezogen war, als rechte Hand Wohlebs in der Baden-Frage. Sämtliche, die Neugliederung der südwestdeutschen Länder betreffenden Korrespondenzen an Wohleb gelangten zwecks Beantwortung in Paur's Hände⁵². Nach der schmerzlichen Niederlage bei der Volksabstimmung vom Dezember 1951 trug Wohleb Sorge dafür, daß sich Paur als Stiftungsrat der Universität Freiburg eine berufliche Perspektive eröffnete.

Das Einschwenken der BCSV auf die territorialen und landsmannschaftlichen Vorstellungen des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ angesichts der vermeintlich sicheren Bildung des Südstaates im Jahr 1946 durch die französische Besatzungsmacht ist evident. Innerhalb der Führungsschicht der Partei in Freiburg stießen die Pla-

tätig; 1938 Schwierigkeiten wegen Nichtmitgliedschaft in der NSDAP bei Bekleidung einer hohen Position in der Wirtschaft; 1941–44 Hauptmann d. R. im Heereswaffenamt in Berlin; 1944 Übersiedlung nach Engen/Hegau mit den von Berlin nach Engen verlagerten und in Fachabteilungen umgebildeten Wirtschaftsverbänden; 1945 durch die Auflösung sämtlicher Fachabteilungen arbeitslos; 1946–49 Generalsekretär des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“; Propagandist für die europäische Einigung (vgl. seine Rolle in der „Europäischen Zentralbewegung für die Vereinigten Staaten von Europa“ in Kapitel V/2); 1950 Einsatz für den Erhalt des badischen Staates; 1951–52 Dezernent in der Pressestelle der Badischen Staatskanzlei; 1952 Stiftungsverwalter der Universität Freiburg i. Br.; mehrmalige Verlängerung des Arbeitsverhältnisses bis 1961. Vgl. die Personalakte im Universitätsarchiv in Freiburg; UA FR B 24/2744.

⁵⁰ Ein Mitarbeiter Wohlebs in der Badischen Staatskanzlei zu Beginn der fünfziger Jahre, Paul Feuchte, konnte sich nicht an die Anwesenheit Paur's erinnern, gab aber zu bedenken, daß die Organisation einer Staatskanzlei nicht mit dem straffen Gefüge späterer Jahre zu vergleichen gewesen sei; Telefonat des Verfassers mit Paul Feuchte vom 24. 3. 1995.

⁵¹ „Lebenslauf von Dr. jur. Leopold Paur“ [1953]; UA FR B 24/2744.

⁵² In dem mehrere tausend Briefe umfassenden Nachlaß Leo Wohleb tragen alle ab 1950 die Neugliederung betreffenden Schreiben an Wohleb dessen handschriftlichen Vermerk „Dr. Paur“. Die Briefe wurden also Paur im Presseamt zur Beantwortung vorgelegt. Damit war Paur im engsten Umfeld des Badischen Staatspräsidenten tätig.

nungen unter Verzicht auf die Forderung nach Autonomie auf keinen nennenswerten Widerstand, Politiker wie Alfred Bund, Leo Wohleb oder Paul Zürcher suchten nach Wegen und Möglichkeiten der Machterhaltung im neuen Staat, dessen Zentrum nicht unbedingt Freiburg sein würde. Das Einschwenken der BCSV auf die „altbadische“ Linie, das zwar schon 1946 in der Öffentlichkeit zu beobachten war, fand allerdings erst Ende 1947 mit dem eindeutigen Wechsel der französischen Besatzungspolitik in Richtung Wiederherstellung der alten Länder statt. Sinnfälligster Ausdruck hierfür ist die Umbenennung von BCSV in CDU-Baden, die auf die Zusammenarbeit mit den nordbadischen Parteifreunden abzielte. Auch die internen Querelen bei der Bildung des Südweststaates sind als letzter Abglanz der Neugliederungsdebatte zu werten. Viele BCSV/CDU-Parteimitglieder konnten dem offiziellen Kurs ihrer Partei nicht folgen, da sie unmittelbar nach 1945 zu den Anhängern einer schwäbisch-alemannischen Demokratie zählten; sie erachteten das Bundesland Baden-Württemberg als das einzig politisch machbare Gebilde auf weitgehend stämmischer Basis, eine Position im übrigen, die selbst Otto Feger geteilt hat.

Die CDU in Württemberg-Hohenzollern

Wie die BCSV in Baden, verfügte auch die CDU in Württemberg-Hohenzollern über Männer in ihren Reihen, die – wenn auch oft nur hinter vorgehaltener Hand – von der Notwendigkeit einer Neugliederung Südwestdeutschlands bei gleichzeitig weitgehender Autonomie im Rahmen eines deutschen oder europäischen Staatenbundes überzeugt waren. Auch von der Parteibasis kamen gelegentlich solche Vorschläge⁵³. Das Ergebnis einer im März 1947 im Kreis Ehingen durchgeführten Umfrage⁵⁴ ergab ein für das konservativ-katholische Württemberg-Hohenzollern repräsentatives Bild: Berlin als zukünftige Hauptstadt eines deutschen Staates wurde entschieden abgelehnt, eine Reminiszenz an die vorderösterreichische Zeit wehte durch das Stimmungsbild. Immerhin ein Drittel der Befragten – vor allem „Traditionalisten, Monarchisten, Großgrundbesitzer und ein kleiner Teil des katholischen Klerus“⁵⁵ – neigten einer staatenbundlichen Lösung unter Ausschluß des Nordens zu, einer alpinen Union also; Autonomie für den geeinten schwäbisch-alemannischen Raum galt ihnen als unabdingbar. Der Tübinger Oberdelegierte Widmer glaubte zudem Anfang 1947, daß sich die politischen Konzepte vieler konservativ-christlicher Politiker in Württemberg-Hohenzollern in den beiden

⁵³ In einer politischen Aufzeichnung von Fr[iedrich] Nerz aus Beuren (Landkreis Hechingen) im Archiv des Landesverbandes der CDU Württemberg-Hohenzollern ist folgender Vorschlag nachzulesen: „Teilung Deutschlands – politisch – in zwei Hälften, in einen Nord- und einen Südbund. Trennung durch die Mainlinie. Weitere Aufspaltung der zwei Bünde ‚Germaniens‘ in Kantone (nach Schweizer Vorbild) [...] Neuer politischer Zusammenschluß zu einem Mittel-Europa. Bund der zwei Bünde mit der Schweiz, mit der Tschechoslowakei, mit Österreich, mit Ungarn, mit Dänemark und den Niederlanden. Garantie der Neutralität dieses Gebietes durch die Vereinten Nationen“; zitiert nach Wieck, Demokraten, S. 170 Anmerkung 291.

⁵⁴ „Sondage de l'opinion“ (masch. 9 S.); Noutary an Widmer vom 10. 3. 1947; AdO W-H 1f) Ser. Div. c. 2561. Der Ehinger Kreisdelegierte Noutary verschickte an 128 Personen einen Fragebogen zur künftigen staatlichen Organisation Deutschlands, den diese anonym ausfüllten und zurückgaben. Eine Präponderanz des katholisch-konservativen Milieus, die den Verhältnissen im Kreis Ehingen entsprach, ist zu konstatieren.

⁵⁵ Ebenda, S. 7.

vorausgegangenen Jahren bereits von einer staatenbündischen zu einer bundesstaatlichen Lösung gewandelt hätten⁵⁶, ein Indiz für die Abmilderung von Autonomieforderungen binnen kurzer Zeit. Hatten die Protagonisten der CDU Württemberg-Hohenzollern unmittelbar nach 1945 konkrete Vorstellungen oder Konzepte von der zukünftigen Organisation und den staatsrechtlichen Verhältnissen des Südwestens?

Der Gründer der CDU in Oberschwaben, Dr. Franz Weiß⁵⁷, wurde im Frühsommer 1945 von General Schwartz in Stuttgart zum Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung eingesetzt. Durch die Parteigründung in der amerikanischen Zone veranlaßt, besuchte Weiß in den letzten Monaten des Jahres 1945 mit einem geliehenen, alten Opel P4 die Kreise des französisch besetzten Württembergs und Hohenzollerns, um politisch interessierte Persönlichkeiten von der Notwendigkeit der Gründung einer christlichen Partei zu überzeugen⁵⁸. Eine Versammlung wurde am 6. Januar 1946 im Gemeindesaal in Aulendorf abgehalten, bei der Weiß das einführende Referat hielt. Die Gründung der Christlich Demokratischen Union in Württemberg-Hohenzollern wurde beschlossen. Auf der ersten Landesversammlung am 23. März 1946 in Sigmaringen wählten die Delegierten Franz Weiß zum Vorsitzenden des vorläufigen Landesausschusses. Die Haltung des ersten Landesvorsitzenden war ambivalent: Katholisch, frankophil und antipreußisch gesinnt, konnte er sich nicht für die Umsetzung eines autonomistischen Kurses in der CDU Württemberg-Hohenzollern entschließen; Weiß scheint eher ein Anhänger eines südwestdeutschen Länderzusammenschlusses gewesen zu sein, der in einem föderativ aufgebauten Bundesstaat verankert sein sollte. Französische Beobachter schätzten seine innerparteiliche Autorität überdies als schwach ein⁵⁹, klare Stellungnahmen zu der Problematik vermied Weiß⁶⁰.

Als „Theoretiker und Propagandisten des schwäbischen Partikularismus“ bezeichnete Ende 1947 der Sigmaringer Kreisdelegierte Chevallier in einem Brief an die Tübinger Oberdelegation⁶¹ den Stellvertretenden Landeshauptmann von Hohenzollern und Sigmaringer Bürgermeister Egon Müller⁶². In der Tat war Müller ein überzeugter Anhänger einer Großschwaben-Lösung, die auf einer südwestdeutschen Konföderation

⁵⁶ „Il [Widmer] note que beaucoup de leaders catholiques, à l'origine, partisans d'une Fédération d'Etats, en sont maintenant venus à la conception d'un Etat Fédéral“, Sitzung des CGAAA in Paris vom 13. 1. 1947; MAE Y-Int. 1944–1949 654.

⁵⁷ Franz Weiß (1887–1974), Studium der Landwirtschaft in Halle a. d. S., Hohenheim und Gießen; 1910 Eintritt in die katholische Studentenverbindung „Carolingia“ im CV (Hohenheim); 1912 Landwirtschaftslehrer in Stromberg (Westfalen); 1913–20 Mitarbeit in der Landessaatzuchtanstalt in Hohenheim, 1920–33 Leiter der Abteilung Pflanzenbau der Württembergischen Landwirtschaftskammer in Stuttgart; seit 1934 Geschäftsführer des Württembergischen Getreidewirtschaftsverbandes, später des Kartoffelwirtschaftsverbandes; 1945 Landesdirektor für Ernährung und Landwirtschaft in Württemberg-Baden; 1946 Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung in Württemberg-Hohenzollern; 1947–52 Minister für Landwirtschaft und Ernährung; 1949–53 MdB (CDU). Vgl. Dornheim, Adel, S. 406 Anmerkung 147.

⁵⁸ Weiß, Gründungszeit, S. 13.

⁵⁹ Hauptmann de Laguer: „Objet: La Bavière et le problème allemand“ (masch. 28 S.) vom 2. 2. 1946; MAE Z-Europe 1944–1960 61.

⁶⁰ Der Nachlaß im StA SIG (N 1/1) enthält keinen Hinweis auf die Position von Franz Weiß in der Frage der Neugliederung.

⁶¹ Chevallier an Widmer vom 27. 12. 1947; AdO SGAAA Dir. Pol. c. 43 F10.

⁶² Egon Müller (1885–1949), Bürgermeister von Sigmaringen und Stellvertretender Landeshauptmann beim Hohenzollerischen Landesverband.

beruhen sollte. Ausgeprägt autonome Mitglieder des Bundes sollten die Nord- und Südhälften der Länder Baden und Württemberg sowie der ehemalige preußische Regierungsbezirk Hohenzollern sein. Mit Denkschriften von 1946 und 1949⁶³ versuchte der Sigmaringer Bürgermeister gleichzeitig die staatliche Eigenständigkeit der Hohenzollerischen Lande zu belegen und jeden Rechtsanspruch der Tübinger Regierung zurückzuweisen. Nach Müllers Tod 1949 sind in dessen Handakten Unterlagen gefunden worden, die frühere Besprechungen über einen Südstaat belegt haben⁶⁴.

Der Besitzer eines 85 Hektar umfassenden Hofgutes in Dürren bei Ravensburg, Oskar Farny⁶⁵, spielte wegen seiner zwielichtigen Vergangenheit als Reichstagsabgeordneter bis Kriegsende und als Chef des Stabes des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis V (Stuttgart) eine oberflächlich unbedeutende Rolle. Durch die ablehnende Haltung der Wangener CDU-Repräsentanten Josef Lutz und Richard Abt wurde Farny zunächst nicht in der CDU aufgenommen, er konnte sich aber als Besitzer einer Jagdhütte im bayerischen Allgäu als CSU-Mitglied etablieren⁶⁶. Abgesehen von einem kurzen Intermezzo als Leiter des Landesernährungsamtes in Württemberg-Hohenzollern, bekleidete er mangels fehlender CDU-Mitgliedschaft bis Ende der vierziger Jahre kein hohes Regierungsamt. Doch auf der informellen Ebene spielte er eine entscheidende Rolle: Sein großer Gutshof wurde zu einem beliebten Ausflugsziel bei der Politprominenz von Württemberg-Hohenzollern, fürstlich bewirtete er zuweilen Carlo Schmid, Paul Binder und Gebhard Müller. Überparteilich organisierte Fahrten zu Farny waren angesichts der Lebensmittelknappheit an der Tagesordnung.

Schon zu einem frühen Zeitpunkt gab er sich als ein Verfechter des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg zu erkennen und nutzte die informellen Treffen mit den hochrangigen Politikern, um sie für einen zukünftigen Zusammenschluß der auf dynastischer Grundlage gebildeten Länder einzustimmen. Auch gegenüber der französischen Besatzungsmacht vertrat Farny die Linie eines geeinten Südwestens in einem föderalistisch aufgebauten Deutschland. Bei einer Besprechung mit dem Oberdelegierten Widmer am 12. Dezember 1947⁶⁷ brachte er zum Ausdruck, „daß wir in Süddeutschland

⁶³ Denkschrift des Landeshauptmannes von Hohenzollern, überreicht am 8. 3. 1949; StA SIG Wü 2/606/3/1/2.

⁶⁴ Bericht der „Arbeitsgemeinschaft der CDU der hohenzollerischen Kreise“ an Staatspräsident Gebhard Müller vom 12. 7. 1950; zitiert nach Nüske, Hohenzollernfrage, S. 181.

⁶⁵ Oskar Farny (1891–1983), Gutsbesitzersohn aus Dürren bei Ravensburg; Gymnasium in Ravensburg; kurzzeitiges Studium in Tübingen, Eintritt in die katholische Verbindung „Guestfalia“ im CV; 1910 Offiziersanwärter beim Infanterie-Regiment Nr. 124 in Weingarten; 1914–19 Kriegsteilnehmer (Hauptmann d. R.); 1920–21 MdL Württemberg (Zentrum); 1930–45 MdR; nach 1933 Führungspositionen in der Verwaltung der Lebensmittelindustrie; 1939–45 Chef des Stabes des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Wehrkreis V; 1946 Leiter des Landesernährungsamtes; Südweststaatsanhänger; 1950 Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“; 1952 MdL Baden-Württemberg (CDU); 1953–60 Leiter des Ministeriums für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg; 1954–67 Präsident des vormaligen Württembergischen Landesverbandes der Raiffeisengenossenschaften. Vgl. Dornheim, Adel, S. 375–379 und o. A., Farny.

⁶⁶ Dornheim, Adel, S. 278.

⁶⁷ Neben Widmer nahmen an dem Gespräch teil: Lutz (Leutkirch), Hartmann (Oflings), Farny (Dürren), Paprzycki (Wangen), Maier (Wangen) und Kiechle (Wangen). Der Wangener Landrat Kiechle fertigte aus den Protokollen der Teilnehmer einen Bericht für Widmer an; KA RV NL Münch 44.2.

nach den Erfahrungen der letzten 30 Jahre den zentralistischen Einheitsstaat unter preußisch-berlinerischer Hegemonie ablehnen und ein föderatives Staatensystem mit gesichertem Eigenleben der süddeutschen Kulturkreise bevorzugen“⁶⁸. Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1870 erachtete Farny als irreversibel, und deshalb lehnte er jede „Zwergstaatlösung“⁶⁹ in Südwestdeutschland ab. Eine verwaltungsmäßige Zusammenfassung des Sütteils der französischen Zone schloß er aus, vielmehr könne nur „eine überstaatliche europäische Gemeinschaftsidee“ die Antwort auf die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs sein⁷⁰.

Der enge politische Anschluß des deutschen Südwestens an Österreich, den Fürst Erich von Waldburg-Zeil vertreten hat, fand manchen Zuspruch in den Kreisen des oberschwäbischen Adels, weniger aber innerhalb der CDU von Württemberg-Hohenzollern. Grundlage einer süddeutschen, katholischen Föderation war für den Fürsten allerdings ein stammesmäßig gegliedertes Süddeutschland. Für den Südwesten sprach sich Fürst Erich zugunsten einer Einbeziehung von Bayerisch-Schwaben in einen großschwäbischen Staat aus. Dazu hatte er in Ravensburg ein Komitee, das aus 15 CDU-Parteimitgliedern aus Südbaden, Südwürttemberg und Hohenzollern bestand, ins Leben gerufen⁷¹, er selbst bekleidete den Vorsitz. Großschwaben sollte eine Föderation von kantonal gegliederten Regionen sein (Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart und Reutlingen), die Einbeziehung fränkischer Teile im Norden zog man zwar in Betracht, aber das Hauptaugenmerk lag auf der Eingliederung von Bayerisch-Schwaben. Fürst Erich war eventuell neben Franz Weiß Gründungsmitglied der CDU Württemberg-Hohenzollern gewesen⁷²; spätestens ab 1947 ist seine Parteizugehörigkeit nachgewiesen, wenngleich es manchen Reibungspunkt mit der Partei gab. Von Interesse ist jedoch die Tatsache, daß er CDU-Mitglieder in einem Komitee zur Neugliederung Südwestdeutschlands im schwäbisch-alemannischen Sinne versammeln konnte. Sein Einfluß – auch als Großgrundbesitzer – auf die oberschwäbischen CDU-Mitglieder darf nicht unterschätzt werden. Der Fürst hatte in einem Triumvirat, das Franz Weiß, Oskar Farny und Bernhard Bauknecht bildeten, in der CDU mächtige Gegenspieler, die Ende der vierziger Jahre ein Engagement des Fürsten auf Landesebene, und damit auch das Einfließen seiner Neugliederungspläne in die CDU, zu verhindern wußten. Der vorhandene Dissens lag auch in der differenzierten Einschätzung der staatlichen Zukunft Südwestdeutschlands begründet. An der Südweststaatsfrage sollte Fürst Erich mit der CDU brechen und seinen Parteiaustritt beantragen. „Ich kann dem Länderkram nicht die Bedeutung zumessen, die ihm von den Parteien zugedacht wird“, schrieb er im Sommer 1951 an den Wangener Bezirksnotar Abt: „Meine Heimat ist Schwaben.“⁷³ Nach der Gründung der Bundesrepu-

⁶⁸ „Besprechung mit dem Herrn General-Gouverneur Widmer am 12. Dezember 1947 in Wangen“, Farny an Kiechle vom 15. 1. 1948; KA RV NL Münch 44.2.

⁶⁹ Sowohl Südstaat als auch autonomer schwäbisch-alemannischer Staat schieden nach Farnys Dafürhalten aus.

⁷⁰ „Besprechung“; KA RV NL Münch 44.2.

⁷¹ Die Namen der Mitglieder des Komitees sind in den Unterlagen, die der französische Konsul Pierre d'Huart nach Tübingen verschickte, nicht aufgeführt. Zu den Zielsetzungen des Komitees und den weiteren Planungen des Fürsten Erich vgl. Kapitel II/2.

⁷² Sein Sohn Graf Alois von Waldburg-Zeil teilte dem Tübinger Politikwissenschaftler Andreas Dornheim mit, über Ein- und Austritt des Vaters keine Unterlagen zu besitzen; Dornheim, Adel, S. 370.

⁷³ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Bezirksnotar Abt vom 4. 7. 1951; KA RV NL Münch 90.4.

blik Deutschland glaubte der Fürst einen zu liberalen Kurs der CDU ausmachen zu können, seine weitere Mitarbeit hielt er deshalb für überflüssig und beantragte kurz vor den Kreistagswahlen 1951 die Streichung aus der Liste der CDU-Mitglieder⁷⁴.

Ob sich im Kreis der autonomistischen CDU-Mitglieder um Fürst Erich auch der Ravensburger Oberbürgermeister Dr. Albert Sauer⁷⁵ befunden hat, ist ungewiß, aber nicht unwahrscheinlich. Als Kultusminister war Sauer seit 12. Dezember 1946 in der „Provisorischen Regierung“ Carlo Schmidts tätig. Inbrünstig liebte Sauer seine oberschwäbische Heimat und hielt jede Form des Zentralismus für gefährlich – auch wenn dieser nicht von Berlin, sondern von Stuttgart ausging. Am Pfingstsonntag 1949 gehörte Sauer jedenfalls zu den Unterzeichnern der Überlinger Resolution, die nach einer Volksabstimmung über den Südweststaat die Einsetzung einer landsmannschaftlich paritätisch besetzten verfassungsgebenden Landesversammlung empfahl⁷⁶. Die in Überlingen tagenden oberschwäbischen und südbadischen CDU-Vertreter hofften durch diesen Vorschlag, das bevölkerungsmäßige Übergewicht von Nordwürttemberg und Nordbaden brechen zu können. Als sich der Südweststaat nach der Probeabstimmung 1950 deutlich abzuzeichnen begann, hegte Sauer den Verdacht, daß das katholische Oberschwaben zuungunsten des überwiegend protestantischen Altwürttemberg ins Hintertreffen gelangen könnte. Die französische Besatzungsmacht vermutete überdies, daß Sauer und andere hinter der 1948 vom Großbottwarer Ingenieur Adolf Mühleisen ins Leben gerufenen „Partei der Schwaben“, deren autonomistisch-regionalistische Forderungen ins Auge stachen, steckte⁷⁷. Als erfahrener Kommunalpolitiker regte Sauer 1951 die Schaffung eines „Oberschwäbischen Städtebundes“ an⁷⁸, damit eine Benachteiligung des Südostens im projektierten neuen Bundesland nicht Wirklichkeit würde. In der unmittelbaren Nachkriegszeit bleibt Sauers Einstellung mangels schriftlicher Quellen über weite Strecken unklar, sein Regionalismus und Katholizismus prädestinierten ihn nichtsdesto-

⁷⁴ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Josef Lutz (Vorstand der CDU-Ortsgruppe Leutkirch) vom 9. 10. 1951; KA RV NL Münch 90.4.

⁷⁵ Albert Sauer (1902–1981), Gymnasium in Ravensburg; 1921–25 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Kiel; 1925 Promotion; 1928 Assessorexamen; Rechtsanwalt in Ravensburg; Mitglied des Windthorstbundes; 1931 Organisator der „Arbeitsgemeinschaft der Zentrumsjugend Oberschwabens“; 1932–33 MdL Württemberg (Zentrum); 1941–45 Wehrdienst; 1944 Verbindungen zum Widerstand (Eugen Bolz); 1945–46 Kriegsgefangenschaft; 1946–66 Oberbürgermeister von Ravensburg; 1946–52 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU); 1946–52 Landesdirektor/Minister für Kultus, Erziehung und Kunst; 1949–52 Mitglied des Bundesrates (Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister); 1952–56 MdL Baden-Württemberg (CDU); Mitbegründer und Mitglied des Internationalen Büros sowie Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas; Deutscher Delegierter zur 1. bis 4. Europäischen Gemeindekonferenz des Europarates in Straßburg; seit 1960 Ehrensensator der Universität Tübingen. Vgl. auch Munzinger-Archiv 1981 – Lieferung 40/81-P-1112.

⁷⁶ Konstanzer, Entstehung, S. 168.

⁷⁷ Pène an François-Poncet vom 13. 9. 1950; AdO Bade AP c. 2157/3 d. 44. Zur „Partei der Schwaben“ vgl. Kapitel II/1.

⁷⁸ Sauer an Ministerialrat a. D. Eugen Hagel (Stuttgart) vom 22. 10. 1951; StadtA RV NL Sauer N I /448. Eugen Hagel (1884–1953) selbst war gebürtiger Ravensburger und hatte eine „lockere“ Vereinigung „Ravensburger Landsleute“ nach dem Krieg ins Leben gerufen. Der Stuttgarter Ministerialrat a. D., der von 1929–1932 als Vertreter der Volksrechtspartei im Württembergischen Landtag saß, trat auch gegenüber Sauer als Förderer und Verfechter des Regionalbewußtseins auf; Hagel an Sauer vom 15. 10. 1951; StadtA RV NL Sauer N I/448.

trotz zu einem Befürworter einer konfessionell untermauerten Südstaats- bzw. Stammesstaatslösung.

Vor allem wirtschaftliche Bedenken hatte der Rottweiler Rechtsanwalt und spätere Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Lorenz Bock⁷⁹, gegenüber einem aus dem französisch besetzten Südwestdeutschland geformten Südstaat, der allgemein als Vorstufe eines schwäbisch-alemannischen Stammesstaates erachtet wurde. Mit dem Rottweiler Bürgermeister und Hauptaktivisten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Württemberg-Hohenzollern, Franz Mederle, pflegte Lorenz Bock regelmäßigen Umgang. Da beide Politiker Nachbarn waren, wurde der spätere Staatspräsident in allen Belangen und Aktivitäten auf dem laufenden gehalten⁸⁰. Eine belegbare Unterstützung erhielt Mederle nicht, das Interesse Bocks für Autonomiepläne war aber zweifelsohne vorhanden. Die Rekonstruktion seiner Position auch in der Frage der staatlichen Neugliederung ist nicht leicht möglich, da der Nachlaß als verschollen gelten muß⁸¹. An seiner föderalistischen Haltung konnte indes kein Zweifel bestehen: Das Schwergewicht der politischen Hoheitsrechte wollte er als Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern den deutschen Ländern überlassen, dem Bundesstaat gedachte er nur Zuständigkeiten einzuräumen, die im gesamtdeutschen Interesse „absolut notwendig“ waren⁸². Im Hause Bock hielt sich wohl um die Jahreswende 1946/47 für mehrere Wochen der CSU-Politiker Josef Müller⁸³ („Ochsensepp“) auf, nicht zuletzt um gegen die Aktivitäten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ bei Bock zu intrigieren⁸⁴. Beide kannten sich über den Rottenburger Bischof Johannes Baptista Sproll⁸⁵,

⁷⁹ Lorenz Bock (1883–1948), Gymnasium in Horb und Rottweil; 1902–07 Studium der Rechtswissenschaften in München und Tübingen; Engagement in der katholischen, nichtfarbentragenden Studentenverbindung „Alamannia“ Tübingen im Kartellverband; Referendar (Amtsgericht Riedlingen/Donau, Landgericht Ravensburg, Staatsanwaltschaft Stuttgart); vor 1914 Rechtsanwalt in Rottweil; Mitglied des Zentrums; 1915–18 Kriegsteilnahme; 1919–33 Gemeinderat in Rottweil; 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung des Freien Volksstaates Württemberg; 1919–33 MdL Württemberg (Zentrum); 1928 Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Landtag; 1944 Verhaftung durch die Gestapo; 1947–48 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern. Vgl. Bradler, Bock, S. 79 f.

⁸⁰ Vgl. dazu in diesem Kapitel „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“.

⁸¹ Im Stadtarchiv Rottweil werden neben der Ernennungsurkunde zum Staatspräsidenten Württemberg-Hohenzollerns einige Bücher aus der Bibliothek Bocks aufbewahrt. Der Nachlaß selbst darf als verschollen gelten.

⁸² Schwäbisches Tagblatt vom 5. 1. 1948.

⁸³ Josef Müller (1898–1979), vor 1933 in der BVP tätig; juristischer Berater kirchlicher Institutionen; 1939 Abteilung „Abwehr“ des OKW; 1943 Verhaftung; 1945 Mitbegründer der CSU; 1945–49 Landesvorsitzender der CSU; 1947–49 bayerischer Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident; 1950–52 erneut Justizminister.

An „Donaukonföderationspläne“ erinnerte sich Müller bei der Abfassung seiner Memoiren. Er vertrat die Ansicht, daß sich französische Offiziere in Lindau und Innsbruck an den Planspielen beteiligt hätten; Müller, Konsequenz, S. 326 f. In Innsbruck jedenfalls hielt sich seit Ende 1946, nach seiner Abberufung aus Vorarlberg, der ehemalige Bregenzer Bezirksdelegierte Benité auf, der 1945 die Alpenlandpläne Dietrichs unterstützt hatte (vgl. Kapitel III/1). Daß er sich allerdings weiterhin offensiv für eine alpine Union eingesetzt hat, ist unwahrscheinlich, da er den Unwillen seiner Vorgesetzten in Paris, Wien und Innsbruck bereits auf sich gezogen hatte.

⁸⁴ Interview mit Willi Ernst jun., einem Nachbarn von Bock in Rottweil, vom 30. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

⁸⁵ Im Diözesanarchiv Rottenburg waren weder im Nachlaß von Bischof Sproll (DAR N 27) noch im Nachlaß des Generalvikars Dr. Max Kottmann (DAR N 31) Spuren der Neugliederungsdis-

der wohl den Kontakt vermittelt hat. Doch die gewaltigen Probleme Württemberg-Hohenzollerns belasteten den kranken Staatspräsidenten Bock seit Ende 1947 zusehends; am 4. August 1948 verstarb er in Tübingen, sein Freund Josef Müller hielt die Grabrede.

Auch Bocks Nachfolger, der zweite Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und nachmalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Gebhard Müller⁸⁶, hat kaum Schriftliches zur Frage der südwestdeutschen Autonomie und seiner Haltung zu einer stammesstaatlichen Lösung der territorialen Verhältnisse hinterlassen. Gegenüber den Plänen des oberschwäbischen Adels, Österreich in eine süddeutsche Föderation einzubeziehen, verhielt sich Müller reserviert. 1949 gab er Widmer zu verstehen, daß er solche Meldungen für Zeitungsenten hielt⁸⁷. In einer knappen Rezension für die *Deutsche Rechts-Zeitschrift* hatte Gebhard Müller 1947 auf den besonderen Wert der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* für die Rechtskultur im Südwesten verwiesen, indem er den „bodenständigen“ Aspekt hervorhob⁸⁸. Auf die autonomistischen Forderungen Fegers ließ er sich nicht ein, referierend gab er nur die Position des Autors wieder. Die Wortwahl Müllers verrät seinen Standpunkt: Deutschland bestand für ihn staatsrechtlich weiter⁸⁹, einer Autonomie konnte er nicht das Wort reden.

Gebhard Müller hatte sich Mitte 1948 dienstlich erneut mit der Idee einer schwäbisch-alemannischen Demokratie auseinanderzusetzen. Am 1. Juli 1948 händigten nämlich die Militärgouverneure den Länderchefs – darunter Lorenz Bock und Leo Wohleb – die drei „Frankfurter Dokumente“ aus, durch welche die Länder ermächtigt wurden, unter den gegebenen Bedingungen das Verfahren zur Staatsgründung auf föderativer Basis in Gang zu setzen⁹⁰. Den Länderchefs oblag es nun, bis spätestens 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen (Dokument 1), die durch Vertreter der Länderparlamente zu beschicken wäre. Zwecks Kompetenzabgrenzung zwischen zukünftiger deutscher Regierung und den Besatzungsmächten sollte die Annahme eines Besat-

kussion der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu finden. Auch der Zettelkasten des Bischofs (DAR N 27 ZK A-J und K-Z) barg keine Hinweise auf Verbindungen zu den Protagonisten oder auf die Rezeption dieser politischen Vorstellungen im bischöflichen Ordinariat.

⁸⁶ Gebhard Müller (1900–1990), aus oberschwäbischer, katholischer Lehrerfamilie stammend, 1915–18 humanistisches Gymnasium in Rottweil; 1918 Notabitur; Einrücken in ein königlich württembergisches Feldartillerieregiment in der Ludwigsburger Garnison; 1919–22 Studium der Katholischen Theologie, Geschichte und Philosophie in Tübingen und Berlin; 1922 Wechsel der Studienfächer: Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften; 1929 Promotion; 1930–33 Referent für Steuer- und Verwaltungssachen beim Diözesanverwaltungsrat in Rottenburg am Neckar; 1931–33 Leiter des Zentrums im Stadt- und Oberamtsbezirk Rottenburg; 1934–45 Amts- und Landgerichtsrat in Göppingen, Waiblingen und Stuttgart; 1940 und 1944–45 Kriegsdienst; 1945–46 Oberstaatsanwalt in Stuttgart, dann Leiter der Stuttgarter Justizdelegation in Tübingen; 1946 Landesdirektor der Justiz in Württemberg-Hohenzollern; 1948–52 Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern; 1953–58 Ministerpräsident von Baden-Württemberg; 1959–71 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. *Ausgewählte Dokumente*, 1990, S. 45–52.

⁸⁷ Müller in einem Gespräch mit Widmer; „Aktenvermerk über die Besprechung bei Gouverneur Widmer am 15. 7. 1949, 17.30 Uhr“; HStAS Q 1/35 Serie I 18.

⁸⁸ G. M[üller], *Demokratie*.

⁸⁹ „Politisch verflucht Verf., ausgehend von der historischen Schuld Preußens an dem Niedergang des Deutschen Reiches, die Bildung eines selbständigen Staates im schwäbisch-alemannischen Raume nach dem Muster der Schweiz unter Loslösung vom Reiche, das er mit dem Zusammenbruch des Jahres 1945 staatsrechtlich als erledigt und als einen Landkomplex ohne eigene politische Organisation auffaßt“; ebenda.

⁹⁰ Erdmann, Ende, S. 296.

zungsstatuts beraten werden (Dokument 3). Außerdem hießen die Militärgouverneure die deutschen Regierungschefs, Vorschläge über etwaige Änderungen der Ländergrenzen innerhalb der Westzonen vorzulegen (Dokument 2).

Die Ministerpräsidenten berieten sodann vom 8. bis 10. Juli 1948 auf dem Rittersturz bei Koblenz⁹¹ und am 21. und 22. Juli 1948 in Rüdesheim im Jagdschloß Niederwald⁹². Neben Staatspräsident Bock nahm an der Konferenz in Schloß Niederwald auch Gebhard Müller teil. In den beiden Verhandlungen wurden Vorschläge für die Neugliederung Südwestdeutschlands vorgebracht, die in der Drucksache Nr. 21 Anfang August in die Büros der Länderchefs gelangten⁹³. Mit den darin gemachten, auf den Konferenzen auf dem Rittersturz und in Jagdschloß Niederwald eingebrachten Neugliederungsvorschlägen mußte sich alsbald ein „Ausschuß zur Überprüfung der Ländergrenzen“ beschäftigen.

Wie sahen aber die Neugliederungskonzepte aus, an denen auf badischer Seite Paul Zürcher und auf württemberg-hohenzollerischer Seite Viktor Renner und Theodor Eschenburg mitgearbeitet hatten? Für den deutschen Südwesten brachten die Ministerpräsidenten sieben Lösungsvorschläge zur Sprache. Der restaurative erste Plan sah eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg bei paralleler Eingliederung Hohenzollerns in eines der beiden Länder vor. Der Südweststaat wurde als zweiter Lösungsansatz vorgeschlagen. Die kleine Lösung (Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern) mit implizierter Magnettheorie bildete den nächsten Entwurf. Die Schaffung des Südstaates (Baden und Württemberg-Hohenzollern) mit der Option zum späteren Zusammenschluß mit Württemberg-Baden war als eine weitere Variante gedacht. Die nächsten beiden Vorschläge griffen die Idee einer Angliederung der Pfalz an Baden oder an einen Südweststaat auf. Als siebter und letzter Lösungsvorschlag wurde schließlich die Bildung eines „Schwäbisch-Alemannischen Staates“ nach den Plänen Otto Fegers erörtert. Unter diesem Neugliederungsplan verstanden die Ministerpräsidenten die „Zusammenfassung der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Baden (ausdrücklich beschränkt auf den alemannischen Staat des alten Badens), des bayrischen Regierungsbezirks Schwaben und des Kreises Lindau“⁹⁴. Die Tatsache, daß Fegers Pläne Mitte 1948 auf den Ministerpräsidenten-Konferenzen zumindest auf der Tagesordnung erschienen und im „Ausschuß zur Überprüfung der Ländergrenzen“ beraten wurden, widerlegt unmißverständlich die bisher in der Forschung vertretene Auffassung von der Bedeutungslosigkeit und Marginalität des Vorschlags.

Die CDU Württemberg-Hohenzollern war in ihrer Grundkonzeption mit Vorrang auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Württembergs ausgerichtet. Als einzige ernstzunehmende Alternative galt die Bildung des Südweststaates. CDU-Politiker wie Fürst Erich von Waldburg-Zeil, die dank ihrer ökonomischen Macht über großen Einfluß in Oberschwaben verfügten, konnten sich innerhalb der christlich-konservativen Partei mit ihren Plänen einer stammesmäßigen Gliederung des schwäbisch-alemannischen Raumes nicht durchsetzen, wenngleich die Vorstellungen mitsamt darüber hinausgehenden Plänen einer Ausrichtung nach Wien in konservativen Kreisen und Zirkeln

⁹¹ Für das Konferenzprotokoll vgl. Der Parlamentarische Rat, S. 60–142.

⁹² Für das Konferenzprotokoll vgl. Der Parlamentarische Rat, S. 172–270.

⁹³ Drucksache Nr. 21 vom 4. 8. 1948 „Überprüfung der Ländergrenzen/Materialsammlung“; BA Z 12/67; außerdem als fehlerhafte Abschrift in den Akten der Stuttgarter Staatskanzlei: HStAS EA 1/920 P32 621. Publiziert in: Der Parlamentarische Rat, S. 312–315.

⁹⁴ Dokument Nr. 21 „Anlage“, ebenda.

mit Blick auf die vorderösterreichische Zeit permanent diskutiert wurden. Insgesamt zwar entschieden föderalistisch geprägt, blieb die CDU in Württemberg-Hohenzollern eine in nationalen Kategorien denkende Partei, die sich über weite Strecken als immun gegenüber autonomistischen Tendenzen zeigte.

Die SPB in Baden und die SPD in Württemberg-Hohenzollern

Auch innerhalb der badischen Sozialdemokratie – der Sozialistischen Partei in Baden (SPB) – tauchte nach 1945 keineswegs nur das von der Gruppe um Philipp Martzloff⁹⁵ kreierte Konzept einer vereinigten Arbeiterpartei⁹⁶ auf, das als Integrationsangebot an die Kommunisten gedacht war. Martzloffs Vorstellungen gingen in diesem Punkt nicht konform mit den Plänen des Parteivorstands in Hannover: Kurt Schumacher wies eine Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten entschieden zurück. Die zweite Gruppierung innerhalb der Sozialistischen Partei Badens um den späteren Wirtschaftsminister Friedrich Leibbrandt⁹⁷, der seit Februar 1946 gemeinsam mit Martzloff den Vorsitz der Partei innehatte, machte den Föderalismus zum Ausgangspunkt ihrer Denkmodelle.

Leibbrandt selbst hatte sich 1945 in Freiburg bereits als Gründungsmitglied der „Vereinigung Abendland“ hervorgetan. Zusammen mit seinen Anhängern, die noch 1947 nach vorsichtigen Schätzungen mindestens ein Drittel der Parteimitglieder ausmachten⁹⁸, vertrat er eine eigenständige, von abendländisch-föderalistischen Gedanken inspirierte Parteipolitik. Die Unabhängigkeit gegenüber einer SPD-Parteizentrale war oberstes Prinzip für Leibbrandts Parteiführung, was im Parteinamen „Sozialistische Partei/Land Baden“ zum Ausdruck kam. 1945 erwartete er die Entstehung einer „Republik Baden“, die an Frankreich angelehnt ihren Weg in die Zukunft gehen sollte⁹⁹. „Als letztes

⁹⁵ Philipp Martzloff (1880–1962), 1894–97 Schneiderlehre in Freiburg i. Br.; 1898 Beitritt zur SPD; 1900–33 Arbeitersekretär bei den freien Gewerkschaften; 1908–1933 SPD-Vorsitzender in Freiburg; 1914–33 Stadtverordneter; 1918–19 Mitglied der Badischen Vorläufigen Volksregierung; 1919–21 und 1925–33 Mitglied der Badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung/MdL Baden (SPD); 1933–34 politische Verfolgung und Inhaftierung im KZ Ankenbuk; 1944 KZ Dachau; 1945–46 Mitbegründer der Sozialistischen Partei in Baden; 1946–52 Ministerialdirektor im Landesarbeitsamt; 1947–52 MdL Baden; 1948–52 Erster Landtagsvizepräsident. Vgl. dazu weiter: Clasen, Martzloff und Brandt/Rürup, Volksbewegung, S. 165.

⁹⁶ Zur Problematik der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten: Goguel, Dokumente; Bittel, Bewegung; Müller, Antifa-Ausschüsse; Müller, Jahr.

⁹⁷ Friedrich Leibbrandt (1894–1960), Besuch der Oberrealschule in Karlsruhe; Studium der Naturwissenschaften in Frankreich und Deutschland; Examen als „Ingénieur Chimiste“; Promotion im Fach Chemie in Freiburg i. Br.; daselbst Assistent am Chemischen Institut, später Leiter einer chemischen Fabrik; 1933–45 durch die Gestapo verfolgt, Aufenthalt in Frankreich; nach 1945 Präsident der Industrie- und Handelskammer in Freiburg; 1946 Mitglied der Kreisversammlung (SPB); 1946–48 Staatssekretär, dann Minister für Wirtschaft und Arbeit; 1947–52 MdL Baden. Vgl. auch Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 285 und Rößler, Landtag, S. 125.

⁹⁸ SP activité générale 1947/49; AdO Bade c. 2151. Zitiert nach Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 285. Auch der Freiburger Oberdelegierte Pène äußerte auf der Sitzung des CGAAA vom 13. 1. 1947 die Auffassung, daß der föderalistische Flügel in der SP in der Minorität sei; MAE Y-Int. 1944–1949 654.

⁹⁹ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 285. Keineswegs waren die Unterschiede der Föderalismusvorstellungen zwischen Sozialisten und christlich-konservativen Kreisen so groß, wie Edgar Wolfrum glauben machen will. Er täuscht sich, wenn er die Überwindung der engstirnigen „Nationalismen“ durch ein zukünftiges Europa nur den Sozialisten attestiert, den christlich-konservativen

Ziel gilt für die Sozialisten Badens die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, wobei es belanglos bleibt, ob das Land Baden als solches oder im Rahmen einer föderalistischen Bindung mit den anderen süddeutschen Staaten eingeht.¹⁰⁰ Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob Leibbrandt mit einer „föderalistischen Bindung“ der süddeutschen Staaten auf eine Art Donaukonföderation – respektive alpine Union – angespielt hat, sicher ist jedenfalls, daß er über den Kontakt zu Josef Ruby und der „Vereinigung Abendland“ mit den Zielsetzungen der Alpenlandbewegung vertraut war. In Leibbrandts politischen Konzeptionen kam zuerst die Bildung Europas, dessen Bausteine die deutschen Länder sein mußten; einen föderativen Aufbau Gesamtdeutschlands sah sein Konzept nicht vor. Unverkennbar standen hinter Leibbrandts Gedanken die Europa-Konföderationspläne der französischen Sozialisten¹⁰¹, zu denen er herzliche und intensive Kontakte pflegte.

In der Erstausgabe der Parteizeitung *Das Volk*, die zur Jahresmitte 1946 erschien, konkretisierte Friedrich Leibbrandt seine politischen Vorstellungen und erteilte seinen zuvor geäußerten Badenplänen eine indirekte Abfuhr: Die Förderierung Europas müsse den Vorrang vor der Restauration der Nationalstaaten haben, wofür die Sozialisten Badens auch Dinge opfern würden, die ihnen einmal teuer waren – sprich den deutschen Nationalstaat¹⁰². Für Leibbrandt war es unerheblich, ob nun der französisch besetzte Teil Badens oder ein Zusammenschluß der Südzone in Form des Südstaates in einem konföderierten Europa aufging¹⁰³. „Wir [*die SPB*] würden auf Grund wirtschaftlicher und politischer Erwägungen *einen engeren Zusammenschluß des badischen und des württembergischen Gebietes innerhalb der französischen Zone begrüßen*“, hob Leibbrandt hervor und argumentierte mit der ethnischen Homogenität eines Südstaates. „Alemannen und Sueben sind gleiche germanische Völkerschaften [...]. Es ist daher folgerichtig, wenn der Wunsch nach der Bildung einer Einheit aus wirtschaftlichen und ethnographischen [*sic*] Gründen mit Beharrlichkeit verfolgt wird.“¹⁰⁴ Die von Leibbrandt vertretene föderalistische Nachkriegsordnung wies die Konturen eines dezentralen Europas – des Abendlandes – auf. In der Einschätzung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ fällt Friedrich Leibbrandt ein dezidiertes Urteil: „Der vom Heimatbund propagierte schwäbisch-alemannische Staat ist eine Utopie; aber man kann von der Bewegung dadurch profitieren, daß man zur Schaffung eines aus Südbaden und Südwürttemberg bestehenden Staat[es] gelangt.“¹⁰⁵ Skepsis legte Leibbrandt bezüglich eines stammesföderalistisch organisierten, autonomen Südwestdeutschlands an den Tag. Aufgrund der politischen Realitäten befürwortete er gleichwohl die Schaffung eines Südstaates lebhaft, allerdings nicht, um ihn in einen deutschen Bundesstaat, sondern unmittelbar in eine europäische Konföderation einzubringen.

Föderalisten aber einen „zeittypischen Rückzug auf die Provinz“ vorwirft. Gerade die weitgehenden Föderalismus- und Autonomievorstellungen standen auf der Grundlage eines konföderierten Europas, das bisweilen in den Begriff „Abendland“ gekleidet wurde.

¹⁰⁰ Bericht Leibbrandts vom 24. 12. 1945 über die Besprechung mit Vertretern der Militärregierung vom 22. 12. 1945; AdO Bade c. 2151.

¹⁰¹ Vgl. Lippens, Europa-Föderationspläne und Ders., Anfänge.

¹⁰² Friedrich Leibbrandt: Europa – ein Ziel, in: *Das Volk* vom 3. 7. 1946 [Erstausgabe].

¹⁰³ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 288.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Befragung Leibbrandts zum Thema „Heimatbund“ [o. D.]; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

Europäische Konföderationsgedanken, die von Teilen der badischen Sozialisten propagiert wurden, fanden bei der unter dem Namen SPD¹⁰⁶ wiedergegründeten Sozialdemokratie in Württemberg-Hohenzollern nur geringen Anklang. Carlo Schmid, der föderalistische Hoffnungsträger der Franzosen und Gegenspieler Kurt Schumachers im Südwesten, konnte seinem badischen Pendant Leibbrandt soweit nicht folgen. Als führender politischer Vertreter im Süden Württembergs arbeitete er zusammen mit anderen Sozialdemokraten auf die Wiedervereinigung beider Landesteile hin. In einem ausführlichen Gutachten mit dem Titel *Das Land Württemberg (Schwaben) als geistige und wirtschaftliche Einheit* wurde Carlo Schmid von einem politischen Gesinnungsgenossen, dem Regierungsdirektor und ehemaligen Direktor des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau – Abteilung Stuttgart – Schumacher, bereits im Juli 1945 geradezu beschworen, die Einheit Württembergs zu retten¹⁰⁷. Doch hinter der Forderung verbarg sich ein weitreichendes Neugliederungsprogramm: Württemberg (d. i. Schwaben) sollte sich im Westen entlang der Linie Mainz-Mannheim-Säckingen und im Süden vom Oberrhein über den Bodensee bis Bregenz erstrecken. Im Osten gab Schumacher als Grenze die Städte Kempten, Nördlingen und Kitzingen an, im Norden schlug er den Main vor: ein schwäbischer Staat, der territorial über den Zusammenschluß von Baden und Württemberg weit hinausgehen sollte und im Norden fränkisch besiedelte Gebiete mit eingeschlossen hätte. „Die Grenzen Württembergs müssen seinen wirtschaftlichen, geistigen und politischen Aufgaben entsprechen“, erklärte Schumacher und forderte statt der momentanen Teilung eine Ergänzung „mit direktem Anschluß Württembergs an die Schweiz, Österreich und Italien“¹⁰⁸. Schwaben hätte nach Schumacher somit aus den Ländern Baden und Württemberg sowie aus Teilen von Südhessen und dem österreichischen Vorarlberg bestehen sollen. Nur der bayerische Regierungsbezirk Schwaben blieb bei Schumachers Planung außen vor. Über den weiteren Aufbau Mitteleuropas ließ sich der Stuttgarter Regierungsdirektor nicht aus, von föderalistischen Überlegungen finden sich in der Ausarbeitung keine Spuren.

Im Gegensatz zur offiziellen Parteidoktrin vertrat Carlo Schmid 1945/46 weitreichende föderalistische Positionen¹⁰⁹, die jedoch rasch der Vergessenheit anheimgefallen sind¹¹⁰. Auf dem ersten Landesparteitag der SPD Württemberg-Hohenzollern führte Carlo Schmid am 10. Februar 1946 in Reutlingen in seinem Referat *Weg und Ziel der So-*

¹⁰⁶ Die französische Besatzungsmacht erlaubte in Württemberg-Hohenzollern das Führen des Buchstabens D im Parteinamen, wohl auch, weil an diesem Territorium französischerseits kein adäquates Interesse bestand. Zu den französischen Wünschen, Württemberg-Hohenzollern mit den Amerikanern zu tauschen, vgl. Kapitel I/3.

¹⁰⁷ Dr. Schumacher: *Das Land Württemberg (Schwaben) als geistige und wirtschaftliche Einheit* (masch. 5 S.) vom 12. 7. 1945; AsD NL Schmid 1151.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 4.

¹⁰⁹ Angeblich habe Schmid versucht, 1945 eine „Parti unitaire de l'Allemagne du Sud“ zu gründen, was aber von der französischen Besatzungsmacht verboten worden sei; Roux, *Problèmes*, S. 42. Im AdO in Colmar konnte der Verfasser keine Hinweise auf einen solchen Parteigründungsversuch durch Carlo Schmid finden, die mangelnde Erschließung der württemberg-hohenzollerischen Bestände schließt aber das Vorhandensein von Material keineswegs aus.

¹¹⁰ Am bemerkenswertesten sei der Wandel der Gesinnung in Württemberg-Hohenzollern bei Carlo Schmid zu beobachten gewesen, erläuterte der Tübinger Oberdelegierte Widmer dem CGAAA in Paris am 13. 1. 1947; habe Schmid doch 1945 einen schwachen Staatenbund empfohlen, so plädierte er jetzt für einen starken Bundesstaat „einschließlich eines über die Polizei verfügenden Innenministers“; MAE Y-Int. 1944–1949 654.

zialdemokratie¹¹¹ auch einige seiner Vorstellungen über den staatlichen Aufbau Deutschlands aus, die mit dem Begriff „Verschweizerung“¹¹² treffend umschrieben sind. Deutschland sollte als „schwacher“ Bundesstaat – oder als „starke“ Konföderation – nach dem Vorbild der Schweiz staatsrechtlich wiedererstehen. „Schauen wir nach Süden: nur wenige hundert Kilometer von hier liegt die Schweiz im Frieden ihrer Berge, kraftvoll und stolz seit Jahrhunderten eidgenössisch konföderiert und politisch und staatlich so einig wie irgendein zentralistischer Staat“, ließ Schmid die Genossen wissen¹¹³; und er fuhr fort: „Sollte das, was den Schweizern so gut bekommen ist, für uns Deutsche ein Schaden sein? Sollten wir nicht auf *unsere* Weise *auch* Eidgenossen werden können?“ Den „Berliner Zentralismus“ verachtete Schmid, mit Berlin als Hauptstadt („mir persönlich liegt es zu nahe bei Potsdam“¹¹⁴) eines zukünftigen „schwachen“ deutschen Bundesstaates hätte er sich nur schwerlich abfinden können; „gesunde und kräftige deutsche Länder“ sollten dereinst das Fundament eines neuen, dezentral organisierten Bundesstaates bilden, „dessen Spitze aber nicht mehr Kompetenzen übertragen bekommen soll, als zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben unbedingt erforderlich sind“¹¹⁵. Für Südwestdeutschland ergab sich damit eine Art Brückenfunktion nach Frankreich und in die Schweiz: „Wir hier unten im Südwesten Deutschlands fühlen uns in besonderem Maße zu unseren Nachbarn südlich und westlich des Rheins hingezogen“¹¹⁶; einen eigenen Neugliederungsvorschlag legte Schmid allerdings in Reutlingen nicht vor, die Restauration Württembergs als starkes und wirtschaftlich leistungsfähiges Land erfüllte sein Denken. Im übrigen verwies Schmid in der Rede explizit auf seine grundsätzliche Übereinstimmung mit den föderalistisch-partikularistischen Vorstellungen des bayerischen SPD-Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner¹¹⁷. Der Gedanke der

¹¹¹ Die Rede Schmidts „Weg und Ziel der Sozialdemokratie“ ist in einem 1946 erschienenen Sammelband abgedruckt worden; in späteren Ausgaben wurden Teile gekürzt. Maßgeblich daher: Karl Schmid: Die Forderung des Tages. Reden und Aufsätze, Stuttgart 1946, S. 50–80.

¹¹² Der Gedanke der „Verschweizerung“ war in Württemberg-Hohenzollern nach 1945 sehr populär. Viele Diskussionen über die innere Neuordnung orientierten sich am schweizerischen Vorbild, das in Otto Fegers Buch Schwäbisch-Alemannische Demokratie aufgezeigt war. In weiten Kreisen wurde darüber leidenschaftlich diskutiert; vgl. Auerbach, Anfänge, S. 618 Anmerkung 73. Dieser Sachverhalt wurde dem Verfasser von Otto Rundel, dem späteren persönlichen Referenten Kurt Georg Kiesingers und nachmaligen Präsidenten der Führungsakademie Baden-Württemberg in Karlsruhe, unterstrichen; er erinnerte sich insbesondere an die endlosen Diskussionen in seiner Heimatstadt Ravensburg, an denen er nach 1945 interessiert teilnahm. Rundel selbst erwarb 1946 – sofort nach dem Erscheinen – ein Exemplar der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie; Interview mit Otto Rundel vom 24. 3. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

¹¹³ Schmid, Forderung, S. 74.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ Ebenda.

¹¹⁶ Ebenda, S. 75.

¹¹⁷ Hoegner hatte in seinem Schweizer Exil am 29. 11. 1943 einen „Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands“ zu Papier gebracht. Für die Zeit nach dem Weltkrieg lehnte er entschieden die Reorganisation eines deutschen Einheitsstaates ab. Statt dessen sollte ein föderativ aufgebautes Deutschland (Staatenbund oder Bundesstaat waren nach Hoegner möglich) entstehen, im Südwesten mit den beiden Ländern Baden und Württemberg, wobei letzterem Hohenzollern zugeschlagen werden sollte. Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 166–169. Zusammen mit dem ehemaligen Reichskanzler Josef Wirth und anderen engagierte sich Hoegner im Schweizer Exil in der Bewegung „Das Demokratische Deutschland“. Zu den Vorstellungen dieser Bewegung vgl.: Das Demokratische Deutschland, 1945 und Kapitel IV/2.

„Verschweizerung“ der politischen Zustände in Deutschland bewegte ihn aber noch das ganze Jahr 1946. Auf der achten Landrätetagung in Schramberg zitierte er Anfang Juni 1946 erneut die Schweiz als leuchtendes Vorbild. Die Stärkung der Gemeinden müsse das Ziel der zukünftigen Politik sein, ein „gesunder Staat“ war in Schmid's Augen nichts anderes als „eine Konföderation von Gemeinden“¹¹⁸. Hier erwies sich Schmid's Föderalismusbegriff als elastisch genug, eine über den föderativen Staatsaufbau hinausgehende Einbeziehung des Subsidiaritätsprinzips zu gewährleisten.

Doch so sehr Schmid's Gedanken von einem föderalistischen Aufbau Deutschlands durchdrungen waren, gab er sich im Falle Württembergs als Partikularist zu erkennen. Die Einheit des durch die Besatzungszonen getrennten Landes galt ihm als oberste Prämisse. Die seit Oktober 1945 in verschiedenen Städten durchgeführten Landrätetagungen dienten nicht zuletzt dem Zweck, das Bewußtsein für den württembergischen Staat wachzuhalten oder zu festigen. Angesichts der Propaganda des „Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes“ sah sich Carlo Schmid genötigt, auf der zweiten Landrätetagung in Wangen im Allgäu am 1. Dezember 1945 die Einheit des württembergischen Staates regelrecht zu beschwören¹¹⁹, da er erkannt hatte, daß der äußerste Süden Württembergs nicht immun für eine grundlegende Umgestaltung der politischen Verhältnisse war. Dem Fürsten Erich von Waldburg-Zeil, der in Wangen als Gast der Landrätetagung beiwohnte, stießen Schmid's scharf-ablehnende Worte zum Thema Alpenland jedenfalls bitter auf¹²⁰.

Der zweite prominente Landespolitiker der SPD Württemberg-Hohenzollern, der Reutlinger Oberbürgermeister Oskar Kalbfell¹²¹, suchte 1945 intensiv nach Möglichkeiten der föderalistischen Neugestaltung Mitteleuropas und war, im Gegensatz zu Schmid, ein Befürworter der alpenländischen Lösung. In einem persönlichen Gespräch mit Theodor Eschenburg äußerte der Reutlinger Oberbürgermeister im Dezember 1945 die Ansicht, daß er einen Zusammenschluß von Württemberg, Baden und Bayern mit Vorarlberg und Tirol für eine vernünftige Lösung hielt¹²². Auf die Alpenlandpläne ging

¹¹⁸ „Besonders in der Schweiz wird die Staatsangehörigkeit vom Gemeindebürgerrecht abhängig gemacht. Ich halte diesen Zustand für gesund und glaube, daß wir den Zentralismus, auch den Stuttgarter Zentralismus, [...] zurückschrauben und auf die Gemeinden abwälzen müssen“; Protokolle der Landrätetagungen, Schramberg 1. 6. 1946, S. 6. Schmid begab sich hier in unmittelbare Nähe zu den Vorstellungen Fegers hinsichtlich eines „Ortsbürgerrechts“.

¹¹⁹ „Das Volk hier im Süden ist genau so treu württembergisch wie das Volk in Tübingen und das in Stuttgart und das in Heilbronn“; Protokolle der Landrätetagungen, Wangen 1. 12. 1945, S. 14.

¹²⁰ Schmid sprach von „Klübchen“, die vom „Hohentwiel bis nach Bregenz“ Beziehungen angeknüpft hätten; er sah in den Alpenlandplänen „den Zeitvertreib müßiger Leute“, von „Einzeltägern“, ohne Widerhall in der Bevölkerung; Protokolle der Landrätetagungen, Wangen 1. 12. 1945, S. 14 f. Ähnliche Bemerkungen mit Spekulationen über die mutmaßlichen französischen Hintermänner: Schmid, Erinnerungen, S. 229.

¹²¹ Oskar Kalbfell (1897–1979), 1904–11 Schule in (Reutlingen-)Betzingen; 1919 Eintritt in die SPD; 1922 Wahl in den Gemeinderat von Reutlingen; 1928 Wiederwahl, SPD-Fraktionsvorsitzender; 1930–37 Geschäftsführer der Firma Bobrzyk sen. (Baumaterialien); 1933 KZ Heuberg; 1937–47 Prokurist und Teilhaber der Firma Briel & Kalbfell (Baustoffhandlung in Reutlingen); 1945–73 Oberbürgermeister von Reutlingen; 1945–47 Landrat des Kreises Reutlingen; 1946–52 Mitglied des Landtages von Württemberg-Hohenzollern, SPD-Fraktionsvorsitzender; 1949–53 MdB (SPD); 1952–1958 MdL Baden-Württemberg (SPD). Vgl. dazu weiter Wehling, Kalbfell.

¹²² Schriftliche Auskunft von Theodor Eschenburg an Andreas Dornheim vom 2. 6. 1986. Zitiert nach Dornheim, Adel, S. 379.

Eschenburg, der diese Konzepte als reine „Hirngespinnste“ einschätzte, selbstredend nicht ein, sondern er erläuterte dem Reutlinger Oberbürgermeister den Widerwillen vieler Österreicher, sich einer solchen Konföderation anzuschließen.

Die DP in Baden und die DVP in Württemberg-Hohenzollern

Die südbadische Demokratische Partei (DP) wurde in Freiburg am 20. Januar 1946 wiedergegründet. Im Anschluß an die Gründungsversammlung beantragte der Lahrer Oberbürgermeister Paul Waeldin¹²³ bei der Militärregierung die Zulassung der Partei; Ende Mai 1946 wurde die Genehmigung erteilt. Als Erster Vorsitzender der südbadischen DP trat Waeldin als nationaler Mann der Besatzungsmacht gegenüber, indem er im Herbst 1946 versicherte, daß die DP gegen jede Form von „Separatismus und Partikularismus“ eintrete und einen „schwäbisch-alemannischen Staat“ kategorisch ablehnen würde¹²⁴. Deshalb richtete der Lahrer Oberbürgermeister für die Fraktion der Demokraten am 10. Dezember 1947 eine förmliche Anfrage wegen der „separatistischen“ Tendenzen des Heimatbundes an den Badischen Landtag¹²⁵. Für die Demokratische Partei komme allerhöchstens, so Waeldin im Herbst 1946, ein aus Südbaden und Südwürttemberg gebildeter Südstaat in Frage, wobei die Hoffnungen der DP auf der Wiederherstellung des alten Landes Baden lägen, „das in einen deutschen Staatenbund eingeschlossen sein werde“¹²⁶. In jeder Hinsicht sollte das Endziel demokratischer Politik in der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa [„*états unis de l'Europe*“] liegen. Im März 1946 hatte Waeldin bereits dem Lahrer Kreisdelegierten Rendinger seine Vorstellungen über den künftigen staatlichen Aufbau Deutschlands kundgetan¹²⁷: Nach dem Modell der Schweiz müsse Deutschland eine föderalistische Verfassung erhalten, die eine Hegemonie Preußens ausschließe. Überhaupt gab Waeldin der französischen Besatzungsmacht zu verstehen, daß ein föderalistisch aufgebautes Deutschland nur in einem „europäischen Staatenbund“ Bestand haben könne, Frankreich billigte er darin eine Führungs-

¹²³ Paul Waeldin (1888–1969), 1894–97 Volksschule in Lahr; 1897–1906 Gymnasium in Lahr und Realgymnasium in Ettenheim; 1906–07 Militärdienst; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg; 1911 Promotion; 1912 Prokurist im väterlichen Betrieb; 1914–18 Kriegsteilnehmer; 1918 Stadtverordneter, Obmann des Bürgerausschusses und Stadtrat in Lahr; 1929–33 MdL Baden (DDP); 1945–52 ehrenamtlicher Bürgermeister von Lahr; 1946–47 Mitglied der Beratenden Landesversammlung; 1946–47 Staatssekretär der Finanzen des Landes Baden; 1947–52 MdL Baden (DP); 1952–53 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württemberg; 1952–57 Regierungspräsident von Südbaden. Vgl. dazu weiter Liessem-Breinlinger, Waeldin.

¹²⁴ „Ce que pensent les leaders des quatre partis politiques du Heimatbund“ vom 3. 9. 1946; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

¹²⁵ „Förmliche Anfrage Nr. 36 betreffend: Separatistische Tendenzen des Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes in Singen“, in: Verhandlungen des Badischen Landtages 15. Sitzung vom 20. 1. 1948. Die Anfrage wurde nie im Landtag behandelt, allerdings hatte Leo Wohleb bereits die schriftliche Antwort darauf parat: Die Badische Landesregierung sehe sich nicht zum Eingreifen veranlaßt; StA FR C 5/1 2749. Der Oberdelegierte Pène hielt die Anfrage für undemokratisch, ein Hinweis auf gewisse Sympathien für den Heimatbund; Pène an Wohleb vom 31. 12. 1947; ebenda.

¹²⁶ Waeldin sprach ausdrücklich von einer *fédération d'états allemands*; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

¹²⁷ Rendinger an Pène vom 26. 3. 1947; AdO HCFA Cab. Civil POL-II-B p. 27.

rolle zu. Insgesamt überwog allerdings bei Waeldin das nationale Element, seine Gedanken kreisten eher um einen deutschen Bundesstaat als um einen lockeren Staatenbund, für den Südwesten redete er einer Wiederherstellung Badens das Wort.

Doch die DP stand keinesfalls geschlossen hinter der Einschätzung ihres Ersten Vorsitzenden. Wie die politischen Verhältnisse im Markgräflerland paradigmatisch gezeigt haben¹²⁸, herrschte an der Parteibasis mitunter eine andere Sicht zur staatlichen Neustrukturierung. Auch der Freiburger Oberdelegierte Pène meinte 1946 zwei etwa gleich starke Parteiflügel innerhalb der DP zu erkennen¹²⁹: den föderalistischen um den Lörracher Landrat Kraus und den zentralistischen um Waeldin. Der den Demokraten nahestehende Max Demmler, der höchstwahrscheinlich im Jahr 1946 Parteimitglied war, propagierte im Dreiländereck am heftigsten die Ziele des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“. In seinem Engagement fand er im Bürgermeister von Weil am Rhein, Peter Hartmann, einen entschlossenen und kampfbereiten Verbündeten, der sich beim Aufbau der DP bereits einige Lorbeeren verdient hatte. Als Stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Lörrach vertrat Hartmann jedoch einen gänzlich von der Position Waeldins unterschiedenen Parteiflügel. Sein Eintreten für einen auf der Grundlage des Föderalismus im Innern gestalteten, weitgehend autonomen schwäbisch-alemannischen Staat fand Ausdruck in seiner Beteiligung an den Aktivitäten des Heimatbundes.

Auch in Württemberg-Hohenzollern wurde die DVP als demokratische Partei erst verhältnismäßig spät gegründet. Wie in Baden, reagierte die französische Besatzungsmacht mit einer Art Verhinderungstaktik auf die Genehmigungsgesuche der Demokraten. Neben zwei sozialistischen und einer konservativen Partei sah man französischerseits zuerst kein Bedürfnis nach einer vierten Kraft und glaubte, durch Hinauszögern der Lizenz die Angelegenheit obsolet machen zu können. Erst im zweiten Anlauf gelang es, mit Wirkung vom 19. Juli 1946, also vier Monate nach Zulassung der übrigen Parteien, das französische Plazet zu erhalten; die DVP Württemberg-Hohenzollern konstituierte sich am 17. August 1946¹³⁰. Die Demokraten faßten in der Folgezeit vornehmlich in den evangelischen Landkreisen Fuß, vor allem in Tübingen und Reutlingen. Das katholische Oberland blieb Terra incognita, in neun Landkreisen waren sie überhaupt nicht vertreten. Die Betonung des Nationalen, der Einsatz für Stärkung der Freiheitsrechte des eigenständigen und verantwortungsbewußt handelnden Individuums und die bürgerliche Ausprägung waren die Merkmale der DVP. Außerdem muß eine starke Ausrichtung nach der Schwesterpartei in Württemberg-Baden konstatiert werden, deren Linie von Reinhold Maier und Theodor Heuss bestimmt war. Eine Analyse der Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen läßt die Wählerschichten der DVP in Württemberg-Hohenzollern erkennen. Die industrialisierten, protestantischen Gebiete mit einem hohen Anteil an Selbständigen, mittleren Gewerbetreibenden und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren die Hochburgen der Demokraten¹³¹. Aus diesem Milieu stammten andererseits nur sehr wenige Anhänger eines autonomen Südwestdeutschlands. Als Hauptvertreter einer extrem föderalistischen Position innerhalb der DVP in Württem-

¹²⁸ Zum Landschaftsverband „Markgräflerland“ des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ vgl. Kapitel III/4.

¹²⁹ Zusammenkunft des CGAAA vom 13. 1. 1947; MAE Y-Int. 1944–1949 654.

¹³⁰ Sauer, *Entwicklung*, S. 170.

¹³¹ Adam, *Liberalismus*, S. 225.

berg-Hohenzollern hat der Schwenninger Oberbürgermeister und Protestant Dr. Otto Gönnerwein¹³² zu gelten.

„Es wird mir übel, wenn ich vom ‚Wiederaufbau des Reiches‘ höre, und ich habe auch in meinen Reden zu den Kreiswahlen gegen dieses gedankenlose Geplapper Stellung genommen, mit dem Erfolg, daß man in den eigenen demokratischen Reihen recht unzufrieden mit meiner Stellungnahme wurde“, schrieb Gönnerwein Ende Oktober 1946 an Otto Feger¹³³ und umriß damit sein erfolgloses Bemühen, die Ausrichtung der DVP auf eine vom Föderalismus geprägte Position zu bewirken. In einer Fülle von Versammlungen zu den Wahlen im Oktober 1946 hatte Gönnerwein in Württemberg-Hohenzollern deutlich gemacht, daß das Reich nicht mehr erstehen und an seine Stelle durch Zollunion verbundene, weitgehend selbständige Länder treten würden, deren Aufbau die Selbstverwaltung der Kreise und Städte sichern werde¹³⁴. Die innerparteiliche Ablehnung der Autonomieforderungen Gönnerweins ließ jenen in der Folgezeit vor einer weiteren, noch heftiger vorgetragenen Kritik des Parteikurses zurückschrecken. Doch Gönnerwein hatte auch innerparteilichen Zuspruch gefunden: Die Demokraten in Ravensburg galten als „Anhänger des Regionalismus, [und] deshalb in Opposition zu der Vorstellung einer zentralen Regierung“, ihr Antiburussianismus war notorisch¹³⁵.

Der Schwenninger Oberbürgermeister gab sich im Umgang mit der französischen Besatzungsmacht nicht zurückhaltend. Sein Ansprechpartner war der Rottweiler Kreisdelegierte Garnier-Dupré, der sich auch für die Zulassung der autonomistischen „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ verwendet hatte¹³⁶. Auf Bitten Garnier-Duprés fertigte Otto Gönnerwein im Februar 1947 eine Denkschrift über die zukünftige Gliederung Deutschlands an¹³⁷, in der er sich als überzeugter Anhänger einer alpinen Union – respektive einer Donaukonföderation – zu erkennen gab. „Ich persönlich würde es bevorzugen, wenn die Staaten des Südens mit Österreich in einer Donaukonföderation [*Confédération danubienne*] vereinigt wären. Aber da eine politische Verwirklichung dieser Idee nicht möglich zu sein scheint, muß man einen Zusammenschluß der deutschen Staaten in einer Allianz in Betracht ziehen.“¹³⁸ Die „Allianz“ – sprich: der Staatenbund – hätte die vollkommene Gleichheit und Freiheit der einzelnen Teile auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet zu gewähren. In den verantwortlichen Positionen sollten in den jeweiligen Ländern nur „Einheimische“ tätig sein. „Die süddeutsche Bevölkerung hat genug vom grellen Kommandoton der Preußen“¹³⁹, fuhr Gönnerwein in seiner Denkschrift fort und hieb damit erneut in die von Feger und dem Heimatbund geschlagene Wunde. Das Bürgerrecht dürfe den Flüchtlingen keines-

¹³² Zu Gönnerweins Biographie und dessen Rezeption der Gedanken der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie vgl. Kapitel IV/1.

¹³³ Gönnerwein an Feger vom 21. 10. 1946; StadtA KN BA A-Z 1945/47.

¹³⁴ „Demokratischer Aufbau der Selbstverwaltung“, in: Rottweiler Rundschau vom 11. 10. 1946.

¹³⁵ Ravensburg: Rapport mensuel de janvier 1946 vom 23. 1. 1946; AdO W-H I) Ravensburg c. 3345.

¹³⁶ Der Rottweiler Bürgermeister Franz Mederle hatte im März 1946 die Gründung einer autonomistischen Partei angestrebt; vgl. dazu in diesem Kapitel „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“.

¹³⁷ Otto Gönnerwein: [Denkschrift über den staatlichen Aufbau Deutschlands] (masch. 6 S.) vom 17. 2. 1947; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2519 p. 6.

¹³⁸ Ebenda, S. 5.

¹³⁹ Ebenda, S. 6.

falls gegeben werden, ansonsten seien eine neue „Preußifizierung“ und ein Aufkeimen des Zentralismus zu befürchten.

Für Südwestdeutschland berief sich Gönnerwein auf den von Otto Feger propagierten schwäbisch-alemannischen Staat, auch wenn er Zweifel an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit eines autonomen Alemannien deutlich machte. Trotzdem könnte ein südwestdeutscher Staat, der in einen deutschen Staatenbund eingebunden wäre, nach den Fegerschen Plänen konstituiert werden. Für Fragen der Außenpolitik, der Währung, des Zolls, der Reparationen, der Steuergesetzgebung, des Handels- und des Gemeinen Rechts wären die Kompetenzen an die obersten Organe des Staatenbundes gegangen, nämlich an das aus den „Landtagen“ gewählte Parlament und den aus den jeweiligen Regierungen bestellten „Föderationsrat“ [„*Conseil de Fédération*“]¹⁴⁰. Den Gliedstaaten wäre nach den Plänen Gönnerweins eine gänzliche Autonomie in kulturellen und innerstaatlichen Verwaltungsbelangen verblieben. Aber selbst im Fall der Schaffung eines deutschen Staatenbundes war sich der Schwenninger Oberbürgermeister bewußt, daß dieser keine vollständige Souveränität besitzen könnte. Nach dem Rückzug der Amerikaner werde Deutschland weiterhin in zumindest drei Einflußsphären geteilt sein (Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion), und nur die Aufnahme Deutschlands in die Vereinigten Staaten von Europa könne das Problem entwirren, „eine Lösung, die von allen vernünftigen Politikern gewünscht wird“¹⁴¹, resümierte Gönnerwein in seiner Denkschrift.

Otto Gönnerwein, 1946 von der Bevölkerung als Schwenninger Oberbürgermeister bestätigt, scheiterte bei den Kommunalwahlen 1949 als Kandidat der FDP/DVP an dem SPD-Gegenkandidaten. Zwischenzeitlich war sein Habilitationsverfahren unter dem Dekanat Gustav Radbruchs an der Heidelberger Juristenfakultät im zweiten Anlauf abgeschlossen worden; Gönnerwein konnte ab 1949 den Lehrstuhl für Deutsche Rechtsgeschichte und Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg bekleiden. Für die FDP/DVP zog er 1950 in den Württemberg-Badischen Landtag ein und trat in Stuttgart als entschiedener Verfechter und Gründervater des Südweststaates auf, um dessen Landesrecht und Verfassung er sich hohe Verdienste erwarb¹⁴². Als Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses der FDP/DVP stellte er den sogenannten „Gönnerwein-Plan“ im Stuttgarter Landtag vor, ein Projekt, das die Grundgedanken einer regionalen Neugliederung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg lieferte¹⁴³.

Die KP in Baden und Württemberg-Hohenzollern

Der heftigste und entschiedenste Widerspruch gegen jede Forderung nach stammesmäßiger Neugliederung und Autonomie für Südwestdeutschland kam aus den Reihen der Kommunistischen Partei. Gerhard Wohlrath, der Stellvertretende Vorsitzende der südbadischen Kommunisten, hatte sich im Sommer 1945 als unerschrockener Anhänger eines Zusammenschlusses mit den Sozialdemokraten präsentiert¹⁴⁴ und gab für die KP ge-

¹⁴⁰ Ebenda, S. 5.

¹⁴¹ Ebenda, S. 6.

¹⁴² Laufs, Gönnerwein, S. 120.

¹⁴³ Rothmund, F. D. P., S. 218.

¹⁴⁴ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 55.

genüber der französischen Besatzungsmacht folgende Einschätzung ab: Hinter dem Heimatbund und den Forderungen nach einem autonomen Alemannien stehe die schweizerische Großindustrie, die diese Bewegung finanziere¹⁴⁵. Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Ideologie, konnte Wohlrath nicht umhin, die schärfste Ablehnung der KP gegen die Autonomiepläne zu konstatieren.

In dieser Auffassung stimmte ihm auch der Vorsitzende der KP und ehemalige evangelische Pfarrer Erwin Eckert¹⁴⁶ zu, der als befähigter Politiker und brillanter Redner in der Beratenden Landesversammlung in Freiburg Stellung gegen die Ideen Fegers bezog. Nach den Ausführungen des Freiburger Oberbürgermeisters Wolfgang Hoffmann (BCSV), der aus Fegers *Schwäbisch-Alemannischer Demokratie* in der Beratenden Landesversammlung seitenweise zitierte, sah sich Eckert an jenem 11. April 1947 genötigt, seine Einschätzung der Autonomiepläne darzulegen. Der Vorsitzende der KP Badens warf der BCSV und insbesondere Feger vor, eine Geschichtsklitterung sonsdersgleichen zu betreiben. An einer Restaurierung des badischen Staates wolle die KP nicht festhalten, vielmehr forderte Eckert, daß die Länder Baden und Württemberg „zu einem der neuen Gliedstaaten der sich bildenden einheitlichen deutschen Republik“ werden sollten¹⁴⁷. Den möglichen Vorwurf des Zentralismus wies Eckert weit von den Vorstellungen der KP, er plädierte für „die politische und nationale Einheit Deutschlands“¹⁴⁸ und gegen jede Form des Föderalismus. Den Gedanken an eine föderative Gliederung Deutschlands, die Eckert mit einer Art „vereinigter Staaten und Stäätchen“ assoziierte, rückte er in die Nähe des Partikularismus. Auch mit Otto Fegers Neugliederungsvorstellungen ging Eckert hart ins Feld: Eine Autonomiebewegung, die auf abstrusen Vergewaltigungstheorien beruhe, könne mit den politischen Überzeugungen der Kommunisten nicht die kleinste Gemeinsamkeit haben. Seine Ausführungen gipfelten in der Behauptung, daß die Durchführung des föderalistischen Prinzips für Deutschland „die Kleinstaaterei des Mittelalters“ nach sich ziehen werde¹⁴⁹. Vor seinem geistigen Auge sah er die Aufspaltung in ein fränkisches und alemannisches Baden, in ein fränkisches, bayrisches und schwäbisches Bayern und ein zweigeteiltes Württemberg. In seiner Rede verschwieg Eckert geflissentlich das umfassende Konzept der stammesföderalistischen Gliederungspläne und malte statt dessen das erschreckende Bild der Biedermeierzeit¹⁵⁰

¹⁴⁵ „Ce que pensent les leaders des quatre partis du Heimatbund“ vom 3. 9. 1946, AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

¹⁴⁶ Erwin Eckert (1893–1972), Studium der Theologie und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Basel; 1911 Eintritt in die SPD; 1914 Kriegsfreiwilliger; 1919 Vikar in Pforzheim; 1922 Pfarrer in Meersburg; 1926–31 Vorsitzender des „Bundes der religiösen Sozialisten“; 1927 Stadtpfarrer in Mannheim; 1931 Ausschluß aus der SPD und Eintritt in die KPD, Entlassung aus dem Kirchendienst, Kirchenaustritt; 1931–33 Redetätigkeit für die KPD; 1933 Schutzhaft; 1936 Verurteilung wegen „Hochverrats“, Gefängnis; 1940 Angestellter in einem Betrieb in Frankfurt/Main; 1946–50 erster Vorsitzender der KP Badens; 1946 Staatskommissar für die Politische Säuberung; 1947–52 MdL Baden; 1952–56 MdL Baden-Württemberg. Vgl. auch Köhler, Freiburg, S. 272.

¹⁴⁷ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung des Landes Baden, 1946–1947, S. 10; StA FR 10 Zf.

¹⁴⁸ Ebenda, S. 11.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 12.

¹⁵⁰ Auch Hans-Peter Schwarz überschrieb das Kapitel zur Schwäbisch-Alemannischen Demokratie in Anlehnung an die Biedermeierzeit mit dem Titel: „Spitzwegstaat unter dem Schutz Frankreichs (Otto Feger)“; Dörs., Reich, S. 409–413.

und Kleinstaaterei an die Wand. Mit vorstehender Einschätzung hat Eckert maßgeblich die Linie der KP Badens geprägt¹⁵¹.

Auch ein weiterer führender Kommunist in Südbaden, der in Überlingen am Bodensee lebende Dr. Karl Bittel¹⁵², bekämpfte allenthalben die Autonomiepläne im Südwesten. Zu Beginn der fünfziger Jahre – Bittel war mittlerweile Leiter des „Deutschen Instituts für Zeitgeschichte“ in Ost-Berlin – erinnerte er sich an die „separatistischen Umtriebe“ nach 1945. Ausgerechnet mit dem Zitat des deutschnationalen Historikers Heinrich von Treitschke „Sie warfen sich wie ein Geschmeiß hungriger Fliegen auf die blutenden Wunden des Vaterlandes“ leitete Bittel das Kapitel über den „Separatismus“ in seinem Buch *Die Feinde der deutschen Nation* ein¹⁵³. Seinen Intimfeind im Südwesten erblickte er in Bernhard Dietrich, dessen Alpenlandpläne Bittel als „eines der kuriosesten Projekte, die je in deutschen Separatistenhirnen ausgeheckt worden sind“, kolportierte¹⁵⁴. In Überschätzung der Rolle der Besatzungsmacht kam Bittel zu dem Urteil, daß die „Alpenländer“ nur mit Förderung der Franzosen damals „ungehemmt“ ihre Propaganda hätten betreiben können. Auch an den Plänen des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ ließ Bittel kein gutes Haar, einer Aufspaltung Deutschlands in autonome Staaten konnte er nicht zustimmen, zumal er konsequent die Wiedervereinigung Deutschlands unter sozialistischen Vorzeichen propagierte. Alle Bestrebungen, die eine Schwächung der Zentralgewalt vorschlugen, enttarnten sich in Bittels Augen als Separatismus.

Der Mannheimer Führer der KP, Paul Schreck, äußerte im November 1945 gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht den generellen Verdacht, daß die Franzosen die

¹⁵¹ Scheele, Eckert, S. 295.

¹⁵² Karl Bittel (1892–1969), Studium der Geschichte, Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Freiburg i. Br., Heidelberg und Tübingen; Mitglied in der SPD; 1915 Promotion über die Genossenschaftsbewegung; 1918 Eintritt in die KPD, Mitarbeiter des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe; 1921 Mitarbeiter des ZK der KPD; Genossenschaftssekretär in Weissenfels (Sachsen); 1924–27 Aufenthalt in Moskau; 1933–34 Internierung im KZ Heuberg; 1935–45 zurückgezogenes Leben nahe Überlingen am Bodensee; 1945 Vorsitzender des „Antinazi-Comités Überlingen“ und Förderer der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten; 1945–48 Mitglied des Sekretariats und der Landesleitung der KP in Baden; 1946–48 über Rudi Goguel (KP) publizistische Tätigkeit bei der Tageszeitung Südkurier in Konstanz; 1946–48 Chefredakteur der KP-Tageszeitung Der Neue Tag (später: Unser Tag) in Offenburg; 1949–51 Stellvertretender Leiter des „Deutschen Instituts für Zeitgeschichte“ in Ost-Berlin; 1951–53 Leiter desselben; 1952 Übersiedelung in die DDR; 1957 Professor für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin (Humboldt-Universität), dann in Rostock; 1958 wissenschaftlicher Berater des Außenministeriums der DDR; Emeritierung. Vgl. auch Brandt/Rürup, Volksbewegung, S. 154 und Bosch, Hoffnungen, S. 95 f. Anmerkung 6.

Unter Bittels Obhut entstand die dezidiert nach der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie ausgerichtete Dissertation von Karl Greese (Ders., Kampf). Gleich Bittel übersiedelte auch der Konstanzer Kommunist, Überlebender der „Cap Arcona“-Tragödie und Intimfeind Otto Fegers, Rudi Goguel (1909–1976), in den fünfziger Jahren in die DDR und fand am „Deutschen Institut für Zeitgeschichte“ in Ost-Berlin eine Anstellung. Zur Biographie vgl. Goguel, Weg, 1947 (Erlebnisse) und Bosch, Hoffnungen, S. 96 Anmerkung 14. Aufschlußreich zur kommunistischen Sicht der Ereignisse am Bodensee nach 1945: Goguel, Dokumente.

¹⁵³ Vgl. das Kapitel „Das verächtliche Gewerbe deutscher Separatisten“, in: Bittel, Feinde, S. 107–113.

¹⁵⁴ Bittel, Feinde, S. 112.

„Entfachung separatistischer Tendenzen“ versuchten¹⁵⁵. Damit traf er die grundsätzlichen Vorbehalte der KP in der Neugliederungsdiskussion: Jede Form des Autonomismus konnte nur von Frankreich gesteuert sein, eine originäre südwestdeutsche Entwicklung wollte und konnte die KP nicht erkennen. Die Stellungnahme der KP zur Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland ist deshalb eindeutig auf die Formel nach Ablehnung jeder Form des „Separatismus“ und Schaffung einer einheitlichen deutschen „Republik“ zu bringen. Für den Südwesten schlugen die Kommunisten daher die Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einem deutschen Land der sozialistisch ausgerichteten gesamtdeutschen „Republik“ vor. Anknüpfungspunkte zu den Vorstellungen von politischer Autonomie gab es mit der KP nicht.

2. Gründungsversuche von Parteien und politischen Sammelbewegungen

Im gesamten südwestdeutschen Raum kamen nach der Kapitulation vom Mai 1945 eine unbestimmbare Zahl von Projekten zum Vorschein, deren Ziel die Artikulation politischer Ideen bestimmter Zirkel und Kreise in der Öffentlichkeit war. Die meisten dieser Parteigründungsversuche kamen über die Phase der Programm- und Statutenplanung nicht hinaus, nur wenige Projekte wurden der Besatzungsmacht zwecks Lizenzierung vorgelegt. Doch sie alle haben, mehr oder weniger ausführlich, zur zentralen Frage der künftigen staatlichen Organisation Deutschlands und des Südwestens Stellung bezogen. Auch die Gründungsversuche von Parteien und politischen Sammelbewegungen stellen deshalb Beiträge zur Neugliederungsdiskussion dar. Außer bei der „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ steht im folgenden allerdings die paradigmatische Funktion der referierten Pläne im Vordergrund. Eine auch nur annähernde Quantifizierung der unter der Oberfläche gärenden Bemühungen geben zu wollen, muß mangels umfassenden Quellenmaterials fruchtlos bleiben. Die allermeisten Planspiele drangen niemals ans Tageslicht, und es bleibt zu vermuten, daß noch mancher Privatnachlaß solche oder ähnlich unausgeorene Parteiprogramme oder Statutensammlungen enthält.

Die „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“

In der ehemals freien Reichsstadt Rottweil am Neckar versammelten sich im März 1946 um den kommissarischen Bürgermeister und Oberstaatsanwalt Dr. Franz Mederle¹⁵⁶ ein

¹⁵⁵ Bericht der amerikanischen Militärregierung „Politisches Leben in Nord-Württemberg-Baden“ (1. 12. 1945); abgedruckt in: Borsdorf/Niethammer, Befreiung, S. 254–272, hier S. 259.

¹⁵⁶ Franz Mederle (1893–1955), Sohn des Rottweiler Kameralamtsvorstandes; Gymnasium in Rottweil; 1914–18 Kriegsteilnehmer; Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen; Mitglied der nichtfarbentragenden katholischen Studentenvereinigung „Alamannia“ im Kartellverband; Promotion; 1920–21 Referendar am Landgericht Rottweil, u. a. dem Landgerichtsrat Dr. Bertele (I. Zivilkammer) zugeteilt (zu B.s. „Groß-Schwabenplänen“ vgl. die Einführung); um 1925 Eröffnung einer Rechtsanwaltspraxis in Rottweil; dem Zentrum nahestehend; nach 1933 Gegner des Nationalsozialismus; 1945–46 Bürgermeister von Rottweil; 1945–46 Oberstaatsanwalt am Landgericht Rottweil; 1946 Gründungsmitglied des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“; nach 1947 erneut Rechtsanwalt in Rottweil. Vgl. auch: Schwarzwälder Volksfreund vom

halbes Dutzend Männer, um ihre antipreußische und autonomistische Haltung durch eine Parteigründung zum Ausdruck zu bringen. Sie beschlossen, einen „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ ins Leben zu rufen, und erarbeiteten die in zehn Punkte untergliederten Statuten¹⁵⁷. Auf der Grundlage einer „demokratischen und pazifistischen Politik“ postulierten die Rottweiler Honoratioren eine „interkonnessionelle“ Partei, die eine vollständige Umwandlung der „wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Territorien Südwestdeutschlands“ artikulieren sollte. Eine genauere Definition des territorialen Wirkungsbereiches der beantragten Partei enthielt der zitierte Programmpunkt nicht, ein Umstand, der die französische Besatzungsmacht im Hinblick auf Vorarlberg und das Elsaß auf den Plan rufen sollte. Die Liste der Gründungsmitglieder¹⁵⁸, die durch Unterschrift ihren Willen zur Mitarbeit kundtaten, sowie die Statuten übergab Mederle in den folgenden Tagen dem Rottweiler Kreisdelegierten Garnier-Dupré zur Weiterleitung nach Tübingen.

Rechtsanwalt Mederle befand sich seit 7. Mai 1945 als kommissarischer Bürgermeister der Stadt Rottweil durch französische Einsetzung im Amt¹⁵⁹; als überzeugter Anti-Nazi und durch sein Engagement für den Katholizismus ausgewiesen, war seine Ernennung in weiten Teilen der Bevölkerung unumstritten gewesen. Aus seinem Standpunkt bezüglich der politischen Zukunft seiner Heimat machte Mederle in der Öffentlichkeit keinen Hehl, in der *Schwarzwälder Post* wurde sein Lösungsvorschlag der „schwäbischen Frage“ abgedruckt¹⁶⁰. Im Zusammenschluß der Länder Baden und Württemberg zu einem Groß-Schwaben genannten Gebiet lag nicht die Quintessenz der südwestdeutschen Problematik, vielmehr propagierte Mederle, „das rein fränkische badische Bauland und den nördlichsten Zipfel von Württemberg“ an Bayern oder an „ein selbständiges Land Franken“ zu geben. Im Gegenzug müßte dann dem auf stämmischer Grundlage geschaffenen neuen Staat der „stammesmäßig ganz offenbar zu Schwaben gehörige, bisher bayerische Regierungsbezirk Schwaben“ zugeschlagen werden, vorausgesetzt, daß „die Bevölkerung damit einverstanden ist“. Von der Bezeichnung Groß-Schwaben rückte Mederle entschieden ab, den schlichten Name „Schwaben“ hielt er für angemessener.

3. 8. 1955. Im StadtA RW ist keine Personalakte vorhanden. Dagegen sind die Personalakten Mederles bei der Staatsanwaltschaft und im Landgericht Rottweil einschlägig; LG RW II AR 10/95.

¹⁵⁷ „Statut. Schwäbisch-alemannischer Heimatbund“ vom 17. 3. 1946; AdO W-H 1f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 5.

¹⁵⁸ Es unterschrieben neben Mederle die Rottweiler Bürger Wilhelm Ernst (Installateur; 1889–1968), Eugen Schäfer (Kaufmann; 1899–1964), Herbert Hugger (Kaufmann; 1910–1952), Georg Kastler (Verwaltungsangestellter; 1893–?), Josef Wittendorfer (Rathausangestellter; 1892–1975).

¹⁵⁹ Rottweiler Heimatblätter 6 (1984), ohne Seitenzählung.

¹⁶⁰ Dr. M[ederle]: Warum Groß-Schwaben?, in: Schwarzwälder Post vom 1. 2. 1946. Der Artikel Mederles entstand als Reaktion auf den am 15. 1. 1946 in derselben Tageszeitung auf der ersten Seite abgedruckten Artikel des Karlsruher Landesdirektors des Innern, Gustav Zimmermann, der nach dem Vorbild von Groß-Hessen einem Zusammenschluß von Baden und Württemberg zu Groß-Schwaben das Wort geredet hatte.

Gustav Zimmermann (1888–1949), 1914–18 Kriegsteilnahme; 1918–33 Redakteur und Verlagsdirektor bei mehreren sozialdemokratischen Zeitungen; 1919–33 Stadtrat in Mannheim und stellvertretender Vorsitzender der SPD in Baden; 1933 Inhaftierung im KZ Kislau; 1946–49 Landesdirektor des Innern in Württemberg-Baden; 1946–49 MdL Württemberg-Baden (SPD); 1948–49 Mitglied des Parlamentarischen Rats. Vgl. Kube/Schnabel, Südwestdeutschland, S. 90.

Auch vor dem Antrag auf Lizenzierung einer autonomistischen Partei war Mederle mit seinen Forderungen für die französische Besatzungsmacht kein unbeschriebenes Blatt. Hatte er doch mit der Denkschrift *Das deutsche Problem*¹⁶¹ im März 1946 seine Sicht der Dinge verdeutlicht. Dabei wies er den Begriff „Separatismus“ als untauglich, da stigmatisiert, von sich. Die als dringend notwendig empfundene Umgestaltung Deutschlands durfte nicht an die Zeit nach der Reichseinheit von 1871 anknüpfen. „*Das Reich als politisch-nationales Gebilde ist eine Angelegenheit der Vergangenheit*“, hob Mederle als Quintessenz seiner Ausführungen hervor. Das Wiedererstehen eines deutschen Staates selbst auf bundesstaatlicher Ebene schied für den Rottweiler Bürgermeister kategorisch aus. Insgesamt hatte die Denkschrift einen meditativen Unterton, die geschichtsrevisio-nistischen und geschichtsphilosophischen Positionen kamen deutlicher als die Neugliederungsvorstellungen zum Vorschein. Sein engster Vertrauter, der Rottweiler Installateurmeister Wilhelm Ernst¹⁶², gab sich ebenfalls von der notwendigen Autonomie eines schwäbisch-alemannischen Staates überzeugt. Auch er besaß ab Sommer 1946 Otto Fegers *Schwäbisch-Alemannische Demokratie*¹⁶³, in seinen Augen das Programm schlechthin für die politische Gestaltung Südwestdeutschlands. Nach dem Zusammenbruch wurden im Hause Ernst, in dem eine frankophile Grundeinstellung vorherrschte¹⁶⁴, ab Sommer 1945 über Monate hinweg leidenschaftliche und weitschweifige Diskussionen über die Zukunft Deutschlands geführt, an denen auch fast immer Franz Mederle beteiligt war. Man stimmte überein, daß die Nationalsozialisten den Staat zerstört hätten und die einzige Lösung aus der Situation die Schaffung eines südwestdeutschen, mehrheitlich katholischen Staates sei, eben einer schwäbisch-alemannischen Demokratie. Eine offen artikulierte Antipreußenstimmung war in dieser informellen Diskussionsrunde vorhanden.

Aus dem Gesprächskreis, dessen Teilnehmer allesamt in Rottweil ansässig waren, nahmen im Laufe des Jahres 1945 die Pläne zur Gründung einer autonomistischen Partei Gestalt an. Die treibende Kraft hinter dem Projekt war sicherlich Franz Mederle, wenngleich Wilhelm Ernst eine nicht unwichtige Rolle neben dem Juristen spielte¹⁶⁵. Auch der spätere Staatspräsident Württemberg-Hohenzollerns, Lorenz Bock, hatte als unmittelbarer Nachbar der Familie Ernst Kenntnis von den Autonomieplänen. Unentwegt hatte Franz Mederle versucht, Bock für seine Vorstellungen zu gewinnen, schließlich waren beide in der politischen Grundhaltung ähnlich gelagert und zudem in derselben Studentenvereinigung mit dem schicksalsträchtigen Namen „Alamannia“ an der Uni-

¹⁶¹ Franz Mederle: *Das deutsche Problem* (masch. 10 S.); AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 19 d. 22.

¹⁶² Wilhelm Ernst (1889–1968), aufgewachsen als zwölftes von 13 Kindern einer römisch-katholischen Familie in Altheim bei Horb; 1909–12 Soldat bei der kaiserlichen Marine; 1914–18 Heizer auf einem Torpedoboot; 1918–20 Lazarett; 1924 Flaschnermeister; 1925 Übersiedlung nach Schwenningen; 1926 selbständiger Installateur in Rottweil; politisch ohne Mitgliedschaft dem Zentrum zuzuordnen; 1945–47 Erster Beigeordneter der Stadt Rottweil; 1946–48 Mitglied des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“.

¹⁶³ Interview mit Willi Ernst jun. vom 30. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁶⁴ Die älteste Schwester von Ernst war mit einem französischen Bankier in Paris verheiratet; Interview mit Willi Ernst jun. vom 30. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁶⁵ Ernst nahm auch nach der Gründung des Heimatbundes regelmäßig zusammen mit Mederle an den Treffen bei Dietrich in Singen teil.

versität Tübingen inkorporiert gewesen¹⁶⁶. Rechtsanwalt Bock erachtete aber die wirtschaftlichen Grundlagen eines autonomen Schwabens für ungenügend. Immerhin begleitete er Mederle zu Gesprächen bei der Rottweiler Militärregierung. Der dortige Offizier der Sûreté, Albert Merglen, ließ sich von Mederle – in Anwesenheit des neugierig lauschenden Lorenz Bock – Ende März 1946 die Autonomievorstellungen für den schwäbisch-alemannischen Raum darlegen¹⁶⁷ und setzte sich sofort mit Tübingen in Verbindung. Vom Oberdelegierten Widmer, einem eingefleischten Gegner jeder stammesföderalistischen Neugliederung, erhielt Merglen die Anweisung, nichts zu unternehmen, auf keinen Fall Mederle irgendwelche Unterstützung zukommen zu lassen und jede Fühlungnahme abubrechen¹⁶⁸.

Zwischenzeitlich hatte der Kreis um Franz Mederle einen revidierten Statutenentwurf an die Militärregierung übergeben. Mit Datum vom 30. März 1946 machte Mederle sein Ziel der Parteigründung in der Namensgebung deutlich: Die Statuten galten für eine zu gründende „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“¹⁶⁹. In einem entscheidenden Punkt wichen die neuen Statuten von dem ersten Antrag ab: Hieß es am 19. März noch, das Ziel des Heimatbundes sei „eine verwaltungs- und handelsmäßige Reorganisation [*Südwestdeutschlands*], die zur wirtschaftlichen und – eventuell – zur politischen Anbindung an unsere Nachbarn im Westen, speziell Frankreich führen wird“, wurde in den Statuten der Volkspartei vom 30. März der Passus der Annäherung gestrichen und „die verwaltungs- und handelsmäßige Reorganisation auf der Basis eines autonomen und von Preußen unabhängigen Staates“¹⁷⁰ gefordert.

Zur schnelleren Durchsetzung seiner Wünsche reiste Franz Mederle am 5. April 1946 nach Baden-Baden und wurde im Kabinett des Generalverwalters Laffon vorstellig. Unter vier Augen legte Mederle, der seit 1. April von Arnulf Gutknecht als Bürgermeister von Rottweil abgelöst worden¹⁷¹ und als Oberstaatsanwalt auf eigenen Wunsch zurückgetreten war, dem *Chef de Cabinet*, Pierre Bolotte, seine politischen Ambitionen dar. Handschriftlich fertigte der französische Offizier Notizen¹⁷² an. Mederle verwies auf die durch Opitz im Rheinland gegründete Rheinische Volkspartei und den Zuspruch, den eine autonomistische Bewegung in Südwestdeutschland finden würde. Überdies machte er auf das Alpenlandprojekt Dietrichs aufmerksam, dem er allerdings das Konzept eines

¹⁶⁶ Die nichtfarbentragende katholische Tübinger Verbindung „Alamannia“ hatte neben Mederle und Bock noch weitere prominente Mitglieder: der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger trat wegen der „Autorität Lorenz Bocks“ in die „Alamannia“ ein, in der etwa zeitgleich auch Gebhard Müller inkorporiert war; Kiesinger, Jahre, S. 84–87.

¹⁶⁷ Die Gespräche fanden zum Teil im Büro Merglens, aber auch bei Mederle statt. Es war jeweils Lorenz Bock anwesend, wobei der spätere Staatspräsident den passiven Part übernahm. Mederle hingegen redete „sehr passioniert“ und überzeugt von seinen Ansichten. Merglen hatte den Eindruck, daß beide eng befreundet schienen. Schriftliche Auskünfte von Albert Merglen an den Verfasser vom 12. 6. 1993 und 2. 8. 1993.

¹⁶⁸ Schriftliche Auskunft von Albert Merglen an den Verfasser vom 12. 6. 1993.

¹⁶⁹ „Statut. Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“ vom 30. 3. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 19 d. 22.

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Mederle schied auf eigenen Wunsch mit Zustimmung der Militärregierung aus seinem Amt als kommissarischer Bürgermeister von Rottweil; Sitzung des Rottweiler Beirats (Gemeinderat) vom 26. 3. 1946; StadtA RW Gemeinderatsprotokolle 1945–1947.

¹⁷² Notizzettel von Bolotte vom 5. 4. 1946 mit handschriftlichem Vermerk „Dr. Mederle“; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 22.

schwäbisch-alemannischen Staates entgegenstellte, um schließlich seine Ausführungen mit heftiger Kritik an der zentralistischen Einstellung Reinhold Maiers enden zu lassen. Bolotte entließ Mederle mit der Zusicherung, die Lizenzierung der „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“, deren Ziel jener mit der Schaffung eines autonomen, vorwiegend aus Baden und Württemberg bestehenden Staates, samt wirtschaftlicher Anbindung an den Westen, umschrieben hatte, zu prüfen. In Baden-Baden entschied die *Direction de l'Intérieur et des Cultes* schnell über den Projektantrag: Den „separatistischen Ausführungen“ Mederles fehle die Stringenz, das Ganze schien zu befremdlich zu sein. „Es scheint deshalb unnütz, sich lange mit dem Fall des Herrn Mederle aufzuhalten.“¹⁷³ Andere französische Dienststellen im Umfeld des Zivilkabinetts von Pierre Koenig wiederum teilten diese Einschätzung nicht. Der politische Berater Koenigs, Tarbé de Saint Hardouin, behandelte Mederles Parteigründungsversuch in einem Bericht an das Außenministerium *en détail* und stellte die „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“ ins Zentrum der Ausführungen zur politischen Lage in Württemberg-Hohenzollern¹⁷⁴, einem untrüglichen Zeichen, daß gaullistische Kreise dem Projekt differenziert gegenübertraten.

Am 12. April 1946 fand ein erneutes Gespräch zwischen Bolotte und Mederle statt. Der Kabinettschef des Generalverwalters verwarf die Einschätzung der untergeordneten *Direction de l'Intérieur et des Cultes* und berichtete Emil Laffon ausführlich von der Angelegenheit. Zwischenzeitlich hatte der Generalverwalter ein Schreiben Mederles vom 13. März 1946 erhalten, mit der Bitte um eine grundsätzliche Stellungnahme seitens der französischen Militärregierung¹⁷⁵. Die Informationen seines *Chef de Cabinet* befriedigten Laffon nicht, weshalb er über seinen Stellvertreter Grimaud vom Tübinger Oberdelegierten Widmer genauere Informationen über die Chancen einer „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ erbat¹⁷⁶. Doch General Widmer ließ sich in Anbetracht seiner Antipathien reichlich Zeit, um dann nach einem Monat zu antworten, daß Mederle – wohl auf Druck der Tübinger Oberdelegation hin – den Lizenzantrag zurückgezogen habe.

Anfang Mai hat Mederle erkennen müssen, daß die Widerstände gegen eine „Schwäbisch-Alemannische Volkspartei“ auf französischer Seite unüberwindbar waren. Einem Offizier der Tübinger Oberdelegation namens Tournier gab Mederle zu verstehen, daß er statt einer Partei nun eine „kulturelle deutsch-französische Vereinigung“ gründen wolle, die er „Schwäbisch-Alemannischer Heimatbund“ nennen werde¹⁷⁷. Zu diesem Zeitpunkt hatte er längst mit Bernhard Dietrich gemeinsame Pläne geschmiedet¹⁷⁸.

¹⁷³ Handschriftliche Notiz für den Leiter der DGAA – Intérieur et Cultes – Holveck vom 11. 4. 1946; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 19 d. 22.

¹⁷⁴ Saint Hardouin an Bidault vom 25. 6. 1946 (masch. 30 S.). Darin: „Liste des partis en instance d'autorisation“ (31. 5. 1946): „Schwäbische Alemannische Volkspartei“; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 49.

¹⁷⁵ Mederle an Laffon vom 13. 3. 1946; AdO W-H 1 f. Ser. Div. c. 2528 p. 3 d. 5.

¹⁷⁶ Grimaud an Widmer vom 26. 4. 1946; ebenda.

¹⁷⁷ Widmer an Laffon vom 17. 5. 1946; AdO HCFA Dir. de l'Int. c. 228 p. 19 d. 22.

¹⁷⁸ Zum „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ vgl. Kapitel III/4. In französischen Quellen – sieht man von dem Notizzettel Bolottes von Anfang April 1946 ab – wird erstmals explizit die Zusammenarbeit von Mederle mit Dietrich im Juni 1946 erwähnt; vgl. Synthèse Rapport 06/46 Wurtemberg, S. 4; AdO CCFA AC c. 660/4.

Die „Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“

Der Freiburger Oberdelegierte Schwartz bezeichnete im Januar 1946 in einem Bericht über die Lage im französisch besetzten Teil Badens den Wunsch des Zeppelinbauers Dr. Hugo Eckener, „eine ‚Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden‘ zu schaffen“, als ein bemerkenswertes Vorkommnis¹⁷⁹. Eckener hatte dem Konstanzer Bezirksdelegierten Degliame ein Programm übergeben, das von dem Grafen Robert Douglas¹⁸⁰, dem Leiter des Singener Aluminiumwerkes, Dr. Hans Constantin Paulssen, dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter und dem vormaligen Konstanzer Oberbürgermeister Hans Schneider getragen wurde. Verblüfft bemerkte Schwartz, „daß das Projekt auch die Ideen des Alpenlandes wiederaufnimmt, aus der Region Konstanz hervorgegangen ist und durch Personen, die sicherlich Beziehungen zur ‚Deutsch Nationalen Partei‘ hatten, repräsentiert wird“¹⁸¹.

Das Programm der „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“¹⁸² konnte nicht Urteilsgrundlage für die Auffassung von General Schwartz gewesen sein. Von einem Zusammenschluß der süddeutschen, katholischen Staaten zu einem „Alpenland“ findet sich im Programm keine Andeutung; als Hauptaufgaben der Volkspartei hatte Hugo Eckener hingegen die innere Befriedung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Integration der ostdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen definiert¹⁸³. Die projektierten Ziele sollten auf der Grundlage der folgenden Programmpunkte verwirklicht werden: Die Garantie der geistigen Freiheit des einzelnen, der Ausbau des sozialen Netzes, eine „Kulturpolitik auf christlicher Grundlage“ sowie die Garantie der Religionsfreiheit, die Entnazifizierung, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit „mit den Nachbarvölkern“ und die „Ablehnung des Listenwahlsystems“. Auf Distanz begab sich Eckener von allen „bewußt partikularistischen und separatistischen Tendenzen“, und er führte über die politische Struktur Nachkriegsdeutschlands aus: „Anstreben eines föderalistischen Aufbaues im deutschen Staats- und Wirtschaftsbereich.“¹⁸⁴ In dem Programmentwurf konnte der Freiburger Oberdelegierte keinesfalls eine Nähe zu den Alpenlandplänen Dietrichs gefunden haben. Auch die hinter der „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ stehenden deutschnationalen Männer – mit einer Ausnahme – boten nur schwerlich Anknüpfungspunkte zu den Plänen einer alpinen Union.

¹⁷⁹ Bade – Rapport mensuel [Januar 1946]; AdO CCFA Cab. Civil c. 40 Pol III H d. 2.

¹⁸⁰ Zu Graf Robert Douglas vgl. Kapitel II/2.

¹⁸¹ Bade – Rapport mensuel [Januar 1946]; AdO CCFA Cab. Civil c. 40 Pol III H d. 2. Es ist wahrscheinlich, daß sich der französische Journalist Louis Parrot bei der Abfassung seines Artikels über die Alpenlandbewegung auf interne Informationen der Militärregierung stützen konnte. Auch er verdächtigte Paulssen, Graf Douglas und Eckener der Propaganda für eine alpine Union; Louis Parrot: „Avec Dieu, vers le nouvel Occident!“ proclame Jules Wachter“, in: *Ce Soir* vom 19. 2. 1946.

¹⁸² Ein Entwurf des Parteiprogrammes ist im Nachlaß des Freiburger Historikers Gerhard Ritter überliefert, in den französischen Quellen fand sich davon keine weitere Spur; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/287. Die Protagonisten verwendeten anfangs die Bezeichnung „Volksbund“, in den französischen Unterlagen ist durchgängig von einer „Volkspartei“ die Rede.

¹⁸³ „Süddeutscher Volksbund für Aufbau und inneren Frieden“ [Dezember 1945], S. 2; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/287.

¹⁸⁴ Ebenda.

Der gebürtige Flensburger Dr. Hugo Eckener¹⁸⁵, der rund fünfzig Jahre in Friedrichshafen gelebt und seine Schaffenskraft den Zeppelinern verschrieben hatte, war 1944 auf der Flucht vor schweren Bombenangriffen nach Konstanz ins Haus seiner Tochter gezogen. In der Bodenseemetropole schmiedete er 1945 Pläne zur Gründung der „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“. Allen Unkenrufen zum Trotz¹⁸⁶ hatte er im Herbst 1945 Kontakte zu namhaften Persönlichkeiten aufgenommen und die geplante Parteigründung vorangetrieben. Sein national-konservatives politisches Denken hatte er sich aus der Weimarer Republik in die unmittelbare Nachkriegszeit hinübergerettet; im Herbst 1945 dachte die französische Besatzungsmacht über seine Einsetzung als Konstanzer Oberbürgermeister nach¹⁸⁷. Doch Eckeners Wunsch, das abgesetzte Stadtoberhaupt Hans Schneider als rechte Hand zu erhalten, machte den Plan obsolet.

Die belastete Vergangenheit Hans Schneiders, der das Programm der „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ mitunterzeichnet hatte, rief tiefes Mißtrauen bei der französischen Besatzungsmacht hervor. Seine Tätigkeit nach 1938, zuerst als Regierungsrat in der Vorarlberger Regierung und dann bei Gauleiter Hofer in Innsbruck, wurde für Hans Schneider zum Verhängnis¹⁸⁸; seine nationalsozialistische Überzeugung hatte ihn diskreditiert. Von der konzept- und planlos agierenden französischen Militärverwaltung wurde er dennoch im Juni 1945 zum Oberbürgermeister von Konstanz berufen¹⁸⁹, er selbst hat allerdings bereits im Oktober desselben Jahres um die Annahme seines Rücktrittsgesuchs gebeten. Obwohl er vor 1933 als Vertreter des Zentrums gegolten hatte, dürfte sein Name unter dem Programm der „Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ die Chancen der Zulassung kaum gesteigert haben.

Auch Gerhard Ritter¹⁹⁰, der in späteren Jahren dem protestantischen Flügel der CDU zugerechnet wurde, hat in Kenntnis der politischen Pläne des Singener Bürgermeisters jede Form des Autonomismus scharf abgelehnt. „Im französisch besetzten Baden und Württemberg hat sich eine ‚alpenländische‘ Bewegung aufgetan, die einen süddeutsch ka-

¹⁸⁵ Hugo Eckener (1868–1954), 1888 Abitur in Flensburg (Gymnasium am Kloostergang); 1888–1892 Studium an den Philosophischen Fakultäten in München, Berlin und Leipzig; 1892 Promotion; 1899 Umzug nach Friedrichshafen; 1908 Kontakte zu Graf Zeppelin; 1911 „Luftschiffführer für Zeppeline“; 1914–16 Ausbilder von „Marineluftschiffkommandanten“; 1916–18 Einsatz als Zeppelinkommandant; Direktor der „Deutschen Luftschiffahrts-Aktien-Gesellschaft“ in Friedrichshafen; 1944 Umzug nach Konstanz; 1945 Mitherausgeber des Südkuriers; 1947 Geldstrafe im Rahmen der Entnazifizierung. Vgl. Italiaander, Deutscher. Die Memoiren (Eckener, Zeppelin) enthalten keine Hinweise zum politischen Handeln nach 1945.

¹⁸⁶ Kritiker sahen die Parteigründung als fatal für Eckener an, da sich die „Volkspartei“ nur auf das Vertrauen der Bevölkerung in den bekannten und beliebten Zeppelinbauer stützen könne. Vgl. den Brief eines Ravensburger Juristen an Eckener; zitiert in: Italiaander, Deutscher, S. 424.

¹⁸⁷ Eckener an den Konstanzer Bezirksdelegierten d’Alauzier vom 30. 10. 1945; vgl. Italiaander, Deutscher, S. 416.

¹⁸⁸ Vgl. dazu die Korrespondenzen des späteren Konstanzer Landrates Rudolf Belzer mit Leo Wohleb; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 43.

¹⁸⁹ Schneider wurde von General Lavilleon (14.D.I.) und nicht von der zuständigen Konstanzer Bezirksmilitärregierung am 15. 6. 1945 ins Amt berufen; StadtA KN S II 13605. Ausführlich: Klöckler, Besatzungspolitik, S. 39 ff.

¹⁹⁰ Gerhard Ritter (1888–1967), 1912 Dissertation bei Hermann Oncken in Heidelberg; 1915–19 Leutnant d. R.; 1921 Habilitation in Heidelberg; 1925–56 Professor für deutsche Geschichte in Freiburg i. Br.; 1938–44 im Widerstand; 1944–45 Gestapohaft und Inhaftierung im KZ Ravensbrück; 1949–53 Vorsitzender des Verbands deutscher Historiker; Gegner Fritz Fischers in der Kontroverse um die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg. Vgl. Schwabe, Ritter.

tholischen Staat etwa im Gebiet des alten Vorderösterreich, aber unter dem Protektorat Frankreichs, eines neukatholisch gewordenen Frankreich, errichten möchte“, notierte Ritter in einem politischen Lagebericht im Dezember 1945¹⁹¹. Zugleich befürchtete er, daß die französische Besatzungsmacht planmäßig die gesamten Leitungsebenen mit Südwestdeutschen besetzen könnte, wodurch er seine eigene Position an der Freiburger Universität gefährdet sah; „nichtalemannische und nichtschwäbische Professoren scheiden dann nach und nach von selber aus“¹⁹², vermutete Ritter. Dementsprechend war er auf den Vorschlag Otto Fegers, einen schwäbisch-alemannischen Staat zu gründen, nicht gut zu sprechen, vielmehr erblickte er in Fegers Buch eher das „Symptom der geistigen Gärung“ als einen ernstzunehmenden politischen Faktor¹⁹³. Schon vor dem offiziellen Erscheinen kannte Gerhard Ritter den Inhalt der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*; Friedrich Metz, der Leiter des Alemannischen Instituts, hatte ihm nämlich bereits im Mai 1946 die Druckfahnen übersandt, die jener in einer Sitzung des Alemannischen Instituts direkt von Feger erhalten hatte. Die Entrüstung auf seiten des Freiburger Historikers war groß, Ritter titulierte das Buch als „Machwerk“ und verurteilte scharf „den schamlosen Separatismus des politischen Teiles“¹⁹⁴. Seinem Freund Metz, der von ihm ein Leumundszeugnis für die Entnazifizierung erhalten sollte¹⁹⁵, brachte er seine ganze Abscheu über den Fegerschen Standpunkt in einem prägnanten Satz zum Ausdruck: „Es hat doch etwas unheimliches zu sehen, was sich heute alles an Gesinnungslosigkeit und Borniertheit ans Licht wagt.“¹⁹⁶

Der nationale Standpunkt der vorgenannten Männer ließ selbstredend keine Verbindung mit dem Projekt einer autonomen, schwäbisch-alemannischen Demokratie oder eines konföderierten Alpenlandes erkennen. Bleibt die Frage zu klären, weshalb General Schwartz die „Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ mit den Zielen der Alpenlandbewegung in Verbindung brachte. Der Leiter des Aluminiumwerkes in Singen am Hohentwiel, Dr. Hans Constantin Paulssen¹⁹⁷, ist der Schlüssel zur Lösung.

¹⁹¹ Gerhard Ritter: Über unsere politische Lage (masch. 35 S.) [Dezember 1945], S. 22; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/288.

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ Gerhard Ritter: Über unsere politische Lage. 4. Bericht (masch. 34 S.) [April 1947], S. 34; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/288.

¹⁹⁴ Ritter an Metz vom 13. 6. 1946; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/327.

¹⁹⁵ Gerhard Ritter stellte Metz am 8. 5. 1947 ein umfangreiches Leumundszeugnis aus, das Metz dringend benötigte; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/329.

¹⁹⁶ Ritter an Metz vom 13. 6. 1946; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/327.

¹⁹⁷ Hans Constantin Paulssen (1892–1984), Gymnasium in Weimar; Studium der Rechtswissenschaften in Frankreich, München, Jena und Freiburg i. Br.; 1914 Promotion; 1914–18 Kriegsfreiwilliger (Leutnant einer Gebirgs-Maschinengewehrabteilung); 1919 Übernahme in die Reichswehr; 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch; 1920 Leitender Angestellter der Singener Firma Dr. Lauber, Neher & Co.; 1924 Direktor der Aluminium-Walzwerke in Singen a. Htwl.; 1939 Einberufung zur Wehrmacht, Uk-Stellung; Generaldirektor der ALIG (Aluminium-Industriegesellschaft, einem Zusammenschluß aller schweizerischen Aluminiumbetriebe in Deutschland); 1940 Wehrwirtschaftsführer; 1945 Suspendierung von allen Ämtern und Beschlagnehmung des kompletten Vermögens; 1948 Einstufung als „Mitläufer ohne Sühnmaßnahmen“; 1948 erneute Leitung der Aluminium-Walzwerke in Singen; 1949 Präsident der Industrie- und Handelskammer Konstanz; 1950–57 1. Präsident der Deutsch-Französischen Vereinigung in Konstanz; 1953–64 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; 1955 Ehrenbürger der Stadt Singen; Gründungsmitglied der Gesellschaft der Freunde und Förderer

Selbstredend war Paulssen nach 1945 nicht von seinem deutschnationalen Standpunkt abgerückt, aber er hatte ökonomisch motivierte Pläne durchdacht, in deren Zentrum die Schaffung eines wirtschaftlich autonomen Südstaates stand, was in bestimmten Kreisen der Militärregierung als Vorstadium einer alpinen Union gesehen wurde. Bei Paulssen, dem Großindustriellen par excellence, spielte die stämmische Gliederung nur eine untergeordnete Rolle, wenngleich er die schwäbisch-alemannische Stammeszugehörigkeit als Vorteil bei dem Zusammenschluß von (Süd-)Baden, (Süd-)Württemberg und Hohenzollern einordnete. Den Südstaat glaubte er mit Unterstützung des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber, dem er in der Neugliederungsfrage eine politische Rolle zusprechen wollte, weiter lancieren zu können. Seine Südstaatausarbeitungen erreichten den Kirchenmann Mitte Januar 1946¹⁹⁸. Die Argumentation bezog Paulssen über weite Strecken aus dem Bereich der Wirtschaft: Der Mangel an Rohstoffen, von denen die verarbeitende Industrie im Südtteil der FBZ abhängig sei, werde nach dem Abbau der Lagerbestände zu „bedenklichen Notständen“ führen. Der Handel mit Frankreich via Elsaß würde zweifellos eine Besserung bringen; zudem fühlte sich Paulssen durch die Freiburger Rede de Gaulles vom Oktober 1945 bestärkt. Der Wirtschaftsverkehr mit Frankreich könne aber nur von einer zentralen deutschen Verwaltung im Südtteil der FBZ durchgeführt werden. Die Schaffung eines Zonen- oder Südstaates hatte bei Paulssen oberste Priorität. „Aber weder in der soziologischen noch in der wirtschaftlichen Struktur der drei Landesteile¹⁹⁹ sind Gegensätze oder beträchtliche Unterschiede vorhanden, sondern vielmehr grösste Ähnlichkeit.“²⁰⁰ Ausgehend von wirtschaftlichen Erwägungen kam Paulssen zu dem Schluß, daß der Südstaat problemlos zu errichten sei: „Die Schaffung eines einheitlich verwalteten Zonenlandes mit einer politisch verantwortlichen Regierung dürfte heute so sehr den Interessen der gesamten Bevölkerung entsprechen, dass mit einem Widerspruch nicht zu rechnen ist.“²⁰¹ Nötigenfalls trat der „Separatist“ Paulssen sogar für die Herausgabe einer eigenen Währung ein. Der Industrielle verstand seinen Vorschlag – trotz Ausgabe einer eigenen Währung – nicht als Aufforderung zur Schaffung eines autonomen Südwestens; „kommt die Reichseinheit“, erläuterte er, „so steht nichts im Wege, dieses Zonenland [...] in das Ganze einzugliedern.“ Zur Umsetzung dieses Plans wollte er den Erzbischof für die Bildung eines Komitees zur Gründung einer politischen Partei gewinnen, „dessen Programm in der Schaffung dieses Zonenlandes²⁰², seiner Verfassung und

der Universität Konstanz; 1968 Chevalier de la Légion d'Honneur. Ausführliche Biographie bei: Kappes, Bürgermeister, S. 197–201.

¹⁹⁸ Hans Constantin Paulssen: [„Der Südstaat“] (masch. 5 S.) vom 9. 1. 1946; EAF NL Gröber Nb 8/63. Derselbe Text befindet sich unsigniert und mit engerem Zeilenabstand abgeschrieben unter dem Titel „Landesbildung in der französischen Südzone“ (masch. 4 S.) im StadtA KN „Depositem“ Feger.

¹⁹⁹ Hohenzollern blieb bei dieser Zählung außen vor, Paulssen nannte explizit die südlichen Teile von Baden und Württemberg sowie den bayerischen Landkreis Lindau als Bestandteile des Südstaates.

²⁰⁰ Hans Constantin Paulssen: [„Der Südstaat“] (masch. 5 S.) vom 9. 1. 1946, hier S. 5; EAF NL Gröber Nb 8/63.

²⁰¹ Ebenda.

²⁰² Den Terminus „Südstaat“ benutzte Paulssen in seiner Denkschrift nicht, die Bezeichnung als „Zonenland“ lag ihm näher. Mit dem Plan einer eigenen Währung, einer eigenen Verfassung und Regierung liefen Paulssens Pläne aber auf die Gründung eines selbständigen Staates hinaus, im konkreten Falle eben des Südstaates, wie er auch von französischer Seite erwogen wurde. Vgl. dazu Kapitel I/4.

seiner Regierung läge“²⁰³. In Erzbischof Dr. Conrad Gröber²⁰⁴ erblickte Paulssen den Initiator einer Neugliederung im Südwesten, eine Rolle, in der sich der national und staatskirchenrechtlich denkende Oberhirte nicht gefallen konnte. Umfaßte die Diözese Freiburg doch das gesamte Baden und Hohenzollern; hingegen unterstand Südwürttemberg der Diözese Rottenburg unter Bischof Johannes Baptista Sproll. Hätte nicht der oberrheinische Metropolit mit der politischen Neugliederung auch die Veränderung kirchlicher Strukturen einleiten müssen? Aber mit solchen Gedanken war Erzbischof Gröber nach 1946 sicherlich nicht beschäftigt, galt er doch als ausgewiesener Gegner der von Otto Feger propagierten autonomen schwäbisch-alemannischen Staatsbildung²⁰⁵. Der Generalvikar der Erzdiözese und letzte Führer des Badischen Zentrums, Prälat Dr. Ernst Föhr²⁰⁶, hatte sich in seinen Äußerungen weiter vorgewagt: Im Falle einer langen Besatzung und mit Freiburg als Hauptstadt befürwortete Föhr gegenüber Vertretern der Besatzungsmacht die Bildung des Südstaates²⁰⁷.

Die Südstaatausarbeitungen Paulssens waren dem Freiburger Oberdelegierten Schwartz bekannt, die Vielzahl der Projekte hat allerdings seinen Blick für die Kernforderungen der einzelnen Gruppen getrübt. Auch der kommunistische Konstanzer Bezirksdelegierte Degliame, ein Feind jeder möglichen stammesmäßigen Neugliederung, dürfte seinem Freiburger Vorgesetzten nur tendenziös Bericht erstattet haben. Als Schwartz die Pläne Paulssens und die spärlichen Berichte Degliames, der sich zumal erst seit zwei Monaten in Konstanz aufhielt, zusammenfügte, kam er im Januar 1946 zu der falschen Einschätzung, daß die „Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden“ den Versuch der Alpenlandbewegung darstelle, politisch tätig zu werden. Die Lizenzierung der Partei erübrigte sich allerdings recht schnell, noch in der Planungsphase nahm Eckener Abstand von seinem Vorhaben. Die von Marcel Degliame veranlaßte personelle Umgestaltung der in Konstanz erscheinenden Tageszeitung *Südkurier*²⁰⁸ hatte Eckener das für nötig erachtete Sprachrohr genommen²⁰⁹ und seinen Plänen den Todesstoß versetzt.

²⁰³ Hans Constantin Paulssen: [„Der Südstaat“] (masch. 5 S.) vom 9. 1. 1946, hier S. 5; EAF NL Gröber Nb 8/63.

²⁰⁴ Conrad Gröber (1872–1948), 1891 Abitur in Konstanz; 1891–93 Studium der katholischen Theologie in Freiburg i. Br., 1893–98 Fortsetzung des Studiums in Rom (Gregoriana); 1897 Priester in Rom; 1898 Promotion; 1898 Vikar in Ettenheim; 1898 Kaplan in Karlsruhe; 1901 Rektor des erzbischöflichen Konvikts „Konradihaus“ in Konstanz; 1905 Pfarrer in Konstanz; Stadtverordneter in Konstanz (Zentrum); 1922 Münsterpfarrer in Konstanz; 1925 Domkapitular in Freiburg; 1931 Bischof von Meißen; 1932 Erzbischof von Freiburg; 1947 päpstlicher Thronassistent. Vgl. weiter Keller, Gröber und Ott, Gröber.

²⁰⁵ Hug, Erzbischof, S. 241.

²⁰⁶ Zur Biographie Föhrs vgl. Kapitel II/1.

²⁰⁷ Französische Sondierung zum Zusammenschluß der Südzone (o. D.); AdO Bade AP Sec. Pol. c. 2801.

²⁰⁸ Eckener zählte neben Johannes Weyl, Paul Christiani und Carl Diez zu den Teilhabern der Kommanditgesellschaft, die von Degliame am 7. 2. 1946 aufgelöst worden war. Der *Südkurier* wurde sodann einer aus drei Parteien (Sozialisten, Kommunisten und Christlich-Sozialen) gebildeten Gesellschaft überstellt; Klöckler, Besatzungspolitik, S. 79 f.

²⁰⁹ „Ja, ich habe meinen Plan, eine neue Partei zu gründen in der Tat aufgegeben, aufgeben müssen, weil uns der ‚Südkurier‘ genommen ist, den ich in erster Linie für die Propaganda hätte anspannen müssen“, Eckener an Ritter vom 21. 2. 1945; BAK NL [Gerhard Ritter] 166/327.

Die „Christlich-Soziale Sammlung“

Erzbischof Conrad Gröber hatte erstmals im August 1945 einen Vorschlag zur Schaffung einer politischen Sammelbewegung erhalten. Paul Frank aus Singen am Hohen- twiel suchte das Interesse des Oberhirten der Diözese Freiburg durch eine Sammelbewegung auf christlichem Fundament zu wecken²¹⁰. „Christlich-Soziale Sammlung“ sollte die zunächst auf „Oberbaden“ begrenzte Partei heißen; eine Wiedergründung der vor 1932 ins Leben gerufenen Parteien lehnte Frank kategorisch ab. Die Idee des „Abendlandes“ war in dem Singener Bürger wachgeblieben, er bezeichnete sich als einen, „der für das Abendland spricht“. In einem Rundumschlag rechnete er mit den Parteien der Weimarer Republik ab und kam zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung die alten Parteien ablehne. In der „Christlich-Sozialen Sammlung“ sah Frank den Schmelztiegel der heimat- und europatreuen Kräfte. „Wir sind gewillt, aus den Verirrungen der letzten 150 Jahre preußisch-deutscher Geschichte zu lernen und Konsequenzen zu ziehen“, ein klares Bekenntnis also zur abendländischen Geschichtsrevision.

Die „Christlich-Soziale Sammlung“ bekenne sich, so Frank, zum Christentum, zur Humanität, zum Pazifismus, zur sozialen Tat, zum föderalistischen Gedanken und zur Ständeordnung. Antiborussianismus und heißblütiger Wunsch nach weitgehender Dezentralisation bestimmten die Ausführungen bezüglich des Staatsaufbaus. „Nicht Kolonialvolk im eigenen Reich“ sollte der schwäbisch-alemannische Stamm sein, sondern die Heimat galt Frank „als Ausgangspunkt aller politischen und kulturellen Impulse“. Die Struktur des zukünftigen Deutschlands umschrieb Frank mit folgenden Worten: „Die *Christlich-Soziale Sammlung* fordert die Föderation der deutschen Stämme unter Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit.“ Umgesetzt in konkrete Forderungen hieß dies für Südwestdeutschland: Bildung eines schwäbisch-alemannischen Staates unter Einschluss von Bayerisch-Schwaben. Der schwäbische Stammesstaat sollte dann mit den Bayern, den Franken und den restlichen deutschen Stämmen eine Föderation unter „Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit“ bilden. Franks Konzept ist an diesem Punkt zweideutig; sowohl ein Bundesstaat mit auf stämmischer Grundlage gebildeten Ländern als auch ein Staatenbund mit weitgehender Autonomie der Teilnehmer war denkbar. Erzbischof Gröber hat auf dieses, wie auch auf andere politische Konzeptionen nie geantwortet, für ihn stand die Schaffung einer überkonfessionellen christlichen Partei im Vordergrund, die deutsche Einheit stellte er zu keinem Zeitpunkt in Frage.

Der „Christlich-Soziale Volksbund Südbadens“

Anonym erhielt Gröber wahrscheinlich 1945 das Programm des „Christlich-Sozialen Volksbundes Südbadens“, das inhaltlich nicht mit den Vorstellungen Franks und der „Christlich-Sozialen Sammlung“ übereinstimmt und somit einem anderen Umfeld entsprungen sein muß²¹¹. Es deutet manches auf die Urheberchaft des Singener Journalisten und Föderalisten Rudolf Woller²¹², später Chefredakteur des ZDF, hin. Augenfäl-

²¹⁰ Paul Frank: Christlich-Soziale Union (masch. 6 S.) [August 1945]; EAF NL Gröber Nb 8/60. Dort auch die folgenden Zitate.

²¹¹ o. A.: [Christlich-Sozialer Volksbund Südbadens] [1945/46] (masch. 4 S.); EAF NL Gröber Nb 8/60.

²¹² Rudolf Woller (1922–1996), Jagdflieger bei der Luftwaffe; 1946 Volontär bei der Tageszeitung

ligste Programmpunkte waren die Ablehnung der konfessionellen Grenzen bei der Parteiarbeit, die Mitwirkung der Kirchen im öffentlichen Leben, die Forderung nach einem Zweikammersystem (Politische Repräsentanz/Berufsstände und Körperschaften) und die Verwerfung des „Kollektivismus“. Die staatliche Neugliederung Deutschlands wurde nach folgenden Prinzipien erwogen: „Wir lehnen für die künftige Stellung Deutschlands eine Vormachtstellung Preussens ab, wir erstreben vielmehr die Gliederung Deutschlands in natürlich und geschichtlich gewachsene Länder und deren Zusammenschluss zu einem deutschen Bundesstaat, der nötigenfalls durch die Bildung grösserer deutscher Ländergruppen vorbereitet werden kann.“²¹³ Baden und Württemberg waren in den Augen des Verfassers sicherlich geschichtlich gewachsene Länder, seine Stellung zu einem Südstaat oder Südweststaat ist deshalb ambivalent. Mit der Bildung „größerer deutscher Ländergruppen“ kann sowohl ein föderativer Zusammenschluß in Form eines Bundesstaates oder aber eine Konföderation der süddeutschen Länder Baden, Württemberg und Bayern gemeint sein. Weiterhin ist auch eine Neugliederung des Südwestens mit dieser Definition abgedeckt. Strikt abgelehnt wurde „jede Form des Separatismus“; der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit „auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung“ mit den Nachbarn Frankreich und der Schweiz wurde jedoch im gleichen Atemzug das Wort geredet²¹⁴.

Die „Demokratisch Soziale Volksgemeinschaft“

Mitte Juni 1946 richtete Ernst Broszeit, ein Wirtschaftsprüfer aus Sölden bei Freiburg, eine Denkschrift an den französischen Außenminister Georges Bidault²¹⁵. Die „Demokratisch Soziale Volksgemeinschaft“ (DSV) war von Broszeit und seinem Zirkel als eine gesamtdeutsche Partei konzipiert, die einer zentralen Lenkung bedurfte. Schon bei der Lektüre dieses Abschnittes dürften die französischen Offiziere in Baden-Baden das Programm ad acta gelegt haben. Eine zentrale Leitung der Partei erachtete Broszeit als unbedingt notwendig, um mögliche Richtungskämpfe in den Besatzungszonen zu vermeiden. Das Ziel der DSV sei die Schaffung einer deutschen Föderation in Form eines Staa-

Südkurier; Journalist bei verschiedenen Tageszeitungen und Redakteur beim SWF; 1962–70 Leitung des Bonner Studios des ZDF; 1969–78 Präsident des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr (Oberst d. R.); 1971–76 Chefredakteur des ZDF; 1977–96 Pferdezüchter auf seiner Farm in Kanada; 1982 Großes Bundesverdienstkreuz.

Woller trat nach 1945 gegenüber der französischen Besatzungsmacht als Föderalist hervor. Noch Ende 1948 schlug er angesichts der baldigen Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland [„un état unifié fortement centralisé“] die Schaffung einer Zeitung vor, die entschieden auch gegen den Zentralismus im Südwesten Partei beziehen sollte. Der Südweststaat [„unifié et centralisé avec Stuttgart comme capitale“] wäre Hauptangriffsziel des Organs gewesen; mit Walter Ferber [vgl. Klöckler, Ferber], dessen Föderalismusvorstellungen auf der Reorganisation von Baden fußten, wußte sich Woller explizit verbunden; „Projets des milieux fédéralistes de Singen-Constance“ vom 10. 12. 1948; AdO Bade AP c. 2157/3.

²¹³ Ebenda, [S. 1].

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Broszeit an Bidault vom 13. 6. 1946; AdO HCFA Cab. Civil POL-II-B p. 27. Dem Anschreiben sind die Statuten (masch. 15 S.) und das „Aktionsprogramm“ (masch. 7 S.) der DSV beigelegt. In den Unterlagen der Oberdelegation Baden ist ein Dossier zur geplanten Partei von Broszeit vorhanden („Union populaire démocratique et sociale“), das weiteres Material (u. a. die Namen der fünf Gründungsmitglieder) beinhaltet; AdO Bade Sec. Pol. c. 2157/3 p. 56.

tenbundes, der aus dreizehn Föderativstaaten bestehen sollte. Die ostdeutschen Landschaften zählte der Freiburger Wirtschaftsprüfer als Föderativstaaten hinzu (Ostpommern, Ostpreußen, Schlesien), im Norden sollte Niederdeutschland (Hannover, Schleswig-Holstein, Braunschweig und Teile Westfalens), Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg entstehen. West- und Mitteleuropa bekämen folgendes staatliches Gesicht: Sachsen, Thüringen, Hessen (Hessen-Nassau und Teile von Hannover), Rheinland und Franken (Saargebiet, Rheinpfalz, Hessen südlich des Mains und von Bayern Main-Franken, Mittel-Franken und Ober-Franken). Der bayerische Staat sollte auf die Oberpfalz, Nieder- und Oberbayern schrumpfen. Dem deutschen Südwesten ließ Broszeit durch die staatliche Zusammenfassung von Baden, Württemberg und Bayerisch-Schwaben einen großen Föderativstaat angedeihen, dem er den Namen „Schwaben“ verlieh. Die französische Besatzungsmacht reagierte auf die Parteipläne, indem sie jede weitere Betätigung verbot. Bleibt aber auch bei Broszeit und seinem Zirkel festzuhalten, daß ein schwäbisch-alemannischer Föderativstaat, d. h. ein weitgehend autonomer Staat innerhalb eines deutschen Staatenbundes, gewünscht wurde.

Das „Freie Südwestdeutschland“

Von einer antipreußischen Haltung sondergleichen zeugt der Versuch, von der amerikanischen Militärregierung eine Lizenz für eine Partei „Freies Südwestdeutschland“ zu erhalten. Verfasser und Protagonist des „Freien Südwestdeutschlands“ war Friedrich Kächele aus Mühlbach bei Eppingen in Nordbaden. Die umfangreiche, undatierte Denkschrift *Die Bildung eines freien Staates Südwestdeutschland*²¹⁶ erweist sich allerdings über weite Strecken als Autobiographie des Verfassers, der sich darüber hinaus auf „1173 Mitglieder“ berief. Weder Umfeld noch Größenordnung der Pläne sind freilich realistisch. Dennoch spiegelt sich auch in diesem Vorschlag die Stimmung der ersten Nachkriegsjahre wider. Kächele vertrat Pläne, deren territoriale Ausdehnung 1948 von Friedrich Metz, dem Leiter des Alemannischen Instituts in Freiburg, in Buchform (*Rhein-schwaben*) publik gemacht wurde. Das freie und neutrale Südwestdeutschland sollte aus Baden, Württemberg, der Pfalz und dem Saargebiet – falls nicht von Frankreich annektiert – zusammengesetzt werden. Ein stammesmäßiger Aspekt fehlte bei Kächele vollkommen, vielmehr standen der Neutralitätswunsch und die Schweiz als Paten im Vordergrund. Frankreich, so fuhr Kächele fort, werde von Grenzen profitieren, die für immer „gegen Preussen gesichert“ wären²¹⁷. „Wir Südwestdeutsche [*sind*] keine Preussen und wollen mit diesen auch nichts zu tun haben“; damit verdeutlichte Kächele seine antipreußische Haltung. Die Adjektive „neutral“ und „frei“, mit denen Kächele den Staat „Südwestdeutschland“ konnotierte, lassen den Schluß zu, daß eine weitere autonomistische Position vertreten wurde. Die Resonanz des Planes in der Bevölkerung ist aufgrund der wenigen Quellen nicht zu bestimmen.

²¹⁶ Friedrich Kächele: Die Bildung eines freien Staates „Südwestdeutschland“ (masch. 9 S.) [1945/46]; AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 228 p. 21 d. 72.

²¹⁷ Ebenda, S. 1.

Die „Europäische föderative Union“ – der südwestdeutsche Ableger der Paneuropabewegung

Bernhard Dietrich²¹⁸, der Bürgermeister von Singen am Hohentwiel, versuchte seine Alpenlandpläne und den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“²¹⁹ in ein abendländisches und zugleich paneuropäisches Gewand zu kleiden, eine Idee, die ihn schon lange beschäftigt hatte. Im Spätsommer 1946 durchdachte er mit seinem Gesinnungsgenossen, dem italienischen Vizekonsul a. D. und Gran Ufficiale Guido Parisch²²⁰, der seit Juni 1945 in Konstanz wohnhaft war²²¹, die Gründung einer politischen Partei, deren unglücklich gewählter Name „Europäische, republikanisch-demokratische-sozial-evolutionistische Partei“ sein sollte. Das ausführliche Lizenzierungsgesuch wurde persönlich beim Konstanzer Bezirksdelegierten Marcel Degliame eingereicht, der es unverzüglich nach Baden-Baden weiterleitete²²². Doch wenige Tage später änderten Dietrich und Parisch ihre Taktik; im Informationsschreiben an Landeskommissär Nordmann, das identisch mit dem Exposé an die französische Besatzungsmacht war, zogen sie den Antrag auf Parteigründung zurück und zeigten den Wunsch an, einen eingetragenen Verein mit Namen „Europäische föderative Union“ ins Leben rufen zu wollen²²³.

Ein „Zentral-Exekutiv-Komitee“ war bereits gebildet, der kommissarische Präsident und Leiter der Sektion für Deutschland hieß Bernhard Dietrich, der Generalsekretär und zuständige Mann für Italien war Guido Parisch. Weitere sechs Personen erhielten Funktionen und waren Mitglieder des provisorischen Vorstands²²⁴. In 25 willkürlich zusammengestellt anmutenden Punkten erläuterte Parisch das Hauptziel der Vereinigung:

²¹⁸ Zu Dietrich vgl. Kapitel III/1.

²¹⁹ Zu den Alpenlandplänen und dem „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ vgl. Kapitel III/1 und Kapitel III/4.

²²⁰ Guido Parisch (1885-?) (die Kaufmannsfamilie P. war angelsächsischer Abstammung und siedelte sich 1847 in Genua an), italienischer Staatsangehöriger und Freimaurer in der Loge „Alto Adige“ (Südtirol); 1922 verließ der Filmindustrielle P. aus politischen Gründen Italien; Tätigkeit in der Filmbranche in Berlin (Produktion, Synchronisation, Verleih und Vertrieb); 1944 italienischer Vizekonsul in Freiburg i. Br.; Gran Ufficiale; seit 20. 6. 1945 wohnhaft in Konstanz.

Zu Recherchen der Kriminalpolizei Konstanz über P. vgl.: Kriminalpolizei Konstanz an Landeskommissär Nordmann vom 7. 10. 1946; StA FR A 96/1 1990 und A 96/1 Spec. 4780.

Nach einem Aufruf von Professor Galosso im Radio Roma am 11. 11. 1945 beantragte Guido Parisch bei Landeskommissär Nordmann die Genehmigung einer Dante-Alighieri Gesellschaft für italienische Kultur und Sprache. Nordmann verwies Parisch am 19. 12. 1945 auf die dafür zuständige Militärregierung; StA FR A 96/1 Spec. 4780.

²²¹ Als Adresse gab Parisch Huetlinstr. 39 an, also das Gasthaus Metropol; vgl. Stadtadressbuch Konstanz 1943 und 1949.

²²² Das Exposé erreichte das Zivilkabinett von General Koenig am 2. 10. 1946; AdO HCFA Cab. Civil Pol-II-B p. 27.

²²³ „Exposé von Guido Parisch in Konstanz hier: Die Bildung der vereinigten Staaten von Europa“; StA FR A 96/1 1990.

²²⁴ Der Direktor der Deutschen Bank – Filiale Konstanz –, Ewald Patschke, zeichnete als Schatzmeister, der Generalsekretär des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, Leopold Paur, fungierte als juristischer Berater; der Kressbronner Bürgermeister und Regierungsrat a. D. Josef Abrell und Dr. Alfred Rennert waren des weiteren im provisorischen Vorstand. Der Delegierte für die ABZ war der Starnberger Dr. Kurt von Oerthel (ein aus Berlin stammender Filmindustrieller), als Frauenbeauftragte trat Alice Eberlein (eine Jüdin, die von Parisch während des Krieges geschützt worden war) hinzu. Knappes Programm und Liste des Vorstands außerdem in: AdO HCFA Cab. Civil c. 26 POLII-A d. 21.

die politische Zusammenfassung des Abendlandes durch die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Die Vordenker der Ziele seien Victor Hugo, Giuseppe Mazzini und Constantin Frantz gewesen, als Leitfigur und Organisator der Paneuropabewegung erkannte Parisch den Grafen Coudenhove-Kalergi²²⁵ an. Die „Europäische föderative Union“ sah sich nur als Teil einer überall im besetzten Deutschland erstarkenden Paneuropabewegung an²²⁶. Charakteristisch war für die Paneuropa-Gruppen der Wunsch, unter Umgehung einer deutschen Staatsgründung zuerst eine Europäische Konföderation zu schaffen. Ob die einzelnen deutschen Länder Mitglieder in einem vereinten Europa werden sollten oder ob zuerst neue autonome Staaten in Deutschland geschaffen werden müßten, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die politische Realisierbarkeit der Gedankenspiele war zu keinem Zeitpunkt gegeben, es bleibt aber festzuhalten, daß der Begriff „Abendland“ als Fundament der Vereinigten Staaten von Europa politische Relevanz gewinnen sollte. Für Südwestdeutschland brachten die Paneuropavorstellungen – sieht man vom Programm des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ ab – keine Lösungsvorschläge der durch die Besatzung verfahrenen, territorialen Zustände.

²²⁵ Richard Graf von Coudenhove-Kalergi (1894–1972), 1923 Gründer der Paneuropabewegung; 1938 Emigration in die Schweiz; 1940–46 Historiker an der Universität New York; 1947 Rückkehr in die Schweiz; 1947 Gründer der „Europäischen Parlamentarier Union“; 1950 erster Träger des Karlspreises der Stadt Aachen; 1952 Ehrenpräsident der „Europäischen Bewegung“. Zu seinen Vorstellungen vgl. Coudenhove-Kalergi, *Paneuropa*. Ausgehend von der Prämisse, Deutschland sei in seiner Geschichte bis 1871 immer schon ein Staatenbund gewesen, präsentierte Coudenhove-Kalergi im Februar 1948 eine staatenbündische Lösung des deutschen Problems: Die Einteilung in sechs „souveräne“ Staaten. Den südwestlichen deutschen Staat nannte er „Schwaben“ („Suabia“), und dieser würde zusammen mit Bayern, dem Rheinland, Niedersachsen, Sachsen und Brandenburg über einen deutschen Staatenbund in eine europäische Föderation integriert; Coudenhove-Kalergi: *A German Commonwealth* (masch. 3 S.) vom 23. 2. 1948; AdO SGAAA Dir. Pol. c. 10 A12.

²²⁶ Die französische Besatzungsmacht hatte im November 1947 Kenntnis von 24 solcher Bewegungen, deren wichtigste die Europa-Union in Mönchengladbach, die Pan Europa Union in Hamburg, die Europäische Gemeinschaft in Münster, die Europäische Aktion in Stuttgart, die Weltstaat Liga in München und innerhalb der FBZ der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“, der „Pfälzer Heimatbund“, die Rheinische Volkspartei und die „Autonomen Föderalisten“ (vgl. Kapitel III/4) waren; AdO SGAAA Dir. Pol. c. 43 F12.

Zusammenfassung

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland brachen süd- und westdeutsche Politiker mit zentralistischen Entwicklungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Föderalismus als Gliederungsprinzip im Verhältnis zwischen Bundesstaat und Ländern eröffnete Perspektiven, die sich langfristig bewährt haben. In der Frage der innerstaatlichen Neugliederung hatten allerdings die alliierten Entscheidungen der ersten Nachkriegsjahre die spätere Entwicklung vorweggenommen. Die französische Gründung von Rheinland-Pfalz im Jahr 1946 blieb unangetastet, und auch Nordrhein-Westfalen als englische Schöpfung fand seinen Weg in die Bundesrepublik. Einzig in der Südwestecke war mit Gründung des Weststaates eine intensiv geführte Neugliederungsdiskussion noch nicht beendet. Drei Konzepte standen sich hier nach 1945 gegenüber: der stammesföderalistische Plan, das Restaurationsmodell und die Idee des Südweststaates. Die Untersuchung hat dokumentiert, daß die Neugliederungsdiskussion schon im Sommer 1945 eingesetzt hat. Die Befürworter einer stammesmäßigen Gliederung im Südwesten waren fast durchweg im katholisch-konservativen Lager verwurzelt, Konfession und politische Konzepte gingen über weite Strecken Hand in Hand.

Chronologisch gesehen war das Alpenlandprojekt des Singener Bürgermeisters Bernhard Dietrich die erste und umfassendste Variante einer Reihe weitreichender Neugliederungskonzepte. Die Wurzeln des Alpenlandplanes finden sich bei Dietrich schon in der Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus war gewissermaßen eine Art Inkubationszeit. Die Unterdrückung föderalistischer Ideen durch das Regime erwies sich als Katalysator. Nach dem Zusammenbruch drängten sich Vorstellungen dieser Art an die Oberfläche einer desorientierten Nachkriegsgesellschaft. Wenngleich föderalistische Vorstellungen im Süden¹ eine lange und ungebrochene Tradition besaßen, hatten Erziehung und Militarisierung seit der Reichsgründung von 1871 Spuren hinterlassen. Der Klassiker des deutschen Föderalismus, Constantin Frantz, war 1945 einer großen Mehrheit der Bevölkerung unbekannt, jedes Autonomie- und Neugliederungskonzept zudem sofort des „Separatismus“ verdächtig. Die Konzeption eines föderalistisch aufgebauten, weitgehend autonomen und in ein abendländisches Europa eingebetteten alpinen Staatenbundes schien nur wenig Chancen zu besitzen, vor allem wenn man die übergreifenden politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Überwindung des Nationalstaates zugunsten einer europäischen Lösung ist letztlich bis zum heutigen Tage nicht geglückt. Es kann deshalb nicht verwundern, daß viele Deutsche nach 1945 jedes vermeintlich „separatistische“ Konzept entschieden ablehnten. Der Alpenlandplan Dietrichs blieb das Projekt einiger Honoratioren und Intellektueller, die hierfür in erster Linie publizistisch wirkten. Bereits am Ende des Jahres 1945 machte die ablehnende Haltung der Pariser Entscheidungsinstanzen die Pläne obsolet. Die französische Österreichpolitik stand den Alpenlandvorstellungen Dietrichs diametral entgegen.

¹ Für die Zeit vor der Reichsgründung vgl.: Runge, Volkspartei. Zu den Föderalismuskonzepten in der Weimarer Republik vgl. Benz, Süddeutschland und Heimers, Unitarismus.

Es ist an dieser Stelle müßig, Hypothesen aufzustellen. Die Frage nach der politischen Realisierbarkeit hat sich nie gestellt, dazu war das Projekt zu unausgegoren, und das frühe Verbot der Aktivitäten durch die französische Besatzungsmacht hinterließ nur Makulatur. Dietrich als *Spiritus rector* der alpinen Union handelte nicht – wie bisher vermutet – als Einzelperson, sondern konnte sich insbesondere auf konservativ-katholische Vorarlberger Politiker stützen. Vorarlberg, politisch seit 1918 der widerstrebendste und unruhigste Teil des neuen österreichischen Staates, hat durch einen Honoratiorenzirkel um den Bregenzer Bürgermeister Julius Wachter gezeigt, daß die Idee der Zusammengehörigkeit süddeutscher und österreichischer Gebiete nach 1945 in Teilen der Bevölkerung nicht verschwunden war. Obschon historische Reminiszenz, bildete die Erfahrung der österreichischen Herrschaft bis zur Napoleonischen Zeit (Vorderösterreich) eine entscheidende Klammer, die nach dem Zweiten Weltkrieg selbst im entfernten Freiburg durch die Umbenennung von Straßen nach Kaisern aus dem Hause Habsburg ihren sinnfälligen Ausdruck fand. Auch Teile des oberdeutschen Adels trauerten der „schrecklichen, kaiserlosen“ Zeit nach: Erich Fürst von Waldburg-Zeil darf dabei ohne Vorbehalt paradigmatische Funktion zugesprochen werden. Die Alpenlandpläne hatten damit zwei Trägerschichten: auf der einen Seite zumeist katholische Honoratioren und auf der anderen Seite der ehemals standesherrliche, oberdeutsche Adel. Die Alpenland- oder Donaukonföderationspläne waren aber nicht ausschließliches Gedankengut der katholischen Zirkel. Der Schwenninger Oberbürgermeister Otto Gönnerwein, Protestant und parteipolitisch liberal, träumte ebenfalls von einer süddeutschen, territorial an Rhein und Donau orientierten Konföderation. Selbst im sozialdemokratischen Lager gab es Alpenlandpropagandisten – genannt sei stellvertretend der protestantische Reutlinger Oberbürgermeister Oskar Kalbfell, der sich 1945 in persönlichen Unterredungen für eine alpine Union stark machte.

Die Trägerschicht der Idee einer Alpenkonföderation blieb also nicht auf das katholische, politisch der sich im Aufbau befindlichen BCSV/CDU (respektive ÖVP) nahestehende Lager beschränkt. Dennoch finden sich im konservativen Umfeld die Hauptakteure der Diskussion. Weitere südwestdeutsche Befürworter des „Alpenlandes“ zu benennen, ist aufgrund der schwierigen Quellenlage des Jahres 1945 nicht einfach. Sicherlich wird aber die künftige Forschung noch manchen Quellenfund nicht nur aus privater Hand ans Tageslicht bringen, der die Alpenlandpläne für die unmittelbare Nachkriegsphase als Neugliederungsvorschlag ausweisen wird, der zumindest damals ernsthaft erwogen wurde. Denn wer im besetzten Deutschland wußte im Jahr 1945, welche Pläne die Alliierten mit dem besiegten Reich hatten? Hätte nicht der Morgenthau-Plan² – zwar politisch in den USA längst ad acta gelegt – eine Aufteilung Deutschlands bringen können? Die deutsche Propaganda hatte jedenfalls auch das Schreckgespenst der Zerstücke-

² Den vom amerikanischen Finanzminister Henry Jr. Morgenthau ausgearbeiteten Plan zur Aufteilung Deutschlands führte Präsident Roosevelt im September 1944 auf der Konferenz von Quebec mit sich. Das Papier ist abgedruckt in: Morgenthau, Germany, Einleitung. Morgenthau plädierte für einen süddeutschen Staat, der Bayern, Baden und Württemberg „und einige kleinere Gebiete“ umschließen sollte. Dieser Staat wäre nach den Vorstellungen des Finanzministers in einer Zollunion mit Österreich zu verbinden gewesen (vgl. Karte auf S. 160). Auch Sumner Welles hegte ähnliche Pläne: Statt zwei deutscher Staaten brachte Welles drei ins Gespräch, wobei er ausdrücklich den Zusammenschluß der vorherrschend katholischen Gebiete von Baden, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und des Rheinlandes im Sinne hatte; Ders., Time, S. 336–361.

lung weidlich ausgeschlachtet. Die latent in Süddeutschland vorhandenen antipreußischen Gefühle und die Vorstellung, vom Norden „vergewaltigt“ worden zu sein, machten die Alpenlandpläne zumindest in ihrem theoretischen Ansatz attraktiv. Begründet auf den Katholizismus und im vermeintlichen Einvernehmen mit der amerikanischen Besatzungspolitik glaubten viele süddeutsche Intellektuelle und Honoratioren an die Entstehung einer alpinen Konföderation. Doch die praktizierte Besatzungspolitik, nicht nur die der Amerikaner, strafte diese Vorstellungen Lügen. Mit der Jahreswende 1945/46 wurde klar, daß ein Zusammenschluß süddeutscher Länder mit Österreich nicht Ziel alliierter Politik war. Die strikt ablehnende Haltung der französischen Dienststellen in Wien, Baden-Baden und Paris ließen bei den Protagonisten starke Zweifel an der Realisierbarkeit ihrer Gedankenspiele aufkommen. Die Alpenlandpläne sind schon nach wenigen Monaten von der Tagesordnung verschwunden, die letzten Rückzugsgefechte wurden, speziell in Bayern und in der deutschen Presse, noch bis ins Jahr 1948 ausgetragen. Doch abgesehen von einigen Mitgliedern der Bayernpartei und einzelnen südwestdeutschen Persönlichkeiten hegte die Masse der Bevölkerung im besetzten Süddeutschland spätestens ab 1946 berechtigte Zweifel an der Praktikabilität einer alpenländischen Lösung.

Die französische Besatzungsmacht, die durch organisatorische Schwierigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Militärverwaltung und Militärregierung im Jahr 1945 geradezu paralysiert erscheint, verfügte indes ebenfalls über kein schlüssiges politisches Konzept. Klare Anweisungen aus Paris fehlten, die ersten beiden Jahre der Besatzung waren die „Zeit der Improvisation“³. Die mit der Verwaltung der deutschen Landkreise betrauten Delegierten fühlten sich mit unüberschaubaren Problemen eines zerstörten und besetzten Landes alleine gelassen. Ohne Anweisungen und ohne leistungsfähige Kommunikationsmittel mußten sie nach eigenem Gutdünken ihre Entscheidungen treffen, auch die politisch wichtigen. Die personelle Zusammensetzung der französischen Militärregierung kam erschwerend hinzu. Die Heterogenität war selbst für Außenstehende nicht zu übersehen: Vichy-Belastete, Kommunisten, Sozialisten, Gaullisten und ehemalige Résistancekämpfer bildeten ein recht eigentümliches Gemisch. Untereinander wußten die Offiziere, „zu welcher Sorte der andere gehörte“⁴. Selbst innerhalb der lediglich eine Handvoll Offiziere umfassenden Kreismilitärregierungen traten oft Spannungen auf. Eine einigermaßen geordnete Verwaltung wurde frühestens ab Herbst 1945 von den Oberdelegationen und der hypertrophen Baden-Badener Zentrale mit den beiden Kabinetten von General Koenig und Generalverwalter Laffon eingeleitet. Doch zeigten diese Ansätze erst ab Sommer 1946 auf allen Ebenen Erfolg. Bis dahin konnten die Kreisdelegierten als „Kreiskönige“⁵ agieren, ihre Maßnahmen entsprangen gezwungenermaßen der eigenen politischen Lageeinschätzung. Die Macht der Kreis-, und im Falle Badens und Vorarlbergs der Bezirksdelegierten, spielte auch eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung des Alpenlandprojekts. Der Bregenzer Bezirksdelegierte Benité ermunterte und unterstützte die Pläne Dietrichs, er sorgte für die Logistik bei den Treffen in Singen und Bregenz und gab sich als aktiver Befürworter zu erkennen. Erst auf Druck des französischen Oberbefehlshabers in Wien, General Béthouart, wurden die

³ Interview mit Maurice Grimaud vom 18. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁴ Interview mit Dominique Magnant vom 21. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁵ Zu diesem Begriff vgl. Wolfrum, Besatzungsarchiv, S. 88.

Aktivitäten der Alpenlandbewegung verboten. Der Konstanzer Bezirksdelegierte Marcel Degliame – ehemaliger kommunistischer Résistancekämpfer – war seit seinem Eintreffen im November 1945 im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Oberst d'Alauzier, unterschiedener Gegner einer konfessionellen, auf historisch-ethnischen Überlegungen beruhenden Neugliederung Süddeutschlands und Österreichs. Mißtrauisch beobachtete er die Aktivitäten Dietrichs und dessen Zirkel, ohne auch nur einen Gedanken an eine ideelle oder materielle Unterstützung der Pläne zu verschwenden.

Die sehr unterschiedlichen föderalistischen Planspiele der einzelnen Kreisdelegierten bestimmten demzufolge die französische Politik in der sofort nach der Niederlage einsetzenden Neugliederungsdiskussion. Vorgesetzte Dienststellen wurden oft erst nach Zeitungsmeldungen auf politische Vorgänge im eigenen Sprengel aufmerksam. Einhergehend mit der großen Selbständigkeit der unteren Organe der Militärregierung, verbrauchte ab Spätsommer 1945 der Aufbau der Apparate auf den Ebenen der Mittel- und Oberinstanzen einen Großteil der Kräfte. Dies führte dazu, daß die Deutschland und Österreich betreffenden Direktiven General de Gaulles vom Juli 1945, von denen zwingend jeder Kreisdelegierte hätte Kenntnis erhalten müssen, zwar in Baden-Baden und Wien bekannt waren, die Weiterleitung an die Oberdelegierten aber schon fraglich war. Mit Sicherheit jedoch sind die Direktiven, und damit die politischen Vorstellungen der Provisorischen Regierung, nicht auf der entscheidenden Ebene der Kreise angekommen; vielmehr waren sie dort gänzlich unbekannt. Deshalb konnte sich eine von Pariser Seite als gefährlich eingeschätzte Alpenlandbewegung über Monate sogar gewisser Unterstützung lokaler Offiziere erfreuen⁶, um dann aber endgültig – zuerst im französisch besetzten Teil Österreichs – verboten zu werden. Die Alpenlandbewegung wird dadurch zu einem Paradebeispiel für die langatmigen Informations- und Entscheidungswege sowie für eine allgemeine Konzeptionslosigkeit innerhalb der gesamten Militärregierung. Von einer generellen französischen Unterstützung der Alpenlandpläne kann daher keine Rede sein, die Rolle eines Major Benité mag daran nichts ändern. Frankreich sah sich als Schutzmacht der österreichischen Unabhängigkeit, zu deren Verteidigung es mit allen Mitteln bereit war. Auch vom Klischee der französischen Protektion „separatistischer Bewegungen“⁷ muß damit endgültig Abschied genommen werden. Die Provisorische Regierung hatte kein Interesse an einer tiefgreifenden Umwälzung der politischen Verhältnisse in Mitteleuropa, de Gaulle glaubte vielmehr, daß ein süddeutscher Staatenbund unter Einschluß Österreichs den französischen Sicherheitsinteressen kaum entsprochen hätte; in einer alpinen Konföderation sah er den künftigen Keim eines neuen „Großdeutschen Reiches“.

Schon im Januar 1946 reduzierte Dietrich das Alpenlandprojekt auf die Forderung nach einem schwäbisch-alemannischen Staat. Die Schaffung eines Stammesstaates ver-

⁶ Die Mutmaßung Gerd Friedrich Nüskes, es habe „nur ganz anfänglich unbedeutende Unterstützung durch französische Militärs“ gegeben, deckt sich mit dem Befund des Verfassers; Nüske, Rolle, S. 393.

⁷ Vgl. etwa Hirscher, Schmid, S. 19, der den Franzosen unterstellte, daß sie „– direkt oder indirekt – separatistische Tendenzen förderten“, bzw. Bury, Volksentscheid, S. 7 („Frankreich [...] unterstützte separatistische Bewegungen“) oder Pfetsch, Verfassungspolitik, S. 91, der von einer „verhaltenen Unterstützung“ spricht. Auch der Altmeister der Forschung zur FBZ, Frank R. Willis, meinte zu Beginn der französischen Besatzung eine kurzzeitige Unterstützung des „Separatismus“ ausmachen zu können; Ders., France, S. 47.

stand er als Vorstufe zu einer alpinen Konföderation. Nur unter dem Vorbehalt, daß sich die Aktivitäten auf die Südzone beschränkten und damit keine unmittelbare Gefahr für das alemannische Elsaß bestand, ließen die maßgeblichen Baden-Badener Dienststellen das Projekt einer politischen Vereinigung gelten. Bis zum Eintreffen der Lizenz sollte über ein halbes Jahr vergehen. Erst im Sommer 1946 konnte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ ins Leben gerufen werden. Der Gründung vorausgegangen waren intensive Werbungen Dietrichs; und tatsächlich hatte er in bestimmten Kreisen den Nerv der Zeit getroffen. Das öffentliche Interesse am Heimatbund war in den ersten Monaten keinesfalls gering. Otto Feger, Stadtarchivar von Konstanz und Verfasser der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie*, trat dem Heimatbund bei und bekleidete für einige Monate einen führenden Posten.

Die Mitarbeit Fegers im Heimatbund förderte die Popularität der Vereinigungs-idee. Mit dem fast zeitgleichen Erscheinen von Fegers Schrift in einer Auflage von 50 000 Exemplaren und der Gründung des Heimatbundes im Sommer 1946 wurde über die Ideen eines autonomen, stämmisch gegliederten Südwestens nicht nur im intellektuellen Milieu heftig debattiert. Die Reaktionen umfaßten, wie Feger es schon bei Abfassung der Manuskripts vermutet hatte, überschwengliches Lob und abgrundtiefe Ablehnung. Die Schaffung des Südstaates durch die französische Besatzungsmacht schien vielen Politikern im Jahr 1946 als überaus wahrscheinlich, die Amerikaner hatten in den nördlichen Landesteilen eine Vereinigung schließlich vorexerziert. Der Südstaat als ein Zusammenschluß von Südbaden, Südwürttemberg, Hohenzollern und dem bayerischen Landkreis Lindau wäre in der Bevölkerung als Vorstufe einer schwäbisch-alemannischen Demokratie interpretiert worden. Regionalismus und Heimatliebe, verbunden mit einer tiefsitzenden Aversion gegenüber Preußen und dem Berliner Zentralismus, bildeten das Fundament für die Attraktivität der Autonomiepläne. Die Interessenlage des Autors selbst ist durch ein Konglomerat verschiedener Motive geprägt. Von einer französischen Auftragsarbeit kann in keiner Weise gesprochen werden. Doch das mangelnde Interesse der Baden-Badener Dienststellen an den stammesbezogenen Autonomievorstellungen kam in der Ablehnung der entsprechenden Zeitschriftenprojekte zum Ausdruck. Nur im Falle der *Schwäbisch-Alemannischen Demokratie* hatte es kurzzeitig zur Jahreswende 1945/46 eine scheinbare Übereinstimmung zwischen französischen Plänen im Zivilkabinett Koenig und den Ideen Otto Fegers gegeben. Dachten die Franzosen an eine Konföderation „Südschwaben“, die eine eminent politische Funktion beim Aufbau Deutschlands hätte spielen sollen („Zünderfunktion“ für eine föderalistische Struktur), so sah Fegers Konzept ein in der territorialen Ausdehnung zwar im Kern identisches, strukturell aber grundsätzlich neuartiges Staatsgebilde vor. Die hohe Papierzuteilung mußte deshalb einmalig bleiben, und sie ist nur vor dem Hintergrund der internen, intensiven und weit fortgeschrittenen französischen Planungen aus zu verstehen.

Der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ war keineswegs ein Lieblingskind der Besatzungsmacht. Viele Offiziere lehnten ihn kategorisch ab oder hintertrieben ihn – wie Guillaume Widmer als Oberdelegierter in Tübingen, der die Ausbreitung im süd-württembergischen Raum verhinderte. Selbst bei den gaullistisch orientierten Offizieren wollte keine rechte Freude über die Aktivitäten des Heimatbundes aufkommen. Die Furcht vor der elsässischen Autonomiebewegung der Zwischenkriegszeit saß der Militärregierung ständig im Nacken, hinter einer alemannischen Heimatbewegung schien ein ähnlich unkalkulierbares Risiko zu stecken. Für das Kabinett von Pierre Koenig war

eine schwäbisch-alemannische Demokratie ein zweiseitiges Schwert. Zum einen sah man in den Anhängern des Heimatbundes die Vertreter eines extremen Föderalismus, der von de Gaulle als nützlich erachtet wurde, zum anderen durfte ein Übergreifen der Alemannenbewegung auf andere Staaten, insbesondere auf Frankreich selbst, nicht stattfinden. Die Gefahren für die westlichen Teile Österreichs waren im Herbst 1945 deutlich sichtbar geworden.

Sicherlich hat der Heimatbund keine Volksmassen mobilisiert, so etwas war im Jahr 1946 kaum möglich. Selbst die gerade entstandenen politischen Parteien taten sich sehr schwer, Anhänger oder gar Mitarbeiter zu mobilisieren. Alles Politische schien grundsätzlich belastet, die Stimmung vieler Deutscher war von Politikverdrossenheit geprägt. Neben der überschaubaren Führungsgruppe ist die Zahl der Anhänger und Sympathisanten des Heimatbundes schwer zu quantifizieren. Bei der Zusammensetzung der bekannten Heimatbündler sticht das Gewicht des konservativen Elements als erstes ins Auge. Die BCSV in (Süd-)Baden und die CDU in (Süd-)Württemberg-Hohenzollern bildeten das Hauptreservoir der potentiellen Anhänger, Dietrich und Feger waren beide Mitglieder der BCSV. Aber auch die anderen Parteien, vor allem die Demokraten, stellten einige führende Köpfe. Binnen kurzer Zeit war der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ in der Tat zu einer überparteilich besetzten Vereinigung mit autonomistischen Zielen geworden. Doch weder die Einrichtung von Orts- noch von Landschaftsverbänden wollte gelingen. Die Dynamik der ersten Monate verflieg nicht nur wegen der mangelnden oder gänzlich fehlenden Kommunikation und der ausbleibenden französischen Unterstützung. Die Herausgabe eines Publikationsorgans, das durch entsprechende Vorarbeiten Fegers (*Das Oberland*) als auch Dietrichs (*Der Freie Süden*) bis zur Nullnummer fertiggestellt war, hätte den Plänen mit Sicherheit neuen Auftrieb gegeben.

Ursächlich für den baldigen Niedergang des Heimatbundes war das Fehlen eines konzentrierten Wirkens in der Öffentlichkeit mittels Versammlungen und Veranstaltungen, was an der Entschlußlosigkeit und am Unvermögen einzelner gescheitert ist. Otto Feger war zwar ein begabter Redner, zog sich aber nach internen Querelen bereits im Spätherbst 1946 aus der Vereinigung zurück. Andererseits war Bernhard Dietrich mit der Leitung des Heimatbundes sichtlich überfordert. In seinem Beruf als Arzt hatte er zusammen mit seiner Frau für den Unterhalt seiner großen Familie zu sorgen, als Bürgermeister stand er oftmals vor schier unlösbaren Aufgaben. Sein politisches Engagement im Heimatbund mußte sich unter diesen Voraussetzungen bald erschöpfen. Die Organisation und Durchführung von Werbeveranstaltungen in der Südzone, die er auch noch an sich zu ziehen suchte, konnte nicht ausschließlich auf seinen Schultern lasten. Der Generalsekretär des Heimatbundes, Leopold Paur, war zudem kein Mann der Tat. Obwohl ohne feste Anstellung, trat er unentschlossen und willensschwach an die Aufgabe heran. Seine spätere Mitarbeit in der Badischen Staatskanzlei unter Staatspräsident Wohleb verdeutlicht neben seinen organisatorischen Fähigkeiten auch sein Umschwenken in der Neugliederungsdiskussion, wobei es für ihn unerheblich war, ob sein föderalistisches Engagement, das außer Zweifel steht, sich für einen schwäbisch-alemannischen Staat oder für die Restauration Badens entfaltete.

Doch die fehlende Dynamik der führenden Köpfe des Heimatbundes soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Idee einer Neugliederung Südwestdeutschlands auf stämmischer Grundlage bei weitgehender Autonomie nicht nur in den Köpfen von Archivaren und Stammesföderalisten spukte. Mit Ausnahme der Kommunisten verwickelten

sich 1946 alle politischen Parteien in Flügelkämpfe, die allerdings bei der BCSV/CDU und der DP/DVP ausgeprägter waren als bei der SPB/SPD. Die BCSV unter ihrem Vorsitzenden Leo Wohleb gab sich als betont heimattreue Partei, deren Regionalismus ausgeprägt war. Als christliche Partei konnte sie in der überwiegend katholischen Bevölkerung mit der absoluten Mehrheit der Stimmen rechnen, und sie entwickelte sich wie erwartet zur beherrschenden politischen Kraft in (Süd-)Baden. Den Föderalismus hatte sich die BCSV aufs Panier geschrieben, Autonomiegedanken konnten sich aber nicht durchsetzen. Wohleb erkannte frühzeitig, daß sich der Heimatbund zu einer zweiten konservativen Kraft entwickeln könnte. Dies hätte zu einer Spaltung des christlichen Lagers geführt. Vor diesem Hintergrund ist die dezidierte Betonung der Heimat in der BCSV zu interpretieren. Jedes Abrücken in Richtung eines „vaterländischen Standpunkts“ hätte dem Heimatbund 1946 in die Hände gearbeitet. Die Planungen und Aussagen führender konservativer Parteigänger belegen die gedankliche Nähe zu den Vorstellungen des Heimatbundes; in der BCSV lag auch das Hauptreservoir für die Vereinigung selbst. Trotzdem gelang es der BCSV, diese gefährlichen Klippen zu umschiffen und die Wankelmütigen auf die eigene Seite zu ziehen. Natürlich trug das französische Verbot der Parteigründung für die schwäbisch-alemannischen Autonomisten maßgeblich zu deren Schwächung bei, als politisch nicht organisierte Kraft konnten sie in Form einer Vereinigung keine wirkliche Alternative zur BCSV darstellen. Durch die Konkurrenz des Heimatbundes betonte die BCSV noch mehr die Belange der Heimat. Dies mag auch der späte Wechsel des Parteinamens in CDU – der Heimatbund hatte längst seinen Zenit überschritten – von Ende 1947 belegen. In der Neugliederungsdiskussion wäre die BCSV 1946 jedenfalls bereit gewesen, unter der französischen Besatzungsmacht in einem Südstaat nach einer Namensänderung die politische Verantwortung zu übernehmen. Erst in der Auseinandersetzung um den Südstaat entwickelte sich eine gewisse Zahl badischer Christdemokraten vollends zu Verfechtern der Wiederherstellung der alten Länder. Es ist zwar richtig, daß die „alemannische Versuchung“ nur in der „Stunde Null“ Konjunktur hatte, so Paul-Ludwig Weinacht, sie war allerdings nicht auf einen kleinen Zirkel beschränkt und wurde in ihrer Dimension von Zeitgenossen und der historischen Forschung eindeutig unterschätzt⁸.

Die in Württemberg-Hohenzollern als CDU gegründete konservative Partei hatte ungleich weniger Berührungspunkte mit dem „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Außer in Rottweil ließ das de-facto-Verbot Widmers die Bildung keines weiteren organisierten Ablegers zu. Dennoch waren gerade autonomistische und stammesföderalistische Positionen in den katholischen, oberschwäbischen CDU-Führungskreisen häufig anzutreffen. Antiborussianismus und Regionalismus bildeten auch im württembergischen Oberland das Fundament für die Akzeptanz einer als stämmisch aufgefaßten Südstaatlösung. Der oberschwäbische Adel, der sich größtenteils in der CDU wiederfand, hätte in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einen schwäbisch-alemannischen Staat begrüßt, wenngleich einzelne Adelige wie Erich Fürst von Waldburg-Zeil ein solches Gebilde nur als Vorstufe einer alpenländischen Konföderation verstehen konnten. Die Restauration ihrer Herrschaft steht unübersehbar als Motiv hinter den Plänen des Adels. Vor allem an der Basis aber war die CDU Württemberg-Hohenzollern auf die Wiederherstellung des alten Landes Württemberg fixiert.

⁸ Weinacht, Kultur, S. 235.

Die Sozialdemokratie ging in der Frage der Neugliederung 1945/46 andere Wege. Im französisch besetzten Südwesten entwickelte sich in Baden ein extrem föderalistischer Flügel um den späteren Wirtschaftsminister Friedrich Leibbrandt, der zwar die autonomistischen Ziele des Heimatbundes ablehnte, einen Südstaat aber begrüßte. Die Ausführungen Carlo Schmidts auf dem Gründungsparteitag der SPD Württemberg-Hohenzollern vom 10. Februar 1946 lassen zumindest unter einem Teil der Genossen eine stark föderalistische Ausprägung erkennen. Das Stichwort der „Verschweizerung“ Südwestdeutschlands ließ der Phantasie 1946 jedenfalls freien Lauf. Dennoch bestanden nur vereinzelt personelle Beziehungen zum Heimatbund, der Autonomismus konnte in der SPD nicht Fuß fassen.

Die sich formierende Demokratische Partei hingegen hatte einige gewichtige Parteimitglieder, die sich eindeutig für mehr Autonomie und eine Reorganisation Südwestdeutschlands auf stämmischer Grundlage ausgesprochen haben. Manche, wie der Schwenninger Oberbürgermeister Otto Gönnerwein, gingen noch weiter und plädierten für eine Donaukonföderation. Doch die Demokratischen Parteien in Baden und Württemberg-Hohenzollern blieben insgesamt weitgehend immun gegen Autonomieforderungen und drängten die Verfechter in ihren Reihen an den Rand.

Die Gründungsversuche verschiedener politischer Sammelbewegungen und Parteien während der Jahre 1945/46 sind Ausdruck des damaligen Bedürfnisses nach Aussprache und Neubeginn. Ein zentraler Punkt in den Programmen, die sich aus dieser Zeit erhalten haben, ist die Frage der staatlichen Neugliederung des Südwestens. Das Postulat der Überwindung der dynastischen Ländergrenzen verbindet diese frühen Bemühungen für eine regionale Neugliederung. Ob stammesföderalistisch oder nicht, die Neugliederungsdiskussion war mit der Kapitulation vom Mai 1945 entbrannt und war keineswegs auf die Alternative der Restauration der alten Länder oder der Schaffung des Südweststaats festgelegt. Vor dem Hintergrund eines aus der katholischen Soziallehre geborenen Föderalismusbegriffs und der Reminiszenz an das Herzogtum Schwaben entwickelte sich in den Jahren 1945/46 der Plan einer schwäbisch-alemannischen Demokratie. Die Forschung hat dieses Konzept zweifellos unterschätzt, schon allein die Intensität, mit der das Honoratioren- und Intellektuellenmilieu darauf reagierte, macht dies deutlich. Der Idee standen aber die Vorgaben der französischen Besatzungsmacht entgegen. Die fortgeschrittenen Planungen einer süddeutschen Konföderation, die nach dem Willen Pierre Koenigs auch realisiert worden wäre, scheiterten an den deutschlandpolitischen Vorstellungen des französischen Außenministeriums und General de Gaulles. Frankreich hoffte nämlich bis Ende der vierziger Jahre, Südwürttemberg gegen Nordbaden als Besatzungsgebiet eintauschen zu können, und stand dem stämmischen Neugliederungsvorschlag daher grundsätzlich ablehnend gegenüber. Die Umsetzung föderalistischer Politik im besetzten Deutschland war für den westlichen Nachbarn auf die Restauration der dynastisch begründeten süddeutschen Länder festgelegt. Deshalb tat sich Frankreich auch mit der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Jahr 1952 schwer.

Anhang

Die Kreisdelegierten der französischen Südzone 1945/47

Die Militärregierungen für Südwestdeutschland trugen nach amerikanischen Vorgaben auf Landesebene die Bezeichnungen E2 (Nördliches Baden)⁹, F2 (Südliches Baden)¹⁰, G3 (Südliches Württemberg und Hohenzollern)¹¹ und C3 (Nördliches Württemberg)¹². Die Kreisdelegationen wurden nach der jeweiligen Bedeutung mit den Buchstaben I und H gekennzeichnet und nach numerus currens sortiert.

Die Kreisdelegationen¹³:

Baden:

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Land Baden:	5/45	Oberst Eberle (Sitz Karlsruhe)	E1 E2	0011
	6/45	General Morlière (Sitz Karlsruhe)		
	7/45	Oberdelegierter Schwartz (Sitz Freiburg)		
	6/46	Oberdelegierter Pène (Sitz Freiburg)		
Lk ¹⁴ Baden-Baden:	5/45	Oberstleutnant Moutenet	H1 F2	
	6/45	Oberstleutnant Moutenet	H1 F2	1001
	8/45	Oberstleutnant Moutenet		1001
	6/46	Oberstleutnant Moutenet		
Sk Baden-Baden:	12/45	Oberstleutnant Parodin		
	5/46	Kreisdelegierter Parodin		
	6/46	Oberstleutnant Moutenet		
Lkk Baden-Baden:	6/46	Oberstleutnant Moutenet		

⁹ In Nordbaden (E2): I5 Bruchsal; I6 Karlsruhe; I7 Pforzheim; der Stadtkreis Karlsruhe: G6; der Bezirk Karlsruhe: E1.

¹⁰ In Südbaden (F2): I1 Bühl; I2 Emmendingen; I3 Müllheim-Lörrach; I4 Offenburg-Kehl; I5 Lahr-Wolfach; I6 Donaueschingen; I7 Säckingen-Waldshut; I8 Überlingen; I9 Freiburg; die Militärregierungen der Bezirke: F1 Freiburg, F2 Konstanz.

¹¹ In Südwürttemberg und Hohenzollern (G3): I2 Biberach; I3 Böblingen; I4 Calw; I7 Ravensburg; I8 Reutlingen; I9 Rottweil; I10 Tübingen; I11 Horb-Balingen; I12 Freudenstadt; I13 Friedrichshafen; I15 Münsingen-Ehingen; I16 Saulgau; I17 Tuttlingen; I18 Wangen; H2 Sigmaringen.

¹² In Nordwürttemberg (C3): H1 Stuttgart; H2 Esslingen; H3 Ludwigsburg; I5 Leonberg; I6 Vaihingen; die Militärregierung für Württemberg in Stuttgart E1.

¹³ Die Angaben stützen sich auf Recherchen des Verfassers im AdO/Colmar, auf ein „Aide-Mémoire“ aus dem Privatarhiv René Bargeton und insbesondere auf folgende vier Dokumente: „Implantation des détachements de Gouvernement Militaire à la date du 3 Mai 1945“, Oberst Thomazo vom 3. 5. 1945; AdO Bade H 1101. „Implantation des détachements – à la date du 4 Juin“, 5^e Bureau vom 4. 6. 1945; AdO Bade H 1101. [Gliederung der FBZ], Laffon vom 5. 8. 1946; AdO Cab. Laffon c. 16. [Organigramm] vom 1. 6. 1946; AdO Cab. Laffon c. 16.

¹⁴ Lk: Landkreis; Lkk: Landeskommisariatsbezirk; Sk: Stadtkreis.

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Lk Bruchsal:	5/45	Hauptmann Jeanneret	I5 E2	5371
	6/45	Hauptmann Jeanneret	I5 E2	
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Lk Bühl:	5/45	Hauptmann Saigne	I1 F2	5081 5080
	6/45	Hauptmann Saigne	I1 F2	
	8/45	Hauptmann Saigne		
	6/46	Kreisdelegierter Bregeault de Thastenay		
	11/46	Kreisdelegierter Bregeault de Thastenay		
Lk Donaueschingen:	4/45	Hauptmann Verchot		5031 5031
	5/45	Hauptmann Robert	I6 F2	
	6/45	Hauptmann Robert	I6 F2	
	8/45	Hauptmann Robert		
	6/46	Kreisdelegierter Noël		
Lk Emmendingen:	5/45	Hauptmann Chervy	I2 F2	5101 5101
	6/45	Hauptmann Chervy		
	8/45	Hauptmann Chervy		
	6/46	Kreisdelegierter Cayrol		
Sk Freiburg:	5/45	Oberstleutnant Montel	F1 F2	111
	6/45	Oberstleutnant Montel	F1 F2	
	10/45	Kreisdelegierter Monteux		
Lk Freiburg:	6/46	Kreisdelegierter Monteux		5301 3301
	5/45	Hauptmann Schneider	I9 F2	
	6/45	Hauptmann Schneider	I9 F2	
	8/45	Hauptmann Schneider		
Lkk Freiburg:	6/46	Bezirksdelegierter Marcellin		111
	8/45	Oberstleutnant Marcellin		
	6/46	Bezirksdelegierter Marcellin		
Lk Karlsruhe:	5/45	Hauptmann Senechal	I6 F2	5281
	6/45	Hauptmann Senechal	I6 E2	
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Sk Karlsruhe:	5/45	Oberstleutnant Marcellin	G6 E2	501
	6/45	Oberstleutnant Marcellin	G1 E2	
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Lk Kehl:	5/45	siehe Lk Offenburg		5271 5271
	6/45	Hauptmann Wiedling		
	8/45	Hauptmann Wiedling		
	6/46	Kreisdelegierter Grasset		
	11/46	Kreisdelegierter Grasset		
Lk Konstanz:	6/45	Hauptmann Lesur		
Sk Konstanz:	6/45	Hauptmann Hoeppfner		
	9/45	Kreisdelegierter Droin		
	9/45	Zusammenlegung von SK und Lk Militärre- gierung		
	10/46	Auflösung der Kreismilitärregierung Kon- stanz (Stadt und Land) und Unterstellung unter Bezirksdelegation		

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Lkk Konstanz:	5/45	Fregattenkapitän Jamet	F2 F2	
	6/45	Major d'Alauzier	F2 F2	121
	8/45	Major d'Alauzier		121
	11/45	Bezirksdelegierter Degliame		
	2/48	Bezirksdelegierter Noël		
Lk Lahr:	5/45	Hauptmann Chabod	I5 F2	
	6/45	Hauptmann Chabod	I5 F2	5001
	8/45	Hauptmann Chabod		5001
	6/46	Kreisdelegierter Rendinger		
Lk Lörrach:	4/45	Oberstleutnant Faivre		5001
	8/45	Oberstleutnant Faivre		
	9/45	Kreisdelegierter Robichon		
	4/46	Kreisdelegierter Robichon		
	5/46	Kreisdelegierter Georges		
Lk Müllheim:	5/45	Hauptmann Girard	I3 F2	
	6/45	Hauptmann Girard	I3 F2	5011
	8/45	Hauptmann Biedermann		5011
	6/46	Kreisdelegierter Dumoulin		
Lk Neustadt:	6/45	Offizier Verseau		5331
	8/45	Hauptmann Verseau		5331
	6/46	Kreisdelegierter Vittecoq		
Lk Offenburg:	5/45	Hauptmann Dejean	I4 F2	
	6/45	Korvettenkapitän Dejean	I4 F2	5201
	8/45	Korvettenkapitän Dejean		5201
	6/46	Kreisdelegierter Robert		
Lk Pforzheim:	6/45	Korvettenkapitän Pelletier	I7 E2	5141
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Lk Rastatt:	8/45	siehe Sk Baden-Baden		
	6/46	Kreisdelegierter Wolf		
Lk Säckingen:	5/45	Hauptmann Biedermann	I7 F2	
	6/45	Hauptmann Biedermann	I7 F2	5161
	7/45	Hauptmann Joly		5002
	8/45	Hauptmann Breton		5002
	6/46	Kreisdelegierter Chauchoy		
Lk Stockach:	6/45	Kommandant Duvernois		5151
	8/45	Hauptmann Mazens		5151
	6/46	Kreisdelegierter Mazens		
	11/46	Kreisdelegierter Schneider		
Lk Überlingen:	5/45	Leutnant Krempff	I8 F2	
	6/45	Leutnant Krempff	I8 F2	5041
	8/45	Leutnant Petit		5041
	6/46	Kreisdelegierter Lindenmann		

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Lk Villingen:	5/45 6/46	siehe Lk Donaueschingen Kreisdelegierter de Félix		
Lk Waldshut:	5/45 8/45 6/46	siehe Lk Lörrach Hauptmann Essart Kreisdelegierter Blum		5161
Landkreis Wolfach:	5/45 6/45 8/45 6/46	siehe Lk Lahr Leutnant le Luc Leutnant le Luc Kreisdelegierter le Luc		5111 5111

Württemberg-Hohenzollern (einschließlich Lindau):

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Land Württemberg:	5/45 6/45 8/45 9/45	Oberst Niel (Sitz Stuttgart) Oberst Niel (Sitz Stuttgart) Oberst Herreman (Sitz Freudenstadt) Oberdelegierter Widmer (Sitz Tübingen)	E1 C3 E1 C3	21
Lk Balingen:	6/45 8/45 6/46	Hauptmann Wegmann Hauptmann Wegmann Kreisdelegierter Gonnet		5131 5131
Lk Biberach:	6/45 8/45 6/46	Hauptmann de Maudhuy Offizier Mencil Kreisdelegierter Weil	I2 G3	5051 5051
Lk Böblingen:	5/45 6/45 7/45	Hauptmann Stroh Hauptmann Stroh Teil der Amerikanischen Besatzungszone	I3 G3 I3 G3	5231
Lk Calw:	5/45 6/45 8/45 5/46 6/46	Hauptmann Boulanger Kontrolloffizier Boulanger Kontrolloffizier Boulanger Kreisdelegierter Frénôt Kreisdelegierter Frénôt	I4 G3 I4 G3	5021 5021
Lk Ehingen:	5/45 6/46	siehe Lk Münsingen Kreisdelegierter Noutary		
Lk Esslingen:	6/45 7/45	Major Borie Teil der Amerikanischen Besatzungszone	H3 C3	1021
Lk Freudenstadt:	5/45 6/45 8/45 6/46	Hauptmann Champigneulle Hauptmann Champigneulle Major Champigneulle Kreisdelegierter Colin	I12 G3 I12 G3	5341 5341

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Lk Friedrichshafen: (Tettngang)	5/45 6/45 8/45 6/46 3/47	Hauptmann Reine Hauptmann Reine Hauptmann Reine Kreisdelegierter Ulmer Kreisdelegierter Merglen	I13 G3 I13 G3	5091 5091
Lk Hechingen:	6/45 8/45 6/46	Oberstleutnant Brochu Oberstleutnant Brochu Oberstleutnant Brochu		1041
Lk Horb:	5/45 6/45 6/46	siehe Lk Balingen siehe Lk Hechingen Kreisdelegierter Langlade		
Lk Leonberg:	5/45 6/45 7/45	Hauptmann de la Tour Hauptmann de la Tour Teil der Amerikanischen Besatzungszone	I5 C3 I5 C3	5291
Lk Lindau:	6/45 8/45 2/46 6/46	Oberstleutnant Goizet Oberstleutnant Goizet Kreisdelegierter Font Réaux Kreisdelegierter Font Réaux		1031 1031
Lk Ludwigsburg:	5/45 7/45	Hauptmann Masure Teil der Amerikanischen Besatzungszone	H3 C3	
Lk Münsingen:	6/45 8/45 6/46 8/46	Hauptmann Vuillemin Hauptmann Vuillemin Kreisdelegierter Blanc Kreisdelegierter Blanc	I15 G3	5311 5311
Lk Ravensburg:	5/45 6/45 7/45 3/46 5/46 3/47	Hauptmann Steiner Hauptmann Steiner Hauptmann Steiner Kreisdelegierter Estrade Kreisdelegierter Moulin Kreisdelegierter Ulmer	I7 G3 I7 G3	5351 5351
Lk Reutlingen:	5/45 6/45 8/45 6/46	Korvettenkapitän Cosleou Korvettenkapitän Cosleou Korvettenkapitän Cosleou Kreisdelegierter Chery	I8 G3 I8 G3	5381 5381
Lk Rottweil:	5/45 6/45 8/45 6/46	Hauptmann Bessy Hauptmann Bessy Kommandant Garnier-Dupré Kreisdelegierter Garnier-Dupré	I9 G3 I9 G3	5121 5121
Lk Saulgau:	5/45 6/45 8/45 6/46 1947	Hauptmann Laze Hauptmann Laze Hauptmann Laze Kreisdelegierter Danguy Kreisdelegierter Clément	I16 G3 I16 G3	5221 5221

Verwaltungs- gliederung	Zeit- raum	Frz. Offizier	Bezeich- nung	AMFA Nr.
Lk Sigmaringen:	5/45	Oberstleutnant Moulin	H2 G3	
	6/45	Oberstleutnant Moulin	H2 G3	1061
	8/45	Oberstleutnant Moulin		1061
	6/46	Kreisdelegierter Chevallier		
Sk Stuttgart:	5/45	Fregattenkapitän Mercadier	H1 C3	
	6/45	Fregattenkapitän Mercadier	H1 C3	1001
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Lk Tübingen:	5/45	Korvettenkapitän Metzger	I10 G3	
	6/45	Korvettenkapitän Metzger	I10 G3	5391
	8/45	Oberstleutnant Buchon		5391
	6/46	Kreisdelegierter Courtois		
Lk Tuttlingen:	5/45	Hauptmann Willard	I17 G3	
	6/45	Hauptmann Willard	I17 G3	5171
	8/45	Hauptmann Willard		5171
	6/46	Kreisdelegierter Estrade		
Lk Vaihingen:	5/45	Hauptmann Conrad	I6 C3	
	6/45	Hauptmann Conrad	I6 G3	5021
	7/45	Teil der Amerikanischen Besatzungszone		
Lk Wangen:	6/45	Offizier Rousselet	I18 G3	5181
	8/45	Hauptmann Duvernois		5181
	6/46	Kreisdelegierter Hubert		

Abkürzungsverzeichnis

AdO	Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche (Colmar)
AL	Gräfllich Douglas'sches Archiv (Schloß Langenstein)
AMFA	Administration Militaire Française en Allemagne
AP	Affaires Politiques
APNA	Action Populaire Nationale d'Alsace
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AsD	Archiv der sozialen Demokratie (Bonn)
ASTO	Assimilés Spéciaux pour les Territoires Occupés
BA Bern	Bundesarchiv Bern
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BCSV	Badisch Christlich-Soziale Volkspartei
BHKP	Bayerische Heimat- und Königspartei
BP	Bayernpartei
Bü	Büschel
BVP	Bayerische Volkspartei
c.	caisse
Cab. Civ.	Cabinet Civil (Pierre Koenig)
CAD	Civil Administration Division
CAG	Christliche Arbeitsgemeinschaft
CCD	Civil Censorship Division
CCFA	Commandement en Chef Français en Allemagne
CDU	Christlich Demokratische Union
CFLN	Comité Français de Libération Nationale
CGAAA	Commissariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
CNR	Conseil National de la Résistance
COGMA	Centre d'Organisation du Gouvernement Militaire en Allemagne (Paris)
Cons. Pol.	Conseiller Politique
CSP	Christlich Soziale Partei
CV	Kartellverband (farbentragend)
d.	dossier
DAR	Diözesanarchiv Rottenburg a. N.
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DEP	Direction de l'Education Publique (Baden-Baden)
DGAA	Direction Générale des Affaires Administratives (Baden-Baden)
DI	Direction de l'Information (Baden-Baden)
D.I.	Division d'Infanterie
D.I.A.	Division d'Infanterie Algérienne
D.I.C.	Division d'Infanterie Coloniale
D.I.M.	Division d'Infanterie Marocaine
D.M.M.	Division d'Infanterie Marocaine Montagne
DP	Demokratische Partei
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVA	Deutsche Verlags-Anstalt
DVP	Demokratische Volkspartei

EAC	European Advisory Commission (London)
EAF	Erzbischöfliches Archiv Freiburg i. Br.
ECPA	Etablissement Cinématographique et Photographique de l'Armée (Paris-Fort d'Ivry)
EMDN	Etat-Major de la Défense Nationale
ENA	Ecole Nationale d'Administration (Paris)
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement (Bern)
FBZ	Französische Besatzungszone
FDA	Freiburger Diözesanarchiv
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn)
FFI	Forces Françaises de l'Intérieur
FWWGA	Fürstlich Waldburg-Wolfegg'sches Gesamtarchiv (Schloß Wolfegg)
FWZGA	Fürstlich Waldburg-Zeil'sches Gesamtarchiv (Schloß Zeil)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GFCC	Groupe Français du Conseil de Contrôle (Berlin)
GLA	Generallandesarchiv (Karlsruhe)
GM	Gouvernement Militaire
GMZFO	Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation
GPRF	Gouvernement Provisoire de la République Française (Algier/Paris)
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HCFA	Haut-Commissariat de la République Française en Allemagne (Bonn)
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IHK	Industrie- und Handelskammer
JWLG	Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte
KA	Kreisarchiv
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kartellverband (nicht farbentragend)
LG	Landgericht
MAE	Ministère des Affaires Etrangères (Paris)
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MMAA	Mission Militaire pour les Affaires Allemandes
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NA	National Archives (Washington D. C.)
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
NL	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

o. A.	ohne Autor
OAS	Organisation de l'Armée Secrète
OFRA	Organisation des Fonctionnaires résistants en Allemagne
OMGUS	Office of Military Government, United States
OSS	Office of Strategic Services
p.	paquet
PA-AP	Papiers d'Agents-Archives Privées (MAE)
PVS	Politische Vierteljahresschrift
R&A	Research and Analysis Reports (OSS)
RA	Revue d'Allemagne
RG	Record Group
RJKG	Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte
SEAAA	Secrétariat d'Etat aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SGAAA	Secrétariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (Paris)
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces
SHAT	Service Historique de l'Armée de Terre (Paris – Schloß Vincennes)
SPB	Sozialistische (dann: Sozialdemokratische) Partei Baden
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
StaLag	Mannschaftsstellmmlager
UA FR	Universitätsarchiv Freiburg
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VLA	Vorarlberger Landesarchiv (Bregenz)
WA B-W	Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg (Stuttgart-Hohenheim)
W-H	Württemberg-Hohenzollern
ZFO	Zone Française d'Occupation
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZHG	Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte
ZK	Zentralkomitee
ZSSRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte
ZWLG	Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen:

Archive in Deutschland

Bundesarchiv Koblenz (BAK)

- Nachlaß Hermann Dietrich (NL 4)
- Nachlaß Theodor Heuss (NL 221)
- Nachlaß Erwin Hölzle (NL 323)
- Nachlaß Rudolf Pechel (NL 160)
- Nachlaß Georg Picht (NL 1225)
- Nachlaß Gerhard Ritter (NL 166)
- Nachlaß Erich Roßmann (NL 11)
- Nachlaß Eberhard Wildermuth (NL 251)
- Bestand Z 12
- Büro der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebiets

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS)

- Bestand Staatsministerium EA 1/920
- Bestand Staatsministerium EA 1/921
- Bestand Staatsministerium EA 1/922
- Bestand Staatsministerium EA 1/923
- Bestand Staatsministerium EA 1/924
- Nachlaß Conrad Haußmann (Q 1/2)
- Nachlaß Reinhold Maier (Q 1/8)
- Nachlaß Gebhard Müller (Q 1/35)
- OMGUS RG 260

Staatsarchiv Freiburg (StA FR)

- Bestand Badischer Landtag (C 1/1)
- Bestand Badische Staatskanzlei (C 5/1)
- Bestand Badisches Innenministerium (C 15/1)
- Bestand Badisches Justizministerium (C 20/1 bis 6)
- Bestand Badisches Kultusministerium (C 25/1 bis 9)
- Bestand Landeskommisariat Konstanz (A 96/1)
- Nachlaß Hermann Kopf (T1 NL Kopf)
- Nachlaß Philipp Martzloff (T1 NL Martzloff)
- Nachlaß Friedrich Vortisch (T1 NL Vortisch)
- Nachlaß Leo Wohleb (T1 NL Wohleb)

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

- Nachlaß Heinrich Köhler (Abt. 69 N)

Staatsarchiv Sigmaringen (StA SIG)

- Bestand Landtag Württemberg-Hohenzollern (Wü 1)
- Bestand Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern (Wü 2)
- Bestand „Gesellschaft Oberschwaben“ (N 2/6)
- Nachlaß Fritz Fleck (N 1/3)
- Nachlaß Franz Weiß (N 1/1)
- Nachlaß Eugen Wirsching (N 1/2)

Kreisarchiv Konstanz (KA KN)

- Bestand: Generalia und Specialia ab 1945

Kreisarchiv Ravensburg (KA RV)

- Nachlaß Walter Münch

Stadtarchiv Freiburg im Breisgau (StadtA FR)

- Bestand Stadtarchiv (D.StA II)
- Bestand Stadt Freiburg 1920–1945 (C 4)
- Bestand Stadt Freiburg nach 1945 (C 5)
- Bestand Zeitgeschichtliche Sammlung (M 2)
- Nachlaß Friedrich Hefeke (K 1/14)

Stadtarchiv Konstanz (StadtA KN)

- Bestand Stadt Konstanz (S II)
- Bestand Benutzerakten
- Bestand Handakten Feger
- Bestand „Depositum“ Feger

Stadtarchiv Ravensburg (StadtA RV)

- Bestand Akten Stadtverwaltung 20. Jh. (A I)
- Nachlaß Albert Sauer (N I)

Stadtarchiv Rottweil (StadtA RW)

- Bestand Gemeinderatsprotokolle 1945–47

Stadtarchiv Singen am Hohentwiel (StadtA SI)

- Depositum Karl S. Bader
- Depositum Josef Dusel

Stadtarchiv Überlingen (StadtA ÜB)

- Bestand Hauptamt (D 3)

Institut für Zeitgeschichte/München (IfZ)

- Nachlaß Anton Berr (ED 719 im NL Fischbacher)
- Nachlaß Jakob Fischbacher (ED 719)
- Nachlaß Wilhelm Hoegner (ED 120)
- OMGUS RG 260

Archiv der sozialen Demokratie/Bonn (AsD)
Nachlaß Carlo Schmid (NL Carlo Schmid)

Archiv des Südwestfunks/Baden-Baden (SWF)
Manuskript-Archiv 1946–47

Archiv des Süddeutschen Rundfunks/Stuttgart (SDR)
Honorarkartei

Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg/Stuttgart-Hohenheim (WA B-W)
Bestand IHK Konstanz

Universitätsarchiv Freiburg im Breisgau (UA FR)
Personalakten (B 24)
Nachlaß Franz Beyerle (C 5)

Erzbischöfliches Archiv Freiburg im Breisgau (EAF)
Nachlaß Ernst Föhr (NL Föhr)
Nachlaß Conrad Gröber (NL Gröber)

Diözesanarchiv Rottenburg am Neckar (DAR)
Nachlaß Max Kottmann (N 31)
Nachlaß Johannes Baptista Sproll (N 27)

Fürstlich Waldburg-Wolfegg'sches Gesamtarchiv/Schloß Wolfegg (FWWGA)
Nachlaß Graf Johannes von Waldburg-Wolfegg

Fürstlich Waldburg-Zeil'sches Gesamtarchiv/Schloß Zeil (FWZGA)
Bestand Archivkorrespondenzen 1946–48
Bestand „Gesellschaft Oberschwaben“ (Archiv 21)
Nachlaß Fürst Erich von Waldburg-Zeil (NL Erich)

Gräflich Douglas'sches Archiv/Schloß Langenstein (AL)
Nachlaß Graf Robert Douglas

Landgericht Rottweil (LG RW)
Personalakten

Archive in Frankreich

Archives du Ministère des Affaires Etrangères/Paris (MAE)
Bestand Guerre 1939–1945
Bestand Y-Internationale 1944–1949
Bestand Z-Europe Généralités 1944–1960

Bestand Z-Europe Allemagne 1944–1960
Bestand Z-Europe Autriche 1944–1949
Bestand Z-Europe Suisse et Liechtenstein 1944–1949
Nachlaß Maurice Dejean (PA-AP 288-Dejean)
Nachlaß Henri Hoppenot (PA-AP 12-Hoppenot)
Nachlaß Emile Laffon (PA-AP 338-Laffon)
Nachlaß René Roux (PA-AP 210-Roux)

Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche/Colmar (AdO)
Bestand Secrétariat Général aux Affaires Allemandes et Autrichiennes (SGAAA)
Bestand Gouvernement Militaire Français de Berlin (GMFB)
Bestand HCFA Cabinet
Bestand HCFA Affaires Politiques
Bestand HCFA Ambassade de Bonn
Bestand HCFA Cabinet Civil
Bestand HCFA Conseiller Politique
Bestand HCFA Affaires Culturelles
Bestand HCFA Affaires Economiques et Financières
Bestand CCFA Cabinet Laffon
Bestand Rhénanie-Palatinat
Bestand Bade
 Affaires Politiques
 Consulat Fribourg
 Bade (A)
 Constance (C)
 Donaueschingen (D)
 Fribourg (H)
 Lörrach (M)
 Überlingen (W)
 Villingen (X)
Bestand
Wurtemberg-Hohenzollern
 Cabinet
 Services Divers
 d) Ehingen
 f) Hechingen
 h) Lindau
 i) Münsingen
 l) Rottweil
 j) Ravensburg
 p) Tübingen
 q) Tuttlingen
 n) Sigmaringen
 r) Wangen
Bestand HCF
Autriche
 Cabinet
 Vorarlberg

Service Historique de l'Armée de Terre/Vincennes (SHAT)
Bestand Etat-Major Général de la Défense National (4 Q)

Bestand Forces françaises d'occupation Autriche et Allemagne (3 U)
Bestand Première Armée Française (P)

Etablissement Cinématographique et Photographique de l'Armée/Fort d'Ivry (ECPA)
Photoalben 16 T bis 41 T

Bestand Konsulat Konstanz (E 2200 Konstanz)
Bestand Konsulat Stuttgart (E 2200 Stuttgart)

Staatsarchiv Schaffhausen (StA SH)
Bestand Grossratsprotokolle
Bestand Regierungsratsprotokolle

Archive in Österreich

Vorarlberger Landesarchiv/Bregenz (VLA)

Bestand Kanzlei Ilg
Bestand Landeshauptmann Ilg
Bestand Bezirkshauptmannschaft Bregenz
Nachlaß Josef Naumann (REP 117)

Stadtarchiv Bregenz (StadtA BR)

Bestand 1945
Bestand 1946

Privatarchive

PA Maurice Grimaud/Paris
PA Georges Ferber/Paris
PA Victor Hell/Besançon
PA Walter Ferber/Sachseln (Schweiz)
PA Dominique Magnant/Paris
PA René Bargeton/Paris
PA Liselotte Kerkermeier/Freiburg

Archive in der Schweiz

Bundesarchiv Bern (BA Bern)

Bestand Politische Berichte ab 1848 (E 2300)
Bestand Konsulat Baden-Baden (E 2300 Baden-Baden)
Bestand Konsulat Bregenz (E 2300 Bregenz)
Bestand Konsulat Freiburg (E 2200 Freiburg)

Private Nachlässe

NL Max Demmler/Lörrach
NL Bernhard Dietrich/Singen
NL Otto Feger/Konstanz und Freiburg
NL Josef Rieck/Aulendorf
NL Josef Ruby/Freiburg
NL Julius Wachter/Bregenz

Zeitzeugenbefragungen

(in Klammer jeweils Funktion nach 1945 oder die Beziehung zur Thematik):

Brigitte Albrecht (Tochter des Bregenzer Bürgermeisters Julius Wachter) 28. 4. 1995
Prof. Dr. Karl S. Bader (Generalstaatsanwalt in Freiburg) 17. 8. 1994
René Bargeton (Kabinettsdirektor von Pierre Pène in Freiburg) 27. 4. 1994
Sigrid von Blankenhagen (Leiterin des Rosgartenmuseums in Konstanz) 14. 12. 1992
Joffre Chétrit (Richter bei Kriegsverbrecherprozessen in Rastatt) 21. 11. 1993
Theopont Diez † (Bürgermeister von Singen) 7. 5. 1993
Josef Dusel (Anhänger des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Singen) 8. 7. 1994
Willi Ernst jun. (Sohn von Willi Ernst sen., einem engen Vertrauten von Franz Mederle in Rottweil) 30. 6. 1994
Adeline Feger (dritte Frau von Otto Feger) 7. 7. 1994/28. 7. 1994
Georges Ferber (Informations- und Presseoffizier in Konstanz) 18. 11. 1993/31. 1. 1994/27. 4. 1994
Maurice Grimaud (Kabinettsdirektor von Emile Laffon in Baden-Baden) 18. 11. 1993
Conrad Huther (Mitglied der BCSV und des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Überlingen) 23. 4. 1993
Liselotte Kerkermeier (zweite Frau von Otto Feger) 21. 7. 1994/17. 12. 1994
Dominique Magnant (Leiter der Abteilung Wirtschaft in der Oberdelegation in Freiburg) 21. 11. 1993
Prof. Dr. Max Müller † (Philosoph und Mitbegründer der BCSV in Freiburg) 27. 6. 1994
André Noël † (Kreisdelegierter in Donaueschingen, danach Bezirksdelegierter in Konstanz) 18. 11. 1993/31. 1. 1994/27. 4. 1994

- Dr. Cordula Oexle (Tochter von Bernhard Dietrich) 7. 4. 1993/25. 5. 1994
 Franz Ruby (Sohn von Josef Ruby/Pfarrer in Fürstenberg) 15. 3. 1995
 Dr. Gertrud Ruby (Tochter von Josef Ruby) 7. 6. 1994
 Rudolf Ruby (Sohn von Josef Ruby) 7. 6. 1994
 Dr. Otto Rundel (nach 1945 in Ravensburg wohnhaft, später Persönlicher Referent von Kurt Georg Kiesinger) 24. 3. 1995
 Josef Vogt † (MdL Baden [BCSV] und Mitglied des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Pfullendorf) 31. 8. 1993
 Fürst Max Willibald von Waldburg-Wolfegg 5. 11. 1993

Schriftliche Auskünfte von Zeitzeugen

- Brigitte Albrecht (Tochter von Julius Wachter) 16. 8. 1993
 Dr. Josef Bock (Neffe von Lorenz Bock) 13. 7. 1994
 Paul Falkenburger (Kurator der Universität Freiburg) 28. 12. 1993
 Dr. Christoph Ferber (Sohn von Walter Ferber) 1. 6. 1994
 Prof. Dr. Hans Filbinger (Rechtsanwalt in Freiburg) 27. 1. 1994
 Maurice Grimaud (Kabinettsdirektor von Emile Laffon in Baden-Baden) 4. 2. 1993
 Dr. Rainer Gutknecht (Sohn des Rottweiler Bürgermeisters Gutknecht) 9. 8. 1994
 Dr. Otto von Habsburg 12. 1. 1994
 Victor Hell (Oberdelegation Freiburg/Betreuung von Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft) 26. 1. 1994
 Dr. Georg Kispert (Bekannter von Otto Matt) 2. 8. 1993
 Hermann Knittel (Prokurist der Oberbadischen Verlagsanstalt Merk in Konstanz) 24. 2. 1993
 Dr. Robert Lienhart (Landrat von Donaueschingen) 14. 3. 1994
 Prof. Dr. Hans Maier (im BCSV-Umfeld in Freiburg) 26. 5. 1993
 Dr. Hedwig Maier (Mitarbeiterin am Institut für Besatzungsfragen in Tübingen) 6. 1. 1993
 Fini Matt (Tochter von Otto Matt) 20. 7. 1993
 Eberhard Mederle (Sohn von Franz Mederle) 17. 4. 1993
 Albert Merglen (Sûreté-Offizier in Rottweil, dann Kreisdelegierter in Tettnang) 12. 6. 1993/2. 8. 1993
 Lore Rieck (Schwester von Josef Rieck) 8. 5. 1993
 Prof. Dr. Otto Roegele (Mitarbeiter des *Rheinischen Merkur*) 30. 4. 1994
 Dr. Lothar Schneider (Sohn von Emil Schneider) 6. 7. 1993
 Dr. Friedrich Vortisch jun. (Sohn von Friedrich Vortisch sen.) 3. 6. 1994/20. 6. 1994/22. 9. 1994/20. 2. 1995
 Fürst Max Willibald von Waldburg-Wolfegg 10. 5. 1993/22. 9. 1993
 Erich Weidel (Sohn des Druckersbesitzers Hieronymos Weidel in Ravensburg) 6. 5. 1993

Telefonische Auskünfte

- Prof. Dr. Paul Feuchte (Mitarbeiter von Leo Wohleb in der Badischen Staatskanzlei in Freiburg) 24. 3. 1995
 Prof. Dr. Wolfgang Gönnerwein (Neffe von Otto Gönnerwein) 20. 8. 1994
 Julius Kraus (Sohn des Lörracher Landrates Kraus) 17. 7. 1994
 Dr. Wolfgang Neukirchen (Sohn des Leiters des Milchwerks in Rottweil) 21. 7. 1994

Zeitungen (Jahrgänge und Einzelnummern)

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| Die Arbeiter-Zeitung (CH) | Der Bund (CH) |
| L'Avant-Garde (F) | Continental Daily Mail (GB) |
| Badische Zeitung (D) | Le Figaro (F) |
| Basler Nachrichten (CH) | Freiburger Nachrichten (D) |
| Berliner Zeitung (D) | Der Kurier (Ö) |

Le Monde (F)	Stuttgarter Neue Nachrichten (D)
National-Zeitung (CH)	Stuttgarter Zeitung (D)
Der Neue Tag (ab 19. 2. 1947: Unser Tag) (D)	Süddeutsche Zeitung (D)
Neue Zeitung (Ö)	Südkurier (D)
Neue Zürcher Zeitung (CH)	Südwestdeutsche Volkszeitung (D)
Neues Deutschland (D)	Der Tagesspiegel (D)
Rheinischer Merkur (D)	Die Tat (CH)
Rottweiler Rundschau (D)	Telegraf (D)
Sankt Galler Tagblatt (CH)	Tiroler Tageszeitung (Ö)
Schwäbische Landeszeitung (D)	Das Volk (D)
Schwäbische Zeitung (D)	Volkszeitung (D)
Schwarzwälder Post (D)	Vorarlberger Nachrichten (Ö)
Ce Soir (F)	Vorarlberger Tagblatt (Ö)
Stuttgarter Nachrichten (D)	Die Zeit (D)

Zeitschriften

- Alemannia. Zeitschrift für alemannische und fränkische Volkskunde, Geschichte, Kunst und Sprache, Freiburg 1873–1919.
- Les Cahiers du Rhin. Hrsg. von Ferdinand l'Huillier, Paris 1945 ff.
- Deutsche Rechts-Zeitschrift. Hrsg. von Karl S. Bader, Tübingen 1946–1949.
- Föderalistische Hefte. Hrsg. von Walter Ferber, Konstanz 1948–1950.
- Das Goldene Tor. Zeitschrift für Literatur und Kunst. Hrsg. von Alfred Döblin, 1946–1951.
- Die Heimat. Monatsschrift für christliche Kultur und Politik (Revue Régionale d'Alsace et de Lorraine), 1923–1939.
- Lancelot. Der Bote aus Frankreich, 1946–1951.
- Die Leuchtkugel, Innsbruck 1945 ff.
- Das Neue Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte. Hrsg. von Friedrich Wilhelm Naumann, Augsburg 1946–1953.
- Das Oberland (Probenummer), Konstanz 1947.
- Revue d'information des troupes françaises de l'occupation en Allemagne, 1945 ff.
- Der Schwäbische Bund, Stuttgart 1919 ff.
- Der Spiegel, Hamburg 1947 ff.
- Zeitschrift für Schwäbische Geschichte (Probenummer), Konstanz 1947.

II. Gedruckte Quellen

- Absolon, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946.
- Aenderl, Franz X.: Bayern. Das Problem des deutschen Föderalismus, Altötting 1947.
- Annuaire Téléphonique du Gouvernement Militaire de la Délégation Supérieure du Pays de Bade. Cercles. Gouvernement Militaire de Constance, 1948.
- Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage, Konstanz 1948.
- Baden. Geschichte, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft. Denkschrift der Badischen Landesregierung, Waldkirch ²1949.
- Bader, Karl S.: Grundzüge der territorialen Entwicklung der Oberrheinlande und Schwabens in der nachstaufischen Zeit, in: Maurer, Oberrheiner, S. 111–165.
- Ders.: Ursache und Schuld in der geschichtlichen Wirklichkeit. Kritik geschichtswidrigen Denkens, Karlsruhe 1946.
- Ders.: Verwaltungsaufbau und öffentliches Recht in den Ländern der Französischen Zone. Südbaden, in: DRZ (1946), H. 4, S. 112 f.
- Ders.: Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung, Stuttgart 1950.

- Ders.: Der Wiederaufbau. Tagebuch Juli 1945 bis Juni 1946. Mit einer Einführung versehen und kommentiert von Ulrich Weber, in: Weinacht, Regierungsjahre, S. 33–88.
- Badischer Landtag: Sitzungsberichte, Freiburg 1947.
- Bainville, Jacques: L'Allemagne, tome premier, Paris 1939.
- Ders.: Histoire des deux peuples continuée jusqu'à Hitler, Paris (éd. 1933) 1947.
- Baumann, Hans: Energiewirtschaft aus der Braunkohle Mitteldeutschlands, Diss. Halle 1922.
- Bericht. Gründung des Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes (Union alpine), Ravensburg 1945.
- Bertele, Konstantin: Reichsland Groß-Schwaben mit Augsburg und Stuttgart. Ein Beitrag zur Reichsreform und Reichsneugliederung unter besonderer Berücksichtigung bayrisch-Schwabens d. i. Ostschwaben, Kempten 1930.
- Beyerle, Konrad: Föderalistische Reichspolitik, München 1924.
- Ders.: Bundesstaat, in: Staatslexikon (5. Auflage), Bd. 1, Freiburg 1926, Sp. 1114–1118.
- Bittel, Karl: Die Bewegung zur Aktionseinheit und Einheitspartei in Südbaden 1945/1946. Persönliche Erinnerungen und Quellenmaterial, in: Unsere Zeit 2 (1961), 1. Teil: H. 1, S. 53–63; 2. Teil: H. 2, S. 170–184.
- Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Bd. 5, Herrsching 1984.
- Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.
- Brecht, Arnold: Föderalismus, Regionalismus und die Teilung Preußens, Bonn 1949.
- Bucher, Peter (Hrsg.): Nachkriegsdeutschland 1945–1949, Darmstadt 1990.
- Christaller, Walter: Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Die Systeme der europäischen zentralen Orte, Frankfurt/Main 1950.
- Clodion (Pseud.): Konstantin Frantz et la Prusse, in: Les Cahiers du Rhin 5 (1946), S. 6 ff.
- Coudenrove-Kalergi, Graf Richard von: Paneuropa, Wien 1923.
- Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinn. Hrsg. vom Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“, Bern 1945.
- Das Morgenthau-Tagebuch. Dokumente des Anti-Germanismus. Auswahl und zeitgeschichtliche Hinweise von Hermann Schild, Leoni 1970.
- Deiningner, Franziskus: Schwäbisch-Alemannische Demokratie, in: Benediktinische Monatsschrift 22 (1946), S. 303 ff.
- Denkschrift Württemberg-Baden, historisch, wirtschaftlich und kulturell eine Einheit. Hrsg. vom württemberg-badischen Staatsministerium, Stuttgart 1948.
- Dennewitz, Bodo: Der Föderalismus. Sein Wesen und seine Geschichte, Hamburg 1947.
- Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Bd. 1. Bearbeitet von Johannes Volker Wagner, Boppard 1975.
- Deutschlands Neugliederung nach dem „Frankfurter Plan“ von A[ugust] Weitzel. Gliederung nach Wirtschaft, Verkehr und Kultur, Frankfurt/Main [1926].
- Die Ehrenmitglieder, Alten Herren und Studierenden des C. V., des Cartell-Verbandes der katholischen deutschen Studentenverbindung. Nach dem Stand vom 1. Oktober 1925, Wien 1925.
- Die Eroberung von Hirschau. Das Kriegsende in Tagebuchbriefen von Hedwig Maier, Tübingen 1992.
- Die Gründung der Gesellschaft Oberschwaben in Aulendorf, Stuttgart 1946.
- Dietrich, Bernhard: Stamm, in: Staatslexikon (5. Auflage), Bd. 5, Freiburg 1932, Sp. 39–42.
- Ders.: Alpenland. Vorschlag einer staatlichen Neubildung im kommenden Abendland, Singen [1945].
- Ders.: Separatisten. Das Schlagwort für politisch Unmündige, Singen [1947].
- Direction de l'Information: Directives et Consignes données à la Presse allemande en Zone Française d'Occupation (secret), Baden-Baden 1948.
- Dumon, Roger: Le rôle du Rhin. Germanisme et latinité, Paris 1930.
- Eimer, Manfred: Zur territorialen Neugestaltung des deutschen Freistaats und zur Darlegung der Gründe unserer inneren Schwäche, Heidelberg 1919.
- [Essenburger, Theodor]: Baden von 1945 bis 1951 – was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951.

- [Ders.]: Baden von 1945 bis 1951 – was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 2. [veränderte] Auflage 1951.
- [Ders.]: Baden von 1945 bis 1951 – was nicht in der Zeitung steht, Freiburg nach der 2. unver. [sic!] Auflage 1979.
- Feger, Otto: Das Vertragsrecht der Völkerbundssatzung, Diss. iur. Fribourg 1928.
- Ders.: Konstanz. Aus der Vergangenheit einer alten Stadt, Konstanz [1946].
- Ders.: Schwäbisch-Alemannische Demokratie. Aufruf und Programm, Konstanz 1946.
- Ders.: Bilanz und Lehre der Weimarer Republik, in: Das Goldene Tor 1 (1946) S. 38–45.
- Ferber, Walter: Der Föderalismus, Augsburg 1946.
- Ders.: Die deutschen Katholiken und der Föderalismus, in: Schweizer Rundschau 45 (1945/46), S. 765–770.
- Ders.: 55 Monate Dachau. Ein Tatsachenbericht, Luzern 1945 (Neuaufgabe: Bremen 1993).
- Frantz, Constantin: Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die sociale, staatliche und internationale Organisation, Mainz 1879.
- Französische Dokumente über Deutschland (August 1945 – Februar 1947), in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6743–6756.
- Gasser, Adolf: Aufbau von unten oder Zwang von oben. Ein Beitrag zur Frage des Föderalismus, Stuttgart 1947.
- de Gaulle, Charles: Lettres et carnets. Mai 1945 – juin 1951, Paris 1984.
- G.M.Z.F.O. Direction de l'Information: Sondage de l'opinion publique allemande. 5ème Enquête. Unité et particularisme, Baden-Baden 1946.
- Goguel, Rudi: Es war ein langer Weg. Ein Bericht, Singen 1947.
- Ders.: Dokumente des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung um die Aktionseinheit. Sozialdemokraten und Kommunisten im Bodenseegebiet in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, in: Dokumentation der Zeit. Informationsarchiv. Deutsches Institut für Zeitgeschichte Berlin (Ost) H. 135–137 (1957).
- Grewe, Wilhelm: Antinomien des Föderalismus, Bleckede 1948.
- d'Harcourt, Robert: Les allemands d'aujourd'hui, Paris 1948.
- Harnist, Charles: Une solution du problème allemand, in: Les Cahiers du Rhin 4 (1946), S. 9 ff.
- Harzendorf, Fritz: So kam es. Der deutsche Irrweg von Bismarck bis Hitler, Konstanz 1946.
- Herberhold, Franz: Bericht über die Tagung südwestdeutscher Archivare in Aulendorf am 19. und 20. Oktober 1946, in: Der Archivar 1 (1947), Sp. 9 f.
- Huttenlocher, Friedrich: Rheinschwaben. Betrachtungen zum gleichnamigen Buch von Fr[iedrich] Metz, in: Erdkunde 3 (1949), S. 171 ff.
- Hylander, Franz-Josef [Josef Holzner]: Universalismus und Föderalismus als Erbe und Aufgabe des christlichen Abendlandes und des deutschen Volkes, München 1946.
- Jacquot, Paul: General Gérard und die Pfalz, Berlin 1920.
- Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne (Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland), Baden-Baden 1945–1949.
- Kalbfell, Oskar: Unsere Aufgaben in der gegenwärtigen Lage. Der Stand der Wiederaufbauarbeit in Reutlingen, Reutlingen 1945.
- Keesings Archiv der Gegenwart.
(17. 8. 1946) 16 (1946), S. 847 C (Schwäbisch-Alemannischer Heimatbund).
(19. 12. 1946) 16 (1946), S. 955 E (Donauföderation).
- Kerber, Franz (Hrsg.): Alemannenland. Ein Buch von Volkstum und Sendung, Stuttgart 1937.
- Kindt-Kiefer, J. J.: Europäischer Wiederaufbau, Zürich 1943.
- Kramer, F[rantz] A[lbert]: Vor den Ruinen Deutschlands. Ein Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung, Koblenz 1945.
- Ders.: Die geistigen Grundlagen des Föderalismus, in: Hochland 40 (1947/48), S. 216–225.
- Kreikamp, Hans-Dieter (Hrsg.): Quellen zur staatlichen Reorganisation Deutschlands 1945–1949, Darmstadt 1994.
- de Lattre de Tassigny, Jean: Histoire de la Première Armée Française: Rhin et Danube, Paris 1949.
- Le Wurtemberg [mit Beiträgen von René Cheval, Jean Dollfus, Jean Noutary und Jacques Vanuxem], Tübingen 1950.
- Luther, Hans: Reich und Länder, Berlin 1928.
- Maier, Reinhold: Ende und Wende. Das schwäbische Schicksal 1944–1946. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Tübingen 1948.

- Maurer, Friedrich (Hrsg.): Oberrheiner – Schwaben – Südeleannen. Räume und Kräfte im geschichtlichen Aufbau des deutschen Südwestens, Straßburg 1942.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- Merkel, Adolf Julius: Deutschland und die Verfassung der UN in völkerrechtlicher Sicht, in: DRZ 2 (1947), H. 3, S. 72 ff.
- Metz, Friedrich: Der oberrheinische Staat und die Vereinigung von Baden und Württemberg, in: Der Schwäbische Bund Jg. 1 1919/20, II, 11, S. 162–169.
- Ders.: Rheinschwaben, Heidelberg 1948.
- Ders.: Ländergrenzen im Südwesten, Remagen 1951.
- Moreau, Claude Albert/Jouanneau-Irriera, Roger: *Présence française en Allemagne*, o. O. 1949.
- Morgenthau, Henry Jr.: *Germany is our problem*, New York 1945.
- Morin, Edgar: *Allemagne, notre souci: Essais et documents*, Paris 1947.
- M[üller], G[e]h[ar]d: Schwäbisch-Alemannische Demokratie, in: DRZ 2 (1947), H. 6, S. 204.
- Münchheimer, Werner: Die Neugliederung Deutschlands. Grundlagen – Kritik – Ziele und die Pläne zur „Reichsreform“ von 1919–1945, Frankfurt/Main 1949.
- Nahen, Heinrich: Sonnenschein, in: *Staatslexikon* (5. Auflage), Bd. 4, Freiburg 1931, Sp. 1625–1630.
- Niekisch, Ernst: *Deutsche Daseinsverfählung*, Berlin 1946.
- o. A.: Union Alpine. Wie Salzburg beinahe Bundeshauptstadt geworden wäre!, in: *Die Leuchtkugel* 7/8 (1946).
- Obst, Erich: *Zur Neugliederung des Deutschen Reiches*, Braunschweig 1928.
- Olagner, Paul: *Les trois Allemagnes. Préface de André François-Poncet*, Paris 1946.
- Peters, Hans: *Deutscher Föderalismus*, Köln 1947.
- Platz, Hermann: *Deutschland – Frankreich und die Idee des Abendlandes*, Köln 1924.
- Ders.: *Abendland*, in: *Staatslexikon* (5. Auflage), Bd. 1, Freiburg 1926, Sp. 1–5.
- Présidence du Conseil: La Documentation Française. Documents relatifs à l'Allemagne – août 1945 – déc. 1946*, Paris 1947.
- Preuß, Hugo: *Reich und Länder*, Berlin 1928.
- Protokolle der Landrätetagen der französischen Zone Württembergs 1945–1947.
- Röpke, Wilhelm: *Die deutsche Frage*, Zürich 3. ver. und erw. Aufl. 1948.
- Rößler, Karl: *Der Badische Landtag*, Freiburg 1949.
- Schadt, Jörg (Bearb.): *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940*, Stuttgart 1976.
- Schall, Paul: *Warum Autonomie?* Straßburg 1935.
- Scheu, Erwin: *Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke*, Berlin 1928.
- Schmid, Karl [Carlo]: *Die Forderung des Tages. Reden und Aufsätze*, Stuttgart 1946.
- Ders.: *Lob Oberschwabens*, in: *Die Gründung der Gesellschaft Oberschwabens in Aulendorf*, Stuttgart 1946, S. 21–30.
- Schmittlein, Raymond: Die Umerziehung des deutschen Volkes (Bericht vom 27. 1. 1948/Nr. 10711/DGAA/EDU), in: *Vaillant, Kulturpolitik*, S. 161–185.
- Schmittmann, Benedikt: *Preussen-Deutschland oder Deutsches Deutschland?* Bonn 1920.
- Schneider, Reinhold: *Stimme des Abendlandes. Reflexionen zur abendländischen Geschichte*, Colmar [1944].
- Schwabe, Klaus/Reichardt, Rolf (Hrsg.): *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard 1984.
- Silens [Müller-Graaf], Constantin: *Irrweg und Umkehr. Betrachtungen über das Schicksal Deutschlands*, Basel 1946.
- Smith, Jean Edward (Hrsg.): *The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949*, Bloomington 1974.
- Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, 2 Bände, München 1918 bzw. 1922 (in einem Band: München 1979).
- Stamm, Eugen: *Ein berühmter Unberühmter. Neue Studien über Konstantin Frantz und den Föderalismus*, Konstanz 1948.
- Stecher, G.: *Nord-Südliches*, in: *Der Schwäbische Bund* 2 (1920/21), I, 26, S. 406–409.
- Stiegler, Leonhard: *Die Selbstverwaltung in Hohenzollern – ein Stück Vergangenheit oder ein wesentlicher Baustein der Zukunft?* Gammertingen 1950.

- Tuckermann, Walter: Vorschläge für eine Neugliederung des Deutschen Reiches, in: Schmittmann, Preussen-Deutschland, S. 76–79.
- Um Deutschlands nächste Zukunft. Die Bewegung „Freies Deutschland“ in der Schweiz, Zürich 1945.
- Vermeil, Edmond: Le problème allemand, vue d'ensemble, in: Quelques aspects du problème allemand. Centre d'Etudes de Politique Etrangères, Paris 1945, S. 17–96.
- Vogel, Walter/Weisz, Christoph (Bearb.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, 9 Bände, München 1976 ff.
- Waldburg-Zeil, Erich von: Soziallehren und Sozialerfahrung der Menschheit. Die Lehre der Päpste mit besonderer Berücksichtigung von „Quadragesimo anno“, Rottenburg 1946.
- Welles, Sumner: The Time for Decision, New York 1944.
- Wilbrandt, Robert: Der Aufbruch zum Weltbundesstaat, Stuttgart 1947.
- [Zürcher, Paul]: Der Süd-Staat, in: Badnerland 3 (1955), S. 10 f.

III. Biographien und Memoiren

- Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965.
- Alphand, Hervé: L'étonnement d'être. Journal (1939–1973), Paris 1977.
- Backer, John H.: Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949, München 1983.
- Béthouart, Marie-Emile: La Bataille pour l'Autriche, Paris 1966.
- Ders.: Cinq années d'espérance. Mémoires de guerre 1939–1945, Paris 1968.
- Bidault, Georges: Nach einmal Rebell. Von einer Resistance in die andere, Berlin 1966.
- Chauvel, Jean: Commentaire. D'Alger à Berne, Paris 1972.
- Churchill, Winston: Von Teheran bis Rom, Stuttgart 1953.
- Coudenhove-Kalergi, Graf Richard von: Eine Idee erobert Europa. Meine Lebenserinnerungen, Wien 1958.
- Debré, Michel: Trois républiques pour une France. Mémoires 1946–1958, Paris 1988.
- Eckener, Hugo: Im Zeppelin über Länder und Meere. Erlebnisse und Erinnerungen, Flensburg 1949.
- Färber, Otto: Gott der Scherbenflicker. Erkenntnisse und Bekenntnisse, Leutkirch 1983.
- Frank, Paul: Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, Stuttgart 1982.
- de Gaulle, Charles: Mémoires de guerre. Le salut 1944–1946, Paris 1959.
- Gruber, Karl: Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Wien 1976.
- Herwarth [von Bittenfeld], Hans: Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen, Berlin 1990.
- Hettier de Boislambert, Claude: Les fers de l'espoir, Paris 1978.
- Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1964.
- Ders.: Aufzeichnungen 1945–1947. Aus dem Nachlaß hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen 1966.
- Hirscher, Gerhard: Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Bochum 1986.
- Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959.
- Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, Dornbirn 1985.
- Italiaander, Rolf: Ein Deutscher namens Eckener. Luftfahrtpionier und Friedenspolitiker. Vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik, Konstanz 1981.
- Ders.: Hugo Eckener. Ein moderner Columbus, Konstanz 1984.
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bände, Stuttgart 1948.
- Kiesinger, Kurt Georg: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958. Herausgegeben von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.
- Köhler, Heinrich: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949. Herausgegeben von Josef Becker, Stuttgart 1964.
- Krebs, Albert: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat, Hamburg 1964.

- Kritzer, Peter: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.
- Lacouture, Jean: De Gaulle. 1. Le rebelle 1890–1944, Paris 1984.
- Ders.: De Gaulle. 2. Le politique 1944–1959, Paris 1985.
- de Lattre de Tassigny, Jean: Ne pas subir. Ecrits 1914–1952, Paris 1984.
- Ders.: Reconquérir. Ecrits 1944–1945, Paris 1985.
- Maier, Reinhold: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964.
- Ders.: Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966.
- Mayer, Conrad Wilhelm: Ein Patriot muß gehen. Aus dem Leben von Hugo Wilhelm Mayer. Erster Teil: 1910–1934, Bad Krozingen 1993.
- Müller, Josef: Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975.
- Murphy, Robert: Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission, Gütersloh 1964.
- Navarre, Henri: Le temps des vérités, Paris 1979.
- Ott, Barthélemy: Georges Bidault. L'Indomptable, Annonay 1975.
- Salan, Raoul: Mémoires. Fin d'un Empire. „Le sens d'un engagement“. Juin 1899 – septembre 1946, Paris 1970.
- Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern 1980.
- Soell, Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie, 2 Bände, Berlin 1976.
- Speidel, Hans: Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin 1977.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- Stürmel, Marcel: Dr. E. Ricklin. Ein elsässisches Lebensbild, Colmar 1932.
- Weber, Petra: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie, München 1996.
- Wichenhauser, Ida: Dr. Emil Schneider – Versuch einer Biographie, Seminararbeit Wien [1965].

IV. Literatur

- Abelshauser, Werner: Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Deutschlandpolitik, S. 111–140.
- Abendroth, Wolfgang: Frankreich und das Potsdamer Abkommen, in: Zeitschrift für Politik, NF, 1 (1954), S. 71–76.
- Absolon, Rudolf: Wehrgesetz und Wehrdienst 1935–1945. Das Personalwesen in der Wehrmacht, Boppard 1960.
- Achenbach, Klaus: Keil, Wilhelm, in: NDB 11, S. 407.
- Albertini, Rudolf von: Die französische Besatzungspolitik 1945–1955, in: Schweizerische Monatshefte 35 (1955/56), S. 364–376.
- Albiez, Robert: Leo Wohleb. Zum 100. Geburtstag des letzten badischen Staatspräsidenten am 2. 9. 1988, in: Badische Heimat 68 (1988), S. 457–464.
- Ders. (Bearb.): Der überspielte Volkswille. Die Badener im südwestdeutschen Neugliederungsgehehen (1945–1970). Fakten und Dokumente, Baden-Baden 1992.
- Alemannisches Institut. 50 Jahre landeskundliche Arbeit 1931–1981. Hrsg. vom Alemannischen Institut e. V. in Freiburg i. Br., Bühl 1981.
- Altmeyer, Klaus: Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7365–7378.
- Amouroux, Henri: Les règlements de comptes. Septembre 1944 – Janvier 1945, Paris 1991.
- Ders.: La page n'est pas encore tournée. Janvier – octobre 1945, Paris 1993.
- Arbeitskreis für Regionalgeschichte (Hrsg.): „Eidgenossen helfe euern Brüdern in der Not!“. Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Feldkirch 1990.
- Arens, Arnold: Deutschlandpolitik und Friedensvertrag – Die französischen Konzeptionen 1945–1947, in: Dokumente 36 (1980), H. 3, S. 233–243.
- Auerbach, Hellmuth: Carlo Schmid und die französische Kulturpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1949, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Kulturpolitik, S. 311–317.
- Ders.: Die politischen Anfänge Carlo Schmid. Kooperation und Konfrontation mit der französischen Besatzungsmacht 1945–1948, in: VfZ 36 (1988), S. 595–648.

- Ders.: „Que faire de l'Allemagne?“ – Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1950, in: Manfrass/Rioux (Hrsg.), France, S. 289–299.
- Ders.: Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), Marshallplan, S. 577–591.
- Ausgewählte Dokumente zur Landeszeitgeschichte Baden-Württembergs. Zur Erinnerung an Dr. Dr. h. c. mult. Gebhard Müller. Redaktion von Günther Bradler und Frank Raberg, Stuttgart 1990.
- Backer, John H.: The decision to divide Germany. American foreign policy in transition, Durham 1978.
- Bader, Karl S.: Grundfragen der kirchlichen Landesgeschichte, in: Ders., Schriften zur Landesgeschichte. Ausgewählt und herausgegeben von Helmut Maurer, Bd. 3, Sigmaringen 1983, S. 27–41.
- Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1979.
- Baechler, Christian: Le Parti Catholique Alsacien 1890–1939 du Reichsland à la République Jacobine, Paris 1982.
- Bankwitz, Philip C.: Alsatian Autonomist Leaders 1919–1947, Kansas 1978.
- Bannasch, Hermann (Hrsg.): Beständebildung, Beständeabgrenzung, Beständebereinigung. Verhandlungen des 51. Südwestdeutschen Archivtags am 11. Mai 1991 in Augsburg mit einem Anhang zur Geschichte der Südwestdeutschen Archivtage, Stuttgart 1993.
- Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergs. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert, Bregenz 1988.
- Baumgart, Winfried: Adolf Süsterhenn (1905–1974), in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 6, Mainz 1984, S. 189–199.
- Becker, Otto: 50. Südwestdeutscher Archivtag 1990 in Biberach/Riß. Bewertung von Archivgut – Biberach und Oberschwaben, in: Der Archivar 43 (1990), S. 607–610.
- Becker, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987.
- Ders.: Der Föderalist Constantin Frantz. Zum Stand seiner Biographie, der Edition und Rezeption seiner Schriften, in: Historisches Jahrbuch 117 (1997), S. 188–211.
- Benz, Wolfgang: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923, Berlin 1970.
- Ders.: Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis“ 1947/48, in: VfZ 25 (1977), S. 776–820.
- Ders.: Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungszeit, in: Koebner, Thomas/Sautermeister, Gert/Schneider, Sigrid (Hrsg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949, Opladen 1987, S. 201–213.
- Ders. (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988.
- Ders./Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/Main 1994.
- Berner, Herbert: Geistlicher Rat Stadtpfarrer Adolf Engesser im Ruhestand, in: Hegau 25 (1968), S. 228 ff.
- Ders.: Verlorene und wiedergewonnene Einheit des Bodenseeraumes, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 99/100 (1981/82), S. 619–654. Ebenfalls abgedruckt in: Maurer (Hrsg.), Bodensee, S. 619–654.
- Ders./Brosig, Reinhard (Hrsg.): Singen – die junge Stadt. Singener Stadtgeschichte, Bd. 3, Sigmaringen 1994.
- Berning, Vincent (Hrsg.): Hermann Platz 1880–1945. Eine Gedenkschrift, Düsseldorf 1980.
- Bertholle, Pierre: Pierre Voizard, in: Administration 120/121 (1983), S. 143 f.
- Biewer, Ludwig: Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt/Main 1979.
- Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Band V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiedergeburt, Wien 1987.
- Birkert, Alexandra: Das Goldene Tor. Alfred Döblins Nachkriegszeitsschrift. Rahmenbedingungen, Zielsetzung, Entwicklung, Frankfurt/Main 1989.

- Bischof, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918–1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Frankfurt/Main 1969.
- Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef (Hrsg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Innsbruck 1988.
- Bittel, Karl: Die Feinde der deutschen Nation. Zur Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte, Berlin 1955.
- Blänsdorf, Agnes: Gerhard Ritter 1942–1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, in: GWU 42 (1991), S. 1–21, 67–91.
- Blank, Bettina: Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente vom Juli 1948, München 1995.
- Blessing, Eugen: Haecker, Theodor, in: NDB 7, S. 425 ff.
- Ders.: Theodor Haecker. Gestalt und Werk, Nürnberg 1959.
- Blessing, Karl: Meine Heimatstadt Rottweil im Jahre 1945, Zulassungsarbeit für das Lehramt an Volksschulen Weingarten 1966.
- Blickle, Peter/u. a. (Hrsg.): Von der Ständerversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.
- Ders. (Hrsg.): Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993.
- Blumenstock, Friedrich: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, Stuttgart 1957.
- Borst, Otto: In memoriam Otto Feger, in: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 14 (1968), S. 180 ff.
- Ders.: Vorstufen Baden-Württembergs, in: Schwäbische Gesellschaft Schriftenreihe 9–11 (1992), S. 3–29.
- Bosch, Manfred: Schneller, Franz Richard, in: Ottnad (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien I, S. 336 ff.
- Ders.: Der Neubeginn. Aus deutscher Nachkriegszeit. Südbaden 1945–1950, Konstanz 1988.
- Ders./Klöckler, Jürgen: Der Verleger Curt Weller – Zu seinem 100. Geburtstag, in: Hegau 53 (1996), S. 179–198.
- Bostel, Honoré: Le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation en Allemagne, in: Cahiers Politiques 20 (1946), S. 44–58.
- Bradler, Günther: Der „Großschwaben-Plan“ aus dem Jahre 1920, in: Schwäbische Heimat 28 (1977), S. 14–20.
- Ders.: Eine Vorstufe zur Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg: Der „Großschwaben-Plan“ des preußischen Regierungspräsidenten Dr. Emil Belzer innerhalb der Diskussion um die „Reichsreform“ in den Jahren 1920 bis 1922, in: ZHG 13 (1977), S. 91–118.
- Ders.: Aspekte des südwestdeutschen Regionalismus. Der bayerische Landkreis Lindau und die Hohenzollerischen Lande in der Südweststaatsdiskussion, in: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Dezember 1981, S. 8–14.
- Ders.: Lorenz Bock und Gebhard Müller, in: Mühlhausen/Regin (Hrsg.), Treuhänder, S. 79–93.
- Ders.: Der „Landkreisstaat“ Lindau, das Land Württemberg-Hohenzollern und Oberschwaben nach 1945, in: Jahrbuch des Landkreises Lindau 9 (1994), S. 11–18.
- Brandt, Peter/Rürup, Reinhard: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991.
- Braumann, Lydia: Die französische Österreichplanung von 1943 bis 1945, in: Pelinka, Anton/Steininger, Rolf (Hrsg.), Österreich und die Sieger, Wien 1986, S. 79–97.
- Brelie-Lewien, Doris von der: Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Göttingen 1986.
- Dies./Laurien, Ingrid: Zur Politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland. Politisch-kulturelle Zeitschriften 1945–1949. Ein Forschungsbericht, in: PVS 24 (1983), H. 4, S. 406–427.
- Bröckl, Roland: Alfred Döblin und die Kulturpolitik in der Französischen Besatzungszone, Staatsexamensarbeit München 1991.
- Broermann, Johannes/Herder-Dorneich, Philipp (Hrsg.): Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, Berlin 1968.
- Brommer, Peter: Die Konferenz der Ministerpräsidenten der französischen Zone vom 17. März 1948 in Baden-Baden. Versuch einer Rekonstruktion, in: JWLG 9 (1983), S. 357–378.
- Brunner, Otto: Ficker, Johann Kaspar *Julius*, in: NDB 5, S. 133.

- Buchi, Elisabeth/Philipps, Eugène: Hell, Victor, in: *Fédération des Sociétés d'Histoire et d'Archéologie d'Alsace* (Hrsg.), *Nouveau Dictionnaire de Biographie Alsacienne* 16 (1990), ohne Seitenzählung.
- Buffet, Cyril: *Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945–1949*, Paris 1991.
- Burchardt, Lothar: *Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung*, Konstanz 1996.
- Ders./Schott, Dieter/Trapp, Werner: *Konstanz im 20. Jahrhundert. Die Jahre 1914 bis 1945*, Konstanz 1990.
- Burger, Oswald: *Arbeiterbewegung und demokratischer Neubeginn 1945 im Bodenseegebiet*, in: *Schelle* 10 (1980), S. 28–31.
- Ders.: „Ein freier geistiger Tauschplatz“. Der Beitrag der „Gesellschaft Oberschwaben“ zur gesellschaftlichen Erneuerung, in: *Allmende* 38/39 (1993), S. 171–188.
- Bury, Carola: *Der Volksentscheid in Baden. Die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ und die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“*, Frankfurt/Main 1985.
- Carmoy, Guy de: *Les Politiques Etrangères de la France 1944–1966*, Paris 1967.
- Caspar, Gustav-Adolf: Die Kriegslage vom Herbst 1943 bis zum Winter 1944/45 und das Entstehen der Vereinbarungen über die Grenzen der Besatzungszonen in Deutschland, in: *MGM* 2/1979, S. 173–183.
- Castellan, Georges: Österreich als Faktor in der französischen Nachkriegspolitik – Ein Kommentar, in: *Bischof/Leidenfrost* (Hrsg.), *Nation*, S. 293–300.
- Coffre, Jean: *L'administration des territoires occupés par la France en Allemagne*, Diss. jur. Paris 1946.
- Cordes, Günter: Die militärische Besetzung von Baden-Württemberg 1945, in: *Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen*, Stuttgart (8. Lieferung) 1980, S. 1–27.
- Cornides, Wilhelm: Die Illusion einer selbständigen französischen Deutschlandpolitik (1944–1947), in: *Europa-Archiv* 9 (1954), S. 6731–6736.
- Ders.: *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945–1955*, Tübingen 1962.
- Cuer, Georges: *L'action culturelle de la France en Allemagne occupée (1945–1949)*, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 101 (1987), S. 7–60.
- Cuttoli-Uhel, Catherine de: La politique allemande de la France (1945–1948): Symbole de son impuissance?, in: *Girault/Frank* (Hrsg.), *puissance*, S. 93–111.
- Daak, Kurt von/Thies, Jochen: *Südwestdeutschland zur Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948*, Düsseldorf 1979.
- Daniel, Jens: *Deutschland ein Rheinbund?*, Darmstadt 1953.
- Defrance, Corine: *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*, Strasbourg 1994.
- De Gaulle et la nation face aux problèmes de défense (1945–1946). Colloque organisé par l'Institut d'Histoire du Temps Présent et l'Institut Charles de Gaulle les 21 et 22 octobre 1982, Paris 1983.
- Deuerlein, Ernst: Frankreichs Obstruktion deutscher Zentralverwaltungen 1945, in: *Deutschland-Archiv* 4 (1971), S. 466–491.
- Ders.: *Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips*, München 1972.
- Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949*. Hrsg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987.
- Dietrich, Hedda: Lebenslauf von Dr. Bernhard Dietrich, in: *Hegau* 11/12 (1961), S. 168 f.
- Diez, Theopont: Nachruf: Dr. Bernhard Dietrich 1897–1961, in: *Hegau* 11/12 (1961), S. 167 f.
- Ders.: Erinnerungen an die ersten Nachkriegsjahre, in: *Berner/Brosig* (Hrsg.), *Singen*, S. 125–130.
- Distelkamp, Bernhard: Beyerle, Nikolaus *Franz Sales*, in: *Otnad* (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien I*, S. 21 ff.
- Dobras, Werner: Bestrebungen zum Anschluß Vorarlbergs an Württemberg und Bayern, in: *Arbeitskreis für Regionalgeschichte* (Hrsg.), *Eidgenossen*, S. 191–203.
- Ders.: Als Vorarlberg und Württemberg sich zu einem Staat vereinen wollten, in: *Leben am See. Das Jahrbuch des Bodenseekreises X* (1992/93), S. 250–255.
- Doering-Manteufel, Anselm: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *VfZ* 41 (1993), S. 1–29.

- Dorfe, Beate: Die Teilung der Rheinprovinz und die Versuche zu ihrer Wiedervereinigung (1945–1956). Das Rheinland zwischen Tradition und Neuorientierung, Köln 1993.
- Dornheim, Andreas: Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftlich-historische Fallstudie über die Familie Waldburg-Zeil, Frankfurt/Main 1993.
- Dreier, Werner/Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920), Bregenz 1989.
- Dreyfus, François G.: La vie politique en Alsace 1919–1936, Paris 1969.
- Dupeux, Louis: Histoire culturelle de l'Allemagne 1919–1960, Paris 1989.
- Duroselle, Jean-Baptiste: The Turning-Point in French Politics: 1947, in: *Review of Politics* 13 (1951), S. 302–328.
- Eisterer, Klaus: Die französischen Archivalien zur Nachkriegsgeschichte Österreichs (1945–1955), in: Bischof/Leidenfrost (Hrsg.), *Nation*, S. 433–445.
- Ders.: Frankreich und das zweite Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946, in: Bischof/Leidenfrost (Hrsg.), *Nation*, S. 187–215.
- Ders.: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46, Innsbruck 1991.
- Eitel, Peter/Kuhn, Elmar L. (Hrsg.): Oberschwaben. Geschichte und Kultur, Konstanz 1995.
- Erdmann, Karl Dietrich: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten, München 1983.
- Eschenburg, Theodor: Das Problem der deutschen Einheit nach den beiden Weltkriegen, in: *VfZ* 5 (1957), S. 107–133.
- Ders.: Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: Ders./Heuss, Theodor/Zinn, Georg-August (Hrsg.), *Festgabe für Carlo Schmid zum 65. Geburtstag*, Tübingen 1962, S. 57–80.
- Ders.: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, in: *Landeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.), Baden-Württemberg, S. 39–60.
- Ders.: Carlo Schmid und die französische Besatzungspolitik, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), *Kulturpolitik*, S. 293–300.
- Ders.: *Jahre der Besatzung*, Stuttgart 1989.
- Ders./Frank-Planitz, Ulrich (Hrsg.): *Republik im Stauerland. Baden-Württemberg nach 25 Jahren*, Stuttgart 1977.
- Estrade, Jean Lucien: „Tuttligen April 1945 – September 1949“. Die französische Militärregierung in Tuttligen, Tuttligen 1992.
- Even, Pascal: Deux siècles de relations franco-allemandes, in: *Francia* 16,3 (1990), S. 83–97.
- Fachbereich Archivwesen und Dokumentation (Hrsg.): *Tondokumente 1945–1949. Bestandsverzeichnis*, Stuttgart 1990.
- Färber, Karl: Dr. Josef Ruby †, in: *Katholisches Kirchenblatt Freiburg* vom 24. 7. 1960.
- Färber, Konrad Maria: Bayern wieder ein Königreich? Die monarchistische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Benz (Hrsg.), *Neuanfang*, S. 163–182.
- Fäßler, Peter/u. a. (Red.): *Alltagsnot und politischer Wiederaufbau. Zur Geschichte Freiburgs und Südbadens in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg*, Freiburg 1986.
- Ders.: Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952), Frankfurt/Main 1995.
- Ders./Grohnert, Reinhard/Wolfrum, Edgar: Das Land Baden unter französischer Besatzung 1945–1952. Ein neues Forschungsprojekt, in: *VfZ* 35 (1987), S. 707 f.
- Ders./Grohnert, Reinhard/u. a.: Hauptstadt ohne Brot. Freiburg im Land Baden (1945–1952), in: Haumann/Schadek (Hrsg.), *Geschichte*, S. 371–421.
- Falkenburger, Paul: *Souvenir de l'ancien curateur adjoint de l'université de Fribourg*, in: Manfrass/Rioux (Hrsg.), *France*, S. 285 f.
- Faust, Fritz: Die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands, in: *APuZ* 25 (1975), B 31, S. 3–20.
- Feichtenberger, Franz Josef: *Die Länderkonferenzen 1945 – Die Wiedererrichtung der Republik Österreich*, Diss. phil. Wien 1965.
- Fellner, Fritz: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938: Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Weinzierl, Erika/Skalknik, Kurt (Hrsg.), *Österreich: Die Zweite Republik*, Bd. 1, Graz 1972, S. 53–90.
- Ferber, Georges: Ernstes und Heiteres aus ungemütlicher Zeit 1945 – Wie es von der anderen Seite aussah, in: Maurer (Hrsg.), *Grenzstadt*, S. 22–40.

- Ferber, Walter: Kleine Geschichte der katholischen Bewegung, Würzburg 1959.
- Ders.: Ludwig Windthorst. Der große deutsche Katholikenführer, Augsburg 1962.
- Ferdinand, Horst: Heuss, Theodor, in: Ottnd (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien I, S. 136–145.
- Feuchte, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.
- Fink, Susanne/Schütz, Egon: Fink, Eugen, in: Ottnd (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 117 ff.
- Fischer, Bernhard/Dietzel, Thomas (Hrsg.): Deutsche literarische Zeitschriften 1945–1970. Ein Repertorium, 4 Bände, München 1992.
- Foelz-Schroeter, Marie-Elise: Föderalistische Politik und nationale Repräsentanz 1945–1947, Stuttgart 1974.
- Foschepoth, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen 1985.
- Fried, Pankraz/Sick, Wolf-Dieter (Hrsg.): Die historische Landschaft zwischen Lech und Vogesen. Forschungen und Fragen zur gesamtlemanischen Geschichte, Augsburg 1988.
- Friedrich, Sabine: Rundfunk und Besatzungsmacht. Organisation, Programm und Hörer des Südwestfunks 1945–1949, Baden-Baden 1991.
- Fritsch-Bournazel, Renata: Frankreich und die „deutsche Frage“ 1945–1949, in: Fischer, Alexander/u. a. (Hrsg.), Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949, Berlin 1984, S. 85–95.
- Fritsche, Heinz Rudolf: Bischoff, Friedrich, in: Ottnd (Hrsg.), Badische Biographien NF III, S. 48–51.
- Gaujac, Paul: L'armée de la victoire. Du Rhin au Danube 1944–1945, Paris 1986.
- Gaupp-Berghausen, Georg Reichsritter von: Der Fürst und die „res publica“, in: Zeiler Aspekte, S. 108–115.
- Gehler, Michael: Dr. Ing. Karl Gruber – Erster Landeshauptmann von Tirol nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Höbelt/Huber (Hrsg.), Freiheit, S. 51–84.
- Geiss, Imanuel: Auf dem Wege zum „Neuen Abendland“, in: Die Neue Gesellschaft 2 (1955), H. 6, S. 41–46.
- Genealogisches Handbuch der Fürstlichen Häuser, Bd. 2, Hauptbearbeiter Hans Friedrich von Ehrenkrook, Glücksburg 1953.
- Genealogisches Handbuch der Fürstlichen Häuser, Bd. 10 und Bd. 14, Hauptbearbeiter Walter von Hueck, Limburg 1978 bzw. 1991.
- Gerbet, Pierre (Hrsg.): Le relèvement 1944–1949, Paris 1991.
- Gerstenmaier, Eugen: Der Kreisauer Kreis: Zu dem Buch Gerrit van Roons „Neuordnung im Widerstand“, in: VfZ 15 (1967), S. 221–246.
- Geyer, Clara: Wie Wilhelm Geyer die Folgen der Studentenrevolte der Geschwister Scholl auf wunderbare Weise überstanden hat, in: RJKG 7 (1988), S. 191–216.
- Gilmore, Richard: France's postwar cultural policies and activities in Germany 1945–1956, Diss. phil. Genf 1971.
- Gimbel, John: The American Occupation of Germany. Politics and the Military 1945–1949, Stanford 1968.
- Girault, René/Frank, Robert (Hrsg.): La puissance française en question (1945–1949), Paris 1988.
- Girres, Detlef: Das Landratsamt Konstanz in der ersten Nachkriegsphase, in: Landkreis Nachrichten Baden-Württemberg 24 (1985), H. 2, S. 49 f.
- Gögler, Max/Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982.
- Göhri, Josef F.: Breisgauer Kriegstagebuch 1939–46, Horb 1984.
- Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.): Die Deutschlandfrage von Jalta und Potsdam bis zur staatlichen Teilung Deutschlands 1949, Berlin 1993.
- Götz, Franz: Douglas, Robert Graf, in: Ottnd (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 100 ff.
- Ders./Beck, Alois: Schloß und Herrschaft Langenstein, o. O. 1972.
- Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt/Main 1988.
- Grange, Bénédicte: Emile Laffon et la zone d'occupation française en Allemagne (1945–1947), Mémoire de Maîtrise, Paris 1993.

- Grees, Hermann: Huttenlocher, Friedrich, in: Ottnad (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien I*, S. 157 ff.
- Greese, Karl: *Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden Mitte 1945 bis Ende 1946*, Diss. phil. Berlin (Ost) 1961.
- Grewe, Wilhelm: *Die Vereinbarungen von 1945 und die Politik der Wiedervereinigung*, in: *Außenpolitik* 5 (1954), S. 345–354.
- Grézer, Jacques O.: *Walter Ferber – Der zeitgenössische Klassiker eines christlich geprägten Föderalismus*, in: *Studien von Zeitfragen* 1 (1983), S. 3–7.
- Grimaud, Maurice: *Communication de M. Maurice Grimaud...* [Vortrag gehalten am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz im September 1990], *Maschinengeschriebenes Skript* (9 S.), abgedruckt in: Grange, Laffon (im Dokumententeil).
- Grimm, Wilhelm: *40 Jahre CDU Singen 1946–1986*, in: *Singener Jahrbuch* 1986, S. 37–44.
- Grohnert, Reinhard: *Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der Französischen Besatzungszone*, Stuttgart 1991.
- Ders.: *Das Scheitern der „Selbstreinigung“ in Baden nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes*, in: *Rauh-Kühne/Ruck* (Hrsg.), *Eliten*, S. 283–303.
- Gromand, Roger: *Le Maréchal Koenig*, in: *Revue des Deux Mondes* 8 (1985), S. 374–379.
- Grosser, Alfred: *Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz*, München 1975.
- Ders.: *L'Allemagne en occident*, Paris 1985.
- Ders.: *Affaires extérieures: La politique étrangère de la France 1944–1989*, Paris 1989.
- Guiton, Jean: *Die französische Außenpolitik nach dem Kriege*, in: *Europa-Archiv* 7 (1952), S. 4651–4656.
- Haberer, Kurt: *Das Portrait – Camill Wurz*, in: *Baden-Württemberg* 23 (1976), H. 2, S. 38.
- Hamann, Bettina: *Flüchtlinge und Evakuierte in Konstanz nach 1945*, in: *Konstanzer Almanach* 38 (1992), S. 69–73.
- Hamon, Marie: *Les Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche à Colmar*, in: *Francia* 16,3 (1990), S. 98 f.
- Hanisch, Ernst: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994.
- Hartmann, Peter Claus: *Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg: Grundlage und Voraussetzung für die frühe französische Besatzungspolitik in Südwestdeutschland*, in: *Schwarzmaier* (Hrsg.), *Landesgeschichte*, S. 179–192.
- Haselier, Günther: *(Nord-)Württemberg-Baden 1945–1952*, in: *Sante, Georg Wilhelm/u. a.* (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Länder*, Bd. 2, Würzburg 1971, S. 713–721.
- Ders.: *Die Bildung des Landes Württemberg-Baden 1945/46*, in: *Schäfer, Alfons* (Hrsg.), *Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Karlsruhe 1973, S. 243–284.
- Haumann, Heiko (Hrsg.): *Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden*, Köln 1977.
- Ders.: *„Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ gegen „Staufisch-schwäbischen Imperialismus“*. Politische Konzeptionen in Baden und Württemberg 1945–1952, in: *Allmende* 20 (1988), S. 36–52.
- Ders./Schadek, Hans (Hrsg.): *Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau*, Bd. 3, *Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1992.
- Heil, Peter: *Föderalismus als Weltanschauung. Zur Geschichte eines gesellschaftlichen Ordnungsmodells zwischen Weimar und Bonn*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), H. 2, S. 165–182.
- Heimers, Peter: *Unitarismus und süddeutsches Selbstbewußtsein. Weimarer Koalition und SPD in Baden in der Reichsreformdiskussion 1918–1933*, Düsseldorf 1992.
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 3: Die Französische Zone*. Bearbeitet von Jürgen Fischer u. a., Hildesheim 1991.
- Heiser, Sandrine: *Guide des Archives de l'Occupation française en Allemagne et en Autriche. Mémoire de D.E.S.S.*, Strasbourg 1990.
- Hell, Victor: *Les relations culturelles entre la France et l'Allemagne dans l'immédiat après-guerre*, in: *Lüsebrink, Hans-Jürgen/Riesz, János* (Hrsg.), *Feindbild und Faszination. Vermittlerfiguren und Wahrnehmungsprozesse in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen (1789–1983)*, Frankfurt/Main 1984, S. 127–136.

- Ders.: Mitglied der französischen Militärregierung im Land Baden, in: Jurt (Hrsg.), *Franzosenzeit*, S. 107–119.
- Henke, Klaus-Dietmar: Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980, S. 169–191.
- Ders.: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981.
- Ders.: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 30 (1982), S. 500–537. Ebenfalls abgedruckt in: Scharf/Schröder (Hrsg.), *Deutschlandpolitik*, S. 49–90.
- Ders.: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Herbst (Hrsg.), *Westdeutschland*, S. 127–133.
- Henning, Friedrich: Conrad Haußmann 1857–1922, in: Schumann (Hrsg.), *Portraits*, S. 258–264.
- Herberhold, Franz: 10 Jahre Tagungen Südwestdeutscher Archivare, in: *Der Archivar* 9 (1956), Sp. 319–322.
- Herbst, Ludolf (Hrsg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986.
- Ders./Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hrsg.): *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990.
- Hertel, Gerhard (Hrsg.): *Die Zerstörung von Freudenstadt. Das Schicksal von Freudenstadt am 16./17. April 1945*, Horb 21990.
- Hillel, Marc: *L'occupation française en Allemagne (1945–1949)*, Paris 1983.
- Hirscher, Gerhard: Aspekte der politischen Karriere Carlo Schmidts von 1945 bis 1949, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), *Kulturpolitik*, S. 319–332.
- Hochreuther, Ina: *Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919*, Stuttgart 1992.
- Höbelt, Lothar/Huber, Othmar (Hrsg.): *Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945–1953*, Innsbruck 1991.
- Hoffmann, Peter: *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1985.
- Houll-Commun, Patricia: *La politique d'occupation française en Allemagne et la Zone d'occupation française (1945–1949)*, in: *Mission historique française en Allemagne. Bulletin d'information* 10 (1985), S. 40–56.
- Hudemann, Rainer: *La zone française sous le premier gouvernement du Général de Gaulle (mai 1945–janvier 1946)*, in: *Etudes gaulliennes* 23/24 (1978), S. 23–37.
- Ders.: *Französische Besatzungszone 1945–1952*, in: NPL 26 (1981), S. 325–360.
- Ders.: *Anfänge der Wiedergutmachung. Französische Besatzungszone 1945–1950*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 13 (1987), S. 181–216.
- Ders.: *Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1947*, in: Becker, Winfried (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, Köln 1987, S. 181–210.
- Ders.: *Grundprobleme der französischen Besatzung in Deutschland*, in: Joly, *Deutschlandpolitik*, S. 27–40.
- Ders.: *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland*, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), *Kulturpolitik*, S. 15–33.
- Ders.: *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik*, Mainz 1988.
- Ders.: *Deutsche Geschichte in französischen Archiven. Nachkriegsakten Colmar und Paris – Archivgut zur neueren Geschichte in Nantes*, in: *Der Archivar* 42 (1989), Sp. 475–488.
- Ders.: *Frankreich und der Kontrollrat 1945–1947*, in: Manfrass/Rioux (Hrsg.), *France*, S. 97–118.
- Ders.: *Die Besatzungsmächte und die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg*, in: Schaab/Richter (Hrsg.), *Baden-Württemberg*, S. 1–23.
- Hürten, Heinz: *Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, in: Langner, Albrecht (Hrsg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, Paderborn 1985, S. 131–154.
- Ders.: „Abendland“ – ein Topos bei Besinnung und Neubeginn, in: RJKG 7 (1988), S. 27–31.

- Hüser, Dietmar: Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950: Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: Martens (Hrsg.), *Erbfeind*, S. 19–64.
- Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hrsg.): *Franzosen und Deutsche am Rhein. 1789 – 1918 – 1945*, Essen 1989.
- Hug, Wolfgang: Erzbischof Gröber. Christliche Politik in den ersten Nachkriegsjahren, in: *Weinacht* (Hrsg.), *Regierungsjahre*, S. 235–250.
- Ders.: *Geschichte Badens*, Stuttgart 1992.
- Ders.: *Badische Wege in den Südweststaat*, in: *Badische Heimat* 72 (1992), S. 359–371.
- Huhn, Jochen: *Lernen aus der Geschichte? Historische Argumente in der westdeutschen Föderalismusdiskussion 1945–1949*, Melsungen 1990.
- Ders./Witt, Peter-Christian (Hrsg.): *Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme*, Baden-Baden 1992.
- Ilg, Ulrich: *Die politische Wiedererhebung Vorarlbergs am Kriegsende 1945*, in: *Montfort* 27 (1975), S. 457–470.
- Isajiw, Thomas: *Was soll aus Deutschland werden? Konzeptionen, Weg und Ergebnisse der französischen Deutschlandpolitik 1940–1948*, Diss. phil. Münster 1988.
- Joly, Jean-Baptiste: *Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949*, Tübingen 1987.
- Junger, Gerhard: *Schicksale 1945. Das Ende des II. Weltkrieges im Kreis Reutlingen. Besetzung und Besatzung, Reutlingen* 1991.
- Jurt, Joseph (Hrsg.): *Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse*, Freiburg 1992.
- Ders. (Hrsg.): *Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation*, Freiburg 1993.
- Kaller, Gerhard: Dietrich, Hermann Robert, in: *Ottnad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF I*, S. 94–97.
- Kamphausen, Helmut: *Deutschlands Zerstückelung: Pläne – Täter – Helfershelfer*, Kiel 1988.
- Kappes, Reinhild: *Singener Bürgermeister und Ehrenbürger von 1899 bis heute*, in: *Berner/Brosig* (Hrsg.), *Singen*, S. 167–203.
- Keller, Erwin: *Conrad Gröber 1872–1948. Erzbischof in schwerer Zeit*, Freiburg 1982.
- Ders.: *Als die Franzosen kamen. Kriegsende 1945 im oberen Hegau*, Singen 1985.
- Kern, Franz: Föhr, Ernst, in: *Ottnad* (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien I*, S. 89–92.
- Kessel, Martina: *Englische und französische Deutschlandpolitik von 1945–1947*, in: *Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte* 61 (1989), S. 393–424.
- Dies.: *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945–1947*, München 1989.
- Dies.: *„L'empêchement de la danse en ronde“: Französische Deutschlandpolitik 1945–1947*, in: Martens (Hrsg.), *Erbfeind*, S. 65–85.
- Kessler, Herbert: Ulrich Ilg – Bauer und Staatsmann, in: *Montfort* 38 (1986), S. 73 ff.
- Kettenacker, Lothar: *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß*, Stuttgart 1973.
- Ders.: *Die elsäß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen*, Frankfurt/Main 1976.
- Kiersch, Gerhard: *Französische Sicherheits- und Militärpolitik*, in: *Dokumente* 34 (1978), S. 81–85.
- Ders.: *Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949*, in: *Scharf/Schröder* (Hrsg.), *Stabilisierung*, S. 61–76.
- Kimmel, Adolf: *Die deutsch-französischen Beziehungen (II)*, in: *NPL* 36 (1991), S. 247–260.
- Klatt, Hartmut (Hrsg.): *Baden-Württemberg und der Bund*, Stuttgart 1989.
- Kleinschmidt, Erich: Döblin, Bruno *Alfred*, in: *Ottnad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF II*, S. 67–70.
- Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1991.
- Klöckler, Jürgen: *Französische Besatzungspolitik in Konstanz zwischen 1945 und 1949*, Magisterarbeit Konstanz 1992.
- Ders.: *Die Stadt Konstanz in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945 bis 1947). Aspekte der Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte*, in: *Weber, Wolfgang* (Hrsg.), *Zeitenwende? Vorarlberg, Süddeutschland und die Ostschweiz im Mai 1945*, Dornbirn 1995, S. 48–62. Ebenfalls abgedruckt in: *Montfort* 47 (1995), S. 216–230.
- Ders.: *Föderalistische Neugliederungskonzepte nach 1945: Vorarlberg als Teil der „Donau-Alpen-*

- Konföderation“ oder „Alemanniens“?, in: Weber, Wolfgang (Hrsg.), *Zeitenwende? Vorarlberg, Süddeutschland und die Ostschweiz im Mai 1945*, Dornbirn 1995, S. 81–97. Ebenfalls abgedruckt in: Montfort 47 (1995), S. 249–265.
- Ders.: Geänderte Benutzungsmodalitäten im Archiv der Besatzung in Colmar, in: *Der Archivar* 48 (1995), Sp. 314 ff.
- Ders.: Überlingen zur „Stunde Null“ – Aspekte des Neubeginns unter französischer Besatzung, in: Mück, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Rückkehr der Moderne. 1945 Überlingen 1995. Erste Nachkriegsausstellung verfeimter deutscher Kunst*, Stuttgart 1995, S. 28–32.
- Ders.: Walter Ferber – der vergessene Föderalist, in: *Allmende* 46/47 (1995), S. 201–216.
- Ders.: Zivilbevölkerung und französische Besatzung am Bodensee im Jahr 1945, in: *Rorschacher Neujahrsblatt* 85 (1995), S. 31–36. Ebenfalls abgedruckt in: Specker (Hrsg.), *Friede*, S. 31–36.
- Ders.: „Was wir fordern ist die Gründung eines föderalistischen Staates „Alpenland“. Die politischen Visionen des ersten Singener Nachkriegsbürgermeisters Bernhard Dietrich, in: *Singener Jahrbuch* 1995/96, S. 131–136.
- Ders.: Quellen zu Österreichs Nachkriegsgeschichte in französischen Archiven. Tirol, Vorarlberg und Wien nach dem Zweiten Weltkrieg, Dornbirn 1996.
- Ders.: „Es wird mir übel, wenn ich vom „Wiederaufbau des Reiches“ höre“. Autonomieforderungen im französisch besetzten Südwestdeutschland nach 1945, in: *Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg*, Dezember 1996, S. 1–5.
- Ders.: Die Ursprünge der Alpenlandpläne – Der Bodensee im Zentrum einer süddeutschen Konföderation, in: Plitzner, Klaus (Hrsg.), *Emil Schneider, Bregenz 1998* (im Druck).
- Kluge, Ulrich: Südwestdeutschland in der Nachkriegszeit 1945–1949. Quellen zu den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Neubegründung demokratischer Strukturen im späteren Land Baden-Württemberg, in: Schwarzmaier (Hrsg.), *Landesgeschichte*, S. 225–248.
- Knapp, Thomas A.: Wirth, Joseph Karl, in: Ottnad (Hrsg.), *Badische Biographien NF I*, S. 273–277.
- Knauber, Karl-Heinz: Zürcher, Paul, in: Ottnad (Hrsg.), *Badische Biographien NF II*, S. 322–325.
- Knipping, Franz: *Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945–1950*, in: Ders./Weisenfeld (Hrsg.), *Geschichte*, S. 141–155.
- Ders./Le Rider, Jacques (unter Mitarbeit von Karl J. Mayer) (Hrsg.): *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950*, Tübingen 1987.
- Ders./Weisenfeld, Ernst (Hrsg.): *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland–Frankreich seit 1870*, Bonn 1988.
- Kock, Peter Jakob: *Bayerns Weg in die Bundesrepublik*, München ²1988.
- Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Stern, Carola/Winkler, Heinrich A. (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt/Main 1980, S. 141–168.
- Köhler, Henning: *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982.
- Köhler, Werner: *Freiburg im Breisgau 1845–1949. Politisches Leben und Erfahrungen in der Nachkriegszeit*, Freiburg 1987.
- Kolboom, Ingo: Frankreich und die staatliche Neuordnung Deutschlands 1945–1949: Ein Rückblick aus aktuellem Anlaß, in: Asholt, Wolfgang/Thoma, Heinz (Hrsg.), *Frankreich. Ein unverstandener Nachbar (1945–1990)*, Bonn 1990, S. 51–86.
- Konstantin, Prinz von Bayern: *Ohne Macht und Herrlichkeit. Hohenzollern, Wittelsbach, Habsburg*, München 1961.
- Konstanzer, Eberhard: *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969.
- Ders.: Weisungen der französischen Militärregierung 1946–1949, in: *VfZ* 18 (1970), S. 204–236.
- Korff, Adalbert: *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Diss. phil. Lausanne 1965.
- Kowalski, Hans-Günther: Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung, 1943–1945, in: *VfZ* 19 (1971), S. 261–293.
- Kraft, Herbert Karl: Walter Münch: Ein Lebensweg für Oberschwaben, in: *Ulmer Forum* 61 (1982), S. 46–50.
- Kraiker, Gerhard: *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972.
- Kraus, Elisabeth: *Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen*, München 1990.

- Krautkrämer, Elmar: Internationale Politik im 20. Jahrhundert. Dokumente und Materialien, Bd. 2, 1939–1945, Frankfurt/Main 1977.
- Ders.: Das Ringen um die territoriale Neugestaltung Südwestdeutschlands, in: Buszello, Horst/ u. a. (Hrsg.), Der Oberrhein in Geschichte und Gegenwart, Freiburg 1986, S. 225–245.
- Ders.: Vom Krieg zum Bündnis: Frankreich und Deutschland 1940–1963 (Anregungen zur ...), in: Uffelman, Uwe (Hrsg.), Didaktik der Geschichte, Villingen-Schwenningen 1986, S. 154–173.
- Ders.: De Gaulles deutschlandpolitische Ambitionen 1945, in: Weinacht (Hrsg.), Regierungsjahre, S. 97–115.
- Ders.: Das Rhénanieprojekt und die Frage der territorialen Gestaltung der französischen Besatzungszone, in: Jurt (Hrsg.), Besatzungszeit, S. 61–85.
- Kube, Alfred/Schnabel, Thomas: Südwestdeutschland und die Entstehung des Grundgesetzes, Villingen-Schwenningen 1989.
- Kubitz, Joachim: Frankreichs widersprüchliche Besatzungspolitik, in: Fäßler/u. a. (Red.), Alltagsnot, S. 55 ff.
- Kuhlmann, Alfred: Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns, Münster 1971.
- Lacroix-Riz, Annie: Une „politique douce“ précoce: Paris face à la politique allemande de Washington 1944–1945, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine 38 (1991), S. 428–461.
- Landau, Edwin Maria: Schneider, Reinhold, in: Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 240–244.
- Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, Stuttgart 1985.
- Lange, Erhard H.: Bestimmungsfaktoren der Föderalismusdiskussion vor Gründung der Bundesrepublik. Zur geistig-politischen Vorformung des Grundgesetzes, in: APuZ 24 (1974), B 2–3, S. 9–29.
- Lapie, Pierre-Olivier: De Léon Blum à de Gaulle. Le caractère et le pouvoir, Paris 1971.
- Lasalle, Pierre: Note sur la délimitation de la zone d'occupation en Allemagne, in: De Gaulle et la nation, S. 227 ff.
- Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988.
- Ders.: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon – Koenig 1945–1947, in: VfZ 39 (1991), S. 1–35.
- Laufer, Rudolf: Industrie und Energiewirtschaft im Land Baden 1945–1952. Südbaden unter französischer Besatzung, Freiburg 1979.
- Laufs, Adolf: Konrad Beyerle: Leben und Werk, in: Bauer, Clemens/Hollerbach, Alexander/Laufs, Adolf (Hrsg.), Gestalten und Probleme katholischer Rechts- und Soziallehre, Paderborn 1977, S. 21–54.
- Ders.: Beyerle, Konrad, in: Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 48 ff.
- Ders.: Gönnerwein, Richard Otto, in: Ottnad (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien I, S. 120 f.
- Leesch, Wolfgang: Die deutschen Archivare 1500–1945. Band 2. Biographisches Lexikon, München 1992.
- Liessem-Breinlinger, Renate: Waeldin, Paul, in: Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 260 f.
- Lipgens, Walter (Hrsg.): Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968.
- Ders.: Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 21 (1973), S. 52–102.
- Ders.: Innerfranzösische Kritik der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198.
- Ders.: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil 1945–1947, Stuttgart 1977.
- Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945, Bregenz 1975.
- Loth, Wilfried: Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges: Die Entlassung der kommunistischen Minister im Mai 1947, in: VfZ 26 (1978), S. 9–65.
- Ders.: Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Deutschlandpolitik, S. 27–48.

- Ders.: Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Herbst (Hrsg.), Westdeutschland, S. 37–49.
- Ders./Picht, Robert (Hrsg.): De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991.
- Ludmann-Obier, Marie-France: Die Kontrolle der chemischen Industrie in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1989.
- Maier, Hans/Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Humanist und Politiker. Leo Wohleb, der letzte Staatspräsident des Landes Baden, Heidelberg 1969.
- Maillard, Pierre: De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Berlin 1991.
- Maitron, Jean: Degliame-Fouché, Marcel, in: Ders./Pennetier, Claude (Hrsg.), Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français. 1914–1939, Bd. 24, Paris 1985, ohne Seitenzählung.
- Manfrass, Klaus/Rioux, Pierre (Hrsg.): France–Allemagne 1944–1947 actes du colloque franco-allemand des 2 – 5 décembre 1986, H. 13/14 (1989/1990).
- Manz, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone von 1945–1949, Diss. phil. Mannheim 1968.
- Marcowitz, Reiner: Grundzüge der Deutschland-Politik de Gaulles und Bidaults von Herbst 1944 bis Frühjahr 1947, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 2/1988, S. 117–134.
- Mariotte, Jean Yves: Elsässische Quellen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Der Archivar 42 (1989), Sp. 487–494.
- Martel, André (Hrsg.): Histoire militaire de la France. Vol. 4 – De 1940 à nos jours, Vendôme 1994.
- Martens, Stefan: „Drôle de Guerre“ – Occupation – Epuration: Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: NPL 37 (1992), S. 185–213.
- Ders. (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993.
- Massenbach, Heinrich von: Die Hohenzollern einst und jetzt. Die Königliche Linie in Preussen – Die Fürstliche Linie in Hohenzollern, Köln 1955.
- Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier, in: Schumann (Hrsg.), Portraits, S. 345–350.
- Ders.: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
- Maugué, Pierre: Le particularisme alsacien 1918–1967, Paris 1970.
- Maunz, Theodor: Leo Wohleb und die gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: Weinacht (Hrsg.), Regierungsjahre, S. 148–156.
- Maurer, Helmut: Nachruf Otto Feger, in: Der Archivar 22 (1969), Sp. 121–124.
- Ders.: Friedrich Metz †, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 88 (1970), S. VI–IX.
- Ders. (Hrsg.): Der Bodensee. Landschaft – Geschichte – Kultur, Sigmaringen 1982.
- Ders.: Feger, Otto, in: Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF I, S. 110 ff.
- Ders. (Hrsg.): Die Grenzstadt Konstanz 1945, Konstanz 1988.
- Meier, Ingeborg: Die Stadt Singen am Hohentwiel im Zweiten Weltkrieg, Konstanz 1992.
- Meissner, Boris: Die Frage der Einheit Deutschlands auf den alliierten Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1943 bis 1949, in: Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.), Deutschlandfrage, S. 7–28.
- Mendelsohn, John (Hrsg.): The Holocaust. 16. Rescue to Switzerland. The Musy and Saly Mayer Affairs, New York 1982.
- Ménudier, Henri (Hrsg.): L'Allemagne occupée 1945–1949, Brüssel 1990.
- Ders.: Gouvernement Provisoire de la République Française. Documents inédits, in: Ders., Allemagne, S. 169–182.
- Merlio, Gilbert: Les germanistes français et le phénomène prussien, in: RA 19 (1987), S. 287–296.
- Meyer, Bruno: Franz Beyerle †. 30. Januar 1885 – 22. Oktober 1977, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 96 (1978), S. V–VIII.
- Meyer, Gert: Einigungsbestrebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Südbaden nach 1945, in: Haumann (Hrsg.), Hotzenwald, S. 176–197.
- Miller, Max: Nachruf Karl Otto Müller 1884–1960, in: ZWLG 19 (1960), S. 342 f.
- Ders.: Geschichtlicher Rückblick über die Südwestdeutschen Archivtage (1946–1970), in: Der Archivar 24 (1971), Sp. 153–170.
- Ministère de la Défense: Guerre 1939 – 1945. Les Grandes Unités Françaises. Historiques succincts. Campagnes de France et d'Allemagne (1944–1945), Paris 1976.
- Mombert, Monique: Buch- und Verlagspolitik in der französisch besetzten Zone 1945–49, in: Knipping/Le Rider (Hrsg.), Kulturpolitik, S. 227–241.

- Dies.: L'église en Allemagne après 1945: L'exemple de la Zone Française d'Occupation (ZFO), in: RA 25 (1993), S. 21–34.
- Dies.: *Jeunesse et Livre en Zone Française d'Occupation 1945–1949*, Strasbourg 1995.
- Morsey, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33, Stuttgart 1977.
- Mosely, Philip E.: Dismemberment of Germany: The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam, in: *Foreign Affairs* 28 (1950), S. 487–498.
- Moser, Arnulf: Inseln der Glückseligkeit. Die Reichenau und die Mainau als Erholungsorte für französische KZ-Häftlinge 1945, in: *Allmende* 38/39 (1993), S. 203–215.
- Ders.: Konstanz Mai 1945 – Französische Besetzung in Sichtweite der Schweiz, in: *Rorschacher Neujahrsblatt* 85 (1995), S. 25–30.
- Mühlhausen, Walter/Regin, Cornelia (Hrsg.): *Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts*, Melsungen 1991.
- Müller, Gebhard: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, in: *ZWLG* 34 (1977), S. 236–261.
- Ders.: Fünfundzwanzig Jahre Südweststaat, in: *Schwäbische Heimat* 28 (1977), S. 2–8.
- Müller, Karl-Friedrich: *Das Jahr 1945 in Südbaden*, Frankfurt/Main 1987.
- Müller, Ulrich: *Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons - zwangsverschleppte Personen in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951*, Stuttgart 1990.
- Müller, Walter/Soliva, Claudio (Hrsg.): *Zwei Jahrzehnte Rechtsgeschichte an der Universität Zürich. Die Betreuung des Faches zur Zeit des Zürcher Ordinariats von Karl S. Bader (1953–1975)*, Zürich 1975.
- Münch, Walter: Wesens- und Stammesart der Alemannen und Schwaben, in: *Staatsanzeiger für Baden-Württemberg* Nr. 35/36 vom 6. 5. 1964, S. 5.
- Ders.: Bausteine einer Entwicklung des Raumes Allgäu, in: *Der Allgäuer* vom 7. 8. 1964.
- Ders.: Von Schwaben und Alemannen. Wesens- und Stammeseigenart der Menschen in Oberschwaben, im Allgäu und am Bodensee, in: *Bodensee-Hefte* 1964, H. 6, S. 25–31.
- Ders.: *Das Allgäu, eine verhinderte Eidgenossenschaft. Textentwurf für Freunde*, Wangen 1982.
- Ders.: Erinnerungen an die Anfänge der Südwestdeutschen Archivtage, in: *Bannasch* (Hrsg.), *Bestandbildung*, S. 81–84.
- Münchheimer, Werner: Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944, in: *Europa-Archiv* 5 (1950), S. 3188–3195.
- Munro, Angus: *The French Occupation of Tübingen, 1945–1947: French Policies and German Reactions in the Immediate Postwar Period*, 2 Bände, Diss. phil. Warwick 1978.
- Niethammer, Lutz: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: *VfZ* 15 (1967), S. 153–210.
- Nüske, Gerd Friedrich: *Neuere Literatur zur Geschichte der südwestdeutschen Länder 1945–1952*, in: *Schwarzmaier* (Hrsg.), *Landesgeschichte*, S. 383–422.
- Ders.: Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Länderregierungen, in: *Gögler/Richter* (Hrsg.), *Land*, S. 81–110.
- Ders.: *Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Südwestdeutschland (I)*, in: *ZHG* 18 (1982), S. 179–278; (II), in: *ZHG* 19 (1983), S. 103–194.
- Ders.: *Der staatliche Wiederaufbau Südwestdeutschlands*, in: *Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg*, Januar 1983, S. 1–8.
- o. A.: Albert Sauer, in: *Munzinger-Archiv* 1981. *Internationales Biographisches Archiv – Lieferung* 40/81-P-1112.
- o. A.: Auf geradem Weg. Dem Fürsten Erich August von Waldburg zu Zeil und Trauchburg zum Gedächtnis, in: *Das Neue Abendland* 8 (1953), H. 7, S. 387–396.
- o. A.: Dr. Josef Ruby gestorben, in: *Konradsblatt* 30 (1960).
- o. A.: Merk, Alfred, in: *Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild*, Bd. 2, hrsg. vom Deutschen Wirtschaftsverlag, Berlin 1931, S. 1230 f.
- o. A.: Oskar Farny, in: *Munzinger-Archiv. Internationales Biographisches Archiv – Lieferung* 43/83-P-005536–5/22.
- o. A.: Stadtoberarchivrat Dr. Otto Feger, in: *Konstanzer Almanach* 15 (1969), S. 55.

- o. A.: [Todesanzeige Fürst Erich von Waldburg-Zeil], in: *Das Neue Abendland* 8 (1953), H. 5, nach S. 320.
- Oestreich, Peter: *Unter dem Dach der Pax Americana. Frankreich und Deutschland 1945–1955*, Diss. phil. Nürnberg 1992.
- Ohler, Norbert: Eine Stadt in der Stadt – Franzosen in Freiburg, in: *ZGO* 139 (1991), S. 455–478.
- Ott, Hugo: Gröber, Conrad, in: *Otttnad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF I*, S. 144–148.
- Ders.: Bauer, Clemens, in: *Otttnad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF II*, S. 18–22.
- Ders.: Lörrachs Weg zur Industriestadt, in: *Lörrach. Landschaft – Geschichte – Kultur*. Hrsg. von der Stadt Lörrach, Lörrach 1983, S. 283–476.
- Otttnad, Bernd (Hrsg.): *Badische Biographien, NF, Bd. I–III*, Stuttgart 1982 ff.
- Ders. (Hrsg.): *Baden-Württembergische Biographien I*, Stuttgart 1994.
- Overesch, Manfred: Einheit oder Teilung? Westdeutsche Entscheidungsträger vor der gesamtdeutschen Frage 1945–1947, in: *Foschepoth* (Hrsg.), *Krieg*, S. 269–289.
- Pfefferle, Heinz: *Landesgeschichte und Identität. Zur Geschichte Württemberg-Hohenzollerns zwischen Provisorium und Südweststaatsbildung*, Diss. paed. Heidelberg 1995.
- Pfetsch, Frank R.: *Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in den Westzonen und in der Bundesrepublik*, Opladen 1990.
- Ders.: Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945, in: *Jurt* (Hrsg.), *Besatzungszeit*, S. 88–108.
- Pichler, Meinrad: „Lieber in Lumpen gehüllt in Deutschland oder als reicher Mann in der Schweiz?“. Anmerkungen zu Interessenlagen hinter der Schweiz-Anschluß-Bewegung, in: *Montfort* 40 (1988), S. 61–69.
- Pietsch, Friedrich: Karl Otto Müller 13. 5. 1884–14. 12. 1960, in: *Archivalische Zeitschrift* 58 (1962), S. 163 ff.
- Plessner, Helmuth: *Die verspätete Nation. Über die politische Verfügbarkeit bürgerlichen Geistes*, Stuttgart 1959.
- Poidevin, Raymond: *L'Allemagne et le monde au XX^e siècle*, Paris 1983.
- Ders.: Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: *Scharf/Schröder* (Hrsg.), *Deutschlandpolitik*, S. 15–26.
- Ders.: Frankreich und die Deutsche Frage 1943–1949, in: *Becker, Josef/Hillgruber, Andreas* (Hrsg.), *Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 405–420.
- Ders.: René Mayer et la politique extérieure de la France, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale et des conflits contemporains* 134 (1984), S. 73–97.
- Ders.: Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49, in: *Foschepoth* (Hrsg.), *Krieg*, S. 129–144.
- Ders.: *La France devant le danger allemand (1944–1952)*, in: *Hildebrand, Klaus/Pommerin, Reiner* (Hrsg.), *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag*, Köln 1985, S. 253–267.
- Ders.: *La politique allemande de la France en 1945*, in: *Vaisse, Maurice* (Hrsg.), *8 Mai 1945: La victoire en Europe. Actes du colloque international de Reims 1985*, Lyon 1985, S. 221–238.
- Ders./Bariéty, Jacques: *Les relations franco-allemandes 1815–1975*, Paris 1977.
- Pothhoff, Heinrich/Wenzel, Rüdiger (Bearb.): *Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949*, Düsseldorf 1983.
- Python, Francis: Jean-Marie Musy 1876–1952, in: *Altermatt, Urs* (Hrsg.), *Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon*, Zürich 1991, S. 355–360.
- Quarthal, Franz: Das Alemannische Institut von seiner Gründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: *Alemannisches Institut*, S. 8–41.
- Raggenbass, Otto: *Trotz Stacheldraht. 1939–1945. Grenzland am Bodensee und Hochrhein in schwerer Zeit*, Konstanz 1985.
- Rathkolb, Oliver (Hrsg.): *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung*, Wien 1985.
- Rauh-Kühne, Cornelia/Ruck, Michael (Hrsg.): *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952*, München 1993.
- Reichhold, Ludwig: *Geschichte der ÖVP*, Graz 1975.
- Reinhard, Eugen: Metz, Friedrich, in: *Otttnad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF I*, S. 209 ff.

- Ders.: Friedrich Metz – Landeskundler und Vorsitzender des Alemannischen Instituts. Eine Würdigung aus Anlaß seines 100. Geburtstags am 8. März 1990, in: Alemannisches Jahrbuch 1991/92, S. 299–305.
- Richter, Gregor: Die wissenschaftliche Bedeutung und die fachliche Betreuung standesherrlicher Archive, in: Zeiler Aspekte, S. 74–84.
- Ders.: Regionale und überregionale „Zusammenarbeit zwischen den Archiven“. 45 Jahre Südwest-deutscher Archivtag, in: Bannasch (Hrsg.), Beständebildung, S. 85–96.
- Rieth, Adolf: Dr. Johannes von Waldburg zu Wolfegg und Waldsee †, in: Nachrichtenblatt der Denkmalpflege in Baden-Württemberg 9 (1966), H. 2, S. 56.
- Rinker, Reiner/Setzler, Wilfried (Hrsg.): Die Geschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 1986.
- Römer, Friedrich: Erinnerungen an Singen und den Hohentwiel, in: Singener Jahrbuch 1983, S. 59 ff.
- Rohrer, Karl: Das „Schwabenskapitel“ und seine Förderer, in: Arbeitskreis für Regionalgeschichte (Hrsg.), Eidgenossen, S. 179–190.
- Rollet, Henry: Les vetos français au Conseil de Contrôle Interallié et l'unité allemande (1946–1948), in: Revue d'Histoire Diplomatique 101 (1987), S. 99–114.
- Ders.: Le problème allemand, in: Gerbet (Hrsg.), relèvement, S. 85–105.
- Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.
- Rothenberger, Karl-Heinz: Die elsäß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt/Main 1976.
- Ders.: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1945–1950, Boppard 1980.
- Rothmund, Paul: Demokratischer Neubeginn nach 1945, Rheinfelden 1987.
- Ders./Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
- Roux, René: Problèmes historiques des Etats Allemands, Paris 1950.
- Rovan, Joseph: Hat Frankreich eine Deutschlandpolitik?, in: Frankfurter Hefte 6 (1951), S. 461–474.
- Ders.: Die Grundlagen des Neubeginns. Eindrücke aus Jahren der Wirrnis und der Klärung (1945–1955), in: Knipping/Weisenfeld (Hrsg.), Geschichte, S. 156–163.
- Ders.: Geschichte der Deutschen. Von ihren Ursprüngen bis heute, München 1995.
- Ruge-Schatz, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Frankfurt/Main 1977.
- Dies.: Grundprobleme der Kulturpolitik in der Französischen Besatzungszone, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Deutschlandpolitik, S. 91–110.
- Sailer, Joachim: Eugen Bolz und die Krise des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, Tübingen 1994.
- Sandner, Margit: Die französisch-österreichischen Beziehungen während der Besatzungszeit von 1947 bis 1955, Wien 1985.
- Dies.: Der Quai d'Orsay und Österreich 1945–1949, in: Bischof/Leidenfrost (Hrsg.), Nation, S. 301–314.
- Sauer, Kurt: Kirchheimer, Franz Waldemar, in: Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF II, S. 159–162.
- Sauer, Paul (Bearb.): Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation, Ulm 1977.
- Ders.: Die Anfänge der Südweststaatsdiskussion nach 1945, in: Schwäbische Heimat 28 (1977), S. 8–14.
- Ders.: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945–1952, Ulm 1978.
- Ders.: Die Entwicklung der Parteien, in: Thierfelder/Uffelmann (Bearb.), Weg, S. 158–182.
- Ders.: Reinhold Maier, in: Mühlhausen/Regin (Hrsg.), Treuhänder, S. 53–77.
- Sauthoff, Stephan: Die Demokratische Partei in Süd- und Mittelbaden 1946. Gründung, Entwicklung, Programmatik, in: ZGO 138 (1990), S. 391–407.
- Schaab, Meinrad (Hrsg.): 40 Jahre Baden-Württemberg. Aufbau und Gestaltung 1952–1992, Stuttgart 1992.

- Ders. (Hrsg.): 40 Jahre Baden-Württemberg. Versuch einer historischen Bilanz, Stuttgart 1993.
- Ders. (Hrsg.): Staatliche Förderung und wissenschaftliche Unabhängigkeit der Landesgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Historischen Kommissionen im deutschen Südwesten, Stuttgart 1995.
- Ders./Richter, Gregor (Hrsg.): Baden-Württemberg und der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), Stuttgart 1991.
- Schaaf, Karlheinz (Hrsg.): Versuch, Walter Münch hochleben zu lassen. Se! da nimms – Eine Festgabe seiner Freunde zum 70. Geburtstag, Sigmaringen 1981.
- Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute, Stuttgart 1979.
- Schäfer, Rosemarie: Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1946–1961. Zeitgeschehen und Zeitgeschichte im Spiegel einer konservativen politischen Zeitschrift, Diss. Phil. Göttingen 1975.
- Schaeffer, Patrick J.: L'Alsace et l'Allemagne de 1945 à 1949, Metz 1976.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977.
- Ders./Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983.
- Scheele, Jürgen: Erwin Eckert: Exponent eines „Neuen Deutschlands“, in: Balzer, Friedrich-Martin (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 288–307.
- Schlegel, B.: Oberarchivrat Dr. Dr. Otto Feger 60, in: Hegau 20 (1965), S. 361 f.
- Schlotter, Ulrich/Hamacher, Alphons: Die Entwicklung des politischen Lebens in Ravensburg nach 1945, in: 40 Jahre CDU Ravensburg 1946–1986, Ravensburg 1986.
- Schmitt, Günther: Gebietsreform im Allgäu, in: Allgäuer Geschichtsfreund 73 (1973), S. 90–98.
- Schnabel, Thomas: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986.
- Ders. (Hrsg.): Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, Ulm 1994.
- Ders./Ueberschär, Gerd: Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945, Freiburg 1985.
- Schneider, Pater Agnellus: In memoriam Dr. Johannes Graf von Waldburg-Wolfegg, in: Naturschutz Oberschwaben-Bodensee-Hegau 7 (1966), S. 54 f.
- Schneller, Franz: Alemannen unter vier Fahnen, in: Südbaden. Altes Grenzland – neue Möglichkeiten, Oldenburg 1965, S. 34–38.
- Schölzel, Stephan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1986.
- Schöntag, Wilfried: Südwestdeutsche Archivtage 1946–1990. Vortragsthemen, Referenten und Exkursionsziele, in: Bannasch (Hrsg.), Beständebildung, S. 97 ff.
- Schott, Dieter/Trapp, Werner (Hrsg.): Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten 1984.
- Schreiner, Klaus/Hofacker, Hans-Georg: Spätmittelalterliche und neuzeitliche Staufer-Überlieferungen in Schwaben und Württemberg, in: Die Zeit der Staufer. Katalog zur Ausstellung, Bd. III, Stuttgart 1977, S. 311–325.
- Schreiner, Reinhard: Bidault, der M.R.P. und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/Main 1985.
- Schulze, Winfried: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993.
- Schumann, Hans (Hrsg.): Baden-Württembergische Portraits. Gestalten aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988.
- Schunk, Peter: De Gaulle und seine deutschen Nachbarn bis zur Begegnung mit Adenauer, in: Loth/Picht (Hrsg.), De Gaulle, S. 21–43.
- Schwabe, Klaus: Ritter, *Gerhard* Georg Bernhard, in: Ottndad (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien I, S. 299–303.
- Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980.
- Schwarzmaier, Hansmartin (Bearb.): Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahre 1945 in Dokumenten und Bildern, Karlsruhe 1975.
- Ders.: Die Heimat der Staufer. Bilder und Dokumente aus einhundert Jahren staufischer Geschichte in Südwestdeutschland, Sigmaringen 1976.

- Ders. (Hrsg.): *Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein*, Karlsruhe 1980.
- Ders.: *Politische Grenzziehung und historische Bewußtseinsbildung im deutschen Südwesten*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 121 (1985), S. 83–114.
- Ders.: *Staufer, Welfen und Zähringer im Lichte neuzeitlicher Geschichtsschreibung*, in: *ZGO* 134 (1986), S. 76–87.
- Schweikert, Alexander (Hrsg.): *Südbaden*, Stuttgart 1992.
- Schwineköper, Berent: *Rudolf Rauh †*, in: *Der Archivar* 27 (1974), Sp. 149 f.
- Seigel, Rudolf: *Rudolf Rauh †*, in: *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung* 93 (1975), S. VII f.
- Sharp, Tony: *The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany*, Oxford 1975.
- Siebler, Clemens: *Färber, Karl*, in: *Ottvad* (Hrsg.), *Badische Biographien NF III*, S. 77 ff.
- Ders.: *Beyerle, Anna Maria*, in: *Ottvad* (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien I*, S. 23 f.
- Smitten, Wilhelm Th.: *Dismembration des Deutschen Reiches – Vorschläge für eine autonome alemannische Demokratie aus dem Jahre 1946*, Bamberg 1976.
- Söllner, Alfons (Hrsg.): *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst*, 2 Bände, Frankfurt/Main 1986.
- Sonnenschein, Carl: *Worte der Treue*, Freiburg 1979.
- Sonntag, Konrad: *Zur Geschichte des Alemannischen Instituts seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: *Alemannisches Institut*, S. 50–63.
- Specker, Louis (Hrsg.): *Endlich Friede! Kriegsende 1945 in der Bodenseeregion*, Rorschach 1995.
- Sproll, Heinz/Thierfelder, Jörg (Hrsg.): *Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg*, Stuttgart 1984.
- Sträga, Gudrun: *Singen 1945. Wiederbeginn des politischen Lebens unter französischer Besatzung*, in: *Schott/Trapp* (Hrsg.), *Seegründe*, S. 382–393.
- Stemmer, Eugen: *Nachruf [Fürst Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen]*, in: *ZHG* 1 (1965), S. II f.
- Steuer, Wilfried (Hrsg.): *April 1945 – Ende und Anfang. Der Einmarsch*, Bad Buchau 1985.
- Stiefel, Karl: *Baden 1648–1952*, 2 Bände, Karlsruhe 1977.
- Stolper, Gustav: *German realities*, New York 1948.
- Stürmel, Marcel: *Das Elsaß und die deutsche Widerstandsbewegung in der Sicht eines ehemaligen Abgeordneten der Elsässischen Volkspartei*, in: *Schwarzmaier* (Hrsg.), *Landesgeschichte*, S. 59–128.
- Thieme, Hans: *Franz Beyerle †*, in: *ZSSRG/Germ. Abtl.* 96 (1979), S. XVIII–XXXVI.
- Thierfelder, Jörg/Uffelman, Uwe (Bearb.): *Der Weg zum Südweststaat*, Karlsruhe 1991.
- Treffz-Eichhöfer, Friedrich: *Graswurzel-Demokratie. Vom Werden und Wachsen des Südweststaats Baden-Württemberg*, Stuttgart 1982.
- Über die Freundschaft hinaus... *Deutsch-französische Beziehungen ohne Illusionen*. Hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut, Stuttgart 1988.
- Uffelman, Uwe: *Badisches Profil und Südweststaat – Der Beitrag Heinrich Köhlers zur föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland*, in: *ZGO* 138 (1990), S. 409–458.
- Unger, Ilse: *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979.
- Unser, Margit: *Der badische Gewerkschaftsbund. Zur Geschichte des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung im französisch besetzten Südbaden*, Marburg 1989.
- Vaillant, Jérôme (Hrsg.): *La dénazification par les vainqueurs. La politique culturelle des occupants en Allemagne 1945–1949*, Lille 1981.
- Ders.: *Was tun mit Deutschland? Die französische Kulturpolitik im besetzten Deutschland von 1945 bis 1949*, in: *Heinemann, Manfred* (Hrsg.), *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, S. 201–210.
- Ders. (Hrsg.): *Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949*, Konstanz 1984.
- Ders.: *L'occupation française en Allemagne*, in: *De Gaulle et la nation*, S. 215–226.
- Ders.: *Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949*, in: *Joly, Deutschlandpolitik*, S. 61–67.
- Vernet, Jacques: *Le réarmement et la réorganisation de l'armée de terre française (1943–1946)*, Paris 1980.

- Vigneras, Marcel: *Rearming the French*, Washington 1957.
- Vogelsang, Thilo: Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in: VfZ 18 (1970), S. 510–528.
- Vortisch, Friedrich: Max Demmler (1898–1986), in: *Jahrbuch der Stadt Lörrach* 1987, S. 154–157.
- Wagner, Wolfgang: Besatzungszonen und Spaltung Deutschlands, in: *Außenpolitik* 5 (1954), S. 496–508.
- Waldburg-Wolfegg, Hubert von: *Vom Südreich der Hohenstauffer*, München 1954.
- Ders.: *Vom Nordreich der Hohenstauffer*, München 1961.
- Waldburg-Zeil, Franz-Georg von: Das Problem der Degeneration auf geistigem und geistlichem Gebiet (Vortrag gehalten auf der Versammlung des Vereins katholischer Edelleute Südwestdeutschlands in Stuttgart am 14. April 1951), Leutkirch [1951].
- Walter, Edgar: Das Kriegsende 1945 in Ravensburg, Ravensburg 1985.
- Weber, Jürgen: Politischer Idyllismus. Formen, Folgen und Ursachen eines politischen Einstellungsmusters, in: APuZ 23 (1973), B 26, S. 3–30.
- Weber, Wolfgang: „Norddeutsch, süddeutsch, undeutsch“. Zur Geschichte des innerdeutschen Nord-Süd-Klischees, in: Fried, Pankraz (Hrsg.), *Forschungen zur schwäbischen Geschichte*, Sigmaringen 1991, S. 7–36.
- Wedl, Kurt: *Der Gedanke des Föderalismus in Programmen politischer Parteien Deutschlands und Österreichs*, München 1969.
- Wehling, Hans-Georg: Kalbfell, Oskar, in: Ottnad (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien I*, S. 170 ff.
- Ders. (Hrsg.): *Oberschwaben*, Stuttgart 1996.
- Ders./u. a. (Hrsg.): *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Teil II, Stuttgart 1992.
- Weik, Josef: *Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordneten von 1952 bis 1988*, Stuttgart 1988.
- Ders.: *Die Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg seit 1946*, Stuttgart 1993.
- Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.) in Verbindung mit Maria Wohleb und Hans Maier: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Dokumente und Kommentare*, Freiburg 1975.
- Ders. (Hrsg.): *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1978.
- Ders.: Die politische Nachkriegsentwicklung und die Auseinandersetzungen um den Südweststaat. I. Land Baden (Südbaden), in: *Badische Geschichte*, S. 206–231.
- Ders.: Neugliederungsbestrebungen im deutschen Südwesten und die politischen Parteien (1945–1951), in: Schwarzmaier (Hrsg.), *Landesgeschichte*, S. 329–354.
- Ders./Mayer, Tilman: *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*, Sigmaringen 1982.
- Ders. (Hrsg.): *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888–1955)*, Sigmaringendorf 1988.
- Ders.: Die Christliche Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i. Br., in: *Freiburger Universitätsblätter* 102 (1988), S. 53–68.
- Ders.: Wohleb, Leo, in: Ottnad (Hrsg.), *Badische Biographien NF III*, S. 301–306.
- Ders.: Leo Wohleb, in: Mühlhausen/Regin (Hrsg.), *Treuhänder*, S. 35–51.
- Ders.: Der unterlegene Standpunkt. Ein alternatives Föderalismus-Konzept, in: Schaab/Richter (Hrsg.), *Baden-Württemberg*, S. 45–66.
- Ders.: Politische Kultur Südbadens, in: Schweikert (Hrsg.), *Südbaden*, S. 224–262.
- Ders.: „Die Einheit Deutschlands auf feinerem Wege verwirklichen...“. Leo Wohleb (1888–1955) und das historische Bundesstaats-Konzept, in: *Geschichte im Westen* 8 (1993), H. 1, S. 90–101.
- Weisenfeld, Ernst: *Frankreichs Geschichte seit dem Krieg. Ereignisse, Gestalten, Hintergründe. 1944–1980*, München 1980.
- Ders.: *Quelle Allemagne pour la France? La politique étrangère française et l'unité allemande depuis 1944*, Paris 1989.
- Weiss, Franz: Aus der Gründungszeit der Christlich-Demokratischen Union, in: *10 Jahre Landesverband Württemberg-Hohenzollern der Christlich-Demokratischen Union. Festschrift. Hrsg. vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern der Christlich-Demokratischen Union*, Tübingen 1957, S. 11–16.
- Welschinger, Richard: Nachruf für Gottfried Mayer, in: *Allensbacher Almanach* 40 (1990), S. 22.

- Wieck, Hans Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.
- Ders.: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958.
- Wilkens, Andreas: Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945–1950), in: Historische Mitteilungen 4 (1991), S. 1–21.
- Willis, Frank R.: The French in Germany 1945–1947, Stanford 1962.
- Ders.: France, Germany and the New Europe 1945–1967, London 1968.
- Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979.
- Wittenberg, Erich: Frantz, Gustav Adolph *Constantin*, in: NDB 5, S. 353–356.
- Witzig, Daniel: Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922, Basel 1974.
- Wolfrum, Edgar: Das französische Besatzungsarchiv in Colmar. Quelle neuer Einsichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte 1945–55, in: GWU 40 (1989), S. 84–90.
- Ders.: Französische und deutsche Neugliederungspläne für Südwestdeutschland 1945/46, in: ZGO 137 (1989), S. 428–452.
- Ders.: Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die „vergessene Zone“, in: NPL 35 (1990), S. 50–62.
- Ders.: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991.
- Ders.: „Jammert im Leid der Besiegte, so ist auch der Sieger verloren“. Kollektive Alltagserfahrung in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Jurt (Hrsg.), Franzosenzeit, S. 21–38.
- Ders.: Das Bild der „düsteren Franzosenzeit“. Alltagsnot, Meinungsklima und Demokratisierungspolitik in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Martens (Hrsg.), Erbfeind, S. 87–113.
- Ders./Fäßler, Peter/Grohnert, Reinhard: Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996.
- Wrobel, Christian: Medien, Politik und Öffentlichkeit im Land Südbaden, Pfaffenweiler 1993.
- Wünschel, Hans-Jürgen: Der Separatismus in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1947), Diss. phil. Heidelberg 1974.
- Ders.: Zum Begriff Separatismus, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 74 (1976), S. 131–137.
- Ders.: Die Teilungspläne der Alliierten und die Forderung Frankreichs nach Abtrennung des linken Rheinufers 1943–47, in: JWLG 5 (1979), S. 357–372.
- Ders.: Der Neoseparatismus in der Pfalz nach 1945, in: Schwarzmaier (Hrsg.), Landesgeschichte, S. 249–327.
- Zauner, Stefan: Demokratischer Neubeginn? Die Universitäten in der französischen Besatzungszone (1945–1949), in: Rauh-Kühne/Ruck (Hrsg.), Eliten, S. 333–361.
- Ders.: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.
- Zeiler Aspekte. Beiträge zum 50. Geburtstag von Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg am 5. Juni 1978, Kempten 1980.
- Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfuldingen 1970.
- Zilken, Franz/Lindemann, Klaus: Heinrich Köhler. Ein unvergessener Politiker 1878–1949, Karlsruhe 1994.

Personenregister

Die Seitenangaben beziehen sich in der Regel auf den Haupttext. Fußnoten werden vor allem dann berücksichtigt, wenn besondere Sachzusammenhänge bestehen. Auf die Aufnahme von Autoren der Sekundärliteratur wurde verzichtet.

- Abrell, Josef 257
Abt, Richard 227 f.
d'Alauzier, François Gaetan de Ripert 37, 126, 138 f., 262
Alpers, Ludwig 92, 102
Alphand, Hervé 53
Altmeier, Peter 102
Andreas, Willy 177
Aretin, Freiherr von 92
Armbruster, Hubert 76 f., 152
Arnaud, Jean 50, 82, 88 f.
Arnold, Fritz 36
Asprion, Bruno 140–143
Augustinus, Aurelius 93
Ayzac 36
- Baden, Berthold Markgraf von 118
Bader, Karl S. 182, 188, 193 f., 201 f., 204, 206–208
de Bainville, Jacques 58
Bäumer, Gertrud 96
Balay, Georges 134
Bangold, Josef Konrad von 13
Bargeton, René 41 f.
Bauer, Clemens 173, 175, 202
Bauknecht, Bernhard 228
Baumann, Hans 16
Bayern, Rupprecht Kronprinz von 109
Beck, Karl 152
Beghtol, Robert W. 101
Belzer, Emil 13–15
Belzer, Rudolf 250
Benedikt von Nursia 105
Benesch, Eduard 96
Benité 129, 131 f., 135, 261
Benz, Josef 36
Berendt, Robert A. 140
Bernhart, Joseph 93
Berr, Anton 148, 166–168
Bertele, Konstantin 22, 244
Berthelot, Marcel 51
Béthouart, Marie-Émile 27, 136 f., 262
Beyerle, Franz 173–175, 182, 191–193, 202, 206
Beyerle, Konrad 174, 182
Beyerle, Maria 213, 218
Bidault, Georges 49, 52 f., 57, 62, 65, 74, 99, 255
- Bilgeri 21
Binder, Paul 118, 227
Bischoff, Friedrich 197
Bismarck, Otto Fürst von 92, 110, 185
Bittel, Karl 243
Bitz, Carl 131, 134
Bley, Adolf 160
Blos, Wilhelm 140
Blum, Léon 53
Bock, Lorenz 155, 230–232, 246 f.
de Bois Lambert, Claude Hettier 42, 48
Bollinger, Heinz 221
Bolotte, Pierre 49, 247 f.
Bolz, Eugen 75
Bonne 49
Bonnet, Henri 64
Bouthillier, Yves 51
Brahm, Friedrich 160
Braun, Otto 209
Brentano, Heinrich von 102
Briefs, Götz 91
Brochu 39
Broistedt 87
Broszeit, Ernst 255 f.
Brühl, Franz Graf 14
Bund, Alfred 76, 219
Burgalat, Yves 43
Byrnes, James F. 64
- Caffery, Jefferson 54
Carolet 31 f.
Chamier, Friedrich von 84
Chauvel, Jean 53
Chery 39
Chétrit, Joffre 42
Cheval, René 43
Chevallier 226
Chevillon 37
de Chomereau 49
Christiani, Paul 184, 253
Churchill, Winston S. 59 f.
Clay, Lucius D. 64, 164
Cosleou 38 f.
Coudenhove-Kalergi, Richard Graf von 258
Courtois 155
Cousot 36
Couve de Murville, Maurice 54

- Dahn, Felix 174
 Daniel, Hermann 167
 Dannhäuser, Peter 160
 Darlan, François 59
 Daty, Gabriel 42
 Debré, Michel 45, 52
 Deferre, Gaston 44
 Degliame, Marcel 37, 42, 139, 146, 170, 249, 253, 257, 262
 Dehio, Ludwig 86
 Deininger, Franziskus 196
 Dejean, Maurice 54
 Demmler, Max 149, 153 f., 162 f., 239
 Deuerlein, Ernst 92
 Deufel, Alois 150
 Deufel, Caspar 126
 Devers, Jacob L. 27 f.
 Dieckhoff, Hans Heinrich 118
 Dietrich, Bernhard 1, 8, 11, 34, 37, 69, 85 f., 89, 91, 94, 112, 114, 120, 123–130, 133, 138, 142–147, 149–153, 155 f., 159–163, 166–168, 209, 217 f., 223, 230, 243, 247–249, 257, 259–264
 Dietrich, Hedda 125
 Dietrich, Hermann 120
 Dietrich, Maximilian 93
 Diez, Carl 2, 217, 219, 253
 Diez, Theopont 147, 217
 Dirks, Walter 62
 Döblin, Alfred 176, 200
 Doerschuck, Hubert 200
 Douglas, Robert Graf 88, 120 f., 249
 Douglas, Wilhelm Graf 119
 Douglas of Whittinghame, Robert 119
 Drews, Bill 15
 Drexel, Karl 21
 Droin 139
 Droysen, Johann Gustav 93
 Dusel, Josef 147

 Eberle 40
 Eberlein, Alice 257
 Eckener, Hugo 76, 120, 249 f., 253
 Eckert, Erwin 242 f.
 Ehard, Hans 103
 Eichholz, Gerda 50
 Eimer, Manfred 17
 Eisenhard, Georg von 160
 Eisenhower, Dwight D. 64, 143
 Elie, Hubert 134
 Ender, Otto 137
 Engesser, Adolf 126
 Ernst, Wilhelm sen. 148, 155, 245 f.
 Erzberger, Matthias 140
 Eschenburg, Theodor 3 f., 118, 190, 232, 237
 Eser, Willibald 101 f.
 Estrade, Jean Lucien 38 f.
 Färber, Karl 86, 99
 Färber, Otto 11, 91, 99–103, 160
 Fahrensbach, Bertold 148, 162
 Farny, Oskar 227 f.
 Faulhaber, Michael Kardinal 96
 Feger, Liselotte 109, 200
 Feger, Otto 1, 8, 11 f., 19, 78, 95, 100 f., 104, 107, 109 f., 114, 148 f., 153, 155, 162–164, 167, 171–183, 185 f., 188–214, 218, 220, 225, 231 f., 236, 240–242, 246, 251, 253, 263 f.
 Fehrle, Adolf 180
 Ferber, Georges 36, 170, 182, 187
 Ferber, Walter 1, 90–98, 100, 162, 167, 255
 Feris 163
 Feuchte, Paul 224
 Ficker, Julius von 96, 129
 Filippi, Jean 51, 73
 Fink, Eugen 84 f.
 Finkh, Ludwig 18
 Fischbacher, Jakob 165 f.
 Flake, Otto 200
 Föhr, Ernst 79, 97, 216, 253
 Foerster, Friedrich Wilhelm 96
 Fourcault de Pavant, François 42
 François-Poncet, André 54
 Frank, Paul 126, 254
 Frantz, Constantin 22, 63, 86, 92, 96, 123, 185, 258 f.
 Franzel, Emil 94, 96
 Frenzel, Curt 90
 Freund, Theodor 15
 Friedrich der Große 183, 185
 Fröbel 152
 Fürstenberg, Max Egon Prinz von 118

 Gablentz, Otto Heinrich von der 196
 Galen, Emanuel Graf von 102
 Garnier 42
 Garnier-Dupré 38, 240, 245
 de Gaulle, Charles 10, 27 f., 30 f., 33, 37, 41, 43–45, 48–53, 55–62, 64, 67, 69, 128, 135 f., 142, 252, 262, 264, 266
 Gengler, Karl 216
 Georges 157
 Geyer, Wilhelm 105
 Giraud, Henri-Honoré 59
 Giron, Irène 50
 Gönnerwein, Otto 192 f., 206 f., 240 f., 260, 266
 Goerdeler, Carl 98
 Götte, Leo 148 f., 218
 Goguel, Rudi 37, 243
 Gonser, Reinhold 156
 Grandval, Gilbert 42
 Grappentin 161
 Grézer, Jacques Otto 96

- Grimaud, Maurice 44 f., 48 f., 248
 Grimm, Wilhelm 147
 Gröber, Conrad 103, 116, 144, 216, 252–254
 Gruber, Karl 138, 142
 Grumbach, Salomon 55 f.
 Guardini, Romano 62
 Guisan, Henri 31
 Gumpfenberg, Ludwig von 129
 Gurlitt, Willibald 84
 Gutknecht, Arnulf 247
- Haaga, Fritz 103 f.
 Haberer, Hans 102
 Habsburg, Otto von 110, 112, 134
 Haecker, Johannes 129
 Haecker, Theodor 62, 105, 129
 Haegy, X. 21, 146, 159
 Haenggy 125, 159
 Häusler, Willy 168
 Hagel, Eugen 229
 Halma, Hubert 130
 Hammer, Albert 222
 Hannon, Stuart L. 196
 Harbrecht, Joseph 98
 d'Harcourt, Robert 61 f.
 Harder, Karl 145, 148, 162
 Harnist, Charles 63
 Harrassowitz, Otto 183
 Hartmann 227
 Hartmann, Peter 154, 162, 239
 Hartung, Hans 96
 Harzendorf, Fritz 183
 Hausenstein, Wilhelm 96
 Haushofer, Albrecht 24
 Haußer, Paul 219
 Haußmann, Conrad 14
 Haussmann, Ernst 98
 Hefe, Friedrich 107, 182, 201–205, 207 f.
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 92
 Heidegger, Martin 86
 Heiland, Gerhard 84, 88
 Heine, Fritz 76
 Heinzelmann 155
 Heizer, Albert 141
 Held, Heinrich 103
 Hell, Victor 34
 Hellpach, Willy 17, 209
 Hellwege, Heinrich 102
 Hemmerle 95
 Henseler, Hermann 216
 Herberhold, Franz 201 f., 204, 206
 Hermann, Albert 36
 Hermann, Baron von 18
 Hermes, Andreas 98
 Herre, Franz 92
 Herriot, Edouard 157
- Herwarth von Bittenfeld, Hans 123
 Herzog 200
 Hess 154
 Hesse, Hermann 87
 Heuss, Theodor 7, 17, 118, 197, 239
 Hildebrand, Dietrich von 96
 Hippel, Ernst von 96
 Hirn, Josef 104
 Hitler, Adolf 86, 183
 Hoegner, Wilhelm 102 f., 165, 209
 Hölzle, Erwin 177, 182
 Hoepfner 36, 139, 147
 Hofer, Franz 250
 Hoffmann, Wolfgang 84 f., 216, 220 f., 242
 Hohner, Karl 155
 Holland 129
 Hohenzollern-Sigmaringen, Auguste Viktoria
 Prinzessin von 120
 Hohenzollern-Sigmaringen, Friedrich Viktor
 Fürst von 115–117, 120
 Hohenzollern-Sigmaringen, Maria Antonia
 Prinzessin von 115
 Hoppenot, Henri 131, 156
 d'Huart, Pierre 112
 Hugger, Herbert 245
 Hugger, Karl 148 f.
 Hugo, Victor 258
 l'Huillier, Fernand 62 f.
 Husserl, Edmund 85
 Huther, Conrad 114, 148, 152
 Huttenlocher, Friedrich 212
- Ilg, Ulrich 138, 142
 Isenberg, Gerhard 24
- Jagemann, Eberhard 160
 Jakob, Bruno 92
 Jamet 36 f.
 Jordy, Maurice 40, 82 f., 87–89, 135
 Juin, Alphonse 49, 136
- Kächele, Friedrich 256
 Kästner, Erich 183
 Kaiser, Jakob 98, 189
 Kalbfell, Oskar 38, 128, 237 f., 260
 Karg 129
 Kastler, Georg 245
 Keil, Wilhelm 2, 7, 14
 Keller, Gottfried 188
 Keller, Hanns 200
 de Kémoularia, Claude 49
 Keppi, Jean 159
 Kerber, Franz 23
 Kerle, Vinzenz 36
 Kern 140, 142
 Keuerleber 103

- Kiechle, Norbert 227
 Kiesinger, Kurt Georg 7, 96, 118, 247
 Kindt-Kiefer, J.J. 209
 Kipp, Heinrich 92
 Kirchheimer 208
 Kirchheimer, Franz 195
 Kirnberger, Ferdinand 93, 102
 Klein, Alfred 164
 Klein, Hermann 160f.
 Klett, Arnulf 98
 Knapp, Franz 174, 217
 Knittel, Hermann 95
 Koch-Weser, Erich 14
 Köhler, Heinrich 2, 7
 Koeltz, Louis-Marie 33, 40
 König, Lothar 98
 Koenig, Pierre 7, 10f., 33, 37, 41, 43, 45, 48f.,
 60, 64–67, 70f., 74–76, 85, 136, 198, 218,
 248, 261, 264, 266
 Kogon, Eugen 102
 Kohler, Stefan 129f.
 Kramer, Franz Albert 102
 Kraus, Rudolf 239
 Krebs, Manfred 207
 Kroll, Gerhard 112
 Kuntzemüller, Albert 195

 de Lacger, Bertrand 109, 115
 Laffon, Emile 7, 39, 41, 44f., 48f., 51, 66–68,
 70–72, 75, 88f., 118, 137, 139, 145, 147, 168–
 170, 186, 248, 261
 Lallinger, Ludwig Max 165
 Lampert, Ulrich 172
 Lassalle, Pierre 59
 de Lattre de Tassigny, Jean 27f., 30–33, 36f.,
 39
 Laval, Pierre 51
 de Lavilleon, Boutaud 250
 Lebel 37, 126
 Lebsche, Max 164
 Leclerc, Philippe de Hauteclocque 123
 Lehr, Albert Maria 3, 221
 Leibbrandt, Friedrich 79, 83f., 219, 233–235,
 266
 Leiber, Robert 144
 Lenz, Otto 118
 Lesur 127, 139
 de Leusse, Pierre 54, 73
 Lienhart, Robert 152, 162
 Lindenmann 151
 Lobkowicz, Sidonie Prinzessin von 113
 Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Monika
 Prinzessin zu 108
 Loutre, Emile 88, 209
 Lottin 42
 Lotz, Albert 102

 Luc 39
 Ludwig, Heinrich A. 148
 Lutz, Josef 227, 229

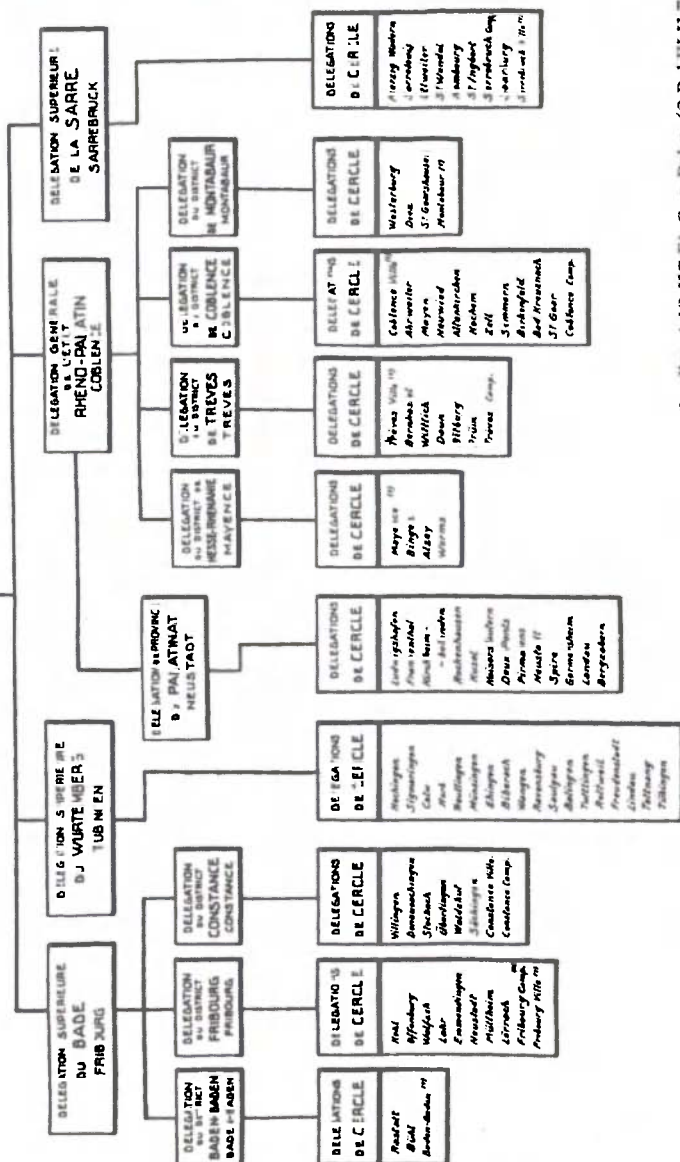
 Mager, Leopold 174
 Magirus, Karl 18–20, 22
 Magnant, Dominique 42
 Maier 227
 Maier, Hedwig 78
 Maier, Reinhold 3, 7, 43, 103, 192, 239, 248
 Mallinckrodt, Hermann von 94
 Mallmann, Walter 194
 de Mangoux, Gonzague Corbin 43
 Marcellin 40, 87
 Marquant, Robert 50
 Maréchal, Louis 206
 Martin, Rudolph 102
 Martzloff, Philipp 219, 233
 Le Masne de Chermont 42
 Massigli, René 53f.
 Matt, Otto 130
 Maurer, Martin 21, 23
 Maurras, Charles 58
 Mauthe, Fritz 141
 Mayer, Gottfried 150, 162
 Mayer, Hugo Wilhelm 216f.
 Mayer, René 52, 71, 137
 Mayer, Theodor 173, 194, 213
 Mazzini, Giuseppe 258
 Mecklenburg, Georg Herzog von 119
 Mederle, Franz 11, 22, 146, 148, 155, 160,
 162f., 167, 230, 240, 244–248
 Mehnert, Klaus 118
 Mehring, Franz 188
 Meiner, Felix 183
 Meister, Friedrich 14
 Mercier, Marcel 73, 78
 Merglen, Albert 112, 247
 Merk, Alfred 95, 187
 Merkl, Adolf Julius 190
 Merroth, Oscar 152
 Metz, Friedrich 12, 17, 21, 173, 175, 182, 188,
 191, 202, 209–213, 251, 256
 Metzger 38
 Michel, Karl 98
 Miller, Max 207
 Millon 43
 Moenius, Georg 92, 124
 de Monicault, Louis 137f.
 de Monsabert, Joseph de Goislard 27
 Montesquieu, Charles de Secondat 188
 More, Thomas 126
 Morgenthau, Henry Jr. 260
 Morlière, Louis 32
 Mosely, Philip E. 54
 Moser, Clemens 116

- Moulin 119
Moutenet 39
Mühleisen, Adolf 104, 229
Münch, Walter 106, 205
Müller, Egon 115, 226 f.
Müller, Gebhard 4, 117 f., 194, 220, 227, 231 f., 247
Müller, Josef 230 f.
Müller, Karl Otto 182, 205, 207
Müller, Max 86
Murphy, Robert D. 64
Musenbock, Franz 156
Mussolini, Benito 175
Musy, Jean-Marie 143
Muth, Carl 105, 129
- Napoleon I. Bonaparte 66, 194
Nathan 186
Nauheimer, Peter J. 160
Naumann, Johann Wilhelm 90–94, 100, 102, 112, 167
Navarre, Henri 49
Nebinger, Gerhart 206
Nerz, Friedrich 225
Niel 40, 43
Noël, André 163, 206
Nordmann, Marcel 36, 128, 257
Noutary, Jean 225
- Oerthel, Kurt von 257
Olagner, Paul 54
Opitz, Erich 161, 247
d'Ormesson, Wladimir 63
Oßwald, Max 18
Ott 152
Ott, Karl 219
- Panholzer, Joseph 109
Paprzycki 227
Paret, Oscar 206
Parisch, Guido 257 f.
Parrot, Louis 132, 249
Patschke, Ewald 257
Patton, George S. 164
Paulssen, Hans Constantin 76, 120, 249, 252 f.
Paur, Leopold 129 f., 145, 148, 150, 160, 162–164, 218, 223 f., 257, 264
Pechel, Rudolf 98, 102, 196
Pène, Pierre 41 f., 76, 147, 169 f., 206, 238 f.
Penette 49
Pétain, Philippe 49, 58
Peter 152
Pfeffer, Josef 154
Pfeiffer, Anton 101 f.
Pfeiffer, Peter 221
Pfizer, Theodor 118
- Picard, Jacob 184
Pius XI. 110
Pius XII. 84, 88, 144
Platz, Hermann 81, 91
Poher, Alain 52
Poincaré, Raymond 159
Pootmann, Franz Joseph 87
Prchala, Leo 96
Preuß, Hugo 14
Puaux, François 68
Putz, Anton 160, 165 f.
- Quenzer 200
Quincerot 138
- Radbruch, Gustav 241
Raievsky, Irene Michailowna 119
Rappenecker, Franz X. 88
Rauh, Rudolf 107, 109, 201 f., 206
Reiffenberg, Benno 118
Rendinger 238
Renner, Karl 19
Renner, Viktor 232
Rennert, Alfred 257
Rest, Josef 202
Reyhing, Hans 18
Reynaud, Paul 49
Reynold de Cressier, Louis de Gonzague 143
Ricklin, Eugen 159
Rieck, Josef 11, 105–108, 202
Rieger, Franz 84
Rietschl, Siegfried 205
Rindt, Eugen 102
Ritter, Albert 19 f.
Ritter, Gerhard 86, 118, 120, 249–251
Ritzel, H.G. 209
Robert, Marc 39
Roedern, Siegfried Graf von 15
Rohmer 36
Ronczay, Josef 132
Rossé, Joseph 88, 159
Roux, René 66
Roosevelt, Franklin D. 55, 60, 260
Ruby, Elisabeth 90
Ruby, Josef 11, 83–88, 90, 152, 216 f., 221, 234
Rundel, Otto 236
- Sabatier, Maurice 49, 51, 145–147
Sachsen, Margarete Prinzessin von 115
de Saint Hardouin, Jacques Tarbé 48 f., 66, 68, 111, 135, 218, 248
Salan, Raoul 29, 36
Sauer 152
Sauer, Albert 104, 112, 229
Sauer, Josef 206, 209
Sauerland, Carl 14

- Savary, Alain 52
 Schäfer, Eugen 245
 Schäffer, Fritz 96, 164
 Schäufele, Hermann 97
 Schall, Wilhelm 17
 Schelling, Friedrich Wilhelm von 92
 Scheu, Erwin 16
 Schlapper, Ernst 74
 Schmid, August 151
 Schmid, Carlo 3, 7, 19, 40, 61, 67, 76, 106 f.,
 118, 123, 128, 194, 227, 229, 235–237, 266
 Schmid, Stefan 162
 Schmider, Andreas 98
 Schmidt, Rudolf 148 f.
 Schmittlein, Raymond 50, 187
 Schmittmann, Benedikt 16, 92
 Schmittmann, Ella 92, 102
 Schmoller, Gustav von 78
 Schneider, Emil 130, 133 f.
 Schneider, Hans 249 f.
 Schneider, Hermann 36
 Schneider, Matthias 76, 78
 Schneider, Reinhold 62, 88, 93, 96
 Schneiter, Pierre 52
 Schneller, Franz 84, 87
 Schöningh, Franz Josef 102, 129
 Schofer, Josef 216
 Scholl, Hans 105
 Scholl, Sophie 105
 Schreck, Paul 243
 Schreiber, Ferdinand 129
 Schühly, Alfred 224
 Schüle 125
 Schulenburg, Franz-Dietlof Graf von der 23 f.
 Schumacher 235
 Schumacher, Joseph 93
 Schumacher, Kurt 233, 235
 Schuman, Robert 35
 Schussen, Wilhelm 18
 Schwartz, Jacques Fernand 32, 39–42, 89,
 138 f., 144–146, 168, 226, 249, 253
 Schwarz, Otto 84
 Schwend, Karl 103
 See 42
 Seeberger, Emil 129 f.
 Seghers, Anna 183
 Sieburg, Friedrich 118
 Sigl, Rupert 94
 Singer, Rodolphe-E. 169 f.
 Soden, Freiherr von 92
 Sonnenschein, Carl 172
 Specklin, Paul 125, 159
 Speidel, Hans 118
 Spengler, Jakob 141
 Spengler, Oswald 81
 Sprauer 217
 Sproll, Johannes Baptista 230, 253
 Spross, Ludwig 162
 Stadelmann, Rudolf 118
 Stalin, Jossif Wissarionowitsch 59
 Stamm, Eugen 185
 Stauffenberg, Hans Christoph Freiherr von
 106, 118
 Steinbüchel, Theodor 107
 Steiner, Heinrich 160
 Steiner, Johannes 110
 Steiner, Karl 160
 Steiner, Ulrich 118
 Stiegler, Leonhard 115
 Strauß, Franz Josef 123
 Stresemann, Gustav 189
 Stürmel, Marcel 21, 146, 159
 Stuermer, Paul-Joseph 98 f.
 Süsterhenn, Adolf 96 f., 102
 Sybel, Heinrich von 93
 Thomazo, Jean 32
 Tournier 248
 Toussaint 40, 83, 88
 Treitschke, Heinrich von 93, 243
 Tuckermann, Walter 16
 Vergé, Jean 99
 Vermeil, Edmond 61–63
 Vogt, Josef 149, 151, 218
 Voizard, Pierre 137, 142
 Wachter, Julius 22, 129–135, 142, 159, 260
 Wachter, Matthias 22
 Waeldin, Paul 238 f.
 Wagner, Richard 185
 Wais, Gustav 206 f.
 Waldburg-Wolfegg, Franz Graf von 113 f.
 Waldburg-Wolfegg, Heinrich Graf von 114 f.,
 162
 Waldburg-Wolfegg, Hubert Graf von 114
 Waldburg-Wolfegg, Johannes Graf von 114,
 162
 Waldburg-Wolfegg, Max Fürst von 110 f., 113,
 115
 Waldburg-Zeil, Alois Graf von 108
 Waldburg-Zeil, Erich Fürst von 11, 108–115,
 118, 120, 201, 228 f., 237, 260, 265
 Walz, Ernst 151
 Weber, Max 14
 Weckemann 152
 Wehrle, Herbert 151 f.
 Weidel, Hieronymos 112, 127, 130
 Weinzierl, Otto 92
 Weise, Georg 207
 Weiß, Franz 226, 228
 Weitzel, August 16 f.

- Weller, Curt 12, 95, 167, 180, 183–187, 198–200, 205–208
 Weller, Karl 182
 Welles, Sumner 260
 Weygand, Maxime 49
 Weyl, Johannes 253
 Widmer, Guillaume 38, 42 f., 106, 116, 118 f., 168–170, 225, 227, 231, 235, 247 f., 263, 265
 Wieck, Hans-Georg 107
 Wieland, Philipp 140
 Willard, René 38
 Winninger 221 f.
 Wirmer, Otto 24
 Wirth, Joseph 94, 209, 236
 Wittendorfer, Josef 245
 Wittwer, Konrad 3, 103
 Wohleb, Leo 2, 4, 79, 97, 111, 123, 148, 211, 216, 218, 221–225, 231, 238, 250, 264 f.
 Wohlrath, Gerhard 241 f.
 Woller, Rudolf 254 f.
 Württemberg, Friedrich König von 13
 Württemberg, Wilhelm I. König von 13
 Wurz, Camill 152 f.
 Zehnder, Alfred 74
 Zeppelin, Ferdinand Graf von 250
 Ziegler, Helmut 152, 160, 162
 Zimmermann, Gustav 245
 Zöpfl, Friedrich 206 f.
 Zürcher, Paul 2, 97, 123, 216, 219 f., 225, 232

GOVERNEMENT M^{RE} DE LA ZONE FRSE D'OCCUPATION
BADEN - BADEN



Quelle: AdO HC FA Con. Pol c. 42 Pol III H 7

